

**Die Arbeit der deutschen
Industrie- und Handelskammern
auf dem Gebiet der Jugendbildung bis 1933**

INAUGURAL-DISSERTATION

**zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**

(Dr. rer. pol.)

**an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg**

vorgelegt von

Dipl.-Hdl. WOLFGANG FISCHLEIN

aus Niederaula

1960



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546221_0009

Die Arbeit der deutschen
Industrie- und Handelskammern
auf dem Gebiet der Jugendbildung bis 1933

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von

Dipl.-Hdl. WOLFGANG FISCHLEIN

aus Niederaula



Referent: Professor Dr. Walther Löbner
Korreferent: Universitätsdozent Dr. Wolfgang Frhr. Stromer von Reichenbach

Tag der mündlichen Prüfung: 27. November 1968

Der Verfasser dankt all denen, die seine Arbeit unterstützten. Herrn Professor Dr. Walther L ö b n e r verdankt er u. a. die Anregung des Themas und die jahrelange ermutigende Betreuung der Untersuchung. Herr Professor Dr. Joachim P e e g e gab ihm während der Zeit gemeinsamer Arbeit in Nürnberg wertvolle Ratschläge bei der Konzeption der Gliederung. Das Zusammentragen der Quellen wäre ohne die Unterstützung seitens vieler Industrie- und Handelskammern nicht möglich gewesen. Besonderen Dank schuldet der Verfasser nicht zuletzt Herrn Ernst K r a t z , Leiter der Bibliothek der IHK Frankfurt am Main, und seinen Mitarbeiterinnen, die ihm wohlthuend unbürokratisch ungehinderten Zugang zu den reichen Schätzen des Kammerarchivs gewährten.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	VIII
Einleitung	1
A. Die Entwicklung der Industrie- und Handelskammern und ihr pädagogischer Auftrag	11
I. Die preußischen Kammern und ihre Vorläufer	14
1. Die rheinischen Handelskammern und Gewerbekammern der napoleonischen Zeit	14
2. Die kaufmännischen Korporationen	18
3. Aufbau und Entwicklung des preußischen Handelskammerwesens	26
II. Beispiele zur außerpreußischen Kammerentwicklung	42
1. Bayern	42
2. Württemberg	47
3. Sachsen	54
B. Aufbau und Leistungen des allgemeinbildenden Schulwesens aus der Sicht der Industrie- und Handelskammern	58
I. Volksschule	58
II. Das mittlere Schulwesen	70
III. Höhere Schulen	80
C. Die Arbeit der Industrie- und Handelskammern zur Förderung der beruflichen Vorbildung	94
I. Der Begriff berufliche Vorbildung	94
II. Grundtypen der Schulen zur kaufmännischen Vorbildung	95
1. Handelsschulen bzw. höhere Handelsschulen mit betont allgemeinbildender Zielsetzung	95

	Seite
2. Handelsschulen bzw. Handelsvorschulen mit betont berufsbildender Zielsetzung	103
III. Kaufmännische Vorbildung in Privatschulen	119
IV. Kaufmännische Fachprüfungen, insbesondere Prüfungen für Stenografen und Maschinen- schreiber	124
V. Wege der gewerblichen Vorbildung	135
D. Die Bildungsarbeit der Industrie- und Handels- kammern auf dem Gebiet des kaufmännischen Fortbildungs- bzw. Berufsschulwesens	147
I. Das Erfordernis kaufmännischen Fortbildungs- unterrichts	153
1. Die Entwicklung des Handels im 19. Jahr- hundert	154
2. Die Notwendigkeit der neuen Schulform aus der Sicht der Handelskammern	157
II. Unterrichtsziele und Lehrstoffe	163
III. Die Fortbildungs- bzw. Berufsschulpflicht des kaufmännischen Nachwuchses	180
IV. Die Unterrichtszeit	198
V. Die Ausbildung der Handelslehrer	207
VI. Die Industrie- und Handelskammern als Schul- träger und ihre Beteiligung an der Schul- verwaltung	218
E. Die Arbeit der Industrie- und Handelskammern auf dem Gebiet der betrieblichen Ausbildung und der Prüfung kaufmännischer Lehrlinge	234
I. Eignung und Auslese für den Beruf des Kauf- manns	234
II. Die kaufmännische Ausbildung im Betrieb	243
1. Bedeutung der betrieblichen Lehre	246
2. Wandlungen und Mißstände der Ausbildung im Betrieb	248
3. Maßnahmen zur Förderung der betriebli- chen Ausbildung als Ansätze einer um- fassenden Berufsausbildungsordnung	258

	Seite
a) Aufklärung und Beratung	259
b) Musterlehrverträge und Lehrlingsrolle	260
c) Ausbildungspläne	266
d) Lehrlingshöchstzahlen	272
e) Auswahl der Lehrbetriebe	276
4. Gesamtwürdigung des Bemühens um die betriebliche Ausbildung kaufmännischer Lehrlinge	281
III. Die Kaufmannsgehilfenprüfung als Abschluß der Lehrlingsausbildung	283
1. Kaufmannsprüfungen im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts	284
2. Kaufmännische Lehrlingsprüfungen zwischen 1880 und dem ersten Weltkrieg	287
3. Verwirklichung und Ausbau der Kaufmannsgehilfenprüfungen nach dem ersten Weltkrieg	294
F. Der Beitrag der Industrie- und Handelskammern zur Ausbildung der gewerblichen Lehrlinge in der Industrie	305
I. Gründe für die Zurückhaltung der Handelskammern auf dem Gebiet der industriell-gewerblichen Lehrlingsausbildung	305
II. Ansätze einer Orientierung über die Grundlagen einer Ausbildung im Industriebetrieb in den Jahren 1875 - 1877	310
III. Forderungen des Handwerks als Anstoß zu weiteren Untersuchungen (1900 - 1914)	315
IV. Der Beitrag zum Aufbau der Facharbeiterprüfungen	325
V. Ansätze einer Ausbildungsordnung und sonstige Bestrebungen zur Förderung des industriell-gewerblichen Lehrlingswesens	334
Zusammenfassung	338
Quellen- und Literaturverzeichnis	344
Lebenslauf	380

Abkürzungsverzeichnis

AedK	Die Aeltesten der Kaufmannschaft
DBFSch	Die Deutsche Berufs- und Fachschule, Monats- schrift für Wirtschaftspädagogik
DHW	Deutsche Handelsschul-Warte
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DvKB	Deutscher Verband für das kaufmännische Bil- dungswesen, Veröffentlichungen (ab 1914)
DvKU	Deutscher Verband für das kaufmännische Unter- richtswesen, Veröffentlichungen (bis 1914)
DWZ	Deutsche Wirtschafts-Zeitung
GB	Geschäftsbericht
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897
HK	Handelskammer
HuG	Handel und Gewerbe
HuGK	Handels- und Gewerbekammer
IHK	Industrie- und Handelskammer
JB	Jahresbericht
KGuHK	Kreis-Gewerbe- und Handelskammer
Mitt.	Mitteilungen
TB	Tätigkeitsbericht
Verh.	Verhandlungen
WuBE	Wirtschaft und Berufs-Erziehung, Monatsschrift für Berufsausbildung in Industrie und Handel
WuE	Wirtschaft und Erziehung, Organ für kaufmänni- sches Bildungswesen
ZfgkU	Zeitschrift für das gesam(m)te kaufmännische Unterrichtswesen
ZfHuG	Zeitschrift für Handel und Gewerbe

Einleitung

Der wissenschaftliche Standort dieser Untersuchung ist der Bereich der historischen Wirtschaftspädagogik.

Walther Löbner hat es als die Aufgabe der wissenschaftlichen Wirtschaftspädagogik bezeichnet, alle zwischen Wirtschaft und Erziehung bestehenden Beziehungen zu erfassen und zu ordnen¹⁾. Sie erforscht den "wechselseitige(n) Bezug Mensch - Wirtschaft, soweit er erzieherische Wirkungen hat"²⁾. Damit geht sie über die engere Fragestellung nach dem Vollzug von "Erziehung und Bildung im Bereich der Wirtschaft, in die der Mensch als Subjekt und als Objekt hineingestellt ist"³⁾, hinaus und klärt ebenso die von der Wirtschaft auf den pädagogischen Bereich ausgehenden Einflüsse. Auch diese Betrachtungsweise ist notwendig, wenn die Wirtschaftspädagogik ihrem von Karl Abraham hervorgehobenen Auftrag zur "pädagogische(n) Erschließung des Kulturreiches Wirtschaft"⁴⁾ gerecht werden will. Ist nach Hubert Henz Erziehung "das Gesamt aller Wirkungen, durch die Personen zu Persönlichkeiten werden"⁵⁾, so hat die sich als Erziehungswissenschaft begreifende wirtschaftspädagogische Forschung⁶⁾ ihr Augenmerk auch auf die

-
- 1) Vgl. Walther Löbner, Wirtschaftspädagogik, in: Hans-Hermann Groothoff und Martin Stallmann (Hrsg.), Pädagogisches Lexikon, Stuttgart 1961, Spalte 1044.
 - 2) Friedrich Schlieper, Wirtschaftspädagogik, in: Hans Seischab und Karl Schwantag (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Bd. IV, Stuttgart 1962, Spalte 6436.
 - 3) Fritz Urbchat, Die Stellung der Wirtschaftspädagogik in der Erziehungswissenschaft, in: WuE, 6. Jg. (1954), Heft 12, S. 770.
 - 4) Karl Abraham, Wirtschaftspädagogik, 2. Aufl., Heidelberg 1966, S. 31.
 - 5) Hubert Henz, Lehrbuch der systematischen Pädagogik, Freiburg-Basel-Wien 1964, S. 18.
 - 6) Obwohl von verschiedenen Wirtschaftspädagogen noch immer die Möglichkeit eingeräumt wird, ihr Fach auch als einen Zweig der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu verstehen, stellte Werner Linke schon 1957 fest, unter den Wirtschaftspädagogen "dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Wirtschaftspädagogik eine erziehungswissenschaftliche Disziplin ist". Werner Linke, Gegenstand und Standort der wirtschaftspädagogischen Forschung, in: DBFSch, 53. Bd. (1957), Heft 10, S. 741.

Wirtschaft als ein das Erziehungsfeld direkt oder indirekt beeinflussender Bereich unserer Gesamtkultur zu richten.

Auf die Thematik dieser Untersuchung bezogen bedeutet dies, daß jede Arbeit der Industrie- und Handelskammern, die zu den Ordnungsinstitutionen der Wirtschaft zählen, insoweit Untersuchungsfeld der Wirtschaftspädagogik darstellt, als sie auf den pädagogischen Bereich einwirkt. Die Verwendung des Begriffs "Arbeit" mag klarstellen, daß im folgenden die Frage nach der zielgerichteten Einflußnahme im Vordergrund stehen soll¹⁾. Von den Kammern, wie von beinahe allen anderen Einrichtungen der Wirtschaft, gehen darüber hinaus auch die Persönlichkeit funktional prägende Wirkungen aus. Sie werden also nicht bestritten, sondern nur aus unserer Untersuchung ausgeklammert.

Unter Jugendbildung verstehen wir jene Grundfunktion der Erziehung, die primär auf die "geistige Formung des werdenden Menschen"²⁾ im Jugendalter hinzielt. Nun ist freilich Bildung stets Selbstbildung³⁾, also "ein subjektiver, persönlicher Vorgang"⁴⁾. Es ergibt sich daraus, daß Bildung nicht gleichsam in einen Menschen "hineingegeben" werden kann. Die Bildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern mußte und muß sich deshalb im Bereitstellen von Hilfen für diesen Prozeß sowie in der Einwirkung auf seine Richtung und seine organisatorischen Voraussetzungen erschöpfen.

Die historische Wirtschaftspädagogik befindet sich noch weitgehend am Anfang ihrer Arbeit. Es steht außer Frage, daß sie ihren grundsätzlichen Auftrag, "die Situation

1) Vgl. hierzu Johannes Riedel, Arbeiten und Lernen, Braunschweig 1962, S. 21; Friedrich Schlieper, Grundbegriffe der Wirtschaftspädagogik, in: derselbe (Hrsg.), Berufserziehung im Handwerk, 1. Folge, o. O. 1954, S. 33.

2) Franz Xaver Eggersdorfer, Jugendbildung, 6. Aufl., München 1956, S. 13.

3) Vgl. hierzu Aloys Fischer, Psychologie der Arbeit (1925), in: Karl Kreitmair (Hrsg.), Aloys Fischer - Leben und Werk, Bd. 2, München 1950, S. 194 f.

4) Josef Dolch, Grundbegriffe der pädagogischen Fachsprache, 5. Aufl., München 1965, S. 38.

der Gegenwart aus der Geschichte zu begreifen"¹⁾, mit der allgemeinen Pädagogik teilt. Aber ihr spezielles Aufgabengebiet ist noch wenig umrissen. Es läßt sich sogar sagen, daß die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Ausweitung des wirtschaftspädagogischen Forschungsgebietes bislang nur ansatzweise in die entsprechende historische Fragestellung einbezogen worden ist.

Fritz Urbschat sieht die Aufgabe der historischen Wirtschaftspädagogik darin, "die berufs- und wirtschaftspädagogischen Bemühungen der Vergangenheit in ihren Beweggründen, Voraussetzungen, Auswirkungen und Ergebnissen zu erforschen und geordnet darzustellen"²⁾. Er legt dieser Aufgabenstellung aber ein unseres Erachtens zu enges Verständnis des wirtschaftspädagogischen Forschungsobjektes zugrunde, indem er es nur auf den einzelnen "in seiner beruflichen Bezogenheit"³⁾ beschränkt. Alfons Dörschel zieht den Kreis weiter. Jedoch vertritt er die Auffassung, die historische Problemstellung der Wirtschaftspädagogik lasse sich "nach dem heutigen Forschungsstand noch nicht als Problemgeschichte der Wirtschaftspädagogik oder als Geschichte der wirtschaftlichen und wirtschaftsberuflichen Erziehung darstellen". Vielmehr eröffne "der historische Aspekt der Berufserziehung überhaupt den zur Zeit am besten bearbeiteten Ansatzpunkt"⁴⁾.

In der Tat konzentrieren sich die meisten Veröffent-

-
- 1) Wilhelm Flitner, Allgemeine Pädagogik, 5. Aufl., Stuttgart o. J., S. 21.
 - 2) Fritz Urbschat, Wirtschaftspädagogik, in: Erwin von Beckerath u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 208.
 - 3) Ebenda, S. 207.
 - 4) Alfons Dörschel, Einführung in die Wirtschaftspädagogik, 1. Aufl., Berlin und Frankfurt a. M. 1960, S. 109 (beide Zitate). In der 2. Auflage desselben Werkes (1965, S. 118) fehlt das Wort "wirtschaftlichen". Dies dürfte aber weniger eine Einschränkung des Forschungsbereiches als eine Abstimmung auf die Überschrift des entsprechenden Abschnittes seiner Untersuchung bedeuten.

lichungen der historischen Wirtschaftspädagogik auf diesen Fragenkreis. Aber in den letzten Jahren sind doch bereits vereinzelt Ansätze unternommen worden, sowohl die Idee der Wirtschaftsbildung ohne berufliche Bezogenheit - sofern man nicht jede schulische Erziehung auf das spätere Berufsleben des Jugendlichen ausgerichtet betrachtet - in der Geschichte der Pädagogik aufzuspüren¹⁾, als auch beispielsweise das pädagogische Gedankengut in den Schriften des Vereins für Socialpolitik geschichtlich zu untersuchen und dabei die Stellungnahmen zum allgemeinbildenden Schulwesen in die historische Wirtschaftspädagogik einzubeziehen²⁾.

Im Vordergrund unserer Untersuchung wird der Beitrag der Industrie- und Handelskammern zur Berufsbildung Jugendlicher stehen, weil auf diesem Gebiet quantitativ wie qualitativ das Schwergewicht ihrer pädagogischen Arbeit lag. Wenn wir darüber hinaus aber auch früheren Vorstellungen der Handelskammern hinsichtlich der Jugendbildung außerhalb typischer Institutionen der Berufserziehung nachgehen, so verlassen wir nicht den Forschungsbereich der historischen Wirtschaftspädagogik, sondern bemühen uns vielmehr, ebenso wie die erwähnten Arbeiten Walther Löbners, Herta Deegs und Lore Conzelmanns, ihn entsprechend dem allgemeinen Auftrag der wissenschaftlichen Wirtschaftspädagogik durch einen weiteren Ansatz auszuweiten.

Wir können Karl Abraham zustimmen, wenn er sagt, die historische Wirtschaftspädagogik sei "im strengen Sinne allerdings in erster Linie ein Teilgebiet der Geschichtswissenschaft und nur sekundär auch ein Bereich der Erziehungswissenschaft"³⁾. Wir folgen ihm

-
- 1) So z. B. Herta Deeg, Wirtschaftspädagogik um das Jahr 1900, in: DBFSch, 59. Bd. (1963), Heft 4, S. 241 - 255; Walther Löbner, Der "Wirtschaftspädagoge" Theodor Franke, in: DBFSch, 60. Bd. (1964), Heft 1, S. 44 - 53.
 - 2) Vgl. Lore Conzelmann, Das pädagogische Gedankengut in den Schriften des Vereins für Socialpolitik, Diss. Frankfurt a. M. 1962.
 - 3) Karl Abraham, Wirtschaftspädagogik, 2. Aufl., a.a.O., S. 24.

aber auch darin, daß dieser Fragenkreis trotzdem von der Wirtschaftspädagogik zu betreuen ist¹⁾, denn "zur Bestimmung und Auswahl des pädagogisch Bedeutsamen bedarf Geschichte der Pädagogik als Geschichtswissenschaft trotz aller gebotenen Voraussetzungslosigkeit eines Richtmaßes, das sich selbst zu geben sie nicht imstande ist. Allem historischen Bemühen voraus", so fährt Fritz März fort, "muß immer schon eine Vorstellung von diesem pädagogisch Bedeutsamen und Eigentlichen vorhanden sein."²⁾

Für den gedanklichen Aufbau unserer Untersuchung bedeutet dies, daß er pädagogischen Überlegungen entspringen muß, ohne auf die Konformität mit dem allgemeinen Auftrag der Industrie- und Handelskammern und der daraus erwachsenen Blickrichtung zu verzichten. Wir stellen deshalb die Frage nach dem Entstehen und Wachsen eines pädagogischen Auftrags voran, richten unseren Blick jedoch weniger auf die der jeweiligen bildungsideologischen Situation entsprechenden theoretischen Möglichkeiten, als vorrangig auf seine reale Ausprägung im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung des Handelskammerwesens und ihre rechtlichen Grundlagen. Die pädagogisch systematisierenden Teile B bis F werden den institutionalisierten Formen der Jugendbildung entsprechend aufgebaut, weil die Kammern ihre Bildungsarbeit in der Regel hieran anknüpften. Sie erhalten ihr Gewicht aus dem Umfang und der Bedeutung der tatsächlichen Leistungen der Kammern, wie sie sich aus heutiger Sicht darstellen. Im Rahmen dieser Institutionen interessante pädagogische Aspekte können deshalb insoweit unberücksichtigt bleiben, als sie nicht Gegenstand nennenswerter Kammerbemühungen gewesen sind. Um die Untersuchung stofflich nicht zu überladen, ist es notwendig, sie auf die Schwerpunkte der Kammerarbeit zu beschränken und Sonderfragen - z. B. spezielle Probleme der Ausbildung des Nachwuchses für den Einzelhandel, die Freizeiterziehung

1) Vgl. ebenda.

2) Fritz März, Einführung in die Pädagogik, München 1965, S. 225.

oder die Auseinandersetzungen um ein Berufsausbildungsgesetz - nur am Rande zu berücksichtigen oder ganz außer Betracht zu lassen. Abschließend soll versucht werden, Intensität und Richtung der von den Industrie- und Handelskammern geleisteten Bildungsarbeit zu periodisieren und die Hauptmotive herauszustellen.

Die Eingrenzung des Themas in zeitlicher und sachlicher Hinsicht deutet an, daß kein Gesamtbild von der Bildungsarbeit der Kammern in der Vergangenheit dargestellt werden soll. Würden wir das Bemühen auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung einbeziehen, wie es ursprünglich vorgesehen war, so müßte der Umfang unserer Arbeit um etwa ein Drittel wachsen. Das Material für die Darstellung dieses Sachgebietes ist vom Verfasser indessen zusammengetragen und schon weitgehend aufbereitet worden. Wie nötig eine solche zweite Untersuchung ist, zeigt Wolfgang Lienings Behauptung, die Industrie- und Handelskammern hätten erst 1936 in den Bereich der Erwachsenenbildung eingegriffen¹⁾. Entsprechende Bemühungen gehen jedoch mindestens bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück und überschritten bereits vor 1914 ihren ersten Kulminationspunkt.

Das Jahr 1933 wurde als zeitliche Grenze gewählt, weil mit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus die im Laufe eines Jahrhunderts allmählich herausgebildete und besonders für das Gebiet der Berufsbildung tragende Idee einer Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Industrie- und Handelskammern aufgrund staatlicher und parteipolitischer Eingriffe fragwürdig wurde. Vom Herbst 1934 an gerieten die Kammern in das Räderwerk der staatlichen Wirtschaftsverwaltung²⁾. Auch auf dem Gebiet der Berufsbildung übernahm der Staat "die grundlegende Gestaltung und Aufsicht ..., während

1) Wolfgang Liening, Das Berufsausbildungswesen der Industrie- und Handelskammern, Diss. Hamburg 1961, S. 63.

2) Vgl. Wolfgang Erwig, Industrie- und Handelskammern - Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, Hamburger Beiträge aus der Wirtschaftspraxis, Ausg. August 1962, S. 1.

die Durchführung im wesentlichen der Wirtschaft übertragen" war¹⁾. Innerhalb der Industrie- und Handelskammern trat an die Stelle der gewählten Vollversammlung ein vom Präsidenten ernannter Beirat. Alleiniges Organ der Willensbildung war indessen der Präsident geworden, von dem gefordert wurde, daß "seine nationalsozialistische Gesinnung und Haltung in jeder Weise einwandfrei" sein sollten²⁾. Wenngleich sich die Kammern innerlich auch ein gewisses Eigenleben bewahren und in die Nachkriegszeit hinüberretten konnten, ist ihr Auftreten nach außen während des Dritten Reiches von den Ansprüchen des totalen Staates stark geprägt worden. In ihren Veröffentlichungen sind politische Polemik und innere Überzeugung schwer zu trennen, so daß auch unter diesem Aspekt einer Würdigung der Kammerarbeit auf dem Gebiete des Bildungswesens erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Um die Verbindung zur Gegenwart verdeutlichen zu können, wird freilich hier und da kurz auf den Fortgang der Entwicklung zur Zeit des Nationalsozialismus einzugehen sein.

Bei der Suche nach Quellen ist der Verfasser sehr bald davon abgekommen, auch ungedrucktes Material auszuwerten. Die in den Archiven über den Krieg erhalten gebliebenen Bestände sind unter dem Gesichtspunkt unserer Fragestellung gar nicht oder unzureichend aufbereitet. Die gründliche Durchsicht sämtlicher Protokolle von Sitzungen der Handelskammer zu Frankfurt a. M. von 1842 - 1870 erbrachte ein so mageres Ergebnis, daß es nicht ratsam erschien, eine entsprechende Suche bei anderen Kammern fortzusetzen.

Als die bedeutendsten Quellen erwiesen sich die Jahresberichte der Handelskammern, von denen im Laufe einiger Jahre mehr als 1200 auf ihren pädagogisch relevanten Gehalt überprüft wurden. Angesichts der großen Zahl der

-
- 1) Kieslinger, Berufsausbildung und Arbeitseinsatz, in: Technische Erziehung, 13. Jg. (1938), Nr. 12, S. 289.
 - 2) Hermann Peters, Rechtsnatur, Organisation und Aufgaben der deutschen Industrie- und Handelskammern, Diss. Hamburg, Oldenburg i. O. 1941, S. 35.

im ganzen Deutschen Reich tätig gewesenen Kammern¹⁾ stellen diese Berichte eine Auswahl dar. Es ist versucht worden, neben den auf dem Sektor der Bildungsarbeit besonders rührigen Kammern solche verschiedener Wirtschaftsgebiete (im Sinne einer relativ größeren Bedeutung von Industrie oder Kleingewerbe, Außen- oder Binnenhandel usw.) und unterschiedlicher Größe zu erfassen und deren Jahresberichte zumindest bis 1914 möglichst lückenlos²⁾ zu überprüfen. Den Hauptanteil des Materials stellten die preußischen Kammern. Da die Entwicklung der Handelskammern wie des Bildungswesens in den deutschen Ländern nicht einheitlich verlief, war es aber erforderlich, auch der staatlichen Gliederung Rechnung zu tragen, ohne die Hauptströmungen der Kammerarbeit auf dem Gebiet der Jugendbildung aus dem Blick zu lassen. Deshalb erstreckte sich die Durchsicht und Auswertung von Jahresberichten außerpreussischer Kammern für Bayern und Sachsen auf nur jeweils zwei bedeutende Beispiele (München, Nürnberg bzw. Dresden, Leipzig), für Württemberg bis 1904 auf die von der Centralstelle für Gewerbe und Handel in Sammelbänden für das ganze Land zusammengestellten, danach fast nur auf die von der HK Stuttgart veröffentlichten Berichte. Von einigen weiteren, in der Mehrzahl preußischen Kammern wurden auch nur die ergiebigen Material versprechenden Berichte weniger Jahre durchgesehen.

-
- 1) Im Jahre 1910 bestanden im Deutschen Reich 153 Handelskammern und ihnen gleichgestellte kaufmännische Korporationen. Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen, Ausg. 1910, Leipzig 1910 (künftig abgekürzt "Jahrbuch 1910"), S. 4.
 - 2) Leider ließen sich von den meisten Handelskammern nicht sämtliche Berichte beschaffen. Vor allem für die Zeit vor 1860 haben nur von wenigen Kammern Primärquellen vorgelegen. Es gibt jedoch auch kaum Anhaltspunkte, daß die Kammern vor 1860 in nennenswertem Umfange Bildungsarbeit geleistet hätten, die das schwierige Erschließen solchen Materials im Rahmen dieser Untersuchung arbeitsmäßig rechtfertigen könnte. Wir werden darauf noch einmal in Teil A zurückkommen.

Seit 1914 veröffentlichte nur noch ein Teil der Kammern selbständige Jahresberichte. Jedoch hatten sich inzwischen die beiden bedeutendsten überregionalen Publikationsorgane der Industrie- und Handelskammern bzw. des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT), "Handel und Gewerbe" (bis 1921/22) und Deutsche Wirtschaftszeitung (besonders ab 1922), zu den Sprachchroniken auch der einzelnen Kammern in allen wichtigen Fragen entwickelt. Der DIHT gilt erst seit dem Ausgang des ersten Weltkrieges als repräsentative Spitzenorganisation der deutschen Industrie- und Handelskammern¹⁾. Bis dahin war er zu locker organisiert und umfaßte auch zahlreiche privatrechtliche Vereine. Seit 1926 bieten die Sitzungsprotokolle des damals vom DIHT gegründeten Bildungsausschusses weitere Anhaltspunkte. Von besonderem Wert für die Einordnung der Kammerarbeit in die Gesamtentwicklung der kaufmännischen Berufserziehung erwies sich etwa die Hälfte der fast ausnahmslos auf die Mitarbeit und Aussagen der Industrie- und Handelskammern hin untersuchten 77 zwischen 1895 und 1933 erschienenen Veröffentlichungen sowie die nach Ende des ersten Weltkrieges wieder eingegangene "Zeitschrift für das gesamte kaufmännische Unterrichtswesen" des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen.

Von den zahlreichen Kammerfestschriften vermochte nur ein Teil als verlässliche Quellen zu dienen. Soweit sie auf den Bereich der Bildungsarbeit eingehen, versuchen sie nicht selten eine einseitige Glorifizierung des Kammerbemühens, noch öfter aber fehlte den Verfassern

1) Vgl. Dieter Schäfer, Der Deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum der Weimarer Republik, Hamburg 1966, S. 11 und 18.

der Blick für das pädagogisch Wichtige¹⁾. Für eine Untersuchung wie die folgende wäre indessen ein breiteres Fundament örtlich begrenzter Forschungen von großem Wert gewesen. Die Wirtschaftspädagogik kann jedoch angesichts der kleinen Zahl ihrer Forschungseinrichtungen nicht damit rechnen, in absehbarer Zeit über solche Grundlagen zu verfügen, zumal insbesondere die einschlägigen Archive in Mittel- und Ostdeutschland schwer zugänglich sind.

1) Damit soll nicht der geschichtswissenschaftliche Wert dieser Arbeiten, die sich ja nicht zugleich als erziehungswissenschaftliche Untersuchungen verstehen, insgesamt in Frage gestellt werden.

Mit den wissenschaftlichen Maßstäben und zukünftigen Aufgaben der Kammergeschichtsschreibung befaßt sich besonders Dieter Schäfer, Handelskammergeschichte als Handelskammerarbeit, in: Tradition, 8. Jg. (1963), Heft 4, S. 145 ff. sowie derselbe, Geschichtsschreibung als Ausdruck des Selbstverständnisses der Industrie- und Handelskammern, in: Tradition, 9. Jg. (1964), Heft 2, S. 49 ff.

Es ist zu erwarten, daß sich die Arbeit des 1963 gegründeten Arbeitskreises Kammergeschichte des DIHT auf das wissenschaftliche Niveau vor allem der Festschriften auswirken wird. Wünschenswert wäre allerdings eine stärkere Zusammenarbeit des Arbeitskreises auch mit Wissenschaftlern solcher Bereiche außer der allgemeinen Wirtschaftsgeschichte, die bei der Klärung ihrer historischen Grundlagen in starkem Maße von Arbeiten zur Kammergeschichte abhängen.

A. Die Entwicklung der Industrie- und Handelskammern und ihr pädagogischer Auftrag

Zusammenschlüsse des Handels hat es, wie in vielen europäischen Staaten, auch in Deutschland seit Jahrhunderten gegeben. Es ist deshalb versucht worden, eine Kontinuität in der Arbeit von Kaufmannsgilden und Kommerzdeputationen, Kommerzkollegien, Handelsvorständen und ähnlichen Einrichtungen sowie schließlich der Handelskammern zu zeigen¹⁾. Verschiedene Handelskammern sind auch unmittelbar oder auf Umwegen aus derartigen Vorgängern gewachsen und datieren ihre Gründung bis ins 16. Jahrhundert zurück²⁾. Aber obwohl der Vertretungsbereich - das Allgemeininteresse der Kaufmannschaft - trotz mancher Abweichungen gleichbleibende Züge aufweist, haben die Handelskammern im Zuge des Liberalisierungsvorgangs der Wirtschaft im vorigen Jahrhundert doch dementsprechend andere Funktionen übernommen, "so daß es gerechtfertigt ist, die eigentliche Geschichte des modernen Handelskammerwesens erst mit der napoleonischen Zeit anzusetzen"³⁾. Bezüglich des Bildungswesens tritt beispielsweise zutage, daß die

-
- 1) Vgl. u. a. Fritz Heréus, Die deutschen Handelskammern als Glied der Verwaltung - Ihre Geschichte, ihr Wesen und ihre Zukunft, Mannheim-Berlin-Leipzig 1922, S. 4 ff.; Johannes Keucher, Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtiger Stand des Kammer-Systems, Diss. Halle-Wittenberg 1931, S. 9 f.; Gerhard Heinz, Die geschichtliche Entwicklung und die gegenwärtige Gestaltung der Selbstverwaltung in den wirtschaftlichen Berufskammern, Diss. Tübingen 1958, S. 19; Klara van Eyll, Die Geschichte einer Handelskammer, dargestellt am Beispiel der Handelskammer Essen 1840 - 1910, Köln 1964, S. 9 ff.
 - 2) Ohne Beschränkung auf Preußen vgl. u. a. Gerhard Pfeiffer, 400 Jahre Handelsvorstand Nürnberg 1560 - 1960, in: Mitteilungsblatt der IHK Nürnberg, Sondernummer April 1960; Harm-Hinrich Brandt, Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763 - 1963, o. O. 1963; Handelskammer Hamburg (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Handelskammer Hamburg, Hamburg 1965; Handelskammer zu Frankfurt a. M. (Hrsg.), Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt a. M. (1707 - 1908), Frankfurt a. M. 1908; Franz Kaiser (Hrsg.), Die Handelskammer für den Kreis Freiburg im Breisgau und ihre Vorgänger, Freiburg im Breisgau 1930.
 - 3) Wolfram Fischer, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat, Berlin 1964, S. 13.

ersten Handelskammern die Tradition jener älteren Korporationen auf diesem Gebiet zunächst nicht fortzusetzen.

Es ist richtig, daß die Entwicklung des Handelskammerwesens in Deutschland hinsichtlich seiner Grundstruktur das Verdienst Preußens ist¹⁾. Seinem Vorbild folgte die einzelstaatliche Handelskammergesetzgebung um so mehr, als die politische und wirtschaftliche Führungsposition Preußens innerhalb des Deutschen Reiches wuchs. So waren bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts die Unterschiede im Vertretungsauftrag und in den Aufgaben so stark verwischt, daß beispielsweise Peters²⁾ und Wicklmayr³⁾ die Entwicklung der deutschen Industrie- und Handelskammern nur noch am Beispiel Preußens schildern.

Diese Übereinstimmung mit dem preußischen Vorbild gilt zeitlich etwa vom ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts an, und zwar in den großen Leitlinien. In der Entstehungszeit der Handelskammern waren die Abweichungen auch in der Gesamtstruktur erheblich. In den sachlichen Einzelheiten blieben Unterschiede, solange die Handelskammergesetzgebung Sache der deutschen Einzelstaaten war.

Die Aufgabe einer Bildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern kann man als eine solche Detailfrage im Handelskammersystem ansehen. Das sei schon zu Beginn dieser Arbeit gesagt, um den Rahmen abzustecken, in dem der Teilauftrag zur Bildungsarbeit seinen Platz hat. Zwar verdankt die eine oder andere Kammer ihre Entstehung der Absicht der örtlichen Kaufmannschaft, durch die Gründung einer solchen finanziell, juristisch und bildungspolitisch besser als freie Vereinigungen fundierten Körperschaft das kaufmännische Schulwesen wirksamer zu fördern⁴⁾. Bei einigen, besonders mittleren und kleineren

1) Vgl. Fritz Heréus, a.a.O., S. 10.

2) Vgl. Hermann Peters, a.a.O., S. 11.

3) Vgl. Rainer Wicklmayr, Das Lehrlingswesen bei den Industrie- und Handelskammern der Bundesrepublik, Diss. Freiburg i. Br. 1956, S. 1.

4) So z. B. die IHK Detmold. Vgl. Rudolf Haus, Abriß der Geschichte der Industrie- und Handelskammer Detmold und ihrer Vorläufer, o. O. 1954, S. 50.

Kammern hat das kaufmännische Bildungswesen auch mehrere Jahre den bedeutendsten Teil der Arbeit beansprucht. Aber das sind Ausnahmen. Die Bildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern war früher wie heute nur ein Bereich ihrer Wirksamkeit neben den anderen, die - wie die Handels- und die Verkehrspolitik - über längere Zeit und mit stärkerer Intensität Aufmerksamkeit und Aktivität forderten. Sie war zudem ein Zweig, der sich regional unterschiedlich früh bzw. spät entwickelte, je nachdem wieweit z. B. der Gedanke der beruflichen Bildung außerhalb des Verhältnisses von Prinzipal und Lehrling bzw. Gehilfen Fuß gefaßt und bei Staat, Kommunen oder in der Meinung der Öffentlichkeit - insbesondere der Kaufleute - Rückhalt gefunden hatte.

Es kann im Rahmen dieser Untersuchung also weitgehend davon abgesehen werden, die Entwicklung des Handelskammerwesens im allgemeinen ausführlich darzustellen, zumal hierüber mehrere Arbeiten vorliegen, die zunächst hinreichend gesicherte Ergebnisse liefern¹⁾. Worauf es hier ankommen muß, ist die Frage, wo und wie mit dem Entstehen und der Entwicklung der Handelskammern der Gedanke verbunden war, diese Einrichtungen in den Dienst des Bildungswesens in einem weiten Sinne zu stellen. Die Aufgaben der Handelskammern fanden ihren äußeren Rahmen in den Statuten, Verordnungen und Gesetzen, die nicht nur den staatlichen Willen als rechtliche Normen umrissen haben, sondern selbst durch die jeweiligen wirtschaftspolitischen und auch die wirtschaftspädagogischen Vorstellungen der Zeit geprägt und entwickelt wurden. Wir werden deshalb in diesem Abschnitt die Wechselwirkungen zwischen den rechtlichen Grundlagen einerseits sowie der tatsäch-

1) Vgl. u. a. F. Lusensky, Gesetz über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 / 19. August 1897, 2. Aufl., Berlin 1909, S. 9 ff.; Fritz Heréus, a.a.O.; Otto Most, Die Selbstverwaltung der Wirtschaft in den Industrie- und Handelskammern, 3. Aufl., Jena 1927; Johannes Keucher, a.a.O.; Hans Wuttke, Die rechtliche Stellung der deutschen Industrie- und Handelskammern in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Diss. Köln 1949; Heinz Tarnowski, Die deutschen Industrie- und Handelskammern und die großen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Strömungen ihrer Zeit, Diss. Mainz 1951; Gerhard Heinz, a.a.O.; Wolfram Fischer, a.a.O.

lichen Bildungsarbeit in groben Umrissen andererseits ins Auge fassen, um die Entwicklungslinien des den Handelskammern zugewachsenen pädagogischen Auftrags zu verdeutlichen.

Wie die vorausgegangenen Überlegungen gezeigt haben, kann sich diese Untersuchung nicht auf das "Vorbild Preußen" beschränken. Gerade die Differenzierung nach der Entwicklung in den Einzelstaaten kann uns Erklärungen dafür geben, warum Beginn, Art und Intensität der Handelskammerarbeit auf dem Gebiet des Bildungswesens von Staat zu Staat voneinander abweichen. Wie sich zeigen wird, trifft die Ansicht Hans Peter Ipsens, bis 1933 sei "das Recht und die Organisation der IHKn" - also auch die Rechtsgrundlage ihrer Bildungsarbeit - "in ihren Grundzügen einheitlich"¹⁾ gewesen, nicht in vollem Umfang zu. Andererseits ist die Darstellung der Kammerentwicklung aller deutschen Staaten in diesem Zusammenhang weder möglich noch erforderlich, so daß die Auswahl von Beispielen geboten erscheint. Für diese Auswahl ist jedoch weniger das Verhältnis der Kammern zum Staat, als die unterschiedliche Rolle, die das Bildungswesen im Rahmen der Kammerarbeit rechtlich und tatsächlich spielte, ausschlaggebend. Die Beschränkung auf die größten der deutschen Staaten rechtfertigt sich auch mit dem maßgeblichen Einfluß, der von diesen auf die Gesamtentwicklung des deutschen Bildungswesens ausging.

I. Die preußischen Kammern und ihre Vorläufer

1. Die rheinischen Handelskammern und Gewerbeammern der napoleonischen Zeit

Die Handelskammern sind in Deutschland anfänglich ein Relikt der französischen Herrschaft in den linksrheinischen Gebieten gewesen. Die Gesetzgebung Frankreichs hatte im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts auch in einigen besetzten und 1801 abgetretenen deutschen

1) Hans Peter Ipsen, Berufsausbildungsrecht für Handel, Gewerbe und Industrie, Tübingen 1967, S. 18.

Städten zur Gründung von Handelskammern - chambres de commerce - (Köln¹⁾ sowie außerhalb des später preußischen Bereichs u. a. Mainz²⁾) und von Ratskammern - chambres consultatives de manufactures, fabriques, arts et métiers - (Aachen-Burtscheid, Eupen, Malmedy, Stolberg, Krefeld, Trier) geführt³⁾.

Die Ratskammern, die später auch treffender als Gewerbekammern⁴⁾ oder als Industrie- und Gewerbekammern⁵⁾ gekennzeichnet wurden, hatten "die Bedürfnisse der Fabriken, Handwerke, Künste und die Mittel zu deren Förderung zur Sprache zu bringen"⁶⁾. Ihnen oblag also auch die Vertretung des Handwerks, das in Preußen erst im Zusammenhang mit der reichseinheitlichen Regelung durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1897 wieder eine auf Zwangsgliederschaft beruhende Vertretung in Gestalt der Handwerkskammern erhielt, nachdem die Ratskammern im Laufe der Zeit immer mehr den Charakter von Handelskammern angenommen hatten und z. T. auch förmlich umgewandelt worden oder aber eingegangen waren⁷⁾.

Wenngleich in der Literatur ohne nähere Hinweise festgestellt wird, den Ratskammern sei auch die Aufgabe übertragen gewesen, das Verhältnis der Unternehmer bzw. Mei-

-
- 1) Vgl. Bruno Kuske, 150 Jahre Kölner Handelskammer, Köln 1947, S. 8 f.
 - 2) Ernst Kayser, Historischer Rückblick über die Entwicklung der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, in: Rheinhessens Wirtschaftsraum in seinem Werden nach 150 Jahren, (Mainz 1964), S. 12 f., stellt dar, wie sich die HK Mainz aus dem 1798 durch französischen Einfluß entstandenen, organisatorisch freieren Comité de commerce de la commune de Mayence entwickelte. Die Entstehung der Kölner Handelskammer verlief ähnlich.
 - 3) Richard Zeyss, Die Entstehung der Handelskammern und die Industrie am Niederrhein während der französischen Herrschaft, Leipzig 1907, S. 225 ff., berichtet über Entstehung und Schicksal weiterer chambres de commerce in norddeutschen Städten um 1810/11.
 - 4) Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen, Jg. 1905, Leipzig 1905 (künftig abgekürzt "Jahrbuch 1905"), S. 12; F. Lusensky, a.a.O., S. 9.
 - 5) Vgl. Richard Zeyss, a.a.O., S. 20.
 - 6) Vgl. F. Lusensky, a.a.O., S. 10.
 - 7) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 12 f.

ster zu deren Lehrlingen und Gesellen zu regeln¹⁾, so gibt es bisher keine weiteren Anhaltspunkte, daß sich dieser Auftrag auch auf die nichthandwerkliche Lehrlingsausbildung erstreckte und damit in eine Beziehung zur Bildungsarbeit der amtlichen Vertretungen von Industrie und Handel gebracht werden könnte. Der Ansicht Wicklmayrs²⁾, in dieser Funktion der Ratskammern sei ein erster Ansatzpunkt für den Aufbau einer Berufsausbildungsordnung durch die Industrie- und Handelskammern zu sehen, kann deshalb solange nicht beigeprlichtet werden, bis weitere Forschungen bewiesen haben, daß hier Aufgaben wahrgenommen wurden, die überhaupt innerhalb des unmittelbaren Interessenfeldes der späteren Industrie- und Handelskammern lagen³⁾. Das wäre nicht der Fall, wenn sich die durch die entsprechenden Formulierungen des Gesetzes, das die Errichtung der Ratskammern regelte, begründete Vermutung bestätigen ließe, daß diese Wirksamkeit allenfalls die Ordnung handwerklicher Lehrverhältnisse betraf⁴⁾. Das indirekte Interesse, das sich aus dem Einsatz handwerklich ausgebildeten Nachwuchses in der Industrie ergibt, reicht zur Begründung einer diesbezüglichen Tradition der Handelskammern nicht aus. Von Ansätzen einer entsprechenden Bildungsarbeit der späteren Handwerkskammern zu sprechen, läge näher. In dem Gesetz vom 12. April 1803 ist jedoch keine Rede davon, daß die Ordnung des Lehrlingswesens in die Obhut der Ratskammern

1) Vgl. Fritz Heréus, a.a.O., S. 15; ihm folgen ohne weitere Nachweise: Rainer Wicklmayr, a.a.O., S. 3 und Wolfgang Liening, a.a.O., S. 10.

2) Vgl. Rainer Wicklmayr, a.a.O., S. 3.

3) In den Archiven der IHK Aachen und der IHK Krefeld, den unmittelbaren Nachfolgekammern der bedeutendsten rheinischen Ratskammern, befindet sich kein Material, das weiteren Aufschluß geben könnte. Beide Kammern haben den größten Teil der Akten und Berichte aus jener Zeit im zweiten Weltkrieg verloren. Schreiben der IHK für den Regierungsbezirk Aachen vom 25. 7. 1966 und der IHK zu Krefeld vom 26. 6. 1966.

4) Vgl. Gesetz in betreff der Manufakturen, Fabriken und Werkstätten vom 12. April 1803 (22. Germanial XI), Titel III ("Von den Verbindlichkeiten zwischen den Arbeitern und denen, die sie gebrauchen"), Artikel IX - XI, von der IHK für den Regierungsbezirk Aachen durch Brief vom 25. 6. 1966 übersetzt mitgeteilt.

gelegt war. Ob diese in der Praxis damit befaßt wurden, bleibt offen.

Den Aufgaben der französischen Ratskammern waren die der Handelskammern sehr verwandt. Hatten die ersteren die Interessen des Gewerbes zu vertreten, so bezog sich bei letzteren der Vertretungsauftrag dem Buchstaben nach auf den Handel, obwohl er in Wirklichkeit die Fabrikbetriebe jederzeit einschloß: Sie sollten "Vorschläge zur Förderung des Handels machen, die Regierung über die Gründe, die ihm hindernd entgegenstünden, unterrichten und auf neue Erwerbsquellen aufmerksam machen", darüber hinaus aber auch umgrenzte Verwaltungsaufgaben (Verkehrswesen, Schleichhandelüberwachung) wahrnehmen¹⁾. Von einem Auftrag auf dem Gebiete des Bildungswesens war nicht ausdrücklich die Rede.

Bei beiden Kammerarten lag der Vorsitz stets in den Händen eines Präfekten bzw. eines Bürgermeisters, von dem auch der Ausschuß zusammenzurufen war, der die ersten Kammermitglieder wählte²⁾. Schon diese beiden äußeren Merkmale deuten an, daß es sich bei den französischen Ratskammern und den Handelskammern um Einrichtungen handelte, die - dem Wesen französischer Staatsbürokratie entsprechend - den Behörden zu dienen hatten³⁾.

Diese Charakteristika sind für die Beurteilung der Bildungsarbeit jener Kammern insofern von Bedeutung, als im Dienste der Staatsbürokratie stehende Körperschaften, deren Vorsitz bei Beamten lag, naturgemäß in ihrer Initiative stärker an staatliche Konzeptionen gebunden sind als unabhängige Selbstverwaltungskörperschaften. Solange der Staat das Bildungswesen in seiner wirtschaftspolitischen Bedeutung noch nicht wieder (wie ansatzweise z. Z. des Merkantilismus) erkannte und Folgerungen daraus zog, konnte es folglich auch nur beschränkt Beratungsgegenstand der Rats- bzw. der Handelskammern sein.

1) Vgl. F. Lusensky, a.a.O., S. 10 f.

2) Vgl. ebenda, S. 10 und 12.

3) Vgl. Otto Most, a.a.O., S. 20 und 23; Hermann Peters, a.a.O., S. 9.

Hierin ist der erste Grund zu suchen, warum aus jener Zeit fast nichts über eine pädagogisch relevante Tätigkeit der Kammern überliefert ist. Der zweite Grund ist formaler Art: Zeyss berichtet¹⁾, daß die französischen Behörden eine Drucklegung oder sonstige Veröffentlichung von Gutachten dieser Kammern mißbilligten, weil eine gedruckte Denkschrift formal ein Anruf der öffentlichen Meinung und deshalb nicht der richtige Weg sei, um der Staatsbehörde Wünsche vorzutragen. Selbst wenn die damaligen Rats- und die Handelskammern in den linksrheinischen Gebieten Deutschlands zur Zeit der französischen Herrschaft Bildungsarbeit in irgendeiner Form geleistet oder veranlaßt haben, dürfte dies nur aufgrund weiterer Studien, nicht zuletzt in den Pariser Archiven, nachweisbar sein. Anhaltspunkte, die eine solche Arbeit im Rahmen dieser umfassenden Untersuchung gerechtfertigt hätten, fehlen jedoch. So findet sich in der umfangreichen "Geschichte der Kölner Handelskammer" Mathieu Schwanns, in der über die Tätigkeit während der ersten Jahrzehnte ausführlich berichtet wird, ebensowenig ein Hinweis auf eine als Bildungsarbeit auslegbare Tätigkeit²⁾ wie in der einschlägigen Arbeit von Richard Zeyss³⁾.

2. Die kaufmännischen Korporationen

Von seiten Preußens kam die erste bedeutende Initiative zur Bildung von Körperschaften, die als Repräsentanten des gesamten Kaufmannsstandes eines bestimmten Gebietes gelten konnten, als sich nach dem Zusammenbruch von 1806 freiheitliche Grundsätze auch in der Wirtschaftsverfassung durchzusetzen begannen. Nachdem sich in Königsberg die dortigen drei Zünfte zu einer Korporation mit gleichen Rechten aller Mitglieder zusammengeschlossen hatten, forderte das Innenministerium am 28. Juni 1810 auch die Berliner Kaufmannsgilden und die Börsenkorporation auf, Vorschläge zu machen, "wie der auch noch unter ihnen

1) Vgl. Richard Zeyss, a.a.O., S. 52 f.

2) Vgl. Mathieu Schwann, Geschichte der Kölner Handelskammer, 1. Bd., Köln 1906.

3) Vgl. Richard Zeyss, a.a.O.

herrschende Gewerbszwang auf die wohlthätigste und gemeinnützigste Weise abzustellen sein dürfte"¹⁾. Es sollte ein Komitee gebildet werden, das "in eben der Art wie die Stadtverordneten in Rücksicht der Stadtgemeinde in allgemeiner Vollmacht über kaufmännl. Angelegenheiten beräth und beschließt, und aus sämmtl. Kaufleuten ohne Unterschied der Gegend der Stadt, des Handl. Zweiges und der Religionsverhältnisse, durch freies Vertrauen und Stimmenmehrheit erwählet, auch jährlich zum 3. Theile erneuert wird"²⁾. Wie gravierend der Unterschied dieser Leitgedanken zu denen der Handelskammern französischen Ursprungs ist, bedarf keiner Erläuterung.

Die ministerielle Aufforderung fand bei den Berliner Gilden, die an der alten Ordnung festhalten wollten, zunächst keine Resonanz. Erst als das Gewerbebesteuereidikt von 1810 die Innungsprivilegien aufgehoben hatte, kam ein Entwurf zustande, der aber dann doch nicht die Grundlage der späteren Verfassung bildete. Die weitere Wirtschaftsgesetzgebung Preußens reduzierte die Bedeutung der Gilden so sehr, daß diese auch erheblich an Mitgliedern verloren und als Folge der Kriegslasten mit ihren finanziellen Verpflichtungen in Bedrängnis kamen³⁾. So entwickelte sich in wenigen Jahren aus anfänglichem Widerstand die Einsicht in die Zweckmäßigkeit einer liberalen Korporationsverfassung, wobei allerdings noch nicht die später kennzeichnende liberale Grundhaltung der Kaufmannschaft, sondern die Einführung der Gewerbefreiheit durch den Staat die Triebfeder gewesen ist⁴⁾.

1) Zitiert nach o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin - Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum am 2. März 1920, Berlin (1920), S. 44.

2) Ebenda, S. 45.

3) Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung der Berliner Verhältnisse in o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 45 ff.

4) Im wesentlichen ähnlich und gleichzeitig verlief auch die Entwicklung in Stettin. Vgl. Martin Wehrmann, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin, Stettin 1921, S. 78 ff. Etwas anders war die Ausgangsposition in Magdeburg, das in jenen Jahren zum von Napoleons Bruder Jérôme regierten Königreich Westfalen gehörte. Die Verhandlungen über eine Reorganisation setzten erst nach der Rückkehr zu Preußen ein und verliefen offenbar reibungsloser. Vgl. Hans Leonhard (Hrsg.), Denkschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Industrie- und Handelskammer zu Magdeburg, Magdeburg 1925, S. 16.

Aber erst zu Beginn der zwanziger Jahre unterzeichnete der König die Statuten mehrerer kaufmännischer Korporationen im östlichen Preußen: Berlin 1820, Stettin 1821, Danzig und Memel 1822, Königsberg und Tilsit 1823, Elbing 1824 und Magdeburg 1825. Sie alle sind als "die zeitgemäßen, teilweise unmittelbaren Nachfolger der früher vorhandenen kaufmännischen Zünfte, Innungen und Gilden"¹⁾ zu begreifen und durch die Übernahme des Vermögens, zahlreicher Einrichtungen und Selbstverwaltungsaufgaben von Anfang an vor ein größeres Arbeitsgebiet gestellt gewesen als die frühen Handelskammern mit ihren nur behördenberatenden Funktionen. Diese unterschiedliche Ausgangsposition war auch für die Möglichkeiten zu einer Bildungsarbeit besonders auf den Gebieten der Lehrlingsausbildung und des berufsbildenden Schulwesens von grundsätzlicher Bedeutung.

Anders als die Handelskammern beruhten die Korporationen nicht auf unmittelbarem Beitrittszwang, obwohl die Zugehörigkeit zu ihnen nach dem Allgemeinen Preussischen Landrecht aber die Voraussetzung für alle war, die die "kaufmännischen Rechte" der Wechselfähigkeit usw. besitzen wollten²⁾. So läßt sich doch sagen, daß die kaufmännischen Korporationen die Arbeitgeberseite des Handelsstandes bis zur Mitte des Jahrhunderts ebenso repräsentierten wie die Handelskammern.

Nachdem die Allgemeine Deutsche Wechselordnung von 1847 und das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch von 1861 die Vorrechte der Korporationsmitglieder beseitigt hatten, entfiel selbst der indirekte Beitrittszwang. Hierin bestand der bleibende Unterschied, während sich die Korporationsstatuten und die gesetzlichen Bestimmungen für die Handelskammern sonst immer mehr annäherten³⁾ und die

1) Fritz Héreau, a.a.O., S. 7.

2) Vgl. Martin Wehrmann, a.a.O., S. 87.

3) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 14.

Ältesten bzw. die Vorsteher der Kaufmannschaft¹⁾ im großen und ganzen auch die Funktionen wahrnahmen, die an anderen Orten den Handelskammern oblagen.

Von 1897 an haben sich die kaufmännischen Korporationen nach und nach in Handelskammern umgewandelt²⁾. Neben der grundsätzlichen Überlegung, daß "die Erfüllung der sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben ... nicht allein aufgebaut werden kann auf freiwilligen Organisationen, vielmehr des staatlichen Zwangs zur Schaffung wirksamer Grundlagen für die Vertretung der Einzelinteressen nicht entbehren kann"³⁾, hat beispielsweise in Magdeburg eine entscheidende Rolle gespielt, daß die nur knapp die Hälfte der am Ort ansässigen Firmen umschließende Korporation sich nicht in der Lage sah, das ihr zur Finanzierung der kaufmännischen Fortbildungsschule abgeforderte Drittel des Defizits aufzubringen⁴⁾.

Fragen wir, ob und in welchem Umfange den kaufmännischen Korporationen eine Bildungsarbeit aufgetragen war, so geben uns hier wie auch bei den ersten preußischen Handelskammern die Statuten Anhaltspunkte. Sie alle enthielten in ihrer ersten vom König sanktionierten Fassung nur wenige Rahmenbestimmungen zur Ordnung des Lehrlingswesens⁵⁾.

Das Berliner Korporationsstatut, das als erstes in Kraft trat und in dieser Frage offensichtlich Vorbild der fol-

1) Die Ältesten der Kaufmannschaft bzw. die Vorsteher oder das Vorsteheramt waren nicht, wie von Most und Wuttke offenbar angenommen wird (vgl. Otto Most, a.a.O., S. 23; Hans Wuttke, a.a.O., S. 10), die Korporation an sich. Vielmehr handelte es sich bei ihnen um einen aus der Mitte der Korporation gewählten Ausschuß, der an deren Spitze stand und die entscheidenden Beschlüsse faßte.

2) In Berlin bestand die Korporation bis 1920 jedoch neben der durch Verfügung vom 19. Dez. 1901 genehmigten HK weiter. Die Förderung des Bildungswesens wurde vor allem von der Korporation wahrgenommen. Vgl. hierzu auch Max Apt, 25 Jahre im Dienste der Berliner Kaufmannschaft, Berlin-Zehlendorf 1927, S. 58 f.

3) HK Berlin, JB 1902, S. 3.

4) Vgl. Hans Leonhard (Hrsg.), a.a.O., S. 54.

5) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 13.

genden Statuten wurde, regelte in § 74, daß die Verträge zwischen Korporationsmitgliedern und deren Lehrlingen schriftlich abzuschließen und den Ältesten mitzuteilen waren. Andererseits sollten die Ältesten, "falls sie kein Bedenken dabei finden", die Lehrzeugnisse bestätigen¹⁾. Schließlich war "jedes Mitglied der Korporation ... verpflichtet, einen Lehrling oder Gehülfen auf die Aufforderung der Ältesten sofort zu entlassen, wenn dieses wegen solcher Vergehungen gefordert wird, welche bei Mitgliedern der Korporation Ausschließung begründen würden"²⁾. Das Stettiner und das Königsberger Statut übernahmen diese Regelungen fast wörtlich³⁾.

Diese Bestimmungen gaben den Ältesten bzw. den Vorstehern der Kaufmannschaften beschränkte Kontrollrechte über die Lehrlingsausbildung, die eigentlich im Widerspruch zum Gewerbepolizeiedikt vom 7. Sept. 1811 standen. Darin war die Annahme von Lehrlingen als reine Privatangelegenheit erklärt worden⁴⁾. Die vom König unterschriebenen Statuten folgten hierin zünftlerischer Tradition, weil Vertreter der Berliner Kaufmannschaft entsprechende Forderungen nachdrücklich erhoben hatten⁵⁾.

Der pädagogische Auftrag der Statuten enthielt neben den oben skizzierten formellen Weisungen aber auch die Aufgabe der Ältesten, sie sollten "bei diesem wichtigen Theile ihres Berufs überhaupt dahin wirken ..., daß Rectlichkeit, Ordnungsliebe und Sachkenntniß als die wahren Grundlagen kaufmännischer Bildung anerkannt und behauptet werden".

1) Vgl. Statut für die Kaufmannschaft zu Berlin vom 2. März 1820, o. O. o. J., S. 21.

2) Ebenda, S. 21 f. (§ 75).

3) Vgl. Statut der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin vom 15. Nov. 1821, §§ 102 f., abgedruckt bei Martin Wehrmann, a.a.O., Anlagen, S. 55; Statut für die Kaufmannschaft zu Königsberg in Preußen vom 25. April 1823, §§ 95 f., abgedruckt in: o. V., Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Korporation der Kaufmannschaft von Königsberg, Königsberg 1873, Beilagen, S. 9.

4) Vgl. o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 98 f.

5) Vgl. ebenda, S. 99.

tet werden"¹⁾. Mit dieser die zünftlerische Enge über-
ragenden Bestimmung war den Ältesten ein materieller
Maßstab für die Ausbildung des kaufmännischen Nachwuch-
ses gegeben, der für alle Träger der Berufserziehung bis
in die Gegenwart Bedeutung behalten hat.

Über die Wege, welche die Ältesten zur Erfüllung dieses
Auftrages gegangen sind, ist bisher wenig bekannt²⁾. Die
Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin begannen jedoch
unverzüglich mit der Arbeit und setzten schon 1822 beim
Handelsminister Ausführungsbestimmungen durch, die vor
allem das Kontrollverfahren über die Lehrlingsverträge
regelten. Am Ende der Lehrzeit konnten die Lehrlinge
vor einer Ältestenkommission eine freiwillige Prüfung ab-
legen, über deren Ergebnis eine Bescheinigung ausgestellt
wurde³⁾.

Wolfram Fischer sieht hierin - die Berliner Verhältnisse
verallgemeinernd - den Ursprung der Kammerarbeit in
Deutschland auf dem Gebiete des kaufmännischen und ge-
werblichen Bildungswesens⁴⁾. Diese zeitliche Bestimmung
des Beginns einer Bildungsarbeit der modernen amtlichen
Handelsvertretungen ist sicher zutreffender als die
Rainer Wicklmayrs (vgl. S. 16), aber sie ist doch nur
bedingt richtig. Denn in jener Arbeit der Ältesten wirk-
te noch unverkennbar die Tradition der Zünfte und Gilden
nach. Die zukunftsweisende Formulierung des Bildungszieles
für den kaufmännischen Nachwuchs in den Statuten konnte
das nicht schlagartig ändern. Gerade darin zeigt sich
die anfängliche Gebundenheit an die alte Ordnung, daß
die Einflußnahme auf die Lehrlingsausbildung um so schwä-

-
- 1) Statut für die Kaufmannschaft zu Berlin vom 2. März 1820, § 74, a.a.O., S. 21; ebenso: Statut der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin vom 15. Nov. 1821, § 102, a.a.O.; Statut für die Kaufmannschaft zu Königsberg in Preußen vom 25. April 1823, § 95, a.a.O. (das Wort "überhaupt" ist hier weggelassen).
 - 2) Die Jubiläumsschriften a) o. V., Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Korporation der Kaufmannschaft von Königsberg, a.a.O., b) Fritz Wehrmann, a.a.O., c) Hans Leonhard (Hrsg.), a.a.O., berichten darüber nichts. Auch die Jahresberichte der Magdeburger Ältesten von 1852 an geben keinen Anhaltspunkt für eine davor liegende Bildungsarbeit.
 - 3) Vgl. o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 100.
 - 4) Vgl. Wolfram Fischer, a.a.O., S. 20.

cher wurde, je mehr sich liberale Gedanken in der Kaufmannschaft durchsetzten. Die von Fischer angenommene sich steigernde Kontinuität der Bildungsarbeit läßt sich also nicht bestätigen. Als Älteste der Kaufmannschaft und Handelskammern in ihren Aufgabenbereichen weitgehend angeglichen waren, ist die Überwachung des Lehrlingswesens bei den Ältesten nicht mehr und bei den Handelskammern noch nicht Gegenstand der Arbeit gewesen. In dem revidierten Statut der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin von 1870¹⁾ finden sich ebenso wie im neuen Statut der Königsberger Korporation von 1871²⁾ keine das Lehrlingswesen regelnden Bestimmungen mehr. Diese Entwicklung war die zwangsläufige Folge aus der Aufhebung der den indirekten Zwang zur Mitgliedschaft begründenden kaufmännischen Vorrechte der Korporationsmitglieder.

Für ein Eingreifen in den Aufbau des kaufmännischen Schulwesens besaßen die Korporationen dank ihrer durch die Wahrnehmung anderer Selbstverwaltungsaufgaben ausgebauten und dadurch erprobten Organisation früher tragfähige Grundlagen als die Handelskammern. Trotzdem sind sie in den ersten Jahrzehnten recht zurückhaltend gewesen. Immerhin verdankte aber die 1832 eröffnete Danziger Handelsakademie neben einem Vermächtnis des Kaufmanns Jacob Kabrun in Höhe von 100 000 Gulden der Opferwilligkeit der Korporation der Kaufmannschaft, der die Verwaltung der Stiftung und damit indirekt auch der Schule oblag und die auch selbst länger als ein halbes Jahrhundert mit Zuschüssen einsprang, ihren Aufbau und in gewissem Maße auch ihre finanzielle Sicherung³⁾. Ferner unter-

1) Vgl. Revidiertes Statut der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin vom 26. Febr. 1870, abgedruckt in: o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 631 - 642.

2) Vgl. Statut für die Korporation der Kaufmannschaft zu Königsberg in Pr. vom 5. Juni 1871, abgedruckt in: o. V., Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Korporation der Kaufmannschaft von Königsberg, a.a.O., Beilagen, S. 10 - 17.

3) Vgl. hierzu Oskar Simon, Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1902, S. 875 ff.

stützte die Stettiner Kaufmannschaft schon seit 1843 eine "Handels-Lehr-Anstalt" mit einem allerdings sehr bescheidenen Zuschuß¹⁾. 1880 gründeten die Ältesten der Kaufmannschaft in Magdeburg eine freiwillige kaufmännische "Schule" mit Abendunterricht²⁾. Ebenso haben die Einrichtungen der Handelskammern zur kaufmännischen Erwachsenenbildung am Ende des 19. Jahrhunderts durch die auf Veranlassung der Berliner Ältesten der Kaufmannschaft seit 1881 durchgeführten "Vorlesungen für junge Kaufleute" wesentliche Anregungen erhalten. Weitere Beispiele ließen sich anführen. Solche praktische Arbeit wurde aber stets erst geleistet, als sich die Einsicht in die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen bei breiten Schichten der Kaufleute und Fabrikanten durchgesetzt hatte. Die rechtlich und organisatorisch teilweise besseren Möglichkeiten der Korporationen fanden darin ihre entscheidenden Grenzen. Diese relativ schwerfällige Einstellung auf neue Erfordernisse im Bildungswesen liegt allgemein in der Natur von Körperschaften, die auf Mehrheitsbeschlüsse angewiesen sind. Sie erklärt, warum beispielsweise die Berliner Ältesten bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts hinein die pädagogische Pionierarbeit einzelner Privatleute weder ideell noch finanziell anerkannten³⁾, bis zum ersten

1) Vgl. Fritz Wehrmann, a.a.O., S. 135 und 165.

2) Vgl. AedK Magdeburg, JB 1880, S. 14; Hans Leonhard (Hrsg.), a.a.O., S. 52.

3) Ein vom Ministerium übergebenes Immediatgesuch des Lehrers Karl Noback und des Schriftstellers Ferdinand Freiligrath, die die Errichtung einer Handelsakademie anregten, wurde von den Ältesten am 11. Febr. 1842 mit der Begründung ablehnend beantwortet, daß sie "das Bedürfnis einer besonderen Handelsakademie zur Bildung junger Kaufleute, welche sich dem Handelsstande zu widmen beabsichtigen, für Berlin nicht anzuerkennen" vermochten. Der dann doch als Fortbildungsschule entstandenen Anstalt wurde eine finanzielle Unterstützung versagt. Als ein Schweizer Professor der Handelskunde den Plan für eine preußische Handelsakademie vorlegte, erhielt er die Antwort, daß "die tüchtige Vorbildung der preußischen höheren Schulen die allgemeine Bildung gebe und für die spezielle Ausbildung die Praxis besser und schneller als Fachschulen sei". Noch 1874 wurde die Denkschrift eines anderen Pädagogen zurückgewiesen. Vgl. o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 265 ff.

Weltkrieg aber zu einem der bedeutendsten Träger kaufmännischer Bildungseinrichtungen in Deutschland wurden.

Zusammenfassend läßt sich über die kaufmännischen Korporationen im östlichen Deutschland sagen, daß sie als "ein echtes Erzeugnis deutschen Geistes"¹⁾ dem Selbstverwaltungsauftrag der Industrie- und Handelskammern, der die Grundlage für eine umfangreiche Arbeit auf dem Gebiete des beruflichen Bildungswesens wurde, durch ihre Eigenart und ihre Arbeit maßgeblich zum Durchbruch verholfen haben.

3. Aufbau und Entwicklung des preußischen Handelskammerwesens

Die aus der napoleonischen Zeit stammenden rheinischen Handelskammern²⁾ bestanden nach der Rückkehr ihrer Bezirke zu Preußen zunächst ohne einschneidende Änderungen fort. Aber das Beispiel der neuen städtischen Selbstverwaltung blieb nicht ohne Wirkung auf die weitere Entwicklung. Obwohl die Kammern französischen Ursprungs der Kaufmannschaft anderer rheinischer Städte Vorzüge ihrer Wirksamkeit demonstriert hatten, liefen die Bestrebungen doch auf eine Modifizierung zugunsten einer weitergehenden Unabhängigkeit vom Staat hinaus. In den Verhandlungen um das Statut der Elberfeld-Barmer Kammer warf der Kaufmann C. C. Becher, nachdem man sich auch über die Arbeitsweise der kaufmännischen Korporationen orientiert hatte, in die Waagschale, der Geist der preußischen Städteordnung lasse es nicht zu, der Kaufmannschaft Staats- oder Gemeindebeamte als "geborene" Präsidenten zuzumuten³⁾.

Das landesherrliche Statut für die Handelskammer von Elberfeld und Barmen vom 22. Juni 1830 räumte den Kaufleuten der beiden Städte das allgemeine Wahlrecht für die Mit-

1) Otto Most, a.a.O., S. 23.

2) Es wird daran erinnert, daß die Ratskammern sich im Laufe der Zeit überwiegend in Handelskammern umgewandelt haben oder aber eingegangen sind.

3) Vgl. Industrie- und Handelskammer Wuppertal (Hrsg.), Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831 - 1956, Wuppertal 1956, S. 19.

glieder der Kammer¹⁾ und diesen die unabhängige Wahl ihres Vorsitzenden ein²⁾. Die erste Handelskammer deutschen Ursprungs erhielt die Aufgabe,

"den Staatsbehörden ihre Wahrnehmungen über den Gang des Handels und Manufaktur-Gewerbes und ihre Ansichten über die Mittel zur Beförderung des Einen und des Andern darzulegen, denselben die Hindernisse, welche der Erreichung dieses Zweckes entgegenstehen, bekannt zu machen, und ihnen die Auswege anzuzeigen, welche sich zur Hebung derselben darbieten. Auch kann sie beauftragt werden, über zweckmäßige Ausführung und Verwaltung der öffentlichen Anstalten und Anordnungen, die auf den Handel Bezug haben, die Aufsicht zu führen."³⁾

Mit den Bestimmungen des Elberfelder Statuts, die für die im nächsten Jahrzehnt gegründeten rheinischen Kammern maßgebend wurden, war eine Brücke zwischen der französischen Kammergesetzgebung und den kaufmännischen Korporationen geschlagen und eine für das deutsche Kammerwesen richtungsweisende neue Form der Handelskammern gefunden. Der direkte Beitragszwang und die Aufgaben folgten dem französischen Vorbild, während sich die Wahl der Mitglieder und des Vorsitzenden ohne Behördeneinfluß zuvor in den kaufmännischen Korporationen verwirklicht fand.

Die Analyse der Kammeraufgaben zeigt, daß sie für eine Bildungsarbeit weiten Raum ließen. Aus heutiger Sicht steht es außer Zweifel, daß das Bildungswesen zu jeder Zeit einen mittelbaren Einfluß auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Einzel- wie der Volkswirtschaft ausübte und seine Vernachlässigung in bestimmten Bereichen eine schnellere Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft möglicherweise behinderte. Insofern könnte man meinen, daß Stellungnahmen zur Entwicklung des allgemeinen wie des wirtschaftsberuflichen Bildungswesens von jeher zum von seiten des Staates umrissenen Auftrag der Handelskammern gehört hätten. Das gleiche gilt hinsichtlich der Übertragbarkeit von Aufsichtsrechten über die "Verwaltung der öffentlichen Anstalten ..., die auf den Handel Bezug haben", wozu das

1) Vgl. Statut der Handelskammer von Elberfeld und Barmen vom 22. Juni 1830, §§ 10 und 16 (dem Verf. von der IHK Wuppertal als Abschrift übermittelt).

2) Vgl. ebenda, § 2.

3) Ebenda, § 4.

kaufmännische Schulwesen sicher gezählt werden darf.

Diese Überlegungen sind jedoch vordergründig. Von einem pädagogischen Auftrag der Handelskammern im Sinne einer Verpflichtung kann so lange nicht gesprochen werden, wie er weder dem Staat noch den Kammern überhaupt bewußt war.

Der Kaufmannschaft, die an der Fassung der Statuten mitwirkte, ging es bei ihrem Begehren nach amtlichen Handelsvertretungen um die Verwirklichung anderer, unmittelbarer Ziele. In dem formellen Antrag auf Errichtung einer Handelskammer in Elberfeld aus dem Jahre 1827 ist nur von "dem steigenden Verkehr mit dem Auslande und der täglich größer werdenden Ausdehnung des übrerrheinischen Handels"¹⁾ die Rede. Beratung über und Einflußnahme auf die Verkehrs- und Außenhandelspolitik standen im Vordergrund des Interesses und der Arbeit. Die neueren Festschriften bald darauf entstandener rheinischer Kammern berichten von gleichartigen Motiven bei den Gründungsvorgängen.

Der preußische Staat aber, durch den die Statuten in ihrer endgültigen Fassung sanktioniert wurden, hielt die Lehrlingsausbildung für ein privates Rechtsverhältnis, in das er sich nicht einzumischen habe. Folglich konnte er von den Handelskammern auch keine entsprechenden Anregungen erwarten. Ebenso hat er ein Interesse am kaufmännischen Schulwesen bis ins letzte Drittel des Jahrhunderts nur sehr punktuell bekundet. Daß die Handelskammern aber zur Beurteilung des allgemeinbildenden Schulwesens berufen sein sollten, widersprach ganz der Bildungsideologie jener Zeit. Für die besonders stark unter den Nachwirkungen Wilhelm von Humboldts stehenden Gymnasien galt das gewiß uneingeschränkt²⁾, für das "niedere" Schulwesen haben daneben an-

1) Zitiert bei IHK Wuppertal (Hrsg.), Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831 - 1956, a.a.O., S. 17.

2) Vgl. hierzu Theodor Litt, Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt, 5. Aufl., Bonn 1958, insbes. S. 54 ff.

dere, insbesondere politische Überlegungen Einhalt geboten¹⁾.

Es ist deshalb nicht anzunehmen, daß der preußische König, als er die Statuten der Elberfelder und der anderen Kammern unterschrieb, in der Formulierung der Handelskammeraufgaben pädagogische bzw. bildungspolitische Aufgaben eingeschlossen sehen wollte. Dies ist bedeutsam, weil die Handelskammern auch in ihrer preußischen Form nach dem Willen des Staates noch über Jahrzehnte unter dem Gedanken der Dienstbarkeit gegenüber den Behörden stehen sollten²⁾. In die übereinstimmenden Statuten der in den vierziger Jahren gegründeten Kammern Erfurt³⁾, Hagen⁴⁾ und Halle⁵⁾ ist die Umschreibung der Aufgaben zwar nicht wörtlich, aber doch sinngemäß übernommen worden. Auch als das Handelskammerwesen 1848 durch Königliche Verordnung einheitlich für die ganze Monarchie geregelt wurde, blieben seine Aufgaben unverändert⁶⁾.

Erst das Gesetz von 1870, im Zusammenhang mit der Ausweitung Preußens und der Neuordnung des Gewerbewesens ent-

-
- 1) Der preußische König hatte, einem Erlaß des Kultusministers Altenstein aus dem Jahre 1822 zufolge, beispielsweise geäußert, daß das Elementarschulwesen "in seinen Grenzen gehalten werden müsse, damit nicht aus dem gemeinen Mann verbildete Halbwisser, ganz ihrer zukünftigen Bestimmung entgegen hervorgingen". Zitiert bei Johannes von den Driesch und Josef Esterhues, Geschichte der Erziehung und Bildung, Bd. II, 4. Aufl., Paderborn 1954, S. 444.
 - 2) Noch 1882 hatte der Regierungskommissar im preußischen Abgeordnetenhaus erklärt, die Handelskammern seien nach dem Gesetz "nichts weiter als beratende und begutachtende Kollegien", "Organe der Staatsgewalt und nicht mit einer selbständigen eigenen Rechtspersönlichkeit ausgerüstet". Zitiert bei Richard Zeyss, a.a.O., S. 53.
 - 3) Vgl. Statut der Handelskammer für die Stadt Erfurt in der Provinz Sachsen vom 18. Okt. 1844, § 6, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1844, S. 663.
 - 4) Vgl. Statut für die Handelskammer des Kreises Hagen im Regierungsbezirk Arnsberg vom 18. Okt. 1844, § 6, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1844, S. 667.
 - 5) Vgl. Statut für die Handelskammer der Stadt Halle und die Saalörter im Regierungsbezirk Merseburg vom 18. Okt. 1844, § 6, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1844, S. 672.
 - 6) Vgl. Verordnung über die Errichtung von Handelskammern vom 11. Febr. 1848, § 4, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1848, S. 64.

standen, brachte eine Neuerung, indem es den Auftrag der Handelskammern nicht nur kürzer und allgemeiner umriß, sondern auch ihre Stellung anders definierte¹⁾:

"Die Handelskammern haben die Bestimmung, die Gesamtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch thatsächliche Mittheilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen."

Hatte die Verordnung von 1848 die Aufgaben nach der objektiven Seite hin beschrieben²⁾, so wurde der Aspekt jetzt auf eine subjektive Ebene verschoben: Die Interessenvertretung der Unternehmer wurde als Recht und Pflicht der Handelskammern ausdrücklich legalisiert. Das ist auch im Hinblick auf die Bildungsarbeit kein unwesentlicher Unterschied, da das, was der Volkswirtschaft im umfassenden Sinne nottut, den vitalen Interessen der Unternehmer vor allem bei kurzfristigem Wägen durchaus zuwiderlaufen kann.

In Wirklichkeit hatte dieser feine Unterschied keine große Bedeutung: Faktisch vertraten die Kammern auch vor 1870 die Interessen der Unternehmer. Ein Widerspruch konnte den in den Handelskammern mitwirkenden Großkaufleuten und Fabrikanten gar nicht bewußt werden. Die für die Übergangszeit typische Mischung noch verbliebener patriarchalischer Vorstellungen und der liberalistischen Idee von der Gemeinnützigkeit des eigenen wirtschaftlichen Erfolgs gab ihnen die Überzeugung, zugleich die Interessen der Arbeitnehmerseite wahrnehmen zu können³⁾. So wurde der Sinn der Neuerung darin gesehen, daß die Abhängigkeit der Handelskammern vom Staat gelockert war und damit eine Selbstverwaltung von Handel und Gewerbe auch in den neuen Kammern ihren Anfang nehmen konnte⁴⁾.

1) Gesetz über die Handelskammern vom 24. Febr. 1870, § 1, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1870, S. 134.

2) "Die Handelskammern haben die Bestimmung, ... Berichte und Gutachten über Handels- und Gewerbeangelegenheiten zu erstatten, ... ihre Wahrnehmungen über den Gang des Handels und der Gewerbe ... zur Kenntniß jener Behörden zu bringen ..." usw. Verordnung über die Errichtung von Handelskammern vom 11. Febr. 1848, § 4, a.a.O.

3) In der Literatur wird der Unterschied wahrscheinlich deshalb kaum registriert.

4) Vgl. Hans Wuttke, a.a.O., S. 13.

Von einem ausdrücklichen Auftrag, in irgendeinem Sinne Bildungsarbeit zu leisten, sprach aber auch dieses Gesetz noch nicht. Es kann also keine Rede davon sein, daß sich "in allen Kammergesetzen schon des vergangenen Jahrhunderts ... unter den aufgeführten Aufgaben immer wieder Hinweise auf die Förderung des beruflichen Bildungswesens als Kammernaufgabe"¹⁾ gefunden hätten. Die weitere Untersuchung wird das auch für die anderen Staaten bestätigen. Vielmehr können wir - allerdings nur mit der Beschränkung auf die betriebliche Berufserziehung - Adolf Kieslinger darin folgen, daß die gewerbliche Wirtschaft ihren Nachwuchs ausbildete, "ohne daß der Staat mitgewirkt hat oder ein staatlicher Auftrag vorlag"²⁾.

Und doch weisen die Jahresberichte und Festschriften der Kammern gerade für diese Zeit, also rund drei Jahrzehnte, bevor die Novelle von 1897 die Kammern dem Buchstaben nach mit derartigen Aufgaben konfrontierte, auf eine besonders rege Auseinandersetzung mit sehr verschiedenartigen Fragen des Bildungswesens hin. Tatsächlich haben sich einzelne Handelskammern schon Jahrzehnte früher mit Einzelfragen des Schulwesens befaßt und damit auf das Erziehungswesen Einfluß zu nehmen versucht³⁾. Den Forderungen der Märzrevolutionäre hielt die HK Köln entgegen, daß "jeder Fortschritt in der Freiheit ... durch einen gleichen Fortschritt in der Bildung" bedingt werde⁴⁾.

Das Einbeziehen von Bildungsfragen in den Tätigkeitsbereich der Handelskammern vollzog sich jedoch zunächst - bis in das sechste Jahrzehnt - nur sehr zögernd und sporadisch, danach aber zunehmend intensiver, und schon ein Jahr-

1) Ernst Schneider, Berufsausbildung als Kammernaufgabe, in: WuBE, 16. Jg. (1964), Nr. 12, S. 221.

2) Adolf Kieslinger, Berufsausbildung am Scheideweg? In: WuBE, 2. Jg. (1950), Nr. 1, S. 4.

3) So hat die HK Köln schon 1825 in die Diskussion um die allgemeine Schulpflicht eingegriffen. Vgl. Bruno Kuske, 150 Jahre Kölner Handelskammer, a.a.O., S. 68.

4) HK Köln, JB 1848, S. 2.
(Ortsnamen werden auch im folgenden gemäß der heute amtlichen Schreibweise zitiert.)

zehnt später gehörte das Bildungswesen bei einer ganzen Reihe von Kammern zu den Gebieten, für die ihnen regelmäßige Stellungnahme oder die Berichterstattung über tatsächliche Verhältnisse notwendig erschien¹⁾. Der Ansicht Wicklmayrs, daß die Handelskammern "von Anbeginn die Sachwalter des Lehrlingswesens"²⁾ gewesen seien, ist jedoch zu widersprechen.

Wir sehen an diesem Vorgang, wie sich der Aufgabenbereich der Handelskammern ausweitete, ohne daß eine entsprechende formale Änderung der rechtlichen Grundlagen vorausgegangen war. In dem Maße nämlich, wie sie sich konsolidiert hatten und die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Bildungswesen nicht nur in einzelnen Veröffentlichungen erörtert, sondern einer qualitativ und quantitativ bedeutenden Schicht der Kaufmannschaft bewußt wurden, griffen die Kammern in die bildungspolitische Diskussion ein. Der auslösende Vorgang ist aber nichts anderes als eine Folge der Erkenntnis, daß mit diesen Eingriffen Interessen von Handel und Gewerbe wahrzunehmen seien, wie es die Rechtsgrundlagen den Handelskammern auftrugen. Indem der Staat dies akzeptierte und später auch selbst zu Stellungnahmen aufforderte, die Einzelfragen des Bildungswesens betrafen, war zum Ausdruck gebracht, daß der Auftrag der Handelskammern sich auch auf dieses Gebiet erstrecken sollte.

Diese Entwicklung erklärt, warum von den Handelskammern erst eine nennenswerte Bildungsarbeit erwartet werden konnte, als die umrissenen Voraussetzungen gegeben waren. Sie verdeutlicht ferner, warum dieser Auftrag nicht bei allen Kammern gleichzeitig wirksam werden konnte, sondern von örtlichen Besonderheiten abhing, die das Bewußtsein dieses Auftrags früher oder später und in sachlich differenzierten Richtungen prägten.

Gemeinsam war allen Handelskammern jedoch, daß sie von Anfang an in räumlicher Hinsicht für ein in seiner Ausdehnung zwar wechselndes, aber stets fest umrissenes Gebiet tätig waren und daß aufgrund der Zwangszugehörigkeit und Beitragspflicht

1) Vgl. z. B. die Jahresberichte der Handelskammern Aachen und Burtscheid 1863 ff., Bochum 1867 ff., Düsseldorf 1866 ff., Frankfurt a. M. 1864 ff., Hannover 1867 ff., Osnabrück 1868 ff.

2) Rainer Wicklmayr, a.a.O., S. 7.

ein ebenfalls genau umrissener Personenkreis repräsentiert wurde. Die Kennzeichnung der äußeren Merkmale durch Otto Most, der von einem "Zusammenschluß der Gesamtheit von Handel und Gewerbe" innerhalb eines örtlichen Bereiches spricht¹⁾, ist jedoch ungenau. Einmal weil das Handwerk in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch aus denjenigen Handelskammern ausschied, die das Wahlrecht der Kleingewerbetreibenden aus Tradition beibehalten hatten²⁾, und der Kleinhandel nur zum Teil erfaßt war, zum anderen weil er mit der "Gesamtheit" von Handel und Gewerbe nur die Unternehmer meint³⁾, nicht aber die verstärkt ein Mitspracherecht fordernden Arbeitnehmer⁴⁾.

Es ist also festzuhalten, daß die Handelskammern zu der Zeit, als sie sich des Auftrags zur Mitarbeit am Bildungswesen bewußt wurden, die Unternehmerschaft des Groß- und bedingt des Kleinhandels sowie besonders der Industrie repräsentierten⁵⁾ und daß es seit dem Gesetz von 1870 ihr ausdrücklicher Auftrag war, deren Interessen wahrzunehmen. Allerdings verbot die Mittelstellung zwischen Staat und Wirtschaft den Kammern von jeher eine "massive" Interessen-

1) Otto Most, a.a.O., S. 22.

2) Die Statuten der rheinischen Handelskammern schlossen das Handwerk von vornherein aus. Nach dem beispielhaften Elberfelder Statut waren "diejenigen Kaufleute und Fabrik-inhaber in Elberfeld, welche eine Gewerbesteuer zu zwölf Thaler und darüber erlegen" wahlberechtigt. Statut der HK von Elberfeld und Barmen, § 10, a.a.O. Vgl. auch die Erörterungen bei Wolfram Fischer, a.a.O., S. 40 f.

3) Wolfram Fischer, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat, a.a.O., bringt diesen Sachverhalt zutreffend durch den Titel seiner Arbeit über die Handelskammern in der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung des 19. Jahrhunderts zum Ausdruck.

4) Diese Bestrebungen führten z. B. zur Bildung von Ange-stelltenausschüssen bei verschiedenen Handelskammern.

5) Im Jahre 1902 verteilten sich die Mitglieder von 154 deutschen Handelskammern folgendermaßen:

1716 Vertreter der Industrie

1354 Vertreter des Handels (i. w. S.).

Vgl. F. C. Huber, Die Württembergischen Handelskammern 1856 - 1906 - Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern, Bd. I, Stuttgart 1906, S. 65.

vertretung, wie sie von Verbänden verfolgt wird¹⁾. Man muß sich dieser Ausgangslage bewußt sein, wenn die Arbeit der Handelskammern, denen ihre Parteilichkeit und Einseitigkeit in Bildungsfragen wiederholt zum Vorwurf gemacht worden ist²⁾, im richtigen Licht erscheinen soll.

Der pädagogische Auftrag der preußischen Handelskammern wurde mit der Novelle von 1897 zum Handelskammergesetz von 1870 erheblich ausgeweitet. Waren die bisherigen Bestimmungen eine tragfähige Grundlage für beratende Stellungnahmen, so gab der neue § 38 Abs. 2 den Kammern das Recht zu einer weitgehenden Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Bildungswesens, und zwar der Jugend- wie der Erwachsenenbildung, soweit sie dem in Handel und Gewerbe tätigen unselbständigen Personal diene:

"Sie sind befugt, Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die die Förderung von Handel und Gewerbe, sowie die technische und geschäftliche Ausbildung, die Erziehung und den sittlichen Schutz der darin beschäftigten Gehülfen und Lehrlinge bezwecken, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen."³⁾

Für die Praxis der Handelskammertätigkeit in Preußen bedeutete die Ergänzung des Aufgabenbereichs im wesentlichen die gesetzliche Fundierung des längst im Gange befindlichen Bemühens, beim Aufbau vor allem des kaufmännischen Schulwesens mitzuhelfen. "Obschon streng genommen diese Tätigkeit außerhalb des Rahmens ihrer gesetzlichen Aufgaben lag", ist ihr vor der Novelle von 1897 "von der Staatsregierung niemals Widerstand entgegengesetzt worden"⁴⁾. Einzelne Regierungspräsidenten hatten sogar die Kammern zur Aktivität angeregt⁵⁾, die immer mehr die grundsätzliche Auffassung der HK Braunschweig teilten, es sei "eine verantwortungsvolle Aufgabe der deutschen Handelskammern, mit Nachdruck und nöthigen Falls selbst mit pekuniären Leistungen für eine

1) Vgl. Karl Erich Born, Einführung des Herausgebers, in: derselbe (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln-Berlin 1966, S. 20.

2) Beispiele dafür werden in späteren Abschnitten der Untersuchung gegeben (z. B. S. 67 f., 109 f.).

3) Gesetz über die Handelskammern vom 24. Febr. 1870/19. Aug. 1897, § 38 Abs. 2, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1897, S. 364.

4) F. Lusensky, a.a.O., S. 54 f.

5) Vgl. Paul Hermann Mertes, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer Dortmund, o. O. 1963, S. 94.

bessere Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses einzutreten¹⁾. So hatten - um einige Beispiele zu nennen - die Ältesten der Kaufmannschaft Magdeburg zusammen mit zwei örtlichen Vereinen 1880 "einen Lehrcursus für jüngere Kaufleute"²⁾, die HK Halberstadt mit Unterstützung der Stadtverwaltung 1882 eine "Handelslehranstalt mit Abendkursen"³⁾, die HK Osnabrück gemeinsam mit dem kaufmännischen Verein 1885⁴⁾, die HK Krefeld 1887⁵⁾, die HK Düsseldorf 1888⁶⁾ und die HK für die Kreise Arnsberg, Meschede und Brilon in Arnsberg 1889⁷⁾ kaufmännische Fortbildungsschulen gegründet und allein oder mit Unterstützung anderer verwaltet⁸⁾. Der Anteil der Handelskammern als Träger kaufmännischer Fortbildungsschulen war zu jener Zeit - wie später zu zeigen sein wird⁹⁾ - aber noch wesentlich kleiner, als heute von verschiedenen Autoren angenommen wird. Die formellen Bedenken waren nicht überall beiseite geschoben worden¹⁰⁾. Die finanzielle Unterstützung der verschiedensten berufsbildenden Schulen und die Vergabe von Prämien oder

1) HK Braunschweig, JB 1894, S. 37.

2) AedK Magdeburg, JB 1880, S. 14.

3) Vgl. HK Halberstadt, JB 1882, S. 37. Die ebenso wie in Magdeburg sowohl der Jugend- wie der Erwachsenenbildung dienende Einrichtung ging aber schon wenige Jahre später wieder ein. Vgl. HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 8.

4) Vgl. HK Osnabrück, JB 1884, S. 60.

5) Vgl. o. V., Die Industrie- und Handelskammer zu Krefeld 1804 - 1929, o. O. o. J., S. 23. Die Schule galt in der Rheinprovinz als nachahmenswertes Modell. Vgl. HK Köln, JB 1888, S. 24 f.

6) Vgl. HK Düsseldorf, JB 1888, S. 8 f.

7) Vgl. Bruno Kuske, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen zu Arnsberg, o. O. 1951, S. 80.

8) Die Behauptung Reins, im Jahre 1885 habe es im Bezirk der Handelskammer Oppeln schon "eine größere Zahl kaufmännischer Kammerschulen" gegeben, läßt sich anhand des vorliegenden Materials nicht bestätigen. Vgl. Rein, Berufsausbildung und Leistungsertüchtigung im Oppelner Regierungs- und Handelskammerbezirk 1939/40, Oppeln o. J., S. 5.

9) Vgl. hierzu S. 149.

10) Vgl. z. B. Paul Rocke, 50 Jahre Handelskammer zu Hannover, Hannover 1917, S. 42.

Stipendien an würdige Schüler war dagegen weit verbreitete Übung der Handelskammern. Wenn ihre Aktivität kurz vor der Jahrhundertwende über die begutachtende Funktion hinaus stark anstieg, so ist dies sicher nicht nur dem § 38 Abs. 2 der Novelle von 1897 zu danken, sondern insbesondere auf das Erfordernis zurückzuführen, den "schnell wachsenden Bedarf an männlichen kaufmännischen Angestellten und vor allem auch an weiblichem Verkaufs- und Büropersonal"¹⁾ am Ausgang des 19. Jahrhunderts nicht zuletzt von der qualitativen Seite her zu decken. Diese Notwendigkeit hatte zu einer breiten Bewegung geführt, der 1895 auf Initiative der HK Braunschweig die Gründung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen (Braunschweiger Verband) entsprang und die auch die entsprechende Ausweitung des gesetzlichen Selbstverwaltungsauftrags der Handelskammern nach sich zog. Otto Sartorius sieht in der Anpassung des preußischen Handelskammergesetzes den "deutliche(n) Niederschlag der um die Jahrhundertwende mit dynamischer Wucht hervortretenden Bestrebungen auf eine sinnvollere und zweckmäßigere Gestaltung des beruflichen Ausbildungswesens"²⁾.

In diesen Jahren wurden auch verstärkt Stimmen laut, die den Handelskammern nicht nur das Recht zur tatkräftigen Unterstützung bestehender und zur Gründung neuer kaufmännischer Schulen zubilligten, sondern die amtlichen Vertretungen von Handel und Industrie sogar auf die Pflicht aufmerksam machten, für die Ausbildung besonders des kaufmännischen Nachwuchses zu sorgen. Die Konferenzen und die Veröffentlichungen des Braunschweiger Verbandes boten hierzu eine gute Plattform. Bereits die erste "Fortbildungsschul-Konferenz" im Jahre 1895, an der 189 Vertreter von Handelskammern, kaufmännischen Korporationen, Städten und kaufmännischen Fortbildungsschulen teilnahmen³⁾ und die von Konferenzteilnehmern als "ein Werk ehrgeiziger Handelskammer-

1) Walther Löbner, Abriß der Geschichte des kaufmännischen Schulwesens in Deutschland, in: Walther Löbner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, Darmstadt 1963, S. 19.

2) Otto Sartorius, Die Entwicklung der Berufsausbildung in Industrie und Handel seit der Jahrhundertwende, in: Die Deutsche Berufsschule, 44. Bd. (1948), Nr. 11, S. 576.

3) Vgl. HK Braunschweig, JB 1895, S. 17.

Sekretäre¹⁾ charakterisiert wurde, befaßte sich mit der Frage, in welchem Maße neben Staat und Gemeinden die Handelskammern zum Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens beizutragen hätten. Nach Referaten des Hildesheimer Kammerpräsidenten Schoch und des Würzburger Kammersekretärs Kittel²⁾ beschloß die Versammlung eine Resolution, die von den Kammern eine Beteiligung an der Verwaltung der kaufmännischen Fortbildungsschulen, eine das kaufmännische Schulwesen bejahende Einwirkung auf die Lehrherren, die Gewährung von Prämien und Stipendien sowie evtl. nötige Zuschüsse zur Unterhaltung der Schulen forderte und den die Kaufmannschaft finanziell belastenden Rat gab, notfalls die Handelskammerbeiträge zu erhöhen³⁾.

In einem anderen Beschluß wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Handelskammern Träger kaufmännischer Schulen sein könnten⁴⁾, obwohl zu dieser Zeit weder das preußische noch die meisten anderen Handelskammergesetze dazu eine tragfähige Grundlage boten.

Schon vor der Gründung der ersten Kammerschulen und des Braunschweiger Verbandes war von Albert Benser eine entsprechende Initiative der Handelskammern angeregt worden⁵⁾. Harry Schmitt hatte gefordert, die Kammern sollten das kaufmännische Unterrichtswesen "mit besonderer Fürsorglichkeit pflegen"⁶⁾, und Friedrich Goldschmidt, einer der Berliner Ältesten, hatte seine Untersuchung über die Zusammenhänge von sozialer Lage und Bildung der Handlungsgehilfen mit der Feststellung geschlossen, es müsse "eine

1) O. V., Zur Kritik der Braunschweiger Versammlung, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 28. Jg. (1896), Nr. 8, S. 93.

2) Vgl. Schoch/Kittel, Welche Anforderungen sind an Staat, Gemeinde und kaufmännische Korporationen zur Entwicklung des kaufmännischen Fachschulwesens zu stellen? In: Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I. - Berichte und Verhandlungen aus der am 4. und 5. Oktober 1895 in Braunschweig stattgehabten Versammlung, Braunschweig (1896), S. 24 ff.

3) HK für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I., a.a.O., S. 76 f.

4) Vgl. ebenda, S. 77.

5) Vgl. Albert Benser, Die theoretische und praktische Ausbildung für den kaufmännischen Beruf, Dresden 1880, S. 41 f.

6) Harry Schmitt, Das kaufmännische Fortbildungs-Schulwesen Deutschlands - Seine gegenwärtige Gestaltung und Ausdehnung, Berlin 1892, S. 190.

der ersten Aufgaben der Handelskammern und der kaufmännischen Korporationen" sein, zusammen mit der Unterrichtsverwaltung das kaufmännische Fortbildungsschulwesen auszugestalten¹⁾. Die Gesetzgebung folgte also den wirtschaftspädagogischen Erfordernissen und Einsichten mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung.

Formal gab das Gesetz den Handelskammern nun das Recht, sich des beruflichen Bildungswesens auch institutionell-organisatorisch anzunehmen. Die preußische Regierung deutete dies zugleich als Delegation eines Auftrages besonders in bezug auf das kaufmännische Schulwesen, denn der Handelsminister sagte im Abgeordnetenhaus, daß damit "den Handelskammern die Aufgabe zuerteilt ist, ihrerseits für die Entwicklung des kaufmännischen Schulwesens in ihren Bezirken zu sorgen, ihnen steht die Initiative zu"²⁾. Der Gesetzgeber hatte gleichwohl nicht nur das Schulwesen im Auge gehabt, sondern die berufliche wie die allgemeine Erziehung des kaufmännischen und des gewerblich-industriellen Nachwuchses im ganzen, so beispielsweise die Errichtung von Handelsmuseen, die Prämierung von Lehrlingsarbeiten³⁾ und "Veranstaltungen zur angemessenen Unterhaltung und Belehrung für Gehilfen und Lehrlinge während der Dauer der Sonntagsruhe"⁴⁾.

Daß dieser Auftrag den Wünschen der Handelskammern entsprach⁵⁾, zeigt nicht nur das Ausbleiben jeglichen Widerspruchs, sondern vor allem die Behendigkeit, mit der viele von ihnen an die Arbeit gingen. Ein Vergleich der Erhebungen von Harry Schmitt (etwa 1892)⁶⁾ und der Zwickauer Kaufmann-

1) Vgl. Friedrich Goldschmidt, Die sociale Lage und die Bildung der Handlungsgehilfen, Berlin 1894, S. 48.

2) Zitiert in HuG, 7. Jg. (1899/1900), Nr. 20, S. 267.

3) Vgl. F. Lusensky, a.a.O., S. 183.

4) Ebenda, S. 184.

5) Den Handelskammern wurde die Verwirklichung dieses Auftrags dadurch erleichtert, daß ihnen die Novelle von 1897 das Recht gab, zur Finanzierung jener in § 38 Abs. 2 umrissenen Anstalten und Einrichtungen die Beitragspflichtigen der jeweils begünstigten Orte oder Wirtschaftszweige zu Sonderbeiträgen heranzuziehen. Vgl. Gesetz über die Handelskammern vom 24. Febr./19. Aug. 1897, § 30, a.a.O.

6) Vgl. Harry Schmitt, a.a.O., S. 32 f.

schaft (etwa 1902)¹⁾ zeigt das quantitativ für das kaufmännische Fortbildungsschulwesen. Diese Entwicklung war der Überzeugung zu danken, daß die Kaufmannschaft vorrangiger Interessent an der Erziehung ihres Berufsnachwuchses sei und aus diesem Tatbestand die "Verpflichtung der Handelskammer, für eine geordnete Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses in ihrem Bezirk zu sorgen", hergeleitet werden könne²⁾. Wenn die HK Frankfurt a. d. O. forderte, "die Gründung und Verwaltung kaufmännischer Fortbildungsschulen ist einzig und allein Aufgabe der Handelskammern"³⁾, so war dieser Anspruch allerdings weder den Möglichkeiten der kleineren Kammern angemessen, noch entsprach er pädagogischen Vorstellungen der Zeit⁴⁾. In den Verhandlungen über das kaufmännische Unterrichtswesen in Preußen, die Anfang 1898 auf Einladung des Handelsministers geführt wurden, kam das auch unmißverständlich zum Ausdruck⁵⁾. Denn der Auftrag zur Fürsorge und zur Initiative legitimierte nicht zu alleiniger Verwaltung. Die Handelskammern haben das besonders nach dem ersten Weltkrieg zu spüren bekommen, als Staat und Gemeinden, ohne daß sich die gesetzlichen Rechte der Kammern geändert hatten, zu deren Unbehagen mehr und mehr in das berufsbildende Schulwesen eingriffen und sich die Möglichkeiten einer Bildungsarbeit auf andere Schwerpunkte verlagerten.

Für den Bereich der betrieblichen Lehrlingsausbildung wirkten sich die Rechte, welche § 38 Abs. 2 des Gesetzes den Handelskammern gegeben hatte, erst einige Jahre später aus, wie sich dieser Bildungsbereich in Preußen als Konsequenz

1) Vgl. Vorstand der Zwickauer Kaufmannschaft (Bearb.), Uebersicht über die Wirksamkeit der deutschen Handelskammern auf dem Gebiete des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens, DVkU, Bd. 20, Leipzig (1902).

2) Vgl. HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 25, S. 399 (HK Halle).

3) HK Frankfurt a. d. O., Entwurf eines Normalstatuts für kaufmännische Fortbildungsschulen, abgedruckt in: HuG, 8. Jg. (1900/01), Nr. 20, S. 293.

4) Vgl. Wilhelm Röhrich, Wer soll Träger der Handelsschulen sein, Staat, Gemeinde oder Kaufmannschaft? In: ZfGkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 9, S. 284 f.

5) Vgl. Protokoll der Verhandlungen über das kaufmännische Unterrichtswesen in Preußen am 31. Januar und 1. Februar 1898, abgedruckt in: Oskar Simon, Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert, a.a.O., Anlage II; S. LVII.

der bereits an anderer Stelle erörterten Gewerbefreiheit überhaupt fast während des ganzen 19. Jahrhunderts - in den anderen deutschen Staaten spätestens nach Inkrafttreten der Gewerbeordnung von 1869 - dem Einfluß aller behördenverwandten Einrichtungen sehr weitgehend entzog. Der Anspruch der Kammern, auf diesem Gebiete Kompetenz und Einfluß zu erlangen, klang vor 1900 nur selten und schwach an¹⁾. Der These Karl Erbachs, daß die "Berufserziehung des kaufmännischen Nachwuchses ... von der deutschen Wirtschaft schon immer als eine Selbstverwaltungsaufgabe angesehen" worden sei²⁾, muß also hinsichtlich der Ausbildung im Betrieb für diese Zeit widersprochen werden. Die Lehrlingsausbildung war während der Blütezeit des Liberalismus in Preußen überhaupt kein Gegenstand der Verwaltung, also auch nicht der Selbstverwaltung, sondern vollzog sich auf privatrechtlicher Basis.

Die Handelskammern griffen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - diesen Fragenkreis erst auf, als sie sich bereits als Förderer des kaufmännischen Schulwesens große Verdienste erworben hatten. Die Vollmachten des § 38 Abs. 2 wirkten dann aber in ihrer Bedeutung für die betriebliche Ausbildung am längsten nach. Auf ihrer Grundlage entstand die heute im Mittelpunkt der Bildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern stehende Ordnung der kaufmännischen und der industriell-gewerblichen Lehrlingsausbildung³⁾.

Im Jahre 1924 wurde in Preußen die Bezeichnung Industrie- und Handelskammer, die sich bald auch in den anderen Staaten durchsetzte, eingeführt. Sie trug den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung⁴⁾. Auch der Bildungsauftrag der "alten" Handelskammern erstreckte sich auf den Nachwuchs der Industrie, obwohl er zeitweise nur zögernd verwirklicht wurde, so daß der Deutsche Handelstag seine Mitglieder wiederholt auf dieses Arbeitsgebiet hinwies⁵⁾.

1) So z. B. HK Osnabrück JB 1883, S. 57; HK Bromberg, JB 1895, S. 9.

2) Karl Erbach, Berufsbild und Lehrplan in der kaufmännischen Berufserziehung, Darmstadt 1959, S. 31.

3) Vgl. Rainer Wicklmayr, a.a.O., S. 11.

4) Vgl. Otto Most, a.a.O., S. 26.

5) Vgl. HK für den Kreis Essen, JB 1908, I. Teil, S. 25; HuG, 18. Jg. (1910/11), Nr. 30, S. 356.

Wesentliche Änderungen in der Grundstruktur der Handelskammern traten bis zum Beginn des Dritten Reiches nicht mehr ein¹⁾. Die Selbstverwaltungsaufgaben auf dem Gebiet des Bildungswesens blieben den Buchstaben nach erhalten, ihre Bedeutung wandelte sich aber zwangsläufig in dem Maße, wie das berufliche Bildungswesen Fortschritte machte und Staat wie Gemeinden in diesen Bereich eingriffen. Die weitere Untersuchung wird das verdeutlichen. Daneben blieb den Kammern das Recht erhalten, zum gesamten Bildungswesen insoweit Stellung zu nehmen, als es die Interessen der Wirtschaft berührte. Der 1926 ins Leben gerufene Bildungsausschuß des DIHT gab Gelegenheit zu einer einheitlichen Willensbildung der Kammern und schuf eine breite Basis für Stellungnahmen von überregionaler Bedeutung. Diese interne Abstimmung von Kammerstandpunkten war um so bedeutsamer geworden, als die zu neuer Macht gekommenen sozialen Gruppen stärkeren Einfluß auf das Bildungswesen begehrten und sich die "Neuzuteilung pädagogischer Aufgaben an die gesellschaftlichen Verbände"²⁾ zu einem Kernproblem entwickelt hatte. Die faktische Stellung des DIHT während der Weimarer Republik als "amtliche Vertretung von Industrie und Handel und als Berater der Regierungen"³⁾ förderte die Möglichkeit repräsentativer Stellungnahmen. Auf dem Gebiete des Bildungswesens haben die oft recht eigenwilligen Stand-

1) Erwähnenswert ist noch, daß es am Ende des ersten Weltkrieges kaum noch "kammerlose Gebiete" gab. Die Ursache für die regionale Ausweitung des Kammereinflusses lag in den vermehrten Verwaltungsaufgaben, die der Krieg mit sich gebracht hatte. Vgl. Hermann Mertes, a.a.O., S. 67. Dem Bemühen um die Beseitigung der weniger leistungsfähigen Zwergkammern, dem dieselbe Notverordnung vom 1. April 1924, welche die Bezeichnung "Industrie- und Handelskammern" gebracht hatte, dienen sollte, war ein teilweiser Erfolg beschieden. Vgl. Reinhard Thom, Bergische Unternehmer in der Selbstverwaltung, Remscheid 1965, S. 104; Otto Most, a.a.O., S. 125 ff.

2) Franz Schürholz, Grundlagen einer Wirtschaftspädagogik - Zum Kampf um Wirtschaftsführung und Sozialordnung, Erfurt 1928, S. 92.

3) Dieter Schäfer, Der Deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum der Weimarer Republik, a.a.O., S.9.

punkte einzelner Kammern dem DIHT die Arbeit allerdings nicht leicht gemacht, so daß es vor 1933 bei Ansätzen eines geschlossenen Vorgehens blieb.

II. Beispiele zur außerpreußischen Kammerentwicklung

1. Bayern

In Bayern nahm die Geschichte der Handelskammern - wenn wir von so traditionsreichen Vorläufern wie dem Handelsvorstand Nürnberg absehen - erst ihren Anfang, als sie in Preußen schon aus den Kinderschuhen herausgewachsen war. Sie hatte also ein Vorbild, ist diesem aber doch erst nach mancherlei Umwegen und mit deutlichen Abweichungen gefolgt. Vor allem die Organisation des Kammerwesens wurde in den ersten Jahrzehnten so oft gewechselt, daß eine kontinuierliche Arbeit kaum erwartet werden konnte, sofern sie nicht durch profilierte Unternehmer, die das organisatorische Hin und Her in den sich wandelnden Gremien überdauerten, gesichert war.

Die Darstellung der Organisationsformen kann im folgenden sehr gerafft werden, weil sie wenig Aufschluß über die Bildungsarbeit der offiziellen bayerischen Handelsvertretungen gibt. Zur Charakterisierung der Anfänge ist aber bedeutsam, daß der Einfluß des napoleonischen Frankreich auf den zentralistischen Verwaltungsaufbau Bayerns wie auch Württembergs stärker war, als er sich in Preußen auszuwirken vermochte¹⁾. Ab 1843 traten die ersten bayerischen Handelskammern in den Dienst dieser Staatsverwaltung²⁾. Dem stand aber beispielsweise gegenüber, daß die acht errichteten Kammern nicht wie die ersten preußischen Einrichtungen auf eilige Fälle angewiesen waren, um "dem Könige selbst unmittelbar ihre Ansichten, Bemerkungen, Vorschläge

1) Vgl. Wolfram Fischer, a.a.O., S. 52.

2) Entsprechende Merkmale: 1. Bereits 1842 regelte eine königliche Verordnung das Handelskammerwesen für das ganze Königreich und behielt dem König die Initiative zur Errichtung von Handelskammern vor. 2. Die Mitglieder wurden bis 1850 vom König (bei Ergänzungswahlen auf Vorschlag der Handelskammer) ernannt. Vgl. Kgl. Verordnung, die Einführung der Handelskammern betreffend, vom 19. Sept. 1842, Art. 5 und 8, in: Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1842, Sp. 975 f.

und Vorstellungen vorzulegen". Sie konnten das tun, "so oft dieses nach ihrem Urtheile zur Förderung oder Wahrnehmung der Interessen des Handels und der Industrie und zur Entfernung von Hemmnissen derselben nothwendig oder ersprießlich"¹⁾ schien. Es ist bemerkenswert, mit welchem Selbstbewußtsein gerade die bayerischen Kammern im 19. Jahrhundert Ansinnen der königlichen Regierung, die ihren Vorstellungen nicht entsprachen, entgegentraten.

Eine Besonderheit des bayerischen wie auch des württembergischen und des sächsischen Kammersystems war ferner, daß es die Vertretungen von Handel und Industrie mit denen des Handwerks unter einem Dach vereinigte, und zwar in Bayern von 1850 an als je drei selbständige Abteilungen (A. Gewerberat, B. Fabrikrat, C. Handelsrat)²⁾, die zusammen die Gewerbe- und Handelskammern bildeten³⁾. Die unterschiedlichen Definitionen ihrer Aufgaben zeigen deutliche Abweichungen in den Ansatzmöglichkeiten für eine Bildungsarbeit. Während dem Gewerberat - wenn auch in engen Grenzen - gewisse Rechte zur Beeinflussung des Lehrlingswesens eingeräumt waren, hatte der Handelsrat keinerlei derartige Befugnisse⁴⁾. Dem Fabrikrat hingegen war der Auftrag gegeben, seine "besondere Sorge den Verhältnissen der Fabrikgehilfen und Arbeitnehmer zuzuwenden und sich die Verbesserung der Lage derselben in ökonomischer und sittlicher Beziehung als eine Hauptaufgabe zu stellen"⁵⁾.

Der Regierung ging es bei dieser Regelung offensichtlich darum, die soziale Lage der Industriearbeiter - kaum zwei Jahre nach der Revolution - aus politischen Gründen anzuheben. Daß der Aufbau eines industriell-gewerblichen Bildungswesens hierzu hätte beitragen können, ist den Fabrikanten erst später bewußt geworden, so daß der unterfränkische Industrielle Friedrich von König, als der Verein für Socialpolitik 1875 diese Frage aufgriff, bemerken mußte,

1) Ebenda, Art. 14 Abs. 3, Sp. 979.

2) Vgl. Kgl. Verordnung, die Errichtung von Gewerbe- und Handelskammern betreffend, vom 27. Jan. 1850, Art. 123, in: Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1850, Sp. 123.

3) Vgl. ebenda, Art. 24, Sp. 133.

4) Vgl. ebenda, Art. 22, Sp. 133.

5) Ebenda, Art. 19 Abs. 2, Sp. 132.

alle wohltätigen Schritte der Fabrikherren im vorausgegangenen Jahrzehnt "hätten 20 Jahre früher geschehen sollen"¹⁾.

Als die Kammerverfassung schon 1853 erneut reorganisiert wurde und an die Stelle der drei Abteilungen zahlreiche örtliche Gewerberäte, Fabrikräte und Handelsräte, die noch unabhängiger voneinander waren, traten, blieben deren Aufgaben dem Inhalt nach unverändert. Den Jahresberichten der Kreis-Gewerbe- und Handelskammern²⁾ ist zu entnehmen, daß sich das Augenmerk jetzt auch auf das gewerbliche Bildungswesen richtete³⁾, jedoch nicht auf die industrielle Lehrlingsausbildung im Betrieb, die noch keine festen Formen angenommen hatte, sondern auf das gewerbliche Schulwesen. Seine Förderung wurde als "im gemeinschaftlichen Interesse aller Gewerbetreibenden eines Ortes gelegen" anerkannt⁴⁾. Trotz ihrer erklärten Bereitschaft zur tatkräftigen Hilfe, weil "es Pflicht der zunächst Beteiligten ist, ihr Mögliches beizutragen, um derartige praktische Unterrichts-Anstalten (hier gewerbliche Fortbildungsschulen, d. Verf.) in's Leben zu rufen und zu erhalten"⁵⁾, sahen die Kammern in der Praxis ihren Auftrag mit derartigen Erklärungen und gelegentlichen Stellungnahmen offenbar als erfüllt an. Eine weitergehende Initiative ist in den Jahresberichten nicht zu erkennen.

Eine andere im Vergleich mit den preußischen Kammern bedeut-

-
- 1) Friedrich von König, Gutachten, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, Schriften des Vereins, Bd. X, Leipzig 1875, S. 2.
 - 2) Die Kreis-Gewerbe- und Handelskammern bestanden aus den Vorsitzenden der in einem Regierungsbezirk bestehenden Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräte sowie deren Stellvertretern, die jährlich einmal auf höchstens 10 Tage zusammentraten, um vor allem den Jahreshauptbericht zu erstellen. Vgl. Instruction zum Vollzug der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen in den sieben älteren Kreisen des Königreiches vom 17. Dez. 1853, §§ 150, 153, 156 Abs. 2, 157 Abs. 3, in: Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1853, Sp. 1964 ff.
 - 3) Vgl. hierzu u. a. Oberbayerische KGuHK, JB 1862, S. 27, JB 1863, S. 14, JB 1864, S. 15, JB 1865, S. 19 f.; KGuHK von Mittelfranken, JB 1865, S. 15 u. 38.
 - 4) Oberbayerische KGuHK, JB 1863, S. 14.
 - 5) Dieselbe, JB 1864, S. 15.

same Besonderheit war nicht im Zusammenhang mit den Aufgaben der Kreis-Gewerbe- und Handelskammern, wohl aber in der gleichen Instruction von 1853 geregelt: Darin hieß es, daß die kaufmännischen Lehrlinge am Ende der Lehrzeit "vor den Vorstehern des Handelsgremiums eine Prüfung zu bestehen (hatten), über deren Ergebnis von den Handelsvorständen ein Zeugnis ausgestellt wird, welches von der zuständigen Gewerbspolizeibehörde zu beglaubigen ist"¹⁾. Wir sehen an diesem Beispiel, daß die Lehrlingsausbildung in Bayern damals im Gegensatz zu Preußen auch als eine öffentliche Angelegenheit verstanden wurde. Bisher ist jedoch noch nicht erforscht, ob, wie lange und in welcher Form diese Prüfungen stattfanden. Die Kreis-Gewerbe- und Handelskammern haben damit aber direkt nichts zu tun gehabt und sich zu dieser Frage, soweit wir sehen, auch nicht geäußert. Wir vermögen Hans Pfülf nicht zu folgen, der in den damaligen rechtlichen Grundlagen der bayerischen Kammern ohne Einschränkung "das Recht zur autonomen Regelung und Förderung der Berufsausbildung bestätigt" sieht²⁾.

Neben diesen spezifischen Aufgaben blieb den offiziellen bayerischen Handels- und Industrievertretungen im Rahmen des ähnlich wie in der preußischen Kammergesetzgebung formulierten allgemeinen Auftrags die Möglichkeit, zu allen Fragen des Bildungswesens insoweit Stellung zu nehmen, als es für das Gedeihen des Handels und der Gewerbe Bedeutung hatte. Davon haben die Kammern, wie die weitere Untersuchung zeigen wird, vielfach Gebrauch gemacht.

Die Aufgaben der bayerischen Kammern auf dem Gebiet des Bildungswesens änderten sich 1868³⁾, als ihre Reorganisation die Nachteile der engen örtlichen Wirksamkeit der Räte⁴⁾ durch die Einrichtung von Handels- und Gewerbekammern, auf die jetzt das Schwergewicht der Wirtschaftsver-

1) Instruction zum Vollzug der gesetzlichen Grundbestimmungen ..., vom 17. Dez. 1853, § 54, a.a.O., Sp. 1901.

2) Begrüßungsansprache des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer München, Direktor Hans Pfülf, in: IHK München (Hrsg.), 25 Jahre im Dienste der Berufsausbildung, Sonder-Beilage der Kammermitteilungen, München 1953, S. 5.

3) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 266 f.

4) Vgl. Gerhard Pfeiffer, a.a.O., S. 39.

tretung verlagert wurde, ebenso wenig wie aufgrund der Verordnung von 1889¹⁾. Allerdings waren die Fabrikräte den Handelskammerabteilungen einverleibt worden, so daß die Pflicht der besonderen Fürsorge für die Fabrikarbeiter nicht mehr ausdrücklich betont war.

Als einer der letzten Staaten des Deutschen Reiches erweiterte Bayern erst 1908 den Geschäftskreis der jetzt eigenständig gewordenen Handelskammern um das Recht, selbst Einrichtungen und Anstalten der Berufserziehung zu verwalten und zu unterstützen²⁾. Damit war die Angleichung an die preußischen Verhältnisse vollzogen. Aber ähnlich wie dort gibt es auch in Bayern mindestens ein Beispiel dafür, daß sich einzelne Handelsvertretungen sehr viel früher für solche Aufgaben zuständig hielten: der Handelsvorstand Nürnberg³⁾ hat schon 1866 eine "Fortbildungs-Anstalt für Handelsbeflissene" gegründet⁴⁾. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts unterstützte er die Bildungsbestrebungen des kaufmännischen Vereins Merkur durch einen jährlichen Zuschuß von zunächst 1800 M, später von 3000 M aus den Mitteln der Handelskassa⁵⁾. Als die Gründung einer Handelshochschule angestrebt wurde, stellte er zusammen mit der Handels- und Gewerbekammer einen jährlichen Zuschuß in der respektablen Höhe von 20 000 M in Aussicht⁶⁾.

Der sachlich, räumlich und zeitlich weitgespannte Unter-

-
- 1) Vgl. Kgl. Verordnung, die Handels- und Gewerbekammern und die Bezirksgremien für Handel und Gewerbe betreffend, vom 25. Okt. 1889, § 3 Abs. 2, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungs-Blatt 1889, S. 560.
 - 2) Kgl. Verordnung, die Handelskammern und Handelsgremien betreffend, vom 25. Febr. 1908, § 2 Ziff. 3, abgedruckt in: Ernst Wendtland (Hrsg.), Handbuch der Deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen, Leipzig 1916, S. 20.
 - 3) Die Mitglieder des Handelsvorstandes waren zugleich die Vertreter Nürnbergs in der Handelskammer. Vgl. P. Dirr, Der Handelsvorstand Nürnberg 1560 - 1910, Nürnberg 1910, S. 90 ff. Juristisch war es also nicht die Kammer, die als Träger der Einrichtung auftrat.
 - 4) Vgl. KGuHK von Mittelfranken, JB 1865, S. 38, JB 1866/67, S. 12.
 - 5) Vgl. HuGK von Mittelfranken, JB 1874 - 1876, S. 62, JB 1879, S. 94, JB 1880/81, S. 108 usw.; Richard Stegemann, Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen II. - Der gegenwärtige Stand des Kaufmännischen Fortbildungs-Schulwesens, Braunschweig 1896, S. 210 f.
 - 6) Vgl. HuGK von Mittelfranken, JB 1907, Teil I, S. 142.

suchungsbereich dieser Arbeit läßt nicht zu, in den folgenden Teilen auch die tatsächliche Wirksamkeit der örtlichen Fabrikräte, Handelsräte und Handelsgremien in Bayern zu berücksichtigen. Es gibt indes zahlreiche Anhaltspunkte für eine vor allem gutachtliche Tätigkeit jenes Unterbaus der Kammern.

Die späte Ermächtigung zur Selbstverwaltung konnte für das kaufmännische Schulwesen in Bayern nicht die gleiche Bedeutung haben wie die Novelle von 1897 für Preußen, wo die Arbeit der Handelskammern auf dem Gebiet des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens 1908 bereits kurz vor ihrem Höhepunkt stand. In Bayern hatte der Staat ebenso wie in Württemberg wesentlich früher selbst in die Gestaltung des beruflichen Schulwesens eingegriffen und die öffentliche Schulorganisation der Berufsbildung geöffnet. Die meisten der kaufmännischen Fortbildungsschulen waren Nebenanstalten der Königlichen Kreisrealschulen¹⁾.

Auch nach dem ersten Weltkrieg hat sich die Beteiligung der Industrie- und Handelskammern am kaufmännischen Schulwesen nicht nennenswert ausgeweitet. Aus eigenen Angaben der Kammern für ihr gemeinsames Jahrbuch 1928/30 ist zu ersehen, daß lediglich die IHK München in den "Schulbehörden" aller städtischen kaufmännischen Schulen durch Abgeordnete vertreten war²⁾.

Die gesetzlichen Aufgaben und Möglichkeiten stimmten aber, soweit sie hier interessieren, von 1908 an mit denen der preußischen Kammern überein.

2. Württemberg

Der im Jahre 1843 gegründete Württembergische Handelsverein mit seinen vier "Privathandelskammern" in Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen und Ulm, "eine nur aus Kaufleuten und Fabrikanten bestehende Vereinigung, dem Bedürfnis dieser

1) Vgl. Richard Stegemann, a.a.O., S. 190.

2) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch der deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen, Ausg. 1928/30, Leipzig 1930 (künftig abgekürzt "Jahrbuch 1928/30"), S. 322.

Kreise entsprungen, eine selbständige und unabhängige Vertretung gegenüber Regierung und Behörden zu besitzen und Streitigkeiten in Handels- und Gewerbesachen unter sich durch Schiedsgerichte zu schlichten oder zu entscheiden¹⁾, konnte keine mit den preußischen Kammern und Korporationen vergleichbare Arbeit leisten. Seine Mitgliederzahl war gering; der Staat beobachtete ihn nicht ohne Mißtrauen. Noch unmittelbar vor den Märzereignissen von 1848 forderten deshalb die Gewerbevereine und die Gesellschaft zur Beförderung der Gewerbe eine staatliche Behörde zur Förderung des Wirtschaftslebens, die in Gestalt der Zentralstelle für Gewerbe und Handel noch im selben Jahr errichtet wurde. Das Bedürfnis der Königlichen Zentralstelle nach Information durch die Wirtschaft und nach Zusammenarbeit mit ihr selbst führte im Jahre 1855 zur Gründung der ersten württembergischen Handels- und Gewerbekammern²⁾.

Ähnlich wie in Bayern und im Gegensatz zu dem um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Preußen erreichten Stand waren die württembergischen Kammern relativ straff in den zentralistischen Aufbau der Verwaltung eingegliedert: ihre Mitglieder wurden anfänglich vom König ernannt, ihre Arbeit von der Zentralstelle wesentlich beeinflußt und ihre Ausgaben bis 1874 zum Teil aus Gemeinde- und Staatsmitteln bestritten³⁾. Die Möglichkeit, Selbstverwaltungsaufgaben für die Wirtschaft zu übernehmen, war sehr beschränkt.

Für die Bildungsarbeit der württembergischen Kammern ist diese zentralistische Ordnung, insbesondere das Verhältnis der Kammern zur Zentralstelle als deren "Aufsichtsbehörde"⁴⁾,

1) Walther Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern Stuttgart Heilbronn Reutlingen Ulm 1855 - 1955 - Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammern Stuttgart Heilbronn Reutlingen Ulm, Bd. I, Stuttgart 1955, S. 24.

2) Vgl. Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Die Handelskammern - Ihre Organisation und Tätigkeit, Berlin 1906, S. 23.

3) Vgl. Königliche Verordnung, betreffend die Errichtung von Handels- und Gewerbekammern, vom 19. Sept. 1854, § 2, § 6 Abs. 1, § 11 Abs. 1, in: Regierungsblatt für das Königreich Württemberg 1854, S. 79 ff.; abgedruckt bei Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. I, S. 313 ff.

4) Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. I, S. 56.

von nachhaltiger Bedeutung gewesen. Die Auswirkungen überdauerten die sich nur zögernd lockernde besonders starke Abhängigkeit vom Staate bis ins 20. Jahrhundert.

Die Zentralstelle für Gewerbe und Handel hatte bereits Aufgaben auf dem Gebiete des Bildungswesens übernommen, bevor die Kammern zu arbeiten begannen. In ihrem Statut war das Beobachten des gewerblichen Unterrichts und das Ausarbeiten daraus resultierender Verbesserungsvorschläge, die sie an das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens zu richten hatte, neben anderem ausdrücklich zu ihren Arbeitsgebieten erklärt worden¹⁾. Dem Beamtenkollegium stand ein 24köpfiger Beirat zur Seite, dem - dieser Aufgabe entsprechend - vier Lehrkräfte gewerblicher Schulen angehörten²⁾. In Ferdinand von Steinbeis, zunächst Technischer Rat und seit 1856 ihr Präsident, hatte die Zentralstelle einen Leiter, der die Bildungsarbeit mit persönlichem Engagement und auch für andere Staaten mit richtungsweisendem Erfolg nicht nur innerhalb der Zentralstelle selbst, sondern ebenso als Vorstand der Königlichen Kommission für die gewerblichen Fortbildungsschulen betrieb. Auch sein Einfluß auf die Bildungsarbeit der württembergischen Handels- und Gewerbekammern ist unverkennbar. Jürgen Bona Meyer nannte ihn formal nicht ganz zutreffend, aber seinen Einfluß kennzeichnend den "Generaldirector aller Fortbildungsschulen Württembergs"³⁾.

Die Zentralstelle forderte beispielsweise 1851, das ganze Unterrichtssystem müsse mehr den Bedürfnissen des praktischen Lebens angepaßt werden⁴⁾. Das entsprach der Auffassung Steinbeis': "Gar zu oft vernachlässigt der Deutsche die specielle Fachbildung der allgemeinen wissenschaftlichen Ausbildung wegen." Mit einem Blick auf industriell besser entwickelte Länder folgert er, man müsse auch in Deutschland "dahin gelangen, daß wir es uns nicht zur Ehre, sondern zum Vorwurfe rechnen, Alles wissen zu wollen."⁵⁾

1) Vgl. Friedrich Müller, Ferdinand von Steinbeis - Sein Leben und Wirken 1807 - 1893, Tübingen 1907, S. 154.

2) Vgl. Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. I, S. 27.

3) Jürgen Bona Meyer, Die Fortbildungsschule in unserer Zeit, Berlin 1873, S. 21.

4) Vgl. Friedrich Müller, a.a.O., S. 156.

5) Ferdinand von Steinbeis, Die Elemente der Gewerbeförderung, nachgewiesen an den Grundlagen der belgischen Industrie, Stuttgart 1853, S. 275 (beide Zitate).

Dieser dann in den Berichten der württembergischen Kammern innerhalb von rund 60 Jahren mehrfach wiederkehrende Gedanke, der dem dominierenden humanistischen Bildungsideal widersprach, ist nicht zuletzt mit dem Bildungsweg des jungen Steinbeis zu erklären¹⁾. Die 1852 entworfene Konzeption der gewerblichen Fortbildungsschulen gab der Idee einer am zukünftigen Beruf orientierten Bildung wenigstens für diesen Bereich konkrete Gestalt²⁾. Mit der Verwirklichung war ein bedeutender Schritt für die Entwicklung einer insbesondere die gewerbliche Lehre begleitenden und sie sinnvoll ergänzenden Schulform getan, so daß Oskar Pache feststellen konnte, daß es Steinbeis war, "der die sittliche, wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Fortbildungsschule in vollem Umfang erkannt und ihr neue, glückliche Bahnen geebnet hat"³⁾.

Das gewerbliche Schulwesen Württembergs war also unter umfassender zentraler Obhut, die einer Aktivität der Kammern wenig Raum und auch einen sehr viel geringeren Wirkungsgrad als etwa in Preußen gewährte. Obwohl angestrebt wurde, die Handels- und Gewerbekammern in die Verwaltung berufsbildender Schulen einzugliedern⁴⁾, blieb ihnen eine derartige Mitarbeit noch Jahrzehnte versagt. Sie mußten sich darauf beschränken, in Gutachten und Jahresberichten Anregungen oder Kritik zu äußern. Allerdings besaßen die Kammern als Wahlgremien des Zentralstellenbeirats zusätzliche

-
- 1) In einem von wirtschaftlicher Not umgebenen Dorfpfarrhaus wuchs er auf, absolvierte als Hütten- und Bergschüler der württembergischen Staatseisenwerke eine Lehre und erarbeitete sich erst dann als Gasthörer der Universität Tübingen und durch Privatunterricht die formellen Voraussetzungen für die Zulassung zum ordentlichen Studium, das er nach fünf Semestern zwanzigjährig abschloß, als er für die Lösung einer staatswirtschaftlichen Preisaufgabe "von der philosophischen Fakultät außer dem Preise auch gratis das Doktordiplom" erhalten hatte. Vgl. Robert Piloty, Biographisches Begleitwort, in: Friedrich Müller, a.a.O., S. 7 ff., 13.
 - 2) Folgende Fächer sollten gelehrt werden: gewerbliches Zeichnen, Chemie, Mechanik, volkswirtschaftliche Grundlagen, gewerbliche Betriebslehre und Korrespondenz, Buchführung und kaufmännisches Rechnen. Vgl. Friedrich Müller, a.a.O., S. 156.
 - 3) Zitiert bei Friedrich Müller, a.a.O., S. 165.
 - 4) Vgl. hierzu Wolfram Fischer, a.a.O., S. 85 und 87.

Möglichkeiten, auf die Bildungsarbeit dieser Behörde Einfluß zu nehmen¹⁾. Wir haben oben gesehen, daß die preußischen Kammern ohne tragfähige rechtliche Grundlage in den Aufbau insbesondere des kaufmännischen Schulwesens eingriffen. Das konnte dort ohne Widerspruch geschehen, weil es in Preußen neben der Staatsregierung keine vergleichbare Zentralinstanz gab, die sich in ihrer Kompetenz hätte beeinträchtigt fühlen können.

So wichtig die Arbeit der Zentralstelle und ihres vorwiegend technisch gebildeten Präsidenten für das gewerbliche Bildungswesen war, so hat sie doch für den Aufbau gleichwertiger eigenständiger Bildungseinrichtungen des kaufmännischen Nachwuchses nicht die gleiche Bedeutung gehabt. Das kaufmännische Bildungswesen Württembergs bewegte sich im 19. Jahrhundert weithin im Kielwasser des gewerblichen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Fortbildungsschulen, sondern beispielsweise auch des Prüfungswesens. Das ist in erster Linie auf die Wirtschaftsstruktur des Landes mit der Vorrangstellung der Gewerbe gegenüber dem Handel zurückzuführen. Aber der aus gewerblicher Sicht begründete generelle Ausschluß der Handels- und Gewerbekammern von einem direkten Einfluß auf das berufliche Bildungswesen hat auch verhindert, daß diese ausgleichend wirken und wie z. B. die preußischen und die hessischen Kammern als Schulgründer oder -träger in Erscheinung treten konnten.

Wenn Württemberg trotzdem zu den deutschen Staaten zählt, in denen frühzeitig gemeinnützige kaufmännische Schulen bestanden²⁾, so ist dies vor allem dem Bemühen der Handelsvereine und der kaufmännischen Vereine zu danken. Besonders die Handelsvereine standen in enger Verbindung mit den Kammern, als deren informeller Unterbau sie von Wolfram

-
- 1) Vgl. F. C. Huber, Die Württembergischen Handelskammern 1856 - 1906, Bd. I, a.a.O., S. 70.
2) In Stuttgart bestand schon seit dem Winter 1853/54 eine kaufmännische Fortbildungsschule der Handelsinnung, die 1862 an den Handelsverein überging. 1871 gründeten der Württ. Handelsverein und der Buchhändlerverein die Höhere Handelsschule Stuttgart. Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1859, S. 107, JB 1879, S. 62 f. und JB 1871, S. 147.

Fischer charakterisiert werden¹⁾, so daß den Kammern Möglichkeiten der indirekten Einflußnahme sowohl nach "unten" (Vereine) als auch nach "oben" (Zentralstelle) nicht fehlten.

Der für unsere Untersuchung bedeutendste Unterschied zu den Kammersystemen der anderen deutschen Staaten bestand darin, daß die württembergischen Handelskammern noch bis 1924 keine Befugnis besaßen, Selbstverwaltungsaufgaben auf dem Gebiete des Bildungswesens wahrzunehmen, und zwar auch nicht, nachdem 1900 die bis dahin ohne Gliederung in Abteilungen arbeitenden Handels- und Gewerbekammern in reine Handelskammern umgewandelt worden waren. Das Gesetz vom 30. Juli 1899 gestattete den Kammern lediglich, "Veranstaltungen zur Förderung von Handel und Gewerbe zu unterstützen"²⁾. Von diesem Recht wurde nur wenig Gebrauch gemacht. Die Handelskammern Stuttgart und Heilbronn förderten Veranstaltungen der Erwachsenenbildung ("Handelshochschulcourse" bzw. "wissenschaftliche Vortragskurse") durch finanzielle Garantien, andere (Reutlingen, Ravensburg) beschränkten sich auf Beiträge zur Prämien für würdige Besucher kaufmännischer Fortbildungsschulen³⁾. Nur in Heilbronn war die Kammer vor dem ersten Weltkrieg durch ein Mitglied im Schulvorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule vertreten⁴⁾.

Erst die das Gesetz von 1899 abändernde Verordnung vom 27. März 1924 erweiterte die Rechte der Kammern wesentlich.

1) Vgl. Wolfram Fischer, a.a.O., S. 87.

2) Gesetz, betreffend die Handelskammern, vom 30. Juli 1899, Art. 1 Abs. 3, in: Regierungsblatt für Württemberg 1899, S. 579 ff., abgedruckt bei Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. II, Stuttgart 1962, S. 561 ff. Im Original keine Unterstreichung.

3) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 331, 333 und 340. Vereinzelt sind derartige Unterstützungen auch schon früher vorgekommen: Die Kammer Stuttgart gab dem Handelsverein Zuschüsse für die Durchführung kaufmännischer Lehrlingsprüfungen, für die Vergabe von Freistellen an der kaufmännischen Fortbildungsschule und Prämien an geprüfte Lehrlinge. Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1891, S. 74.

4) Vgl. F. C. Huber, Die württembergischen Handelskammern 1856 - 1906, a.a.O., S. 90.

Es heißt dort:¹⁾

"Die Handelskammern sind befugt, Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die der Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe dienen, zu begründen, zu unterhalten und zu unterstützen."

Diese zurückhaltende Formulierung, die im Gegensatz zu den jüngeren Kammergesetzen der anderen Staaten nicht ausdrücklich auf das Bildungswesen Bezug nimmt, hat in der Praxis als Grundlage einer Bildungsarbeit mit Selbstverwaltungscharakter auf dem Gebiet des Schulwesens wenig Bedeutung gehabt. In der Zeit wirtschaftlicher Labilität und geschwächter Finanzkraft war von den Handelskammern auch nicht zu erwarten, daß sie den Staat, der bis dahin das berufliche Schulwesen fest in die Hand bekommen hatte, wesentlich entlasten würden. Sämtliche Kammern beteiligten sich jedoch an weniger aufwendigen Prüfungsämtern für Geschäftsstenografen und Maschinenschreiber - Reutlingen auch für Buchhaltungs- und Bilanzwesen sowie für Fremdsprachen - oder verwalteten sie selbst. Wir beobachten an diesem Vorgang auch in Württemberg, daß die Übernahme solcher Aufgaben schon begonnen hatte, bevor sie durch die Verordnung von 1924 sanktioniert wurde: In Stuttgart, Heidenheim, Ulm (jeweils 1921) und Ravensburg (1923) hatten die Prüfungsämter ihre Arbeit schon früher aufgenommen, ohne auf Widerspruch gestoßen zu sein. Die Kammern Reutlingen (1925), Calw, Heilbronn und Rottweil (jeweils 1926) folgten dagegen erst nach Ausweitung der gesetzlichen Aufgaben²⁾.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die württembergischen Handelskammern vor 1933 das Bildungswesen in erster Linie durch Anregungen, Gutachten und wenige andere Formen überwiegend ideeller Förderung zu beeinflussen versuchten, weil

1. in der Zentralstelle für Gewerbe und Handel frühzeitig eine das berufsbildende Schulwesen ordnende Instanz vor-

1) Verordnung des Staatsministeriums über die Handelskammern vom 27. März 1924, § 1 Ziff. 2, in: Regierungsblatt für Württemberg, 29. März 1924, S. 165 ff., abgedruckt bei Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. II, S. 572.

2) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30, S. 379 (Calw), S. 382 (Heidenheim), S. 385 (Heilbronn), S. 388 (Ravensburg), S. 391 (Reutlingen), S. 394 (Rottweil), S. 397 (Stuttgart), S. 402 (Ulm).

handen war,

2. der Staat aufgrund der Arbeit der Zentralstelle und der Kommission für die gewerblichen Fortbildungsschulen relativ früh ein Netz gewerblicher Fortbildungsschulen, das neben den kaufmännischen Bildungseinrichtungen der Vereine lange den Bedürfnissen der kaufmännischen Nachwuchsbildung vor allem in den ländlichen Gebieten gerecht wurde, geschaffen hatte und
3. der zentralistische Aufbau der württembergischen Staats- und Wirtschaftsverwaltung den Kammern die Möglichkeit, selbst Schulen oder verwandte Einrichtungen zu gründen oder zu unterhalten, bis 1924 vorenthielt.

3. Sachsen

Daß sich die sächsischen als Handels- und Gewerbekammern bis kurz nach der Jahrhundertwende zweigliedrig organisierten Wirtschaftsvertretungen¹⁾ gradliniger entwickeln konnten, verdanken sie nicht nur dem Umstand, im Zusammenhang mit der Einführung der Gewerbefreiheit in Sachsen 1861 erst verhältnismäßig spät entstanden zu sein, sondern auch der im gleichen Zuge gesetzlich geregelten "Arbeitsteilung" mit den Innungen oder Genossenschaften, die nach dem Gewerbegesetz von 1851 nicht nur fortbestehen, sondern auch ihre auf dem Gebiete des Bildungswesens traditionelle Arbeit weiterführen konnten²⁾. Die von jetzt an auf freiwilliger Basis arbeitenden Innungen hatten seit 1831 einen Großteil der kaufmännischen Schulen ins Leben gerufen, die für viele Handelsschulen wie kaufmännische Fortbildungsschulen im 19. Jahrhundert im ganzen Deutschen Reich Vorbild wurden, so die besonders traditionsreiche Öffentliche Handelslehranstalt Leipzig (1831), dann die Schulen in Oschatz (1843), Leisnig (1845), Zwickau (1847), Chemnitz (1848), Freiberg (1849), Dresden (1854), Bautzen (1856), Kamenz (1857) und Pirna (1859)³⁾. Ihnen war auch die Regelung des Lehrlingswesens - für die handwerklichen Innungen damals noch von

1) Nur die Leipziger Kammer war schon von 1868 an "reine" Handelskammer.

2) Vgl. Gewerbegesetz vom 15. Okt. 1861, § 88, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1861, S. 207 f.

3) Vgl. Richard Stegemann, a.a.O., S. 225.

größerer Bedeutung als für die kaufmännischen - weiter anvertraut¹⁾.

Als die Handels- und Gewerbekammern konzipiert wurden, konnte der Gesetzgeber also davon ausgehen, daß das berufliche Bildungswesen in guten Händen lag. Trotzdem war die sächsische Kammergesetzgebung die erste im Deutschen Reich, die auch Einrichtungen der Berufsausbildung ausdrücklich berücksichtigte und den Handels- und Gewerbekammern die Möglichkeit offenließ, die Verwaltung von oder die Aufsicht über "Handelsschulen"²⁾ zu übernehmen³⁾. Dieses Zugeständnis spiegelt die guten Erfahrungen wider, die mit den ständischen Vertretungen als Träger berufsbildender Schulen bis dahin in diesem Umfang fast nur in Sachsen und Hannover gemacht worden waren. Das Vertrauen wurde nun auch auf die Handelskammern übertragen. Die Bestimmung zeigt darüber hinaus, daß der sächsische Gesetzgeber dem kaufmännischen Schulwesen relativ früh seine Aufmerksamkeit zugewandt hat.

Wenn das Gesetz die Übertragung des Verwaltungs- oder des Aufsichtsrechts jedoch an die Bedingung knüpfte, daß an den betreffenden Orten keine geeigneten Genossenschaften bestanden, so belegt uns dies auch für Sachsen und bezüglich des Bildungswesens die Vorrangigkeit der behördenberatenden Tätigkeit gegenüber dem Selbstverwaltungsauftrag, die im gesamten deutschen Kammerwesen bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts fortbestand und zunächst auch von den Kammern akzeptiert wurde⁴⁾. Die Abgabe von Gutachten oder unangeforderten Denkschriften blieb vorerst der

1) Vgl. Gewerbegesetz vom 15. Okt. 1861, § 88 Abs. 1 a und b, a.a.O.

2) Der Begriff Handelsschule hatte im 19. Jahrhundert noch keine festen Grenzen. Er diente besonders in Sachsen als Sammelbezeichnung für kaufmännische Schulen.

3) Vgl. Gewerbegesetz vom 15. Okt. 1861, § 125 Abs. 2, a.a.O., S. 216: "Den Handelskammerabteilungen kann außerdem, mit ihrer Zustimmung, in Ermangelung geeigneter örtlicher Genossenschaften und Einrichtungen die Verwaltung oder die Aufsicht über die Verwaltung allgemeiner Handelsinstitute - als Handelsschulen, Börsen, Maklerwesen u.s.w. - übertragen werden, welche sich an dem Orte befinden, wo die Handelskammer ihren Sitz hat."

4) Vgl. HuGK Dresden, JB 1886, S. 6. Die Errichtung kaufmännischer Schulen wird hier als Angelegenheit der Innungen verstanden.

Schwerpunkt der Bildungsarbeit.

Tatsächlich ist in den ersten Jahrzehnten von der Möglichkeit der Schulverwaltung durch Handelskammern in Sachsen, obwohl sie nach dem Gesetz von 1868 nicht mehr vom Fehlen geeigneter Genossenschaften abhing¹⁾, nur in einem Falle Gebrauch gemacht worden: Als sich die Kramerinnung in Leipzig auflöste, übergab sie mit ihrem gesamten Vermögen zu Ostern 1887 auch die Öffentliche Handelslehranstalt in die Hände der Handelskammer²⁾. Erst später beteiligte sich auch die Kammer Plauen an der Verwaltung und Finanzierung einer kaufmännischen Fortbildungsschule, während die HuGK Zittau die Verantwortung und die Kosten für gewerbliche Schulen (höhere Webschule und städtische Handwerkerschule) mittrug³⁾. Die Arbeit der HK Leipzig weitete sich mit der Gründung und Mitübernahme der Trägerschaft der ersten deutschen Handelshochschule 1898 auch nach der Seite der Erwachsenenbildung hin erheblich aus.

Die Zunahme der Schülerzahlen und das dichter gewordene Netz kaufmännischer Schulen brachten es mit sich, daß die Finanzkraft der Innungen bald nicht mehr ausreichte, um das Fortbestehen und Wachsen der aus genossenschaftlicher Initiative entstandenen Bildungseinrichtungen zu sichern. Die Direktoren der sächsischen Handelsschulen baten deshalb die Staatsregierung, sie möge "den Handelskammern ein größeres Interesse für unsere Schulen anempfehlen"⁴⁾. Neue Organisationsformen des beruflichen Bildungswesens - z. B. Einrichtungen der Erwachsenenbildung - und der außerberuflichen Erziehung Jugendlicher - z. B. Lehrlingsheime - waren notwendig geworden. Die Unternehmerschaft legte auch ihrerseits Wert darauf, den maßgebenden Einfluß auf die außerbetriebliche Bildung ihres Nachwuchses nicht zu verlieren. So kam die Ausweitung der pädagogischen Aufgaben durch das Kammerwesen Sachsens neuordnende und die Trennung der Handelskammern von den

1) Vgl. Gesetz, die Abänderung mehrerer Bestimmungen des Gewerbegesetzes vom 15. Okt. 1861 betreffend, vom 23. Juni 1868, § 17 Abs. 2, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1868, S. 341.

2) Vgl. HK Leipzig, JB 1887, S. 25 f.

3) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 318 u. 321.

4) Pl, Die 18te Jahresversammlung des Vereins der Direktoren der sächs. Handelsschulen, in: Gewerbebeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 28. Jg. (1896), Nr. 13, S. 151.

Gewerbekammern vorbereitende Gesetz im Jahre 1900¹⁾ ihren Wünschen sehr entgegen. Jetzt waren die Befugnisse der sächsischen Handelskammern in der gleichen Weise ausgedehnt wie die der preußischen Kammern seit 1897.

Als Folge der gestiegenen beruflichen Anforderungen hatten damit im Rahmen der gesetzgeberischen Konsequenz auch die sächsischen Handelskammern neben ihren Funktionen als den Behörden dienende wirtschaftssachverständige Organe und als Vertreter gemeinschaftlicher Interessen der Wirtschaft eine erweiterte, vor allem dem beruflichen Bildungswesen nützliche Selbstverwaltungsbefugnis erhalten. Auf dieser Grundlage leisteten sie in der Folgezeit vielfältige Bildungsarbeit. Bis zum Jahre 1910 hatten alle Handelskammern Sachsens derartige, je nach örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen voneinander abweichende Aufgaben übernommen²⁾.

Die weitere Entwicklung der Kammern im allgemeinen wie ihrer Selbstverwaltungsarbeit auf dem Gebiete des Bildungswesens im besonderen stimmte zunehmend mit der in Preußen überein, so daß sie hier nicht weiter verfolgt zu werden braucht. Die gelegentlich abweichende Auffassung der sächsischen Handelskammern in der Beurteilung einzelner bildungspolitischer Fragen ist eine natürliche, übrigens auch innerhalb der einzelnen Länder zu beobachtende Erscheinung, die der Tendenz der Annäherung nicht widerspricht. Es muß aber hervorgehoben werden, daß besonders die Industrie- und Handelskammern Sachsens ihren bedeutenden Einfluß auf das berufsbildende Schulwesen im Freistaat bewahren konnten³⁾.

-
- 1) Gesetz, die Handels- und Gewerbekammern betreffend, vom 4. Aug. 1900, § 2 Abs. 1, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1900, S. 866: "Die Handels- und Gewerbekammern können Veranstaltungen, welche die Förderung von Handel, Industrie und Gewerbe sowie die technische, geschäftliche und sittliche Ausbildung der darin beschäftigten Gehülfen, und Lehrlinge bezwecken, unterstützen, solche auch selbst ins Leben rufen und leiten."
 - 2) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1910, S. 316 (Chemnitz), S. 319 (Dresden), S. 323 (Leipzig), S. 326 f. (Plauen), S. 330 (Zittau).
 - 3) Im Jahre 1930 waren noch sämtliche sächsischen Kammern an den größten kaufmännischen Schulen ihrer Bezirke durch Mitarbeit an der Verwaltung oder durch finanzielle Unterstützung beteiligt. Mit Ausnahme der IHK Dresden waren sie ebenfalls alle Förderer von textilgewerblichen Schulen. Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30, S. 352 (Chemnitz), S. 358 (Dresden), S. 364 (Leipzig), S. 371 (Plauen), S. 376 (Zittau).

B. Aufbau und Leistungen des allgemeinbildenden Schulwesens aus der Sicht der Industrie- und Handelskammern

I. Volksschule

Die Kompetenz der Industrie- und Handelskammern zur Auseinandersetzung mit der Gestalt der Volksschule und der Lehrerbildung ist zwar gelegentlich bestritten worden¹⁾, läßt sich aber unter zwei Gesichtspunkten rechtfertigen.

Generell ist zu sagen, daß die Wirtschaft die auch für den Fortbestand der Gesamtkultur erforderlichen ökonomischen Leistungen nur erbringen kann, wenn auf allen Ebenen jeweils hinreichend qualifizierte Menschen in ihr wirken. Denn "die Wirtschaft ist kein technisch ausgeklügeltes System oder eine unverrückbaren Naturgesetzen unterworfenen Lebenserscheinung. Sie ist im letzten Grunde abhängig von den in ihr tätigen Menschen und von denen, die ihre Dienste beanspruchen."²⁾ Für die weitaus überwiegende Zahl der wirtschaftsberuflich arbeitenden Menschen ist aber die Volksschule neben dem Elternhaus die für die geistige wie charakterliche Grundqualifikation entscheidende Bildungsstätte. Nach Überwindung ihrer größten Hemmnisse ist die Volksschule im Laufe des 19. Jahrhunderts in eine solche zentrale Stellung aufgerückt und hat in dieser Hinsicht damals noch größere Bedeutung gehabt als heute. Die Industrie- und Handelskammern als faktische Interessenvertretungen der Unternehmerseite mußten deshalb sehr an den Leistungen der Volksschule, die u. a. den wirtschaftsberuflichen Anforderungen zu entsprechen haben, interessiert sein.

Zum anderen oblagen den Wirtschaftsunternehmen ihrem Nachwuchs gegenüber selbst jederzeit Aufgaben, deren Erfüllung einer immer mehr verbesserten allgemeinen Grundbildung als Unterbau bedurfte. Bis zur schrittweisen Einführung der

1) Vgl. o. V., Zur württembergischen Lehrerbildungsreform, in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), S. 344.

2) Walther Löbner, Wirtschaft und Erziehung, Langensalza-Berlin-Leipzig 1935, S. 47.

Fortbildungsschulpflicht sind die Lehrbetriebe die beinahe einzigen Stätten gewesen, wo der Bildungsweg der Jugendlichen zielgerichtet fortgesetzt wurde. Da es sich hier aber neben dem Bemühen um sittliche Erziehung ausschließlich um das Hinführen zu beruflicher Tüchtigkeit mit betriebsadäquaten Mitteln handelte, war der berufserzieherische Erfolg davon abhängig, ob die Volksschulbildung eine ausreichende Grundlage bot.

Als die Fortbildungsschule in ihren verschiedenen Entwicklungsformen an Boden gewann, hat der Betrieb nichts an pädagogischer Bedeutung verloren, sondern sie nur mit dieser geteilt. Damit konnte das Interesse der Wirtschaft an der Volksschule nicht geringer werden; es wurde vielmehr differenzierter. Da sich die Handelskammern des Fortbildungsschulwesens annahmen, mußte ihnen an einer organischen Kontinuität auch der "literarischen Bildung" gelegen sein.

Angesichts solcher Überlegungen überrascht, daß die Stellungnahmen der Kammern zu Fragen der Volksschulbildung vor allem bis zum Ende des ersten Weltkrieges relativ spärlich sind. Sie setzen zwar recht früh ein, leisten aber im 19. Jahrhundert nur wenig Beiträge, die als Brückenschlag von der Volksschule zur Arbeitswelt, von der Elementarbildung zur Berufsbildung, heute noch Beachtung verdienen.

Die HuGK Ulm befaßte sich 1859 mit dem Verhältnis von Volksschule und Fortbildungsschule¹⁾. Anlaß war die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Gewerbe- und der Fortbildungsschulen, die zu der bildungsökonomischen Feststellung führte, es sei "der Erfolg derselben doch nicht von der Bedeutung, als man bei den großen Opfern, die für diese Schulen von Staat und Gemeinden gebracht werden, ... erwarten konnte"²⁾. Der Grund lag nach Ansicht der Kammer zum Teil darin, "daß zwischen den Volksschulen und den Fortbildungsschulen eine bis jetzt nicht vermittelte Kluft liegt, indem den jungen, für das Gewerbe bestimmten Leuten ... häufig der zu einem fruchtbringenden Besuch der Fortbildungsschule notwendige Grad von allgemeiner Schulbildung abgeht"³⁾. Der

1) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1859, S. 235 (HuGK Ulm).

2) Ebenda.

3) Ebenda.

Begriff "allgemeine Schulbildung" wird nicht erläutert, aber er beinhaltet - wie aus der Fortsetzung der Stellungnahme zu schließen ist - unverkennbar Forderungen, die auf eine stärkere "Verwendbarkeit" der Volksschulbildung im Berufsleben zielten. Der gleiche Gedanke wird in einer Äußerung der HK Hannover deutlich: "Im Volksschulunterricht finden die Bedürfnisse des praktischen Lebens die notwendige Berücksichtigung nicht."¹⁾ Wenige Jahre später verpflichtete die HuGK Stuttgart im gleichen Sinne dem Urteil des Staatsrates von Hermann, den sie zitiert, voll bei: "Die sogenannte allgemeine Bildung ist ein deutsches Leiden, das schon in der Volksschule grassiert. Man bedenkt zu wenig, daß die überwiegende Mehrzahl der Schüler sich mit Arbeit ernähren muß, und wählt den Lehrstoff zu allgemein, wie wenn lauter künftige Rentner zu unterrichten wären."²⁾ Im Gegensatz zu den preußischen Verhältnissen der Regulativzeit hat es in Württemberg in Wirklichkeit weniger an den Lehrplänen als an der Lehrerbildung gelegen, wenn der Unterricht in den Realien keine wesentlichen Fortschritte erzielte³⁾. Während die Intentionen der Kammer Ulm aber den kontinuierlichen Übergang von der allgemeinen Grundbildung zur Berufsbildung im Auge hatten, kam es den Kammern Stuttgart und Hannover offensichtlich nur auf ein Anreichern der Lehrpläne mit Unterrichtsstoffen an, die sich zu den künftigen Berufsbereichen der Schüler in Bezug bringen ließen.

Die Wünsche dieser Kammern drücken das Unbehagen aus, das der Einfluß des Neuhumanismus einerseits und der geistlichen Schulaufsicht andererseits auf die Bildungsziele der Volksschule hervorgerufen hatte. Wenn Eduard Spranger über die Entwicklung dieser Zeit feststellt, daß sie "von der praktisch-ökonomischen Tendenz der Volksschule des 18. Jahrhunderts nichts mehr übrig ließ"⁴⁾, so wird die Besorgnis verständlich, welche die Wirtschaftsvertretungen ange-

1) HK Hannover, JB 1868, S. 13.

2) Zitiert bei HuGK Stuttgart, JB 1876, S. 28.

3) Vgl. Eugen Schmid, Geschichte des württembergischen evangelischen Volksschulwesens von 1806 bis 1910, Stuttgart 1933, S. 430 f.

4) Eduard Spranger, Zur Geschichte der deutschen Volksschule, Heidelberg 1949, S. 45.

sichts des Mangels an berufsbildenden Schulen, in denen diese Bildung hätte nachgeholt werden können, empfanden. Denn die Sonntagsschulen wurden den Ansprüchen des Berufslebens nicht besser gerecht. Die HK Breslau charakterisierte sie als "Wiederholungs- und Nachhilfestunden für Lehrlinge, welche deren nothwendig bedürfen, weil sie in der Volksschule sich nicht die Elemente alles Wissens und Könnens angeeignet" und versuchte damit zu erklären, warum "sich nirgends eine rechte warme Sympathie für die Sonntagsschulen zu erkennen giebt"¹⁾. Die Forderung nach mehr für das "bürgerliche Leben" vorbereitenden Bildungsgütern in den Stoffplänen der Volksschule kam übrigens auch aus der Lehrerschaft selbst²⁾. Die Kritik der HuGK Ulm war zudem ein offener, später von anderer Seite (HK Stuttgart) wiederkehrender Angriff auf die Schulaufsicht der Geistlichkeit, die den Interessen der Wirtschaft als zu ferne stehend empfunden wurde³⁾.

Andere Stellungnahmen über das Volksschulwesen aus der Frühzeit der Handelskammerarbeit waren zu allgemein gehalten, um mehr als Unzufriedenheit auszudrücken oder über den organisatorischen Aspekt hinauszureichen. Es wird z. B. kritisiert, die Volksschule sei zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht genügend entwickelt⁴⁾, ohne zugleich zu klären, worin diese Aufgaben nach Ansicht der Handelskammern zu sehen waren. Durchaus nicht unberechtigt, aber doch vordergründig wurden die hohen Klassenfrequenzen für die schlechten Volksschulleistungen verantwortlich gemacht⁵⁾.

Es zeigt sich hier deutlich, daß die Handelskammern, obwohl sachlich dazu legitimiert, personell noch nicht in der Lage waren, bildungspolitische Konzepte auf die Stufe der allgemeinen Grundbildung auszudehnen. Wenn sich die

1) HK Breslau, JB 1864, S. 172 (beide Zitate).

2) Vgl. Konrad Weiß, Die Lehrpläne der städtischen Schulen, in: Stadtmagistrat Nürnberg (Hrsg.), Die Schulen in Nürnberg mit besonderer Berücksichtigung des städtischen Schulwesens, Nürnberg 1906, S. 115. Dort wird aus den 1872 vom Nürnberger Lehrerverein beschlossenen Grundsätzen zitiert: "Die Schule hat mehr als bisher für das bürgerliche Leben vorzubereiten."

3) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1859, S. 235 (HuGK Ulm).

4) Vgl. HK Bochum, JB 1877, S. 9.

5) Vgl. ebenda und HK Hannover, JB 1867, S. 8.

Kammern trotzdem mit dem Volksschulwesen befaßten, so ging der Antrieb gerade in jener Zeit, als sich das mächtige Aufstreben der deutschen Wirtschaft abzuzeichnen begann, weitgehend von dem Bemühen aus, auch auf dem Bildungssektor die Voraussetzungen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern¹⁾.

Während die bedeutenderen der zitierten Kammeräußerungen aus der Zeit stammen, als die Stiehlschen Regulative in Preußen Geltung hatten, ist es nach dem Wirksamwerden des württembergischen Normallehrplanes (nach 1870) und der preußischen "Allgemeinen Bestimmungen" von 1872 in den Handelskammerberichten um Fragen der Volksschule jahrzehntelang still gewesen. Die Ausweitung des Fächerkanons durch Hinzunahme von obligatorischen "Realien"²⁾ gab die Grundlage auch für "Leistungswissen, das in einen Nutzen, in eine 'Brauchbarkeit' umgesetzt werden kann"³⁾. Das entsprach den damaligen Wünschen der Handelskammern.

Gehaltvolle Äußerungen über die Volksschule lassen sich kurz nach der Jahrhundertwende nachweisen. Es ist aber kennzeichnend für diesen der spezifischen Berufsbildung vorgeordneten Bildungsbereich, daß sich weniger die Handelskammern i. e. S. (Vollversammlung) als vielmehr deren Beamte, die sich im Auftrage der Kammern mehr Zeit zur Information und zur Formulierung von schulpolitischen Gedanken lassen konnten, auseinandersetzen. Dies bestätigt die oben für die Frühzeit der Handelskammerarbeit angedeutete Ansicht, daß sich die in den Kammern vertretenen Kaufleute und Fabrikanten an die Beurteilung von Fragen der allgemeinen Grundbildung nur zögernd heranwagten. Wir können die Beiträge der Kammerbeamten dennoch als Bildungsarbeit der Handelskammern würdigen, weil sie direkt oder indirekt in deren Auftrag entstanden und, soweit sie in den Organen der Kammern veröffentlicht wurden, auch deren Billigung gefunden hatten.

1) Vgl. hierzu HK Hannover, JB 1869, S. 18.

2) Vgl. C. Müller, Grundriß der Geschichte des preußischen Volksschulwesens, 3. und 4. Aufl., Osterwieck-Leipzig 1913, S. 231 ff. (Abdruck der Allgemeinen Bestimmungen, betreffend das Volksschul-, Präparanden- und Seminarwesen, vom 15. Okt. 1872).

3) Arthur Berg, Gestaltwandel der Volksschule bis zur Gegenwart, Teil 1, Berlin-Bonn-München 1955, S. 12.

Joh. Jahn, als Beamter der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oberschlesien der Direktor der kaufmännischen Schulen dieses Bezirks¹⁾, ging in einem umfassenderen Aufsatze²⁾ auf die Volksschule ein, weil er sie einer Reorganisation in dem Sinne für bedürftig hielt, daß die Abgrenzung zur Fortbildungsschule deutlicher werden sollte³⁾. Bemerkenswerterweise finden wir die Forderung nach mehr Lehrstoffen, die zum praktischen Leben Bezug haben, aus der Zeit bis zum Wirksamwerden der preußischen "Allgemeinen Bestimmungen" ins Gegenteil verkehrt: "Unsere Volksschulen müssen von den Stoffen des praktischen Lebens wieder etwas befreit werden."⁴⁾ Von generell schlechten Leistungen der Volksschule ist nicht mehr die Rede; der Fortschritt seit 1872 wird anerkannt. Eine Bestätigung dieser positiven Beurteilung finden wir auch in einer Äußerung der HK Bochum⁵⁾. Aber die Entwicklung der Lehrpläne seit dieser Zeit habe die Leistungsfähigkeit der Volksschule überfordert und ihr Stoffe aufgebürdet, die Gegenstand der Fortbildungsschule sein müßten. Die Volksschule könne nur Vorstufe der theoretischen Fachbildung nichtakademischer Berufe sein und müsse demgemäß in erster Linie die "Allgemeinbildung" pflegen⁶⁾.

Es zeichnet sich hier eine Tendenz ab, die in der Bildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern nach dem ersten Weltkrieg noch deutlicher wird: der Verweis der Volksschule auf die Aufgabe einer allgemeinen grundlegenden Bildung, die für die zeitlich folgende Berufsbildung tragfähige Grundlage sein kann.

Diesem Gedanken einer klaren Aufgabenabgrenzung, von Karl

1) Vgl. von Stoephasius (Hrsg.), Die Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien 1882 - 1932, Oppeln 1932, S. 81.

2) Vgl. Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, in: Mitt. der HK für den Regierungsbezirk Oppeln, 20. Jg. (1903/04), Nr. 1/2, S. 30 - 58 (Anhang).

3) Vgl. ebenda, S. 44.

4) Ebenda.

5) Vgl. HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 31, S. 561.

6) Vgl. Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 44.

Bücher schon ein Vierteljahrhundert zuvor ausgesprochen¹⁾, steht die Forderung F. C. Hubers an die Großgemeinden gegenüber, "durch die Einrichtung von Oberklassen in den Volksschulen, in der Verbindung der fachlich-technischen sowie der fachlich-kommerziellen Ausbildung mit der Allgemeinbildung" voranzugehen²⁾. Es kann hier nicht geklärt werden, ob dem Stuttgarter Handelskammersyndikus und Professor der Nationalökonomie bei seinem Vorschlag die berufsvorbereitenden Vollzeitschulen (Handelsschulen, Gewerbeschulen usw.) als Vorbild vorschwebten. Das Neue unter den Beiträgen der Handelskammern liegt aber darin, daß nicht nur das Erfordernis von den für das praktische Leben bedeutsamen Lehrstoffen betont³⁾, sondern auch eine pädagogisch vertretbare Vorstellung vom didaktischen Zusammenhang geäußert wird. Man könnte hierin auch einen Ansatz der Gedanken sehen, die später der Problemkreis einer Berufsbezogenheit des neunten Volksschuljahres ausgelöst hat, muß aber im Auge behalten, daß Huber von fachlicher Ausbildung spricht und damit den Akzent anders setzt als die spätere Diskussion um das neunte Pflichtschuljahr.

Die Reform der Volksschule sollte nach Huber mit der Einschränkung des Religionsunterrichtes⁴⁾, insbesondere des "religiösen Memorierstoffes" beginnen⁵⁾. Das "Buchwissen" habe zugunsten des "Wirklichkeitswissens" zurückzutreten, es müsse "mehr von der Hand in den Kopf und nicht vom Kopf in die Hand gelernt werden"⁶⁾. Das Ziel der reformierten

1) Karl Bücher, Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang, Eisenach 1877, S. 49: "Sobald die Berufsbildung beginnt, muß die ihr zur Grundlage dienende allgemeine Bildung abgeschlossen sein."

2) O. V. (F. C. Huber), Zur Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, in: HK Stuttgart, JB 1905/06, S. 184. Der Beitrag ist ohne Verfasserangabe in den Jahresbericht aufgenommen worden. Es darf deshalb angenommen werden, daß sich die Handelskammer mit ihm identifizierte.

3) Vgl. ebenda, S. 186.

4) Die württembergische Volksschule hatte im Vergleich mit den anderen großen deutschen Staaten die höchsten Stundenzahlen in Religion aufzuweisen. Vgl. Eugen Schmid, a.a.O., S. 815.

5) Vgl. o. V. (F. C. Huber), Zur Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, a.a.O., S. 185 u. 187.

6) Ebenda, S. 186.

Volksschule wird dann so präzisiert: "Einführung des technischen Anschauungsunterrichts ... und zweitens die Übermittlung sittlicher und Charakterbildung"¹⁾. Dieses Bildungsziel ist der Versuch einer Synthese damaliger Strömungen in der Pädagogik, verkörpert etwa durch Dewey und Kerschensteiner auf der einen sowie durch die Herbartianer auf der anderen Seite. Seine Verwirklichung wurde von Huber in dem Maße für möglich gehalten, wie die geistliche Schulaufsicht zurückgedrängt werden könnte²⁾.

Die unterschiedlichen Auffassungen Jahns und Hubers über die Lehrstoffe der Volksschule sind z. T. aus einer unterschiedlichen Entwicklung dieser Schulart in Preußen und Württemberg zu erklären. Während in Preußen in den vorausgegangenen drei Jahrzehnten eine zunehmende Pragmatisierung der Volksschullehrstoffe vollzogen worden war und zu einer Überfülle geführt hatte, ist diese Tendenz, wie Löbner auch am Beispiel Nürnbergs zeigt, in Süddeutschland erst später spürbar geworden³⁾.

Als "Kuriösium" nehmen sich die Forderungen der Handelskammern des Königreichs Sachsen⁴⁾ sowie des Ausschusses des Deutschen Handeltages⁵⁾ aus, die hauswirtschaftliche Ausbildung der jungen Mädchen in der Volksschule zu fördern. Der pädagogische Auftrag der Handelskammern scheint so weit nicht zu reichen. Aber der bewegende Anlaß war die Sorge um den beruflich-fachlichen Charakter der kaufmännischen Fortbildungsschule. Die Einfügung des hauswirtschaftlichen Unterrichts bei nur sechs wöchentlichen Unterrichtsstunden erschien als Gefährdung der berufsspezifischen

1) Ebenda.

2) Vgl. ebenda, S. 187 f.

3) Vgl. Walther Löbner, Die Geschichte der Volksschule als Parallelbewegung zum Aufgang der Industrie, dargestellt am Beispiel der Stadt Nürnberg, in: Der österreichische Betriebswirt, 13. Jg. (1963), 2. Heft, S. 78. Daß die Entwicklung in Württemberg nicht zuletzt auf den Stand der Lehrerbildung zurückzuführen ist, wurde schon erwähnt. Vgl. hierzu Eugen Schmid, a.a.O., S. 430 f.

4) Vgl. o. V., Die Handelskammern des Königreichs Sachsen, in: Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 9. Jg. (1912), Nr. 21, S. 225.

5) Vgl. HuG, 20. Jg. (1912/13), Nr. 12, S. 237.

schen Bildungsziele und sollte deshalb in die Stufe der allgemeinen Grundbildung vorverlegt werden¹⁾).

Eine deutliche Belebung der Diskussion über die Volksschule ist erst wieder in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre zu beobachten. Die Kritik der Handelskammern an deren Leistungen kam aus fast allen Teilen Deutschlands, war z. T. allgemein gehalten, konzentrierte sich aber vor allem auf lebhaftes Klagen über mangelhafte Kenntnisse und Fähigkeiten der als Lehrlinge, Anlernlinge oder ungelernte Arbeitskräfte in die Wirtschaft eintretenden Volksschulabsolventen in den sog. Elementarfächern (Deutsch, Rechnen), wodurch die fachliche Fortbildung sehr erschwert werde²⁾. Die Ursache dieses Zustandes wurde darin gesehen, "daß man an den Schulen zu viel experimentiert und die guten Grundsätze anerkannter Pädagogik durch angeblich moderne Erkenntnisse, die aber noch gar nicht ausgereift sind, ersetzen will"³⁾.

Besonders richteten sich diese Bedenken gegen die Verallgemeinerung des Arbeitsschulgedankens, die nicht selten dazu geführt habe, "daß die notwendige Strenge und Zucht der Arbeit allzusehr gelockert und die Kräfte verzettelt wurden"⁴⁾. Die in der Denkschrift des DIHT "Schule und Wirtschaft" formulierte Aufgabe der Volksschule, "junge Menschen zu erziehen, die neben gesunder Lebensfreude

1) Vgl. ebenda.

2) Vgl. u. a. IHK Aachen, JB 1929, S. 44 f.; IHK Nürnberg, JB 1927, S. 26; DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 33, S. 781 (IHK Kiel); Verh. des DIHT, Heft 6/1928 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses des DIHT am 4. 5. 1928), S. 22; DVkB, Bd. 69, Braunschweig 1928, S. 41 (IHK Solingen); Verh. des DIHT o. Nr./1928 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses vom 24. 1. 1928, vertraulich), S. 15 und 42; DWZ, 26. Jg. (1929), Nr. 16, S. 384 (IHK Kiel); ebenda, Nr. 46, S. 1109 (IHK Düsseldorf); Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 4, S. 67 (Bildungsausschuß des Württembergischen Industrie- und Handelstags); IHK Hannover, TB 1930, S. 37; Zweckverband der IHKn zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster, TB 1930, S. 54; IHK Oppeln, JB 1932, S. 100.

3) Zweckverband der IHKn zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster, TB 1930, S. 54. Ähnlich IHK Aachen, JB 1929, S. 45.

4) Deutscher Industrie- und Handelstag, Schule und Wirtschaft (Denkschrift), in: DWZ, 29. Jg. (1932), Nr. 44, S. 1047.

Schulung im Denken und geistiger Beweglichkeit, Gewandtheit im sprachlichen Ausdruck, Sinn für Zucht und Ordnung, Willen zur Einordnung in die Gemeinschaft des Staates und der Gesellschaft und Verständnis für wirtschaftliche Vorgänge mit ins Leben nehmen"¹⁾, ist bei den unterrichtsmethodischen Vorstellungen der Kammern bzw. des DIHT aber nur zum Teil mit der gleichzeitigen Forderung nach der didaktischen Beschränkung auf die Fächer Rechnen, Schreiben, deutsche Sprache in Einklang zu bringen.

Arthur Berg hat die Denkschriften von Industrie- und Handelskammern und des DIHT ungerechtfertigt scharf getadelt, wenn er meint, "sie entwerfen in den Grundzügen das Bild einer tagelöhnernden Volksschule, die sich dem ausschließlich ökonomischen Denken verpflichtet fühlen soll" und sogar von einem "Hegemonieanspruch des Profitdenkens auf die Bestimmung der Wesensgestalt der Schule" spricht"²⁾. Die Kammern sind nämlich nicht als Anwälte der Kinder aufgetreten - das wäre auch nicht in ihre Zuständigkeit gefallen -, sondern als Sprecher von Handel und Industrie, um deren Ansprüche an die Vorbildung der künftigen Lehrlinge, Anlernlinge und Arbeiter hervorzuheben. In der Denkschrift des DIHT wird ausdrücklich betont, daß ihre Leitsätze alle Gesichtspunkte außer Betracht lassen, "die von den übrigen am Schulwesen Beteiligten, insbesondere von der Elternschaft und den Religionsgemeinschaften, geltend gemacht werden können"³⁾. Die Erfahrungen und Wünsche der Wirtschaftsunternehmen zur Geltung zu bringen, war ihr gutes Recht, und sie haben das in einer Eingabe des DIHT zum Entwurf eines Reichsschulgesetzes an die Reichsregierung auch zum Ausdruck gebracht: "Die deutsche Volkswirtschaft hat das größte Interesse daran, daß die Erziehungs- und Bildungsergebnisse des deutschen Schulwesens vertieft und gesteigert werden. Denn die schweren wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft können nur auf der Grundlage einer hochstehenden allgemeinen Volksschulbildung gelöst werden."⁴⁾

1) Ebenda.

2) Arthur Berg, a.a.O., S. 22.

3) DIHT, Schule und Wirtschaft (Denkschrift), a.a.O., S. 1046.

4) DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 49, S. 1170.

Adolf Schwarzlose hat auf die Einseitigkeit der Denkschrift mit dem Hinweis aufmerksam gemacht, daß "der Grundsatz der Ökonomie der ausschließlich herrschende Gesichtspunkt" sei, von dem aus das Schulwesen gesehen wurde¹⁾. Daß die Volksschule wie jede andere Bildungseinrichtung nicht nur die Interessen der Volkswirtschaft zu berücksichtigen hat, ist eine andere Sache.

Ein weiterer Anlaß zum Eingreifen in die Diskussion über die Volksschule gab der Vorschlag des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten e. V., ein neuntes Pflichtschuljahr einzuführen, um dadurch die Zahl der Arbeitslosen zu verringern²⁾. Die Anregung stieß sofort auf Widerspruch, weil man ihre Durchführung für zu aufwendig hielt und auch auf den Lehrlingsnachwuchs eines Jahres nicht verzichten wollte³⁾.

Als sich die preußische Regierung wenig später mit der Einführung des neunten Schuljahres beschäftigte, flammte die Diskussion verstärkt auf. Der 1926 ins Leben gerufene Bildungsausschuß des DIHT - bis dahin oblagen Bildungsfragen dem sozialpolitischen Ausschuß - befaßte sich mit der Frage. Dabei trat die ablehnende Haltung der Industrie- und Handelskammern auf breiterer Basis zutage, und zwar insbesondere, sofern die Verlängerung der Schulpflicht nur einer Fortsetzung der bisherigen Volksschularbeit dienen sollte⁴⁾. Dieser Standpunkt ist angesichts der oben umrissenen Kritik an den Volksschulleistungen verständlich. Ein Ausschußmitglied argumentierte deshalb, "sei aber die Volksschule in sich nicht gesund, so werde

1) Adolf Schwarzlose, Rückschau und Ausblick in der Schulpolitik, in: DHW, 13. Jg. (1933), Nr. 1, S. 3.

2) Vgl. DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 9, S. 214.

3) Vgl. ebenda, Nr. 18, S. 430 (IHK Frankfurt a. d. O.). Übrigens lehnte die HK Nürnberg früher auch die Einführung der achtjährigen Volksschulpflicht für Mädchen ab, weil sie keine Verkürzung der Fortbildungsschulpflicht nach sich ziehen werde. Vgl. HK Nürnberg, JB 1910, S. 180.

4) Vgl. hierzu die Stellungnahmen mehrerer Kammervertreter, in: Verh. des DIHT, Heft 10/1930 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses am 14. 5. 1930), S. 8 - 15; ferner ebenda, Heft 18/1930 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses am 17. 12. 1930), S. 59.

sie durch das neunte Schuljahr nicht gesünder"¹⁾). Als bildungspolitisch-taktischer Gesichtspunkt war von Bedeutung, "daß die Wirtschaft auf die Volksschule nicht den Einfluß habe, den sie auf die Gestaltung von Berufs- und Fachschulen ausüben könnte"²⁾.

Daß die Industrie- und Handelskammern nicht die Forderung nach Angliederung des neunten Schuljahres an das berufliche Schulwesen³⁾ aufgegriffen haben, ist nur durch die grundsätzliche Ablehnung der Schulpflichtverlängerung zu erklären. Jedenfalls war damals von einem neunten Schuljahr im bisherigen Volksschulstil weithin nicht die Rede. Besonders die von Spranger versuchte Begründung und inhaltliche Bestimmung des zusätzlichen Pflichtschuljahres schuf die psychologische und bildungstheoretische Grundlage für die Reform der Volksschuloberstufe im Sinne einer Übergangsstufe, die in die "Wertordnung der sittlich-bedeutsamen 'Ernstwelt' und 'Arbeitswelt' überleitet"⁴⁾. Wir haben Ansätze in dieser Richtung bereits im Jahresbericht 1905/06 der HK Stuttgart⁵⁾ nachgewiesen und finden noch 1920 in einer Erklärung des DIHT die Hoffnung ausgesprochen, daß ein Arbeitsunterricht in der Volksschule der Berufsvorbildung sehr zugute kommen könne⁶⁾. So weit gingen die Zugeständnisse der Industrie- und Handelskammern um 1930 nicht mehr. Der Grundgedanke Sprangers wurde verkannt, wenn die HK Hannover äußerte, man könne auf einen Beruf nicht vorbereiten, solange weder eine Berufswahl getroffen noch eine Lehrstelle gesichert sei⁷⁾. Oder: "Eine

1) Verh. des DIHT, Heft 10/1930, a.a.O., S. 11.

2) Ebenda, S. 12.

3) Vgl. hierzu A. Heinrich, Schulpflichtverlängerung und Berufsschule, in: Georg Kerschensteiner u. a., Das neunte Schuljahr, Jena 1929, S. 110; ferner die Wiedergabe einer Stellungnahme im Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftszeitung, Nr. 49/1930) bei Scheibner u. a., Das neunte Schuljahr, in: DHW, 10. Jg. (1930), Nr. 24, S. 387.

4) Eduard Spranger, Pädagogische Betrachtungen zur Frage einer Schulpflichtverlängerung, in: Georg Kerschensteiner u. a., Das neunte Schuljahr, a.a.O., S. 74.

5) Vgl. o. V. (F. C. Huber), Zur Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, a.a.O., S. 184.

6) Vgl. Hauptausschuß des DIHT, Erklärung vom 25. Juni 1920, abgedruckt in: HuG, 27. Jg. (1919/20), Nr. 37, S. 482.

7) Vgl. IHK Hannover, TB 1930, S. 37.

Berufsvorbildung in Lehrwerkstätten der Volksschulen würde höchstens zur Pfuscharbeit hinführen."¹⁾ Auf die hier unterstellten Ziele kam es weder Spranger noch den Vertretern des manuellen Arbeitsschulgedankens an.

Die wirtschaftspädagogisch fruchtbare Konsequenz aber, welche einige Kammern aus ihrer Sorge um die Volksschule wie auch das höhere Schulwesen zogen, ist Vorbild für ähnliche Wege bis in die Gegenwart geblieben. Die damals von ihnen an mehreren Orten ins Leben gerufenen oder geförderten Arbeitskreise und die verschiedenen Tagungen mit dem Rahmenthema "Wirtschaft und Schule"²⁾ brachten die Begegnung von Vertretern der Wirtschaftsunternehmen einerseits und von Pädagogen andererseits zuwege, die für das gegenseitige Verständnis von Wirtschaft und Pädagogik und für die Erkenntnis ihrer wechselseitigen Abhängigkeit notwendig ist. Wenn durch die politische Entwicklung der folgenden Jahre das Schulwesen hinsichtlich der Bildungsidee eine ganz andere Richtung nahm, als sie die Industrie- und Handelskammern voraussehen konnten, so wird doch manche Anregung aus diesen Gesprächen in der Schulstube und in den Betrieben derer, die daran teilnahmen, wirksam geworden sein, ohne daß dies in offiziellen Lehrplänen zum Ausdruck kam oder quantitativ nachweisbar ist.

II. Das mittlere Schulwesen

Unter dem Begriff der "mittleren" Schulen werden hier alle allgemeinbildenden Schulen zusammengefaßt, deren Lehrziel zwar über das der Volksschule hinausgeht, die aber nicht auf die allgemeine Studierfähigkeit ihrer Absolventen vorbereiten. Die weite Fassung des Begriffs, der

1) Ebenda.

2) Vgl. Verh. des DIHT, Heft 18/1930, a.a.O., S. 75 und 78 f.

nicht mit dem der Mittelschule übereinstimmt¹⁾, erscheint hier zweckmäßig, weil dieser Bereich der allgemeinen Grundbildung früher noch eher als heute in der Regel für den unmittelbaren Übertritt in das Berufsleben vorbereiten sollte, sich aber doch deutlich von der Volksschule abhebt. Schwierig ist jedoch, gerade im mittleren Schulwesen eine eindeutige Abgrenzung der einzelnen Formen hinsichtlich des allgemeinbildenden oder des berufsbildenden Charakters zu treffen.

Daß sich die Handelskammern mit dem mittleren Schulwesen beschäftigten, ergibt sich aus dem Bestreben des "gehobenen" Kaufmannsstandes, seinen Nachwuchs soweit wie möglich aus diesen Schulen zu gewinnen. Die Mitglieder der Handelskammern aber gehörten fast ausnahmslos zu dieser Schicht. Recht und Zuständigkeit der Kammern, solche Schulen anzuregen oder in ihrem Gestaltwandel zu beeinflussen, ist deshalb mit den gleichen Argumenten zu begründen wie hinsichtlich der Volksschule. Darüber hinaus hat das Interesse der Kammermitglieder an einer standesgemäßen Schulbildung vor allem ihrer Söhne sicher eine Rolle mitgespielt.

Es fällt allerdings auf, daß sich die Handelskammern um die Mittelschulen im Sinne der Terminologie der preußischen Bestimmungen von 1872 (einheitliche Benennung der Bürger-, Mittel-, Rektor-, höheren Knaben- oder Stadtschulen, welche die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst nicht anstrebten)²⁾ nur wenig gekümmert haben, obwohl es 1904 in Preußen nicht weniger als 172 solcher Einrichtungen gab³⁾ und diese einen nicht geringen Teil der

1) In Süddeutschland wurden früher wie in Österreich Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen usw. als Mittelschulen (zwischen Hochschulen und "niedereren" Schulen) bezeichnet, während die norddeutsche Terminologie darunter die verschiedenen Formen zwischen Volksschule und höheren Schulen zusammenfaßte. Dabei ist zu beachten, daß die Realschule, die mit der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst abschloß, zu den höheren Schulen gezählt wurde. Vgl. P. Richter, Mittelschule, in: W. Rein (Hrsg.), Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik, 2. Aufl., 5. Bd., Langensalza 1906, S. 892 f. und 896 f.

2) Vgl. die allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 über die Mittelschule, abgedruckt in: C. Müller, a.a.O., S. 237 ff.

3) Vgl. P. Richter, a.a.O., S. 900.

kaufmännischen Lehrlinge stellten¹⁾. Jedenfalls lassen die Jahresberichte keine besondere Aktivität erkennen.

In einer Stellungnahme der HK Düsseldorf zum Mittelschulplan von 1872, der im Zusammenhang mit den bereits erwähnten preußischen Allgemeinen Bestimmungen erlassen wurde, kommt eine erhebliche Skepsis gegenüber dieser Schulgattung zum Ausdruck. Die Kammer erklärte²⁾, sie könne sich von der Errichtung besonderer Mittelschulen nach dem neuen Plane keine Vorteile versprechen. Das Bildungsziel sei recht niedrig. Hauptgrund der Ablehnung war aber die Befürchtung, daß die Ausgliederung der Mittelschulen aus der Volksschule durch die frühe Trennung der Bildungswege der "verschiedenen Klassen" die sozialen Spannungen im Volke vergrößern könnte. "Bestand früher schon eine Kluft zwischen der Vorbildung und daher auch zwischen dem ganzen Sinnen und Denken der höheren und der niederen Klassen, so wird nun, da die Mittelschule selbständig neben der Volksschule dastehen soll, auch noch eine weitere Kluft zwischen den wohlhabenderen und den minder wohlhabenden Familien der niederen Klassen geschaffen."³⁾

Der hier angeschnittene Gesichtspunkt ist weniger wirtschaftspädagogischer als sozialpolitischer Natur. Er spiegelt die Sorge über die Entwicklung der Sozialstruktur und deren politische Auswirkungen wider. 1863 hatte Lassalle den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gegründet, und nun stand der 1875 erfolgte Zusammenschluß mit den Marxisten zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bevor. Da das liberale Unternehmertum sich durch diese politischen Strömungen in seinen Entfaltungsmöglichkeiten bedroht fühlte, mußte es darauf bedacht sein, dem Anwachsen der Sozialdemokratie bereits in der Schule den "Nährboden" zu entziehen. So ist der Widerspruch gegen die Mittelschule als Ausdruck der Sorge über die mögliche Ent-

1) Nach einer Erhebung der HK Braunschweig aus dem Jahre 1892 hatten rund 20 % der kaufmännischen Lehrlinge des Herzogtums eine derartige Schule erfolgreich besucht.

Vgl. HK Braunschweig, JB 1892, II. Teil, S. 31.

2) Vgl. HK Düsseldorf, JB 1872, S. 24 f.

3) Ebenda.

wicklung der Volksschule zur Schule des Vierten Standes zu erklären.

Später, als sich die Mittelschule schon konsolidiert hatte, ging das Bemühen insbesondere der HK Düsseldorf dahin, das letzte Schuljahr auch der kaufmännisch-beruflichen Grundbildung zu öffnen¹⁾. Die Neuordnung des preußischen Mittelschulwesens im Jahre 1910 kam diesen Bestrebungen insofern entgegen, als sie entsprechende Unterrichtsfächer im Stundenplan der Mittelschuloberstufe zuließ.

Die Realschule, soweit sie die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst gewährte, fand bei Handel und Industrie stärkere Beachtung. Sie wurde weithin als die beste Vorschule des Kaufmanns angesehen²⁾. Die HK Ravensburg empfahl 1902 den Lehrherren sogar, möglichst nur solche jungen Leute als Lehlrlinge anzunehmen, die diese Schulform besucht hatten³⁾. An einigen Orten zeigte sich freilich auch Kritik und vor allem das Bemühen von Handelskammern, die Grundform der Realschule durch Einfügen berufsorientierter Fächer zu modifizieren. Die Großherzogliche HK Mannheim zahlte beispielsweise schon seit 1847 einige Jahre lang an einen "Handlungslehrer" eine Renumeration für den Unterricht in "handelswissenschaftlichen" Fächern der höheren Bürgerschule (= Realschule)⁴⁾.

Die Realschule war von vornherein den Bildungserfordernissen des Wirtschaftslebens entsprechend angelegt. Hecker, der Gründer der königlichen Realschule zu Berlin, hatte seine Anstalt für solche Jugendliche ins Leben gerufen, "welche dem Studium nicht eigentlich gewidmet sind, und

1) Vgl. Bruno Pfeifer, Königreich Preußen, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 174.

2) Vgl. HK Düsseldorf, JB 1871, S. 57 f.; Gutachten der HK Koblenz, in: Richard Ehrenberg, Handelshochschulen I., DVkU, Bd. 3, Braunschweig 1897, S. 243; HK Braunschweig, JB 1906, S. 6; HuG, 27. Jg. (1919/20), Nr. 25, S. 349 (HK Chemnitz).

3) Vgl. HKn in Württemberg, JB 1902, S. 73.

4) Vgl. Arthur Blaustein (Hrsg.), Die Handelskammer Mannheim und ihre Vorläufer 1728 - 1928, Mannheim-Berlin-Leipzig (1928), S. 104. Die damalige "Handelskammer" war allerdings lediglich eine zunftartige Korporation. Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 342 f.

die wir dennoch zur Feder, zur Handlung, zum Pachten, zum Wirtschaften auf dem Lande, zu den schönen Künsten und zu Manufacturen fähig und tüchtig finden"¹⁾. 160 Jahre später urteilte Knabe, man habe mit der lateinlosen Realschule "die geeignete Schule zur Ausbildung des höheren Bürgerstandes endlich gefunden"²⁾. Das war zu der Zeit, als sich verschiedene Handelskammern so anerkennend über sie äußerten. Wenn die HK Offenbach die Umwandlung der Realschule dieser Stadt in eine Oberrealschule forderte, weil sie die Bildungsvoraussetzungen für Führungskräfte in Handel und Industrie höher veranschlagte und der Realschulabschluß zuwenig Berechtigungen gebe³⁾, so war das kein Angriff gegen die Realschule, sondern das Bekenntnis, daß die Anforderungen in den an Zahl zunehmenden Führungspositionen der größeren Unternehmen über das hinausgingen, was die Realschule bieten konnte und wollte. Diese war im Zuge der schnellen Entwicklung von Technik und Wirtschaft, insbesondere der Zunahme von Großbetrieben, zur Schule der allgemeinen Grundbildung mittlerer Führungskräfte geworden⁴⁾.

Die Kritik der HK Breslau, in der Realschule werde "der Blick der Schüler mehr auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart gerichtet und von den modernen Verhältnissen des Lebens abgekehrt"⁵⁾, verdeutlicht die enge Verbindung der Realschule mit dem höheren Schulwesen, zu dem sie da-

1) Zitiert bei Rudolf Hoffmann, Geschichte des Realschulwesens in Deutschland, in: Karl Adolf Schmid (Hrsg.), Geschichte der Erziehung vom Anfang bis auf unsere Zeit, Bd. 5, 2. Abtlg., Stuttgart-Berlin 1901, S. 7 f.

2) K. Knabe, Realschule, in: W. Rein (Hrsg.), Encyclopädisches Handbuch der Pädagogik, 2. Aufl., Bd. 7, Langensalza 1908, S. 241.

3) Vgl. HuG, 5. Jg. (1897/98), Nr. 20, S. 253 f.

4) "Für den mittleren Kaufmann reicht der Besuch einer Realschule und einer mittleren Handelsschule oder irgend einer anderen Lehranstalt aus, welche das Reifezeugnis zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst gewährt." Victor Böhmert, Handelshochschulen - Denkschrift zur Errichtung handelswissenschaftlicher Abteilungen an den technischen Hochschulen und Universitäten, Dresden 1897, S. 30. Böhmert fordert dagegen für Handelslehrer, Großkaufleute usw. den Besuch höherer Schulen, an denen das Maturitätszeugnis erworben werden konnte. Vgl. ebenda.

5) HK Breslau, JB 1906, S. 51.

mals zählte. "Verfassung, Lehrkörper, Lehrgut, Lehrweise, Lehrmittel und die geistige Atmosphäre der Realschule als höhere Schule waren theoretisch-wissenschaftlich gerichtet. Deshalb zogen sie planmäßig und mit innerer Notwendigkeit von dem werktätigen Leben ab."¹⁾

Das mag der Grund gewesen sein, warum in Bayern, dessen Realschulen den preußischen hinsichtlich der Stundentafeln und der Berechtigungen um die Jahrhundertwende sehr ähnlich waren²⁾, die Angliederung von Handelsabteilungen, in denen kaufmännische Kenntnisse in bescheidenem Umfange berücksichtigt wurden³⁾, eine spürbare Unterstützung seitens der Handelskammern erfuhr⁴⁾.

Außerhalb Bayerns wurde an einigen Orten "handelswissenschaftlicher Unterricht" als zusätzliches Wahlfach eingeführt⁵⁾. Auch der Plan Julius Ziehens, "Elemente der kaufmännischen Interessenkreise" in die allgemeinbildenden Fächer der Realschule zu integrieren und dafür auf einen besonderen Fächerkanon zu verzichten⁶⁾, gewann Anhänger⁷⁾.

-
- 1) Nikolaus Maaßen, Geschichte der Mittel- und Realschulpädagogik, 2. Bd., Berlin-Hannover-Darmstadt 1961, S.23.
 - 2) Vgl. K.Knabe, a.a.O., S. 241 sowie die bei Ivan Zolger, Das kommerzielle Bildungswesen im Deutschen Reiche, Wien 1905, S. 159, als für die bayerischen Verhältnisse beispielhaft abgedruckte Stundentafel der Real- und Handelsschule in Marktbreit a. M.
 - 3) Die bayerischen Handelsabteilungen wichen vom Realschullehrplan in den beiden oberen Klassen insofern ab, als der Zeichenunterricht ausfiel und Mathematik eingeschränkt wurde. An ihre Stelle traten vor allem Handelskunde und Handelsarithmetik. Vgl. Ivan Zolger, a.a.O., S. 157 f.
 - 4) Vgl. HuGK für Oberbayern, JB 1905, S. 15; HK Nürnberg, JB 1909, S. 175; HK München, JB 1910, S. 148 f., JB 1911, S. 85, JB 1912, S. 99 f.; Dieter Schäfer, 125 Jahre Industrie- und Handelskammer in Unterfranken, in: Theodor Vogel u. a., 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, o. O. 1968, S. 116.
 - 5) Vgl. HK Sorau N.-L., JB 1902, 2. Halbj., S. 56, JB 1903, 2. Halbj., S. 23 f.; Ivan Zolger, a.a.O., S. 160 f.
 - 6) Vgl. Julius Ziehen, Wie können die scheinbar widersprechenden Forderungen einer ausreichenden allgemeinen und fachlichen Ausbildung des jungen Kaufmanns auf dem Gebiete des kaufmännischen Unterrichtswesens ausgeglichen werden? In: DVkU, Bd. 12, Braunschweig (1899), S. 111 - 124.
 - 7) Vgl. Verh. u. Mitt. der HK zu Magdeburg, Jg. 1900, Nr. 8, S. 122; HK Hamburg, JB 1905, S. 41.

Die etwa zur gleichen Zeit vor allem in Norddeutschland entstandenen Handelsrealschulen konnten nicht recht gedeihen. Es fehlten ihnen die für die günstige Entwicklung in Bayern ausschlaggebenden Lehrer¹⁾, die ein sinnvolles Maß kaufmännischer Fachbildung gegen das von Johannes Oberbach²⁾ geschilderte Übergewicht der Philologen mit ihrem Hang, nur die herkömmlich als allgemeinbildend geltenden Fächer anzuerkennen, durchsetzen konnten. Die Handelskammern haben sich deshalb mit den Handelsrealschulen kaum befaßt. Zu den wenigen Ausnahmen zählt die Kammer Köln, die sich für die 1897 unter der Bezeichnung "Handelsschule" gegründete Anstalt nachdrücklich eingesetzt hatte³⁾.

Der Vorteil des bayerischen Systems wurde von den Handelskammern darin gesehen, daß es in kleineren Orten, "wo die Möglichkeit der Vorbildung für den kaufmännischen Beruf sonst fehlt"⁴⁾, andere kaufmännische Unterrichtsanstalten z. T. ersetzen, in München selbst aber die sechsklassige städtische Handelsschule vom Zudrang entlasten und auch den "minderbemittelten Schülern" den Besuch einer Schule mit kaufmännischen Lehrstoffen ermöglichen konnte⁵⁾.

Als Ersatz kaufmännischer-berufsbildender Vollzeitschulen waren die Handelsrealschulen wie die bayerischen Handelsabteilungen aber nur bedingt anzusehen. Dazu waren die am Kaufmannsberuf orientierten Fächer zu wenig vertreten. Wir folgen auch der Ansicht, daß in den angelehnten Handelsabteilungen "der handelswissenschaftliche Unterricht

-
- 1) Vgl. Wilhelm Lorey, Handelsrealschule und (sächsische) höhere Handelsschule, in: Alfred Kühne (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 1. Aufl., Leipzig (1923), S. 363.
 - 2) Vgl. Johannes Oberbach, Die Wirtschaftsoberschule als dreijährige Aufbauschule auf der mittleren Reife (Reife für O II), in: Friedrich Feld u. a., Die Wirtschaftsoberschule, Leipzig 1925, S. 18.
 - 3) Vgl. HK Köln, JB 1894, S. 43 und JB 1895, S. 54 ff.
 - 4) HK München, JB 1912, S. 100.
 - 5) Vgl. HuGK für Oberbayern, JB 1905, S. 15. Das Schulgeld der Münchner Realschulen war mit 45 M. jährlich wesentlich niedriger bemessen als das der städtischen Handelsschule mit 150 M. Vgl. HK München, JB 1910, S. 149.

immer erst nach den allgemeinen Bildungsfächern"¹⁾ seinen Platz hatte. Die HuGK für Mittelfranken hielt deshalb mit Blick auf die bayerische Form ein Erweitern des Unterrichts "nach der kaufmännisch-technischen Seite für höchst wünschenswert"²⁾, ohne aber den Charakter der Realschule als allgemeinbildende Schule, die das Recht zum einjährigen Militärdienst verlieh, antasten zu wollen.

Zusammenfassend läßt sich über die Zeit bis zum ersten Weltkrieg sagen, daß die Handelskammern der Realschule besonders aufgeschlossen gegenüberstanden. Es ist ferner erkennbar geworden, daß aus der Reihe der Kammern eine stärkere Ausrichtung des Lehrplanes der Realschule als allgemeinbildender Schulart auf die Berufswelt gewünscht wurde. Das ist die gleiche Tendenz, die wir hinsichtlich der Volksschule bis zum Ende des Kaiserreiches feststellten.

Nach dem Weltkrieg waren sich Mittelschule und Realschule insofern näher gekommen, als die Stellung der ersteren verbessert worden war. Seit 1921 war das Abschlußzeugnis der Mittelschule mit zwei Fremdsprachen hinsichtlich der Berechtigungen dem früheren Einjährigenzeugnis, das der Realschule auch beim Handelsstand eine nicht unbedeutende Wertschätzung gegeben hatte, gleichwertig. Die Bestimmungen über die Mittelschulen in Preußen vom 1. Juni 1925 hatten beide Schularten in ihrer Besuchsdauer angeglichen und das Bildungsziel der Mittelschule gehoben³⁾. Eine besondere Vorliebe der Industrie- und Handelskammern für eine der beiden Schulen ist mit Ausnahme Sachsens nicht mehr festzustellen, obwohl die Denkschrift des DIHT von 1932 nur auf die Mittelschule eingeht, diese in ihrem Bestand bejaht, sonst aber auffallend kurz wie zurückhaltend beurteilt⁴⁾. Möglicherweise hängt das mit dem Rückgang des

1) O. V., Handelsgymnasien, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 28. Jg. (1896), Nr. 21, S. 252.

2) HuGK für Mittelfranken, JB 1907, I. Teil, S. 129.

3) Vgl. Nikolaus Maaßen, a.a.O., S. 54 und 65.

4) Vgl. DIHT, Schule und Wirtschaft (Denkschrift), a.a.O., S. 1047.

Mittelschulbesuchs¹⁾ bis zu dieser Zeit zusammen. Aber es fehlte der preußischen Mittelschule nach Walther Löbner auch das von klaren Leitlinien abhängige Profil²⁾. Die sächsischen Industrie- und Handelskammern verneinten für ihren Bereich ausdrücklich das Bedürfnis einer Mittelschule nach preußischem Muster³⁾.

Eine Parallele zur Beurteilung der Volksschule ist hinsichtlich der Bildungsaufgabe auch nach dem ersten Weltkrieg erkennbar. Waren aus der Zeit um die Jahrhundertwende verschiedene Handelskammern zu zitieren, die ein stärkeres Berücksichtigen beruflich-fachlicher Lehrstoffe wünschten, so hatte jetzt der Standpunkt an Boden gewonnen, Fachbildung gehöre nicht in "allgemeinbildende Schulen".

Auch der Mittelschule wurde vorrangig die Aufgabe zugewiesen, die "Kulturtechniken" (Lesen, Schreiben, Rechnen) zu pflegen⁴⁾. War die HK Nürnberg 1909 für Handelsabteilungen an Realschulen eingetreten⁵⁾, so sprach sie sich 1926 gegen die Forderung des Verbandes bayerischer Lehrer für Handelswissenschaften aus, an sämtlichen Realschulen des Landes derartige Abteilungen einzurichten, weil deren speziell-fachliche Bildungsaufgabe von besonderen kaufmännischen Schulen wahrzunehmen sei⁶⁾. Die württembergischen Handelskammern verneinten im gleichen Jahr die Zweckmäßigkeit ähnlicher Bestrebungen für die Mittelschulen aus demselben Grund⁷⁾.

1) Vgl. o. V., Schüler und Lehrer an den mittleren Schulen und höheren Lehranstalten im Deutschen Reich im Schuljahr 1931/32, in: DHW, 12. Jg. (1932), Nr. 16, S. 251.

2) Vgl. Walther Löbner, Wirtschaft und Erziehung, a.a.O., S. 64.

3) Vgl. Sächsischer Philologenverein, Sächsischer Industrie- und Handelstag, Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft, Wirtschaft und Schule (gemeinsame Grundsätze), abgedruckt in: DHW, 12. Jg. (1932), Nr. 20, S. 317.

4) Vgl. Otto Sartorius, Schulpolitische Zeit- und Streitfragen und ihre Auswirkung auf die Mittelschule, o. O. (1931), S. 18. Sartorius war Hauptgeschäftsführer der IHK Bielefeld und bis zu seinem Tode 1951 einer der profiliertesten Sprecher der deutschen Industrie- und Handelskammern in Fragen des Bildungswesens.

5) Vgl. HK Nürnberg, JB 1909, S. 175.

6) Vgl. IHK Nürnberg, JB 1926, S. 15.

7) Vgl. Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. II, S. 455.

In die gleiche Richtung tendierten die sächsischen Kammern. Nachdem sie 1932 in gemeinsamen Grundsätzen mit dem Sächsischen Philologenverein und der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft die Belebung der Realschule in jeder Beziehung gefordert und als die am besten geeignete Anstalt zur Vorbildung auf einen "praktisch wirtschaftlichen Beruf" bezeichnet hatten¹⁾, formulierte die IHK Dresden kurze Zeit später: "... ein wirtschaftlicher Ergänzungsunterricht in loser Verbindung mit einem Realschulplan muß abgelehnt werden, weil ein solches Zwischending zwischen allgemeinbildender höherer Schule²⁾ und fachlich gewendeter höherer Schule weder den berechtigten Ansprüchen der Wirtschaft an berufliche Vorbildung, noch den Anforderungen der Eltern an Vermittlung einer nicht einseitigen höheren Ausbildung genügt."³⁾ Im Namen der sächsischen Industrie- und Handelskammern wird die Grundkonzeption so zusammengefaßt: "Klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen allgemeinbildender sechsstufiger Anstalt und wirtschaftlich gerichteter höherer Anstalt muß den Aufbau des Schulwesens charakterisieren."⁴⁾

Beide Äußerungen richteten sich nicht gegen kaufmännisch-bildenden Unterricht überhaupt. Im Gegenteil: dieser war durch seine Fortentwicklung in der zur kaufmännischen Berufsschule gewachsenen ehemaligen Fortbildungsschule und zur gefestigten kaufmännischen Vollzeitschule in ihren verschiedenen Formen die Voraussetzung dafür, daß die Handelskammern eine spezifisch kaufmännisch orientierte Vorbildung in den Grundformen des allgemeinbildenden Schulwesens nicht mehr für nötig hielten.

Andererseits verwundert, daß die Industrie- und Handelskammern hier wie im Bereich der Volksschule sinngemäß

-
- 1) Vgl. Sächsischer Philologenverein, Sächsischer Industrie- und Handelstag, Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft, a.a.O., S. 317.
 - 2) Die Realschulen als sechsstufige Anstalten hatten nicht nur eine eigenständige, abgerundete Grundbildung zu vermitteln, sondern sie waren auch als Unter- und Mittelstufe der Realgymnasien und Oberrealschulen bedeutsam.
 - 3) IHK Dresden, JB 1933, S. 13.
 - 4) Ebenda.

"die langweilige Alternative von Berufsbildung und Allgemeinbildung"¹⁾ so scharf herausstellten, anstatt der Frage nachzugehen, inwieweit wirtschaftliche Bildung Teil der Allgemeinbildung sein könne und müsse. In einer Eingabe der HK Berlin kurz nach dem Weltkrieg war diese Überlegung angeklungen²⁾ und bezüglich der "mittleren Bildungsabschlüsse" Jahrzehnte zuvor im Ringen um die Anerkennung wirtschaftlicher Bildungsgüter als mit den herkömmlichen Unterrichtsfächern des allgemeinbildenden Schulwesens gleichwertig zwar bildungstheoretisch nicht hinreichend begründet, aber doch von verschiedenen Kammern vertreten worden. Bei der Betrachtung des höheren Schulwesens wird noch zu zeigen sein, wie die Handelskammern um die Jahrhundertwende auch in jenem Bereich verschiedene Ansätze in dieser Richtung versuchten. Da die Erfolge gering waren, konnten sich die Industrie- und Handelskammern zu derartigen pädagogischen Überlegungen nicht ermuntert fühlen, zumal die allgemeine Pädagogik eine wirtschaftlich - nicht wirtschaftsberuflich - orientierte Bildung als Teil der Allgemeinbildung noch nicht hatte konzipieren können.

III. Höhere Schulen

Unter "höheren Schulen" werden im folgenden nur solche Bildungsanstalten verstanden, die nach heute üblicher Terminologie unter diesen Begriff fallen, d. h. die zur Studienberechtigung an Hochschulen führen. Diese Klarstellung ist wichtig, weil - wie auch Joachim Peege zeigt³⁾ - der Begriff der höheren Schulen insbesondere im 19. Jahrhundert viel weiter gefaßt war.

Es ist natürlich, daß die Handelskammern speziell dem

1) Eduard Spranger, Pädagogische Betrachtungen zur Frage der Schulpflichtverlängerung, a.a.O., S. 71.

2) Vgl. DWZ, 19. Jg. (1922), Nr. 4, S. 92 f.

3) Vgl. Joachim Peege, Die Fachschulreife als Problem kaufmännischer Berufserziehung, Neustadt/Aisch 1967, S. 45 ff.

humanistischen Gymnasium, das bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts eine gewisse Monopolstellung hinsichtlich Ansehen und Berechtigung im Bildungsdenken besaß, nur sehr sporadisch ihre Aufmerksamkeit zuwandten. Seine Hauptaufgabe war das Hinführen zur Studierfähigkeit im Rahmen der klassischen Fakultäten. Hierzu Stellung zu nehmen, lag nicht im Zuständigkeitsbereich der Wirtschaftsvertretungen. Soweit es aber um die Eignung der humanistischen Bildung im damaligen Sinne an Handelshochschulen oder generell um die allgemeine Grundbildung für kaufmännische Berufe ging, war das Urteil im ganzen wohlwollend¹⁾. Daneben verlangten die Kammern freilich nach Formen des höheren Schulwesens, die wirtschaftsbezogen sein sollten. Dies wird noch an Beispielen zu zeigen sein.

Nirgends ist allerdings etwas davon zu spüren, daß das humanistische Gymnasium bei den Handelskammern im Vergleich zu den anderen höheren Schulen in einem besonderen Ansehen gestanden hätte. Der "sozialaristokratische Zug", mit dem Friedrich Paulsen seine Zeit charakterisierte und den er als "eines der stärksten Hindernisse einer vernunftgemäßen Ordnung unseres höheren Schulwesens" wertete²⁾, konnte angesichts der realistisch-liberalen Grundhaltung der Kammern auf deren bildungspolitische Vorstellungen keine Durchschlagskraft besitzen.

Die HK Köln beurteilte alle höheren Schulen einschließlich der höheren Handelsschule hinsichtlich ihrer Lehrziele als "unter sich völlig gleichwertig"³⁾, und die mittelfränkische HuGK in Nürnberg vertrat den Standpunkt, "das bevorrechtigte Ansehen der Gymnasien" liege "lediglich in deren Alter"⁴⁾. Die HK Osnabrück hielt es in Übereinstimmung mit dem Verein Deutscher Ingenieure für

1) Vgl. HK Breslau, JB 1865, S. 41; Richard Ehrenberg, Handelshochschulen I., a.a.O., S. 12 (Gutachten des Präsidenten des Deutschen Handelstags, Ad. Frentzel), S. 123 f. (Vorsitzender der HK Mainz, Michels), S. 266 (HK Köln) u. a.

2) Friedrich Paulsen, Geschichte des gelehrten Unterrichts, 3. Aufl., 2. Bd., Berlin-Leipzig 1921, S. 573.

3) HK Köln, JB 1893, S. 41. Vermutlich ist hier an die Aachener Form der höheren Handelsschule gedacht.

4) HuGK für Mittelfranken, JB 1895, S. 106.

zweckmäßig, für alle höheren Schulen bis zur Obersekunda einen einheitlichen Unterbau zu fordern, damit "alsdann bezüglich der Grundlagen jeder höheren Bildung eifersüchtiger Überhebung kein Raum mehr gegeben wäre"¹⁾.

Das besonders stark an das "klassische" Bildungsideal gebundene humanistische Gymnasium war in der Tat nur schwer mit den Ansprüchen in Einklang zu bringen, welche die Männer in den Handelskammern im 19. Jahrhundert auf die Jugend zukommen sahen. Theodor Litt stellt fest, "daß unser klassisches Bildungsideal kaum in einem ungünstigeren Augenblick hätte ans Licht treten können als in dem Moment, da die gesellschaftliche Welt zu einer ihrer gewaltigsten Umgestaltungen ansetzte"²⁾.

Von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an sind zuerst das Realgymnasium und später die Oberrealschule dem Gymnasium als höhere Schulen an die Seite getreten. Während 1873/74 noch 96,6 % der Studienanfänger an Universitäten vom Gymnasium kamen, waren 1904/05 bereits 15,2 % der Neuimmatrikulierten an Universitäten Abiturienten von Realgymnasien und Oberrealschulen³⁾.

Das Realgymnasium, das die Studienberechtigung seiner Abiturienten erst nach und nach durchsetzen konnte, verdankte seinen Aufschwung nicht - wie z. B. das damalige Gymnasium - "einem ausgesprochenen Bildungsideal, sondern stellt ein Kompromiß dar zwischen den verschiedenen Bildungstendenzen, die die anderen Schularten gestellt haben"⁴⁾. Obwohl Paulsen das Erfordernis des Realgymnasiums nicht zuletzt mit den Vorbildungsbedürfnissen der Großindustriellen und der Großkaufleute begründete⁵⁾, wird es in seiner

1) HK Osnabrück, JB 1886, S. 65.

2) Theodor Litt, a.a.O., S. 13.

3) Vgl. HK Dortmund, JB 1907, I. Teil, S. 41.

4) Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Die Neuordnung des preußischen höheren Schulwesens (Denkschrift), Berlin 1924, abgedruckt in: Gerhardt Giese, Quellen zur deutschen Schulgeschichte seit 1800, Göttingen-Berlin-Frankfurt a. M. 1961, S. 272 f.

5) Vgl. Friedrich Paulsen, a.a.O., S. 562.

Normalform kaum von den Handelskammern erörtert¹⁾. Von der Wiedergabe kurzer Schulberichte statistischer Art in verschiedenen Jahresberichten wird hierbei abgesehen.

Offenbar stand das Realgymnasium dem spezifischen Bildungsinteresse des Kaufmanns und des Technikers doch noch zu fern. Das zeigte sich bereits in der ersten Gründungsphase, als die Realgymnasien nach der in dieser Arbeit angewandten Terminologie noch eigentlich zum mittleren Schulwesen zu rechnen waren. Die bayerischen Kreis-Gewerbe- und Handelskammern befürchteten, als die Errichtung von Realgymnasien geplant wurde, daß diese "einen zu gelehrten Rock anthun werden"²⁾ und sie "ihrem Zweck ... schwerlich entsprechen dürften"³⁾. Die Kammer für Schwaben und Neuburg hielt vor allem die voraussichtlichen Auswirkungen auf das Gedeihen der bayerischen Gewerbeschulen für "eine wahre Calamität" und kritisierte, daß "die Real-Gymnasien weder den Gewerben, noch der Industrie, noch der Landwirthschaft, noch einem der technischen Fächer etwas namhaftes zu bieten vermögen"⁴⁾. Später wurde das Realgymnasium von den Handelskammern meistens mit den anderen Formen des höheren Schulwesens in einer Reihe genannt, wenn die Eignung seiner Absolventen für den Kaufmannsberuf oder für das Studium an Universität oder Fachhochschule zur Sprache kam.

Die Oberrealschule als betont naturwissenschaftlich orientierte Form des höheren Schulwesens ohne Latein war für die Handelskammern insofern von besonderem Interesse, als sie ihnen hervorragend geeignet erschien, auf den Besuch der Technischen Hochschule vorzubereiten⁵⁾. Daß das alte

-
- 1) Eine der wenigen Ausnahmen ist eine Glückwunschartrede der HK Wiesbaden, in der das Königliche Realgymnasium zu Wiesbaden als "eine Pflanzstätte praktischen Denkens" und in seiner Bedeutung für die Entwicklung der nassauischen Wirtschaft gewürdigt wird. Vgl. H. Breuer, Die Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Königlichen Realgymnasiums zu Wiesbaden am 30. und 31. Mai und 1. Juni 1895, Beilage zum JB 1895/96, Wiesbaden 1896, S. 20 f.
 - 2) Oberbayerische KGuHK, JB 1862, S. 27.
 - 3) KGuHK von Mittelfranken, JB 1865, S. 27.
 - 4) KGuHK für Schwaben und Neuburg, JB 1863, S. 6.
 - 5) Vgl. z. B. HuG, 5. Jg. (1897/98), Nr. 20, S. 254 (HK Offenbach).

Gymnasium hierfür nicht die geeignete Vorschule war, darin stimmten Handelskammern¹⁾ und Friedrich Paulsen²⁾, einer der namhaftesten Kenner des höheren Schulwesens im Bereich der wissenschaftlichen Pädagogik jener Zeit, überein.

An dieser Stelle muß wiederum auf die Neigung der Handelskammern vor dem ersten Weltkrieg aufmerksam gemacht werden, wirtschaftsorientierten Lehrstoffen in Schulen der allgemeinen Grundbildung Geltung zu verschaffen. Drei Beispiele sollen das für Schulen, die über die Einjährigengerechtsamung hinausführten und vom Kaufmannsstand als allgemeinbildend verstanden wurden, belegen.

1. Die im Jahre 1893 gegründete höhere Handelsschule in Aachen war nichts anderes als ein den Handelsabteilungen der bayerischen Realschulen analoger Zug des Realgymnasiums, der hier aber der Oberstufe einer höheren Schule angegliedert war. Die Stundentafel der Handelsabteilung unterschied sich von der der Realgymnasialabteilung dadurch, daß an die Stelle von Latein, Physik, Chemie und Zeichnen die Fächer Handelskorrespondenz und Buchführung, Handelslehre und Handelsrecht sowie Volkswirtschaftslehre und Warenkunde getreten waren³⁾. Ein Vergleich mit den Stundentafeln der ab 1967 in Wirtschaftsgymnasien umbenannten Wirtschaftsoberschulen nach dem Stand von 1962⁴⁾ zeigt eine weitgehende Übereinstimmung. Lediglich die Betriebswirtschaftslehre hat auf Kosten der mehr rechnungstechnischen Fächer an Bedeutung gewonnen.

Diese Schule fand von Anfang an in der Aachener Handelskammer eine entschiedene Förderin⁵⁾. Wie sehr die Handelsabteilung als Vorschule für den Kaufmannsberuf im Vergleich zu anderen höheren Schulen von der Kammer geschätzt wurde, ergibt sich auch aus ihren Empfehlungen an die Kaufmannschaft, die Abiturienten der höheren Handelsschule

1) Vgl. ebenda sowie HuGK für Mittelfranken, JB 1895, S.107.

2) Vgl. Friedrich Paulsen, a.a.O., S. 575.

3) Vgl. Städtisches Realgymnasium mit höherer Handelsschule zu Aachen, JB über das Schuljahr von Ostern 1896 bis Ostern 1897, Aachen 1897, S. 3; HK Aachen, JB 1905, II. Teil, S. 235.

4) Vgl. Walter Klatt, Zur gegenwärtigen Situation der Wirtschaftsoberschulen und Wirtschaftsgymnasien, in: DBFSch, 58. Bd. (1962), Heft 6, S. 464.

5) Vgl. HK Aachen, JB 1893, S. 44, JB 1896, S. 59, JB 1897, S. 31 f., JB 1901, S. 42 f. u. S. 262 ff.

bevorzugt einzustellen und ihre Lehrzeit zu verkürzen¹⁾. Die Verbundenheit wird schließlich daran deutlich, daß die wichtigsten wirtschaftsorientierten Fächer einige Zeit vom Syndikus sowie von einem promovierten Assistenten der Handelskammer unterrichtet wurden²⁾. Nach einigen Jahren der Erprobung stellte die HK Aachen fest, daß sich die "Verbindung von möglichst weitgehender allgemeiner Bildung mit erhöhter Handelsfachbildung in den drei obersten Klassen eines Realgymnasiums ... unzweifelhaft bewährt" habe und "die Lehrgebiete der Volkswirtschafts- und Rechtswissenschaften ... die Denktätigkeit und Denkfähigkeit von Lehrern wie Schülern in der vorteilhaftesten Weise zu beeinflussen vermögen, was schließlich auch der allgemeinen Bildung zum Vorteil gereichen muß."³⁾ Im Vergleich zum realgymnasialen Zweig wird betont, daß "in keiner Beziehung ... tiefgreifende Unterschiede bezüglich der Gleichwertigkeit in Bildungsgang und Bildungsergebnis" gefunden werden könnten, und die HK folgert daraus, es sei nur recht und billig, "in den Berechtigungen beide Schulrichtungen gleichzustellen"⁴⁾.

Diese an die preußische Regierung gerichtete Forderung war, nur ein Jahr nach der prinzipiellen Anerkennung der Gleichwertigkeit von humanistischem Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule⁵⁾ ausgesprochen, ein direkter Versuch, ökonomische Bildungsgüter nicht nur in der höheren Schule zu verankern, sondern auch ihrem allgemeinbildenden Wert von staatlicher Stelle Anerkennung zu verschaffen. Der Antrag wurde zurückgewiesen⁶⁾, aber die später genehmigte Immatrikulation der Abiturienten dieser Schule an Handelshochschulen⁷⁾ ist ein weiteres Indiz für die Vergleichbarkeit mit der heutigen Wirtschaftsüber-

1) Vgl. HK Aachen, JB 1893, S. 44, JB 1896, S. 59, JB 1903, S. 223.

2) Vgl. Städtisches Realgymnasium mit höherer Handelsschule zu Aachen, JB über das Schuljahr von Ostern 1897 bis Ostern 1898, Aachen 1898, S. 35 sowie JB über das Schuljahr von Ostern 1898 bis Ostern 1899, Aachen 1899, S. 37.

3) HK Aachen, JB 1901, S. 42 (beide Zitate).

4) Ebenda.

5) Vgl. den diesbezüglichen Allerh. Erlaß vom 26. Nov. 1900, abgedruckt in: Gerhardt Giese, a.a.O., S. 215 ff.

6) Vgl. HK Aachen, JB 1902, S. 224.

7) Vgl. HK Aachen, JB 1909, S. 214.

schule, die zur Fakultätsreife führt.

2. Um die Jahrhundertwende verhandelten in Magdeburg Stadt und Kaufmannschaft unter Führung der Handelskammer über Form und Ziel einer zu errichtenden höheren Handelsschule. Auch hier schwebte der Kaufmannschaft eine Schulform vor, die "auf dem Einjährig-Freiwilligen-Examen weiterbauend, unter Vermittlung der notwendigen Fachkenntnisse die Allgemeinbildung derart fördere, daß sie der anderer Berufsarten völlig ebenbürtig sei"¹⁾. Über die Berechtigungen, die diese Schule vermitteln könnte, herrschte zwar noch keine Klarheit. Da man aber auf das Zeugnis der Reife für den Universitätsbesuch hoffte²⁾, läßt sich die gleiche Grundhaltung wie die der HK Aachen erkennen: Die höhere Handelsschule war als eine zum Hochschulstudium berechtigende Einrichtung geplant, und die ökonomischen Bildungsgüter sollten in ihren Fächerkanon integriert sein.

Die weiteren Verhandlungen ergaben allerdings, daß das Handelsministerium diese Pläne verwarf, weil schlechte Erfahrungen mit ähnlichen Versuchen eine Schule mit mehreren Jahreskursen nicht rechtfertigen würden³⁾. So erklärte sich die Handelskammer notgedrungen mit der Errichtung einer einjährigen höheren Handelsfachschule einverstanden. Jedoch sollten kaufmännische Lehrstoffe größeres Gewicht erhalten. Denn die Schülerzahlen der anfänglich mit der höheren Bürgerschule (= Realschule) verbundenen Handelsfachklasse in Köln, deren Stundentafel nur Buchführung und Warenkunde als kaufmännische Fächer aufwies, hatten trotz der Werbung durch die Handelskammer nicht befriedigen können⁴⁾. Die Magdeburger Kammer befürwortete aber gleichzeitig die Umgestaltung einer der städtischen Realschulen in eine "kaufmännische Realschule" (sog. Milieutyp) nach den Vorschlägen Julius Ziehens⁵⁾, die dieser auf dem III. Kongreß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen erläuterte⁶⁾ und dabei übrigens darauf auf-

1) Verh. u. Mitt. der HK zu Magdeburg, Jg. 1900, Nr. 8, S. 121.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. ebenda.

4) Vgl. HK Köln, JB 1889, S. 7 f., JB 1890, S. 62, JB 1894, S. 43, JB 1896, S. 32.

5) Vgl. HK Magdeburg, JB 1899/1900, Teil B, S. XXXVII.

6) Vgl. Julius Ziehen, a.a.O., S. 111 ff.

merksam gemacht hatte, daß schon um 1850 am Gymnasium zu Lübeck "starke Elemente kaufmännischer Bildung in den Lehrplan eingearbeitet gewesen waren"¹⁾.

3. Das dritte Beispiel betrifft die Oberrealschule. Als diese Schulform relativ spät in Bayern Eingang fand, trugen die HuGKn für Mittelfranken und für Oberbayern der Kgl. Regierung sofort (1907) ihr Bedauern darüber vor, daß die drei oberen Klassen der Oberrealschule kaufmännischen Bildungsgütern verschlossen bleiben sollten²⁾.

Die Nürnberger Kammer teilte die Auffassung des Ministeriums, "daß die Oberrealschule den Charakter allgemein bildender Anstalten tragen" müsse, meinte aber, die Aufnahme der "Handelswissenschaften höherer Ordnung" in den Lehrplan lasse sich damit wohl vereinbaren, da sie für sich beanspruchen könnten, "als Bildungsgegenstände allgemeinen Interesses genommen zu werden"³⁾. Die Forderung der Kammer zielte also auf eine Gelegenheit "zum Erwerbe einer höheren Allgemeinbildung mit besonderer Richtung auf den späteren Beruf"⁴⁾.

Auch in Bayern trug das Bemühen der Kammern keine unmittelbaren Früchte. Die heutigen bayerischen Wirtschaftsoberrealschulen entstanden erst zwischen 1926 und 1954⁵⁾.

Die gegebenen Beispiele erschöpfen nicht etwa die Bestrebungen um Integration ökonomischer Bildungsgüter in den Lehrplan höherer allgemeinbildender Schulen um die Jahr-

1) Ebenda, S. 113 f.

2) Vgl. HuGK für Mittelfranken, JB 1907, I. Teil, S. 129; HuGK für Oberbayern, JB 1907, S. 34 f. Handelsabteilungen der Mittelstufe entstanden dagegen bis 1921 an sieben bayerischen Oberrealschulen. Vgl. hierzu Wilhelm Lorey, Handelsrealschule und (sächsische) höhere Handelsschule, a.a.O., S. 361 ff.

3) HuGK für Mittelfranken, JB 1907, I. Teil, S. 129.

4) Ebenda, S. 130.

5) Vgl. Felix Büttner, Die Formen des bayerischen kaufmännischen Schulwesens, in: Friedrich Arnold, Das kaufmännische Bildungswesen in Bayern, Kallmünz 1958, S. 62.

hundertwende¹⁾. Wernicke nennt 1900 sechs derartige Schulen mit verschiedenen Bezeichnungen, die er zu den "Anstalten für Allgemeinbildung, in deren Lehrplänen die Bedürfnisse des künftigen Kaufmanns sowohl durch seine Färbung des gesamten Unterrichts (Gestaltung eines kaufmännischen Milieus), als auch durch Eingliederung besonderer Handelsfächer berücksichtigt werden"²⁾, zählt und die eine Parallele zum dreistufigen Oberbau der grundständigen (= voll ausgebauten) Formen des höheren Schulwesens bildeten. Hier sollte nur deutlich werden, wie sich die Handelskammern bemühten, Lehrstoffe aus dem ökonomischen Bereich in ihrer Bedeutung für eine "höhere Allgemeinbildung" des Kaufmanns herauszustellen und die Anerkennung ihrer Gleichwertigkeit mit anderen Bildungsgütern des höheren Schulwesens herbeizuführen.

Unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg haben sich die Handelskammern beim Beurteilen des höheren Schulwesens zurückgehalten. Beachtenswert ist aber die an den preußischen Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gerichtete Eingabe der HK Berlin aus dem Jahre 1922, in der aus der neuen politischen Situation die Konsequenz gezogen wurde, zur Wahrnehmung der dem Staatsbürger durch die Weimarer Verfassung auferlegten Pflichten sei die Kenntnis volkswirtschaftlicher Zusammenhänge eine notwendige Voraussetzung³⁾. In der wissenschaftlichen Pädagogik gelang Karl von der Aa wenig später allerdings eine umfassendere Begründung für das Erfordernis einer allgemeinen wirtschaftlichen Grund-

1) Edwin Krueger, Pädagogisches Gutachten, in: Die Vorbildung für den Beruf der volkswirtschaftlichen Fachbeamten, Schriften des Volkswirtschaftlichen Verbandes, Bd. II, Berlin 1907, S. 255, stellt fest: "Eine ausgiebigere Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Fragen bereits im Schulunterricht ist aber eine auch von den breitesten Kreisen, ja von Schulmännern selbst dringend erhobene Forderung, deren Berechtigung sowohl im allgemeinen öffentlichen wie im pädagogischen Interesse sich die Schulbehörden nicht verschließen können."

2) Wernicke, Das System der in Deutschland bestehenden Handelsschulen, die unterscheidenden Merkmale der einzelnen Gattungen und Verständigung über die denselben im Bereiche der Verbandsberatungen zu gebenden begrifflichen Bezeichnungen, in: DVkU, Bd. 16, Braunschweig 1900, S. 13 f.

3) Vgl. DWZ, 19. Jg. (1922), Nr. 4, S. 92.

bildung¹⁾), während Friedrich Feld diesen Gesichtspunkt ebenfalls berücksichtigte, die Realisierungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Bildung aber zu einseitig und zu eng nur im Zusammenhang mit kaufmännisch-beruflicher Bildung sah²⁾.

Die Forderung der Handelskammer lief darauf hinaus, insbesondere die Prüfungsbestimmungen für das höhere Lehramt, aber auch für Volksschul- und Mittelschulpädagogen, so abzuändern, daß "Staatswissenschaften und Volkswirtschaftslehre" möglichst als Prüfungsfach für alle (!) Kandidaten eingeführt werden könnte, diesen Wissenschaften aber zumindest im Rahmen der Fakultas für Geschichte ein fester Platz zugewiesen würde³⁾. Es ist bemerkenswert, daß hier der wirtschaftsberufliche Aspekt zur Rechtfertigung ökonomischer Bildungsgüter an höheren Schulen gänzlich zugunsten der Überlegung zurücktrat, wirtschaftliche Grundbildung gehöre zu dem Notwendigen, das dem einzelnen Zugang zum Verständnis der demokratischen Gesellschaftsordnung verschafft⁴⁾. Die Umschreibung des Bildungsbegriffs durch den Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen⁵⁾ bestätigt fast vier Jahrzehnte später, wie weit der Kreis potentieller Bildungsgüter zu ziehen ist.

Ein ganz anderer Gesichtspunkt ließ die Industrie- und

1) Vgl. Karl von der Aa, Wirtschaftliche Bildung, Sonderdruck aus: DHW, 4. Jg. (1924), Nr. 22, o. S.

2) Vgl. Friedrich Feld, Begründung und Bildungsziel der Wirtschaftsoberschule, in: derselbe u. a., Die Wirtschaftsoberschule, Leipzig 1925, S. 7 und 9.

3) Vgl. DWZ, 19. Jg. (1922), Nr. 4, S. 93.

4) Bei Karl Goerdeler, dem als Reichskanzler einer neuen Regierung vorgesehenen Haupt der zivilen Widerstandsbewegung gegen Hitler, kehrt dieser Gedanke als Vision vom künftigen Erziehungswesen noch konsequenter wieder. Er hält es für erforderlich, "auf allen Schulen ab 15. Lebensjahr Volkswirtschaftskunde an Hand einfacher Fibel" zu unterrichten. Vgl. Karl Goerdeler, Gedanken eines zum Tode Verurteilten - September 1944 im Gefängnis, teilweise abgedruckt in: Hans Royce u. a. (Bearb.), 20. Juli 1944, 3. Aufl., Bonn 1960, S. 28.

5) Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung, Empfehlungen und Gutachten, Folge 4, Stuttgart 1960, S. 30: "Alles ... kann bildend wirken, wenn es auf seinen eigentlichen Sachverhalt hin befragt, als Repräsentation des Ganzen unserer Welt verstanden und in dem, was es ethisch von uns fordert, ernstgenommen wird."

Handelskammern am Ende der zwanziger Jahre in die Diskussion um die höhere Schule eingreifen. Seit der Jahrhundertwende waren die Schülerzahlen im höheren Schulwesen so stark gestiegen¹⁾, daß in diesem Vorgang jetzt eine ernsthafte Gefährdung sowohl der höheren Schulen selbst und der Hochschulen als auch der Sozialstruktur gesehen wurde.

Wissenschaftliche Pädagogik, Schulverwaltung und Wirtschaftsvertretungen waren sich weithin über die Bedenklichkeit dieser Entwicklung einig. Unterschiedlich waren freilich die Aspekte, die zu den "Diagnosen" und Änderungsvorschlägen führten. Auf der Seite der Pädagogen warnte vor allem Eduard Spranger vor dieser Tendenz, weil "die allgemeine Verschulung die erzieherischen Kräfte des Volkes herabsetzt, nicht sie stärkt"²⁾.

Der Bielefelder Kammersyndikus Otto Sartorius lenkte durch seine Vorträge³⁾ die Aufmerksamkeit der Industrie- und Handelskammern auf diese Frage. Die Folge waren zahlreiche Erörterungen und Stellungnahmen von Kammern sowie des DIHT, in denen sich folgende, zum Teil auch heute aktuelle, wenngleich unterschiedlicher beurteilte Gedankengänge widerspiegeln:⁴⁾

1. Die Ursache des vermehrten Besuchs höherer Schulen liegt in dem verstärkten Bestreben der Elternschaft, ihren Kindern den Weg in höhere soziale Schichten zu ebnen.

1) Nach Angaben von Weinstock hatte sich beispielsweise die Zahl der Abiturienten in Preußen von 1901 bis 1928 mehr als verdreifacht. Vgl. Heinrich Weinstock, Das Berechtigungselend, in: Die Erziehung, 4. Jg. (1929), S. 265.

2) Eduard Spranger, Die Verschulung Deutschlands, in: Die Erziehung, 3. Jg. (1928), S. 277.

3) Vgl. Otto Sartorius, Die Verschulungsgefahr, in: Verh. des DIHT, Heft 3/1929 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses des DIHT am 15. 2. 1929), S. 43 - 66; derselbe, Wirtschaft und Schule, in: Verh. des DIHT, Heft 18/1930, a.a.O., S. 7 - 60.

4) Vgl. DIHT (Hauptausschuß), Die Überspannung der Vorbildungsanforderungen bei wirtschaftlichen Berufen (Stellungnahme), in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 8, Anlage; DWZ, 26. Jg. (1929), Nr. 12/13, S. 297 f. (IHK Duisburg-Wesel); ebenda, Nr. 32, S. 771 f. (insbes. die Kammern Oppeln, München, Heilbronn, Schneidemühl, Bremen, Frankfurt a. M.-Hanau, Ulm und Reutlingen); ebenda, 27. Jg. (1930), Nr. 18, S. 473 (Zweckverband der Bergischen IHKn); ebenda, 29. Jg. (1932), Nr. 50, S. 1208 (IHK Düsseldorf); HK Bremen, JB 1928, S. 27.

2. Die Wahl des Weges über die höhere Schule wird durch z. T. ungerechtfertigt hohe Berechtigungsvoraussetzungen gefördert, welche Behörden und Wirtschaftsunternehmen an ihren Nachwuchs stellen¹⁾.
3. Die Wirtschaft sieht keine Möglichkeit, allen Absolventen höherer Schulen und der Hochschulen Positionen zu bieten, die deren tatsächlicher oder vermeintlicher Qualifikation entsprechen²⁾. Das bedeutet nicht nur eine "Vergeudung wirtschaftlicher Mittel und persönlicher Kräfte größten Ausmaßes"³⁾, sondern impliziert auch die sozialen Gefahren, die ein geistiges Proletariat hervorruft.
4. Zur "Therapie" wird von den Industrie- und Handelskammern vorgeschlagen:
 - a) Die überspitzten Vorbildungsanforderungen (Abitur, mittlere Reife) von Wirtschaft und Behörden sind auf das Notwendige zu beschränken.
 - b) Die Überbewertung der Schulbildung muß zugunsten einer höheren Einschätzung der praktischen Leistungsfähigkeit zurücktreten.
 - c) Die Leistungen der Volks- und der Mittelschulen sind zu steigern, damit deren Abgänger den Anforderungen entsprechen, welche Wirtschaft und Verwaltung an ihren Nachwuchs stellen müssen.
 - d) Die Auslese vor der Aufnahme in die höheren Schulen soll streng sein.

Aus heutiger Sicht erscheinen jene Befürchtungen ungerechtfertigt. Die Sextaner der Jahre 1925/30 sind nämlich die Akademiker mittleren Alters von heute, an denen besonders in technischen und pädagogischen, aber auch in kaufmännischen und anderen Berufen ein ausgesprochener Mangel herrscht. Gewiß hat der zweite Weltkrieg in diese Generation eine tiefe Lücke gerissen, die den Engpaß mitbewirkt

-
- 1) Vgl. hierzu auch Heinrich Weinstock, Das Berechtigungs-elend, a.a.O.
 - 2) Auf die Problematik des Führungsanspruchs einer großen Zahl nur mittelmäßig begabter Absolventen höherer Schulen und der Hochschulen weist Oldenburg hin. Vgl. Friedrich Oldenburg, Wirtschaft und Schule, in: Die Erziehung, 1. Jg. (1926), S. 455.
 - 3) DWZ, 26. Jg. (1929), Nr. 12/13, S. 298 (IHK Duisburg-Wesel).

hat. Aber der Fehler der damaligen Argumentation der Industrie- und Handelskammern und auch anderer Beteiligter lag darin, daß sie einen zu kurzfristigen Wirkungszeitraum pädagogischer wie nachwachspolitischer Maßnahmen ins Auge gefaßt hatte und sich davon zu stark bei den generellen Folgerungen leiten ließ.

Die Unvorhersehbarkeit und der beschleunigte Verlauf der wirtschaftlichen, technischen, politischen und sozialen Entwicklung sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Berufsstruktur aber erst in den letzten Jahrzehnten einigermaßen deutlich geworden, so daß den Kammern die Problematik ihrer Prognosen noch nicht genügend bewußt sein konnte. Die Diskussion stand um 1930 unter dem Zeichen wirtschaftlicher Depression mit wachsender Arbeitslosigkeit, labiler politischer Verhältnisse und der Finanznot des Staates. Das macht uns den Widerstand der Industrie- und Handelskammern gegen den kostspieligen Ausbau des höheren Schulwesens über das Notwendige und Nützliche in quantitativer Hinsicht hinaus sowie den sozialpolitischen Aspekt der Begründung verständlich. Der von den Kammern geforderte Wandel in der Einstellung zum Berechtigungswesen als dem Kern des Übels wurde von Wilhelm Flitner als bedeutender Beitrag und als Ausgleich im Verhältnis zur Machtlosigkeit der Behörden gegenüber der bisherigen Entwicklung gewürdigt¹⁾. Friedrich Feld kennzeichnete "die Hochschulreife für Bankangestellte, die Primareife für mittlere Beamte und die O II-Reife oder mittlere Reife für Kontorlehrlinge und Handwerker als Luxusbildung"²⁾.

Die Besorgnis der Industrie- und Handelskammern über jenen Trend im höheren Schulwesen darf nicht als Gegnerschaft gedeutet werden. Vielmehr wurde in der Denkschrift des DIHT von 1932 die Bedeutung der höheren Schulen sowohl als Grundlage fachlicher Studien wie einer unmittelbar folgenden praktischen Berufsausbildung hoch veranschlagt³⁾. Das ihnen gesetzte Ziel ist hiernach eine "in sich geschlossene

1) Vgl. Wilhelm Flitner, Berechtigungswesen, in: Die Erziehung, 4. Jg. (1929), S. 653.

2) Friedrich Feld, Sinn und Aufgabe der Berufserziehung, Erfurt 1929, S. 25 f.

3) Vgl. DIHT, Schule und Wirtschaft (Denkschrift), a.a.O., S. 1048.

Allgemeinbildung" unter besonderer Betonung des formalen und des ethisch-sittlichen Aspektes. Keiner der verschiedenen Formen des höheren Schulwesens wird ein irgendwie gearteter Vorrang eingeräumt¹⁾.

1) Vgl. ebenda.

C. Die Arbeit der Industrie- und Handelskammern zur Förderung der beruflichen Vorbildung

I. Der Begriff berufliche Vorbildung

Ogleich der Begriff "berufliche Vorbildung" wie übrigens viele Termini der berufspädagogischen Fachsprache¹⁾ bei genauerer Analyse recht fragwürdig ist, so hat er sich im Sprachgebrauch und in der berufspädagogischen Literatur schon früh eingebürgert und als brauchbar erwiesen. Er soll im folgenden diejenige auf ein bestimmtes Berufsfeld vorbereitende Bildung - als Prozeß oder als Zustand - kennzeichnen, die dem Eintritt in das Berufsleben vorausgeht bzw. "vorgelagert" ist. Berufliche Vorbildung vollzog sich in Deutschland bisher ganz überwiegend in schulischen oder doch schulverwandten (Kurse usw.) Organisationsformen. Einschränkung muß hinzugefügt werden, daß sie sich von vorberuflicher Bildung insofern unterscheidet, als die letztere zwar berufsbezogen sein kann, es aber nicht wie die erstere sein muß.

Hier setzt aber die besondere Problematik des Begriffs ein. Genau genommen beinhalten die Lehrpläne aller Schulen seit jeher Bildungsgüter, die einem kleineren oder größeren Kreis ihrer Schüler als berufliche Vorbildung dienen²⁾. Oft stellt sich das allerdings erst später - wenn die Berufswahl erfolgt - heraus. Hans-Herbert Stoldt macht darauf aufmerksam, es habe "überhaupt in der Geschichte der Pädagogik keine berufsfreien höheren Schulen" gegeben³⁾. Um ein Zuordnen von Schulformen entweder zur Stufe der allgemeinen Grundbildung oder zu der der beruflichen Vorbildung i. e. S. zu ermöglichen, müssen deshalb folgende weitere Kriterien beachtet werden:

1. die Intensität der Verbindung von Lehrstoffen mit bestimmten Berufen oder Berufsgruppen

1) Vgl. z. B. die Erörterungen Karl Abrahams über andere Begriffe in der Wortverbindung "berufs-" oder "beruflich" mit dem Bildungsbegriff. Vgl. Karl Abraham, Wirtschaftspädagogik, 1. Aufl., Heidelberg 1960, S. 179.
2) Z. B. sind dem Historiker der Geschichtsunterricht, dem Altphilologen das Erlernen der alten Sprachen berufswichtige Vorbildung.
3) Hans-Herbert Stoldt, Die pädagogische Krise der Gegenwart, Stuttgart 1959, S. 240.

2. das Bewußtsein dieser Verbindung, das durch die Schulbezeichnung, die Organisationsform und die Schulwahl im Hinblick auf den späteren Beruf des Schülers zum Ausdruck kommt.

Die im Rahmen dieser Arbeit relevante historische Fragestellung lautet: Hat es im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert Einrichtungen zur beruflichen Vorbildung im oben umrissenen Sinne gegeben, und wie haben gegebenenfalls die Handelskammern deren Arbeit ermöglicht, beeinflußt oder beurteilt? Dabei interessieren in unserem Zusammenhang nur solche Formen und Fragen der beruflichen Vorbildung, die das Interesse der Kammern gefunden hatten¹⁾.

II. Grundtypen der Schulen zur kaufmännischen Vorbildung

1. Handelsschulen bzw. höhere Handelsschulen mit betont allgemeinbildender Zielsetzung

Für die Entwicklung der kaufmännisch-beruflichen Vorbildung waren verschiedene im Laufe des 19. Jahrhunderts entstandene Handels- bzw. höhere Handelsschulen von besonderer Bedeutung, die sich zwar auch in Nuancen ihrer Bildungsziele, mehr aber noch in ihrem organisatorischen Aufbau unterschieden. Sie umfaßten teils drei oder vier, teils auch sechs Schuljahre. Die in unserem Zusammenhang ins Auge gefaßten Schulen schlossen mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst ab²⁾. Einzelne von ihnen (z. B. die städtischen Handelsschulen in München und Nürnberg) mußten ihren Lehrplänen aber erst einen stärker allgemeinbildenden Akzent geben, bevor ihnen dieses Recht zuerkannt wurde.

-
- 1) Es bleiben also sowohl die Schulen der beruflichen Vorbildung aller wirtschaftsfremden Berufe sowie des Handwerks, der Land- und der Hauswirtschaft, die gar nicht in den Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammern fielen, als auch die wegen ihrer relativ geringen oder nur örtlichen Bedeutung von den Kammern nicht besonders beachteten einschlägigen Anstalten außer Betracht.
 - 2) Vgl. hierzu Harry Schmitt, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen Deutschlands, a.a.O., S. 3. Die Übersicht über die betreffenden Schulen bei Schmitt ist allerdings weder vollständig, noch in den Angaben über die Schulträger zuverlässig.

Ihre Schüler rekrutierten sich nicht nur aus den Söhnen der örtlichen Kaufmannschaft, sondern kamen z. T. aus anderen deutschen Bundesstaaten sowie in relativ beachtlicher Zahl aus dem Ausland¹⁾. Insbesondere die "höhere Abteilung" der Öffentlichen Handelslehranstalt Leipzig war vielfach Vorbild für Neugründungen oder die Reorganisation kaufmännisch-berufsvorbereitender Schulen vergleichbaren Niveaus im Inland sowie außerhalb Deutschlands²⁾.

Die Schulbezeichnungen und die darin zum Ausdruck gebrachte Leitidee lassen ebenso wie Stundentafeln und Lehrpläne deutlich werden, daß jene Handelsschulen die Aspiranten kaufmännischer Berufe sowohl durch besondere Fächer als auch durch die Auswahl des Lehrstoffs im allgemeinen vor allem in den oberen Klassen der Denk- und Arbeitswelt des Kaufmanns näherbringen wollten. Fächerstruktur und Lehrpläne³⁾ zeigen aber zugleich, daß die kaufmännisch-fachlichen Lehrstoffe nicht so stark hervortraten wie in den späteren Handelsvorschulen und auch in den heutigen Handelsschulen. Der Aufbau und die Kombination der Lehrinhalte entsprachen bei Verzicht auf nur für gewerblich-technische Berufe bedeutsame Fächer zugunsten kaufmännisch relevanter Stoffgebiete etwa den lateinlosen Realschulen. Auf Unterschiede kommen wir noch zurück.

Tatsächlich verstanden sich diese Handelsschulen bzw. höheren Handelsschulen als Einrichtungen, die vornehmlich der allgemeinen und erst sekundär der kaufmännisch-fachlichen

-
- 1) Vgl. Victor Böhmert, Handelshochschulen - Denkschrift zur Errichtung handelswissenschaftlicher Abteilungen an den technischen Hochschulen und Universitäten, a.a.O., S. 14; Hans Sehling, Die Entwicklung des Münchner kaufmännischen Schulwesens, München 1966, S. 76.
 - 2) Vgl. Walther Löbner, Abriß der Geschichte des kaufmännischen Schulwesens in Deutschland, a.a.O., S. 19.
 - 3) Vgl. HuGK Dresden, JB 1870, S. 219 und JB 1889, S. 84 f.; HuGKn in Württemberg, JB 1871, S. 147; HK Frankfurt a.M., JB 1863, S. 142; Städtische Handelsschule Nürnberg, JB für das Schuljahr 1897/98, Nürnberg 1898, S. 4; Wilhelm Lorey, Öffentliche Höhere Handelslehranstalt mit Wirtschaftsoberschule und Lehrlingsabteilung zu Leipzig 1831 - 1931 - Festschrift, Leipzig 1931, S. 52 ff.

Grundbildung dienten¹⁾. Die Motivation für diese Einordnung in das Schulsystem ist freilich nicht in erster Linie im zweckfreien Bildungsideal des Neuhumanismus, wie man annehmen könnte, zu suchen, sondern im Bestreben der Kaufmannschaft, Standesschulen zu haben, die auch die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst vermittelten. Das kommt sehr klar und beispielhaft für die bayerischen Handelsschulen in der Begründung zum Ausdruck, mit der die KGuHK für Mittelfranken den Ausbau der Nürnberger Handelsschulen vor einem Jahrhundert forderte²⁾. Auch die HuGK für Oberbayern ließ in einer ersten Stellungnahme zum Reformergebnis der städtischen Handelsschule München erkennen, daß die mit der Reorganisation verbundene Erteilung jener Berechtigung dem besonderen Wunsche der Kaufmannschaft entsprach³⁾. Die höheren Abteilungen der sächsischen Handelslehranstalten hatten sich dem "Zug zur Allgemeinbildung" nicht entziehen, den berufsfachlichen Bildungsgütern dank der Einsicht der Staatsregierung aber doch eine stärkere Stellung bewahren können als beispielsweise die bayerischen Handels-

- 1) Vgl. HuGK für Oberbayern, JB 1876, S. 126; HK Köln, JB 1897, S. 320. Im JB der städtischen Handelsschule Nürnberg für das Schuljahr 1897/98, a.a.O., S. 3, heißt es: "Die städtische Handelsschule Nürnberg ist eine öffentliche Lehranstalt, welche es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, eine gediegene allgemeine Bildung zu vermitteln." Vgl. beispielhaft auch für den sächsischen Typ Wilhelm Lorey, Öffentliche Höhere Handelslehranstalt mit Wirtschaftserschule und Lehrlingsabteilung zu Leipzig 1831 - 1931, a.a.O., S. 52, sowie Albert Benser, Die theoretische und praktische Ausbildung für den kaufmännischen Beruf, a.a.O., S. 20 f. Benser berichtet, daß "bei den Reifeprüfungen der Handelsschulabiturienten der Regierungskommissar das Hauptgewicht auf den deutschen Aufsatz" legte und "uns viele Eltern ihre Söhne nur zuführen, um für sie den Berechtigungsschein zum Einjährigen Militärdienst zu erhalten".
- 2) "Unserer Ansicht nach wäre jetzt für die Stadt Nürnberg der geeignetste Zeitpunkt gekommen ..., der Handelsschule eine höhere Stellung zu geben. ... endlich aber, und dieses dürfte das schlagendste Motiv sein, weil Angebots der neuen Heeres-Organisation die erste Handelsstadt des Landes eine Anstalt besitzen sollte, in welcher sich der zum Kaufmann bestimmte junge Mann, eine so weit gehend wissenschaftliche Bildung erwerben kann, daß er als Einjähriger Freiwilliger zugelassen werden kann." KGuHK von Mittelfranken, JB 1866/67, S. 12.
- 3) Vgl. HuGK für Oberbayern, JB 1877, S. 212 in Verbindung mit JB 1876, S. 126 f.

schulen¹⁾. Die betont allgemeinbildende Zielsetzung der Handelsschulen des 19. Jahrhunderts verkörperte einen Kompromiß der neuhumaistischen Alternative Allgemeinbildung - Fachbildung, wobei ihr der Berechtigungsaspekt das Herausstellen der Allgemeinbildung aufzwang, der ursprüngliche Hauptauftrag zu beruflicher Vorbildung aber doch ihren inneren Geist bestimmte.

Das ist ein feiner, aber wesentlicher Unterschied im Vergleich mit den Realschulen und ihren Handelsabteilungen, die im Kern und von der Idee her zum allgemeinbildenden Schulwesen zählten und denen der kaufmännische Unterricht nur angefügt war. Dieser Sachverhalt ist maßgebend dafür, daß in unserem Zusammenhang die im 19. Jahrhundert geschaffenen Handels- bzw. höheren Handelsschulen mit Einjährigeberechtigung den Schulen der beruflichen Vorbildung, die Handelsabteilungen der Realschulen aber den Einrichtungen zur allgemeinen Grundbildung zugeordnet werden.

Die hier besprochenen Handelsschulen²⁾ zeigen - auch darin unterscheiden sie sich von den Handelsabteilungen der Realschulen - eine stärkere standespolitische Verbundenheit mit der Kaufmannschaft.

Während die Realschulen von Gebietskörperschaften, in wenigen Fällen auch von gemeinnützigen Vereinen oder von privaten "Schulunternehmern" gegründet und getragen wurden, ist bei einigen der Handelsschulen im hier verstandenen Sinne die Kaufmannschaft unmittelbar beteiligt gewesen. Das gilt besonders für die sächsischen Schulen. Auf die 1842 erfolgte Gründung der Danziger Handelsakademie durch die dortige kaufmännische Korporation wurde bereits hingewiesen. Aber auch die höhere Handelsschule Stuttgart wurde 1871 vom Württembergischen Handelsverein in Verbindung mit dem Buchhändlerverein gegründet³⁾ und vom ersteren ohne jede

1) Vgl. hierzu Bruno Zieger, Zur Geschichte der Handelsschulen, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 28. Jg. (1896), Nr. 10, S. 114.

2) Auf eine weitere, bei genauerer Analyse sinnvolle Differenzierung dieses Handelsschultyps wird hier verzichtet. Wir kämen jedoch zu einer anderen Unterteilung als Wilhelm Lorey. Vgl. hierzu Wilhelm Lorey, Handelsrealschule und (sächsische) höhere Handelsschule, a.a.O., S. 360 ff.

3) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1871, S. 147.

staatliche oder kommunale Hilfe jahrzehntelang unterhalten. In Frankfurt a. M. war es die "Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste und Wissenschaften", die Polytechnische Gesellschaft, welche nach einer Sonntags- und Gewerbeschule auch die dortige Handelsschule ins Leben rief¹⁾. In München geht die Gründung auf eine Anregung des Handelsgremiums zurück²⁾.

Die Handelskammern i. e. S.³⁾ sind als Schulträger nicht hervorgetreten. Als diese Handelsschulen entstanden, haben an den betreffenden Orten Handelskammern entweder noch gar nicht bestanden (z. B. Leipzig 1831, Nürnberg 1833, Dresden 1854), oder sie waren - von einzelnen Ausnahmen abgesehen - organisatorisch wie finanziell für derartige Aufgaben ganz unzureichend ausgestattet (z. B. München, Flensburg, Stuttgart, Breslau). Auf die rechtliche Problematik wurde bereits in Teil A eingegangen.

Aber die HK Leipzig übernahm 1887 mit der Öffentlichen Handelslehranstalt auch deren höhere Abteilung als Träger von der Kramerinnung, nachdem sie bereits fast zwei Jahrzehnte an der Schulverwaltung beteiligt war⁴⁾. In Dresden trat die Handelskammer erst 1909 in den Schulvorstand der Öffentlichen Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft ein. Sie gab gleichzeitig eine Garantieverpflichtung für die in finanzielle Bedrängnis geratene Schule in Höhe von 120 000 M für einen Zeitraum von 12 Jahren ab⁵⁾. In die Gestaltung des Lehrplans der örtlichen städtischen Handelsschule griff die HK Flensburg ein. Sie entwarf den Plan für den kaufmännisch-fachlichen Teil des Unterrichts⁶⁾.

Auch an anderen Orten haben sich die Handelskammern als

-
- 1) Vgl. HK Frankfurt a. M., JB 1863, S. 142. Nach Otto-Heinz Rocholl, Die Entwicklung des kaufmännischen Berufsbildungswesens in Frankfurt/Main, Frankfurt a. M. 1942, S. 111, trug die Polytechnische Gesellschaft auch den Namen "Gesellschaft zur Verbreitung nützlicher Künste und deren Hilfswissenschaften".
 - 2) Vgl. Julius Kahn, Die 25jährige Tätigkeit der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern, München 1894, S. 68.
 - 3) Wir sehen hier also von der Korporation der Kaufmannschaft Danzig ab.
 - 4) Vgl. HK Leipzig, JB 1869/70, S. 174.
 - 5) Vgl. HK Dresden, JB 1908, Teil I, S. 19.
 - 6) Vgl. Harry Schmitt, a.a.O., S. 5.

ideelle Förderer dieser Schulen erwiesen, so in Frankfurt a. M.¹⁾, München²⁾, Nürnberg³⁾ und Stuttgart⁴⁾, wo die Kammern in ihren Jahresberichten häufig, z. T. sogar regelmäßig, auf die Handelsschulen eingingen, ihre Entwicklung durch statistische Angaben verfolgten und sie gelegentlich als nützliche und notwendige Anstalten lobten. Der Handelsvorstand Nürnberg, der die Nürnberger Vertreter der Handelskammer umfaßte⁵⁾, verteilte mehr als zwei Jahrzehnte lang Stipendien an Schüler der städtischen Handelsschule⁶⁾. Ähnlich handelte die HuGK in München⁷⁾.

Der Lehrplan oder das Verhältnis zu anderen Schulen sind in den zahlreichen überprüften Jahresberichten der Handelskammern leider nicht so weitgehend erörtert worden, daß sich daraus ein umfassendes Urteil der Kammern herleiten ließe.

Den die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst vermittelnden Handelsschulen bzw. höheren Handelsschulen war keine ungestörte Entwicklung beschieden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts klagten verschiedene Handelskammern über eine Stagnation oder sogar über einen Rückgang der Schülerzahlen. Selbst über die höhere Abteilung der Leipziger Öffentlichen Handelslehranstalt konnte die Kammer als Trägerin keinen guten Bericht geben⁸⁾. Während die Frankfurter Handelsschule⁹⁾ und die Danziger Handelsakademie¹⁰⁾ schon früher anderen Schulen eingegliedert worden und dann eingegangen waren, schloß die städtische Handelsschule Nürn-

-
- 1) Vgl. HK Frankfurt a. M., Protokoll der Sitzung am 27. 1. 1862, Protokollband 1857 - 1862, S. 524 f., ferner JB 1863, S. 142, JB 1867, S. 174, JB 1868, S. 216 f.; Otto-Heinz Rocholl, a.a.O., S. 114.
 - 2) Vgl. HuGK für Oberbayern, JB 1869, S. 112, JB 1876, S. 126 f., JB 1877, S. 212.
 - 3) KGuHK bzw. HuGK von Mittelfranken, JB 1864, S. 33, JB 1866/67, S. 12, JB 1869, S. 10.
 - 4) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1871, S. 147.
 - 5) Vgl. P. Dirr, a.a.O., S. 91 f.
 - 6) Vgl. Städtische Handelsschule Nürnberg, JB für das Schuljahr 1899/1900, Nürnberg 1900, S. 5 und 32.
 - 7) Vgl. Julius Kahn, a.a.O., S. 68 f.
 - 8) Vgl. HK Leipzig, JB 1901, S. 69. Zur unerfreulichen Entwicklung der Schulen in Nürnberg und Stuttgart vgl. HuGK für Mittelfranken, JB 1907, Teil I, S. 133 f. bzw. HK Stuttgart, JB 1913, S. 241.
 - 9) Vgl. Otto-Heinz Rocholl, a.a.O., S. 115 f.
 - 10) Vgl. Oskar Simon, Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert, a.a.O., S. 880.

berg 1910 ihre Türen¹⁾).

Das vorübergehende Unbehagen über die Leistungsfähigkeit dieser Schulform, vermutlich insbesondere mit Blickrichtung auf den Lehrplan der Nürnberger Schule, kam in einem Gutachten der Handels- und Gewerbekammer für Mittelfranken zum Ausdruck²⁾:

"Es besteht keine Meinungsverschiedenheit zur Zeit mehr darüber, daß die jungen Handelsbeflissenen mit denjenigen Kenntnissen, welche sie auf den Mittel-(Handels-) Schulen sich aneignen können, für die künftige Ausübung ihres Berufes, für den schweren Wettbewerb auf dem Markte des Lebens nicht genügend ausgerüstet sind."

Aus der Abnahme der Schülerzahlen erwachsene finanzielle Schwierigkeiten kamen an anderen Orten hinzu.

Die Aufwertung der Realgymnasien und Oberrealschulen, die Entstehung ähnlicher Handelsschulen bzw. Handelsrealschulen, die sich noch stärker an das allgemeinbildende Schulwesen anlehnten, sowie die zunehmende Zahl der Handelsabteilungen an Realschulen vorwiegend in Süddeutschland, schließlich das relativ hohe Schulgeld, das die Handelsschulen erhoben, hatten einigen von ihnen "das Wasser abgegraben".

Die Handelsschulen büßten ferner einen Teil ihrer zentralen kaufmännisch-fachbildenden Bedeutung ein. Der Ausbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens und das Entstehen von Handelsvorschulen mit betont fachbildender Zielsetzung auf der unteren sowie der Handelshochschulen auf einer höheren Ebene gaben etwa seit der Jahrhundertwende zunehmend Gelegenheit zum Erwerb kaufmännischer Fachbildung außerhalb der im Laufe der Jahrzehnte immer mehr in die Nähe der allgemeinen Grundbildung gerückten Handelsschulen bzw. höheren Handelsschulen mit Einjährigenberechtigung.

Sobald sich aber gezeigt hatte, daß die Differenzierung im Aufbau des kaufmännischen Schulwesens den ebenfalls differenzierter gewordenen kaufmännischen Berufsanforderungen besser gerecht zu werden vermochte, daß jede der neuen wie

1) Vgl. Otto Barthel (Bearb.), Die Schulen in Nürnberg 1905 - 1960, Nürnberg (1964), S. 613.

2) HuGK für Mittelfranken, JB 1899, S. 95.

der traditionellen Organisationsformen kaufmännischer Nachwuchsbildung eigene Aufgaben wahrzunehmen hatte, war auch der Zweifel am Erfordernis der Handelsschule wenigstens bei denen überwunden, die nicht grundsätzlich eine kaufmännisch-fachliche Schulbildung vor der Lehre ablehnten. Die Handelskammern Stuttgart¹⁾ und Dresden²⁾ rangen zusammen mit anderen Interessenten um den Fortbestand jener Schulform in ihren Bezirken. Von der Handelskammer Nürnberg ging die Initiative aus³⁾, im mittelfränkischen Wirtschaftszentrum einen neuen Versuch mit einer städtischen Handelsschule für Knaben nach dem Leipziger Muster der höheren Abteilung zu unternehmen, die 1913 ihre Arbeit begann. Mit Stolz berichtet die Kammer, das Programm der Schule sei "in allen wesentlichen Teilen unter Benützung der von uns aufgestellten Leitsätze entworfen" worden⁴⁾.

Als die allgemeine wirtschaftliche Notlage nach dem ersten Weltkrieg die Finanzierung der meisten kaufmännischen Schulen erschwert hatte, gaben ganz erhebliche Zuschüsse der Handelskammern im Freistaat Sachsen sieben der neun damals dort bestehenden höheren Handelsschulen einen guten Rückhalt. Die Kammern brachten das Drittel der Personalkosten, zu dem sie sich für die vier Schulen ihres Bezirks vertraglich verpflichtet hatten, durch Sonderumlagen auf, die z. T. die Höhe der ordentlichen Handelskammerbeiträge selbst erreichten⁵⁾.

Den Handelskammern gebührt neben anderen (private kaufmännische Vereinigungen, Gemeinden) das Verdienst, beim Überwinden der Durststrecke die mögliche Hilfe geleistet und damit eine Schulform erhalten zu haben, die nach dem ersten Weltkrieg die Entstehung der heutigen westdeutschen Handelsschule in Gestalt, Ansehen und Berechtigungen wesentlich beeinflusst hat.

1) Vgl. HK Stuttgart, JB 1913, S. 240 ff.

2) Vgl. HK Dresden, JB 1908, I. Teil, S. 17 ff.

3) Vgl. Otto Barthel (Bearb.), a.a.O., S. 322.

4) HK Nürnberg, JB 1913, S. 138.

5) Vgl. Heubner, Die finanzielle Lage der kaufmännischen Bildungsanstalten und die Möglichkeiten, ihnen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, in: DVkB, Bd. 59, Braunschweig 1922, S. 14 f.

2. Handelsschulen bzw. Handelsvorschulen mit betont berufsbildender Zielsetzung

Mit der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst abschließende Handelsschulen, wie sie oben dargestellt wurden, hat es vor dem ersten Weltkrieg nur in verhältnismäßig kleiner Zahl gegeben. Ihre Bedeutung lag weniger in der Quantität als in der Struktur der Lehrpläne, die einer Auslese des kaufmännischen Nachwuchses Gelegenheit gab, zwei Bildungswünsche gleichzeitig zu verwirklichen. Ein zweiter Grundtyp des Handelsschulwesens entstand in nennenswertem Umfang zu Beginn unseres Jahrhunderts, als der erste den Kulminationspunkt seiner Entwicklung bereits überschritten hatte.

Zwei Gründe sind für seine Konzeption bestimmend gewesen¹⁾:

1. Das durch den Wandel des kaufmännischen Büros und die Spezialisierung kaufmännischer Arbeitsvorgänge einerseits sowie durch die Verschiebung der Sozialstrukturen andererseits geförderte Eindringen von Mädchen und Frauen in die Kaufmannskontore erforderte Ausbildungsformen, die den spezifischen Leistungsansprüchen an weibliche Angestellte gerecht werden konnten. Die umfassende kaufmännische Lehre war in der Regel noch dem männlichen Nachwuchs vorbehalten.
2. Die Einführung der Fortbildungsschulpflicht und das Verlegen der Unterrichtszeit in die Vormittags- oder Nachmittagsstunden war bei vielen Lehrherren auf Widerstand gestoßen. Es wurde ein Weg gesucht, auf dem die Schulpflicht der Lehrlinge umgangen, aber doch eine theoretisch-fachliche Ausbildung wie in der kaufmännischen Fortbildungsschule erreicht werden konnte.

In beiden Fällen bot sich der Ausbau von Schulformen an, die organisatorisch dem ersten Handelsschultyp ähnlich waren und davon in vielen Fällen auch ihre Namen ableiteten. Einheitliche Bezeichnungen setzten sich jedoch lange nicht

1) Vgl. hierzu auch Walther Löbner, Bildungsziel und Bildungsaufgabe der zweijährigen Handelsschule - ein geschichtlicher Aufriß, in: WuE, 8. Jg. (1956), Nr. 12, S. 743.

durch. Ihr gemeinsamer Grundgedanke war, den Schülern im Anschluß an eine abgerundete allgemeine Grundbildung vor Eintritt in den Beruf in ein bis zwei Jahren eine kaufmännische Vorbildung zu vermitteln. Die Einjährigenberechtigung strebten diese Schulen nicht an. Sie konnten deshalb ohne Seitenblick auf Berechtigungsvoraussetzungen das Ziel der kaufmännisch-fachlichen Bildung in den Vordergrund rücken.

Während das Handelsschulwesen für Mädchen vor allem in der Entstehungszeit noch keine echte Alternative kannte, waren die Handelsvorschulen gerade darauf angelegt, die Aufgaben einer anderen Schulform zu übernehmen. Die erste Form entwickelte sich demgemäß verhältnismäßig rasch und ohne größere Widerstände.

Die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen haben aber nur zögernd anerkannt, einen Beitrag zur kaufmännisch-fachlichen Bildung der Mädchen leisten zu müssen. Bis in die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts war die Zeit noch nicht reif, um die weiblichen Angestellten zum eigentlichen Kaufmannsstand zu zählen, für dessen Nachwuchs sich die Kammern in erster Linie verantwortlich fühlten. So mußte Silbermann im Jahre 1898 als Ergebnis einer Erhebung feststellen, daß "nach dieser Richtung hin nichts besonders Erfreuliches zu berichten" sei¹⁾. Es war eine Besonderheit, wenn die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin damals den kaufmännischen Schulen des Hilfsvereins für weibliche Angestellte, dem auch eine Handelsschule für Mädchen gehörte, einen jährlichen Zuschuß von 1500 M gewährten²⁾. Aber nur wenige Jahre später ergab eine neue, 1905 veröffentlichte Untersuchung³⁾, daß einige preussische - und zwar merkwürdigerweise nur diese - Kammern in die Reihe der verschiedensten Gremien, die berufsvorbereitende Schulen unterhielten, getreten waren. Acht der

-
- 1) Silbermann, Kaufmännische Unterrichtsanstalten für weibliche Angestellte, DVkU, Bd. 9, Braunschweig 1898, S. 11.
 - 2) Vgl. o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 396 f.
 - 3) Vgl. Agnes Herrmann, Der Stand des kaufmännischen Unterrichtswesens für weibliche Angestellte, DVkU, Bd. 34, Leipzig 1905.

von Agnes Herrmann aufgeführten 119 Handelsschulen und Handelskurse ("Vorbereitungs-Anstalten") wurden zu dieser Zeit von Handelskammern bzw. den Berliner Ältesten getragen, wobei Herrmann die Düsseldorfer Handelsschule mit Unter- und Oberstufe doppelt und auch Kurse mit nur wenigen Wochenstunden berücksichtigt (vgl. Tabelle 1).

Es ist zu beachten, daß das Handelsschulwesen für Mädchen trotz geringer Förderung durch die Handelskammern schon einen beachtlichen Umfang angenommen hatte, als die Aufwärtsentwicklung der Handelsvorschulen für Jungen begann.

Die Auseinandersetzungen über die Handelsvorschule mußten sich im Gegensatz zu denen über Mädchenhandelsschulen des Vergleichs mit der kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule, zu der sie in Konkurrenz treten sollte, bedienen. Der daraus hervorgegangene Wettstreit um die besseren Argumente hat der Diskussion z. T. ein dem ganzen damaligen kaufmännischen Schulwesen dienliches anerkanntes Niveau aufgezwungen. Adolf Zieglers Urteil, die Handelsvorschule sei "in ihrer Bedeutung und ihrem Aufbau wohl das am meisten umstrittene Glied im System des deutschen Handelsschulwesens"¹⁾ vor dem ersten Weltkrieg gewesen, kennzeichnet den Umfang der Erörterungen, der hier nicht in seiner ganzen Breite aufgerollt werden kann. Wir müssen uns im wesentlichen auf die sehr geraffte Wiedergabe des Für und Wider, soweit es von den Handelskammern vorgebracht worden ist, beschränken, obgleich die Problematik einer Befreiung der Handelsschulabsolventen von der Berufsschulpflicht noch heute umstritten ist und der folgenden historischen Analyse einen aktuellen Bezug gibt.

So deutlich sich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts bei einer breiten Schicht der Unternehmer die Einsicht durchgesetzt hatte, daß die betriebliche Lehrlingsausbildung einer theoretischen Ergänzung und Vertiefung durch kaufmännisch-berufsbildenden Unterricht bedurfte, so heftig wehrte sich doch ein großer Teil von ihnen gegen die zwangs-

1) Adolf Ziegler, Die Handelsvorschule, in: derselbe (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 386.

läufige Folge, daß sie sich in die Arbeitskraft der Lehrlinge mit der parallel laufenden Fortbildungsschule "teilen" mußten. Kammern, in denen sich eine Mehrheit für den Fortbildungsschulzwang und den Unterricht zur Tageszeit gefunden hatte, mußten ebenso wie solche, die entsprechenden kommunalen oder landesgesetzlichen Regelungen zurückhaltend oder ablehnend gegenüberstanden, nun in dem "vielbeklagten Widerstreit der Interessen von Schule und Geschäft"¹⁾ vermitteln. Es überrascht deshalb nicht, wenn einige von ihnen die Idee der Handelsvorschule, die die Lehrstoffe der kaufmännischen Fortbildungsschule einschließen und deren Besuch von der weiteren Schulpflicht befreien sollte, als sympathischen Kompromiß aufgriffen und Aufbau wie öffentliche Anerkennung dieser Schulform wünschten²⁾.

Dieser durchweg dominierende Gesichtspunkt führte aber zu dem Vorwurf des deutschen Handlungsgehilfentages, daß "die Bestrebungen zur Gründung von Handelsvorschulen nicht dem Verlangen nach einer sachgemäßen Ausbildung der Handelslehrlinge, sondern lediglich dem Wunsche, die Lehrlinge der Fortbildungsschulpflicht zu entziehen"³⁾, entsprungen sei. Die Handelskammern konnten aber eine ganze Reihe von Argumenten ins Feld führen, die sich nicht mit dem Hinweis auf ihre Parteilichkeit entkräften ließen.

Durch ein einfaches Rechenexempel war leicht nachzuweisen, daß bei einer Unterrichtsdauer von einem Jahr und etwa

-
- 1) HK Freiburg, Eingabe an die erste Kammer der badischen Landstände vom 26. Jan. 1910, abgedruckt in: HuG, 17. Jg. (1909/10), Nr. 19, S. 297.
 - 2) Vgl. u. a. HK Bielefeld, JB 1904, I. Teil, S. 16; HK Erfurt, JB 1904, S. 38; HK Frankfurt a. M., JB 1910, S. 138; HK Breslau, JB 1911, S. 63; HK Freiburg, Eingabe an die erste Kammer der badischen Landstände vom 26. Jan. 1910, a.a.O., S. 297 f.; HuG, 17. Jg. (1909/10), Nr. 26, S. 429 (HK Mannheim); HK Heidelberg, Gutachten über die Errichtung einer Handelsvorschule vom 6. Febr. 1912, teilweise abgedruckt in: HuG, 19. Jg. (1911/12), Nr. 19, S. 389; HK Hanau, Gutachten über die Fortbildungsschulpflicht der weiblichen Handelsangestellten vom 16. Dez. 1913, abgedruckt in: HuG, 21. Jg. (1913/14), Nr. 20, S. 454; HK Köln, JB u. Mitt. 1914, Heft 1, S. 39. (Die HK Köln gestand allerdings eine einjährige Fortbildungsschulpflicht der Absolventen zu.)
 - 3) Erklärung des Ausschusses des deutschen Handlungsgehilfentages vom 10./13. Juni 1908, abgedruckt in: Adolf Ziegler, Die Handelsvorschule, a.a.O., S. 395.

30 Wochenstunden sehr viel mehr Unterrichtszeit als der dreijährigen Fortbildungsschule mit sechs bis acht Wochenstunden zur Verfügung stehen würde¹⁾. Die HK Mülheim (Rhein) schloß daraus, man dürfe also selbst von der einjährigen Handelsvorschule erwarten, daß ihr Ausbildungserfolg "weit besser und gründlicher" als der einer Fortbildungsschule sei²⁾. Mit Recht hielt die HuGK Sonneberg diesen vordergründigen Vergleich nicht für allein ausschlaggebend³⁾, und die Kammer Halberstadt war von vornherein davon ausgegangen, die Oberstufe der kaufmännischen Fortbildungsschule komme überhaupt nicht für einen Vergleich mit der berufsvorbereitenden Schulform in Frage⁴⁾. Indem die HK Frankfurt a. M. darauf hinwies, die längere Unterrichtszeit lasse besonders Sprachen, Stenographie und Maschinenschreiben als zusätzliche Fächer zu⁵⁾, deutete sie bereits eine Annäherung an die besonderen Ausbildungserfordernisse der Mädchen an.

Von stärkerem pädagogischem Gewicht war bei den damaligen Verhältnissen der Hinweis, daß die Fortbildungsschule ihren durch die lange Arbeitszeit schon erheblich belasteten Schülern die notwendigen Hausaufgaben nicht zumuten könne und die häufigen Versäumnisse den erwünschten Unterrichtserfolg beeinträchtigten. Der von diesen Hemmnissen freie Unterricht der Handelsvorschule werde zudem von Eltern wie Schülern ernster genommen, weil er auf Freiwilligkeit beruhe und durch beachtliches Schulgeld bezahlt werden müsse⁶⁾.

Daß sich die Kammern darum bemühten, zur Begründung ihres Standpunktes pädagogische Gesichtspunkte heranzuziehen, zeigt auch das Eingehen auf Vorteile der berufsvorbildenden

-
- 1) Vgl. HK Halberstadt, JB 1905, Anhang, S. 8; Schreiben der HuGK Sonneberg vom 6. 2. 1912 an den Deutschen Handelstag, abgedruckt in: HuG, 20. Jg. (1912/13), Nr. 9, S. 382.
 - 2) Vgl. Erklärung der HK Mülheim (Rhein) vom 26. 2. 1913, abgedruckt in: HuG, 20. Jg. (1912/13), Nr. 23, S. 445.
 - 3) Vgl. Schreiben der HuGK Sonneberg vom 6. 2. 1912, a.a.O.
 - 4) Vgl. HK Halberstadt, JB 1905, Anhang, S. 8.
 - 5) Vgl. HK Frankfurt a. M., JB 1910, S. 138.
 - 6) Vgl. HK Halberstadt, JB 1905, Anhang, S. 8; Schreiben des Vorsteheramtes der Korporation der Kaufmannschaft zu Tilsit vom 14. 2. 1912 an den Deutschen Handelstag, abgedruckt in: HuG, 20. Jg. (1912/13), Nr. 23, S. 445; Schreiben der HuGK Sonneberg vom 6. 2. 1912, a.a.O.

Schulform für die geistige Entwicklung der Schüler und späteren Lehrlinge. Es wurde z. B. die bis in die Gegenwart aktuelle Überlegung angeführt, der Jugendliche werde nach verlängerter Vollschulzeit nicht nur um ein Jahr reifer in die Arbeitswelt entlassen¹⁾, sondern brauche auch nicht völlig unvorbereitet in den Beruf einzutreten²⁾. Die "ungeteilte Hingabe an den Unterrichtsstoff" wecke "von vornherein eine gewisse Berufsfreude und die Lust, das während eines Jahres oder in 1 1/2 Jahren theoretisch Gewonnene in die Praxis umzusetzen"³⁾.

Einige Handelskammern hielten die Handelsvorschule aber vor allem für erforderlich, weil nach ihren Beobachtungen die Bereitwilligkeit zur Ausbildung fortbildungsschulpflichtiger Lehrlinge zurückgegangen war⁴⁾. In dieser Begründung kommt nicht nur die Sorge um einen quantitativ ausreichenden Nachwuchs zum Ausdruck. Dahinter stand der Druck, der von den geschäftlichen Interessen der Lehrbetriebe auf die Bildungspolitik der Handelskammern ausging. Die Kammer Heidelberg mußte aber auch feststellen, umgekehrt nähmen andere Unternehmer "verhältnismäßig mehr Lehrlinge ... als früher (vor Einführung der Fortbildungsschulpflicht, d. Verf.), um die zur Leistung der täglich wiederkehrenden Arbeiten untergeordneter Art nötigen Arbeitskräfte immer zur Verfügung zu haben"⁵⁾. Sie deutete damit an, auch die Tendenz zur Lehrlingszüchterei sei durch Handelsvorschulen zu mildern.

Adolf Zieglers Versuch, die teilweise entgegengesetzten Stellungnahmen in der Diskussion um die Handelsvorschule damit zu erklären, "daß die verschiedenen beteiligten Interessenvertretungen Vorteile und Nachteile nach dem Maßstabe des eigenen Nutzens beurteilten"⁶⁾, legt die

1) Vgl. HK Halberstadt, JB 1905, Anhang, S. 8.

2) Vgl. ebenda; HK Freiburg, Eingabe an die erste Kammer der badischen Landstände vom 26. 1. 1910, a.a.O., S.297.

3) HK Freiburg, Eingabe an die erste Kammer der badischen Landstände vom 26. 1. 1910, a.a.O.

4) Vgl. HK Heidelberg, Gutachten über die Errichtung einer Handelsvorschule vom 6. 2. 1906, a.a.O., S. 389; HK Breslau, JB 1911, S. 63; HK Frankfurt a. M., JB 1910, S. 138.

5) HK Heidelberg, Gutachten über die Errichtung einer Handelsvorschule vom 6. 2. 1906, a.a.O., S. 389.

6) Adolf Ziegler, Die Handelsvorschule, a.a.O., S. 394.

Vermutung nahe, die Handelskammern wären einheitlich als Fürsprecher einer vom weiteren Schulzwang befreienden Vollschulform aufgetreten, zumal Ziegler nur Kammern nennt, die sie bejaht haben¹⁾. In Wirklichkeit bestand auch im Kreise der Handelskammern eine Opposition gegen die Handelsvorschule.

Der Begründung Karl Büchers²⁾ folgend, erhob die Kammer Reutlingen 1902 grundsätzliche Bedenken gegen kaufmännisch-berufsvorbereitende Schulen. Sie ging zwar davon aus, daß "auch die beste Lehre ... für den Kaufmann der Zukunft nicht mehr allein genügen" werde; sie müsse "ergänzt werden durch theoretische Studien während und nach vollendeter Lehre"³⁾. Für die künftigen kaufmännischen Führungskräfte hielt sie den Besuch der verschiedenen Handelsschulen vor der betrieblichen Ausbildung für "bei weitem nicht so erfolgversprechend als der Besuch von Handelsschulen"⁴⁾ und Handelshochschulen nach der Lehre und in späteren Jahren, wo der junge Mann eine praktische Lehre durchgemacht hat und ihm dadurch das Verständnis aufgegangen ist, nach welcher Richtung er sich betätigen will und was ihm hierzu für sein Weiterkommen nützlich und notwendig ist"⁵⁾. Den Fortbildungsschulunterricht vertete sie aber für die Gesamtheit des kaufmännischen Nachwuchses als "neben der praktischen Lehre absolut notwendig"⁶⁾.

Dieser letzte Gesichtspunkt wurde bei der Auseinandersetzung über die Handelsvorschule wiederholt aufgegriffen. Er war neben dem Hinweis auf die Bedeutung eines mehrjährigen sittlich erziehenden Einflusses der Fortbildungsschule⁷⁾ eines der stärksten Argumente, welche die opponierenden Handelskammern ins Feld führen konnten. Das

1) Vgl. ebenda, S. 395.

2) Vgl. hierzu Karl Bücher, Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang, a.a.O., S. 61.

3) HKn in Württemberg, JB 1902, S. 66 (beide Zitate).

4) Hier taucht die sonst in älteren Kammerberichten selten ausgesprochene Idee und Begründung kaufmännischer Fachschulen (heutige Terminologie) auf, und zwar als deutliche Alternative zur Handelshochschule.

5) HKn in Württemberg, JB 1902, S. 66.

6) Ebenda.

7) Vgl. HK Halberstadt, JB 1905, Anhang, S. 8; HK Nürnberg, JB 1910, S. 179.

Fehlen jener beide Bildungsbereiche gegenseitig befruchtenden Parallelität von Anschauung und Übung in der Praxis sowie theoretischer Klärung in der Schule wurde für schwerwiegender gehalten als die gegenüberstehenden Vorteile, so daß die HuGK Sonneberg sich zum Einwand veranlaßt sah, daß das "sogenannte Hand in Hand gehen von Theorie und Praxis vielfach zu hoch bewertet zu werden pflegen"¹⁾. Die Kammer Sagan erklärte knapp und klar: "Die Handelsvorschule kann nicht die heutige Fortbildungsschule, die Praxis und Theorie verbindet, ersetzen."²⁾ Genauso entschied sich die HK Nürnberg "im Interesse einer guten Ausbildung der Handelsangestellten, für welche die Fortbildungsschule durch die Verbindung zwischen Unterricht und Praxis die größere Gewähr zu bieten schien"³⁾, während die HK Halberstadt nach mehrjährigem Zögern betonte, "die bessere Ausbildung bring(e) ... immer die Ausbildung neben der Lehre"⁴⁾, aber doch die Errichtung einer Handelsvorschule mit der Einschränkung ins Auge faßte, daß sie dieser nicht in besonderer Weise das Wort reden wolle⁵⁾.

Andere Bedenken der Vorschulgegner entsprangen der Sorge um nachteilige soziale Auswirkungen. Eine preußische Kammer fürchtete die Verschärfung der sozialen Gegensätze, weil die Vorschule nur von Kindern wohlhabender Eltern besucht werden könne⁶⁾. Dieses Argument, dem die Heidelberger Kammer widersprach⁷⁾, konnte aber kein besonderes Gewicht haben, denn es hätte gegen das gesamte über die Volksschule hinausführende deutsche Schulwesen geltend gemacht werden können.

Die einjährige Handelsschule scheint da, wo sie realisiert wurde, auch aus der Sicht der Handelskammern nicht alle in

1) Schreiben der HuGK Sonneberg vom 6. 2. 1912, a.a.O.

2) HuG, 18. Jg. (1910/11), Nr. 30, S. 564 (HK Sagan).

3) HK Nürnberg, JB 1910, S. 179.

4) HK Halberstadt, JB über das Handelsfachschulwesen der HK zu Halberstadt, Schuljahr 1910/11, Anhang zum JB 1910/11 der HK, S. 5.

5) Vgl. ebenda.

6) Vgl. Eduard Weber, Über die Stellung der Handelsvorschule zur kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule, in: ZfgkU, 12. Jg. (1909/10), Nr. 4, S. 98.

7) Vgl. HK Heidelberg, Gutachten über die Errichtung einer Handelsvorschule vom 6. 2. 1912, a.a.O., S. 389 f.

sie gesetzten pädagogischen Hoffnungen erfüllt zu haben. Dies läßt sich beispielsweise aus dem unentschiedenen Standpunkt schließen, den die HK Dresden einnahm. An der Öffentlichen Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft bestand ein einjähriger "Kaufmännischer Kurs" schon fast 40 Jahre¹⁾, als ein Ausschuß der Handelskammer 1911 "bei der verschiedenen Beurteilung des Wertes dieser Einrichtung" zu keinem Beschluß kam, ob dieser rund 30 Wochenstunden umfassende Jahreslehrgang beibehalten werden sollte²⁾.

Trotzdem wuchs vor allem in Preußen, Sachsen und Baden die Zahl der Handelsvorschulen verhältnismäßig schnell. Die statistischen Angaben von L. Tronnier belegen für 1907 erst 11, für 1912 schon 43 solcher Einrichtungen, die ausschließlich oder vorwiegend der Vorbildung des männlichen kaufmännischen Nachwuchses dienten³⁾. Daneben bestanden 1912 noch 175 berufsvorbereitende Handelsschulen bzw. -kurse für Mädchen⁴⁾, so daß sich bereits zu diesem Zeitpunkt ein Zahlenverhältnis von 1 : 4 herausgebildet hatte⁵⁾. Die Relation von Jungen zu Mädchen am Handelsschulbesuch hat sich - von Schwankungen abgesehen - bis in die dreißiger Jahre kaum verändert⁶⁾.

Das Gedeihen der Handelsvorschule hing aber wesentlich davon ab, daß ihre Absolventen nicht mehr schulpflichtig waren, weil sich die Eltern vor allem dann bessere Aussichten auf gute Lehrstellen und eine verkürzte Lehrzeit ihrer Söhne und Töchter ausrechnen konnten. Als aber diejenigen Staaten, in denen die Vorschule am häufigsten vertreten war, die Befreiung von der Fortbildungsschulpflicht von einem mehr als einjährigen Vorschulbesuch in differenzierter Weise abhängig machten, entwickelte sie sich nach und nach zur zweijährigen Handelsschule. Mit der schrittweisen

1) Vgl. Albert Benser, Die theoretische und praktische Ausbildung für den kaufmännischen Beruf, a.a.O., S. 8.

2) Vgl. HK Dresden, JB 1911, I. Teil, S. 17.

3) Vgl. L. Tronnier, Verzeichnis der in Deutschland bestehenden kaufmännischen Unterrichtsanstalten, DVkU, Bd. 47, Leipzig 1912, S. 6.

4) Vgl. ebenda, S. 7.

5) Obwohl hier das Zahlenverhältnis der Schulen zugrunde liegt, darf doch vermutet werden, daß die Relation von Schülern und Schülerinnen davon nicht sehr abwich.

6) Vgl. hierzu Hermann Südhof, Das Berufs- und Fachschulwesen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1936, S. 106.

Einführung der Fortbildungsschulpflicht für Mädchen gewann die Handelsschule nicht nur für diese eine zusätzliche "berechtigende" Bedeutung, sondern es setzte sich auch das Koedukationsprinzip im kaufmännischen Schulwesen stärker durch. Das zahlenmäßige Übergewicht der Mädchen bewirkte, daß die Handelsschule sich besonders stark an den Anforderungen orientierte, welche die Praxis an weibliches Büropersonal stellte. Kurzschrift und Maschinenschreiben spielten im Gegensatz zu den Handelsschulen mit betont allgemeinbildender Zielsetzung eine gewichtige Rolle. Der Unterschied zwischen beiden Schultypen verwischte sich jedoch etwas, als Preußen in den Jahren 1928 bis 1933 für die aus der Handelsvorschule hervorgegangenen Schulen die Möglichkeit schuf, unter bestimmten Bedingungen die sog. mittlere Reife zu verleihen¹⁾. Diese Entwicklung verdeutlicht, daß die jetzt überwiegend zweijährige Handelsschule nicht mehr dieselben Ziele erstrebte, wie die inzwischen zur Berufsschule entwickelte ehemalige Fortbildungsschule mit Ansätzen zur Branchengliederung. Beide hatten eigenständige Aufgaben wahrzunehmen, die sich bis zur Gegenwart zwar entsprechend der wirtschaftlichen und wirtschaftspädagogischen Entwicklung gewandelt, in ihrer Abgrenzung aber nicht wesentlich verändert haben.

Dennoch ist auch in den zwanziger Jahren bei den Industrie- und Handelskammern der Gedanke wieder aufgelebt, Berufsschule und Handelsschule als Alternative gegenüberzustellen. Der Anlaß war dem Impuls, der zur Entstehung der Handelsvorschule führte, sehr ähnlich: Der Berichterstatter Lohmann legte dem Bildungsausschuß des DIHT u. a. folgenden Leitsatz vor²⁾:

"Da jede Erhöhung der Stundenzahl (an Berufsschulen, d. Verf.) den Interessenkonflikt zwischen Schule und Geschäft selbstverständlich noch weiter verschärfen müßte, ist weiter zu prüfen, ob die systematische Ein-

-
- 1) Vgl. ebenda, S. 108 f.; ders., Über die Entwicklung des kaufmännischen Bildungswesens in Preußen in den letzten Jahren, in: Zeitschrift für Handelsschulpädagogik, 1. Jg. (1929/30), Heft 5/6, S. 196.
 - 2) Lohmann, Vermehrung der Pflichtstunden in den Berufsschulen, in: Verh. des DIHT, o. Nr. (vertraulich) 1928 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses am 24. 1. 1928), S. 46.

bürgerung der Handelsschule mit vollem Tagesunterricht vor Eintritt in die Praxis als Ersatz für die Berufsschule allgemein empfohlen werden soll, um jenen Interessenkonflikt ein für allemal aufzuheben."

Zwar fand der Leitsatz die grundsätzliche Billigung des Ausschusses, die geforderte Entscheidung fiel aber weder damals noch später. Aus Stellungnahmen zu dieser Frage¹⁾ ergibt sich, daß eine Einheitlichkeit der Meinungen auch gar nicht zu erwarten war. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß im Gegensatz zu dieser Spezialfrage die Handelsschule im allgemeinen nach einer Zeit der Bewährung von einer breiten Mehrheit der Industrie- und Handelskammern bejaht wurde. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte die Anregung Lohmanns im Bildungsausschuß des DIHT keine Billigung finden können.

Parallel zu der auf dem Volksschulabschluß aufbauenden Handelsschule entstanden ein- und zweijährige höhere Handelsschulen, welche die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst, später die mittlere Reife, voraussetzten. Sie haben in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen der Handelskammern keine größere Rolle gespielt. Die Erklärung findet sich in der Tatsache, daß ihre Schülerinnen und Schüler in der Regel nicht mehr fortbildungsschulpflichtig waren und diese Schulform deshalb auch nicht darauf ausgerichtet sein mußte, von der weiteren Schulpflicht zu befreien.

In welchem Umfange die Handelskammern vor 1933 selbst Träger von Handelsschulen oder höheren Handelsschulen gewesen sind, läßt sich heute kaum noch genau feststellen. Der Versuch scheitert vor allem an den unklaren Schulbezeichnungen. Mit Sicherheit waren um 1910 die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin sowie die Handelskammern Hagen, Elberfeld (gemeinsam mit der Stadt), Barmen, Leipzig, Mainz und Braun-

1) Vgl. hierzu u. a. HK Reutlingen, Leitsätze für das kaufmännische Bildungswesen, in: DWZ, 22. Jg. (1925), Nr. 26, S. 638 (637 f.); IHK Mühlhausen i. Thür., Erwiderung zu den Leitsätzen der HK Reutlingen, in: DWZ, 22. Jg. (1925), Nr. 33, S. 804 (803 f.); IHK Hildesheim (Einzelhandelsausschuß), Einstellung von Kaufmannsgehilfen, in: DWZ, 23. Jg. (1926), Nr. 10, S. 230; Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1926, S. 149 f.; IHK Hannover, TB 1929, S. 23.

schweig Träger von Handels- oder höheren Handelsschulen¹⁾, während die Kammern Bromberg, Dortmund und Essen Zuschüsse leisteten oder Vertreter in die Schulkuratorien entsandten²⁾. Andere Kammern hatten ehemals eigene Schulen zu diesem Zeitpunkt schon in die Obhut der Städte gegeben, so die HK Düsseldorf ihre Handelsschule für Mädchen³⁾. Ein Verzeichnis der preußischen Handels- und höheren Handelsschulen weist 1932/33 7 von 171 Schulen aus, deren Träger Industrie- und Handelskammern waren: Bochum, Duisburg, Hagen, Halberstadt, Krefeld, Staßfurt und Witten. Mit Ausnahme von Staßfurt und Witten bestanden an den gleichen Orten von den Kammern getragene ein- oder zweijährige höhere Handelsschulen. Hinzu kam noch die einklassige höhere Handelsschule in Stendal, so daß 6 von 84 Schulen dieses Typs in Preußen in der Hand von Handelskammern waren⁴⁾. Es ist wahrscheinlich, daß eine größere Zahl von Kammern weitere Schulen finanziell förderte oder auch an ihrer Verwaltung beteiligt war. Außerhalb Preußens - ausgenommen Württemberg und Bayern - haben die deutschen Industrie- und Handelskammern nach dem ersten Weltkrieg eine größere Zahl überwiegend zweijähriger Handelsschulen gegründet, so daß hier der Anteil der kammer-eigenen Vollzeitschulen größer als in Preußen war. Allein die IHK Braunschweig unterhielt Anfang der dreißiger Jahre zwei höhere Handelsschulen und sechs Handelsschulen⁵⁾.

Während die höhere Handelsschule bei den Kammern ideelle

1) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1910, S. 61, 183, 215, 323, 386 f., 412; Schreiben des Herrn Direktors der kaufmännischen Unterrichtsanstalten Wuppertal (Schule West) vom 18. 1. 1967 an den Verf.

2) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1910, S. 90, 181 und 243.

3) Vgl. Josef Wilden, 100 Jahre Düsseldorfer Wirtschaftsleben, Düsseldorf 1931, S. 122. Die Handelskammer Düsseldorf behielt aber Einfluß auf die Schule und leistete auch noch erhebliche Zuschüsse.

4) Vgl. W. Ode (Hrsg.), Jahrbuch für das kaufmännische Schulwesen, 2. Aufl., Schuljahr 1932/33, Berlin 1933, S. 96 f.

5) Vgl. Gerhard Bothe, Tradition und Fortschritt in der Berufserziehung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, in: IHK Braunschweig (Hrsg.), Nachwuchsförderung - Tradition und Fortschritt in der Berufserziehung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Braunschweig 1957, S. 3.

und materielle Hilfe fand, ist die Idee der ihr verwandten Wirtschaftsoberschule bei ihnen auf spürbaren Widerstand gestoßen, obwohl so bedeutende Pädagogen wie Karl von der Aa¹⁾, Friedrich Feld, Johannes Oberbach und Adolf Ziegler²⁾ für sie eintraten und die IHK Leipzig zu den ersten Gründern und Trägern einer Wirtschaftsoberschule gehörte³⁾. Im Bildungsausschuß des DIHT empfahl der Berichterstatte den Mitgliedern, bei der Diskussion um die Wirtschaftsober- schule "die im Interesse der Wirtschaft sehr starke(n) Be- denken"⁴⁾ nachdrücklich zu unterstützen. Das verwundert zu- nächst angesichts der früheren Bemühungen verschiedener Handelskammern, das höhere Schulwesen für eine wirtschafts- bezogene Bildung zu öffnen, findet aber seine Erklärung im Widerstreben vor allem der Arbeitgeberseite der Wirtschaft gegen die vermeintliche Gefahr einer "Verschulung", die besonders um 1930 weithin empfunden wurde.

Die Auseinandersetzungen, ob die Handelsschule ein "Ersatz" der die Lehre begleitenden Schulform sein könne, mußten an Kraft verlieren, als die Gliederung nach Wirtschaftszweigen in der Berufsschule das Berücksichtigen spezifischer Bil- dungsgehalte und Ansprüche ermöglichte, die Handelsschule aber ihre Bewährung vor allem der Vorbereitung für kauf- männisch-verwaltende, nicht aber für absatzbetonte Berufe verdankte. Die Alternative war ursprünglich darauf aufge- baut, daß beide Schulformen eine von den Besonderheiten der einzelnen Wirtschaftszweige weitgehend abstrahierende kauf- männische Grundbildung zu vermitteln hätten. Es ist deshalb nicht nur durch die schwieriger gewordene Lage des Einzel- handels am Ende der zwanziger Jahre und die gestiegenen Käuferansprüche zu erklären, wenn nun der Berufsschule eine auf die Erfordernisse dieses Wirtschaftszweiges abgestimmte

-
- 1) Vgl. Karl von der Aa, Vereinheitlichung des kaufmänni- schen Bildungswesens in Deutschland, Sonderdruck, o. O. o. J., S. 9 f.
 - 2) Vgl. Friedrich Feld, Adolf Ziegler und Johannes Ober- bach, Die Wirtschaftsoberschule, a.a.O.
 - 3) Vgl. Wilhelm Lorey, Öffentliche Höhere Handelslehran- stalt mit Wirtschaftsoberschule und Lehrlingsabteilung zu Leipzig 1831 - 1931, a.a.O., S. 49.
 - 4) Klug, Die Wirtschaftsoberschule in Aufbau aus Lehr- plänen nach dem sächsischen und badischen System, in: Verh. des DIHT, Heft 10/1930, a.a.O., S. 8.

berufsvorbereitende Schulform gegenübertrat. Als die IHK Bochum 1926 mit der Errichtung einer einjährigen "Verkäuferinnenfachsche" in Witten voranging, war für sie nicht zuletzt auch das Motiv entscheidend, damit ein Gegenstück zur Handelsschule zu schaffen, um so das soziale Ansehen der Verkäufer und Verkäuferinnen zu heben¹⁾. Zwei Jahre später begann die Kammer einen parallelen Versuch mit einer zweijährigen Einzelhandelsfachsche mit umfassenderer Zielsetzung in Bochum, der so erfolgversprechend anlief, daß Albert Rasch allzu optimistisch glaubte, diese neue Schulform werde "voraussichtlich in den großen Städten Westdeutschlands in absehbarer Zeit allgemein eingeführt werden"²⁾, zumal der Deutsche Verband für das kaufmännische Bildungswesen gleichzeitig den Aufbau derartiger Schulen in größeren Städten empfahl³⁾. Der Bildungsausschuß des DIHT äußerte zurückhaltender, er sehe darin Einrichtungen, "die in geeigneten Fällen beachtenswert sind, und über die abschließende Erfahrungen abzuwarten sind"⁴⁾. In einigen west- und süddeutschen Städten entstanden derartige Schulen sowohl in einjähriger (z. B. Duisburg) wie in zweijähriger (z. B. Bielefeld) Form. Daß die von Kammern getragenen Schulen in der Anfangszeit besonders gut gedeihen konnten, verdankten sie ihrer Verbindung zu den Lehrbetrieben. So hatten die Schulen in Duisburg⁵⁾ und Bochum⁶⁾ ihren Schülern anfänglich Zusagen hinsichtlich einer verkürzten Lehrzeit geben können. Es ist deshalb nicht zufällig, wenn die von der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Ruhrort zusammen mit dem Einzel-

-
- 1) Vgl. Albert Rasch, Die Verkäuferinnenfachsche (Vorschule) - ein schultechnischer Versuch, in: DVkB, Bd. 69, a.a.O., S. 177; Industrie- und Handelskammer zu Bochum (Hrsg.), Aus der Geschichte der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, Bochum 1932, S. 111 f.
 - 2) Albert Rasch, Musterlehrplan für Einzelhandelsfachsche, in: DVkB, Bd. 72, Braunschweig 1929, S. 38.
 - 3) Vgl. Richtlinien für die Ausbildung von Verkaufskräften im Einzelhandel, in: DVkB, Bd. 72, a.a.O., S. 35.
 - 4) Deutscher Industrie- und Handelstag (Bildungsausschuß), Richtlinien zur Ausbildung von Verkaufskräften im Einzelhandel, in: Verh. des DIHT, Heft 6/1928, a.a.O., S. 24.
 - 5) Vgl. Alois Herz, 50 Jahre kaufmännisches Bildungswesen in Duisburg 1900 - 1950, Duisburg 1950, S. 21.
 - 6) Vgl. Albert Rasch, Die Verkäuferinnenfachsche (Vorschule) - ein schultechnischer Versuch, a.a.O., S. 177.

handelsverband Groß-Duisburg 1928 gegründete Handelsschule für Verkäuferinnen wenige Jahre nach Übernahme durch die Stadt Duisburg und dem Wegfall der Vergünstigungen eingang¹⁾, während die Schule der IHK Bochum in Witten noch bis zur Erweiterung der Berufsschulpflicht ihrer Absolventinnen erfolgreich weiterarbeiten konnte²⁾.

Daß gerade Kammern - dazu gehörte auch wiederum Braunschweig³⁾ - diese Schulform begründeten, erklärten sie damit, daß "bei der immer stärker werdenden staatlichen Zwangsgewalt im Berufsschulwesen ... das Schwergewicht der Mitarbeit der Wirtschaft auf dem Gebiete der theoretischen Berufsausbildung und damit auch der Arbeit der Industrie- und Handelskammern immer mehr auf Fachschulen für einzelne Geschäftszweige zu legen sein" werde⁴⁾. So beteiligte sich beispielsweise die IHK Düsseldorf an der Gründung und Unterhaltung einer Dekorationsfachschule⁵⁾. Heute, nachdem sich die Kammern fast vollständig als Schulträger im Rahmen der Jugendbildung zurückgezogen haben, sind sie doch noch an der Verwaltung mehrerer Einrichtungen des wirtschafts- oder funktionsorientierten Fachschulwesens, das allerdings die berufliche Grundbildung ergänzt, direkt beteiligt⁶⁾. Die Ansätze für diese Arbeit sind u. a. in jener Schwerpunktverlagerung der Kammerarbeit in den zwanziger Jahren zu finden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Hauptbedeutung der Kammerarbeit in der entscheidenden Aufbauperiode des Handelsschulwesens darin lag, einen beachtlichen Beitrag zur Besinnung auf die Möglichkeiten und die

1) Vgl. Alois Herz, a.a.O., S. 21.

2) Vgl. Franz Günnicker, Kaufmännische Schulen und die Industrie- und Handelskammer zu Bochum, in: Franz Mariaux, Gedenkworte zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, Bochum 1956, S. 449.

3) von Kraatz-Koschlau, Die kaufmännischen Schulen der Handelskammer, in: Handelskammer für den Freistaat Braunschweig (Hrsg.), Aus der Geschichte der Handelskammer für den Freistaat Braunschweig, o. O. 1929, S. 88.

4) Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1927, S. 111 f.

5) Vgl. IHK Düsseldorf, JB 1930, S. 9.

6) Vgl. Walther Löbner, Fachschulkaufmann, 3. Aufl., Bielefeld 1966, S. 24, 30 und 32.

Grenzen der Schulen zur beruflichen Vorbildung des kaufmännischen Nachwuchses geleistet zu haben. Das läßt sich z. B. auch mit dem umfassenden Beitrag Adolf Zieglers über die Handelsvorschule aus dem Jahre 1916 belegen¹⁾, in dem kein gewichtiges Argument für oder gegen diese Schulform aufgeführt wird, auf das nicht zuvor schon von den Handelskammern aufmerksam gemacht worden war.

Die Untersuchung der von den Kammern im einzelnen vertretenen Ansichten hat gezeigt, daß von einheitlichen Auffassungen zu verschiedenen zentralen Fragen keine Rede sein konnte. Gegensätzliche Urteile über sinnvolle Wege der Nachwuchsbildung lassen sich aber nicht nur am Beispiel des Handelsschulwesens nachweisen; sie sind besonders bis zum Ende des ersten Weltkrieges häufig gewesen, aber auch in den zwanziger Jahren noch öfter hervorgetreten. Wenn Ganguin den Handelskammern daraus einen Vorwurf machte, weil die Abweichung ihrer Ansichten so häufig sei, "daß die Landesvertretung für jeden Kirchthurm alljährlich zwölf besondere Gesetze machen könnte"²⁾, so müssen wir heute zu einem günstigeren Urteil kommen. Die unterschiedlichen Auffassungen und Folgerungen haben zwar dazu beigetragen, daß vor allem das kaufmännische Schulwesen in der Aufbauperiode in einer nur schwer übersehbaren Vielgestaltigkeit mit vielen örtlichen Besonderheiten wuchs, aber sie haben auch ein weites Spektrum möglicher Bildungswege offengelegt und eine Diskussion darüber in Bewegung gebracht. Das war besonders wichtig, als es neben den Handelskammern nur wenige Organisationen und noch gar keine Hochschuldisziplin gab, die sich mit dem kaufmännischen Bildungswesen befaßten.

III. Kaufmännische Vorbildung in Privatschulen

Die Vielfalt der Unterrichtsformen zur kaufmännischen Vorbildung ist aber in weit stärkerem Maße dem unternehmerischen Einfallsreichtum solcher berufener oder unberufener

1) Vgl. Adolf Ziegler, Die Handelsvorschule, a.a.O.

2) Ganguin, Gutachten, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, a.a.O., S. 84.

Schulträger zuzuschreiben, die im Bildungswesen nicht die Verwirklichung pädagogischer Ideen, sondern vorrangig einen finanziellen Gewinn erstrebten. In diesem Bereich traten dominierende Grundtypen, über die sich eine pädagogische Diskussion hätte entfalten können, nicht so eindeutig hervor wie im Schulwesen der Gemeinden, Verbände oder Kammern. Dementsprechend betrafen die Kammergutachten auch kaum einzelne Schul- oder Kursformen¹⁾. In vielen Fällen ist nicht einmal erkennbar, welchen Charakter die den jeweiligen Urteilen zugrunde liegenden Handelslehranstalten hinsichtlich des Schülerkreises und der Bildungsziele trugen. So ist das Bild, das sich zur Kennzeichnung des Privatschulwesens durch die Handelskammern nachzeichnen läßt, überwiegend an das Merkmal des nach Gewinn strebenden privaten Schulträgers gebunden. Es ergibt sich daraus, daß nicht nur Schulen im engeren Sinne, sondern auch Lehrgänge von kürzerer Dauer in den Überblick einzubeziehen sind.

Da beinahe das gesamte kaufmännische Unterrichtswesen - wenn wir die heutige Terminologie zugrunde legen - aus privater Initiative erwachsen ist und bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts im wesentlichen auf ihr ruhte, konnte eine Auseinandersetzung über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit privater kaufmännischer Schulen erst beginnen, als eine Alternative Vergleichsmöglichkeiten bot. Denn "der Begriff der Privatschule setzt den Gegenbegriff der öffentlichen Schule voraus"²⁾. Dieser mit den berufsvorbereitenden privaten Schulen vergleichbare Gegenpol entstand in Gestalt der die Berufsbildung betonenden Handelsschulen, die u. a. von den verschiedensten Frauenorganisationen, von Handelskammern sowie von Gemeinden gegründet wurden. Ihr gemeinsames Merkmal war eine wirtschaftlich gemeinnützige Grundlage³⁾. Dementsprechend wurde der Privatschulbegriff damals auch viel

1) Ausnahmen sind z. B. die Ablehnung von privaten Handelsakademien etwa im Range der späteren Handelshochschulen durch die HuGK Dresden oder von Halbjahreskursen durch die HK Hamburg. Vgl. HuGK Dresden, JB 1870, S. 20; HK Hamburg, JB 1925, S. 74 f.

2) Hans Heckel, Deutsches Privatschulrecht, Berlin-Köln 1955, S. 13.

3) Es ist deshalb bezeichnend, daß die sächsischen Innungsschulen z. T. den Namen "Öffentliche Handelslehranstalt" führten.

enger verstanden als heute¹⁾, denn die meisten jener gemeinnützigen Schulen würden nach der gegenwärtigen Terminologie als Privatschulen gelten. Aufgrund dieses Entwicklungsprozesses begannen die Handelskammern erst relativ spät damit, nämlich nach der Jahrhundertwende, das private Handelsschulwesen gründlicher kritisch zu beobachten. Bis dahin war die Initiative von Privatpersonen zur Gründung und Unterhaltung kaufmännischer Schulen in den Jahresberichten verschiedener Handelskammern überwiegend freundlich beurteilt worden²⁾.

Da eine größere Zahl von Kammern - übrigens überwiegend auf Wunsch von Behörden - Gutachten zum Privatschulwesen abgegeben hat, wiegt es schwer, daß sich aus den vorliegenden Urteilen und Empfehlungen, besonders aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, ein unerfreuliches Gesamtbild ergibt. Vielfach wurde über Mißstände örtlich unterschiedlichen Ausmaßes geklagt und die Erwartung ausgesprochen, der Staat möge die Aufsicht über das Privatschulwesen verstärken. Die Klagen bezogen sich vor allem auf³⁾

- eine fachlich und pädagogisch unzureichende Qualifikation der Schulleiter und Lehrer,

-
- 1) Im preußischen Min. Erlaß vom 1. Mai 1917 (IV 2657) heißt es in Abschnitt I Ziff. 2 Abs. 2: "Nicht unter den Begriff Privatschulen fallen die von Körperschaften des öffentlichen Rechts errichteten Schulen, denen wie den Gemeinden, Handelskammern, Handwerkskammern, Innungen usw. die Befugnis zur Errichtung von Unterrichtsanstalten gesetzlich zusteht. Zu den Privatschulen im Sinne dieses Erlasses gehören ferner nicht die von anderen Körperschaften und Vereinen errichteten Schulen, die von mir als gemeinnützig anerkannt sind." Abgedruckt in: Oskar Liebich (Hrsg.), Die Verwaltung der Berufsschulen, 6. Aufl., Langensalza-Berlin-Leipzig 1931, S. 237.
 - 2) Vgl. hierzu beispielsweise die Jahresberichte der HK Osnabrück von 1868 - 1900, in denen regelmäßig und z. T. nicht ohne Stolz auf die Noellesche Handelsschule wohlwollend eingegangen wird.
 - 3) Vgl. hierzu u. a. HK Erfurt, JB 1904, S. 38; HK Halberstadt, JB 1905, Anhang, S. 7; Ausschlußbericht der HK Plauen, abgedruckt in: HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 28, S. 474; Erklärung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern, abgedruckt in: HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 34, S. 618; HK Essen, JB 1907, Teil I, S. 50; o. V., Regelung des Privathandelsschulwesens im Bezirk der Handelskammer Graudenz, in: ZfgkU, 12. Jg. (1909/10), Nr. 10, S. 300 f.; HK Stuttgart, JB 1913, S. 235 f.; HK Magdeburg, Verh. u. Mitt., Jg. 1916, Nr. 7/8, S. 175.

- eine ungenügende Auslese und unzuverlässige Beurteilung der Schüler,
- eine hygienisch wie pädagogisch mangelhafte Ausstattung der Schulräume,
- eine marktschreierische und irreführende Werbung,
- die kurze Dauer des Unterrichts
und schließlich - als letzte Ursache allen Übels -
- "das nackte Erwerbsprinzip derartiger privater Anstalten"¹⁾.

Die Handelskammern standen mit ihren z. T. unerfreulichen Beobachtungen nicht allein. Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen hatte 1902 mit seiner Forderung nach allgemeiner behördlicher Aufsicht über "sämtliche gewerbsmäßig betriebene(n) Ausbildungs-Institute"²⁾ die Diskussion in Bewegung gebracht. Im Zentralausschuß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen wurde einem Leitsatz zugestimmt, der von "zahlreichen und tiefgreifenden Mißstände(n) auf dem Gebiete des Privathandelschulwesens"³⁾ sprach. Das in jenen Jahren schnell gewachsene Verlangen nach Unterricht zur Vorbildung für Kontorberufe vor allem der Mädchen hatte ein ebenso schnelles und darum pädagogisch nicht ausreichend fundiertes Wachstum des Privatschulwesens zur Folge. Das Nachhinken der pädagogischen Anpassung an veränderte soziale und wirtschaftliche Situationen ist allgemein durch diese Notwendigkeit des Ausreifens sowohl der Bildungs-idee als auch der angemessenen Lehrerbildung bedingt. Das private Schulwesen kann sich neuen Erfordernissen äußerlich schneller und differenzierter anpassen, es vermag aber nicht schneller zu reifen als das öffentliche.

In der schnellen Anpassung und Differenzierung von Bildungswegen entsprechend dem örtlichen "Ausbildungsbedarf" sahen verschiedene Handelskammern andererseits mit Recht einen bedeutenden Vorzug des privaten Unterrichtswesens. Es wurde davor gewarnt, "ein Übermaß staatlichen Eingrei-

1) HK Stuttgart, JB 1913, S. 236.

2) Vgl. ZfgkU, 5. Jg. (1902/03), Nr. 2, S. 41.

3) Ausschußsitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen, Eisenach, 5. bis 8. Mai 1907, DVkU, Bd. 38, Leipzig 1907, S. 144.

fens ... (könne) möglicherweise statt zur Förderung zur Verknöcherung der Bildungsanstalten führen¹⁾.

Württembergische Kammern machten darauf aufmerksam, man dürfe beim Wägen der Vor- und Nachteile privaten Unterrichts nicht nur die Ansprüche an eine "regelrechte kaufmännische Ausbildung" ins Auge fassen. Gerade den außergewöhnlichen, oft sehr bescheidenen Ausbildungswünschen²⁾ vieler Mädchen könnten Schulen mit umfassenderen Bildungszielen und größeren Kosten ebensowenig gerecht werden³⁾ wie den nichtkaufmännischen Gewerbetreibenden, die aber doch ein Mindestmaß kaufmännischer Kenntnisse benötigten⁴⁾. Wenngleich diese Argumentation mehr einer rationellen als einer harmonisch-persönlichkeitsformenden Bildung das Wort redete, so wird sie doch auf dem Hintergrund des sozialen Aufstiegsdrangs der Arbeiterkinder⁵⁾, denen das Geld für längere Bildungswege fehlte, und des in größere wirtschaftliche Zusammenhänge eingeflochtenen Handwerks verständlich. Sie zeigt aber auch, daß die Bedeutung des Privatschulwesens richtungsweisend nicht in der Vorbildung einer großen Zahl gleichwertig qualifizierter zukünftiger Kaufleute, sondern vor allem im Erfüllen von verschiedenen motivierten besonderen Bildungswünschen gesehen wurde.

Da sich aber die Klagen über Mißstände in der tatsächlichen Arbeit der privaten Einrichtungen bis in den ersten Weltkrieg hinein ständig verstärkten und der Zentralausschuß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, in dem die Handelskammern großen Einfluß hat-

1) HKn in Württemberg, JB 1903, S. 89 (HK Heidenheim).

2) Berufliche Vorbildung und Ausbildung sind besonders hinsichtlich der Funktionen von Mädchenhandelsschulen schwer zu trennen. Bei einem Großteil der Schülerinnen - und zwar in verstärktem Maße der Privatschulen - folgte dem Handelsschulbesuch damals noch häufiger als heute keine weitere Ausbildung durch ein Lehr- oder Anlernverhältnis, sondern nach einer kurzen Einarbeitungszeit voller Einsatz z. B. als Buchhalterin oder Schreibkraft.

3) Vgl. HuG, 10. Jg. (1902/03), Nr. 32, S. 566 (HK Heilbronn).

4) Vgl. HKn in Württemberg, JB 1903, S. 88 (HK Reutlingen).

5) Die HK Essen teilt die Beobachtung mit, daß die kaufmännischen Privatschulen "ihre Schüler weniger in dem Kreise der jungen Kaufleute, als vielmehr eben in den Kreisen anderer Berufe, im Arbeiterstande" suchten. HK Essen, JB 1907, Teil I., S. 50.

ten, "in dem Wirken der meisten Privat-Handelsschulen ... eine schwerwiegende Gefahr für den Handelsstand und seinen Bildungsgrad"¹⁾ erblickte, erließ der Bundesrat mitten im Kriege einheitlich für das ganze Reichsgebiet die zu einer Kontrolle des privaten Fachunterrichts notwendigen Rahmenbestimmungen²⁾. Die rechtlichen Konsequenzen der Verordnung und die zunehmende Konsolidierung und Bewährung des öffentlichen Handelsschulwesens verringerten die Auswüchse der privaten Schulen und engten ihren Wirkungskreis ein. So wurden die Urteile von Handelskammern, die gelegentlich auch bei Streitigkeiten zwischen öffentlichen und privaten Handelsschulen vermittelten, in den zwanziger Jahren freundlicher³⁾.

Insgesamt läßt sich der Einfluß der Handelskammern auf den Aufbau und die Leistungen des privaten Handelsschulwesens im hier verstandenen Sinne bei weitem nicht so hoch veranschlagen wie hinsichtlich der öffentlichen Schulen. Die institutionell unabhängige Stellung der "Schulunternehmer" bot dazu auch nur wenig Möglichkeiten. Es muß aber anerkannt werden, daß die Kammern im Spannungsfeld unternehmerischer Interessen der Schulträger und bildungspolitischer Zweckmäßigkeit den pädagogischen Überlegungen eindeutig den Vorrang gegeben und auch dazu beigetragen haben, den privaten Schulen eine eigenständige Stellung im System des kaufmännischen Bildungswesens zu erhalten.

IV. Kaufmännische Fachprüfungen, insbesondere Prüfungen für Stenografen und Maschinenschreiber

Bevor sich Kaufmannsgehilfenprüfungen in bedeutenderem Umfange durchsetzten, haben die Kammern auf dem Gebiete

- 1) Ausschußsitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen am 2. und 3. Juni 1916 in Eisenach, DVkB, Bd. 53, Leipzig 1916, S. 61.
- 2) Vgl. Bekanntmachung des Bundesrats über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht vom 2. August 1917, abgedruckt in: Oskar Liebich (Hrsg.), a.a.O., S. 249 ff.
- 3) Vgl. hierzu HK Hamburg, Eingabe an die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, abgedruckt in: DWZ, 22. Jg. (1925), Nr. 40, S. 971 f.; IHK Nürnberg, JB 1927, S. 26; IHK Hannover, TB 1933, S. 32.

der sog. kaufmännischen Spezialprüfungen (Fachprüfungen), und zwar insbesondere für Geschäftsstenografen und Maschinenschreiber, richtungweisende Erfahrungen hinsichtlich der Organisation und in ¹⁾geringem Maße auch der Leistungsbewertung sammeln können¹⁾. Sie kamen dem gesamten wirtschaftsberuflichen Prüfungswesen direkt oder indirekt zugute. Die Kammern standen solchen Leistungskontrollen auf Spezialgebieten wesentlich aufgeschlossener gegenüber, weil sie nicht durch jene standes- und gewerbepolitische Problematik belastet waren, die der Gehilfenprüfung so viele Hemmnisse in den Weg legten. Von nicht geringem Einfluß dürfte auch der Gesichtspunkt gewesen sein, daß die bei den Gehilfenprüfungen angestrebte indirekte Kontrolle des Ausbildungsbemühens der Lehrbetriebe beim Qualifikationsnachweis für einzelne Arbeitsgebiete oder Fertigkeiten von vornherein ausgeschlossen war, da die Prüflinge ihre Leistungen in der Regel nicht aus einem Ausbildungsverhältnis mit Wirtschaftsunternehmen, sondern als Ergebnis persönlicher Fortbildung auf ihnen völlig freigestelltem Wege gewonnen hatten. Ebenso war die Prüfbarkeit der sog. schreibtechnischen Fertigkeit nicht umstritten.

So bedurfte es vor der Errichtung von Prüfungsämtern durch die Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft vor allem der Erkenntnis, daß es sich bei der Kurzschrift bzw. dem Maschinenschreiben um Fertigkeiten handelt, die in einzelnen Arbeitsbereichen der Wirtschaft nutzbringend angewandt werden können.

Obwohl die Kurzschrift seit etwa 1820 in den Ständeversammlungen, den Landtagen, bei den Gerichten und anderen Behörden angewandt wurde²⁾, blieb sie in der Wirtschaft lange

1) Die Prüfungen für Stenografen und Maschinenschreiber sind im Überschneidungsbereich von Jugend- und Erwachsenenbereich einzuordnen. Obwohl das Mindestalter für die Teilnahme schon bald nach dem ersten Weltkrieg allgemein auf 16 Jahre festgesetzt wurde, dürfte der Teilnehmerkreis altersmäßig sehr heterogen gewesen sein. Angaben aus der Zeit vor 1933 liegen hierzu nicht vor.

2) Vgl. L. Schneider und G. Blauert, Geschichte der deutschen Kurzschrift, Wolfenbüttel 1936, S. 311 ff.

unbeachtet. Im Jahre 1858 beriet die HK Frankfurt a. M. auf Wunsch einer städtischen Behörde "über die practische Anwendung der Stenographie für das kaufmännische Leben"¹⁾. Die namhaften Frankfurter Kaufleute kamen zu dem heute kurios anmutenden Ergebnis, "daß diese Lehre für die wissenschaftliche Ausbildung des Kaufmanns wie eines jeden anderen wohl von Nutzen seyn könne, für die praktische Anwendung im kaufmännischen Geschäftsbetriebe aber sich kaum brauchbar erweisen dürfte"²⁾.

Zur gleichen Zeit nahm jedoch die Wiener Handels-Akademie die Stenographie bereits als fakultatives Fach in ihren Lehrplan auf³⁾. 1870 finden wir unter den Wahlfächern der Öffentlichen Handelslehranstalt Dresden (Höhere Abteilung) Stenografie⁴⁾, und ein knappes Jahrzehnt später auch den Hinweis der HuGK Heidenheim, daß "die fast überall im Lande noch außer Acht gelassene Stenographie" besonderer Pflege bedürfe⁵⁾. Harry Schmitts 1892 veröffentlichte Untersuchung der Lehrgebiete von 137 kaufmännischen Fortbildungsschulen in Deutschland führte zu dem überraschenden Ergebnis, daß schon 98 von ihnen Stenografie unterrichteten⁶⁾, so daß Schmitt bei diesem Entwicklungsstand die Folgerung ziehen konnte, die Stenografie habe sich "in keinem anderen Berufskreise so allgemein und so schnell Bahn gebrochen, als im Kaufmannsstande"⁷⁾. Darin findet sich auch die Erklärung, warum die Kurzschrift heute noch vielfach als kaufmännisch-berufsbildender Lehrstoff angesehen wird, obwohl sie wesensmäßig keine typisch kaufmännischen Charakteristika trägt. Die von Ivan Zolger 1905 zusammengestellten Studententafeln⁸⁾ bestätigen, daß die Kurzschrift auch in den Schulen zur beruflichen Vorbildung der Kaufleute aufgenommen worden war.

1) HK Frankfurt a. M., Protokoll der Sitzung am 11. Juni 1858, Protokollband 1857 - 1862, S. 175.

2) Ebenda.

3) Vgl. Anton Kleibel, Fünfzig Jahre Wiener Handels-Akademie, Wien 1908, S. 37.

4) Vgl. HuGK Dresden, JB 1870, S. 219.

5) HuGKn in Württemberg, JB 1873, S. 357.

6) Vgl. Harry Schmitt, a.a.O., S. 104. Allerdings ist zu beachten, daß der Stenografieunterricht ganz überwiegend als Wahlfach erteilt wurde.

7) Ebenda, S. 105.

8) Vgl. Ivan Zolger, a.a.O., S. 113 ff.

Hier wie bei den kaufmännischen Fortbildungsschulen erschien sie allerdings überwiegend als Wahlfach. Das Handelsschulwesen für Mädchen zählte dagegen Stenografie in den meisten Fällen zu den obligatorischen Fächern¹⁾.

Unterricht in Maschinenschreiben konnte Schmitt noch gar nicht, Zolger aber außer an der von Jungen besuchten Höheren Abteilung der Öffentlichen Handelslehranstalt Dresden bei den meisten Mädchenhandelsschulen feststellen²⁾. Überhaupt hat der Maschinenschreibunterricht in den kaufmännischen Schulen bis nach dem ersten Weltkrieg schon wegen der hohen Kosten der Maschinen im Vergleich zur Kurzschrift eine stiefmütterliche Rolle gespielt.

Wir können aber festhalten, daß die Zweckmäßigkeit der Kurzschrift als eines Hilfsmittels zur Arbeitsbeschleunigung im kaufmännischen Büro in den letzten drei Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg zunehmend erkannt worden ist und zu den entsprechenden Konsequenzen bei der Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses - insbesondere der Mädchen - führte. Die Schreibmaschine und die Fertigkeit ihrer Benutzung gewannen dagegen erst mit einiger Verzögerung größere Bedeutung, beschleunigten aber gleichzeitig den Aufschwung der Kurzschrift in den Betrieben erheblich.

Der in den kaufmännischen Schulen mit nur geringer Wochenstundenzahl erteilte Unterricht konnte zwar den schreibtechnischen Ansprüchen an einen Kaufmann mit vielseitigen Aufgaben noch genügen, nicht aber den Anforderungen an die "Kurz-" und die "Maschinenschreiber", "Stenotypisten", "Geschäfts-" oder "Diktatstenografen"³⁾. Es lag nahe, daß sich die verzweigte Organisation der Stenografenvereine, wo die Pflege der Kurzschrift ihren Mittelpunkt fand, um Qualifikationsmöglichkeiten für die Tüchtigsten bemühte. Der Deutsche Gabelsberger Stenografenbund richtete deshalb einige Jahre vor dem ersten Weltkrieg Prüfungsausschüsse ein⁴⁾.

1) Vgl. ebenda, S. 248 ff.

2) Vgl. ebenda, S. 130 und 248 ff.

3) Die Berufsbezeichnungen finden sich bei L. Schneider und G. Blauert, a.a.O., S. 332 f.

4) Vgl. ebenda, S. 333.

Aber schon bald ergriffen auch die Handelskammern die Initiative, indem sie Prüfungsämter für Stenografen errichteten, und zwar allen voran die Kammern Halberstadt und Magdeburg (beide 1911). Es folgten die Kammern Siegen (1913), Saarbrücken (1914)¹⁾ und Mülheim a. Rh. (spätestens 1914²⁾). Während des Krieges wurde das Staatliche Prüfungsamt Hamburg, in das die Handels-, die Detaillisten- und die Gewerbekammer Vertreter entsandten, errichtet (1917). Der Ausbau des Netzes kammereigener Prüfungsämter für Stenografen erfolgte in den Jahren 1919 bis 1922 mit ungewöhnlicher Schnelligkeit, so daß am Ende dieses Zeitraumes mindestens die Hälfte aller deutschen Handelskammern solche Ämter eingerichtet hatte. Bis zum Jahre 1930 war die Zahl der Prüfungsämter, die von 102 der damals bestehenden 120 Handelskammern³⁾ unterhalten wurden oder an denen sie beteiligt waren, auf 96 angewachsen⁴⁾. Sie hat sich bis 1933 nur noch unwesentlich erhöht.

Prüfungsämter für Maschinenschreiber entstanden bei den Handelskammern erst nach dem ersten Weltkrieg, und zwar von 1920 (Kassel, Kiel) an. Auf die den erforderlichen Maschinenschreibunterricht lange Zeit hemmenden finanziel-

-
- 1) Die HK Saarbrücken führte bereits seit 1909 in organisatorischem Zusammenhang mit ihrer kaufmännischen Fachschule besondere Lehrgänge sowohl für Maschinenschreiben als auch für Stenografie selbst durch. Vgl. Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung, 14. Jg. (1909), S. 206.
 - 2) Das Prüfungsamt wurde 1914 im Zuge der Kammerfusion Mülheim a. Rh. - Köln von der neuen Kammer Köln übernommen. Vgl. Bruno Kuske, 150 Jahre Kölner Handelskammer, a.a.O., S. 69.
 - 3) Die Detaillisten- und die Gewerbekammern in den Hansestädten Bremen, Hamburg und Lübeck sind nicht mitgezählt.
 - 4) Die Gründungsdaten und die statistischen Angaben dieses Abschnitts wurden aus folgenden Veröffentlichungen und Quellen gewonnen: Arthur Blaustein (Hrsg.), a.a.O., S. 370; Harm-Hinrich Brandt, Von der Fürstlich-Hessischen Commerzien-Cammer zur Industrie- und Handelskammer Kassel 1710 - 1960, Kassel 1960, S. 108; Rudolf Haus, a.a.O., S. 50; Fritz Heréus, a.a.O., S. 82; Bruno Kuske, 150 Jahre Kölner Handelskammer, a.a.O., S. 69; Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30 (mit Angaben zu jeder einzelnen Kammer); HuG, 27. Jg. (1919/20), Nr. 38, S. 492; ebenda, 28. Jg. (1920/21), Nr. 8, S. 81, Nr. 13, S. 133, Nr. 25, S. 252, Nr. 28, S. 281, Nr. 29, S. 287, Nr. 30, S. 294, Nr. 31, S. 304, Nr. 32, S. 314, Nr. 35, S. 346, Nr. 41, S. 425, Nr. 46, S. 480; ebenda, 29. Jg. (1921/22), Nr. 9, S. 90; IHK Koblenz, JB 1927, S. 20.

Tabelle 2

Prüfungsämter der Industrie- und Handelskammern
für Stenografen und Maschinenschreiber
Stand: 1930

Land	Gesamtzahl der Industrie- und Handelskammern ¹⁾	Prüfungsämter für	
		Stenografen	Maschinenschreiber
Preußen	69	58 ²⁾	21 ⁵⁾
Bayern	9	5 ²⁾	4 ⁶⁾
Sachsen	5	5 ²⁾	-
Württemberg	8	8	6
Baden	9	8	1
Hessen	7	1 ³⁾	-
Übrige Staaten	13	11 ⁴⁾	1
Summen	120	96	33

Anmerkungen:

- 1) Ohne Detaillisten- und Gewerbekammern der Hansestädte.
- 2) Neun preußische Kammern sowie die Kammer Chemnitz unterhielten die Prüfungsämter gemeinsam mit Stadtverwaltungen. Bei den Prüfungsämtern der Industrie- und Handelskammern Koblenz und Nürnberg wirkten die Regierungspräsidenten mit.
- 3) Dem gemeinsamen Prüfungsausschuß der hessischen Industrie- und Handelskammern unterstanden die bei den einzelnen Kammern gebildeten Prüfungsausschüsse. Mainz und Bingen unterhielten einen gemeinsamen Ausschuß.
- 4) Einschließlich der Staatlichen Prüfungsämter in Hamburg und Lübeck, in denen die Handelskammern vertreten waren.
- 5) Bei drei Prüfungsämtern wirkten die örtlichen Stadtverwaltungen, bei einem (Koblenz) der Regierungspräsident mit.
- 6) Am Prüfungsamt der IHK Nürnberg hat die Regierung von Mittelfranken mitgewirkt.

Quellen: Siehe S. 128, Fußn. 4.

len Schwierigkeiten, die letztlich auch einen schnellen Aufbau entsprechender Prüfungsämter nicht erforderten, wurde schon hingewiesen. 1930 standen den 96 Prüfungsämtern für Kurzschrift nur 33 für Maschinenschreiben gegenüber. Die regionale Verteilung wird durch Tabelle 2 veranschaulicht.

Die Anmerkungen zu der Übersicht verdeutlichen bereits, daß mehrere Prüfungsämter nicht ausschließlich in der Hand der Kammern waren. Der Kreis der Handelskammern, die in die von ihnen unterhaltenen Ämter gleichberechtigte Vertreter der Stenografenvereine, der kaufmännischen Schulen, der Angestelltenverbände und auch der Behörden berufen hatten, war sehr viel größer. Die aus den Demokratisierungsbestrebungen der zwanziger Jahre erwachsene Zusammenarbeit der Ausbildungsträger hat sich damals in diesem Bereich ganz offensichtlich bewährt, denn es fehlt in den Kammerveröffentlichungen an Klagen. Um so mehr verwundert, daß eine satzungsmäßig geregelte Beteiligung der an der Ausbildung und Fortbildung mitwirkenden Gruppen bis heute nicht die Regel geworden ist, wenngleich Sachverständige aus diesen Kreisen nach Ermessen der Kammern in die Prüfungsausschüsse berufen werden¹⁾.

Zusammenfassend läßt sich für die Entwicklung von 1911 bis 1933 feststellen, daß das Prüfungswesen für in der Wirtschaft tätige Stenografen und Maschinenschreiber schon vor 1933 zu einer Angelegenheit der Industrie- und Handelskammern auf weithin partnerschaftlicher Grundlage geworden war und einen beachtlichen Teil ihrer Selbstverwaltungsarbeit beanspruchte. Wir haben nun danach zu fragen, welche Motive die Kammern zur Übernahme dieser Aufgabe bewegten, und ob es sich um eine Bildungsarbeit im Sinne dieser Untersuchung handelte.

Mit dem Einführen der Prüfungen für Stenografen wie für Maschinenschreiber wollten die Handelskammern Qualifikationsmöglichkeiten für eine Elite der Sekretärinnen und Schreibkräfte bieten. Die Kurzschriftprüfungen setzten näm-

1) Auskunft der IHK Nürnberg vom 22. 12. 1966.

lich eine Schreibgeschwindigkeit von mindestens 150 Silben¹⁾, die für Maschinenschreiber von 240 Anschlägen in der Minute voraus. Wie hoch diese Anforderungen waren - die Voraussetzungen für die unterste Qualifikationsstufe der entsprechenden heutigen Prüfungen sind geringer -, verdeutlicht die Tatsache, daß der Berufsbildungsplan für den Bürokaufmann heute nur eine Geschwindigkeit in Kurzschrift von 100 Silben und im Maschinenschreiben von 120 Anschlägen festlegt²⁾. Die Bürogehilfin legt nach den Richtlinien des DIHT von 1955 mit einer Geschwindigkeit von 120 Silben bzw. 180 Anschlägen den "schreibtechnischen" Teil ihrer Abschlußprüfung ab³⁾.

Den hohen Anforderungen entsprechend war auch der Anteil der nicht bestandenen Prüfungen sehr hoch. Beispiele mögen dies zeigen: Von 1921 bis 1930 hatten sich 677 Kandidaten den Prüfungen der IHK Köln für Kurzschrift unterzogen; 344 Teilnehmer bestanden⁴⁾. Beim Prüfungsamt der IHK Düsseldorf erhielten bis dahin nur 51 von 189 Teilnehmern an der Stenografenprüfung das Fertigungszeugnis⁵⁾. Bei der Nürnberger Kammer wurden in den Jahren 1927, 1928, 1930, 1932 und 1933 insgesamt 1029 Stenografen geprüft; 682 von ihnen bestanden⁶⁾. Die Prüfungsergebnisse im Maschinenschreiben waren sehr viel besser, obwohl bei der ersten Prüfung der IHK Hannover 1924 nur 43 % der Teilnehmer erfolgreich abschnitten⁷⁾.

1) Erst nach 1925 wurde auf Empfehlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen aus pädagogischen Gründen eine "Vorprüfung" mit 120 Silben in der Minute auf breiterer Basis eingeführt. Vgl. hierzu DVKB, Bd. 64, Braunschweig 1926, S. 15 f.

2) Vgl. Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung (Hrsg.), Bürokaufmann - Berufsbild, Berufsbildungsplan, Prüfungsanforderungen, Bielefeld o. J. (1962), S. 7.

3) Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), Richtlinien für die Durchführung von Prüfungen in Kurzschrift und Maschinenschreiben, Bielefeld 1955, S. 2 f.

4) Vgl. IHK Köln, JB 1930, S. 9.

5) Vgl. IHK Düsseldorf, JB 1931, S. 49.

6) Vgl. IHK Nürnberg, JB 1927, S. 25, GB 1928, S. 8, GB 1930, S. 47, GB 1932, S. 80 f., GB 1933, S. 11. In den Jahren 1929 und 1931 wurden ebenfalls Prüfungen durchgeführt. Die statistischen Angaben in den Geschäftsberichten sind aber nicht genügend aufgeschlüsselt.

7) Vgl. HK Hannover, TB 1924, S. 12.

Eine Einheitlichkeit der Anforderungen bildete sich allerdings erst heraus, nachdem der Deutsche Verband für das kaufmännische Bildungswesen 1925 und 1926 Mustersatzungen bzw. -prüfungsordnungen herausgegeben¹⁾ und sowohl der DIHT²⁾ als auch der Deutsche Stenografenbund Gabelsberger³⁾ die allgemeine Einführung dieser Rahmenbestimmungen empfohlen hatten. Trotzdem blieb eine größere Zahl von Kammern - insbesondere die sächsischen - bei ihren vorher konzipierten und z. T. noch strengeren Prüfungsordnungen⁴⁾. Der Charakter einer Ausleseprüfung, die strebsamen Kaufleuten Gelegenheit gab, "ihre besonderen Kenntnisse und Fertigkeiten auf bestimmten Fach- und Teilgebieten der kaufmännischen Berufstätigkeit unter Probe zu stellen und sich durch den Erwerb eines Zeugnisses für besondere Posten und Funktionen im Geschäftsbetrieb zu qualifizieren"⁵⁾, blieb jedoch allgemein gewahrt. Die Notwendigkeit derartiger Teilqualifikationen wurde aus "der fortschreitenden Berufsdifferenzierung der letzten Jahrzehnte vom Universalkontoristen alten Stils zum modernen Spezialisten"⁶⁾ hergeleitet.

Für die von den Handelskammern vertretenen Wirtschaftsunternehmen schufen die Prüfungen einen Maßstab für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Stellenbewerbern. Daß Leistungsfähigkeit und tatsächliche Leistung allerdings voneinander abweichen können, gehört zur unvermeidbaren Fragwürdigkeit der Folgerungen, die aus derartigen Prüfungen über das zu erwartende Arbeitsmaß zu ziehen sind.

1) Vgl. Gertz, Bericht über die Kommissionssitzung zur Aufstellung einer einheitlichen Prüfungsordnung für Maschinenschreiber und zur nochmaligen Beratung der Kurzschriftprüfungsordnung, in: DVkB, Bd. 64, a.a.O., S. 15 f. (Dort sind auch die Mustersatzungen bzw. -prüfungsordnungen in überarbeiteter Fassung abgedruckt.)

2) Vgl. ebenda, S. 15.

3) Vgl. Rundschreiben des Deutschen Stenografenbundes Gabelsberger an die Industrie- und Handelskammern vom 18. Dez. 1925, abgedruckt in: DVkB, Bd. 64, a.a.O., S. 50 f.

4) Vgl. Verh. des DIHT, Heft 6/1928, a.a.O., S. 35 f.

5) O. V., Aktuelle Fragen des kaufmännischen Bildungswesens - Grundsätzliches über die Einrichtung kaufmännischer Prüfungen, in: Mitt. der HK Reutlingen, Nr. 36/1927 (Sondernummer), S. 196.

6) Ebenda.

Um den qualifizierten Fachkräften einen Anreiz zur Teilnahme zu geben, wurde damit geworben, daß die Prüfungszeugnisse Beweise des beruflichen Könnens seien und somit Möglichkeiten des Aufstiegs und der besseren Entlohnung böten¹⁾. Der Bildungsausschuß des DIHT empfahl den Arbeitgebern, "amtlich geprüfte Kurzschriftler bei der Besetzung freier Stellen vorzugsweise zu berücksichtigen"²⁾. Anfänglich sollen Vorteile im Gehalt der erfolgreichen Prüflinge allerdings nicht allgemein zu beobachten gewesen sein³⁾.

Die bisher genannten Begründungen für die Zweckmäßigkeit der Leistungsfeststellung und -bewertung hatten vorrangig wirtschafts- und sozialpolitisches Gewicht, jedoch auch pädagogische Rückwirkungen auf das Bestreben der jungen Kaufleute nach beruflicher Vervollkommnung. Der pädagogische Wert der Prüfungen wurde von den Kammern auch ausdrücklich hervorgehoben. So sollte die Möglichkeit zum Leistungsnachweis zugleich Ansporn zu beruflicher Tüchtigkeit sein⁴⁾ und den kaufmännischen Nachwuchs dazu anhalten, "neben der Erweiterung und Vertiefung ihrer allgemeinen kaufmännischen Kenntnisse sich in emsiger Arbeit in den besonders wichtigen Spezialfächern weiterzubilden"⁵⁾. Verschiedene Handelskammern gaben ihren Prüfungsämtern den ausdrücklichen Auftrag, über die eigentlichen Qualifikationsprüfungen hinaus Wettschreiben und andere, insbesondere die Kurzschrift fördernde Veranstaltungen durchzuführen⁶⁾. Das bedeutete eine allgemeine Förderung der sogenannten schreibtechnischen Fertigkeiten, deren Bildungswert damals vor allem von den Lehrkräften der entsprechenden Unterrichtsfächer unter wirtschaftspädago-

-
- 1) Vgl. HuG, 28. Jg. (1920/21), Nr. 8, S. 81; o. V., Aktuelle Fragen des kaufmännischen Bildungswesens, a.a.O., S. 197; IHK Koblenz, JB 1927, S. 20; IHK Oppeln, JB 1930, S. 88.
 - 2) Verh. des DIHT, Heft 6/1928, a.a.O., S. 36.
 - 3) Vgl. Bericht über die Sitzung der Kommission betr. Gehilfenprüfungen, Halle a. d. S., den 29. Juni 1927, DVkB, Bd. 68, Braunschweig 1927, S. 28 und 33.
 - 4) Vgl. HuG, 28. Jg. (1920/21), Nr. 8, S. 81.
 - 5) O. V., Aktuelle Fragen des kaufmännischen Bildungswesens, a.a.O., S. 197.
 - 6) So z. B. die Kammern Frankfurt a.M.-Hanau und Osnabrück. Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30, S. 157 und 201.

gischem Aspekt erfolgreich nachzuweisen versucht wurde¹⁾. Obwohl die Motive nicht nur pädagogischer Natur waren, muß den Kammern das Verdienst zuerkannt werden, daß sie durch diese Einrichtung das Streben nach beruflicher Leistungsfähigkeit, die das Bild der Gesamtpersönlichkeit mit formt, für einen Teil der Angestellten im kaufmännischen Büro stark gefördert haben. Deshalb stellte das Schaffen von Prüfungsmöglichkeiten für Stenografen und Maschinenschreiber durch die Industrie- und Handelskammern Bildungsarbeit im echten Sinne dar.

Daß sich das Prüfungswesen für Kurzschrift und Maschinenschreiben trotz anfänglicher "Konkurrenz" durch Stenografenvereine und Angestelltenverbände bei den Industrie- und Handelskammern konzentrierte, ist freilich nicht nur eine Folge des pädagogischen Bemühens, denn hierin haben insbesondere die Vereine der Kurzschriftfreunde nicht weniger geleistet. Ausschlaggebend war vielmehr, daß sich die auch von der wissenschaftlichen Wirtschaftspädagogik gestützte Überzeugung durchsetzte, die Kurzschrift sei "eine praktische Fertigkeitsleistung, bei deren Art und Bemessung die Anforderungen der Wirtschaft immer zur Geltung gebracht werden müssen"²⁾. Im Jahre 1938, als es keine freien Vereine mehr gab, wurde die ausschließliche Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammern für Prüfungen in Kurzschrift und Maschinenschreiben durch ministeriellen Erlaß durchgesetzt³⁾.

Wenn oben von der Bedeutung kaufmännischer Fachprüfungen gesprochen wurde, unsere Untersuchung sich aber auf das Prüfungswesen für Kurzschrift und Maschinenschreiben kon-

1) Vgl. z. B. Erich Beckert, Der Bildungswert von Kurzschrift und Maschinenschreiben, in: DHW, 9. Jg. (1929), Nr. 1, S. 1 - 5.

2) Karl von der Aa, Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern an der Ausbildung des kaufmännischen und technischen Nachwuchses, in: Rhein-Mainische Wirtschaftszeitung, Jg. 1934, Nr. 10 (Festausgabe 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M.), S. 298. Von dem gleichen Gesichtspunkt war auch die IHK Reutlingen ausgegangen, als sie ihre Prüfungseinrichtungen schuf. Vgl. o. V., Aktuelle Fragen des kaufmännischen Bildungswesens, a.a.O., S. 198.

3) Vgl. Hermann Peters, a.a.O., S. 60.

zentrierte, so muß ergänzt werden, daß sich Ende der zwanziger Jahre der Katalog der Prüfungsgebiete, deren sich die Handelskammern annahmen, auszuweiten begann: Prüfungen in einzelnen Fremdsprachen und für Buchhalter kamen hinzu. Bahnbrechend ist hier neben der IHK Chemnitz¹⁾ vor allem die HK Reutlingen hervorgetreten, indem sie nicht nur vielseitig tätig wurde, sondern auch ein an den damaligen Verhältnissen orientiertes, in einigen Punkten aber doch auch zukunftsweisendes System des Kammerprüfungswesens für Kaufleute entwarf und theoretisch zu begründen verstand²⁾. Die neuen Prüfungsmöglichkeiten sind aber vor 1933 nur in geringer Zahl geschaffen und auch nur von wenigen Interessierten genutzt worden. Wenn der DIHT³⁾ den Anfang fremdsprachlicher Prüfungen mit dem Jahr 1946 angibt, so trifft das ebensowenig zu wie die Vermutung Ernst Hoffmanns⁴⁾, vor 1933 habe keine Kammer derartige Leistungskontrollen durchgeführt⁵⁾.

V. Wege der gewerblichen Vorbildung

Die besondere Intensität der Kammerarbeit auf dem Gebiete der kaufmännischen Nachwuchsbildung seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts hat zu der Auffassung verleitet, den Handelskammern habe damals die Erziehung des gewerblichen

-
- 1) Die IHK Chemnitz hatte am 1. 7. 1924 die Möglichkeit geschaffen, "Prüfungen für Buchhalter (kaufm. Angestellte mit mindestens dreijähriger kaufm. Praxis u. selbständige Kaufleute) zur Feststellung ihrer Kenntnisse u. Fähigkeiten in d. Buchführung" abzulegen. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30, S. 352.
 - 2) Vgl. o. V., Aktuelle Fragen des kaufmännischen Bildungswesens - Grundsätzliches über die Einrichtung kaufmännischer Prüfungen mit besonderer Darlegung der Prüfungseinrichtungen der Handelskammer Reutlingen, a.a.O., S. 193 ff.
 - 3) Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), Berufsausbildung 1965, Bonn 1966, S. 110.
 - 4) Vgl. Ernst Hoffmann, Berufsausbildung 1963, Bonn 1964, S. 59.
 - 5) Die HK Reutlingen berichtet bereits 1927, daß sich 22 Kandidaten der Kammerprüfung in der englischen und 4 Kandidaten der Prüfung in der französischen Sprache unterzogen hatten. Vgl. o. V., Aktuelle Fragen des kaufmännischen Bildungswesens, a.a.O., S. 203.

Nachwuchses noch fern gelegen¹⁾. Demgegenüber ist festzustellen, daß zwar seit Ende der achtziger Jahre der bedeutendste Schwerpunkt der Bildungsarbeit im kaufmännischen Bereich lag, so daß sich der Deutsche Handelstag 1911 veranlaßt sah, auf die Notwendigkeit einer intensiveren Förderung des technischen Unterrichtswesens hinzuweisen²⁾, früher aber Fragen der gewerblichen Bildung in der Arbeit der Handelskammern zwar keinen sehr bedeutenden, aber durchaus den gleichen Rang einnahmen wie Erörterungen über die Bildungswege der Kaufleute. Ein Großteil der Kammern bemühte sich sogar zuerst um das gewerbliche Bildungswesen. Die jeweilige Wirtschaftsstruktur der Kammerbezirke gab den Ausschlag, auf welchem Gebiet die Arbeit begann.

Wie im kaufmännischen Bereich, so konzentrierte sich auch hier das Interesse anfänglich auf das Schulwesen. Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts rückte die Ausbildung der Lehrlinge in Fabrikbetrieben in den Vordergrund. Die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik mit ihren Auswirkungen auf Produktionsweise und Verkehrswesen erforderten einen Ausbildungsstand nicht nur der technischen Führungskräfte verschiedener Ebenen, sondern auch der industriellen Facharbeiter und verschiedener Handwerker, der in den Betrieben selbst nicht erreicht werden konnte. Er war vielmehr die Voraussetzung beispielsweise für die Maschinisierung der Betriebe.

Welche Bedeutung die Handelskammern dem gewerblichen Bildungswesen und seiner Entstehung beimaßen, verdeutlicht ein Rückblick der Stuttgarter Kammer, in dem noch landwirtschaftliche und gewerbliche Bildungseinrichtungen in einem Atemzuge gewürdigt werden. In dem Bericht von 1859 heißt es:³⁾

"Seitdem man die Entdeckung gemacht hat, daß jede auf einen Naturstoff ... gerichtete Arbeit bei jedem Schritt, den sie zu tun hat, durch Naturgesetze bedingt ist, und

- 1) Dieser Ansicht ist z. B. Karl von der Aa, Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern an der Ausbildung des kaufmännischen und technischen Nachwuchses, a.a.O., S. 296.
- 2) Vgl. Erklärung des Deutschen Handelstages vom 12. 5. 1911, a.a.O.
- 3) HuGKn in Württemberg, JB 1859, S. 104.

daß die Wissenschaften, welche sich mit der Erforschung der Naturgesetze beschäftigen, an Würde nichts verlieren, wenn sie die Ergebnisse ihrer Bemühungen der Gesellschaft zum Genusse geben: seitdem richtet die Wirthschaftspflege mit Recht ihr Hauptaugenmerk auf eine indirekte Förderung der Landwirthschaft und der Gewerbe durch Bildungsanstalten, als das sicherste, wirksamste und nachhaltigste Mittel ihrer Hebung hin. Auch trägt nichts so rasche Früchte als erworbene Kenntnisse. Wenn wir daher keinen Anstand nehmen, nächst dem Umschwung der allgemeinen Verkehrsverhältnisse durch den Zollverein und durch Eisenbahn, jenen ... Bildungsanstalten und den aus ihnen hervorgegangenen Männern ... einen hervorragenden Anteil an der Hebung der Boden- und Gewerbeindustrie des Landes zuzuschreiben, so fürchten wir mit dieser Behauptung auf keinen großen Widerstand zu stoßen, da es einleuchten muß, daß jene äußeren Förderungsmittel des Gewerbefleißes ohne wissenschaftliche Gewerbsbildung in sehr vielen Branchen der mechanischen und chemischen Technik hätten gar nicht oder nur höchst sparsam genutzt werden können."

Neben diesem Gesichtspunkt der Gewerbeförderung spielten sozialpolitische Überlegungen auch bei den Handelskammern eine bedeutende Rolle, um durch eine "erleichterte Gelegenheit zu gewerblicher Ausbildung" vor allem "die Lage der Arbeiter in jeder Hinsicht zu heben"¹⁾.

Anders als beim kaufmännischen Bildungswesen bemühten sich Staat und Gemeinden relativ früh um den Aufbau eines Schulwesens, das in seinen bedeutsamsten Formen der beruflichen Vorbildung von Handwerkern, Technikern und auch von Fabrikanten diene, eine praktische Berufserfahrung also noch nicht voraussetzte. Wie in Süddeutschland - auf die bayerischen Industrieschulen wird noch eingegangen - gedieh auch in Preußen eine größere Zahl Schulen zur gewerblichen Vorbildung unter der Protektion des Staates: 1821 wurde die Technische Schule in Berlin gegründet. Wenige Jahre später (1824) entstand die Provinzial-Gewerbeschule in Hagen unter Einfluß Peter Christian Wilhelm Beuths;

1) HK Gladbach (1854), zitiert in: Industrie- und Handelskammer Gladbach-Rheydt-Neuß (Hrsg.), Werden und Wachsen eines Wirtschaftsgebietes am linken Niederrhein - Festschrift zur Feier ihres 100jährigen Bestehens, M.Gladbach 1937, S. 148 und 150. Vgl. dazu auch HK Sorau N.-L., JB 1880, S. 4; o. V. (F. C. Huber), Zur Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, a.a.O., S. 158 ff.

1836 gab es in Preußen bereits 20 derartiger Schulen¹⁾, die zwar ursprünglich "in der Hauptsache nichts sein sollten als Handwerkerschulen mit einjährigem Kurs für die aus der Volksschule Entlassenen"²⁾, jedoch von einem Schülerkreis besucht wurden, der die verschiedensten Berufe anstrebte. In Berlin unterstützte beispielsweise die Korporation der Kaufmannschaft den Besuch der Gewerbeschule durch den kaufmännischen Nachwuchs, indem sie einige Freistellen für Söhne unterstützungsbedürftiger Mitglieder unterhielt³⁾.

Mit dem Aufschwung der Industrie gewannen die Provinzial-Gewerbeschulen als "Ausbildungsstätten für gehobene Techniker"⁴⁾ und zugleich als Vorbereitungsanstalten für das Königliche Gewerbeinstitut in Berlin (die frühere Technische Schule) Bedeutung. Zur Anpassung des Lehrplans an die Bedingungen des Einjährig-Freiwilligenrechts trug "der Ehrgeiz der Direktoren und der Wunsch der kleinen Fabrikanten und Handelskammermitglieder, deren Söhne auf den Schulen studierten"⁵⁾, erheblich bei. Diese Entwicklung war der der Handelsschulen des 19. Jahrhunderts sehr ähnlich. Vom Ende der siebziger Jahre an wurden die meisten der preußischen Provinzial-Gewerbeschulen zu neunklassigen Oberrealschulen mit betont allgemeinbildender Zielsetzung ausgebaut⁶⁾.

Es ist bezeichnend für die Bildungsarbeit der Handelskammern, daß sie vor allem auf solchen Gebieten bemerkenswerte

1) Vgl. Gustav Grüner, Die Geschichte der deutschen Ingenieurschule, in: Walter Niens u. a. (Hrsg.), Handbuch für das Ingenieurschulwesen, Heidelberg 1965, S. 18 f.

2) Gustav Schmoller, Das untere und mittlere gewerbliche Schulwesen in Preußen, in: derselbe (Hrsg.), Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Neue Folge, 5. Jg., Leipzig 1881, S. 1263.

3) Vgl. o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 265.

4) Gustav Grüner, a.a.O., S. 19.

5) Gustav Schmoller, a.a.O., S. 1271.

6) Vgl. K. Lüders, Denkschriften über die Entwicklung der gewerblichen Fachschulen und der Fortbildungsschulen in Preußen während der Jahre 1879 bis 1890, Berlin 1891, S. 73.

Anregungen und Initiativen entwickelte, denen der Staat weniger Aufmerksamkeit zuwandte. Deshalb überrascht nicht, wenn sich in den frühen Kammerveröffentlichungen zwar häufig Berichte über die Gewerbeschulen mit Hinweisen auf deren Bedeutung, aber kaum weiterführende Vorschläge für den Ausbau dieser Schulform finden. Eine der wenigen Ausnahmen war die richtungweisende Kritik der Kammer Hannover am Lehrplan nach der Reorganisation von 1870. Sie beanstandete, daß Bildungsgüter aus den Bereichen der Wirtschaft und des Rechts unzureichend berücksichtigt seien und erklärte:¹⁾

"Daß der Gewerbeschüler eine ausreichende Kenntniß dieser Disciplinen erlangen könne, halten wir der Regel nach allerdings nicht für möglich. Daß demselben aber der Sinn für Beachtung und Verständniß der den Geschäftsmann so nahe berührenden wirthschaftlichen und rechtlichen Vorgänge des Lebens einigermaßen erschlossen und geschärft werde ..., ist gewiß höchst wünschenswerth."

Die weitere Entwicklung des gewerblichen Schulwesens trug diesem Mißstand allgemein nur in beschränktem Maße Rechnung.

Aber selbst die mehr beobachtende und empfehlende Förderung durch die Handels- und Industrievertretungen stützte Ansehen und Gedeihen der Gewerbeschulen, für deren Bedeutung, wie die Kammer Bochum offensichtlich mit einem Seitenblick auf die Vorzugsstellung des Gymnasiums bemerkte, das volle Verständniß noch nicht in allen Kreisen vorhanden war²⁾. Als die preußischen Gewerbeschulen überwiegend zu allgemeinbildenden Schulen geworden oder eingegangen waren, fehlte es nicht an Klagen über die entstandene Lücke zur technischen Vorbildung und am Vorschlag, sie in verkürzter Form als Aufbaustufe im Anschluß an die höhere Bürgerschule wieder aufleben zu lassen³⁾.

1) HK Hannover, JB 1869, S. 19. Daß im JB 1869 bereits auf die Verhältnisse von 1870 Bezug genommen wurde, ist durch die Gewohnheit der meisten Kammern zu erklären, ihre Berichte erst im Laufe des folgenden Jahres zu stellen.

2) Vgl. HK Bochum, JB 1871, S. 44.

3) Vgl. HK Bielefeld, JB 1888, S. 36 f.

Vorbilder für einen derartigen Stufenaufbau gab es seit 1868 in Gestalt der bayerischen Industrieschulen. Zweck des technischen Zweiges dieser Anstalten war, den Gewerbe- bzw. Realschulabsolventen, "die sich einem ausgedehnteren und höheren Gewerbs- oder Fabrikbetrieb zu widmen beabsichtigen", die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten "in abschließender, für die unmittelbare praktische Anwendung berechneter Weise"¹⁾ in zwei, später in drei Jahren zu vermitteln, zugleich aber auch auf die Fortsetzung der Studien an der Technischen Hochschule vorzubereiten.

Seit Anfang der sechziger Jahre hatten bayerische Kreis-Gewerbe- und Handelskammern auf das Erfordernis einer solchen Schulform hingewiesen, um den Absolventen der Gewerbeschulen dieses Staates eine Möglichkeit zum Übertritt in weiterführende Schulen bis hin zur Technischen Hochschule bzw. ihren Vorläufern zu geben und damit den Gewerbeschulen die Lebensfähigkeit zu sichern. Die KGuHK für Mittelfranken befürchtete nämlich, die vor der Gründung stehende Technische Hochschule München werde "nur den sogenannten privilegierten Ständen zugänglich, den Söhnen der Gewerbetreibenden, der Arbeiter aber zumeist jede Aussicht genommen und damit dem Talent die Gelegenheit entzogen, sich heranzubilden und zur Geltung zu bringen"²⁾. Das war ein sozialpolitisch gewichtiges Argument, dem die staatliche Bildungspolitik ihre Unterstützung nicht versagen konnte.

Während die Kammer für Schwaben und Neuburg in Augsburg schulorganisatorisch einen entsprechenden Ausbau der Gewerbeschulen für zweckmäßig hielt³⁾, plädierte die Nürnberger Kammer für eine eigenständige "technische Lehranstalt behufs des Aufstiegens und der weiteren Ausbildung der Schüler der Kreisgewerbeschulen für höhere Industrie"⁴⁾.

Dieser zweite, von verschiedenen Seiten vertretene Plan

-
- 1) Verordnung vom 3. Sept. 1868, zitiert in: Königl. bayerische Industrie-Schule zu Kaiserslautern, JB für das Schuljahr 1877 - 78, S. 3.
 - 2) KGuHK von Mittelfranken, JB 1866/67, S. 14.
 - 3) Vgl. KGuHK für Schwaben und Neuburg, JB 1863, S. 7.
 - 4) KGuHK von Mittelfranken, JB 1865, S. 15.

wurde schließlich 1868 in vier Städten verwirklicht und so ein "Mittelglied, ein organischer Verband der Gewerbeschulen mit dem Polytechnikum hergestellt"¹⁾. Die fünf Jahre später der Industrieschule München angegliederte Handelsabteilung beendete zudem "die oft beklagte Sackgassensituation"²⁾ der Handelsschulabsolventen mehr theoretisch, denn "der Kaufmannsstand hat von der Bildungsgelegenheit so gut wie gar keinen Gebrauch gemacht"³⁾.

Der gewerbliche Zweig der Industrieschulen bewährte sich dagegen aus der Sicht der Kammern jahrzehntelang. Obwohl seine primäre Aufgabe die Ausbildung unmittelbar in die berufliche Praxis eintretender mittlerer technischer Führungskräfte war, erhielt er seine Hauptbedeutung doch als das Mittelglied zwischen Gewerbe- bzw. Realschule und Technischer Hochschule, das die Kammern in ihren Stellungnahmen der sechziger Jahre wünschten. In einem umfassenden Gutachten der HuGK für Mittelfranken aus dem Jahre 1895 wird nicht nur vorgerechnet, daß mehr als drei Viertel aller Industrieschulabsolventen ihre Ausbildung an Technischen Hochschulen fortsetzten⁴⁾, sondern auch hervorgehoben, "daß gerade dieser Bildungsgang die besten und brauchbarsten Techniker hervorbrachte"⁵⁾ und der Vorbildung durch humanistische Gymnasien und sogar durch Realgymnasien erheblich überlegen sei. Die Kammer wünschte deshalb eine völlige Anpassung der Industrieschulen an diese Aufgabe in Form einer Integration der Lehrpläne von Industrieschule und Realgymnasium⁶⁾. Damit war eine Brücke zur 1907 erfolgten und von der Kammer lebhaft begrüßten⁷⁾ Ablösung der Industrieschulen durch Oberrealschulen gebaut und dieser bayerischen Form gehobener allgemein-gewerblicher Grundbildung das gleiche Schicksal beschieden wie 20 Jahre früher den preußischen Gewerbeschulen, nämlich

1) HuGK von Mittelfranken, JB 1869, S. 10.

2) Joachim Peege, Die bayerischen Industrieschulen (1868 - 1907) als Vorläufer der Höheren Wirtschaftsfachschulen, in: Der Betriebswirt, 3. Jg. (1966), Nr. 1, S. 207.

3) HuGK für Oberbayern, JB 1907, S. 33.

4) Vgl. HuGK für Mittelfranken, JB 1895, S. 103 f.

5) Ebenda, S. 104.

6) Vgl. ebenda, S. 107.

7) Vgl. dieselbe, JB 1907, I. Teil, S. 128.

ihre Umwandlung in einen Schultyp, der den zeitgemäßen Vorstellungen von einer Allgemeinbildung mehr entsprach und deshalb auch weitergehende Berechtigungen zuließ.

Diese Arbeit kann nicht das gesamte System der Schulen zur gewerblichen Vorbildung in seinem Werdegang über ein Jahrhundert sowie in den verschiedenen Staaten verfolgen und die Stellungnahmen der Handelskammern zu den einzelnen Schulformen untersuchen. Wir haben bisher am Beispiel zweier Hauptformen zu zeigen versucht, daß sich das Interesse der Kammern schon frühzeitig auch auf diesen Bereich erstreckte, dessen große Bedeutung in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht erkannt wurde. Die Art der Einflußnahme auf Formen der allgemein-gewerblichen Vorbildung beschränkte sich aber auf gutachtliche Äußerungen und ideelle Förderung.

Eine Reihe von Kammern setzte sich für solche gewerblichen Schulformen intensiver ein, die vorherrschenden Wirtschaftszweigen des jeweiligen Kammerbezirks zugute kamen. Hier konnte der allgemeine Auftrag der Handelskammern, die Interessen von Handel und Industrie eines umgrenzten Gebietes wahrzunehmen, den örtlichen Erfordernissen entsprechend besonders gut auf die Bildungsarbeit übertragen werden. Dieses Bemühen soll an Beispielen verdeutlicht werden.

Der Hinweis Karl von der Aas auf das Eintreten verschiedener Kammern für Textilfachschulen zur Zeit der Weimarer Republik, "wo die wirtschaftlichen Besonderheiten des Bezirks dies erforderten"¹⁾, führt beim Zurückverfolgen der Entwicklung zu dem Ergebnis, daß auf diesem Gebiet überhaupt die ersten intensiven Bestrebungen der Handelskammern deutschen Ursprungs zur Berufsausbildung ansetzten. Schon seit 1839 verhandelte nämlich die Kammer für Elberfeld und Barmen mit der Düsseldorfer Regierung über die Errichtung einer höheren Webeschule nach Lyoner Vorbild in Elberfeld²⁾, die 1844 gegründet wurde und von Oskar

1) Karl von der Aa, Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern an der Ausbildung des kaufmännischen und technischen Nachwuchses, a.a.O., S. 297.

2) Vgl. IHK Wuppertal (Hrsg.), Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831 - 1956, a.a.O., S. 33.

Simon als die erste der bedeutenderen, seit 1830 entstandenen Webeschulen und höheren Webeschulen genannt wird¹⁾. Auch für die Finanzierung der Schule fühlte sich die Kammer mitverantwortlich: Sie sorgte dafür, daß sich die Industrie freiwillig an den Kosten beteiligte²⁾. Die heutige Textilingenieurschule Barmen verdankt ihre Entstehung der seit 1871 selbständigen HK Barmen, die der damaligen Wirtschaftsstruktur des Bezirks entsprechend ihre von Elberfeld getrennte Arbeit mit einer "absoluten Mehrheit" der Textilindustriellen im Plenum begann und 1898 die Initiative zur Gründung der Königlichen Webeschule ergriff³⁾.

Der enge Zusammenhang von textilwirtschaftlichen Schwerpunkten und Bildungsarbeit der zuständigen Handelskammern läßt sich für eine ganze Reihe weiterer Bezirke nachweisen, z. B. für Bielefeld⁴⁾, Gladbach und Neuß⁵⁾, Krefeld⁶⁾, Reutlingen⁷⁾, Berlin⁸⁾, Chemnitz⁹⁾, Zittau¹⁰⁾, Cottbus¹¹⁾ und Sorau. Die meisten der in diesen Bezirken errichteten textilgewerblichen Schulen verdanken ihr Entstehen oder ihre finanzielle Sicherung einer Mithilfe der Handelskammern. Die HK Sorau forderte beispielsweise von 1880 an eine Webeschule für Leinenweberei, weil die Konkurrenz der Baumwollweberei und die allgemeine Entwicklung

1) Vgl. Oskar Simon, Das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen in Deutschland, Berlin 1903, S. 14.

2) Vgl. IHK Wuppertal (Hrsg.), Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831 - 1956, a.a.O., S. 33.

3) Vgl. ebenda, S. 43 und 55.

4) Vgl. HK Bielefeld, JB 1876, S. 25 ff., JB 1902, II. Teil, S. 135 f.

5) Vgl. IHK Gladbach-Rheydt-Neuß (Hrsg.), Werden und Wachsen eines Wirtschaftsgebietes am linken Niederrhein, a.a.O., S. 146 ff.

6) Vgl. Programm der Webeschule zu Krefeld, in: K. Lüders, a.a.O., S. 117. Die HK Krefeld hat allein in den Jahren 1880 - 1886 59855 M als Zuschuß für die Unterhaltung der Königl. Webe-, Färberei- und Appreturschule geleistet. Vgl. HK Krefeld, JB 1886, S. 23.

7) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30, S. 391.

8) Vgl. HK Berlin, JB 1903, S. 15.

9) Im Jahre 1922 erhob die Kammer Sonderumlagen, die u. a. der Finanzierung von neun Webschulen und fünf Wirkschulen ihres Bezirks dienten. Vgl. DVkB, Bd. 59, a.a.O., S. 15.

10) Vgl. HuG, 2. Jg. (1894/95), Nr. 33, S. 418.

11) Vgl. Wilhelm Fechner, Festschrift der Handelskammer für die westliche Niederlausitz in Cottbus aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens, Cottbus 1902, S. 26 f.

des Textilwesens einerseits die Handweberei in eine wirtschaftlich und sozial gefährliche Notlage gebracht und andererseits das Vordringen der mechanischen Webstühle einen Ausbildungsstand erforderlich gemacht hatte, der durch die herkömmliche als zu einseitig beklagte Meisterlehre nicht erreicht werden konnte¹⁾. Die Kammer war davon überzeugt, daß besonders für die Textilwirtschaft "der Fach-Unterricht die mächtigste Maschine der Industrie, die beste Waffe im Konkurrenzkampfe"²⁾ sei, zumal sie sich von der Förderung der Handweberei, der die Schule anfänglich in erster Linie dienen sollte, auch positive Auswirkungen auf die Leistungen der industriellen Facharbeiter versprechen konnte. Hatte die Kammer bei ihren ersten Vorschlägen 1880 noch gehofft, die auf dem Volksschulabschluß aufbauende Webeschule werde ohne besondere Differenzierung den technischen Bildungsanforderungen der Weber, der Werkmeister und der Fabrikanten sowie einer erwünschten technischen Grundbildung der Textilkauflleute zugleich gerecht werden können³⁾, so führte der schnelle Aufschwung der Textilindustrie schon bald zum Verlangen nach differenzierter Vorbildung⁴⁾. Die weitergehenden, am erwarteten technisch-wirtschaftlichen Fortschritt orientierten Ausbauvorschläge können hier nicht im einzelnen wiedergegeben werden. Sie zeigen aber, wie notwendig und nützlich die auf unmittelbarem Kontakt mit Wirtschaftsunternehmen beruhenden Anregungen der Handelskammern für die Bildungspolitik des Staates sein konnten und z. T. auch waren. Das traf besonders für die in schnellem Wandel begriffenen Wirtschaftszweige zu. Wo die Initiative nicht von den Kammern selbst ausging, holten deshalb die für die fachlichen Schulen zuständigen Behörden vielfach deren Rat ein, bevor sie Änderungen veranlaßten.

1) Vgl. HK Sorau N.-L., JB 1880, S. 4, JB 1895, S. 18 f.; o. V., Rückblick auf die 25jährige Tätigkeit der Handelskammer zu Sorau N.-L. von 1871 bis 1896, Sorau N.-L. 1896, S. 40.

2) HK Sorau N.-L., JB 1895, S. 18 f.

3) Vgl. dieselbe, JB 1880, S. 4.

4) Vgl. dieselbe, JB 1895, S. 19; o. V., Rückblick auf die 25jährige Tätigkeit der Handelskammer zu Sorau N.-L., a.a.O., S. 41.

Der Zusammenhang zwischen der Art der Bildungsarbeit und den jeweiligen örtlichen Hauptwirtschaftszweigen tritt bei den meisten deutschen Handelskammern zutage. Er läßt sich beispielsweise für die Hansestädte bei den Seefahrtsschulen und für die Kammern des Ruhrgebietes bei den Bergschulen ebenso deutlich nachweisen¹⁾, wie es für Zentren der Textilwirtschaft oben versucht wurde. Diese wechselseitige Abhängigkeit ist bei der gewerblichen Nachwuchsbildung natürlicherweise viel klarer zu erkennen als beim kaufmännischen Bildungswesen, das in geringerem Maße von der Verschiedenheit der Wirtschaftszweige geprägt war. Dieter Schäfer weist darauf hin, daß "einige der großen und der mittleren Kammern sich selbst als Branchenkammern empfanden"²⁾.

Die gewerbliche Vorbildung als eine dem Eintritt in die Berufswirklichkeit vorausgehende Vorbereitung auf gewerbliche Berufe oder Berufsgruppen verlor bereits am Ende des 19. Jahrhunderts an Bedeutung, weil einerseits der Aufbau des gewerblichen Fortbildungs- bzw. Berufsschulwesens für den Handwerker und den industriellen Facharbeiter einen Weg schuf, die sog. theoretischen Kenntnisse parallel zur betrieblichen Lehre zu erwerben, und weil andererseits erkannt worden war, daß die Ausbildung für gehobene Berufe auf einer abgeschlossenen beruflichen Grundbildung erfolgreicher aufbauen kann. Dementsprechend entwickelten sich viele gewerbliche Schulen bei Vollzeitunterricht zu Fachschulen mit höheren Bildungszielen und mit einem Schülerkreis, der einen Lehrabschluß oder eine längere Praktikantenzeit nachweisen mußte. Sie gerieten damit in den Grenzbereich von Jugend- und Erwachsenenbildung. Die Kammern unterstützten diesen Vorgang und bestätigten die Bewährung des neuen Systems in der Denkschrift des Deutschen Industrie- und Handelstags 1932

-
- 1) Diese Schulen dienten jedoch nicht hauptsächlich der Vorbildung; sie setzten praktische Erfahrungen voraus.
 - 2) Dieter Schäfer, Der Deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum der Weimarer Republik, a.a.O., S. 24.

mit unbedeutender Einschränkung:¹⁾

"Die Fachschule für gewerbliche Berufe wird zweckmäßigerweise für die Aufnahme der Schüler in der Regel eine mehrjährige praktische Tätigkeit voraussetzen, ohne daß deshalb für besonders gelagerte Fälle die Aufnahme unmittelbar aus der allgemeinbildenden Schule verwehrt sein soll."

In diesem Wandel liegt ein Grund, warum Erörterungen über Schulen zur Vorbildung des gewerblichen Nachwuchses in Publikationen der Handelskammern kaum noch zu finden sind. Daß das gewerbliche Schulwesen allgemein bei der Bildungsarbeit der Kammern in eine Randstellung gedrängt wurde, ist auf den vergleichsweise rascheren Aufbau des kaufmännischen Schulwesens zurückzuführen, der vorrangige Aufmerksamkeit und Mithilfe in direkter und indirekter Form beanspruchte.

1) DIHT, Schule und Wirtschaft (Denkschrift), a.a.O., S. 1050.

D. Die Bildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern
auf dem Gebiet des kaufmännischen Fortbildungs- bzw.
Berufsschulwesens

Im Laufe des 19. Jahrhunderts ist die kaufmännische Fortbildungsschule der betrieblichen Ausbildung als eine sie begleitende Schulform an die Seite getreten. Ihr fehlte während des ganzen vorigen Jahrhunderts eine einheitliche oder auch nur vorherrschende Organisationsform, so daß es schon schwer fällt, die verschiedenartigen Einrichtungen überhaupt unter einem einheitlichen Namen zusammenzufassen. Harry Schmitt ermittelte 1892 37 verschiedene Benennungen¹⁾.

1896 definierte F. Zimmermann "alle Schulen, welche sich die Aufgabe stellen, bereits in kaufmännischen Geschäften tätige junge Männer oder junge Mädchen fortzubilden", als "eigentliche kaufmännische Fortbildungsschulen"²⁾. Es ist deshalb nicht ganz exakt, diesen Schultyp in seinen damaligen Erscheinungsformen einheitlich als Lehrlingsschule zu bezeichnen, wie es vielfach geschieht, denn ein Teil der Einrichtungen kannte anfänglich keine fest umrissenen Aufnahmebedingungen und diente der Ausbildung von Lehrlingen wie der theoretisch-vertiefenden Weiterbildung von Gehilfen gleichermaßen³⁾. Auch hinsichtlich der Unterrichtsfächer, des Stufenaufbaus, der Unterrichtszeit und anderer organisatorischer Fragen herrschte mindestens bis zur Gründung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen als einer "Ordnungszelle" die größte

1) Vgl. Harry Schmitt, a.a.O., S. 16.

2) F. Zimmermann, Rheinprovinz, in: Richard Stegemann, a.a.O., S. 24 (beide Zitate). Die Bezeichnung "Kaufmännische Fortbildungsschule" herrschte vor allem in Preußen vor.

3) Als Beleg ein Beispiel aus dem Kreis der von Handelskammern getragenen Schulen: Die kaufmännische Fortbildungsschule der HK Krefeld wurde im Jahre 1888/89 von 125 Handlungslehrlingen, 44 Handlungsgehilfen und außerdem von Angehörigen technischer Berufe besucht. Vgl. HK Krefeld, JB 1888, S. 114. Daß Nichtkaufleute als Schüler willkommen waren, bestätigen u. a. auch HK Emden, JB 1868, S. 54 sowie Saarbrücker Gewerbeblatt für Industrie, Handel und Verkehr, 8. Jg. (1890), S. 20.

"Buntscheckigkeit"¹⁾, "ein wahres Chaos"²⁾. Dies galt vor allem für Preußen und eine Reihe kleinerer Staaten, weniger für Sachsen und Süddeutschland, wo die staatliche Schulaufsicht für Verbindungen zwischen den Schulen sorgte und eine größere Einheitlichkeit bewirkte. Allgemein nahm die kaufmännische Fortbildungsschule erst eine festere Gestalt an, als die Einführung der Fortbildungsschulpflicht auch in Preußen und anderen Staaten dazu zwang, u. a. den Schülerkreis, die obligatorischen Fächer und die Dauer des Unterrichts verbindlich zu umreißen.

Die kaufmännische Fortbildungsschule entwickelte sich - inzwischen zur reinen Lehrlingsschule geworden - in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zur kaufmännischen Berufsschule, indem sie den Beruf in erweitertem Sinne auf der Grundlage der Ideen Georg Kerschensteiners, Eduard Sprangers und Aloys Fischers als Bezugspunkt der Bildung verstand und so auch der Handelslehre - später Betriebswirtschaftslehre - jene zentrale Stellung im Fächerkanon gab, die ihr als Orientierungsmittel für das Berufsverständnis des Kaufmanns seitdem zukommt.

Der Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens erfolgte bis zur Reichsgründung sehr langsam, in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend schneller und erreichte seinen Höhepunkt in den beiden Jahrzehnten um die Jahrhundertwende, nachdem die Gemeinden das Recht erhalten hatten, die Fortbildungsschulpflicht durch Ortsstatut einzuführen. Nach Alfred Kühne entwickelte sich die Zahl der kaufmännischen Fortbildungsschulen in Deutschland folgendermaßen:³⁾

-
- 1) Walther Löbner, Abriß der Geschichte des kaufmännischen Schulwesens in Deutschland, a.a.O., S. 20 (beide zitierten Begriffe).
 - 2) Lemmer, Der heutige Stand des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts in Deutschland, in: HK für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I., a.a.O., S. 11.
 - 3) Vgl. Alfred Kühne, Kaufmännische Berufsschulen (kaufmännische Fortbildungsschulen, Handelslehrlingsschulen, Pflichthandelsschulen), in: derselbe (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 2. Aufl., Leipzig (1929), S. 146.

Tabelle 3

Entwicklung der Zahl kaufmännischer
Fortbildungsschulen in Deutschland

Jahr	Anzahl der kaufm. Fortbildungssch.
1818	1
1850	14
1870	47
1890	152
1900	412
1910	799
1920	850

Quelle: Siehe
S. 148, Fußnote 3.

Wenn wir die Entwicklung bis zur Gründung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen ins Auge fassen und nach den Gründern dieser Schulen fragen, um auf den Anteil der Handelskammern zu schließen, so zeigt sich, daß das in den letzten Jahren wiederholt von Kammerkreisen in der Literatur gezeichnete Bild zu korrigieren ist. Rüdiger Altmann¹⁾ und Adolf Kieslinger²⁾ ist mit ihrer Behauptung, 181 der 254 im Jahre 1895 ermittelten kaufmännischen Fortbildungsschulen seien von Handelskammern gegründet worden, offensichtlich eine Verwechslung unterlaufen. Wir vermögen aus dem Bericht Richard Stegemanns³⁾, aufgrund der Überprüfung zahlreicher Kammerberichte und ergänzender Literatur für das Jahr 1895 nur 16 kaufmännische Fortbildungsschulen im Reich nachzuweisen, deren Träger Handelskammern oder von diesen verwaltete Stiftungen bzw. beauftragte Kuratorien waren. Es sind die Schulen in folgenden Städten:

- 1) Vgl. Rüdiger Altmann, Betriebslehre - Bildung - Selbstverwaltung, in: Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung. Herausgegeben aus Anlaß der 100-Jahr-Feier des Deutschen Industrie- und Handelstages, Frankfurt a. M. (1961), S. 209.
- 2) Vgl. Adolf Kieslinger, Die Industrie- und Handelskammern, in: Walther Löbner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, a.a.O., S. 522.
- 3) Vgl. Richard Stegemann, a.a.O.

Königreich Preußen

Schlesien:	Liegnitz
Sachsen:	Erfurt (mit Mitteln der Reichenbach-Stiftung)
Hannover:	Osnabrück (gemeinsam mit der Stadt)
Westfalen:	Arnsberg, Dortmund (gemeinsam mit kaufmännischem Verein)
Rheinprovinz:	Barmen, Bonn, Düsseldorf, Krefeld, Mühlheim a. Rh., Trier

Königreich Sachsen

Leipzig (Öffentl. Handelslehranstalt)

Großherzogtum Baden

Offenburg

Großherzogtum Hessen

Bingen, Offenbach

Herzogtum Sachsen-Meiningen

Meiningen

Vierzehn dieser Schulen wurden auch von den Handelskammern gegründet¹⁾. Darüber hinaus ist von der HK Halberstadt im Jahre 1882 die bereits erwähnte "Handelslehranstalt mit Abendkursen" errichtet worden, deren "Fachabtheilung" den Charakter damaliger kaufmännischer Fortbildungsschulen hatte²⁾, aber bereits wenige Jahre später wieder einging und 1895 nicht mehr bestand. Ebenso kurzlebig waren der 1880 von den Ältesten der Magdeburger Kaufmannschaft ins Leben gerufene "Lehrkursus für jüngere Kaufleute"³⁾ und die 1890 gegründete kaufmännische Fortbildungsschule Saarbrücken, deren Träger neben anderen auch die Handelskammer war⁴⁾. Wie die "Handelsschule zu Lehr" (von der Handelskammer 1883 gegründet)⁵⁾, war auch die 1868 unter Mitwirkung der Handelskammer zu Emden errichtete Schule⁶⁾ in-

- 1) Wie bereits erwähnt, wurde die Öffentliche Handelslehranstalt Leipzig mit ihrer Lehrlingsabteilung 1831 von der Kramerinnung gegründet. Die "Handelsschule zu Liegnitz" (= kaufmännische Fortbildungsschule) geht auf eine 1855 von dem damaligen Handlungs-Diener-Institut ins Leben gerufene Einrichtung zurück.
- 2) Vgl. HK Halberstadt, JB 1882, S. 37.
- 3) Vgl. AedK Magdeburg, JB 1880, S. 14.
- 4) Vgl. Saarbrücker Gewerbeblatt für Industrie, Handel und Verkehr, 7. Jg. (1889), Nr. 30, o. S. (Titelblatt); 8. Jg. (1890), S. 19 f.; 10. Jg. (1892), S. 119.
- 5) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 359.
- 6) Vgl. HK Emden, JB 1867, S. 65 und JB 1868, S. 54.

zwischen in städtische Verwaltung übergegangen. Es handelt sich bei ihr um die erste von einer deutschen Handelskammer ins Leben gerufene kaufmännische Fortbildungsschule. Dabei sehen wir von einer "Fortbildungs-Anstalt für Handlungsbeflissene" ab, die der mit der Handelskammer identische Handelsvorstand Nürnberg 1866 gegründet hatte. Sie bestand offenbar nur wenige Jahre. Ungewißheit über die Trägerschaft besteht bei der Schule in Mühlhausen i. Th. Bei ihr hatte die Handelskammer entscheidenden Einfluß auf die Schulverwaltung.

Die bedeutendsten Förderer und Träger des die Ausbildung und Arbeit im Betrieb begleitenden Unterrichts waren im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts die hannoverschen und die sächsischen Handelsinnungen und Kaufmannsgilden, danach bis in die neunziger Jahre örtliche kaufmännische Vereine als privatrechtliche Zusammenschlüsse von selbständigen Kaufleuten und Handlungsgehilfen¹⁾, bis am Ausgang des Jahrhunderts die paritätischen Vereinigungen gegenüber den "reinen" Handlungsgehilfenverbänden mit primär sozialpolitischen Zielen an Gewicht verloren²⁾. Einzelne kaufmännische Vereine, deren Bildungsarbeit bisher leider nur unzureichend gewürdigt worden ist³⁾, sind bis heute auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Weiterbildung tätig. Zur Zeit ihrer entscheidenden Mithilfe beim ersten Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens entsprang

-
- 1) Zur Entwicklung der kaufmännischen Vereine vgl. W. Kulemann, Die Berufsvereine, Erste Abteilung: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder, Bd. I, Jena 1908, S. 202.
 - 2) Zur Entstehung kaufmännischer Vereine "als Interessenvertretungen der Angestellten im Groß- und Kleinhandel" vgl. Walther Stiller, Der Verein für Handlungs-Commis von 1858 - Kaufmännischer Verein in Hamburg, Jena 1910; W. Kulemann, a.a.O., S. 206 ff.
 - 3) Ausführlichere Würdigungen liegen z. B. über den kaufmännischen Verein Merkur Nürnberg vor: Walther Löbner, Die Bildungsarbeit des Vereins Merkur (1861 - 1945), in: Festschrift des Vereins Merkur Nürnberg E. V. zum 100jährigen Bestehen 1861 - 1961, Nürnberg 1961, S. 12 - 16; Ingeborg Schmid, Geschichte des Vereins Merkur Nürnberg E. V., insbesondere seine bildungs- und sozialpolitische Tätigkeit (1861 - 1961), Nürnberg 1964; Egon Bezold, Geschichte der Unterrichtsanstalt des Vereins Merkur Nürnberg E. V. 1861 - 1962, Nürnberg 1965.

das Motiv ihrer Arbeit "zeitgemäß noch ständischem Geiste"¹⁾. Daß sie sich in ihrer Mehrzahl aber bald als Träger des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens für überfordert hielten, zeigte sich, als sie schon Anfang der achtziger Jahre betonten, die Unterhaltung kaufmännischer Schulen solle Sache der Handelskammern sein²⁾.

Die Untersuchung des pädagogischen Auftrags der Handelskammern in Teil A hat gezeigt, daß den Kammern - mit Ausnahme der sächsischen - vor 1897 formell nicht das Recht zustand, kaufmännische Schulen selbständig zu gründen und zu unterhalten. Die Selbstverwaltung wirtschaftlich bedeutsamer Angelegenheiten und Einrichtungen durch die Kammern befand sich bis dahin in verhältnismäßig bescheidenen Anfängen. Das Schwergewicht der Bildungsarbeit lag auf gutachtlichen Stellungnahmen gegenüber den Behörden und gelegentlich auch auf der Rechtfertigung von Standpunkten gegenüber den kammerzugehörigen Firmen und der Öffentlichkeit. Daneben wirkten die Kammern aber zunehmend als Anreger und Förderer des Unterrichts der kaufmännischen Vereine. An manchen Orten ergriffen sie selbst die Initiative zur Vereinsgründung. Als bedeutendstes Beispiel sei der Kaufmännische Verein Union in Bremen genannt. Er entstand aus dem Bestreben der Handelskammer, mit ihm eine Bildungseinrichtung "als Gemeinsache unserer Handelskreise"³⁾ zu schaffen.

Wir müssen also die Hauptverdienste der Handelskammern während der ersten Aufbauperiode der Vorläufer unserer heutigen kaufmännischen Berufsschulen auf anderen Gebieten suchen als Altmann und Kieslinger. Daß sich das Bild nach Gründung des Braunschweiger Verbandes und der Neufassung des Handelskammergesetzes 1897 wandelte, wird die weitere

-
- 1) Walther Löbner, Die Bildungsarbeit des Vereins Merkur (1861 - 1945), a.a.O., S. 13.
 - 2) Vgl. HK Offenbach, JB 1883, S. 39.
 - 3) HK Bremen, JB 1869, S. 14. Auch in Krefeld stand der Kaufmännische Verein unter dem Protektorat der Handelskammer. Anders als in Bremen behielt die Kammer aber die Initiative hinsichtlich des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in eigener Hand, wenn auch im Einvernehmen mit dem Kaufmännischen Verein. Vgl. HK Krefeld, JB 1886, S. 22.

Untersuchung verdeutlichen.

Zunächst mußte ergänzend zu den allgemeinen Erörterungen des Kammerauftrags in Teil A hier dargelegt werden, daß das Grundverhältnis von Handelskammern und kaufmännischen Fortbildungsschulen vor Ausgang des 19. Jahrhunderts viel lockerer war als vielfach angenommen wird. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Auseinandersetzungen der Kammern mit Fragen des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens besonders in der Periode des Experimentierens fast ganz der Systematik und Kontinuität, vor allem aber der grundsätzlichen theoretischen Klärung entbehrte. In den Jahresberichten der Kammern, auf die sich unsere Untersuchung auch in diesem Abschnitt nach einer kurzen wirtschaftsgeschichtlichen Orientierung vorwiegend stützen wird, macht sich dieser Mangel sehr deutlich bemerkbar. Beispielsweise bejahen die Stellungnahmen fast durchweg die junge Schulform, lassen aber nur z. T. erkennen, warum die offiziellen Handelsvertretungen die kaufmännischen Fortbildungsschulen für notwendig hielten. Als die Handelskammern am Ausgang des Jahrhunderts stärker in den Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens eingriffen, mehrten sich für kurze Zeit gründlichere Erörterungen zu einigen Spezialfragen. Sobald aber die Aktualität eines Fragenkreises vergangen war, brach die Diskussion ab.

So wird unsere Analyse nicht das kaufmännische Fortbildungs- und Berufsschulwesen bzw. seine Einzelfragen in der ganzen Entwicklung verfolgen und widerspiegeln können, sondern nur insoweit, wie es bei den Handelskammern besondere Aufmerksamkeit fand.

I. Das Erfordernis kaufmännischen Fortbildungsunterrichts

Das planmäßige Verknüpfen kaufmännischen Unterrichts mit der Ausbildung im Betrieb erprobte bereits Johann Michael Leuchs in seiner den eigenen Unternehmen angeschlossenen

"Handelsakademie" (gegr. 1795)¹⁾. Als der maßgebende Wegbereiter der kaufmännischen Fortbildungsschule gilt jedoch noch immer Ernst Wilhelm Arnoldi. Er legte 1817 den Plan für eine 1818 in Gotha verwirklichte "Handlungsschule" vor, "worinnen Unterricht mit Arbeit, Arbeit mit Umgang abwechsel(n)"²⁾ sollten. Damit war der Grundstein für eine neue Schulform gelegt, die aber erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kräftig aufblühte und dabei die bis dahin bedeutendere kaufmännische Vollzeitschule quantitativ schnell überrundete. Worauf läßt sich das verhältnismäßig späte Entstehen der Fortbildungsschule für Kaufleute, worauf ihre zunächst langsame, dann kräftige Entwicklung zurückführen?

1. Die Entwicklung des Handels im 19. Jahrhundert

Obwohl die Befreiungskriege den Weg zu politischer Ruhe und wirtschaftlichem Aufstieg der deutschen Staaten geebnet zu haben schienen und in Preußen die Einführung der Gewerbefreiheit die wirtschaftsrechtlichen Voraussetzungen für die Entfaltung der Wirtschaft auf liberaler Grundlage geschaffen hatte, setzte der Prozeß einer Umstrukturierung nur sehr langsam ein. Haupthindernisse stellten die innerdeutschen Zollgrenzen und die Verarmung durch den Krieg dar. Die Erschließung von Transportwegen war noch wenig fortgeschritten; die Uneinheitlichkeit im Geld- und Münzwesen erschwerte den Zahlungsverkehr. Der Kleinhandel wurde überwiegend von Hausierern, Kramläden oder Gemischtwarengeschäften, daneben auch auf Wochen- und Jahrmärkten abgewickelt³⁾. Was er an Fähigkeiten und Kenntnissen von den Kleinkauf-

1) Vgl. Walther Löbner, Johann Michael Leuchs als "Wirtschaftspädagoge", in: DBFSch, 55. Jg. (1959), Heft 12, S. 929 ff. Alfons Dörschel bezeichnet die "Handelsakademie" von Leuchs als "den ersten Vorläufer einer Betriebsberufsschule". Alfons Dörschel, Die Berufsschule in unserer Zeit, Ratingen 1967, S. 14.

2) Zitiert bei Balduin Penndorf, Geschichte des kaufmännischen Unterrichtswesens, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, a.a.O., S. 164.

3) Vgl. hierzu A. Sartorius von Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815 - 1914, 2. Aufl., Jena 1923, S. 29; Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Alles auf Wagnis - Der Kaufmann gestern, heute und morgen, Tübingen 1963, S. 68 f.

leuten forderte, ließ sich im Betrieb lernen oder bei Bedarf aus einem der zahlreichen Handbücher für Kaufleute entnehmen.

Auch die Bedeutung des Großhandels war - vor allem im Binnenland - noch nicht mit den Verhältnissen am Ausgang des 19. Jahrhunderts vergleichbar. Vielfach war er mit dem Kleinhandel mehr oder weniger eng verbunden¹⁾. Solange das Handwerk der dominierende Produzent gewerblicher Waren gewesen ist, gingen diese den unmittelbaren Weg zum Verbraucher. Der Großhandel hatte es deshalb hauptsächlich mit ausländischen sowie mit solchen Waren zu tun, deren Herstellung an bestimmte inländische Plätze gebunden war, oder er wirkte als Ausfuhrhandel vor allem in den Hafenstädten, die sich im Vergleich zu den traditionsreichen süddeutschen Handelsplätzen zunehmenden Einfluß verschaffen konnten²⁾.

In den für den Groß- und Außenhandel besonders maßgebenden Hansestädten wurde aber die praktische Ausbildung im Betrieb, verbunden mit Geschäftsreisen und längeren Aufenthalten in den Niederlassungen oder bei befreundeten Handelshäusern im Ausland bis tief ins 19. Jahrhundert hinein für ausreichend gehalten. Die quantitativ noch kleine Schicht von Kaufleuten, an die höhere Anforderungen gestellt wurden und für die eine theoretische Vertiefung der Berufsbildung erforderlich war, hätte - von wenigen Städten abgesehen - einer die praktische Ausbildung begleitenden Schulform keine ausreichende Schülerzahl gesichert. Handelsschulen mit Vollzeitunterricht gediehen deshalb früher: sie sammelten den Nachwuchs des gehobenen und höheren Kaufmannsstandes aus einem größeren Umkreis.

Die Ereignisse des 19. Jahrhunderts haben Umfang und Arbeitsweise des Handels in Deutschland in einem Maße gewandelt, das alle früheren Umgestaltungen übertraf. Industrielle Revolution und allmähliche Lockerung der Zollschranken als Anstöße gingen dabei Hand in Hand und unterstützten ihre Wirkungen gegenseitig. Wilhelm Treue nennt

1) Vgl. Georg Bergler, Versuch einer Bestimmung des Begriffes Großhandel, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 29. Jg. (1959), Nr. 11, S. 655.

2) Vgl. hierzu A. Sartorius von Waltershausen, a.a.O., S. 25 ff.

"Vorbereitung, Gründung und Entwicklung des Zollvereins ... das bedeutendste Ereignis der deutschen Geschichte"¹⁾ zwischen Waterloo und Königgrätz. Die von 1835 an aufgebauten Eisenbahnen würdigt Max Weber als "das revolutionärste Mittel ..., das die Geschichte für die Wirtschaft, nicht nur für den Verkehr verzeichnet"²⁾. Sie ermöglichten den kostengünstigen und vor allem auch schnellen Transport der Wirtschaftsgüter und trugen damit wesentlich zur Erschließung des Binnenlandes für den Groß- und Außenhandel bei. Hinter diesen Faktoren stand ein von Zunftschranken allmählich gelöstes Unternehmertum, das die technischen Möglichkeiten aufgriff und von dem Werner Sombart aus allerdings recht einseitiger Sicht meinte, es sei "die revolutionäre Kraft, der wir das neue Deutschland verdanken"³⁾. Die Umgestaltung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat begann.

Im Einzelhandel entstanden seit den zwanziger Jahren Fachgeschäfte, die industriell gefertigte Waren in größerer Auswahl anboten. Der Kaufmann mußte, "sollten die Kunden nicht wieder zum Handwerksmeister zurücklaufen, sich auf die Waren verstehen, Fachkenntnisse vorweisen, nicht bloß den Kunden, sondern vor allem gegenüber den 'Reisenden', die von der Industrie und dem Großhandel geschickt wurden"⁴⁾. Der erhöhte Umsatz bedingte als neue Funktion des Detailhandels ein betriebliches Rechnungswesen und der Zeit angemessene Formen der Werbung. Die kaufmännische Korrespondenz weitete sich aus. Parallel mit diesen steigenden Anforderungen an die fachliche Ausbildung des Kaufmanns ging eine kräftige Zunahme der Einzelhandelsbetriebe einher. Von 1837 bis 1895 vermehrte sich ihre Zahl beispielsweise in den altpreußischen Provinzen um das Vier-

1) Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Stuttgart 1962, S. 526 f.

2) Max Weber, Wirtschaftsgeschichte - Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Aufl., besorgt von Johs. F. Winckelmann, Berlin 1958, S. 255. Die Kosten der Landfracht betrugen nach Weber (ebenda) "das Zehn- bis Zwanzigfache der späteren Eisenbahnfracht".

3) Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, 8. Aufl., Stuttgart 1954, S. 67.

4) Lutz Graf Schwerin von Krosigk, a.a.O., S. 68.

fache (1837 = 47 000, 1895 = 200 000)¹⁾.

Der Großhandel folgte der Spezialisierung des Einzelhandels. Er bildete zunehmend das Mittelglied zwischen diesem und der schnell wachsenden Industrie, soweit nicht die beiden Flügelpartner unmittelbar in Verbindung traten. Ein Teil des Großhandels entledigte sich aber der Transportfunktion, bediente sich der Produktenbörsen und disponierte nach Mustern²⁾. Die Folge war, daß das Personal jener Großhandelsunternehmen weniger mit Lager- und Versandarbeiten als mit händlerischen Funktionen im engeren Sinne (Einkauf, Verkauf, Finanzierung, dem damit verbundenen Schriftverkehr und der rechnungsmäßigen Erfassung dieser Vorgänge) zu tun hatte.

Mit dem schnellen Aufbau der Fabriken bildete sich der Industriekaufmann als Angestellter mit spezifischen Arbeitsgebieten heraus. Bank- und Versicherungswirtschaft kamen hinzu und erforderten gut ausgebildetes Personal.

2. Die Notwendigkeit der neuen Schulform aus der Sicht der Handelskammern

Der Vorgang einer Umstrukturierung und Ausweitung kaufmännischer Berufe mit qualitativen und quantitativen Auswirkungen auf die Erfordernisse der kaufmännischen Ausbildung ist zumindest einem Teil der durch die Handelskammern vertretenen Unternehmer durchaus bewußt gewesen. Die frühen Gründungen kaufmännischer Schulen, die neben der Ausbildung im Betrieb besucht wurden, in Städten Sachsens und Hannovers, in Gotha, Neiß³⁾ und an anderen Orten beweisen dies. Ihr Entstehen neben den bewährten Handelslehranstalten mit Vollzeitunterricht danken sie nicht zu-

1) Vgl. ebenda, S. 72.

2) Vgl. hierzu Hans Hausscherr, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts, 3. Aufl., Köln-Graz 1960, S. 454 f.

3) Die 1827 vom Handlungsdiener-Unterstützungsverein in Neiß ins Leben gerufene kaufmännische Lehrlingsschule, eine der ältesten Einrichtungen dieser Art von Dauer, wird in den bedeutendsten historischen Untersuchungen zum kaufmännischen Schulwesen nicht erwähnt; von Stoephasius hat auf sie aufmerksam gemacht. Vgl. von Stoephasius, a.a.O., S. 77 f.

letzt der Notwendigkeit einer Schulform, die einer großen Zahl des kaufmännischen Nachwuchses ohne vergleichbar hohe Kosten für Schüler und Schulträger dienen konnte¹⁾. Daß ihr Ausbau trotzdem verhältnismäßig langsam verlief, ist ein Zeichen der von Ludwig Beutin hervorgehobenen Erscheinung, "daß das Schulwesen den jeweiligen Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens eigentlich immer in recht großen Abständen folgte"²⁾, nicht zuletzt aber auch eine Auswirkung der neuhumanistischen Bildungsideologie, die der Berufsbildung keinen Platz im System des Bildungswesens zugestand³⁾.

Wir sind in Teil A bereits den Gründen nachgegangen, warum die Handelskammern als Interessenvertretungen des gesamten Kaufmannsstandes eines Wirtschaftsgebietes erst verhältnismäßig spät entsprechende Konsequenzen zogen. Ausführlichere Erörterungen, die eine ideelle oder materielle Förderung kaufmännischer Fortbildungsschulen im einzelnen begründen, finden wir seit den achtziger Jahren in mehreren Kammerberichten.

Die Handelskammern haben, soweit sie sich mit diesem Fragenkomplex in ihren Berichten befaßten, das Erfordernis kontinuierlichen Unterrichts neben der betrieblichen Ausbildung vor allem aus folgenden Gründen bejaht:

1. Der Aufschwung von Handel und Verkehr einschließlich der Ausweitung des Außenhandels und die wachsende Konkurrenz im Inland wie auf den internationalen Märkten stellten sowohl an die allgemeine als auch an die fachliche Bildung des Kaufmanns wesentlich höhere Anforderungen, die in der Zukunft noch weiter anwachsen werden⁴⁾.

1) Die Argumente der Handelskammern zur Alternative Fortbildungsschule - Handelsschule wurden bereits an früherer Stelle (S. 106 ff. - Handelsvorschule) dargelegt.

2) Ludwig Beutin, Geschichte der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft, Hagen (1956), S. 123.

3) Vgl. hierzu auch Fritz Urbschat, Das Werden und Wirken des Braunschweiger Verbandes im Dienste der Berufserziehung des Kaufmanns, in: DVkB, Bd. 88, Braunschweig 1956, S. 12 f.

4) Vgl. HK Offenbach a. M., JB 1883, S. 37 f.; AedK Magdeburg, JB 1886, S. 18; HK Braunschweig, JB 1894, S. 37; HK Aachen, JB 1897, S. 3 f. und 11; Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oepeln, a.a.O., S. 31.

2. Die allgemeine wie die kaufmännisch-fachliche Bildung eines Großteils der Kaufmannsgehilfen habe mit den gestiegenen Anforderungen nicht Schritt gehalten¹⁾. Die Ausbildung in den Betrieben und ihre Voraussetzungen seien derart verändert, daß die praktische Lehre nicht mehr ausreiche²⁾. Zudem habe die Auflösung des patriarchalischen Verhältnisses von Lehrherrn und Lehrling, insbesondere das Trennen des beruflichen und des privaten Lebensbereiches, die Gelegenheiten zur theoretischen Unterweisung der Lehrlinge außerhalb der Arbeitszeit im Geschäft stark eingeschränkt³⁾.
3. Unterricht neben der betrieblichen Ausbildung sei - vom Erfordernis der Weiterführung der allgemeinen Grundbildung abgesehen - vor allem notwendig, um die in der Praxis erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse theoretisch zu ergänzen oder auch das Verständnis der Praxis systematisch vorzubereiten⁴⁾. Die Mängel der Lehrlingsausbildung waren besonders in dieser Hinsicht hervorgetreten. Neben materiellen Kenntnislücken blieb nämlich, wie Männer der Handelskammern feststellten, "die stumme Frage des Lehrlings nach dem 'Warum'"⁵⁾, also der "innere Zusammenhang"⁶⁾, meistens offen. Die HK Halberstadt faßte auch die didaktischen Möglichkeiten

-
- 1) Vgl. u. a. HK Braunschweig, JB 1876, S. 51; HK Krefeld, JB 1886, S. 21; HK für die Kreise Arnsberg, Meschede und Brilon, JB 1890, S. 3; HK Aachen und Burtscheid, JB 1896, S. 17. Vgl. hierzu auch die Ausführungen in dieser Arbeit über die Beurteilung der Volksschule und die Eignung für kaufmännische Berufe durch die Handelskammern.
 - 2) Vgl. hierzu die Untersuchung der Wandlungen und Mißstände in der betrieblichen Ausbildung (S. 248 ff.) mit entsprechendem Quellennachweis. Aus einem Großteil der dort wiedergegebenen Feststellungen wurde von den Kammern die Konsequenz gezogen, daß die Gründung kaufmännischer Fortbildungsschulen notwendig sei.
 - 3) Vgl. HK Osnabrück, JB 1886, S. 52 f.
 - 4) Vgl. u. a. HK Offenbach a. M., JB 1883, S. 38; HK Osnabrück, JB 1885, S. 78 f.; HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 9; HKn in Württemberg, JB 1902, S. 66 (Reutlingen); HK Hamburg, JB 1905, S. 41 f.
 - 5) Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 42.
 - 6) Schoch, a.a.O., S. 26.

der kaufmännischen Fortbildungsschule ins Auge, indem sie darauf hinwies, "in keinem Stande dürfte es zugleich so ausführbar sein, die Praxis mit der Theorie zweckmäßig zu vereinigen, als im Kaufmannsstande"¹⁾.

4. In den achtziger Jahren waren sozialpolitische Gesichtspunkte von besonderem Gewicht. Gustav Schmollers Ansicht, der letzte Grund aller sozialen Gefahren liege "nicht in der Dissonanz der Besitz-, sondern der Bildungsgegensätze"²⁾, hatte breite Resonanz gefunden. Es erstaunt deshalb nicht, daß sie damals auch zur Begründung der kaufmännischen Fortbildungsschulen herangezogen wurden. Das Anwachsen der Zahl arbeitsloser Handlungsgehilfen mit geringerer Qualifikation drohte das Sozialgefüge des Kaufmannsstandes zu erschüttern. Von der kaufmännischen Fortbildungsschule wurde erhofft, sie werde über die Verbesserung des Bildungsstandes einer "Vergrößerung des Proletariats im Kaufmannsstande"³⁾ entgegenwirken. Die HK Osnabrück bezeichnete es als

"eine sich am eigenen Fleische strafende Kurzsichtigkeit ..., wenn die Prinzipalität sich gleichgültig der Thatsache verschließen würde, daß in Folge der weiter einreißenden Halbbildung des jüngeren Kaufmannsstandes sich innerhalb des Letzteren notwendig ein Proletariat entwickeln muß, welches in sozialer Beziehung vielleicht den Keim noch größerer Gefahren birgt, als wie der bürgerlichen Gesellschaft solche in den unzufriedenen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung entgegenreten"⁴⁾.

Mit der Konsolidierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ist dieser Gesichtspunkt später von den Kammern nur noch selten⁵⁾ ins Feld geführt worden; für das Entstehen der kaufmännischen Fortbildungsschulen ist er aber bedeutsam gewesen.

5. In ökonomischer Hinsicht erwartete man vom Fortbildungsunterricht "gelehrigere und anstelligere Gehilfen"⁶⁾,

1) HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 9.

2) Gustav Schmoller, a.a.O., S. 1270.

3) HK Oppeln, JB 1886, S. 44. Einen ähnlichen Standpunkt vertraten die Kammern Koblenz (vgl. Ernst Kirchner, Chronik der Kaufmännischen Schulen Koblenz 1866 - 1966, unveröffentl. Manuskript, S. 9), Krefeld (vgl. HK Krefeld, JB 1886, S. 21) und Offenbach (vgl. HK Offenbach a. M., JB 1884, S. 162).

4) HK Osnabrück, JB 1885, S. 79; ähnlich JB 1886, S. 58.

5) So z. B. HK Bochum, JB 1904, II. Teil, S. 25.

6) HK Offenbach a. M., JB 1883, S. 39.

deren Arbeit "mit dem (ihnen) durch den Fortbildungs-Unterricht vermittelten wissenschaftlichen Verständnisse unbedingt nutzbringender werden"¹⁾ müsse. Überhaupt sind derartige Bildungsökonomische Überlegungen im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert öfter geäußert worden, als man im Hinblick auf die nachwirkende Bildungsideologie des Neuhumanismus annehmen möchte²⁾. Sie erstreckten sich bei einigen Kammern auch auf eine volkswirtschaftliche Betrachtungsweise³⁾ und haben die Einsicht der Unternehmer in die Zweckmäßigkeit kaufmännischen Unterrichts neben der betrieblichen Lehre sicher wesentlich beeinflußt. Vor allem wurde sein Einfluß auf die Gesundung des Kleinhandels hervorgehoben⁴⁾.

Obwohl insbesondere die Kammern Offenbach und Osnabrück davon ausgingen, die Förderung kaufmännischer Fortbildungsschulen sei für die Prinzipalität aus den angeführten Gründen zugleich "Erfüllung einer moralischen Pflicht"

-
- 1) HK Osnabrück, JB 1886, S. 59; ähnlich Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 43.
 - 2) Vgl. hierzu die Beispiele bei Wolfgang Fischlein, Bildungsökonomische Überlegungen in der Vergangenheit, in: WuE, 18. Jg. (1966), Heft 3, S. 130 f.
 - 3) So schrieb z. B. HK Bochum, JB 1875, S. 2: "Da nun aber die Arbeitskraft des Volkes der höchste und wertvollste Besitz eines Landes ist, ... weil sie unerschöpflich sich erneuert, so ist es für den Staat fast der gleiche Verlust, ob dieselbe halbausgenutzt verkümmert, oder ob sie auswandert." Noch deutlicher äußerte sich die HK Saarbrücken 1908 zur Rechtfertigung ihrer kaufmännischen Fortbildungsschule durch ihren Syndikus: "Nur dann hält ein Volk mit seiner Kraft voll Haus, wenn es jede Kraft auf den Posten stellt, wo dieselbe ihre Fähigkeit am höchsten zu verwerten vermag. Das ist nur möglich, wenn jede Kraft die höchste ihr erreichbare Ausbildung erhält. Dies für alle jugendlichen Handelsangestellten zu leisten, ist die Handelskammer Saarbrücken bestrebt." Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung, 13. Jg. (1908), Nr. 4, S. 18.
 - 4) Vgl. HK Halberstadt, JB 1891, II. Teil, S. 55 f.; Handelskammer zu Hannover (Hrsg.), Die Lage des Kleinhandels in Deutschland, Bd. I, Berlin 1899, S. 34 und 137. Die besondere, allerdings über diesen Kreis nicht hinausragende Bedeutung von "Handelslehrlingsschulen" für die "Erlangung der kaufmännischen Fachbildung künftiger Kleinhändler" hob die HK Breslau schon sehr frühzeitig hervor. Vgl. HK Breslau, JB 1865, S. 41. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat später die Kammer Reutlingen. Vgl. HKn in Württemberg, JB 1902, S. 66.

und "im Interesse der kaufmännischen Standesehre"¹⁾, wurde die Notwendigkeit des Unterrichts bis zur Gründung des Braunschweiger Verbandes nicht nur von einzelnen Kammern bestritten²⁾, sondern auch von einem Großteil der Lehrherrn durch Passivität gegenüber ihren Lehrlingen ignoriert. Hauptsächlich wegen des zweiten Sachverhaltes ging ein Teil der mit Unterstützung oder auf Initiative von Handelskammern gegründeten Einrichtungen nach kurzer Zeit wieder ein³⁾ oder mußte doch sehr um das Fortbestehen ringen. Erst die Öffentlichkeitsarbeit des Braunschweiger Verbandes und einzelner Handelskammern⁴⁾ sowie die Einführung der Fortbildungsschulpflicht brachten durchgreifenden Wandel. Seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts ist die Notwendigkeit der kaufmännischen Fortbildungsschule im Kreise der Handelskammern nur von den entschiedenen Fürsprechern der Handelsvorschule insoweit bestritten worden, als sie mit der vorbereitenden Vollzeitschule die gleichen Ziele erreichen zu können glaubten.

Ein Teil der Kammern verhielt sich allerdings noch neutral. Fragen der Finanzierung und der organisatorischen wie pädagogischen Realisierung haben hierbei eine wichtige Rolle gespielt.

Es fällt auf, daß Stellungnahmen von Handelskammern zur grundsätzlichen Notwendigkeit der Fortbildungsschule und später der Berufsschule im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts nur noch selten zu finden sind, obwohl insbesondere bis zum ersten Weltkrieg die Förderung des berufsbildenden Schulwesens durch die Kammern ganz erheblich zunahm. Die Zurückhaltung ist natürlich, weil mit dem Wachsen des allgemeinen Verständnisses für diese Bildungsstätten werbende Begründungen nicht mehr das gleiche Gewicht haben konnten wie in der ersten Aufbauphase. Die umfassende Denkschrift

1) HK Offenbach a. M., JB 1883, S. 39 (beide Zitate); ähnlich HK Osnabrück, JB 1885, S. 79 bzw. JB 1886, S. 54.

2) Vgl. HK Bromberg, JB 1886, S. 4 f.

3) So z. B. in Nürnberg, Erfurt, Halberstadt, Magdeburg, Bielefeld und Saarbrücken.

4) Auf Antrag der HK Düsseldorf stellte der Verein zur Förderung des Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen Referenten bereit, die "über die allgemeine Bedeutung der kaufmännischen Fortbildungsschulen ... die nötige Aufklärung geben" sollten. HK Düsseldorf, JB 1899, I. Teil, S. 153.

des DIHT "Schule und Wirtschaft" aus dem Jahre 1932 beschränkt sich neben Bemerkungen über die Bildungsaufgabe der Berufsschule auf die wenig profilierte Feststellung, ihr komme "eine gesteigerte große Bedeutung"¹⁾ zu.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Bedürfnis nach kaufmännischen Fortbildungsschulen als den Vorläufern der kaufmännischen Berufsschulen zuerst aus den Anforderungen der kaufmännischen Praxis sowie aus sozialpolitischen Überlegungen und nicht etwa aus bildungsideologischen Vorstellungen erwachsen ist. Der Nachweis anhand der Standpunkte deutscher Handelskammern läßt diese allgemeine Folgerung durchaus zu, weil der Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens im 19. Jahrhundert vor allem das Verdienst von Kaufleuten - wenn auch nicht nur ihrer amtlichen Vertretungen - war, deren Motive sich in den Äußerungen der Handelskammern widerspiegeln.

II. Unterrichtsziele und Lehrstoffe

Die den kaufmännischen Fortbildungsschulen während ihrer ersten Entstehungsphase zugewiesenen Aufgaben entsprachen weitgehend den Überlegungen, die ihren Aufbau forderten. Diese durchaus nicht selbstverständliche Übereinstimmung ergab sich dadurch, daß die Fürsprecher ergänzenden Unterrichts für den Kaufmann anfänglich zugleich die Initiatoren von Schulgründungen waren und damit Schulziele und Lehrstoffe entscheidend beeinflussen konnten. So erhielten die kaufmännischen Fortbildungsschulen in ihrer Mehrzahl einen recht pragmatischen Charakter, denn "die Kaufmannschaft ... richtete diese Schulen ganz so ein, wie es für ihre eigenen Zwecke am nützlichsten und fruchtbringendsten erschien"²⁾. Da aber jeder Schulvorstand die Lehrpläne nach eigenem Ermessen festsetzen konnte, weil es in den meisten Staaten - so auch in Preußen - keine in dieser Hinsicht lenkende Schulaufsicht gab, entstand die bereits erwähnte "Buntscheckigkeit". Sie läßt es nicht zu, die damaligen Unter-

1) DIHT, Schule und Wirtschaft (Denkschrift), a.a.O., S. 1049.

2) Ein Kaufmann, ohne Titel, in: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 10, S. 338.

richtsziele und Lehrpläne allgemeingültig zu umreißen, und zwingt zu Aussagen, die sich auf vorherrschende Trends der Vorstellungen oder Tatsachen stützen.

Auch die Handelskammern haben die Aufgaben der kaufmännischen Fortbildungsschule nicht einheitlich gesehen. Je nach der Wirtschaftsstruktur des Kammerbezirks, den daraus resultierenden Anforderungen an den kaufmännischen Nachwuchs und je nach den Leistungen der örtlichen Schulen auf der Stufe der allgemeinen Grundbildung, aber auch nach der Zusammensetzung der Kammerkollegien waren die Vorstellungen im einzelnen anders akzentuiert.

Als bemerkenswertes Kennzeichen beinahe aller kaufmännischen Fortbildungsschulen, über die von den Kammern berichtet wird - also nicht nur der kammereigenen Schulen -, tritt hervor, daß sie von Anfang an hinsichtlich des Kanons ihrer Unterrichtsfächer auch kaufmännisch-fachlich orientiert waren. Nach unseren bisherigen Erörterungen verwundert diese Feststellung nicht. In der pädagogischen Literatur hingegen wird die kaufmännische Fortbildungsschule des 19. Jahrhunderts noch immer mit der allgemeinen Fortbildungsschule verwechselt oder ihr gleichgestellt¹⁾. Sie habe versucht, so sagt Georg Olesch, "den Volksschulstoff an Werktagabenden oder Sonntagen drei Jahre lang zu erweitern und zu vertiefen"²⁾. Diese Aufgabe nahm jedoch seit den siebziger Jahren in stärkerem Umfang die allgemeine Fortbildungsschule wahr, die als Teil des öffentlichen Schulwesens vielseitigeren bildungspolitischen Strömungen ausgesetzt war als die Schulen der kaufmännischen Vereine, Handelsinnungen, Handelskammern oder der Kuratorien schulfreundlicher Kaufleute und deshalb eindeutig dem Zug zur "Allgemeinbildung" folgte.

Simon Thyssen macht mit Recht darauf aufmerksam, auch der allgemeinen Fortbildungsschule habe allerdings "ein anderer,

1) So Adolf Schwarzlose, Die Kaufmännische Berufsschule, in: Fritz Blättner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das Berufsschulwesen, Heidelberg 1960, S. 165.

2) Georg Olesch, Die kaufmännische Berufsschule, in: Walther Löbner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, a.a.O., S. 153.

gewissermaßen höherer Gedanke zugrunde gelegen¹⁾, als nur Wiederholungs- und Ergänzungsschule zu sein. Es geht beispielsweise aus den Anmerkungen zum Lehrplan für die Fortbildungsschulen des Königreichs Sachsen hervor, daß die Pädagogen der Schulaufsichtsbehörden sich bemühten, für den Unterricht über das Volksschulpensum hinausgehende "neue und beziehentlich höhere Gesichtspunkte"²⁾ zu finden, "die dem wachsenden Verständnis der Schüler für die Lebens- und Berufsverhältnisse"³⁾ angemessen waren. In der Praxis, so stellt Thyssen fest, haben sich die Fortbildungsschulen vorerst aber kaum von Ziel und Lehrweise der Volksschule unterschieden⁴⁾.

Die kaufmännischen Fortbildungsschulen konnten sich der Ergänzung des Volksschulstoffes nicht ganz verschließen. Rechnen, Deutsch und Schönschreiben stand meistens auch auf ihren Stundenplänen. Aber daneben wurden Lehrstoffe unterrichtet, die den Bildungsanforderungen speziell des Kaufmannsberufs gerecht werden sollten. Das läßt sich z. B. nachweisen an der Schule Arnoldis⁵⁾, den Lehrlingsabteilungen sächsischer Handelslehranstalten wie der 1831 gegründeten Öffentlichen Handelslehranstalt Leipzig⁶⁾ und der 1854 errichteten Handelslehranstalt zu Dresden⁷⁾, ebenso - als Beispiel für Württemberg - an der 1853/54 ins Leben gerufenen Schule der Stuttgarter Handelsinnung⁸⁾. Eine ähnliche Fächerkombination kennzeichnete aber auch die erste

1) Simon Thyssen, Die Berufsschule in Idee und Gestaltung, Essen 1954, S. 96.

2) F. W. Kockel, Lehrplan für die Fortbildungsschulen des Königreichs Sachsen vom 18. Oktober 1881, Dresden 1881, S. 18.

3) Ebenda.

4) Vgl. Simon Thyssen, Die geschichtliche Entwicklung der gewerblichen Berufsschule, in: Fritz Blättner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das Berufsschulwesen, a.a.O., S.131.

5) Vgl. Bruno Zieger, Handelsschulen, in: W. Rein (Hrsg.), Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik, a.a.O., 4. Bd., S. 28. Die Schule nahm von 1821 an nach und nach kaufmännische Fächer in ihren Lehrplan auf.

6) Vgl. Wilhelm Lorey, Öffentliche Höhere Handelslehranstalt mit Wirtschaftsoberschule und Lehrlingsabteilung zu Leipzig 1831 - 1931, a.a.O., S. 59.

7) Vgl. HuGK Dresden, JB 1863, S. 16, JB 1870, S. 219, JB 1889, S. 84 f.

8) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1859, S. 107.

1868 mit Hilfe einer Handelskammer errichtete Pflichtfortbildungsschule zu Emden¹⁾, die ebenfalls auf Schulpflicht beruhende von Lehrherren 1874 gegründete kaufmännische Fortbildungsschule in Sorau N.-L.²⁾ oder die freiwillige Schule des Kaufmännischen Vereins Bielefeld³⁾.

Mit Ausnahme der Gothaer Anstalt, zu der sich frühe Kammerstellungnahmen nicht nachweisen lassen, fanden die Lehrpläne der genannten kaufmännischen Fortbildungsschulen die Zustimmung der örtlichen Handelskammern. Als die Kammern in den achtziger Jahren an verschiedenen Orten in den weiteren Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens eingriffen, folgten sie bei der Festlegung der Lehrpläne ihrer eigenen Schulen in den Grundzügen diesen Beispielen. Der auch von den Handelskammern mitgeprägte Leitgedanke dieser Schulform war, wie es der direkte Vorläufer der Kammer Magdeburg formulierte, daß sie "Bildungsanstalt" sein sollte, "die nicht allein die fachmännischen Berufskenntnisse zu bieten vermag, sondern darüber hinaus alle die Elemente einer allgemeinen Bildung an die Hand giebt, welche die moderne Zeit vom Kaufmann verlangt"⁴⁾.

Wurden die "fachwissenschaftlichen" Gebiete mit örtlichen Abweichungen vor allem durch kaufmännisches Rechnen, Buchhaltung, Handelswissenschaften (bzw. Handelskunde, Kontorwissenschaft) und Handelskorrespondenz repräsentiert, so bedeutete die dem Kaufmann dienliche allgemeine Bildung insbesondere die Kenntnis der für den Außenhandel wichtigen Fremdsprachen. Sie wurden als die "schwierigeren, höheren Fächer der Schule"⁵⁾ gewertet. Aber auch Handelsgeschichte und Geographie bzw. Wirtschaftsgeographie zählten

1) Vgl. HK Emden, JB 1867, S. 66.

2) Vgl. HK Sorau N.-L., JB 1873, S. 20 und JB 1875, S. 17.

3) Vgl. HK Bielefeld, JB 1878, S. 114.

4) AedK Magdeburg, JB 1886, S. 18. Ähnlich lautet auch § 1 des Statuts der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Bielefeld aus dem Jahre 1878: "Die kaufmännische Fortbildungsschule hat den Zweck, den jungen Kaufleuten diejenigen allgemeinen und fachlichen Kenntnisse zu vermitteln, welche der kaufmännische Beruf in heutiger Zeit verlangt." Abgedruckt in: HK Bielefeld, JB 1878, S. 114.

5) HK Frankfurt a. M., JB 1890, S. 6. So sinngemäß auch HK Düsseldorf, JB 1899, I. Teil, S. 147.

zum letzteren Kreis. In welchem quantitativen Verhältnis die einzelnen Fächer gelehrt wurden, läßt sich nur schwer ermitteln. Denn vielfach - in den norddeutschen, sehr locker organisierten Schulen war das die Regel - blieb den Schülern die Auswahl unter den angebotenen Fächern freigestellt¹⁾.

Bevor die allgemeine Fortbildungsschule nach Ansätzen Friedrich Rücklins und Oskar Paches durch Georg Kerschensteiner und andere zur "berufsbezogen-spezialisierten Fortbildungsschule"²⁾ ausgebaut wurde, war also der kaufmännische Zweig mit Unterstützung einer damals allerdings noch kleinen Zahl von Handelskammern schon lange eine Einrichtung, die sowohl spezifisch kaufmännisch-fachliche als auch für den Kaufmann bedeutsame allgemeine Stoffe lehrte. Sie verdankt manche Gesichtspunkte hinsichtlich der Bildungsaufgabe und der Bildungsinhalte wiederum den Handelsakademien des ausgehenden 18. Jahrhunderts, was Bruno Zieger am Beispiel der Schulen Büschs und Arnoldis nachweist³⁾.

Seit den neunziger Jahren bis zum ersten Weltkrieg wirkte sich die allmähliche Einführung der Fortbildungsschulpflicht in weiteren Staaten auch auf den Lehrplan der kaufmännischen Fortbildungsschule aus. Schüler waren jetzt beinahe nur noch die Lehrlinge, von denen viele auch in den Elementarfächern unzureichende Vorbildung mitbrachten. Die Festlegung eines verbindlichen Fächerkanons erwies sich als notwendig. Er mußte sich am Leistungsdurchschnitt der Schüler ausrichten und besonders bei wenig gegliederten Schulen kleinerer Orte auf anspruchsvollere Lehrstoffe verzichten.

Große Verdienste um die Neugestaltung der Lehrpläne vor allem in Preußen haben sich bei dieser Lage um die Jahrhundertwende die Handelskammern Halberstadt und Oppeln erwor-

-
- 1) Ähnliches berichtet auch Joachim Peege über die Anfänge des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens, wobei er diesen Sachverhalt u. E. jedoch zu sehr verallgemeinert und den Zeitraum etwas zu spät ansetzt. Vgl. Joachim Peege, Kaufmännische Berufsbildung in der pluralistischen Gesellschaft, in: DVKB, Bd. 106, Braunschweig 1967, S. 17.
 - 2) Ludwig Kiehn, Wirtschaft und Schule, in: Karl Abraham u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpädagogik 1964, Heidelberg 1964, S. 165.
 - 3) Vgl. Bruno Zieger, Handelsschulen, a.a.O., S. 27.

ben. Aufgrund der personellen und schulrechtlichen Regelung der Schulaufsicht in ihren Bezirken - darauf werden wir noch zurückkommen - konnten sie einen besonders weitgehenden Einfluß auf die von ihnen verwalteten oder beaufsichtigten Schulen ausüben. Ebenso wie die HK Braunschweig¹⁾ richteten beide Kammern - und nicht nur darin sind sie für die staatliche Konzeption der preußischen kaufmännischen Fortbildungsschule Vorbild gewesen - an den größeren ihnen unterstellten Schulen für Schüler mit unzureichenden Leistungen in den Elementarfächern "Vorstufen" ein²⁾, so daß die drei "Fachstufen" auf die Wiederholung von Volksschulstoff verzichten konnten. Der Halberstädter Lehrplan sah 1903/04 für die drei Fachstufen folgende Fächer und Wochenstunden vor:

Tabelle 4

Stundentafel der kaufmännischen Fortbildungsschulen
der Handelskammer Halberstadt³⁾

Stand: 1903/04

	Unter- stufe	Mittel- stufe	Ober- stufe
Briefwechsel, Kontorarbeiten und Handelslehre	2	2	1
Handelsrecht	-	-	1
Buchführung	1	1	1
Kaufmännisches Rechnen	2	2	2
Geographie bzw. Wirtschafts- geographie	1	1	1

- 1) Vgl. Ph. Ebeling, Die Nothwendigkeit einer Vorstufe an kaufmännischen Fortbildungsschulen, in: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 10, S. 317.
- 2) Vgl. HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 68 f. (§ 3 der Schulordnung); zur Begründung der Stufeneinteilung vgl. HK Halberstadt, JB 1903, Anhang: Die kaufmännischen Fortbildungsschulen der HK zu Halberstadt - Jahresbericht über das Schuljahr 1903/04, S. 4 f.; HK Oppeln, JB 1903, S. 240; Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 36 u. 38. Den Einfluß der Lehrplanarbeiten beider Kammern auf die allgemeine Entwicklung bestätigt der Ministerialbeamte von Seefeld, Referat über die Bestimmungen (über Einrichtung und Lehrpläne kaufmännischer Fortbildungsschulen, d. Verf.), abgedruckt in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, a.a.O., S. 543.
- 3) Vgl. HK Halberstadt, JB 1903, Anhang: Die kaufmännischen Fortbildungsschulen der HK Halberstadt, a.a.O., S. 13.

Der Oppelner Lehrplan stimmte hiermit im wesentlichen überein¹⁾. Die Gliederung bedeutete für einen Großteil der Lehrlinge eine vierjährige Fortbildungsschulpflicht. Wo sie aus den verschiedensten Gründen nicht zu verwirklichen war, ist die kaufmännische Fortbildungsschule noch weitgehend von den Leistungen der Volksschule abhängig gewesen. So glaubte die HK Bromberg noch 1896 mit Blick auf die Verhältnisse ihres Bezirks, auch eine besondere kaufmännische Fortbildungsschule müsse "hauptsächlich auf die Erweiterung und Sicherung des elementaren Wissens bedacht sein"²⁾.

Die Fremdsprachen wurden von den meisten Schulen nicht in den verbindlichen Fächerkanon übernommen³⁾, sondern in die Stellung ergänzender "wahlfreier Kurse" gedrängt, die auch von Handlungsgehilfen besucht wurden und die damalige Nahtstelle von kaufmännischer Jugend- und Erwachsenenbildung darstellten.

Je mehr die Fortbildungsschule - wir haben hierbei vor allem die preußischen Verhältnisse im Auge - das Interesse des Staates fand und finanziell von ihm abhängig wurde, um so mehr versuchte sie der Staat verständlicherweise in den Dienst seiner allgemeinen Bildungspolitik zu stellen. Als die preußische Regierung 1911 den Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes vorlegte, wollte sie auch die staatsbürgerliche und die körperliche Erziehung in der Fortbildungsschule verankern⁴⁾. Offensichtlich hat sich hier schon der Einfluß Kerschensteiners ausgewirkt. Auch über

1) Vgl. o. V., Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, in: ZfgkU, 2. Jg. (1899/1900), Nr. 10, S. 236.

2) HK Bromberg, JB 1896, S. 17.

3) Zu den Ausnahmen gehörten nicht nur die sächsischen Schulen mit seit Jahrzehnten bewährtem indirekten Schulzwang - wie die der HK Leipzig -, sondern beispielsweise auch die "Kaufmännischen Fachschulen der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin". Vgl. hierzu Otto Knörk, Das kaufmännische Bildungswesen in Deutschland, in: derselbe (Hrsg.), Der kaufmännische Unterricht, Berlin 1913, S. 64 ff. Diese Schulen erteilten einen Pflichtunterricht von acht bis zwölf Wochenstunden.

4) Vgl. Preußischer Gesetzentwurf betreffend die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen, § 1 Abs. 2, abgedruckt in: HuG, 18. Jg. (1910/11), Anlage 5.

Religion als obligatorisches Unterrichtsfach wurde damals diskutiert. Die Regelung sollte sämtliche Fortbildungsschulen betreffen.

Die Reaktion der Handelskammern, die bisher in ihrer Mehrzahl die Bildungsaufgabe der Fortbildungsschule durchaus nicht einseitig fachbetont auffaßten, sondern mit ihrer Hilfe dem kaufmännischen Nachwuchs auch den Zugang zu dem im 19. Jahrhundert emporgeblühten Bürgertum mit seinen Bildungsvorstellungen erleichtert sehen wollten, schlug ins andere Extrem. Hatten Jahrzehnte früher nur einzelne Kammern die Bildungsaufgabe allein fachlich verstanden¹⁾, und schloß sie auch in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts nach Ansicht der Wortführer unter den Handelskammern noch die allgemein-erziehlische Seite ein²⁾, so bewirkte die Vorlage des Gesetzentwurfs eine vorläufige Wende.

Einige Auszüge aus Kammerstellungnahmen sollen das belegen.

HK Münster: "Die Fortbildungsschule ... kann in Wirklichkeit nur die Aufgabe erfüllen, in der Volksschule noch nicht gelehrt, berufliche Kenntnisse neben der praktischen Lehre zu geben und damit an der Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf mitzuarbeiten."

Die Kammer folgert dann, die Fortbildungsschule sei "mit ihrer geringen Stundenzahl gänzlich ungeeignet, der allgemeinen Erziehung der schulentlassenen Jugend zu dienen" und könne "Ersprissliches nur leisten, wenn sie Fachschule bleibt"³⁾.

HK Oldenburg: "Wir stehen auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß unsere Fortbildungsschulen Fachschulen sein sollen und daß man alles aufbieten soll, um ihnen diesen Cha-

1) So HK Breslau, JB 1865, S. 41. Die Kammer betonte andererseits die Bedeutung einer allgemein-menschlichen Bildung für den Kaufmann, wollte ihre Förderung aber nicht den kaufmännischen Lehrlingsschulen zugewiesen wissen.

2) "... die Einwirkung der Schule in erzieherischer Richtung ist in unserer auf das gefährliche Sich-Ausleben gerichteten Zeit nicht hoch genug anzuschlagen." von Bönnigk (HK-Syndikus), Vorschläge für Abänderung der reichsgesetzlichen Grundlagen des kaufmännischen Unterrichts, in: DVkU, Bd. 35, Leipzig 1905, S. 71. "Die Schule hat auch die Aufgabe, auf den Schüler erziehende Wirkungen auszuüben." HK Saarbrücken, Entwurf eines Ortsstatuts betreffend die kaufmännische Fortbildungsschule der Handelskammer Saarbrücken in St. Johann/Saar., § 9, abgedruckt in: Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung, 13. Jg. (1908), Nr. 4, S. 19. Mit "Schule" ist in beiden Fällen die kaufmännische Fortbildungsschule gemeint.

3) HuG, 18. Jg. (1910/11), Nr. 32, S. 635 (beide Zitate).

rakter zu bewahren bzw. ihn noch immer reiner herauszubilden."¹⁾

HK Graudenz: "... es darf nicht vergessen werden, daß die Fortbildungsschule (die gewerbliche sowohl als auch die kaufmännische) in erster Linie Fachschule, nicht aber allgemeine Erziehungsschule ist."²⁾

HK Flensburg: "Der Unterricht in der Fortbildungsschule soll dem jungen Kaufmann Gelegenheit bieten, sich fachlich weiterzubilden, er soll theoretisch die von ihm täglich geleistete praktische Arbeit verstehen und weiter ausbauen lernen. Dieses Ziel wird aber von dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht verfolgt, denn darnach soll vielmehr ... in der Hauptsache erziehend auf die Schüler eingewirkt werden."³⁾

HK Lennep: "Im Interesse der bei solcher Fortbildung dringend erforderlichen Zeitersparnis darf sich der Unterricht aber nur auf die Befestigung und Vermehrung des eigentlichen Fachwissens, demnach nicht auf körperliche Übungen und Religionsunterricht erstrecken."⁴⁾

Die HK Frankfurt a. M. wandte ein, daß die vorgesehenen Unterrichtsfächer "gänzlich aus dem Rahmen der Fortbildungsschule als eine Fachschule herausfallen und daher grundsätzlich dieser nicht überwiesen werden dürfen"⁵⁾.

HK Stolp: "Die Fortbildungsschulen sind aber Fachschulen und können ihr Ziel nicht erreichen, wenn ihnen anderer Unterrichtsstoff zugewiesen wird."⁶⁾

Abgesehen von der Unklarheit des zugrunde liegenden Erziehungsbegriffs und der Möglichkeit des "erziehenden Unterrichts" auch im Rahmen der Vermittlung fachlicher Lehrstoffe, läßt auch der Zusammenhang, in dem die Stellungnahmen abgegeben wurden, nicht den Schluß zu, den Kammermännern habe die Einsicht in die Notwendigkeit staatsbürgerlicher, religiöser und körperlicher Erziehung ferngelegen. Vielmehr sahen sie sich wieder einmal dem Interessenkonflikt von pädagogischen Forderungen und wirtschaftlichen Einbußen der Lehrherren aus Arbeitszeitverlust gegenüber und verwiesen nun neue, den kaufmännisch-fachlichen Bereich

1) Verh. u. Mitt. der HK für das Herzogtum Oldenburg, Jg. 1910, Nr. 2, S. 47.

2) HuG, 18. Jg. (1910/11), Nr. 32, S. 632.

3) HuG, 19. Jg. (1911/12), Nr. 7, S. 176.

4) Ebenda, S. 178.

5) Ebenda, S. 177.

6) Ebenda, S. 179; ähnlich schon HK Bonn und HK Schweidnitz, in: HuG, 18. Jg. (1910/11), Nr. 32, S. 637 bzw. S. 638.

überragende Fächer aus der Fortbildungsschule in die Freizeit der Jugendlichen.

Nicht alle Kammern und ihnen gleichgestellte Korporationen entschieden sich in dieser Situation so einseitig wie die zitierten. Nach dem Chronisten der Korporation der Berliner Kaufmannschaft waren deren Schulen die ersten (1905), an denen Bürgerkunde als obligatorisches Lehrfach eingeführt wurde¹⁾. Die kaufmännischen Fortbildungsschulen in den Handelskammerbezirken Halberstadt und Oppeln berücksichtigten staatsbürgerliche Aspekte in Übereinstimmung mit dem Standpunkt des Verbandes Deutscher Handelsschulmänner im Rahmen anderer Fächer²⁾. Wiederum andere Kammern - wenn auch nur wenige - waren bereit, den Forderungen des Gesetzentwurfs durch verschiedenartige Kompromisse zumindest teilweise zu entsprechen³⁾. Eine völlige Einmütigkeit der Handelskammern ist also in der Beurteilung der Bildungsaufgabe und der notwendigen Lehrstoffe während jenes Entwicklungsstadiums der kaufmännischen Fortbildungsschule nicht festzustellen, wohl aber zeigt sich deutlich der Trend, eine Ausdehnung des Fächerkanons um nicht berufsnotwendige Lehrgebiete zu verhindern.

Der Gesetzentwurf erlangte keine Rechtskraft⁴⁾. Die damalige Diskussion um die Aufgabe der Fortbildungsschule ist rückschauend aber deshalb aufschlußreich, weil mit ihr erstmals auf breiter Basis eine Auseinandersetzung in dieser Frage zwischen staatlicher Schulpolitik und Wahrnehmung

1) Vgl. o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 398.

2) Vgl. Otto Knörk, a.a.O., S. 61 ff.

3) So z. B. die Handelskammern Hanau und Lüdenscheid. Vgl. HuG, 18. Jg. (1910/11), Nr. 32, S. 633 f.
Nach A. Stocker fand der Turnunterricht noch vor dem ersten Weltkrieg im Königreich Sachsen starke Verbreitung als Pflichtfach (1913 an 250 Fortbildungsschulen, deren Fachrichtung allerdings nicht angegeben ist). Vgl. A. Stocker, Das allgemeine und fachliche Fortbildungsschulwesen in Baden in seiner geschichtlichen Entwicklung, Lehr in Baden 1916, S. 167.

4) Wie Otto Monsheimer berichtet, scheiterte der Entwurf nicht etwa am Widerstand der Handelskammern, sondern am Verlangen der Parteien, den Religionsunterricht als Pflichtfach einzuführen und das Kultusministerium an der Schulaufsicht zu beteiligen. Vgl. Otto Monsheimer, Drei Generationen Berufsschularbeit, Weinheim/Bergstr. (1955), S. 14.

wirtschaftlicher Interessen durch die Selbstverwaltungs-körperschaften ausgetragen wurde.

Nach dem ersten Weltkrieg blieben nämlich die Grundpositionen bestehen, wenn sich auch die Akzente verschoben. Der Ausgang des Krieges und die nachfolgende wirtschaftliche und politische Labilität erforderten nicht nur qualifizierte Arbeitskräfte zur Bewältigung der Existenzsorgen der Wirtschaft, worauf es den Handelskammern kraft ihres gesetzlichen Auftrags vorrangig ankommen mußte, sondern sie verdeutlichten auch, daß besonders den jungen Menschen eine Hilfe zur Wertorientierung nottat. Die Arbeit der sogenannten Kulturpädagogen konnte auf diesem fruchtbaren Boden große Breitenwirkung haben und so auch dem berufsbildenden Schulwesen das Wertbewußtsein geben, das sein bildungstheoretisches Selbstverständnis bis in die Gegenwart hinein geprägt hat. Die Entwicklung der Fortbildungsschule zur Berufsschule war im wesentlichen durch zwei Merkmale gekennzeichnet: einmal durch die Zunahme berufsfachlicher Unterrichtsstoffe, zum anderen durch die Einsicht, daß der Beruf und die mit seiner Ausübung zusammenhängenden Lehrstoffe Bildungswert besitzen, der auch für die "Menschenbildung"¹⁾ oder die "höhere Allgemeinbildung"²⁾ von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Hatte die kaufmännische Fortbildungsschule nicht zuletzt auch dank des Einflusses der Handelskammern schon im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend einen fachbetonten Charakter angenommen, so daß Alfred Kühne 1914 sagen konnte, sie sei "zuerst Berufsschule"³⁾, so erfolgte ihre bildungs-

1) Kerschensteiner sagt hierzu: "Daß der einzelne seine Arbeit erkenne, an ihr Einsicht, Wille und Kraft üben und erstarken lasse, das ist die erste Aufgabe auf dem Wege zur Bildung. Die Berufsbildung steht an der Pforte zur Menschenbildung." Georg Kerschensteiner, Berufs- oder Allgemeinbildung? (1904), in: derselbe, Grundfragen der Schulorganisation, 7. Aufl., München-Düsseldorf 1954, S. 48.

2) "Der Weg zu der höheren Allgemeinbildung führt über den Beruf und nur über den Beruf." Eduard Spranger, Grundlegende Bildung, Berufsbildung, Allgemeinbildung, in: derselbe, Kultur und Erziehung, 3. Aufl., Leipzig 1925, S. 162.

3) Alfred Kühne, Das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, in: DVKB, Bd. 51, Leipzig 1914, S. 22.

theoretische Fundierung nicht vor, sondern während und nach dieser Entwicklung; die Breitenwirkung stellte sich erst nach 1918 ein.

Die Handelskammern hatten freilich die kaufmännischen Fortbildungsschulen wie überhaupt das berufliche Schulwesen jederzeit zu den "Bildungsanstalten" gezählt, ohne allerdings die vermeintliche Kluft zwischen Allgemeinbildung und Fachbildung darüber hinaus zu überbrücken. 1903 hob die HK Oppeln hervor, daß die Schüler in den von ihr unterhaltenen oder beaufsichtigten Schulen lieber zum Unterricht kommen, seit "der Kaufmannsberuf in den Mittelpunkt des ganzen Unterrichts gestellt worden ist"¹⁾. Obwohl hier anstelle des Fachdenkens der komplexere und für die Berufspädagogik bedeutsamere Berufsgedanke anklingt, ist er doch nicht im Sinne einer Überbrückung des Bildungsdualismus theoretisch weitergeführt worden. Die kaufmännischen Lehrlingsschulen im Königreich Sachsen waren in dieser Hinsicht wesentlich fortschrittlicher. Ihre "Parole" hieß schon damals: "Aus dem Beruf für den Beruf! Allgemeine Bildung in und mit der Berufsbildung."²⁾ In Bayern zeigten sich unter dem Einfluß Kerschensteiners etwa gleichzeitig solche Ansätze³⁾.

Als nach dem ersten Weltkrieg die seit 1921 auch amtlich als kaufmännische Berufsschule bezeichnete Pflichtschule für kaufmännische Lehrlinge Fächer in ihren Lehrplan aufnehmen sollte, die nicht eindeutig kaufmännisch-fachlich orientiert waren, setzte erneut der Widerspruch der Handels- bzw. der Industrie- und Handelskammern (ab 1924) ein. Anders als um 1910 finden wir jetzt allerdings keine Stellungnahmen mehr, die den allgemeinen Erziehungsauftrag der Berufsschule leugnen. Wir dürfen annehmen, daß die Auffassung jener Kammern, die zuvor noch anderer Ansicht waren, sich infolge der durch den Krieg und seine vielfältigen Auswirkungen hervorgerufenen neuen Situation

1) HK Oppeln, JB 1903, S. 238.

2) B. Germer, zitiert in: Behrend, Gründung, Einrichtung und Verwaltung von obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschulen, DVkU, Bd. 32, Leipzig 1905, S. 58.

3) Vgl. Hans Sehling, a.a.O., S. 90.

tatsächlich gewandelt hat und nicht nur ein Sichfügen in die Realitäten war, wie sie die preußischen Bestimmungen von 1911 geschaffen hatten. Dort heißt es:

"Die kaufmännische Pflichtfortbildungsschule hat die Aufgabe, die berufliche Ausbildung der jungen Leute zwischen 14 und 18 Jahren zu fördern und an ihrer Erziehung zu tüchtigen Staatsbürgern und Menschen mitzuwirken."¹⁾

Der Wandel der Kammerruffassung spiegelt sich nicht nur in Handelskammerberichten²⁾, sondern vor allem auch in der Denkschrift des DIHT von 1932 wider:

"Die Berufsschule ist nicht nur eine Unterrichtsanstalt, sondern auch eine Erziehungsschule. Sie hat daher nicht bloß die Aufgabe, ihren Schülern die notwendigen grundlegenden fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu übermitteln, sondern auch sittlich-erzieherisch auf sie einzuwirken und sie vor allem mit Pflichtbewußtsein zu erfüllen."³⁾

Die Kammern sorgten sich jedoch, die Ausweitung der allgemeinen Unterrichtsgebiete enge die kaufmännisch-fachlichen Bildungsziele, denen die Vorrangstellung gebühre⁴⁾, zu sehr ein oder erfordere eine größere Zahl an Unterrichtsstunden. Es wurde hervorgehoben, die kaufmännische Berufsschule dürfe "nicht als Selbstzweck betrachtet wer-

-
- 1) Bestimmungen über Einrichtung und Lehrpläne kaufmännischer Fortbildungsschulen und kaufmännischer Fachklassen an gewerblichen Fortbildungsschulen vom 1. Juli 1911, abgedruckt in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, a.a.O., S. 547.
 - 2) So z. B. besonders charakteristisch und den sekundären Rang der allgemeinen Erziehungsaufgabe betonend: Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1927, S. 111.
 - 3) DIHT, Wirtschaft und Schule (Denkschrift), a.a.O., S. 1049.
 - 4) Der Bildungsausschuß des DIHT beschloß im Rahmen von Richtlinien für die Ausbildung von Verkaufskräften im Einzelhandel: "Im Unterricht ist unter weiser Beschränkung der Unterrichtsziele auf die Fachschulung der Hauptwert zu legen." Verh. des DIHT, Heft 6/1928, a.a.O., S. 24. In der Denkschrift des DIHT heißt es, es müsse "die Rücksicht auf den wirtschaftlichen Beruf und auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten des Wirtschaftslebens überwiegen". DIHT, Wirtschaft und Schule (Denkschrift), a.a.O., S. 1049.

den"¹⁾, sondern sie sei "neben der praktischen Lehre ein Hilfsmittel der Berufsausbildung"²⁾. Demgemäß wird von dem Bemühen berichtet, die Schulen in Richtung auf eine "größtmögliche Anpassung des Unterrichts an die Bedürfnisse der Praxis"³⁾ zu beeinflussen. Hätte diese Einstellung im 19. Jahrhundert als einseitig utilitaristisch gegolten, so fand sie jetzt in der erwähnten Bildungstheorie Georg Kerschensteiners und Eduard Sprangers zumindest teilweise eine Stütze. Wenn die Kammern des weiteren Ruhrgebietes fragten, ob sich Menschenbildung nicht auch "durch Erfassung des jungen Menschen in seiner Berufstätigkeit"⁴⁾ verwirklichen lasse, so konnten sie der grundsätzlichen Zustimmung jener einflußreichen Richtung in der Pädagogik sicher sein, ohne jedoch zugleich in Einzelheiten wie etwa dem Anteil der staatsbürgerlichen Erziehung übereinzustimmen. Die Frage der Unterrichtszeit hat hierbei eine gewichtige Rolle gespielt. Um den Kammerstandpunkt im rechten Licht zu sehen, ist es notwendig, die damals schwierige Lage der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. Selbst im "Jahrfünft wirtschaftlicher Erholung von 1925 - 1929"⁵⁾ waren die einen neuen Platz am Weltmarkt anstrebenden Unternehmer zu äußerster Sparsamkeit bei rationellem Einsatz der Arbeitskräfte gezwungen.

Für die Entwicklung der kaufmännischen Berufsschule und ihrer Bildungsinhalte im ersten Drittel unseres Jahrhunderts ist schließlich die beginnende Aufgliederung

-
- 1) HK Heidenheim, Leitsätze für das kaufmännische Bildungswesen (1925), abgedruckt in: Konrad Theiss (Hrsg.), 100 Jahre Industrie- und Handelskammer Heidenheim 1867 - 1967, Aalen 1967, S. 99; ebenso HK Reutlingen, Leitsätze für das kaufmännische Bildungswesen, in: Mitt. der HK Reutlingen, Jg. 1925, Nr. 12, S. 8; IHK Bochum (Hrsg.), Aus der Geschichte der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, a.a.O., S. 111.
 - 2) HK Reutlingen, Leitsätze für das kaufmännische Bildungswesen, a.a.O.
 - 3) HK Hannover, TB 1928, S. 20; ebenso JB des Präsidenten der IHK Dresden für das Jahr 1932, S. 4.
 - 4) Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1927, S. 111.
 - 5) Heinrich Bechtel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, München 1967, S. 434.

dieser Schulform nach Wirtschaftszweigen und weiter nach Branchen von Bedeutung gewesen. Sie lief im großen und ganzen parallel mit der wachsenden Anerkennung fachlicher Lehrstoffe als Bildungsgüter und stellt ein ergänzendes Merkmal der auf dem Weg zur Berufsschule befindlichen Fortbildungsschule dar. Ihr ging das Bestreben - besonders des Württembergischen Handelskammertags¹⁾ - voraus, zunächst einmal die noch an gewerbliche Fortbildungsschulen angelehnten kaufmännischen Abteilungen zu verselbständigen.

Vor 1914 bahnte sich zunächst eine Zweigliederung in Lehrlinge des Einzelhandels einerseits und des Großhandels andererseits an, und zwar vor allem im Zusammenhang mit der Ausweitung der Fortbildungsschulpflicht für Mädchen. Die kaufmännische Fortbildungsschule hatte sich bisher einseitig an den Bedingungen der Kontorarbeit orientiert. Für die HK Düsseldorf forderte nun deren Syndikus, man dürfe "kein Schulsystem aufbauen, dessen Ziel eine Ausbildung der Angestellten nach beiden Seiten"²⁾ sei, weil die Tätigkeit in den beiden Bereichen "verschiedene Eigenschaften, Fähigkeiten und Kenntnisse" voraussetze, "denen die Ausbildung in der Lehre und Schule zu folgen" habe³⁾.

So richteten verschiedene Kammern - z. B. die Detaillistenkammer Hamburg sowie die Handelskammern München, Regensburg und Chemnitz⁴⁾ - überwiegend erfolgreiche Anträge an die örtlichen Schulträger, getrennte Fortbildungsschulen oder Abteilungen für Verkäuferinnen und für Kontoristinnen zu bilden, wie es zuvor schon Silbermann⁵⁾ vorgeschlagen hatte

-
- 1) Vgl. Württembergischer Handelskammertag, Denkschrift betr. Ausbau und Umgestaltung der Fortbildungsschulen vom 22. März 1902, zusammengefaßt wiedergegeben in: HuG, 9. Jg. (1901/02), Nr. 25, S. 355. Die in Württemberg damals häufige Zusammenfassung beider Zweige in einer Schule läßt sich auf die besondere Tradition des gewerblichen Fortbildungsschulwesens in diesem Staat zurückführen.
 - 2) Brandt, Kurse für Verkäuferinnen, in: DVkU, Bd. 41, Leipzig 1909, S. 65.
 - 3) Ebenda, S. 45 (beide Zitate). Brandt stützt sich bei der Begründung auf Agnes Herrmann.
 - 4) Vgl. HuG, 16. Jg. (1908/09), Nr. 23, S. 371; HK München, JB 1910, S. 152 f.; HuG, 18. Jg. (1910/11), Nr. 34, S. 688; ebenda, 21. Jg. (1913/14), Nr. 28, S. 607.
 - 5) Vgl. Silbermann, Welche Anforderungen sind an eine sachgemäße berufliche Vorbereitung der Frau für den kaufmännischen Beruf zu stellen und wie weit entsprechen die tatsächlichen Verhältnisse diesen Anforderungen ..., in: DVkU, Bd. 33, Leipzig (1905), S. 13.

und vom Textileinzelhandelsverband allgemein gefordert wurde. Die HK Lübeck unterhielt seit 1911 eine besondere freiwillige Fortbildungsschule für Verkäuferinnen¹⁾.

Den Vorstellungen der Handelskammern zur Bildungsaufgabe der die Ausbildung im Betrieb begleitenden Schulform kam die Differenzierung sehr entgegen, weil sich durch sie eine wesentlich intensivere Verknüpfung des Unterrichts mit der Praxis verwirklichen ließ²⁾. Aus dem gleichen Grunde rückten die Kammern und die ihnen eng verwandten kaufmännischen Korporationen von der früher durch sie in ihren eigenen Schulen praktizierten Zusammensetzung der Schulklassen nach dem Niveau der allgemeinen Grundbildung als vorrangigem Gliederungsprinzip allmählich ab. Seit den letzten Vorkriegsjahren befürworteten sie eine über die Zweiteilung hinausgehende berufliche Gliederung. Die Verwirklichung erfolgte im Laufe der folgenden Jahrzehnte allerdings sehr langsam.

Besondere Ausstrahlungskraft hat in dieser Hinsicht die Neuordnung des beruflichen Schulwesens in München gehabt, in die Georg Kerschensteiner 1906 auch die kaufmännische Pflichtfortbildungsschule einbezog. Die HuGK für Oberbayern wirkte an ihrer Konzeption beratend mit. Die Differenzierung Kerschensteiners orientierte sich aber noch nicht, wie heute üblich, an der vertikalen Wirtschaftsstruktur (Industrie, Großhandel, Einzelhandel), sondern an der Handelsware - also an der unterschiedlichen Warenkunde - und konnte daneben nur eine Gruppe für Bank-, Speditions-, Versicherungs- und Buchhandelslehrlinge³⁾. Auf Anregung der Detaillistenkammer in Hamburg entstand dort 1911 eine besondere Schule für die Lehrlinge der Delikatessen- und Fettwarenhändler⁴⁾. 1912 hat die Korporation der Kaufmannschaft

-
- 1) Vgl. Johannes Oberbach, Kaufmännische Schulen für das weibliche Geschlecht, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, a.a.O., S. 441.
 - 2) Darauf lief auch die Begründung der HK München hinaus: "Eine wirklich entsprechende Ausbildung des weiblichen Verkaufspersonals kann aber nur bei einer Spezialisierung der Unterrichtsorganisation erreicht werden." HK München, JB 1910, S. 152.
 - 3) Vgl. HK München, JB 1909, S. 557 ff.
 - 4) Vgl. A. Kasten, Die Entwicklung des öffentlichen kaufmännischen Schulwesens in Hamburg, in: Zeitschrift für Handelsschulpädagogik, 1. Jg. (1929/30), Nr. 2, S. 59.

von Berlin Fachklassen für das Versicherungsgewerbe eingerichtet, die im folgenden Jahr zu einer selbständigen Schule zusammengezogen wurden¹⁾. Die Trägerschaft ging nach dem ersten Weltkrieg auf die HK Berlin über, die dem Modell dann weitere beruflich gegliederte Berufsschulen hinzufügte²⁾. Die HK Bochum errichtete 1913 an ihrer Schule eine Sonderabteilung für Drogistenlehrlinge³⁾.

In den zwanziger Jahren war die Zweckmäßigkeit eines fachlich gegliederten kaufmännischen Berufsschulwesens aufgrund der Erfahrungen insbesondere der erwähnten Beispiele allgemein anerkannt⁴⁾. Die auch im kaufmännischen Bereich ständig fortschreitende Arbeitsteilung hatte zu der von Heubner aus der Sicht der Industrie- und Handelskammern formulierten Einsicht geführt, "daß heute der kaufmännische Beruf nichts Einheitliches mehr, sondern eine Vielheit nach Geschäftszweigen, Betriebsarten, Betriebsgrößen und örtlichen Verhältnissen ganz verschiedene Voraussetzungen an Kenntnisse, Anlagen und Fähigkeiten heischender Beruf ist"⁵⁾. Wenn die konsequente Anpassung der kaufmännischen Berufsschule nur sehr langsam voranschritt, so lag das überwiegend an organisatorischen Schwierigkeiten. Die Kammern haben sich besonders nach dem ersten Weltkrieg zunehmend und z. T. mit Nachdruck für das fachliche Gliederungsprinzip, dessen Verwirklichung in verfeinerter Form die heutige Organisation der kaufmännischen Berufsschule kennzeichnet, ausgesprochen und auch auf diesem Wege auf die Bestimmung

1) Vgl. o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. 399.

2) Vgl. hierzu HK Berlin, JB 1923, S. 107; IHK Berlin, JB 1926, S. 307.

3) Vgl. IHK Bochum (Hrsg.), Aus der Geschichte der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, a.a.O., S. 110.

4) Einwände erhob allerdings Erna Barschak. Vgl. Erna Barschak, Fragen der kaufmännischen Berufsausbildung, in: DWZ, 21. Jg. (1924), Nr. 24, S. 407. Einen Bericht über die Erfahrungen bis 1924 gibt Maria Hellersberg, Haben sich die kaufmännischen Fachkurse (Verkäuferinnen-, Bankfach-, Versicherungsfachkurse usw.) bewährt und nach welcher Richtung ist deren Ausbau wünschenswert? In: DVkB, Bd. 60, Braunschweig 1924, S. 43 - 50.

5) Heubner, Die Berufsbildung des Kaufmanns als Gesetzgebungs- und Verwaltungsfrage, in: DWZ, 25. Jg. (1928), Nr. 47, S. 1117.

von Unterrichtsziel und Lehrstoff der damals noch im Aufbau begriffenen Schulform eingewirkt.

Insgesamt ist festzustellen, daß das Schwergewicht des Unterrichtsziels der kaufmännischen Berufsschule und ihrer Vorläuferin nach Ansicht der Handelskammern mit graduellen Unterschieden auf der kaufmännisch-fachlichen Grundbildung liegen sollte. Insofern ist ihr Standpunkt mit der "realistisch-utilitaristischen Richtung"¹⁾ des berufsschulpädagogischen Denkens zu identifizieren. Jedoch muß im Auge behalten werden, daß ihm nicht die Einseitigkeit anhaftete, die diese Denkrichtung als polare Gegenposition zur "humanistisch-idealistischen Richtung"²⁾ nach Simon Thyssen charakterisieren soll.

III. Die Fortbildungs- bzw. Berufsschulpflicht des kaufmännischen Nachwuchses

Für die Ansätze und Grundlagen der Kammerstandpunkte zur Frage der Fortbildungs- bzw. Berufsschulpflicht kaufmännischer Lehrlinge und jugendlicher Handlungsgehilfen war von Bedeutung, daß die Landesgesetzgebung in den deutschen Staaten während des 19. Jahrhunderts unterschiedliche Realitäten geschaffen hatte³⁾.

In den süddeutschen Staaten bestand bereits eine allgemeine, auch die kaufmännischen Lehrlinge einschließende Fortbildungs- bzw. Sonntagsschulpflicht, als dort die ersten Handelskammern errichtet wurden. In Bayern war durch Verordnung vom 12. September 1803 die Feiertagsschulpflicht begründet und 1856 neu geregelt worden. Die Jugendlichen

1) Simon Thyssen, Die Berufsschule in Idee und Gestaltung, a.a.O., S. 151.

2) Ebenda, S. 151.

3) Die folgenden Daten zur Entwicklung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht stützen sich vor allem auf Gustav Schmoller, a.a.O., S. 1264; Richard Stegemann, a.a.O. (mit Einzelberichten über die Entwicklung in einigen Staaten); Oskar Simon, Das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen in Deutschland, a.a.O., S. 32 ff.; A. Stocker, a.a.O., S. 24 ff. und S. 157 ff.; Simon Thyssen, Die Berufsschule in Idee und Gestaltung, a.a.O., S. 387 f.

Württembergs unterlagen der Sonntagsschulpflicht aufgrund des Gesetzes über das Volksschulwesen vom 29. September 1836, das eine frühere Synodalverordnung ablöste. Baden hatte durch Verordnung vom 15. Mai 1834 den Besuch der Fortbildungsschule geregelt und den Schulzwang in dem Gesetz vom 18. Februar 1874 aufrecht erhalten. Wenn auch alle diese Schulpflichtbestimmungen nicht auf die besonderen Verhältnisse des kaufmännischen Nachwuchses zugeschnitten waren, so boten sie doch für die Handelskammern dieser Gebiete keinen Anlaß, sich mit der grundsätzlichen Frage auseinanderzusetzen, ob die kaufmännischen Lehrlinge überhaupt einer über den Volksschulbesuch hinausgehenden Schulpflicht zu unterwerfen seien¹⁾.

Anders war es bei der Einführung der Fortbildungsschulpflicht im Königreich Sachsen (Gesetz vom 26. April 1873) und im Großherzogtum Hessen (16. Juni 1874). Sächsische Handels- und Gewerbekammern berieten bereits mehrere Jahre vor Einführung der Fortbildungsschulpflicht über diese Frage. Sie lehnten die Schulpflicht ab²⁾, weil das Interesse des Lehrlings "von selbst auf die Zweckmäßigkeit einer geistigen Weiterbildung"³⁾ verweise und von den Eltern zu erwarten sei, daß sie den Schulbesuch ihrer Söhne im Lehrvertrag vereinbarten. Der allzu optimistische Standpunkt überrascht, weil die Anregung zur gesetzlichen Regelung auch von sächsischen Gewerbevereinen ausging, bei denen man eigentlich Übereinstimmung mit den Handels- und Gewerbekammern vermuten durfte. Eine Erklärung für die Abweichung kann darin liegen, daß in den sächsischen Kammern der stärkere Einfluß beim im Vergleich zum Handwerk liberaler gesonnenen Handel lag. Die Großherzoglich Hessische Handelskammer zu Darmstadt hielt dagegen obligatorische Fortbildungsschulen für not-

1) Dasselbe gilt für eine Reihe von Kleinstaaten, die die Pflicht zum Fortbildungsschulbesuch von 1874 an festlegten (Sachsen-Weimar 1874, Schwarzburg-Rudolstadt 1875, Schwarzburg-Sondershausen 1876, Sachsen-Altenburg 1889, Sachsen-Gotha 1897). Handelskammern entstanden dort erst um die Jahrhundertwende.

2) Vgl. HuGK Leipzig, JB 1865/66, S. 11 f.; HuGK Dresden 1864, S. 42, JB 1867, S. 187.

3) HuGK Dresden, JB 1864, S. 42.

wendig¹⁾. Die von vielen Seiten unterstützten Bestrebungen zur Erweiterung der Fortbildungsschulpflicht erlaubten Jürgen Bona Meyer 1873 aber die Feststellung, die Erweiterung des Schulzwanges solle "keineswegs von oben her dem Volk auferlegt werden", sondern sie werde "von unten her aus dem Volk selbst gewünscht"²⁾.

Für die Entwicklung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens war von großer Bedeutung, daß die Schulpflichtregelungen der genannten Staaten eine Befreiung vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule bestimmten, wenn eine als ausreichender Ersatz anerkannte andere Schule besucht wurde. Hierzu zählten auch die kaufmännischen Fortbildungsschulen. Die meisten Lehrlingsabteilungen der sächsischen Handelslehranstalten haben sich auf dieser Grundlage gut entwickeln können.

Die zweite Wurzel der heutigen Schulpflicht kaufmännischer Lehrlinge ist in der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 zu suchen, die in den Jahren 1871 bis 1873 auch in Süddeutschland in Kraft trat. Sie räumte durch die §§ 106 und 126 den Gemeinden das Recht ein, die Fortbildungsschulpflicht durch Ortsstatut zu begründen. Für den kaufmännischen Nachwuchs ist von dieser Möglichkeit nur in wenigen Fällen Gebrauch gemacht worden, so in Emden³⁾, Melle⁴⁾ und Sorau⁵⁾ sowie außerhalb Preußens in Nürnberg⁶⁾, in den genannten Orten aber offenbar im Einverständnis

1) Vgl. HK Darmstadt, JB 1871, zitiert bei Ingeborg Gellrich (Bearb.), Die Kammer im Spiegel der Jahresberichte 1862 - 1962, in: Adam Hüfner und Ingeborg Gellrich, Auf dem Hintergrund von hundert Jahren - Zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Darmstadt, Darmstadt 1962, S. 97.

2) Jürgen Bona Meyer, a.a.O., S. 47. Vgl. auch die von Meyer zitierten Stellungnahmen vieler Kreise, die sich für die Fortbildungsschulpflicht aussprechen.

3) Vgl. HK Emden, JB 1869, S. 64.

4) Vgl. Rolf Löns, Berufsausbildung damals und heute - 100 Jahre Ausbildungsarbeit der Kammer Osnabrück, in: Mitt. der IHK zu Osnabrück, Jg. 1966, Nr. 6, S. 185.

5) Vgl. HK Sorau N.-L., JB 1873, S. 20.

6) Vgl. HuGK von Mittelfranken, JB 1874 - 1876, S. 76. Die Anwendung des § 106 Abs. 2 der Gewerbeordnung in Bayern trotz landesgesetzlicher Sonntagsschulpflicht bestätigt auch HuGK für Oberbayern, JB 1874/75, S. 162.

mit den zuständigen Handelskammern, denn diese berichten wohlwollend über die Regelung. Doch schon 1878 wurde diese Möglichkeit "durch ein Versehen bei der Abfassung"¹⁾ des § 154 einer Novelle zur Gewerbeordnung ausgeschlossen. Damit bestand u. a. im Großstaat Preußen für den kaufmännischen Nachwuchs praktisch keinerlei Pflicht zum Besuch von Fortbildungsschulen²⁾.

Die Nachteile zeigten sich Anfang der achtziger Jahre, als einige der jungen kaufmännischen Fortbildungsschulen um ihren Fortbestand ringen mußten, weil die Schülerzahlen nach kurzer Zeit wieder stark zurückgegangen waren. Im Jahre 1886 wurden deshalb die Handelskammern von den Regierungen aufgefordert, zur Frage der Fortbildungsschulpflicht kaufmännischer Lehrlinge und junger Handlungsgehilfen und einer evtl. Wiederherstellung des alten Rechtszustandes Stellung zu nehmen. Die Erhebung erstreckte sich über das ganze Reich; sie erfolgte auf Veranlassung des Reichskanzlers³⁾.

Das Ergebnis der Umfrage brachte keine Übereinstimmung. Die württembergischen Kammern Stuttgart, Heilbronn, Reutlingen, Calw, Heidenheim und Rottweil sprachen sich ebenso gegen den obligatorischen Besuch besonderer kaufmännischer Fortbildungsschulen aus⁴⁾ wie die HK Darmstadt⁵⁾. Da der Nachwuchs des Handelsstandes in beiden Staaten der allgemeinen Sonntags- bzw. Fortbildungsschulpflicht unterworfen war, konnten die kaufmännischen Unterrichtsanstalten für Lehrlinge sich dort als "Alternativschulen" mit umfassenderem Unterricht auf die strebsameren und besser vorgebildeten

1) K. Lüders, a.a.O., S. 203.

2) Es ist nicht zu erklären, auf welcher rechtlichen Grundlage das Ortsstatut der Stadt Celle vom 8. April 1887, das den obligatorischen Besuch der "Handelsschule zu Celle" geregelt haben soll, beruhte. Darüber berichtet HK Hannover, JB 1886, S. 250.

3) Vgl. Harry Schmitt, a.a.O., S. 160.

4) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1886, S. 15 f. Für die Schulpflicht sprach sich von den Kammern dieses Staates nur die HuGK Ravensburg aus.

5) Vgl. HK Darmstadt, JB 1886, zitiert bei Ingeborg Gellrich, a.a.O., S. 94.

Schüler einrichten¹⁾.

Ähnlich waren die Verhältnisse im Königreich Sachsen. Die Handelskammer Leipzig wies auf das Gedeihen der öffentlichen Handelslehranstalt der Kramerinnung hin und wollte sie als Beispiel dafür verstanden wissen, "was die freiwillige Thätigkeit einsichtiger Kaufleute ohne das Auskunftsmittel des Zwanges vermag"²⁾. Trotzdem war sie der Ansicht, gegen die Wiederherstellung des alten Rechtszustandes sei nichts einzuwenden, wenn die Gemeinden in den betroffenen Staaten mit der nötigen Vorsicht operieren würden³⁾. Die Kammer Dresden kam aufgrund eingeholter Berichte zu der Auffassung, die Einrichtung weiterer Fortbildungsschulen für Lehrlinge und Gehilfen des Kaufmannsstandes sei durch den Mangel eines direkten Schulzwanges für diese Anstalten behindert worden⁴⁾.

Sehr viel stärkere Gegensätze traten in den Staaten ohne allgemeine Fortbildungsschulpflicht zutage. Lebhaftige Zustimmung und schroffe Ablehnung standen sich gegenüber. Die Lager mögen fast gleich groß gewesen sein; genau läßt sich das quantitative Verhältnis nicht mehr ermitteln. Die Befürworter der ortsstatutarischen Schulpflicht beriefen sich vor allem darauf, daß den Lehrlingen von ihren Prinzipalen nicht genügend Zeit zur Fortbildung gelassen werde⁵⁾ und es den weniger Strebsamen an eigenem Antrieb fehle⁶⁾. "Der Mensch ist zwar zur Arbeit geboren", so führte eine Kammer aus, "seiner Natur nach indessen viel mehr zur Trägheit geneigt, und wenn man es der Weisheit unserer Jugend allein überlassen wollte, zu beurtheilen, welcher Maßstab des

1) Am Handelskurs der Fortbildungsschule Heilbronn nahm zu dieser Zeit etwa die Hälfte der kaufmännischen Lehrlinge teil. 55 der insgesamt 150 Schüler hatten Gymnasien und Lateinschulen, 66 Realschulen und nur 25 allein die Volksschule besucht. Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1886, S. 15 f.

2) HK Leipzig, JB 1886, S. 19.

3) Vgl. ebenda, S. 20.

4) Vgl. HuGK Dresden, JB 1886, S. 5.

5) So HK Düsseldorf, JB 1886, S. 8. Die Kammer sprach sich damals jedoch noch gegen eine besondere kaufmännische Fortbildungsschule aus. Zwei Jahre später rief sie selbst eine ins Leben. Vgl. ferner HK Düsseldorf, JB 1888, S. 8 f.; HK Oppeln, JB 1886, S. 44; HK Osnabrück, JB 1886, S. 56.

6) Vgl. HK Oppeln, JB 1886, S. 44.

Wissens für sie ausreichend und nützlich sei, so würde es mit unserer Volkserziehung wohl höchst wunderlich bestellt sein."¹⁾ Dieselbe Kammer weist auch auf die schulorganisatorischen und pädagogischen Vorteile der Schulpflicht hin²⁾: größere Besuchszahlen der kaufmännischen Fortbildungsschule gestatten ein Ausweiten des Katalogs der Wahlfächer, regen den Ehrgeiz zum Leistungswettbewerb an und sichern den Bestand der Schulen. Der letzte Gesichtspunkt war auch für die positive Stellungnahme der HK Halberstadt³⁾, deren Handelslehranstalt wegen zu geringer Schülerzahlen kurz darauf geschlossen werden mußte⁴⁾, ausschlaggebend,

Die auf der anderen Seite stehenden Kammern⁵⁾ waren keineswegs Gegner der kaufmännischen Fortbildungsschule; z. T. haben sie diese sogar miterrichtet oder durch finanzielle Zuschüsse unterstützt. Ihre Bedenken gegen die Schulpflicht gründeten sich vielmehr hauptsächlich auf die Überlegung, die sehr unterschiedliche allgemeine Grundbildung des kaufmännischen Nachwuchses sowie die in ihrem Wesen und hinsichtlich ihrer Anforderungen verschiedenen Arbeitsgebiete des Kaufmanns würden es nicht erlauben, die Gesamtheit der Lehrlinge und der noch nicht 18jährigen Gehilfen zum gemeinsamen Schulbesuch zu verpflichten. Auch der Gedanke des sozialen Rangunterschieds klingt hier und da an. Es wurde geltend gemacht, die nur durch die Schulpflicht zugeführten interessellosen Schüler müßten zwangsläufig die eifrigen und lernbegierigen in ihren Fortschritten behindern. Diesem Gedanken entsprach die Empfehlung einer Kammer-schule, "daß junge Leute ohne festen sittlichen Ernst, ohne den bestimmten Willen, auszuharren in ernstem, festem Streben, der Schule lieber fern bleiben mögen"⁶⁾. Die freie Entwicklung sei eine wesentliche Voraussetzung für die Heranbildung eines "tüchtigen unternehmenden Kaufmanns-

1) HK Osnabrück, JB 1886, S. 56.

2) Vgl. ebenda, S. 61 f.

3) Vgl. HK Halberstadt, JB 1886, S. XXVI.

4) Vgl. hierzu dieselbe, JB 1885, S. 43, JB 1891, Teil II, S. 57.

5) Vgl. hierzu HK Krefeld, JB 1886, S. 21; HK Frankfurt a. M., JB 1886, S. 96; AedK Magdeburg, JB 1886, S. 19; HK Braunschweig, JB 1886, S. 18; HK Bremen, JB 1886, S. 13; HuGKn in Württemberg, JB 1886, S. 15 f.

6) HK Krefeld, JB 1887, S. 30.

standes" ¹⁾).

Manche dieser Argumente ließen sich unschwer als vordergründig durchschauen; die HK Osnabrück hat eins nach dem anderen bereits 1886 weitgehend widerlegt, indem sie auch schulorganisatorische Möglichkeiten aufzeigte ²⁾, die den erwähnten Schwierigkeiten ihr Gewicht nahmen. Es blieb der nur vereinzelt ausgesprochene Einwand, daß der Schulzwang für die Prinzipale den Verzicht auf einen Teil der Arbeitszeit ihrer Lehrlinge und jugendlichen Gehilfen bedeutete ³⁾. Die teilweise mageren Begründungen einzelner Kammern gegen die Fortbildungsschulpflicht deuten darauf hin, daß dieser Gesichtspunkt nicht selten den Ausschlag gegeben hat, auch wenn er in die offiziellen Stellungnahmen nicht aufgenommen wurde. Indem jene Kammern aber überwiegend die kaufmännische Fortbildungsschule mit freiwilligem Schulbesuch befürworteten, entschieden sie sich für einen Kompromiß, der nicht nur den schulfreundlichen wie den schulfreundlichen Lehrherren gestattete, auf die Lehrlinge und Gehilfen jeweils in ihrem Sinne einzuwirken, sondern auch Zeit ließ, um die Bewährung des im Aufbau begriffenen kaufmännischen Fortbildungsschulwesens zu beobachten.

Obwohl eine Denkschrift des preußischen Ministerialbeamten K. Lüders bestätigt, daß sich bei der Umfrage im Jahre 1886 "viele Handelskammern" dafür ausgesprochen hatten, die Möglichkeit einer ortsstatutarischen Verpflichtung junger Kaufleute zum Schulbesuch wiederherzustellen ⁴⁾, ist die Konsequenz erst 1891 im Rahmen einer Novelle vom 1. Juli 1891 zur Gewerbeordnung gezogen und der Rechtszustand der Jahre 1869 - 1878 wiederhergestellt worden. Damit war das Problem in den Staaten ohne landesgesetzliche Fortbildungsschulpflicht wiederum auf der Ebene der Kommunalpolitik auszutragen. Wenn Eduard Spranger feststellt, die Unterschiede

1) HK Bremen, JB 1886, S. 13.

2) Vgl. HK Osnabrück, JB 1886, S. 52 - 62.

3) So HK Braunschweig, JB 1886, S. 18, die diesen Einwand besonders im Hinblick auf die noch jugendlichen Gehilfen erhob.

4) Vgl. K. Lüders, a.a.O., S. 207. Das "Organ für die Deutschen Handelskammern" spricht von "dringenden Anträgen vieler Handelskammern". ZfHuG, 5. Jg. (1892), Nr. 3, S. 86.

des Werdeganges der Pflichtberufsschule nach Gebieten und Erscheinungsformen seien "so groß, daß eine vollständige Darstellung nur für eine einzelne Stadt, allenfalls für ein einzelnes Land möglich wäre"¹⁾ und Anna Siemsen im gleichen Zusammenhang darauf hinweist, es sei "fast unmöglich ..., nur einen Weg durch das Chaos zu finden"²⁾, so hat die Regelung durch die Gewerbeordnung zu dieser Unübersichtlichkeit im fortgeschritteneren Stadium der Entwicklung wesentlich beigetragen.

Indem die Gewerbeordnung weder für noch gegen die Fortbildungsschulpflicht eine Entscheidung brachte, hatte sie für die Bildungspolitik der Handelskammern keine Realitäten geschaffen, die nicht schon 1886 zur Debatte standen. Deshalb blieb die Uneinheitlichkeit der Standpunkte bestehen. Wesentliche neue Argumente für oder wider den Schulzwang wurden nicht mehr vorgebracht. Aber es fällt auf, daß sich die Ansichten mehrerer Handelskammern teils nach der einen, teils nach der anderen Richtung verschoben und sich dann die Argumente der ehemals gegnerischen Seite zu eigen machten. War z. B. die HK Osnabrück in den achtziger Jahren die eifrigste Verfechterin der Schulpflicht, so trat sie - ohne damit Erfahrungen sammeln zu können - seit 1894 als ihr Gegner auf³⁾. Hatte die Kammer Braunschweig 1886 die Schulpflicht abgelehnt, so ging sie Mitte der neunziger Jahre im Zusammenhang mit der Neugestaltung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens im Herzogtum davon aus, "eine durchgreifende Reform (sei) nur auf der Grundlage des obligatorischen Schulbesuchs möglich"⁴⁾. In Magdeburg beantragten die Ältesten der Kaufmannschaft, 1886 ebenfalls Gegner der Schulpflicht, 1896 selbst das ver-

-
- 1) Eduard Spranger, Zur Geschichte der Berufsschulpflicht, in: derselbe, Zur Geschichte der deutschen Volksschule, a.a.O., S. 64.
 - 2) Anna Siemsen, Beruf und Erziehung, Berlin 1926, S. 153.
 - 3) Vgl. HK Osnabrück, JB 1894, S. 105. Osnabrück gehörte zu den wenigen Städten, die noch Mitte der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts keine Pflicht zum Besuch der kaufmännischen Berufsschule kannten.
 - 4) Richard Stegemann, a.a.O., S. 268. Vgl. auch HK Braunschweig, JB 1894, S. 37 f., JB 1895, S. 16 f. sowie JB 1892, I. Teil, S. 25 (wo sich der Wandel des alten Standpunktes abzuzeichnen beginnt).

pflichtende Ortsstatut¹⁾. Die Beispiele ließen sich vermehren. Sie zeigen, daß die Kammern in ihrer Haltung nicht starr, sondern die Konsequenzen zu ziehen bereit waren, die sich vor allem aus den örtlichen Erfahrungen mit freiwilligen Schulen aufdrängten. Noch vor 1900 hielten außer den bereits genannten die Kammern Breslau, Bielefeld, Ludwigshafen, Potsdam und Solingen die Schulpflicht für notwendig²⁾. Schließlich war für den Wandel der Kammerstandpunkte von Bedeutung, daß sich die Lehrherren erst an die Vorstellung gewöhnen mußten, die Arbeitskraft der Lehrlinge mit einem an der Ausbildung beteiligten Partner zu teilen. So wird von einem allmählichen Rückgang der Klagen über "Geschäftsstörungen" berichtet³⁾. Die Zahl der kaufmännischen Fortbildungsschulen, die von den Lehrlingen aufgrund eines Ortsstatuts besucht werden mußten, konnte deshalb schon innerhalb des ersten Jahrzehnts nach 1891 allein in Preußen ziemlich rasch über 84 Ende des Jahres 1898⁴⁾ auf 146 zum 2. Januar 1902⁵⁾ steigen. Die Standpunkte der Handelskammern waren für diese Entwicklung deshalb bedeutsam, weil die Gemeinden oder Kommunalverbände die Stellungnahmen der Kammern einholen mußten, bevor ein Ortsstatut beschlossen werden konnte.

Wie die kaufmännischen Vereine schon bei der Gründung von Fortbildungsschulen vorangegangen waren, so versuchten sie jetzt an einigen Orten ebenso wie Handlungsgehilfenverbände, die Handelskammern zugunsten der Schulpflicht zu beeinflussen⁶⁾. Wo sich die Kammern zur Unterstützung der Schulpflicht bereitgefunden hatten, zogen aber die Gemein-

1) Vgl. Aedk Magdeburg, JB 1896, S. 95.

2) Vgl. HK Breslau, JB 1898, S. 13 und 56; Gerth, I. Bericht über die Kaufmännische Fortbildungsschule der Stadt Bielefeld, Bielefeld 1895, S. 12; ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 10, S. 319 (Ludwigshafen); ebenda, Nr. 11, S. 361 (Potsdam); ebenda, 2. Jg. (1899/1900), Nr. 1, S. 15 (Solingen). Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

3) Vgl. HK Frankfurt a. M., JB 1903, I. Teil, S. 166.

4) Vgl. F. Zimmermann, Überblick über die Schulzwangverhältnisse in den kaufmännischen Fortbildungsschulen Deutschlands, in: ZfgkU, 2. Jg. (1899/1900), Nr. 5, S. 120 f.

5) Vgl. Der Minister für Handel und Gewerbe, Denkschrift über den Stand der Gewerbeförderung im Königreiche Preußen vom 9. März 1903, Berlin 1903, S. 7.

6) So z. B. in Halle a. S. (vgl. ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 1, S. 24) und Braunsberg (vgl. HK Braunsberg, JB 1904, S. 17).

den nicht immer am gleichen Strang. Im Bezirk der HK Halberstadt verneinten fast sämtliche Magistrate auf eine Anfrage des Regierungspräsidenten (1892) zunächst die Notwendigkeit eines Ortsstatuts¹⁾. Die Stadt Koblenz lehnte einen Antrag auf Einführung des Schulzwanges ab²⁾. In Berlin dauerte es vier Jahre, bis die Stadt das von den Ältesten der Kaufmannschaft und der Handelskammer gewünschte Ortsstatut beschloß³⁾. Die HuGK für Oberbayern mußte wiederholt Eingaben an den Münchener Stadtmagistrat bzw. die Vorstandschaft der Fortbildungsschulen richten, um die seit 1903 von der Kammer geforderte und 1906 verwirklichte Fortbildungsschulpflicht vor einer Einschränkung zu bewahren⁴⁾.

Wenn auch der Schulzwang unter den Handelskammern zunehmend Befürworter fand, so blieb doch eine hartnäckige Opposition. Insbesondere die nur den Großhandel repräsentierenden Handelskammern Hamburg und Bremen kämpften zunächst nicht ohne Erfolg erbittert gegen den Versuch, die Freiwilligkeit des Schulbesuchs kaufmännischer Lehrlinge abzulösen. Die Kammer Bremen kündigte dem Deutschen Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen die Mitgliedschaft, weil er nur die Interessen der obligatorischen Schulen vertrete⁵⁾. So sehr die angeführten Argumente sich verbal mit denen deckten, die auch von anderen Kammern seit 1886 in die Waagschale geworfen wurden, so zeigt ihr Leitgedanke doch einen im Grundsätzlichen profilierten Blickwinkel⁶⁾. Die Idee des freien unternehmenden Kaufmanns schien ihnen bereits durch die aus der Schulpflicht der Lehrlinge erwachsende Abhängigkeit von der Obrigkeit angetastet zu werden. Die Interessen des Kleinhandels lie-

1) Vgl. HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 11.

2) Vgl. ZfGkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 4, S. 143.

3) Vgl. AedK Berlin, JB 1900, S. 61 und HK Berlin, JB 1904, S. 97.

4) Vgl. HuGK für Oberbayern, JB 1903, S. 13, JB 1907, S. 36 ff., JB 1908, S. 51.

5) Vgl. Bericht über die Ausschuß-Beratungen des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen, Weimar, 21. bis 23. Mai 1900, DVkU, Bd. 15, Braunschweig 1900, S. 13.

6) Vgl. hierzu HK Bremen, JB 1902, S. 84 f., JB 1904, S. 96 ff., JB 1910, S. 108, JB 1911, S. 113; HK Hamburg, JB 1903, S. 28 ff., JB 1905, S. 40 f.; dieselbe, Gutachten für die Deputation für Handel und Schiffahrt betr. Reorganisation des Fortbildungsschulwesens vom 8. 12. 1906, Anlage I zum JB 1906, S. 57 ff.

Ben sie hierbei bewußt außer Betracht. Nach Ende des ersten Weltkrieges führten aber auch Hamburg und Bremen die kaufmännische Pflichtschule ein.

Neben der grundsätzlichen Frage des Für und Wider zur Schulpflicht haben Einzelfragen zu Modus und Umfang keine gleichgewichtige Bedeutung gehabt. Es sollen deshalb nur zwei Problemkreise kurz, danach aber die Fortbildungsschulpflicht der kaufmännisch tätigen Mädchen etwas ausführlicher erörtert werden.

Die Untersuchung der Standpunkte von Kammern, in deren Bezirk landesgesetzliche Schulpflicht bestand, hat gezeigt, daß im 19. Jahrhundert der indirekte Schulzwang¹⁾ von der Mehrzahl der Kammern als die im Vergleich mit der direkten Pflicht zum Besuch einer besonderen kaufmännischen Fortbildungsschule für die bessere Lösung gehalten wurde. Die Gewerbeordnung schloß eine solche Handhabung durch das Ortsstatut auch für die anderen Staaten anfangs nicht aus. Der Gedanke hat vor allem bis zum Anfang unseres Jahrhunderts auch unter den Handelskammern Preußens Anhänger gehabt²⁾, weil man auf diese Weise den kaufmännischen Fortbildungsschulen den Charakter von "Elite-schulen" der Lehrlinge bewahren zu können glaubte. Sobald aber die Erfahrung bestätigt hatte, daß sich die befürchteten Nachteile der direkten Schulpflicht größtenteils durch schulorganisatorische Maßnahmen ausgleichen ließen, verlor das indirekte System in Preußen seine Anhänger fast vollständig. Das zeitliche Zusammenfallen mit den Anfängen der beruflich gegliederten Fortbildungsschule im gewerblichen Bereich ist kein Zufall. Auch die württembergischen Kammern rückten nach und nach von ihrer früheren Auffassung ab und sprachen sich für die allgemeine Pflicht zum Besuch kaufmännischer Fortbildungsschulen aus³⁾.

-
- 1) Indirekter Schulzwang bedeutete die Pflicht zum Besuch der allgemeinen Fortbildungs- oder Sonntagsschule, wenn nicht am Unterricht einer kaufmännischen Fortbildungsschule teilgenommen wurde.
 - 2) So z. B. die Handelskammern Düsseldorf (vgl. JB 1900, Teil II, S. 174), Aachen (vgl. JB 1903, S. 31) und Magdeburg (vgl. JB 1899/1900, Teil B, S. XXXV).
 - 3) Vgl. hierzu HKn in Württemberg, JB 1902, S. 62 ff. Einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Kammerstandpunkte in diesen Jahren gibt Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. II, S. 92 ff.

In Sachsen hielt man dagegen zunächst an der indirekten Schulpflicht fest¹⁾, aber noch vor dem ersten Weltkrieg zeigten sich auch hier Aufweichungstendenzen, die namentlich von der Kammer Pläuen ausgingen²⁾. Die heutige Schulpflichtregelung kennt nur noch das direkte System; seine Anfänge im kaufmännischen Bereich gehen auf diese Zeit zurück³⁾.

Das Problem der Schulpflicht von Lehrlingen mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst steht in engem Zusammenhang mit den Bildungsinhalten der Fortbildungsschule. Wo diese nur den Volksschulstoff wiederholte und ergänzte, war es indiskutabel, die sog. Einjährigen zum Schulbesuch zu verpflichten. Je stärker sich aber der kaufmännisch-fachliche Charakter der Schule durchsetzte, desto deutlicher wurde, daß ihre Lehrstoffe den Einjährigen ebenso nützlich sein konnten wie den Volksschulabsolventen. Der Anteil der Schüler mit Einjährigengerechtigung war deshalb bei den freiwilligen kaufmännischen Fortbildungsschulen mit Abendunterricht relativ hoch. Trotzdem gingen die Ansichten der Handelskammern wie auch anderer an der Diskussion beteiligter Kreise über die Einbeziehung in die Fortbildungsschulpflicht sehr weit auseinander.

Auf der einen Seite⁴⁾ wurde geltend gemacht, diese Lehrlinge verfügten über ein für den Kaufmannsberuf ausreichendes

-
- 1) "Eine obligatorische kaufmännische Fortbildungsschule ist ein Unding und widerspricht vollständig der Idee unseres Fachschulwesens." Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 34. Jg. (1902), Nr. 10, S. 154.
 - 2) Vgl. hierzu HK Dresden, JB 1911, I. Teil, S. 16; HK Leipzig, JB 1911, S. 15, JB 1912, S. 8.
 - 3) Wir sehen hierbei von den Ansätzen im Gewerberecht des ehemaligen Königreichs Hannover ab. Seine Schulpflichtregelung ist nach der Annexion Hannovers und insbesondere nach Inkrafttreten der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund ohne bedeutsame Nachwirkung geblieben.
 - 4) Vgl. hierzu insbes. HK Oppeln, JB 1886, S. 44; HK Bielefeld, JB 1898/99, S. 98 f.; HK Erfurt, JB 1900, S. 22; HK Hamburg, JB 1905, S. 40 f.; HuG, 19. Jg. (1911/12), Nr. 7, S. 177 (HK Frankfurt a. M.); ferner HuGKn in Württemberg, JB 1886, S. 16 (HK Ravensburg); HK Aachen, JB 1903, S. 31; HK Bielefeld, JB 1907, S. 64, JB 1909, II. Teil, S. 168; HK Frankfurt a. M., JB 1913, S. 23.

des Maß allgemeiner Bildung¹⁾, so daß die Fortbildungsschule nach dieser Richtung nicht viel leisten könnte, zumal wenn Einjährige und Volksschulabsolventen gemeinsam unterrichtet würden. Hinsichtlich der kaufmännisch-fachlichen Lehrstoffe glaubten manche Handelskammern, man dürfe bei den Einjährigen soviel geistige Reife voraussetzen, daß sie selbst Wege zu ihrer beruflichen Fortbildung fänden. Die Gegenseite²⁾ bestritt nicht die bessere Vorbildung, sie teilte aber die Auffassung der HK Stuttgart, daß "die Berechtigung ... für sich allein noch nicht die nötige Reife für den kaufmännischen Beruf zu bezeugen und die Entbehrlichkeit des Fortbildungsschulunterrichts darzutun vermag"³⁾. Der Stoff des fachlichen Unterrichts sei dem Einjährigen genauso fremd wie den ehemaligen Volksschülern und in den Betrieben allein nicht zu erlernen. Was man zugestand, war die Verkürzung der Schulpflicht und in einigen Fällen auch der Verzicht auf den Besuch nichtfachlichen Unterrichts.

Da der preußische Handelsminister⁴⁾ wie andere Persönlichkeiten von Rang⁵⁾ eine Fortbildungsschulpflicht der Einjährigen für unzweckmäßig hielt, schlossen die meisten Ortsstatute diese Gruppe kaufmännischer Lehrlinge vom Schulzwang aus, während einige Staaten Sonderbestimmungen

-
- 1) Gustav von Mevissen hatte schon 1879 in anderem Zusammenhang auf die Bedenklichkeit einer solchen Auffassung hingewiesen und bemerkt, auch der junge Kaufmann mit Gymnasialbildung als künftiger Chef eines Großhandelshauses versinke "mehr und mehr in eine einseitige luxuriöse Behäbigkeit". Gustav von Mevissen, Denkschrift über die Gründung einer Handelshochschule in Köln zum 11. Juni 1879, in: Joseph Hansen (Hrsg.), Gustav von Mevissen - Ein rheinisches Lebensbild 1815 - 1899, 2. Bd., Berlin 1906, S. 629.
 - 2) Vgl. hierzu HK Osnabrück, JB 1886, S. 60; HK Breslau, JB 1898, S. 37; HK Halberstadt, JB 1900, III. Teil, S. 11, JB 1903, Anhang S. 5 ff.; HKn in Württemberg, JB 1903, S. 84 f. (HK Stuttgart); HK Dresden, JB 1911, I. Teil, S. 17.
 - 3) HKn in Württemberg, JB 1903, S. 84.
 - 4) Vgl. HuG, 13. Jg. (1905/06), Nr. 2, S. 32.
 - 5) So Wilhelm Stieda, Neuere Schriften über Handelsschulen und Handelshochschulen, in: J. Conrad (Hrsg.), Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 74. Bd., Jena 1900, S. 703.

trafen¹⁾. Eine einheitliche Regelung bei vergleichbaren Bildungsstufen ist bis heute in den Ländern der Bundesrepublik nicht erzielt worden - ein Zeichen für die Schwierigkeit des nun seit sechs Jahrzehnten erörterten, in seiner ganzen Breite hier nicht aufgerollten Problems.

Die Einführung der Fortbildungsschulpflicht für weibliche kaufmännische Lehrlinge und jugendliche Angestellte hat sich im Schatten der Entwicklung für den männlichen kaufmännischen Nachwuchs vollzogen und dabei von dieser profitiert. Da die Ausbildung im Betrieb begleitende kaufmännische Schulen für Mädchen erst am Ausgang des 19. Jahrhunderts entstanden, weil auch die geordnete kaufmännische Lehre für sie erst zu dieser Zeit festere Formen annahm, ist der noch vor 1914 kräftig vorangeschrittene Prozeß einer Verpflichtung zum Fortbildungsschulbesuch vergleichsweise schneller vor sich gegangen.

Die bereits im 19. Jahrhundert in wenigen deutschen Staaten (insbesondere Württemberg, Baden, Bayern) bestehende allgemeine Fortbildungs- bzw. Sonntagsschulpflicht für Mädchen²⁾ hat in Parallele zu der Schulpflicht der männlichen Jugendlichen die Handelskammern in jenen Gebieten zu keinen grundsätzlichen Erörterungen von größerer Tragweite veranlaßt. Wenn von Fortbildungsschulpflicht des kaufmännischen Nachwuchses gesprochen wurde, waren bis zum Ende der neunziger Jahre von seltenen Ausnahmen abgesehen die männlichen Lehrlinge und jugendlichen Handlungsgehilfen gemeint. Die Kammern wurden erst aktiv, als eine Novelle zur Gewerbeordnung im Jahre 1900 den Gemeinden und weiteren Kommunalverbänden das Recht gab, durch Ortsstatut auch die weiblichen Handlungsgehilfen und -lehrlinge zum Besuch entweder allgemeiner oder kaufmännischer Fortbildungsschulen zu verpflichten. Die Auseinandersetzung hatte bei weitem nicht die Schärfe und zeitliche Ausdehnung wie die über den obligatorischen Schulbesuch der männlichen Jugendlichen. Manche beide Geschlechter berührende Fragen waren bereits

1) Vgl. hierzu H. Hell, Die kaufmännische Fortbildungsschule, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, a.a.O., S. 360 f.

2) Vgl. hierzu Margarete Schecker, Die Entwicklung der Mädchenberufsschule, Weinheim 1963, S. 196 f.

geklärt oder durch die Erfahrung gegenstandslos geworden. Zudem hatten die Verbände der weiblichen Angestellten nicht zuletzt im Rahmen der Arbeit des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen das Verständnis für die Erfordernisse der Mädchen in kaufmännischen Berufen vorbereitet und die Schulpflicht vor wie nach Inkrafttreten der Novelle zur Gewerbeordnung dringend gefordert¹⁾. Auf der anderen Seite bekämpften allerdings die führenden Verbände der männlichen Handlungsgehilfen, insbesondere der Verband der Handlungsgehilfen in Leipzig²⁾ und der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband³⁾ die Bestrebungen aus Sorge um die den Männern aus der besseren Ausbildung der Mädchen erwachsende Konkurrenz am Arbeitsmarkt.

Die Handelskammern stellten sich, wenn auch nicht mit der gleichen Entschiedenheit, noch innerhalb der knapp 14 Jahre bis zum Ausbruch des Weltkrieges überwiegend auf die Seite der Befürworter obligatorischer kaufmännischer Fortbildungsschulen auch für Mädchen. Zwar wurde noch von einer Opposition unter den Kammern⁴⁾ eingewandt, der "vornehmste Beruf" der Frau sei die Pflege von Haus und Familie und eine

-
- 1) Vgl. z. B. Silbermann, Empfiehlt sich die Einführung des Schulzwanges auch für weibliche Handlungsgehilfen und -Lehrlinge unter achtzehn Jahren? In: DVkU, Bd. 12, a.a.O., S. 34 ff.; derselbe, Welche Schwierigkeiten stehen der Entwicklung des kaufmännischen Unterrichtswesens für weibliche Angestellte im Wege, event. wie sind dieselben zu beseitigen? In: DVkU, Bd. 19, Leipzig 1901, S. 7 ff.
 - 2) Vgl. Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Rundschreiben an die Handelskammern, auszugsweise abgedruckt in: HuG, 9. Jg. (1901/02), Nr. 28, S. 413 f.
 - 3) Vgl. Leitsätze einer Denkschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Hamburg, abgedruckt in: HK Bielefeld, JB 1906, II. Teil, S. 94.
 - 4) Vgl. hierzu insbes. HuGK Dresden, JB 1900, I. Teil, S. 12 f. (Die Kammer gab aber bereits 1907 ihre Bedenken auf und beantragte selbst die Schulpflicht für weibliche Lehrlinge. Vgl. HK Dresden, JB 1907, I. Teil, S. 9 und JB 1911, I. Teil, S. 16); HK Hannover, JB 1905, I. Teil, S. 59 f.; Verh. u. Mitt. der HK für das Herzogtum Oldenburg, Jg. 1908, Nr. 2, S. 119 f.; ferner weitere Gegenstimmen zur Fortbildungsschulpflicht kaufmännisch tätiger Mädchen: HK Hamburg, Gutachten für die Deputation für Handel und Schiffahrt vom 8. 12. 1906, a.a.O., S. 60; Verh. u. Mitt. der HK Magdeburg, Jg. 1910, Nr. 1, S. 9; HK Breslau, JB 1911, S. 62 f.; HuG, 21. Jg. (1913/14), Nr. 20, S. 454 (HK Barmen), ebenda, Nr. 32, S. 691 (HK Hagen).

kaufmännische Berufstätigkeit ganz überwiegend nur Überbrückung der Zeit bis zur Verheiratung, die eine mit hohen Kosten verbundene kaufmännische Schulpflicht für die Gesamtheit nicht rechtfertige. Erst sei eine geordnete Lehrzeit für Mädchen noch allgemein zu verwirklichen. Die Hebung des Gehaltsniveaus könne der Schulzwang allein nicht bewirken.

Es verwundert aus heutiger Sicht, daß dieser Standpunkt anfänglich von maßgeblichen Pädagogen des kaufmännischen Schulwesens geteilt wurde¹⁾. Aber die Argumente der Befürworter²⁾ gewannen doch die Oberhand: Der Anteil der weiblichen Angestellten sei bereits so groß geworden, daß die Mädchen sowohl im eigenen wie im Interesse der Wirtschaft dem männlichen Nachwuchs gleichwertig auszubilden seien. Den Mann vor der beruflichen Konkurrenz der Frau zu schützen, bestehe kein Anlaß. Die unzureichende betriebliche Ausbildung erfordere für Mädchen im gleichen Maße wie für die Jungen eine theoretische Ergänzung durch die Schule. Da aber die Erfahrungen mit freiwilligem Schulbesuch die Hoffnungen auf einen grundlegenden Wandel nicht erfüllt hätten, sei der Zwang trotz zu erwartender Opposition mancher Unternehmer zu verwirklichen. Die Frage müsse auch "von dem höheren Standpunkte des sittlichen Willens und der nationalen Wohlfahrt"³⁾ aus beurteilt werden. Es er-

1) Vgl. die Diskussionsbeiträge beim III. Kongreß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen, in: DVkU, Bd. 12, a.a.O., S. 40 ff.

2) Vgl. hierzu insbes. HK Berlin, JB 1904, I. Teil, S. 97; HK Sorau N.-L., JB 1904, S. 39 f.; HuG, 12. Jg. (1904/05), Nr. 13, S. 247 f. (HK Kassel); HK Halberstadt, JB 1905, Anhang, S. 6 f.; HK Bielefeld, JB 1906, II. Teil, S. 94, JB 1910, II. Teil, S. 35 f.; HK Aachen, JB 1907, S. 31; HuGK für Oberbayern, JB 1908, S. 51 ff.; Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung, 13. Jg. (1908), Nr. 4, S. 20 f. (HK Saarbrücken); HK Hanau, Gutachten vom 16. 12. 1913, abgedruckt in: HuG, 21. Jg. (1913/14), Nr. 20, S. 454; ferner weitere Befürwortungen der Schulpflicht für den weiblichen kaufmännischen Nachwuchs: HK Dresden, JB 1907, I. Teil, S. 9, JB 1911, I. Teil, S. 16; HuG, 12. Jg. (1904/05), Nr. 7, S. 133 (HK Karlsruhe); ebenda, Nr. 27, S. 549 (HK Dessau); ebenda, 13. Jg. (1905/06), Nr. 33, S. 709 (HK Potsdam); ebenda, 19. Jg. (1911/12), Nr. 7, S. 177 (HK Frankfurt a. M.); ebenda, 20. Jg. (1912/13), Nr. 6, S. 118 (HK Graudenz); ebenda, 21. Jg. (1913/14), Nr. 28, S. 607 (HK Chemnitz und Minden).

3) HK Hanau, Gutachten vom 16. 12. 1913, a.a.O.

scheine deshalb "voll gerechtfertigt, durch Einführung der Fortbildungsschulpflicht der schulentlassenen weiblichen Jugend noch eine Fortsetzung der Erziehung für das Leben angedeihen zu lassen, ihren Sinn auf Verantwortlichkeit und ernste Aufgaben zu lenken und gegenüber den mancherlei Gefährdungen des modernen Lebens ihre moralische Widerstandsfähigkeit zu stärken"¹⁾. Schließlich sei die kaufmännische Ausbildung der Mädchen auch für den Beruf der Hausfrau von Nutzen.

Die beiden letztgenannten, von den Kammern Hanau und Halberstadt angeführten Gesichtspunkte sind weitere Beispiele dafür, daß ein Teil der Handelskammern seine Bildungsarbeit nicht einseitig unter dem Blickwinkel wirtschaftlicher Interessen verstand, sondern die umfassende Erziehungsaufgabe an den Jugendlichen im Auge behielt und ihren Anspruch zur Geltung brachte. Bei der Mehrheit hat jedoch das Erkennen der gewerbefördernden Bedeutung den Ausschlag auch für die Unterstützung der Schulpflicht weiblicher kaufmännischer Lehrlinge und jugendlicher Angestellter gegeben.

Die Verwirklichung der obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschule für Mädchen nahm vor allem bis zum Ende des 1. Weltkrieges einen eigenen Verlauf. Oberbach berichtet, schon bis 1916 habe der Kampf um die Schulpflicht der kaufmännisch tätigen Mädchen "an Schärfe und Hitze verloren"²⁾. Bis zum Jahre 1912 hatte sich die Zahl kaufmännischer Fortbildungsschulen mit Besuchspflicht für den weiblichen Nachwuchs nach L. Tronnier immerhin schon von 0 im Jahre 1898 über 29 im Jahre 1907 auf 155 vermehrt³⁾. Nach 1918 verwischte die zunehmende Koedukation der Geschlechter die Grenzen allmählich. In den Berichten der Handelskammern sind

1) Ebenda.

2) Johannes Oberbach, Kaufmännische Schulen für das weibliche Geschlecht, a.a.O., S. 438.

3) Vgl. L. Tronnier, Verzeichnis der in Deutschland bestehenden kaufmännischen Unterrichtsanstalten, a.a.O., S. 7.

Die ersten obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschulen für Mädchen wurden in Wiesbaden und Mannheim (1902) gegründet. Vgl. Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 34. Jg. (1902), Nr. 9, S. 139; o. V., 50 Jahre im Dienste der Jugend und Wirtschaft 1902 - 1952 (Festschrift zweier Mannheimer Handelslehranstalten), o. O. o. J., S. 5.

in den zwanziger Jahren nur noch ganz selten Hinweise auf gesonderte Betrachtungsweisen der Schulpflicht von Jungen und Mädchen zu finden. Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich jetzt auf andere Fragen der Bildungsarbeit.

Die Weimarer Verfassung legte "mit unmittelbar verpflichtender Rechtswirkung"¹⁾ die allgemeine Fortbildungsschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr fest. Für die kaufmännischen Lehrlinge bedeutete dies größtenteils die Verankerung eines aufgrund von Landesgesetzen oder Ortsstatuten längst bestehenden Zustandes. Über die Einzelheiten sagte die Verfassung nichts, und ein die Verfassungsnorm auslegendes Reichsgesetz kam damals nicht zustande. In Preußen bestand weiterhin keine landesgesetzliche Berufsschulpflicht. Erst 1938 brachte das Reichsschulpflichtgesetz eine einheitliche Lösung, die allerdings heute im Bundesgebiet mehr im Grundsätzlichen als in Einzelheiten fortbesteht²⁾. Für die Industrie- und Handelskammern ergab sich deshalb vor 1933 auch kein Anlaß, die Frage erneut zu erörtern. Die Kritik einiger Kammern richtete sich jetzt gegen die durch das preußische Gesetz über die Erweiterung der Berufsschulpflicht vom 31. Juli 1923 geschaffene Möglichkeit der Gemeinden und Kommunalverbände, die Jugendlichen unter 18 Jahren ausnahmslos dem Schulzwang zu unterwerfen³⁾. Die Feststellung Emma Voigts, "die Forderung der Kaufmannschaft" bestehe "allgemein darin, nur die tüchtigen Lehrlinge der Schule zuzuführen und den allgemeinen Schulzwang aufzuheben"⁴⁾, traf in dieser Verallgemeinerung Mitte der zwanziger Jahre nicht zu.

Gegen das Gesetz wurde eingewendet, "die Belastung der Schulen mit dem vielen unbrauchbaren Schülermaterial"⁵⁾ werde

1) Walter Landé, Die Schule in der Reichsverfassung, Berlin 1929, S. 85.

2) Vgl. hierzu Heinz Hofmeister, Das Recht des kaufmännischen Schulwesens, in: Walther Löbner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, a.a.O., S. 86 f.

3) Vgl. IHK Bochum, JB 1925, S. 82 f.; Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1926, S. 144, JB 1927, S. 111.

4) Emma Voigt, Die Stellung der Wirtschaft zur kaufmännischen Berufsschule, Diss. Köln 1926, S. 27.

5) Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1927, S. 111.

das Niveau der Berufsschulen herabdrücken. Obwohl die kaufmännischen Lehrlinge von der Neuerung nicht betroffen waren, ist die hier zutage tretende Denkrichtung doch zur Erhellung des prinzipiellen Verständnisses der Berufsschulpflicht durch einige Industrie- und Handelskammern von Bedeutung. Der Hinweis auf das "unbrauchbare Schülermaterial" belegt, daß diese Kammern den pädagogischen Sinn der Berufsschulpflicht in seiner Komplexität entweder gar nicht begriffen hatten oder bewußt stark einengten.

So ist zusammenfassend zu sagen, daß die Handelskammern in ihrer Mehrzahl der Fortbildungsschulpflicht des kaufmännischen Nachwuchses die Wege haben ebnen helfen, wenngleich vielfach Meinungsunterschiede über den Modus der Verwirklichung bestanden. Als dominierendes Motiv dieser Förderung sind aber letztlich nicht umfassend pädagogische, sondern auf die ökonomische Leistungsfähigkeit abzielende Überlegungen maßgebend gewesen.

IV. Die Unterrichtszeit

Bei der Frage der Unterrichtszeit sind drei Gesichtspunkte zu unterscheiden: einmal die Dauer, über die sich der gesamte Unterricht der Fortbildungs- bzw. Berufsschule erstreckte, sodann die Anzahl der Wochenstunden und schließlich die Tageszeit. Sonderbarerweise ist in den Kammerberichten über die beiden erstgenannten Aspekte vor 1918 nur wenig nachzulesen, was über die Feststellung von Tatsachen hinausginge und zur Kennzeichnung der Bildungsarbeit speziell der Kammern beitragen könnte. Hierzu soll deshalb zunächst nur die allgemeine Entwicklung kurz umrissen werden.

Die Dauer des Unterrichts sowohl hinsichtlich der Wochenstunden wie der Schuljahre stand vor allem im Zusammenhang mit der Fortbildungsschulpflicht zur Diskussion. Zuvor herrschte - von den Verhältnissen im Königreich Sachsen abgesehen - ein derart lockeres Organisationsgefüge vor, daß weder von einem festen Stufenaufbau noch von einem verbindlichen Fächerkanon mit bestimmter Wochenstundenzahl ge-

sprochen werden konnte. Es wurde bereits erwähnt, daß bis in die neunziger Jahre die Wahl der Unterrichtsfächer und damit auch der Stundenzahl überwiegend im Belieben der Schüler stand. Das Prinzip der Freiwilligkeit erlaubte den Lehrlingen, nur ein oder zwei Jahre oder gar nur einen Winter lang am Unterricht teilzunehmen. In der ersten Aufbauphase des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts ging es zunächst darum, überhaupt einmal Gelegenheit zur theoretischen Ergänzung der praktischen Lehre zu schaffen.

Die Einführung der Fortbildungsschulpflicht bewirkte in dieser Hinsicht zwangsläufig eine festere Organisation. Sie strahlte auch auf die noch freiwilligen Schulen aus. Gegenüber der grundsätzlichen Problematik eines freiwilligen oder obligatorischen Schulbesuchs war aber die Frage der Unterrichtsdauer in den Hintergrund gerückt. Ohne daß sich bei den Erörterungen der Kammern eine bemerkenswerte Diskussion entfaltete, setzte sich die dreijährige Schulpflicht entsprechend der überwiegend dreijährigen Lehrzeit im ganzen Reich als dauernder Regelfall durch. Die Wochenstundenzahl hingegen war stark von der historischen Entwicklung des beruflichen Fortbildungsschulwesens in den einzelnen Staaten abhängig¹⁾. Dominierte im Königreich Sachsen bei indirekter Schulpflicht weiterhin der zehn bis fünfzehn Wochenstunden umfassende Unterricht, so galten in Preußen bald sechs Stunden je Woche als Regel. Auch in den anderen Staaten ohne besondere Tradition des beruflichen Schulwesens ging die Unterrichtszeit nicht über das preußische Maß hinaus, während in Baden trotz des gesetzlichen Minimums von ebenfalls sechs Wochenstunden die tatsächliche Zahl zwischen sieben und elf schwankte und Württemberg 1906 durch Gesetz gleich den mindestens siebenstündigen Unterricht für verbindlich erklärte.

Die Frage der Tageszeit des Unterrichts mag aus heutiger Sicht als eine vorwiegend organisatorische Angelegenheit von minderem Rang erscheinen. Welches Gewicht sie am Ausgang des 19. Jahrhunderts hatte, ersehen wir aus der Be-

1) Vgl. hierzu die Darstellungen über die Verhältnisse in den einzelnen Staaten bei Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, a.a.O.

urteilung durch Harry Schmitt, den die HK Koblenz als den damals besten Kenner des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Deutschland bezeichnete¹⁾ und der hierin "ohne zu übertreiben ... die 'eiternde Wunde', an der das ganze Kaufmännische Fortbildungsschulwesen bei uns in Deutschland heute noch krankt"²⁾, sah. Wenn dieses Übel nicht geheilt werde, so bleibe "auch die sorgsamste Pflege des übrigen Organismus eine eitle Bemühung"³⁾. Der beklagte Mißstand lag darin, daß der Unterricht damals noch ganz überwiegend in der geschäftsfreien Zeit, vor allem am Abend zwischen 20 und 22 Uhr, verschiedentlich auch morgens zwischen 6 und 8 Uhr und an manchen Orten sogar am Sonntagnachmittag stattfand.

Der Deutsche Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen beschloß aus pädagogischen Gründen bereits anläßlich seiner ersten Versammlung 1895, der Unterricht während der Tagesstunden sei "unter allen Umständen wünschenswert"⁴⁾. Dieser Beschluß repräsentierte die Anschauung einer Mehrheit der mit dem kaufmännischen Fortbildungsschulwesen vertrauten Männer Deutschlands. Er war indessen nicht leicht zu verwirklichen, denn für die Lehrherren bedeuteten die Bestrebungen einen erheblichen Eingriff in ihre "Geschäftsinteressen". Man muß sich zum Verständnis vergegenwärtigen, daß der Unterricht damals meistens stundenweise über die Abende der ganzen Woche verteilt war und von der Neuregelung eine gleichartige Aufteilung zur Tageszeit erwartet wurde.

Den Handelskammern als den auf einen Ausgleich von Einzelinteressen und Gesamtinteresse bedachten amtlichen Vertretungen der Wirtschaftsunternehmen mußten in dieser Situation eine besonders gewichtige Rolle zufallen. Es überrascht, in welch starkem Maße sie sich für die Verlegung des Unterrichts auf die Tagesstunden in allerdings weit verstandenem Sinne einsetzten oder doch mit entsprechenden Maßnahmen einverstanden waren, obwohl sie davon ausgingen,

1) Vgl. Schreiben der Handelskammer Koblenz an sämtliche Handelskammern der Rheinprovinz, in: DVkU, Bd. 3, a.a.O., S. 246.

2) Harry Schmitt, a.a.O., S. 91 (beide Zitate).

3) Ebenda.

4) HK für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I., a.a.O., S. 77.

daß "das Interesse der Prinzipale ... der Einführung des Tagesunterrichts stets im Wege stehen"¹⁾ werde, wie ein Kammersyndikus sagte. Die Überprüfung des quantitativen Verhältnisses hinsichtlich des Für und Wider führt zu dem Ergebnis, daß 20 von 22 Kammern, deren Standpunkte zu dieser Frage ermittelt werden konnten, sich schon vor 1905 zur Notwendigkeit des Tagesunterrichts bekannt haben²⁾. Die Zahl erhöht sich noch um die Kammern des Großherzogtums Hessen, die sich 1900 in einem Beschluß des Hessischen Handelskammertages für den Unterricht zur Tageszeit aussprachen, sowie des Königreichs Sachsen, in deren Bezirken überhaupt kein Abendunterricht gehalten wurde.

Eine gewisse Pionierleistung hatte die HK Arnberg vollbracht, indem die von ihr mitgegründete kaufmännische Fortbildungsschule in Arnberg bereits 1889 den gesamten Unterricht auf die Nachmittagsstunden der Werktage legte³⁾. Das war für das westliche Preußen ein durchaus noch ungewöhnlicher Schritt, denn die HK Köln wagte zu dieser Zeit erst, in einem öffentlichen Ersuchen an die Unternehmer unter

-
- 1) von Bönigk, Vorschläge für Abänderung der reichsgesetzlichen Grundlagen des kaufmännischen Unterrichts, a.a.O., S. 69.
 - 2) Nämlich in zeitlicher Reihenfolge die Kammern in Halberstadt (JB 1886, S. XXVI; JB 1897, Teil III, S. 13, JB 1900, Teil III, S. 12), Sorau N.-L. (JB 1890, S. 6, JB 1895, S. 32), Calw (HuGKn in Württemberg, JB 1891, S. 75), Magdeburg (AedK, JB 1896, S. 95, HK, JB 1899/1900, Teil B, S. XXXIV), Konstanz (HuG, 3. Jg., 1895/96, Nr. 32, S. 394), Braunschweig (Richard Stegemann, a.a.O., S. 271), Koblenz (Schreiben an sämtliche Handelskammern der Rheinprovinz, a.a.O., S. 246), Flensburg (HuG, 6.Jg., 1898/99, Nr. 26, S. 378), Duisburg (ZfgkU, 2. Jg., 1899/1900, Nr. 1, S. 14), Düsseldorf (JB 1900, II. Teil, S. 174 f.), Berlin (AedK, JB 1900, S. 61, HK, JB 1904, I. Teil, S. 97), Hannover (JB 1902, I. Teil, S. 46), Reutlingen, Ulm und Ravensburg (sämtlich in: HKn in Württemberg, JB 1902, S. 69, 71 und 73), HK Aachen (JB 1903, S. 31), München (JB 1903, S. 13), Oppeln (JB 1903, S. 23), Rostock (HuG, 11. Jg., 1903/04, Nr. 28, S. 479), Würzburg (HuG, 12. Jg., 1904/05, Nr. 5, S. 87).
 - 3) Vgl. HK für die Kreise Arnberg, Meschede und Brilon, JB 1890, S. 3. Da die Schülerzahl bald stark zurückging, wurde ein Teil des Unterrichts von 1892 an allerdings auf den Sonntagnachmittag verlegt. Daraufhin stieg die Schülerzahl wieder spürbar an. Vgl. HK für die Kreise Arnberg, Meschede und Brilon, JB 1891, S. 3, JB 1892, S. 2, JB 1893, S. 2.

Hinweis auf gleiche Bedingungen in anderen Städten darum zu bitten, den jungen Leuten die Zeit von 20 Uhr an für den Schulbesuch freizugeben¹⁾. Die Kammer Düsseldorf mußte noch fünf Jahre später im Hinblick auf vielfach "geschäftliche Behinderung" der Fortbildungsschüler fordern, die Jugendlichen um 19 Uhr aus dem Geschäft zu entlassen, damit diese um 20 Uhr zum Unterricht erscheinen könnten²⁾. Die Beispiele zeigen, mit welchen Schwierigkeiten zu kämpfen war.

Da sich die Handelskammern nach 1897 in großer Zahl an der Gründung und Verwaltung kaufmännischer Fortbildungsschulen beteiligten, sind ihnen die mit dem Abendunterricht verbundenen pädagogischen Schwierigkeiten sehr deutlich bewußt geworden. Wenn sie schon den kaufmännischen Unterricht mit erheblichen Zuschüssen unterstützten oder selbst dafür verantwortlich zeichneten, mußten sie auch auf dessen durch den Abendunterricht bedrohte Effizienz Wert legen. Von dieser Zeit an ist deshalb ein verstärktes Eintreten für den Tagesunterricht zu beobachten.

Es versteht sich von selbst, daß die Handelskammern nicht einseitig die Partei der Schule ergreifen konnten.

Sie waren deshalb zugleich darauf bedacht, daß bei der Festsetzung der Unterrichtszeit die "berechtigten Wünsche der Gewerbetreibenden"³⁾ berücksichtigt, d. h. eine Zeit gewählt wurde, die "am wenigsten unbequem für die Prinzipale"⁴⁾ war.

Wenn gefordert wurde, es sei "auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen"⁵⁾, so war wohl in erster Linie an weitere Hindernisse gedacht: Es fehlte an Räumen und insbesondere an Lehrern. Nebenamtliche Kräfte waren für Vormittagsstunden kaum zu gewinnen, die mitbenutzten Klas-

1) Vgl. HK Köln, JB 1889, S. 7.

2) Vgl. HK Düsseldorf, JB 1894, S. 19.

3) HK Düsseldorf, JB 1900, II. Teil, S. 175; ähnlich: HK Frankfurt a. M., JB 1908, S. 114; HK Bielefeld, JB 1909, II. Teil, S. 168.

4) HK Hannover, JB 1906, I. Teil, S. 90.

5) HuG, 3. Jg. (1895/96), Nr. 25, S. 394 (HK Konstanz); ähnlich: HuG, 6. Jg. (1898/99), Nr. 26, S. 378 (HK Flensburg).

senzimmer anderer Schulen waren zu dieser Tageszeit belegt¹⁾.

Zu den wenigen zunächst kompromißlosen Gegnern des Tagesunterrichts zählte vor allem die HK Hamburg. Sie hielt es "im Interesse sowohl der Ausbildung der Lehrlinge als auch des ungehinderten Fortganges des Geschäftsbetriebes (für) unmöglich, die Lehrlinge während der Tageszeit aus den Betrieben sich für einige Stunden entfernen zu lassen"²⁾. Obwohl inzwischen allgemein anerkannt und auch von vielen Kammern hervorgehoben wurde, daß die geringe Konzentrationsfähigkeit der Schüler nach einem langen Arbeitstag für einen erfolgreichen Unterricht nicht ausreiche, so daß die HK Koblenz schon Anfang der neunziger Jahre die Ansicht vertrat, es bedürfe "keiner Auseinandersetzung" mehr, wie wenig gedeihlich der Abendunterricht für Jugendliche sei³⁾, meinte die Hamburger Kammer, es sei "stets volle Aufmerksamkeit der Schüler vorhanden ..., sofern nur die Lehrer den Unterricht anregend zu gestalten wissen"⁴⁾. Noch 1906 beantragte sie mit folgendem Argument, das Ende der Unterrichtszeit von 20 auf 21 Uhr hinauszuschieben: "Für die Schüler wird die Verlängerung um eine Stunde keinen wesentlichen Unterschied machen, für die Interessen des Geschäfts kann hierfür unter Umständen eine absolute Notwendigkeit vorliegen."⁵⁾

Es zeigt sich deutlich, daß hier, wie auch abgeschwächt in Stellungnahmen der Handelskammern Bremen⁶⁾ und Geestemünde⁷⁾, den unmittelbaren Geschäftsinteressen der Unter-

1) Vgl. hierzu auch HK Bielefeld, JB 1898/99, S. 166; HK Halberstadt, JB 1899, S. 55; HK Hannover, JB 1904, I. Teil, S. 87.

2) HK Hamburg, JB 1903, S. 29. Als 1909 der Tagesunterricht von der kaufmännischen Fortbildungsschule eingeführt worden war, paßte sich die Kammer taktisch geschickt der neuen Situation an und empfahl plötzlich den Prinzipalen, ihre Lehrlinge am Unterricht in den Morgen- und frühen Nachmittagsstunden teilnehmen zu lassen. Vgl. HK Hamburg, JB 1909, S. 72.

3) Vgl. HK zu Koblenz, Schreiben an sämtliche Handelskammern der Rheinprovinz, a.a.O., S. 246.

4) HK Hamburg, JB 1913, S. 330.

5) Dieselbe, Gutachten für die Deputation für Handel und Schifffahrt betr. Reorganisation des Fortbildungsschulwesens vom 8. Dez. 1906, a.a.O., S. 61.

6) Vgl. HK Bremen, JB 1904, S. 98.

7) Vgl. HuG, 19. Jg. (1911/12), Nr. 7, S. 177 f.

nehmer gegenüber pädagogischen Ansprüchen der Vorrang gegeben wurde. Der Hinweis auf die Gefahren der Freizeit (z. B. "sozialistische Agitation"), die den Abendunterricht zum Vorteil der Jugendlichen ausschlagen ließen¹⁾, fehlte die rechte Überzeugungskraft.

Den entscheidenden Durchbruch zum Tagesunterricht brachte in Preußen ein Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 20. August 1904, der die Ablösung des Abendunterrichts aus pädagogischen Gründen mit Nachdruck forderte. Das Ministerium ging dazu über, finanzielle Zuschüsse nur noch zu gewähren, wenn sich die Unterrichtszeit nicht über 20 Uhr hinaus erstreckte. Von da an waren auch die Handelskammern in ihrer Entscheidung nicht mehr frei, weshalb der oben versuchte Überblick über das quantitative Verhältnis der Kammerstandpunkte nur bis zu diesem Zeitpunkt von Interesse ist. 1910 lagen bereits 87 % sämtlicher Unterrichtsstunden der kaufmännischen Fortbildungsschulen Preußens vor 20 Uhr²⁾, 1919 entfielen nach Wiedemann 98,5 % des Unterrichts auf die Tageszeit³⁾. Auch in den anderen größeren deutschen Staaten ist der Unterricht zwischen 6 und 19 Uhr in dem Jahrzehnt vor Beginn des ersten Weltkrieges zur Regel geworden, und zwar meistens im Zusammenhang mit der gesetzlichen Neuregelung der Fortbildungsschulpflicht teils durch Soll- (z. B. Bayern, Baden), teils durch Mußvorschrift (z. B. Württemberg).

Nach dem ersten Weltkrieg trat in der Einstellung der Handelskammern ein tendenzieller Umschwung ein. Durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit auch für Lehrlinge stellte sich die Frage der Unterrichtszeit anders: Es ging jetzt weniger um die Uhrzeit von Unterrichtsbeginn und -ende als um die sozialpolitisch und arbeitsrechtlich gefärbte Fragestellung, ob der Berufsschulbesuch während oder außerhalb der gekürzten Arbeitszeit liegen sollte. Die

1) Vgl. ebenda, S. 178.

2) Vgl. Begründung zum Preußischen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung und den Besuch von Fortbildungsschulen, auszugsweise abgedruckt in: HuG, 18. Jg. (1910/11), Anlage 5, S. 4.

3) Vgl. Wiedemann, Die direkte und indirekte Belastung der Wirtschaft durch Fortbildungsschulen, in: DVkB, Bd. 64, Braunschweig, a.a.O., S. 107.

Gewerkschaften hatten 1919 gefordert, "der Unterricht in den Fach- und Fortbildungsschulen und Lehrwerkstätten (habe) innerhalb der Arbeitszeit zu erfolgen"¹⁾. Hinzu kam, daß Veränderungen in der Dauer der Unterrichtszeit nicht immer mit den Kammern abgesprochen worden waren und nicht zuletzt deshalb ebenso wie die steigenden Kosten der Berufsschule Verärgerung hervorriefen²⁾. Als die HK Reutlingen veröffentlichte, ihr erscheine eine Verlegung der Schulzeit vor oder hinter die Arbeitszeit aus pädagogischen Gründen unzweckmäßig³⁾, mußte sie sich den Vorwurf durch die IHK Mühlhausen i. Thür. gefallen lassen, das Bekanntwerden dieser Ansicht sei "den Bestrebungen vieler anderer Kammern sehr hinderlich"⁴⁾. Verschiedene Kammern hatten sich nämlich gegen die Verlegung der Unterrichtszeit - das hieß vor allem von der frühen Abendzeit auf die Vor- und Nachmittagsstunden - aufgelehnt oder die Nachteile aus der Sicht der Betriebe hervorgehoben⁵⁾.

Gleichzeitig mit dem bereits an anderer Stelle erörterten Bestreben der Pädagogen und der Gewerkschaftsvertreter, die Bildungsinhalte der kaufmännischen Berufsschule um nicht-fachliche Stoffe auszuweiten, wuchs bei den Industrie- und Handelskammern ein Widerstand gegen die Vermehrung der Unterrichtsstunden. Nach einer Erhebung von Lohmann⁶⁾ betrug die Wochenstundenzahl 1927/28 in 27 oder 28 von 81 erfaßten Handelskammerbezirken noch sechs oder weniger. In 23 Bezirken wurden acht, in 10 - vor allem den württembergischen - Bezirken neun und in 18 - davon vier preußischen, fünf sächsischen und neun badischen - Kammerbezirken zehn oder mehr Wochenstunden unterrichtet. Als der Gewerkschafts-

1) Die Beschlüsse des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, a.a.O., S. 324.

2) Vgl. Lohmann, Vermehrung der Pflichtstunden in den Berufsschulen, a.a.O., S. 40.

3) Vgl. HK Reutlingen, Leitsätze für das Bildungswesen, a.a.O.

4) DWZ, 22. Jg. (1925), Nr. 33, S. 803.

5) Vgl. Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 17. Jg. (1920), Nr. 14, S. 117 (HK Stolp); HuG, 29. Jg. (1921/22), Nr. 22, S. 230 (HK Dillenburg); DWZ, 21. Jg. (1924), Nr. 46, S. 874 (IHK Altona); ebenda, 22. Jg. (1925), Nr. 26, S. 638 (IHK Kiel); ebenda, Nr. 40, S. 971 (HK Hamburg).

6) Vgl. Lohmann, a.a.O., S. 40.

bund der Angestellten forderte, die Zahl der Pflichtstunden allgemein auf zehn zu vermehren, wandte sich der Bildungsausschuß des DIHT "mit allem Nachdruck dagegen, daß zurzeit die Zahl der Pflichtstunden in den kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen, soweit bereits sechs Stunden erreicht sind, noch weiter erhöht wird"¹⁾. Er konnte sich auf das Votum von 26 preußischen Kammern stützen, die sich gegen eine zeitliche Ausweitung des Berufsschulunterrichts zur Wehr zu setzen bereit waren. Der DIHT solle unverzüglich die Kammern auffordern, in ihren Bezirken in dieser Richtung zu taktieren²⁾, denn auch in diesem Punkte bestand bis dahin durchaus keine einheitliche Meinung. So hatte beispielsweise der Vertreter der HK Hannover auf einer Sitzung des Braunschweiger Verbandes die besten Erfahrungen mit der zehnstündigen Schulzeit bestätigt und seine Zustimmung zu nur sechs Wochenstunden verweigert³⁾. Der Braunschweiger Verband hielt ein Minimum von acht Stunden für notwendig⁴⁾.

Die weiteren Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammern sind nicht mehr von grundsätzlichem Interesse, weil sie, soweit wir sehen, der taktischen Linie des DIHT bzw. dessen Bildungsausschusses folgten. Lediglich das jetzt verstärkt vorgebrachte Argument, die zeitliche Ausdehnung des Unterrichts bedrohe wegen der dadurch verkürzten betrieblichen Unterweisungszeit das Ausbildungsziel der praktischen Lehre⁵⁾, war ein Einwand von pädagogischem Gewicht. Er wurde von den Kammern bis heute immer wieder geltend gemacht, wenn die Unterrichtszeit in einer für die Lehrbetriebe ungünstigen Richtung verändert werden sollte. Mit den geschäftlichen Interessen der Unternehmer wird seit den zwanziger Jahren nur noch selten argumentiert; der Hinweis auf die schwierige Lage der deutschen Gesamtwirtschaft

1) Ebenda, S. 44.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. Regelung des Lehrlingswesens - I. Sondersitzung, DVkB, Bd. 57, Braunschweig 1921, S. 67.

4) Vgl. ebenda, S. 73.

5) Vgl. IHK Solingen, Schreiben an den Deutschen Verband für das kaufmännische Bildungswesen vom 13. 2. 1928, abgedruckt in: DVkB, Bd. 69, a.a.O., S. 42; IHK Nürnberg, GB 1928, S. 8.

schien den Kammern damals das Berücksichtigen ökonomischer Überlegungen in der Berufsausbildung hinreichend zu rechtfertigen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die aus pädagogischer Sicht so sehr erwünschte Verlegung des Fortbildungsunterrichts von den Sonntagen und späten Abenden auf die Tages- und frühen Abendstunden der Werktage während der beiden Jahrzehnte um die Jahrhundertwende unter Mithilfe der Handelskammern erfolgte. Nach 1918 hat die weitere Ausdehnung der Pflichtstunden und die zunehmende Inanspruchnahme der Arbeitszeit für den Berufsschulunterricht Widerspruch hervorgerufen, weil bei der Entscheidung über derartige Maßnahmen aus ihrer Sicht die Aufbauschwierigkeiten der Wirtschaft sowie die Krise der öffentlichen Finanzen unberücksichtigt blieben und der Anteil der betrieblichen Ausbildung auf ein zu geringes Maß schrumpfte.

Das Auseinanderstreben der Ansichten von Industrie- und Handelskammern einerseits und Schulverwaltungen andererseits über die Unterrichtszeit sind für das Verhältnis von Wirtschaft und Schule von weittragender Bedeutung gewesen. Es rief "eine gewisse Gegnerschaft"¹⁾ der Kammern, ein Mißtrauen gegen die Zweckbestimmung der Berufsschule hervor, das sich auf viele Fragen des Berufsschulwesens übertrug. Die während der zwanziger Jahre geführte Auseinandersetzung über die Lehrstoffe läßt sich zu einem großen Teil auf Bedenken der Kammern hinsichtlich der Unterrichtszeit zurückführen.

V. Die Ausbildung der Handelslehrer

Es ist bereits an anderer Stelle angeklungen, daß die Entwicklung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens durch Faktoren gehemmt wurde, die am Rande der Auseinandersetzungen über die zentralen Streitfragen zu Inhalt und Umfang des Unterrichts lagen, obwohl sie für diese von großer Bedeutung

1) Georg Borchardt, Die freie Bildungsarbeit der kaufmännischen Verbände, in: Alfred Kühne (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 2. Aufl., a.a.O., S. 674.

waren. Dazu zählt insbesondere der Mangel an Lehrern, die den spezifischen Anforderungen kaufmännischer Berufsbildung gerecht zu werden vermochten. Wenn die Lehrerfrage vielfach auch nicht ausschließlich im Zusammenhang mit der die betriebliche Ausbildung begleitenden Schulform erörtert wurde, so ist sie doch in der Zeit ihres Aufbaus von besonderer Aktualität gewesen, weil jetzt auch ihre quantitative Seite zu einer Lösung drängte. Die Kammerstellungen haben deshalb vorrangig die Lehrer an den kaufmännischen Fortbildungsschulen im Auge. Es erscheint deshalb gerechtfertigt, an dieser Stelle zu prüfen, welchen Beitrag die Handelskammern geleistet haben, um auf diesem Wege den kaufmännischen Nachwuchs zu fördern.

Eine geordnete Ausbildung von Handelslehrern hat es bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts nur in Bayern gegeben. Nach der Gründung einer Handelsabteilung an der Industrieschule München 1873 konnten sich deren Absolventen zu einer Handelslehrerprüfung melden, wenn sie ein weiteres Jahr an der Technischen Hochschule einschlägig studiert und außerdem in kaufmännischen Betrieben praktiziert hatten. Die nicht sehr zahlreichen so ausgebildeten Lehrer waren aber vorwiegend an den Handelsabteilungen der bayerischen Realschulen tätig. Als die Industrieschulen 1907 den Oberrealschulen Platz machen sollten, teilten die führenden bayerischen Kammern die Auffassung der Regierung, die Ausbildung der Kandidaten des Handelslehramtes sei ohnehin reformbedürftig¹⁾. Der Kammer München schwebte eine ähnliche Lösung vor, wie sie sich in Sachsen und Preußen inzwischen zu bewähren begann, in Bayern aber erst 1929 konsequente Nachahmung fand.

In den anderen deutschen Staaten behalf man sich zunächst mit Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen und Kaufleuten, die sich entweder fachlich oder pädagogisch als Autodidakten auf den nebenamtlichen oder nebenberuflichen

1) Vgl. HuGK für Mittelfranken, JB 1907, I. Teil, S. 131 f.; HuGK für Oberbayern, JB 1907, S. 35.

Unterricht vorbereitet hatten¹⁾. Das Lehrerkollegium an der Kaufmännischen Fortbildungsschule der HK Krefeld setzte sich 1887 beispielsweise folgendermaßen zusammen: 4 Real-schullehrer, 1 Realgymnasiallehrer, 1 Mittelschullehrer, 2 Hauptlehrer und 1 Kaufmann²⁾. In kleineren Städten stellten die Volksschullehrer das Hauptkontingent. Noch 1903 unterrichteten an den 30 kaufmännischen Fortbildungsschulen Oberschlesiens bei insgesamt 103 Lehrkräften 16 Direktoren, 3 Hauptlehrer, 4 Mittelschullehrer, 76 Volksschullehrer, 3 Buchhalter und 1 Kaufmann³⁾. Die HK Osnabrück meinte 1886, zwar sei die Buchführung möglichst einem Kaufmann zu übertragen, jedoch werde "nöthigenfalls ... an der Hand eines guten Leitfadens aber auch ein erfahrener Volksschul-Lehrer den Unterricht zu übernehmen im Stande sein"⁴⁾. Obwohl Ferdinand von Steinbeis schon 1853 auf die besonderen methodischen Schwierigkeiten des Fortbildungsschulunterrichts hingewiesen⁵⁾ und die Kammer Breslau 1865 darauf aufmerksam gemacht hatte, eine Lehrlingsschule ohne "commerciell gebildete Lehrer" vermöge "wohl allgemeine Bildung, nicht aber kaufmännische Fachbildung zu gewähren"⁶⁾, nahm man es notgedrungen mit der Qualifikation der Lehrkräfte bis zum Ausgang des Jahrhunderts nicht so genau.

Erst Mitte der neunziger Jahre bemühten sich einige Kammern neben verschiedenen Pädagogen⁷⁾ um eine Ordnung der Handelslehrausbildung.

1) Vgl. hierzu Karl von der Aa, Vorbildung und Ausbildung der Handelsschullehrer in Deutschland, in: Internationale Zeitschrift für Kaufmännisches Bildungswesen, Nr. 12/1932, S. 897 f.; Walther Löbner, Die Diplom-Handelslehrer-Ausbildung an der Handelshochschule Leipzig (1898 - 1945), in: Karl Abraham u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpädagogik 1966, Heidelberg 1966, S. 195 ff.

2) Vgl. HK Krefeld, JB 1887, S. 32.

3) Vgl. HK Oppeln, JB 1903, S. 239.

4) HK Osnabrück, JB 1886, S. 54.

5) Vgl. Ferdinand von Steinbeis, a.a.O., S. 251.

6) HK Breslau, JB 1865, S. 41.

7) Vgl. hierzu insbes. Harry Schmitt, a.a.O., S. 195 ff.; Carl Wolfrum, In welcher Weise können geeignete Lehrkräfte für den Unterricht an kaufmännischen Fortbildungsschulen herangebildet werden? In: HK für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I., a.a.O., S. 53 ff.; Albert Benser, Welche Einrichtungen empfehlen sich zur Heranbildung geeigneter Lehrkräfte für das kaufmännische Unterrichtswesen? In: DVkU, Bd. 6, Braunschweig 1897, S. 71 f. Auf diese Vorschläge kann hier jedoch nicht eingegangen werden.

Die HK Koblenz nahm die Rundfrage des Landesdirektors nach Notwendigkeit und Zweck einer Handelsakademie in der Rheinprovinz 1894 zum Anlaß, dem Gutachten einen allen Handelskammern der Provinz mitgeteilten Vorschlag beizufügen. Sie hielt es für "die erste und vornehmste Aufgabe der in Aussicht genommenen Handelsakademie"¹⁾, Lehrer für die kaufmännischen Fortbildungsschulen auszubilden. Dabei ging sie davon aus, daß eine "wirklich befriedigende Entwicklung des für die breite Masse junger Kaufleute bestimmten Fortbildungsschulwesens" in erster Linie "tüchtige Fachlehrer"²⁾ bedinge. Die Akademie müsse so eingerichtet werden, daß ein besonderes Seminar Lehrern mit akademischer Vorbildung oder mindestens abgelegter "Mittelschul-Prüfung" in Fremdsprachen oder Rechnen Gelegenheit biete, sich in Form eines Aufbaustudiums zum Handelslehrer fortzubilden³⁾.

Von der HK Konstanz wurde gefordert, zunehmend Lehrkräfte unter der Voraussetzung im Hauptamt anzustellen, daß eine Prüfung abgelegt wurde⁴⁾. Es seien Kandidaten zuzulassen, die mehrere Jahre kaufmännische Praxis und den "einjährigen Besuch bestimmter Handelslehranstalten (etwa ins Leben zu rufender Seminarien für kaufmännische Schullehrer) nachweisen"⁵⁾.

Die HK Leipzig empfahl in einer Eingabe an das sächsische Ministerium des Innern "die allgemeine Prüfung der Lehramts-Candidaten nach der Seite der Handelswissenschaften hin zu ergänzen"⁶⁾. Es sei zu prüfen, inwieweit die Universität durch neue entsprechende Kollegs hierfür die Voraussetzungen schaffen könne. Einen verbindlichen Studiengang hielt sie nicht für erforderlich⁷⁾.

Bemerkenswert an den drei Vorschlägen ist, daß sie eigenständige, von anderen Stätten der Lehrerbildung zumindest direkt unabhängige Einrichtungen anstrebten. Demgegenüber

1) HK zu Koblenz, Schreiben an sämtliche Handelskammern der Rheinprovinz, a.a.O., S. 246.

2) Ebenda (beide Zitate).

3) Vgl. ebenda, S. 247.

4) Vgl. Huz, 3. Jg. (1895/96), Nr. 32, S. 393 f.

5) Ebenda.

6) HK Leipzig, JB 1895, I. Teil, S. 58.

7) vgl. ebenda, S. 56 ff.

hielten es die Kammern Sorau¹⁾ und Halberstadt²⁾ für zweckmäßig, mit den bestehenden Lehrerseminaren "Abteilungen für kaufmännische Unterrichtsfächer" zu verbinden. Sie folgten damit einer entsprechenden Anregung des Vereins zum Schutze des Handels und Gewerbes in Schweidnitz aus dem Jahre 1892, um deren Unterstützung auch die HK Görlitz gebeten worden war³⁾.

Keine der von den fünf Kammern allerdings nur grob umrissenen Konzeptionen wurde in der vorgeschlagenen Form verwirklicht. Die HK Koblenz erhielt auf eine erneute, etwas modifizierte Anregung vom Handelsminister zur Antwort, die Zahl der Planstellen für hauptamtliche Lehrer an kaufmännischen Schulen sei noch zu gering, um eine "Anstalt zur Ausbildung von Handelslehrern" zu rechtfertigen⁴⁾. In der Tat versuchte ein Teil der Schulträger aus Kostengründen mit nebenamtlichen und nebenberuflichen Lehrkräften auszukommen, so daß eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen Unterrichtszeit, Schulpflicht, Kostengesichtspunkten und Lehrerbildung bestand, die sich nur sehr allmählich entflechten ließ.

Einzelne Teile der erstgenannten Kammervorschläge gingen jedoch in die Konzeption der ab 1898 gegründeten Handelshochschulen ein. In diesen, von den deutschen Handelskammern mit wenigen Ausnahmen ideell sehr unterstützten und z.T. auch finanziell geförderten Bildungsstätten für zukünftige Führungskräfte der Wirtschaft fand auch die Ausbildung von Handelslehrern eine Form der Institutionalisierung, die sich im Gegensatz zur Arbeit einzelner privater Seminare für Handelslehrerinnen einen dauernden Bestand sichern konnte. Die Studienvoraussetzungen und die Inhalte der Ausbildung paßten sich jedoch mehrfach veränderten Erfordernissen an⁵⁾. Der Deutsche Verband für das kaufmännische

1) Vgl. HK Sorau N.-L., JB 1895, S. 32.

2) Vgl. HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 23 f.

3) Vgl. Victor Böhmert, a.a.O., S. 22.

4) Vgl. HuG, 2. Jg. (1894/95), Nr. 26, S. 300.

5) Vgl. hierzu die ausführliche Untersuchung am Beispiel der Handelshochschule Leipzig bei Walther Löbner, Die Diplom-Handelslehrer-Ausbildung an der Handelshochschule Leipzig, a.a.O., S. 196 ff.

Bildungswesen hat hierbei bedeutende Hilfe geleistet¹⁾.

Obwohl somit das Jahr 1898 den bedeutendsten Markstein in der Geschichte der Handelslehrerausbildung darstellt, reichte die anfänglich geringe Zahl geprüfter Handelslehrer bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Fortbildungs- und Handelsschulpädagogen zu decken. In Preußen standen 1904 1552 nebenamtlichen nur 60 hauptamtliche Lehrer an kaufmännischen Fortbildungsschulen gegenüber. Von diesen insgesamt 1612 Lehrkräften waren 1443 Pädagogen verschiedenster Provenienz, 127 Kaufleute und 42 Angehörige anderer Berufsgruppen²⁾.

Zur Aus- und Weiterbildung der Lehrer an kaufmännischen Fortbildungsschulen blühte deshalb vor wie nach den ersten Gründungen von Handelshochschulen "ein reiches Kurswesen"³⁾. Neben den Regierungen einzelner Staaten waren vor allem die Handelskammern seine bedeutendsten Förderer. Die Kammern Braunschweig, Halberstadt, Sonneberg, Dessau, Bingen, Mainz, Oppeln, Göttingen, Krefeld, Halle a. S., Stolberg, Duisburg, Frankfurt a. d. O., Sorau, Oldenburg und Detmold haben Ferien- bzw. längere Ausbildungskurse entweder selbst durchgeführt oder sich um das Zustandekommen bemüht⁴⁾. Andere unterstützten die Teilnahme von Lehrern

1) Vgl. hierzu Rolf Raddatz, "Braunschweiger Verband" und Handelslehrer, in: WuE, 14. Jg. (1962), Heft 6, S. 258 - 268, Heft 7, S. 308 - 312.

2) Vgl. HuG, 11. Jg. (1903/04), Nr. 31, S. 561.

3) Walther Löbner, Die Diplom-Handelslehrer-Ausbildung an der Handelshochschule Leipzig, a.a.O., S. 196.

4) Vgl. Richard Stegemann, a.a.O., S. 269 (Braunschweig); HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 23 f., JB 1900, III. Teil, S. 6 f.; ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 5, S. 161 (Sonneberg); ebenda, 5. Jg. (1902/03), Nr. 5, S. 120 (Dessau); ebenda, Nr. 6, S. 149 (Bingen); HuG, 10. Jg. (1902/03), Nr. 2, S. 31 (Mainz); Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 39; ZfgkU, 6. Jg. (1903/04), Nr. 1, S. 17 (Göttingen); ebenda, 7. Jg. (1904/05), Nr. 11, S. 272 (Krefeld); HuG, 12. Jg. (1904/05), Nr. 23, S. 460 (Halle a. S.); Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1910, S. 265 (Stolberg); ZfgkU, 9. Jg. (1906/07), Nr. 12, S. 380 (Duisburg); ebenda, 10. Jg. (1907/08), Nr. 9, S. 296 (Frankfurt a. d. O.); HK Sorau N.-L., JB 1909, S. 11, JB 1910, S. 16; Verh. u. Mitt. der HK für das Herzogtum Oldenburg, Jg. 1910, Nr. 1, S. 13 sowie ebenda, Nr. 2, S. 45; Reetz, 50 Jahre Kaufmännische Berufsschule Lemgo, in: Mitt. des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen e. V. im Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer, 3. Jg. (1958), Nr. 3, S. 29. Vgl. hierzu auch Senholdt, Veranstaltung regelmäßiger Ferienkurse für Handelslehrer und -lehrerinnen, in: DVkU, Bd. 38, a.a.O., S. 76 - 85.

ihres Bezirks an entsprechenden Veranstaltungen des Staates, des Verbandes Deutscher Handelsschulmänner und des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen durch Vermitteln und finanzielle Zuschüsse. Zweck dieser Kurse von recht unterschiedlicher Dauer und Intensität war eine Einführung nebenamtlicher Lehrer in Unterrichtsziele, Stoff und Methodik der kaufmännischen Fortbildungsschule. Daneben betreuten mehrere Kammern im Zusammenhang mit ihrem Schulaufsichtsrecht die Lehrkräfte im Rahmen von Konferenzen und regelmäßigen Inspektionen. Das Bemühen der Handelskammern um die Lehrerbildung würdigt Ambrassat schon 1904 mit der Feststellung, daß "die meisten dieser Institutionen bereits Großes auf dem beregten Gebiete geleistet haben"¹⁾. Diese indirekte Bildungsarbeit am kaufmännischen Nachwuchs gab den Kammern zugleich die Möglichkeit, auf Unterrichtsziele und Lehrstoffe in ihrem Sinne Einfluß zu nehmen, so daß hierin ein nicht unbedeutender Faktor zu sehen ist, der die Gestalt der kaufmännischen Fortbildungsschule mitgeprägt hat. Mit der zunehmenden Zahl von Handelshochschulabsolventen verlor das Kurswesen allmählich an Bedeutung, findet es sich aber vereinzelt noch bis in die dreißiger Jahre in den Arbeitsprogrammen von Industrie- und Handelskammern.

Je mehr sich die Fortbildungsschule auf berufsbildende Lehrstoffe konzentrierte, desto wichtiger wurde eine gründliche kaufmännisch-fachliche Vorbildung ihrer Lehrer. Die theoretische Seite hatten inzwischen die Handelshochschulen und die allerdings in mancher Hinsicht unzureichenden Ausbildungskurse übernommen. Aber es wurde immer offensichtlicher, daß ein an die Vorstellungs- und Erfahrungswelt der Schüler anknüpfender Unterricht nicht von Pädagogen voll bewältigt werden konnte, denen die Berufswirklichkeit des Kaufmanns verschlossen war. Anregungen, den kaufmännischen Unterricht deshalb möglichst praktischen

1) Ambrassat, Gewinnung und Ausbildung von Lehrern an kaufmännischen Fortbildungsschulen, in: ZfgkU, 7. Jg. (1904/05), Nr. 1, S. 4.

Kaufleuten zu überlassen¹⁾, widersprach die HK Hamburg jedoch mit der Begründung, daß "ein noch so tüchtiger Geschäftsmann in der Regel nicht die pädagogischen Fähigkeiten besitzen wird, um seine Kenntnisse den Schülern übermitteln zu können"²⁾.

Um so stärker wurden die Bestrebungen, für Handelslehrer ein verbindliches kaufmännisches Praktikum einzuführen. Heinrich Nicklisch hielt es "von größerer Bedeutung für den Handelslehrer, kaufmännisch denken zu können, als lediglich eine Summe 'kaufmännischen' Formelkrams von der Hochschule mit fortzunehmen"³⁾ und folgerte, daß eine Ausbildung ohne kaufmännisch-praktische Tätigkeit "ungenügend" bleibe. Wie schnell diese Auffassung an Boden gewann, zeigt die Bemerkung Johannes Oberbachs 1908, an ihrer Richtigkeit dürfe wohl kaum ein Zweifel bestehen⁴⁾. Die Frage war damals sehr akut, weil mehr als 80 % der an Handelshochschulen eingeschriebenen Studierenden des Handelslehramts seminaristisch gebildete Lehrer waren, von denen damals noch keine kaufmännische Praxis verlangt wurde⁵⁾.

Die Handelskammern haben Gutachten zum kaufmännischen Praktikum der Handelslehrer nach vereinzelt früheren Stellungnahmen in größerer Zahl in den Jahren 1911/12 anläß-

-
- 1) Vgl. Württembergischer Handelskammertag, Denkschrift betr. Ausbau und Umgestaltung der Fortbildungsschulen vom 22. März 1902, a.a.O., S. 355; o. V. (F. C. Huber), Zur Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, a.a.O., S. 176 f. (mit Bezug auf Verhandlungen des Vereins zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen am 22. Okt. 1905).
 - 2) HK Hamburg, Gutachten für die Deputation für Handel und Schifffahrt betr. Reorganisation des Fortbildungsschulwesens v. 8. Dez. 1906, a.a.O., S. 61.
 - 3) Heinrich Nicklisch, Unsere zukünftigen Handelslehrer, in: ZfgkU, 6. Jg. (1903/04), Nr. 5, S. 133.
 - 4) Vgl. Johannes Oberbach, Die Handelslehrer und die kaufmännische Praxis, in: ZfgkU, 11. Jg. (1908/09), Nr. 8, S. 280.
 - 5) Vgl. P. Schmidt, Reform des Studienganges für Handelslehrer mit Handelshochschulbildung, in: DVkU, Bd. 40, Leipzig 1909, S. 143. Löbner nennt sogar die Zahl von "etwa 90 %". Walther Löbner, Die Diplom-Handelslehrer-Ausbildung an der Handelshochschule Leipzig, a.a.O., S. 197.

lich einer Umfrage des Vereins deutscher Handelslehrer mit Hochschulbildung und des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen abgegeben. Von 32 Kammergutachten sprachen sich 31 für ein Praktikum aller künftigen Handelslehrer aus¹⁾. Soweit sie sich zur Dauer äußerten, forderten sie überwiegend (16) eine einjährige, in beachtlich großer Zahl (10) aber auch eine zweijährige kaufmännische Tätigkeit²⁾.

Es wurden allerdings Schwierigkeiten darin gesehen, geeignete Praktikantenstellen zu vermitteln. Die HuGK für Oberbayern hatte schon 1907 aufgrund längerer Beobachtung darauf hingewiesen, die Beschäftigung von Lehramtskandidaten als Volontäre erfolge bestenfalls, "damit sie am Schlusse des Jahres die erforderliche Bescheinigung erhalten"³⁾. In einigen Gutachten der Kammern aus den Jahren 1911/12 wird diese Problematik bestätigt und unter zwei Gesichtspunkten begründet: Einmal seien musterhaft organisierte Betriebe meistens zu groß, um in relativ kurzer Zeit einen Überblick zu gewähren, weil "kaum der Zusammenhang der sich ergänzenden Abteilungen erfaßt werden kann, geschweige denn ein Eindringen in die kaufmännische Organisation möglich" sei⁴⁾; zum anderen bedeute die Beschäftigung der Volontäre "mehr Störungen als Nutzen"⁵⁾. Trotzdem erklärten sich 15 Kammern bereit, Volontärstellen für künftige Handelslehrer zu vermitteln. Von der HK Barmen wurde die Unterstützung damit begründet, es werde "natürlich Aufgabe der Handelskammern sein, den Bewerbern zur Erlangung kaufmännischer Stellungen in empfehlenswerten Häusern zu verhelfen, als Gegenleistung zu dem Vorteil, welcher der Kaufmannschaft bzw. ihrem Nachwuchs aus der besseren Vorbildung der Handelslehrer erwächst"⁶⁾.

Die Prüfungsordnung für Handelslehrer an der Handelshoch-

1) Vgl. A. Kuemmel, Die praktische Vorbildung der Handelslehrer, in: DVkU, Bd. 48, Leipzig 1912, S. 87 ff.

2) Vgl. ebenda, S. 93 f.

3) HuGK für Oberbayern, JB 1907, S. 36.

4) Gutachten der HK Dortmund, abgedruckt in: HuG, 19. Jg. (1911/12), Nr. 17, S. 361.

5) Gutachten der HK Offenbach, zitiert in: A. Kuemmel, Die praktische Vorbildung der Handelslehrer, a.a.O., S. 97.

6) Gutachten der HK Barmen, abgedruckt in: HuG, 19. Jg. (1911/12), Nr. 22, S. 459.

schule Berlin aus dem Jahre 1912, die nach Ulrich Pleiß¹⁾ nicht nur auf die preußischen Hochschulen Köln und Frankfurt übertragen wurde, sondern wie alle einschlägigen Berliner Regelungen grundsätzliche Bedeutung für die Handelslehrerausbildung im ganzen Reich hatte, folgte den Empfehlungen der Handelskammern nicht in vollem Umfang. Sie blieb beim Pflichtpraktikum der "Nichtlehrer", schrieb aber für die Kandidaten mit bestandener zweiter Lehrprüfung nur vor, daß "eine hinreichende Anschauung von der kaufmännischen Praxis" erworben sein mußte²⁾. Erst in der Prüfungsordnung von 1925 wurden die Forderungen der Kammern erfüllt und auch für ehemalige Volksschullehrer ein verbindliches Praktikum von mindestens einjähriger Dauer eingeführt³⁾.

Der Braunschweiger Verband griff daraufhin die Frage der Organisation erneut auf und bat - wie schon 1911/12 - die Handelskammern um Mithilfe⁴⁾. Mehrere Kammern benannten geeignete Betriebe, andere erklärten sich bereit, von Fall zu Fall Praktikantenstellen zu vermitteln⁵⁾. Überwachende Praktikantenausschüsse unter Beteiligung der Handelskammern, wie sie von Rössing vorgeschlagen hatte⁶⁾ und wie sie auch schon vor dem Kriege von mehreren Kammern für notwendig gehalten wurden, entstanden unseres Wissens vor 1933 aber nicht.

-
- 1) Vgl. Ulrich Pleiß, Die Entwicklung der Diplom-Handelslehrerbildung in Deutschland aus der Sicht des Hochschulortes Berlin, Berlin 1963, S. 15 f.
 - 2) Ordnung für die Handelslehrerprüfung an der Handels-Hochschule Berlin vom 12. Nov. 1912, § 4 Abs. 1, abgedruckt in: Ulrich Pleiß, Die Entwicklung der Diplom-Handelslehrerbildung in Deutschland, a.a.O., S. 121 ff.
 - 3) Vgl. Ordnung der Diplomprüfung für das Handelslehramt nach der Prüfungsordnung für Kaufleute und Handelslehrer an den Handels-Hochschulen in Berlin und Königsberg vom 28. Jan. 1925, B. § 2 Abs. 1 Ziff. 2 und 3, abgedruckt in: Ulrich Pleiß, Die Entwicklung der Diplom-Handelslehrerbildung in Deutschland, a.a.O., S. 127 f.
 - 4) Vgl. Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Eisenach, den 22./23. Mai 1925, DVkB, Bd. 61, Braunschweig 1925, S. 46.
 - 5) Vgl. L. Tronnier, Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen im Jahre 1925/26, in: DVkB, Bd. 64, a.a.O., S. 50.
 - 6) Vgl. von Rössing, Die Gestaltung der praktischen Ausbildungszeit für künftige Handelslehrer und Studierende, in: DVkB, Bd. 61, a.a.O., S. 39 ff.

Nach den Ergebnissen des Abschnitts über Unterrichtsziele und Lehrstoffe der kaufmännischen Fortbildungs- bzw. Berufsschule aus der Sicht der amtlichen Industrie- und Handelsvertretungen verwundert nicht, daß sich die Kammern auf dem Gebiet der Handelslehrausbildung betont mit der Frage des kaufmännisch-praktischen Bezugs befaßt haben. Ihr Bestreben, das kaufmännische Schulwesen in engster Verbindung mit den Anforderungen der unmittelbaren Berufsarbeit des Kaufmanns zu halten, erstreckte sich konsequenterweise auch auf die Lehrer. Das erklärt, warum die fast vollständige Ablösung der nebenberuflich unterrichtenden Kaufleute durch hauptamtliche Diplom-Handelslehrer während der zwanziger Jahre nicht nur aus Kostengründen, sondern vor allem wegen des Verlustes besonders enger Kontakte der Schule zur Praxis von einigen Handelskammern sehr bedauert wurde¹⁾. Fachpädagogische Arbeitsgemeinschaften für Lehrkräfte unter der Regie von Kammern²⁾ sollten einem Ausgleich der Interessen von Schule und Wirtschaft dienen. Die Qualifikation der Lehrer an Schulen für Verkaufskräfte im Einzelhandel wurde innerhalb des DIHT besonders kritisch beurteilt, weil die Vorbereitung auf den Handelshochschulen nicht den Anforderungen eines praxisbezogenen Unterrichts entspreche³⁾. Das preußische Handelsministerium hatte diese Skepsis bereits zuvor dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es für den Unterricht in Branchenklassen allgemein keine Lehrer zuließ, die nicht aus der Praxis hervorgegangen waren⁴⁾. Viktor Pöschl legte einen ausführlichen Plan für die akademische Ausbildung von "Verkaufslehrern" vor⁵⁾. Ein Berichterstatte im

1) Vgl. DWZ, 22. Jg. (1925), Nr. 33, S. 804 (IHK Mühlhausen i. Thür.); Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1926, a.a.O., S. 147; IHK Hannover, TB 1930, S. 37.

2) Vgl. hierzu IHK Oppeln, JB 1928, S. 72, JB 1929, S. 74 ff., JB 1930, S. 39 ff., JB 1931, S. 84 ff.; IHK Dresden, JB 1933, S. 14.

3) Vgl. Wachler/Hüseler, Die Ausbildung der Verkaufskräfte im Einzelhandel, in: Verh. des DIHT, o. Nr./1928 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses am 24. Jan. 1928), S. 11 bzw. 15 f.; DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 33, S. 781 (Bildungsausschuß der IHK Kiel).

4) Vgl. Südhof(f), Diskussionsbeitrag, in: DVkB, Bd. 57, a.a.O., S. 67.

5) Vgl. Viktor Pöschl, Verkaufsschule und Verkaufslehrer - Kritik und Vorschläge, Berlin 1929, insbes. S. III f. sowie S. 36 ff.

Bildungsausschuß des DIHT forderte die Kammern auf, freiwillige Ferienpraktika der Berufsschullehrer zu unterstützen¹⁾. Er teilte damit die Auffassung Heinrich Nicklischs, der erneut auf die Notwendigkeit eines permanenten Kontaktes der Handelslehrer mit dem kaufmännischen Leben nachdrücklich hingewiesen hatte²⁾.

Unsere geraffte Untersuchung des früheren Standpunktes der Industrie- und Handelskammern zur kaufmännischen Praxis der Handelslehrer ist für die gegenwärtige Auseinandersetzung über die gleiche Frage von aktuellem Interesse. Sie zeigt, daß seit 1911/12 eine Einhelligkeit der Meinungen von Handelslehrerverband und Kammern über ihr Erfordernis bestand, die sich bis heute nicht geändert hat. Um so bedenklicher muß es erscheinen, wenn gegenwärtig Strömungen festzustellen sind, die auf ein kaufmännisches Praktikum verzichten wollen. Bisher ist es nicht gelungen, die Industrie- und Handelskammern, wie es Walther Löbner erneut gefordert hat³⁾, in die Vermittlung und Kontrolle wirksam einzuschalten und damit die Systematik und Ordnungsmäßigkeit des Praktikums zu sichern. Das kann jedoch kein Grund zur Resignation gegenüber einer aus langer und kompetenter Beobachtung der Anforderungen kaufmännischen Unterrichts erwachsenen Erkenntnis sein.

Vl. Die Industrie- und Handelskammern als Schulträger und ihre Beteiligung an der Schulverwaltung

Wie sich aus der Analyse der Kammeraufgaben in Teil A dieser Arbeit ergab, weitete sich die Gutachterfunktion der Handelskammern vom Ausgang des 19. Jahrhunderts an zunehmend um die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben aus, und zwar auf der Grundlage der Novelle von 1897 zum preußischen

1) Vgl. Schacht, Mitarbeit der Kammern auf dem Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens, in: Verh. des DIHT, Nr. 3/1929, a.a.O., S. 9.

2) Vgl. Heinrich Nicklisch, Die Ausbildung der Handelslehrer, in: Alfred Kühne (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 1. Aufl., a.a.O., S. 253.

3) Vgl. Walther Löbner, Das Betriebspraktikum innerhalb der wirtschaftspädagogischen Studienrichtung, in: WuE, 17. Jg. (1965), Nr. 10, S. 437.

Handelskammergesetz, die auch für die meisten anderen Staaten richtungweisende Bedeutung hatte. Es ist daran zu erinnern, daß Bayern und Württemberg dieser Ausweitung erst später folgten.

Am schnellsten und deutlichsten haben sich die erweiterten Rechte bei den meisten Handelskammern auf die Bildungsarbeit ausgewirkt. Wenn auch oben bereits Ansätze verwaltder Tätigkeit im Bereich des Bildungswesens - z. B. bei der Ausbildung von Lehrkräften für kaufmännische Schulen - festgestellt werden konnten, so ist die Trägerschaft oder Mitverwaltung kaufmännischer Fortbildungsschulen bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts ein typischeres Beispiel für die Übernahme von Aufgaben gewesen, die von den Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts eigene Ordnungsmaßnahmen und z. T. beträchtlichen Verwaltungs- wie Geldaufwand forderten. Da es im Zusammenhang dieser historisch-pädagogischen Untersuchung nicht auf eine juristische Systematisierung, sondern auf Umfang und Form der Kammermitarbeit am Aufbau des Fortbildungs- bzw. Berufsschulwesens ankommt, so ist hier davon auszugehen, welcher Wege sich die Handelskammern bedienten, um bei der Unterhaltung und Verwaltung der kaufmännischen Fortbildungsschulen mitzuwirken.

Die in der Regel intensivste Form der Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in dem jeweiligen Kammerbezirk stellte die in Selbstverantwortung durchgeführte Gründung und der Unterhalt einzelner oder sogar eines systematisch aufgebauten Netzes von Schulen dar.

Die Intensität dieses Vorgehens beruhte nicht nur auf dem verwaltungsmäßigen Engagement und dem finanziellen Risiko, sondern auch auf dem daraus erwachsenen unmittelbaren Zwang zur Bewältigung der Einzelprobleme pädagogischer wie organisatorischer Art. Deshalb sind die als Schulträger hervorgetretenen Handelskammern auch für die verschiedensten Fragen des Fortbildungsschulwesens besonders aufgeschlossen gewesen und haben einen Großteil der Arbeit geleistet, die dieser Schulform innere und äußere Gestalt gab. In der sta-

tistischen Erfassung der Kammern als Schulträger kommt das nicht unmittelbar zum Ausdruck.

Konnten an früherer Stelle für das Jahr 1895 nur 16 kaufmännische Fortbildungsschulen, deren Träger Handelskammern waren, nachgewiesen werden¹⁾, so wuchs die Zahl nach der gesetzlichen Ausweitung der Kammernaufgaben bis etwa 1905 stark und dann bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges nur noch langsam an. Es erscheint nahezu ausgeschlossen, einen statistisch völlig verlässlichen Überblick zu geben. Die sehr unterschiedliche Terminologie bei der Kennzeichnung des Rechtsstatus wie bei den Schulbenennungen erschwert die Abgrenzung. Um jedoch die ungefähre Größenordnung zu verdeutlichen, wurde auf der Grundlage der Jahrbücher für die Deutschen Handelskammern 1905 und 1910²⁾ - die späteren Jahrbücher lassen eine solche Auszählung nicht mehr zu - aus den Einzelberichten über die Arbeit der 150 (1905) bzw. 153 (1910) Kammern und kaufmännischen Korporationen Tabelle 5 erstellt, die allerdings für einige Kammern anhand von Angaben in den Jahresberichten ergänzt werden mußte.

Die Übersicht zeigt, daß es 1904/05 wie 1910 deutliche regionale Schwerpunkte gab, die sich innerhalb des Jahrfünfts nur wenig verschoben: Innerhalb Preußens waren die Kammern in den Provinzen Brandenburg, Schlesien, Westfalen und in der Rheinprovinz in größerer Zahl Schulträger; in der Provinz Sachsen unterhielt die Kammer Halberstadt allein jedoch so viele Schulen wie die Kammern Westfalens und der Rheinprovinz zusammen. Die tatsächliche quantitative Bedeutung der HK Halberstadt als Schulträger mußte demgegenüber aber weit zurückbleiben, weil die von ihr unterhaltenen Schulen überwiegend nur geringe Schülerzahlen aufzuweisen hatten. In den anderen Staaten zeigten bis 1905 außer Leipzig nur die hessischen Kammern sowie die Handelskammern für die Herzogtümer Braunschweig und Anhalt Initiative als Schulträger. 1910 fällt auf, daß vor allem in kleineren Staaten die Zahl der Kammerschulen größer geworden war, während die Fortbildungsschulen in mehreren preußischen Großstädten inzwischen aus der Trägerschaft der

1) Vgl. S. 149 f.

2) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbücher 1905 und 1910.

Tabelle 5

Handelskammern und kaufmännische Korporationen als Träger
kaufmännischer Fortbildungsschulen
(z. T. gemeinsam mit Gemeinden oder kaufmännischen Vereinen)
Stand: Ende 1904/Anfang 1905 bzw. 1. 10. 1910

Staat/Handelskammer	Zahl der Schulen	
	1904/05	1910
<u>Königreich Preußen</u>		
Korp. der Kaufmannschaft von Berlin	7	11
HK zu Brandenburg a. H.	4	4
HK für Frankfurt a.d.O. u. die Neumark	12	14
Potsdamer Handelskammer, Sitz Berlin	1	1
HK f. d. Preuß. Oberlausitz zu Görlitz	—	1
HK für den Kreis Landeshut	1	1
HK zu Liegnitz	1	1
HK für den Regierungsbezirk Oppeln	3	2
HK zu Halberstadt	11	11
HK zu Osnabrück	1	1
HK für die Kreise Arnberg, Meschede u. Brilon bzw. f. d. südöstl. Westf.	1	1
HK zu Bochum	—	1
HK zu Dortmund	1	—
HK zu Hagen	—	1
HK zu Lüdenscheid	1	1
HK in Kassel	1	—
HK Barmen	1	—
HK zu Bonn	1	1
HK zu Krefeld	1	1
HK zu Düsseldorf	1	—
HK f.d.Stadtkreis bzw. in Duisburg	1	3
HK Mülheim am Rhein	1	1
HK Mülheim (Ruhr)-Oberhausen	1	1
HK zu Ruhrort	1	—
HK zu Saarbrücken	—	1
<u>Königreich Sachsen</u>		
HK Chemnitz	—	1
HK Leipzig	1	1
<u>Großherzogtum Hessen</u>		
Großherzogliche HK Darmstadt	1	1
Großherzogliche HK Offenbach	1	1
Großherzogliche HK Friedberg	1	1
Großherzogliche HK Mainz	1	1
Großherzogliche HK Bingen	1	1
<u>Herzogtum Braunschweig</u>		
HK für das Herzogtum Braunschweig	10	11
<u>Herzogtum Anhalt</u>		
HK für das Herzogtum Anhalt in Dessau	1	3
<u>Fürstentum Lippe</u>		
HK für das Fürstentum Lippe (Detmold)	—	6
<u>Freie Hansestadt Bremen</u>		
Kammer für Kleinhandel zu Bremen	—	1
Zusam.	70	87

Anmerkungen:

In den anderen deutschen Staaten waren Handelskammern zu keinem der beiden Zeitpunkte Schulträger. — Besondere Abteilungen für Schüler mit Einjährigenberechtigung oder für Mädchen, die z. T. eigenständige Bezeichnungen führten, werden zusammen mit der Hauptform, mit der sie in organisatorischer Verbindung standen, als eine Schule gezählt.

Quellen: Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbücher 1905 und 1910.

Kammern in die Verantwortlichkeit der Gemeinden übergegangen waren.

Hierin kommt bereits eine Tendenz zum Ausdruck, die sich nach 1910 verstärkt fortsetzte. War eine Reihe von Schulen seit Ende der achtziger Jahre aus der Obhut relativ finanzschwacher und allgemein an Bedeutung verlierender kaufmännischer Vereine oder Innungen in den Besitz von Kammern gekommen, so fühlten sich nach Einführen der Fortbildungsschulpflicht und dem Anwachsen der Schülerzahlen wiederum die Handelskammern mehr und mehr finanziell und verwaltungsmäßig überfordert und übertrugen die Schulen an die Städte. Vielfach waren jedoch die Gemeinden die unmittelbaren "Erben" des Unterrichtswesens der kaufmännischen Vereine. Mit dem Erfassen der Gesamtheit des kaufmännischen Nachwuchses war die Pflichtfortbildungsschule "in ihrer erziehlichen Sinnggebung ... von einer Kaufmannssache zu einer sozialen Angelegenheit (geworden) und gelangt(e) damit in die öffentliche Hand"¹⁾.

Tabelle 6

Entwicklung des Kammeranteils an der Trägerschaft
der kaufmännischen Fortbildungsschulen

Jahr	Anzahl der Kammern, die Schulträger waren	Zahl der von HKn getragenen Schulen	Zahl der Schulen im Reich
1895	16	16	254
1904/05	29	70	522
1910	31	87	799

Quellen: Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbücher 1905 und 1910; Alfred Künne, Kaufmännische Berufsschulen, a.a.O., 2. Aufl., S. 146; A. Köhler, Übersicht über den gegenwärtigen Stand des kaufmännischen Unterrichtswesens in Deutschland, in: ZfgkU, 7. Jg. (1904/05), Nr. 9, S. 210. Zu den Angaben für 1895 vgl. S. 149 f.

In den Mittel- und Kleinstädten Preußens vollzog sich der Strukturwandel der Schulträger im allgemeinen später und

1) Karl von der Aa, Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern an der Ausbildung des kaufmännischen und technischen Nachwuchses, a.a.O., S. 297.

langsamer als in den Großstädten der wirtschaftlichen Ballungsgebiete. Trotzdem verringerte sich die Zahl der Kamerschulen z. B. in Preußen von 1910 (59) bis 1928 (nach Angaben Georg Borchardts 46¹⁾) bereits spürbar. Die Mecklenburgische Handelskammer in Rostock übernahm dagegen erst 1911 mit dem gesamten kaufmännischen Fortbildungsschulwesen der beiden Herzogtümer die Verpflichtung, in allen Orten mit mindestens sechs kaufmännischen Lehrlingen eine "Kaufmannsschule" einzurichten. Innerhalb von zwei Jahren entstanden etwa 50 solcher Zwergschulen, die im Durchschnitt von nicht mehr als 30 Schülern besucht wurden²⁾.

Ausnahmen von der oben gezeichneten groben Entwicklungslinie finden sich vereinzelt auch in preußischen Großstädten; so z. B. in Bochum, wo die vom kaufmännischen Verein gegründete Schule zunächst auf ein Kuratorium und erst 1909 auf die Handelskammer überging³⁾. Sie ist bis heute in der Hand der Industrie- und Handelskammer geblieben. Im Grunde handelte es sich in diesen Fällen - von Bochum zunächst abgesehen - nur um eine größere zeitliche Verzögerung desselben Trends.

Wo die Handelskammern Träger kaufmännischer Fortbildungsschulen waren, bedeutete das freilich nicht, daß sie diese auch immer alleinverantwortlich leiteten und verwalteten. In den Kuratorien und Vorständen der Schulen, die auf Organisation, Lehrpläne, Anstellung der Lehrkräfte usw. einen sehr weitgehenden Einfluß hatten und z. T. Funktionen wahrnahmen, die heute den Direktoren obliegen, waren vielmehr meistens Delegierte der Gemeinden, der Regierungen und örtlicher Vereine vertreten. Mitunter bildeten die Vertre-

1) Vgl. Georg Borchardt, Die freie Bildungsarbeit der kaufmännischen Verbände, a.a.O., S. 674.

2) Vgl. hierzu Heinrich Ide, Die Ausgestaltung des kaufmännischen Bildungswesens in Mecklenburg, in: DVkB, Bd. 67, Braunschweig 1927, S. 36 ff.; derselbe u. a., 25 Jahre kaufmännische Schulen der Mecklenburgischen Industrie- und Handelskammer zu Rostock, in: Mitt. der Mecklenburgischen IHK zu Rostock, 18. Jg. (1936), Nr. 10, S. 83 ff.

3) Vgl. HK Bochum, JB 1893, S. 63 und JB 1901, S. 82; Franz Günnicker, Kaufmännische Schulen und die Industrie- und Handelskammer zu Bochum, a.a.O., S. 444 f.

ter der Handelskammer in diesen Gremien sogar die Minderheit, wie z. B. im Kuratorium des Schulwesens der Berliner Korporation der Kaufmannschaft¹⁾ oder auch in den Schulvorständen sämtlicher von der Kammer Halberstadt getragenen Schulen²⁾. Den Ausschlag für die von Ort zu Ort wechselnde Zusammensetzung hat offensichtlich die finanzielle Beteiligung an den durch das Schulgeld nicht gedeckten Kosten gegeben, ohne daß sich allerdings ein eindeutiger Zusammenhang zwischen deren Umfang und der Delegiertenzahl nachweisen läßt. Es ist anzunehmen, daß Ansehen und Machtposition der einzelnen Gruppen oder der führenden Persönlichkeiten eine gewichtige Rolle gespielt haben. Ähnlich verhält es sich mit dem Umfang des Einflusses, den die Kammervertreter ungeachtet ihrer Zahl innerhalb der Verwaltungsgremien besaßen.

Deshalb läßt sich auch nicht in allen Fällen, in denen die Kammern zwar nicht Schulträger, aber doch zur Mitwirkung in den Kuratorien und Schulvorständen hinzugezogen waren, auf einen geringeren Einfluß schließen. Es gibt sogar Beispiele - wie etwa Koblenz - wo die Kammer namentlich und rechtlich überhaupt nicht als Beteiligte in Erscheinung trat, durch personelle Verflechtungen aber doch indirekt bedeutendes Gewicht hatte; in Koblenz z. B. dadurch, daß der Kammervorsitzende seit der Schulgründung 1887 bis zur Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt 1909 zugleich - aber nicht in dieser Eigenschaft - Vorsitzender der Verwaltungsgremien war³⁾. Solche Zusammenhänge lassen sich aus der Literatur nur mit großen Schwierigkeiten oder gar nicht ermitteln, und zwar insbesondere hinsichtlich der Frage, inwieweit die Kammern solche Vorgänge gesteuert haben und somit tatsächlich eine verdeckte Beteiligung bestand. Da es - vor allem in Preußen und im Königreich Sachsen - bis zum Ende des ersten Weltkrieges eine größere Zahl, aber auch noch später vereinzelt kaufmännische Fortbildungs- bzw. Berufsschulen gab, als deren Träger eigens

1) Vgl. AedK Berlin, JB 1899, II. Teil, S. 55.

2) Vgl. HK Halberstadt, JB 1901, S. 51 f.

3) Das ergibt sich aus den Unterschriften der von Kirchner, a.a.O., z. B. S. 24 und S. 64 wiedergegebenen Dokumente.

hierfür gegründete Vereinigungen fungierten, muß offenbleiben, in welchem genauen zahlenmäßigen Umfang die Handelskammern indirekt beteiligt waren. Tabelle 7 verdeutlicht jedoch im Zusammenhang mit Tabelle 3 (S. 149), daß zwischen 1904/05 und 1910, also während der zweiten Hauptaufbauphase der Fortbildungsschulen für Kaufleute, eine direkte Beteiligung der Kammern an der Schulverwaltung und -leitung anteilmäßig erheblich stärker zunahm als die Zahl der kaufmännischen Fortbildungsschulen insgesamt: Einer Verdoppelung der Schulen von 1900 bis 1910 (vgl. Tabelle 3, S. 149) steht etwa der gleiche prozentuale Zuwachs an von Kammern mitverwalteten Schulen in nur einem Jahr fünf gegenüber. Insoweit ist Karl von der Aa, der glaubte, man werde nach 1902 "eine Verstärkung der Kammertätigkeit nicht festzustellen vermögen"¹⁾, nicht zu folgen. Auch in finanzstärkeren Städten, die nicht auf Zuschüsse der Handelskammern zur Schulunterhaltung angewiesen waren, sind Kammervertreter in die Verwaltungs- oder Aufsichtsorgane des Fortbildungsschulwesens berufen worden²⁾, weil ein Verzicht auf die Mitarbeit von Delegierten der amtlichen Industrie- und Handelsvertretungen im Hinblick auf die didaktische Bestimmung der Kaufmannsbildung und gelegentliche Interessenkollisionen mit den Lehrherrn nicht geraten erschien.

Eine eindeutig hoheitliche Funktion war jenen Kammern zugestanden worden, denen der Staat kraft Gesetzes, durch Erlaß oder Verfügung die Aufsicht über die kaufmännischen Fortbildungsschulen ihres Bezirks übertragen hatte.

Schrittmacher war in dieser Hinsicht die Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig. Sie übernahm bereits 1896 nach Einrichtung eines besonderen Referats für das kaufmännische Unterrichtswesen durch einen "fachmännischen Dirigenten" die zentrale Aufsicht über die zehn Schulen des Herzogtums und unterstand dabei direkt dem Staatsministerium³⁾.

1) Karl von der Aa, Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern an der Ausbildung des kaufmännischen und technischen Nachwuchses, a.a.O., S. 296.

2) Vgl. hierzu z. B. HuGK für Oberbayern, JB 1905, S. 17; HK Hamburg, JB 1905, S. 40.

3) Vgl. hierzu HK Braunschweig, JB 1895, S. 17 f.; Richard Stegemann, a.a.O., S. 268 ff.; Gerhard Bothe, Die Kaufmännischen Schulen der Industrie- und Handelskammer Braunschweig - Ihre Vorgänger und ihre geschichtliche Entwicklung, in: Braunschweigisches Industrie- und Handelsblatt, Jg. 1950, Nr. 29, S. 50 f.

Tabelle 7

Beteiligung von Handelskammern an der Leitung, Verwaltung oder Beaufsichtigung kaufmännischer Fortbildungsschulen
(Es wurden nur solche Schulen erfaßt, deren Träger keine Handelskammern waren.)

Stand: Ende 1904/Anfang 1905 bzw. 1. 10. 1910

Staat	Zahl der be- teiligt. Kammern		Zahl der betr. Schulen	
	1904/05	1910	1904/05	1910
<u>Königreich Preußen</u>				
Ostpreußen	3	2	3	3
Westpreußen	2	1	8	12
Brandenburg	-	3	-	19
Pommern	-	2	-	8
Posen	1	1	2	6
Schlesien	4	3	30	38
Sachsen	4	3	7	15
Schleswig-Holstein	-	1	-	1
Hannover	5	2	6	4
Westfalen	6	5	11	16
Hessen-Nassau	2	2	3	2
Rheinprovinz	7	13	7	22
Königreich Bayern	2	4	2	4
Königreich Sachsen	1	2	1	4
Königreich Württemberg	1	-	1	-
Großherzogtum Baden	4	1	4	1
Großherzogtum Hessen	2	1	4	3
Großherzogtum Sachsen- Weimar-Eisenach	-	1	-	7
Großherzogtum Oldenburg	-	1	-	1
Herzogtum Sachsen-Meiningen	2	1	2	4
Herzogtum Sachsen-Altenburg	1	1	2	5
Fürstentum Schwarzburg- Rudolstadt	-	1	-	2
Fürstentum Schwarzburg- Sondershausen	-	1	-	2
Fürstentum Reuß jüngere Linie	1	1	1	1
Freie Hansestadt Bremen	-	1	-	1
Freie und Hansestadt Lübeck	1	-	1	-
Reichsland Elsaß-Lothringen	2	3	2	3
Summen	51	57	97	184

Quellen: Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbücher 1905 und 1910.
Die Anmerkungen zu Tabelle 5 gelten sinngemäß auch hier.

Ihr Vorbild regte die HK Halberstadt an, gleichfalls 1896 mit dem preußischen Handelsministerium und der Bezirksregierung zu verhandeln. Ergebnis war die dann unverzüglich verwirklichte Übereinkunft, daß alle zehn kaufmännischen Fortbildungsschulen des Kammerbezirks unter der Oberaufsicht der Staatsregierung von der Handelskammer zu verwalten und zu leiten seien¹⁾. Zu einer ähnlichen Vereinbarung mit dem Staat kam die Kammer Oppeln auf Vorschlag des Regierungspräsidenten für Oberschlesien²⁾. Sie führte von 1903 an durch den von ihr angestellten "Direktor der kaufmännischen Fortbildungsschulen des Regierungsbezirks Oppeln" die Aufsicht über sämtliche entsprechenden Einrichtungen im Kammerbezirk³⁾. Weitere preußische Kammern folgten diesen Beispielen in modifizierten Formen; so wurde z. B. der Potsdamer Handelskammer von den Gemeinden das Recht der örtlichen Schulaufsicht durch Ortsstatut übertragen⁴⁾.

Das Vorgehen Braunschweigs sollte aber vor allem für kleinere Staaten mit nur wenig gegliedertem Verwaltungsaufbau richtungweisend sein. In den Großherzogtümern Hessen⁵⁾, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz⁶⁾, in den Herzogtümern Anhalt⁷⁾ und Sachsen-Altenburg⁸⁾ sowie im Fürstentum Lippe⁹⁾ kamen die kaufmännischen Fortbildungsschulen, soweit sie Staatszuschüsse erhielten, zwischen 1901 und 1911 durchweg unter die zentrale Aufsicht und z. T. auch unmittelbare Verwaltung der Handelskammern.

Die Vorteile dieser Organisation lagen auf der Hand: In den Kammern waren am kaufmännischen Schulwesen stark inter-

1) Vgl. HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 13.

2) Vgl. HK Oppeln, JB 1899, S. 36.

3) Vgl. Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 34 f.

4) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1910, S. 72.

5) Min.Runderlaß vom 2. 4. 1901. Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 374 ff.; ferner: o. V., Bericht über den Stand der unter Verwaltung oder Aufsicht der Handelskammern stehenden kaufmännischen Fortbildungsschulen des Großherzogtums Hessen, in: ZfgkU, 6. Jg. (1903/04), Nr. 11, S. 269 ff.

6) Vgl. Ide u. a., a.a.O., S. 88 f.

7) Vgl. Ebeling (Dessau), Das kaufmännische Unterrichtswesen in Dessau, in: DVkU, Bd. 35, a.a.O., S. 213.

8) Vgl. Theodor Blum, Das deutsche Handelsschulwesen, Leipzig 1911, S. 103 und 133.

9) Vgl. ebenda, S. 136.

essierte und mit den Wünschen der Kaufmannschaft gut vertraute Zentralstellen mit Behördencharakter gefunden, die auf die erwünschte Vereinheitlichung und Steuerung der Lehrstoffe, Besuchsbedingungen und die wirtschaftsberuflich orientierte Fortbildung der Lehrkräfte starken Einfluß nehmen konnten, ohne dem Staat selbst die Kosten einer eigenen umfassenden Schulaufsicht mit derartigen Aufgaben aufzubürden. In allen erwähnten Fällen mit Ausnahme Hessens bedienten sich die Handelskammern zur Wahrnehmung der übertragenen Rechte sog. "schultechnischer Dirigenten", denen die Beratung der verschiedenen Verwaltungsgremien, die Revision der Schulen und Lehrkräfte sowie die pädagogische Koordination oblag, während die örtliche Verwaltung in der Regel von Schulvorständen ausgeübt wurde. Da jene Dirigenten- oder Direktorenstellen von den Kammern mit Persönlichkeiten besetzt wurden, die sich im kaufmännischen Schulwesen besonders bewährt und sich auch durch gutes Verhandlungsgeschick ausgezeichnet hatten, konnte deren Einfluß auf die Kammern und die anderen Beteiligten oft einen Ausgleich der mitunter widerstrebenden pädagogischen und einzelwirtschaftlichen Vorstellungen bzw. Interessen bewirken. Wenn insbesondere die unter der Führung der Kammern Braunschweig, Halberstadt und Oppeln erarbeiteten Modelle vor allem in der Zeit bis zum ersten Weltkrieg, aber auch noch darüber hinaus einen starken Widerhall und vielfach Nachahmung im Ganzen wie in Teilfragen fanden, so ist die Erklärung hierfür nicht zuletzt in der vermittelnden Funktion jener Pädagogen im Kammerdienst zu suchen. Für die Weiterentwicklung des gesamten kaufmännischen Fortbildungs- bzw. Berufsschulwesens war von besonderer Bedeutung, daß die den Kammern unterstehenden größeren Schulsysteme Keimzellen einer zunehmenden schulorganisatorischen Vereinheitlichung darstellten.

An der Finanzierung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens waren die Kammern und kaufmännischen Korporationen in sehr unterschiedlichem Umfang beteiligt. Nach einer Erhebung aus dem Jahre 1902 leisteten 70 Kammern an 146

Schulen Zuschüsse in Höhe von insgesamt 120 513 Mark, 14 Kammern kamen für ein Drittel des nach Abzug der Schulgeldeinnahmen verbliebenen Defizits auf. Weitere Handelskammern gewährten Prämien für gute Schülerleistungen, einmalige Zuschüsse zur Lehrmittelausstattung usw.¹⁾ Die Höhe der jährlichen finanziellen Leistungen differierte zwischen 50 (HK Konstanz) und 40 000 Mark (Korporation der Kaufmannschaft Berlin)²⁾.

Einen allerdings auf Preußen beschränkten Überblick über den Anteil an der Gesamtfinanzierung im Jahr 1912 gibt Alfred Kühne. Danach wurden die Kosten folgendermaßen aufgebracht:

"Schulgeld, Arbeitgeberbeiträge	M	1 731 664	(58 %)
Gemeinden	M	689 536	(23 %)
Staat	M	373 120	(12 %)
Handelskammern, Vereine, Innungen	M	211 686	(7 %) ³⁾

Da Vereine und Innungen zu diesem Zeitpunkt bei der Unterhaltung der preußischen Schulen nur noch in geringem Umfang mitwirkten, kann für das Jahrzehnt 1902/12 entsprechend dem weiteren Ausbau dieser Schulform eine kräftige Steigerung des absoluten Beitrages der Kammern festgestellt werden. Über den prozentualen Anteil liegen für 1902 keine Vergleichszahlen vor. Der den kaufmännischen Fortbildungsschulen zugesteuerte Prozentsatz von den Gesamtausgaben der auf diesem Gebiet regsten Kammern sank jedoch erheblich⁴⁾.

Läßt sich die Zeit bis zum ersten Weltkrieg trotz gelegentlicher Interessenkollisionen noch als ein Abschnitt relativ harmonischer Zusammenarbeit der am Aufbau und an der Verwaltung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens beteiligten Kreise charakterisieren, so traten nach 1918 erhebliche Spannungen zutage. Zwei Ursachen waren dafür maßgebend:

-
- 1) Vgl. Vorstand der Zwickauer Kaufmannschaft (Bearb.), a.a.O., S. 22 f.
 - 2) Vgl. ebenda, S. 6 bzw. 13.
 - 3) Alfred Kühne, Das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, a.a.O., S. 34.
 - 4) Vgl. hierzu die Etatübersichten der Kammern bei Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbücher 1905 und 1910.

1. Die in finanzieller Hinsicht verschlechterte Situation der Handelskammern beschränkte die Möglichkeit, den notwendigen weiteren Ausbau der kammereigenen Schulen voranzutreiben bzw. anderen Schulträgern anteilmäßig gleichbleibende Zuschüsse zu gewähren. Selbst so leistungsfähige Kammern wie die in Leipzig¹⁾ oder Berlin²⁾ sahen sich nicht mehr in der Lage, ihre kaufmännischen Berufsschulen allein bzw. im bisherigen Umfang weiterzuführen. Auch in Halberstadt stand die Trägerschaft der Handelskammer aus finanziellen Gründen zeitweise in Frage³⁾. Wo die Kammern ihre Unterstützung aufgaben oder einschränkten, hatte dies aber meistens zugleich einen verringerten Einfluß auf die Organisation und den Unterricht der Schule zur Folge.
2. Das den Arbeitnehmern durch die Umwälzungen nach Kriegsende zugewachsene politische Gewicht stellte den Umfang der Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammern, die sich faktisch nur aus Arbeitgebern bzw. deren Beauftragten zusammensetzten, in Frage. Es ist ebenso für die zunehmende Politisierung des beruflichen Bildungswesens bedeutsam gewesen. Staat und Kommunen griffen von sich aus immer stärker in die Verwaltung und Beaufsichtigung des berufsbildenden Schulwesens ein. Die Weimarer Verfassung hatte zudem die Gemeinden zur Errichtung von Fortbildungsschulen verpflichtet, ohne allerdings den bisher Beteiligten ihre Rechte zu nehmen. Obwohl die örtlichen Schulvorstände von ihrer früheren Bedeutung inzwischen wesentlich verloren hatten, beklagten die Industrie- und Handelskammern deren nach ihrer Ansicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten vorgenommene Zusammensetzung sehr, weil die Priorität solcher Aspekte den Einfluß der "Wirtschaft" und ihrer sachorientierten Argumente zu sehr beschnitten habe⁴⁾.

1) Vgl. hierzu HK Leipzig, JB 1919, S. 12. Rat und Stadtverordnetenversammlung entsandten seitdem Vertreter in den Schulvorstand. Vgl. HK Leipzig, JB 1921, S. 14.

2) Vgl. HK Berlin, JB 1920, S. 107, JB 1923, S. 107 ff.

3) Vgl. IHK Halberstadt, Wirtschaftsbericht 1914 - 1923, S. 8.

4) Vgl. Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1926, S. 147; Schacht, Mitarbeit der Kammern auf dem Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens, a.a.O., S. 11 f.

So wird verständlich, daß der unfreiwillige Verlust an Einfluß bei den Kammern einen Unmut hervorrief, der das Vertrauensverhältnis und die Zusammenarbeit von Kammern und Berufsschulen insgesamt zusätzlich belastete. Der Berliner Kammersyndikus Weisbart bemerkte, "die Planmäßigkeit und das Geschick", mit dem die preußische Staatsregierung das berufliche Bildungswesen in ihre Hände zu bringen gewußt habe, sei "in hohem Grade bewundernswert"¹⁾. Es ist sicher nicht verfehlt, das noch heute hin und wieder zu beobachtende gegenseitige Mißtrauen zu einem Teil auf diese historischen Wurzeln zurückzuführen.

Der Prozeß der "Verstaatlichung oder Verstadtlichung"²⁾ des kaufmännischen Berufsschulwesens vollzog sich nicht ohne Widerstand der Handelskammern. Der Deutsche Verband für das kaufmännische Bildungswesen, dem 1929 94 Kammern als die stärkste Gruppe korporativer Mitglieder angehörten³⁾, unterstützte nicht nur die Interessen der Handelskammern weitgehend, sondern bot auch eine gute Plattform für einschlägige Stellungnahmen und Beschlüsse. 1920 forderte er in einer Entschließung, "Träger der kaufmännischen Bildungsanstalten sollten grundsätzlich überall Selbstverwaltungskörper unter Beteiligung von Staat, Handelskammern und Gemeinden sein"⁴⁾. In allen Fällen sei "den Handelskammern bei der Verwaltung der Anstalten ein entscheidender, den Interessen und der Belastung ihrer Bezirkseingesessenen entsprechender Einfluß zu sichern"⁵⁾. Ein Sonderausschuß des Verbandes bekräftigte vor allem die zweite Forderung im Rahmen von Leitsätzen zur Gesamtregelung des kaufmännischen Lehrlingswesens, bezog jedoch die Angestellten und die Lehrerschaft in den Kreis der Mit-

1) Weisbart, Bericht über die Besprechung der Handelskammern betr. Schulaufsicht über die von ihnen verwalteten Schulen, in: DVkB, Bd. 64, a.a.O., S. 38 f.

2) Heubner, Wer soll künftig Träger der kaufmännischen Bildungsanstalten sein, und zu welchem Verwaltungsbereich sollen die Anstalten gehören? In: DVkB, Bd. 56, Braunschweig 1920, S. 16.

3) Vgl. Otto Sartorius, Deutsche Kaufmannslehre - Von der Einstellung bis zur Gehilfenprüfung, Berlin 1939, S. 135.

4) Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Eisenach, 25. bis 26. Juni 1920, DVkB, Bd. 56, a.a.O., S. 22.

5) Ebenda.

spracheberechtigten ein¹⁾). Andererseits richtete der Verband an die Kammern die Aufforderung, "trotz drückender finanzieller Schullasten ihre Trägerschaft an den kaufmännischen Berufsschulen und deren weitgehende finanzielle Unterstützung, wenn irgend angängig, nicht auf(zu)geben"²⁾. Der Appell fiel nicht auf fruchtbaren Boden. Die finanziellen Möglichkeiten der Kammern konnten in den zwanziger Jahren mit dem Ausbau des kaufmännischen Berufsschulwesens nicht Schritt halten, weil neue Aufgaben im Rahmen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung die Kammeretats belasteten. So schritt der Verlust an Einfluß weiter fort. Wenn der Braunschweiger Verband 1927 darauf aufmerksam machte, die Ablösung der Kammerbefugnisse durch den Staat lasse "die Initiative der Handelsvertretungen auf diesem Gebiet für die Zukunft äußerst unwahrscheinlich erscheinen"³⁾, so behielt er mit dieser Prognose auf lange Sicht in weitem Umfange recht: Nach einem kurzzeitigen Wiederanstieg der Kammerbeteiligung an der Trägerschaft der kaufmännischen Berufsschulen in den dreißiger Jahren⁴⁾, der von der Auffassung getragen war, daß sich notwendige wechselseitige Beziehungen zwischen Wirtschaft und Schule bei kammereigenen Anstalten am leichtesten realisieren ließen⁵⁾, sind die Industrie- und Handelskammern nach 1945 fast vollständig als Träger ausgeschieden und haben auch auf den Unterricht der staatlichen oder kommunalen Schulen nur einen sehr schwachen indirekten Einfluß behalten⁶⁾.

Ende der zwanziger Jahre verstärkte sich das Bemühen der Kammern, in- und außerhalb des bescheidenen gesetz- oder satzungsmäßig verankerten Mitspracherechts, das sich z. B.

-
- 1) Vgl. Regelung des kaufmännischen Lehrlingswesens - I. Sondersitzung, DVkB, Bd. 57, a.a.O., S. 71.
 - 2) Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Goslar, den 2. Juni 1922, DVkB, Bd. 59, a.a.O., S. 12.
 - 3) Rundschreiben des Verbandes an die Regierungen vom 22. 11. 1926, abgedruckt in: DVkB, Bd. 67, a.a.O., S. 25.
 - 4) Vgl. hierzu Otto Sartorius, Deutsche Kaufmannslehre, a.a.O., S. 135.
 - 5) Vgl. hierzu Otto Günzel, Die Industrie- und Handelskammer Leipzig als Schulträger, in: 75 Jahre IHK Leipzig, Sonderheft der Mitteldeutschen Handelsrundschau, 23. Jg. (1937), Nr. 23, S. 360.
 - 6) So werden die Kammern zu Gesetz- oder Verordnungsentwürfen, die das berufsbildende Schulwesen betreffen, gutachtlich gehört.

in Preußen im allgemeinen auf die Anhörung vor Erlaß oder Änderung von Ortssatzungen beschränkte, mit den Berufsschulen wieder ein Vertrauensverhältnis anzubahnen. Daß das nicht überall gelang, wurde bereits erwähnt. Im Bildungsausschuß des DIHT wurde der Fehler der "Wirtschaft" eingestanden, die Mitarbeit zum Teil auf die Kritik der Berufsschuletats beschränkt zu haben. "Diese rein negative Einstellung", so führte der Berichterstatter damals aus, "führt natürlich zu einem starken Mißtrauen bei den Schulverwaltungen"¹⁾. Über eine auf gesetzlicher Basis beruhende konstruktiver zu gestaltende Mitwirkung hinaus seien persönliche Verbindungen zwischen Kammern und Schulen anzustreben²⁾.

Diese zweite Form der Einflußnahme hat sich aufgrund ihrer Unmittelbarkeit besonders auf den Unterricht der kaufmännischen Berufsschule direkt auswirken können und war in dieser Beziehung durch keine formal-organisatorische Regelung zu ersetzen. Es überrascht deshalb, daß die Denkschrift des DIHT "Schule und Wirtschaft" 1932 allein die formale Einschaltung der "amtlichen Berufsvertretungen" in die Verwaltung der Berufsschulen für notwendig hielt³⁾. Die weitere Entwicklung der Berufsschule und insbesondere der Struktur der Faktoren, die auf sie Einfluß nahmen, zeigt aus heutiger Sicht, daß ein intensiverer Ausbau der Vertrauensbasis - z. B. durch regelmäßigen Gedankenaustausch von Kammervertretern und Lehrern - ungeachtet der formal-institutionellen Rückendeckung das Verhältnis von Kammern und Berufsschulen langfristiger hätte fördern können. Zusammenfassend ist deshalb festzustellen, daß sich die auch am verwaltungsmäßigen Aufbau und an der finanziellen Sicherung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens entscheidend beteiligten Handelskammern infolge der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen nach 1918 aus der Mitverwaltung der örtlichen kaufmännischen Berufsschulen weitgehend abdrängen lassen mußten, ohne die Chance der Gewinnung neuer Einflußäquivalente in vollem Umfange wahrgenommen zu haben.

1) Schacht, Mitarbeit der Kammern auf dem Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens, a.a.O., S. 8. Ähnlich äußerte sich auch schon Lohmann, Vermehrung der Pflichtstunden in den Berufsschulen, a.a.O., S. 41.

2) Vgl. Schacht, a.a.O., S. 8 f.

3) Vgl. DIHT, Schule und Wirtschaft (Denkschrift), a.a.O., S. 1049.

E. Die Arbeit der Industrie- und Handelskammern auf dem Gebiet der betrieblichen Ausbildung und der Prüfung kaufmännischer Lehrlinge

I. Eignung und Auslese für den Beruf des Kaufmanns

Die Bildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern erstrebte zu jeder Zeit als allgemeines Ziel vorrangig eine den Anforderungen der Wirtschaftsberufe entsprechende Ausbildung vor allem des kaufmännischen und des industriell-gewerblichen Nachwuchses. Hieraus erwuchs das Bemühen um Gehör ihrer Standpunkte zu Formen und Inhalten der allgemeinen Grundbildung wie das Mitwirken im Bereich der beruflichen Vorbildung. Die Unternehmer mußten aber besonders daran interessiert sein, auch den Zugang zu den einzelnen Wirtschaftsberufen auf solche Absolventen allgemeinbildender wie berufsvorbereitender Schulen zu beschränken, die den Anforderungen der weiteren Ausbildung und der Berufswirklichkeit gerecht werden konnten. Die Industrie- und Handelskammern befaßten sich mit dieser Frage hauptsächlich mit Blick auf die kaufmännischen Lehrlinge, während sich der 1908 gegründete Deutsche Ausschuß für Technisches Schulwesen (DATSCH) um Eignungskriterien vorwiegend des industriell-gewerblichen Nachwuchses bemühte.

Die pädagogische Bedeutung dieses aus der Sicht der Arbeitgeber primär personalwirtschaftlich und standespolitisch relevanten Ausleseverlangens ist nicht zu verkennen: Es vermochte - sofern es nicht durch sachfremde Eingriffe entwertet wurde - in bescheidenem Maße dazu beizutragen, solche Jugendliche von gewünschten Berufen auszuschließen, die sie überfordert und damit die gesamte Persönlichkeitsformung beeinträchtigt hätten.

Formen der Nachwuchsauslese durch genossenschaftsähnliche Zusammenschlüsse der Kaufleute hat es seit der Hanse gegeben¹⁾. Sie wandelten sich im Laufe der Jahrhunderte, indem

1) Vgl. hierzu Heinz Kelbert, Die Berufsausbildung der deutschen Kaufleute im Mittelalter, Berlin 1956, S. 43 ff.; Fritz Urbschat, Grundlagen einer Geschichte der Berufserziehung, 1. Teil, Langensalza-Berlin-Leipzig 1936, S. 23 f.

sie sich den jeweiligen sozialen und pädagogischen Vorstellungen anpaßten. Teils standen sie am Anfang der Lehrzeit, meistens aber dienten sie der Beschränkung der Konkurrenz, indem die Zulassung als Kaufmann und die Aufnahme in die Gilden vom Prüfungsergebnis abhängig waren. Diese letzte, pädagogisch oft fragwürdige Form der Eignungskontrolle und Auslese blieb bis ins 19. Jahrhundert hinein bedeutsam. Mit dem Beginn der Gewerbefreiheit ging das Ende zünftlerischer Vorrechte auch auf diesem Gebiet einher.

Als die Handelskammern entstanden, gab es für sie weder eine rechtliche Möglichkeit noch eine jener Zeit angemessene wirtschaftspolitische Begründung, den Zugang zu den von ihnen repräsentierten oder beeinflussten Berufen zu kontrollieren. Die Folge war ein Absinken der beruflichen Qualifikation vor allem der Kleinkaufleute.

Auf der anderen Seite erforderten die Ausweitung des Handels über die Landes- und Reichsgrenzen hinaus, die veränderten Unternehmungsstrukturen und Betriebsgrößen, das vergrößerte, vielseitigere Warensortiment, das verfeinerte Rechnungswesen usw. eine umfassendere geistige Aufgeschlossenheit und Beweglichkeit der Kaufleute. Das kaufmännische Schulwesen verdankt dieser Einsicht seinen schnellen Aufschwung. Die kaufmännischen Fortbildungsschulen offenbarten aber zugleich, wie unzulänglich die Auslese der Lehrlinge durch die Prinzipale war. An den Orten, wo kaufmännische Lehrlingsschulen frühzeitig entstanden waren - z. B. Leipzig¹⁾ und Sorau N.-L.²⁾ - wurde von den örtlichen Handelskammern auch zuerst auf die Problematik unzureichender Auslese aufmerksam gemacht. Die HK Sorau hob auch die sozialpädagogische Gefahr hervor. Im Hinblick auf die Lehrlinge der Kolonialwarenhändler sagte sie,

"ein großer Theil dieser jungen Leute ... macht so wenig Fortschritte und entwickelt sich so ungünstig, daß eben aus diesen schwachen und gehaltlosen Kräften dann dieses Heer von Commis und Gehilfen entsteht, welches ... heut zu Tage überall massenhaft brach liegt und ... keine Stelle auf die Dauer findet und behält, schließlich sittlich und moralisch allen Halt verliert und in unzähligen Fällen verkommt und

1) Vgl. hierzu HuGK Leipzig, JB 1865/66, S. 12.

2) Vgl. hierzu HK Sorau N.-L., JB 1874, S. 5.

untergeht.“¹⁾

Noch zwanzig Jahre später sprach dieselbe Kammer von "mit unglaublich geringen Schulkenntnissen in die Lehre eingetretenen jungen Leuten"²⁾.

Es verwundert nicht, daß die Klagen über einen ungeordneten Zugang zum Kaufmannsberuf vor allem von den Pädagogen der kaufmännischen Fortbildungsschule kamen. Bei R. Beigel³⁾, Harry Schmitt⁴⁾ und Joh. Jahn⁵⁾ finden sich übereinstimmende Hinweise, daß Eignung und Vorbildung sowohl vieler selbstständiger Kaufleute als auch zunehmend der Lehrlinge zu wünschen übrig ließen. Seitens verschiedener Handelskammern wurde dieser Zustand bestätigt⁶⁾.

Erst nach der Jahrhundertwende begannen die Handelskammern mit Maßnahmen zur Abhilfe. Daß sie solange damit zögerten, erklärt sich aus dem Widerstreit der Interessen, in dem sie sich befanden. Einerseits mußten sie um die Qualität des Nachwuchses und das Ansehen des kaufmännischen Berufsstandes besorgt sein, andererseits duldete ihre liberale Grundhaltung keine die Gewerbefreiheit prinzipiell beschneidenden Eingriffe. Als aber die Neuordnung des Ausbildungsrechts der Handwerker dort Wandel geschaffen hatte, schritten auch die Handelskammern zur Tat. Allerdings geschah das bei ihnen sehr behutsam und ohne die Gewerbefreiheit in Frage zu stellen.

Am Anfang stand der Versuch, der Öffentlichkeit durch Aufklärungsarbeit die Voraussetzungen des Kaufmannsberufs zu verdeutlichen. Eine vom Verband mitteldeutscher Handels-

1) Ebenda.

2) o. V., Rückblick auf die 25jährige Tätigkeit der Handelskammer zu Sorau N.-L. von 1871 bis 1896, a.a.O., S. 39.

3) Vgl. R. Beigel, Die Mängel unseres gegenwärtigen kaufmännischen Bildungswesens, 2. Aufl., Leipzig o. J. (1897), S. 30 ff.

4) Vgl. Harry Schmitt, a.a.O., S. 117 f.

5) Vgl. Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 31.

6) Vgl. außer den bereits zitierten Kammern Leipzig und Sorau u. a. HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 8; HK zu Minden, Die Bedeutung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens (Gutachten), in: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 6, S. 186; HKn in Württemberg, JB 1902, S. 62 f.; HK Hannover, JB 1905, Teil I, S. 59, JB 1910, Teil I, S. 102.

kammern eingesetzte Kommission war sich darüber einig, daß "Aufklärung das nächste und das beste Mittel zur Besserung" sei¹⁾. In ihrem Auftrag²⁾ gab die Kammer Halberstadt eine kleine Schrift heraus³⁾, die, an Schulen, Lehrervereine, Geistliche, Presse und Eltern verteilt, in schlichter Sprache ein Idealbild des Kaufmanns zeichnete, um Eignungskriterien für die Berufswahl lebendig darzustellen. Die Arbeit darf noch heute hinsichtlich ihrer Form als meisterhaft bezeichnet werden. Inhaltlich war sie freilich schon damals in einigen Punkten nicht mehr ganz aktuell, weil sie auf eine Differenzierung der kaufmännischen Berufe und ihrer unterschiedlichen Eignungskriterien verzichtete.

Die hessischen Handelskammern hielten das Feststellen formaler Voraussetzungen für erfolgversprechender. Sie forderten den "einjährige(n) in allen Unterrichtsfächern erfolgreiche(n) Besuch der ersten Klasse einer Volks- oder dieser gleichartigen Schule"⁴⁾. Der 10. Deutsche Handlungsgehilfentag schloß sich dieser Forderung an⁵⁾. In Sachsen hatten die "Handelslehrlingsschulen" auf Anordnung des Innenministeriums Aufnahmeprüfungen durchzuführen, um "die Lehrlinge schon vor Aufnahme in die Handelsschule zu sichten"⁶⁾. Die Regelung wurde nicht nur von sächsischen Kammern für zweckmäßig gehalten⁷⁾. Sie konnte aber auf die

1) Kaufmännisches Lehrlingswesen - Verhandlungen, Gutachten und Vorschläge, DVkU, Bd. 30, Leipzig 1904, S. 10.

2) Vgl. HK Halberstadt, JB 1903, S. 13.

3) Dieselbe, Soll ich Kaufmann werden? Anhang zum JB 1903 der HK Halberstadt, S. 1 - 14.

4) Hessischer Handelskammertag, Leitsätze betreffend die Gestaltung des kaufmännischen Fortbildungsunterrichtes im Großherzogtum Hessen - Nach den Beschlüssen des Hessischen Handelskammertags vom 25. März 1900, in: ZfgkU, 3. Jg. (1900/01), Nr. 7, S. 186. In Leitsatz III wird dieses Kriterium zwar nur für die Aufnahme in die kaufmännische Fortbildungsschule vorausgesetzt. Unsere Forderung ergibt sich aber aus Leitsatz IV, der die landesgesetzliche Schulpflicht für alle kaufmännischen Lehrlinge fordert.

5) Vgl. Entschließung des 10. Deutschen Handlungsgehilfentages in Dresden vom 10. Juni 1907, abgedruckt in: Otto Sartorius, Deutsche Kaufmannslehre, a.a.O., S. 38 ff.

6) HuG, 11. Jg. (1903/04), Nr. 23, S. 380.

7) Vgl. ebenda; ferner HuG, 13. Jg. (1905/06), Nr. 1, S. 3.

Gültigkeit von Lehrverträgen ebenso wenig wie der hessische Vorschlag Einfluß haben. Zu verbindlichen Bestimmungen kam es nicht. Die Hauptbedeutung allen Bemühens der Kammern vor dem ersten Weltkrieg lag darin, daß es den Lehrherren und Eltern die gesteigerten Anforderungen des kaufmännischen Berufsfeldes vor Augen führte und damit auch den jugendlichen Handreichungen für die Berufswahl gab.

Erst als nach dem verlorenen ersten Weltkrieg die deutsche Wirtschaft verstärkte Anstrengungen machen mußte, um den Anschluß auf dem Weltmarkt wiederzugewinnen, und die weitere wirtschaftliche Entwicklung unübersichtlich geworden war, so daß der Vorsitzende des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen und des Bildungsausschusses des DIHT, Hermann Schmidt, von "einer bedenklichen Erschütterung der Existenzmöglichkeit für die heranwachsende Generation"¹⁾ sprach, gingen einzelne Kammern einen Schritt weiter. Zwar wurde auch jetzt noch versucht, die Berufswahl durch Merkblätter und Vorträge aufklärend zu steuern²⁾. Diese Maßnahmen führten aber offenbar nicht zu dem gewünschten Ergebnis. Auch die öffentliche Berufsberatung, auf Ansätzen der Arbeit eines Deutschen Ausschusses für Berufsberatung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt sowie städtischer Berufsämter kurz vor dem ersten Weltkrieg aufbauend³⁾, 1919 von den Gewerkschaften allgemein gefordert⁴⁾ und im gleichen Jahr vom preußischen Staat organisiert⁵⁾, stieß

1) Leitsätze betreffend Prüfungen für kaufmännische Lehrlinge und Gehilfen in Handel, Industrie und Handwerk (Entwurf des Vorsitzenden des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Hermann Schmidt), in: DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 11.

2) Vgl. HK Leipzig, JB 1921, S. 14; HK Nürnberg, JB 1925, S. 8.

3) Vgl. Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 91. Karlwilhelm Stratmann belegt, daß schon am Ausgang des 18. Jahrhunderts im Bistum Fulda Ansätze einer öffentlichen Berufsberatung für Handwerker zu erkennen sind. Vgl. Karlwilhelm Stratmann, Diskussion und Ansätze der öffentlichen Berufsberatung im 18. Jahrhundert, in: DBFSch, 62. Bd. (1966), Nr. 12, S. 914 f.

4) Vgl. Die Beschlüsse des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 29. Jg. (1919), Nr. 26, S. 324.

5) Vgl. Alfred Kühne, Zeittafel zur Geschichte der Berufserziehung in Deutschland, in: derselbe (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 2. Aufl., a.a.O., S. 731.

auf eine "zurückhaltende Stellung ..., die in manchen Kreisen der Wirtschaft gegen manche Erscheinungs- und Tätigkeitsformen der Berufsberatung beobachtet" wurde¹⁾. Die Einwände richteten sich vor allem gegen ihre noch unausgereiften Methoden²⁾. Eine Einheitlichkeit der Urteile über den Wert der Berufsberatung in der damaligen Form kam unter den Handelskammern jedoch nicht zustande. Eine Kommission des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, in der die Handelskammern entscheidendes Gewicht besaßen, hatte einige Jahre früher empfohlen, besondere Berufsberatungsstellen für angehende Kaufleute bei den Handelskammern einzurichten³⁾. Wie wenig abwegig dieser Gedanke des Einschaltens einer Interessenvertretung war, bestätigt die Ansicht Anna Siemsen⁴⁾, daß die Berufsberatung unter den gegebenen Verhältnissen der Wirtschaftsorganisation auch bei bestem Ausbau ohnehin mehr den Bedürfnissen der Wirtschaft als den Ansprüchen der Jugendlichen gerecht zu werden vermochte.

Noch differenzierter waren die Meinungen der Kammern über die Zweckmäßigkeit von psychotechnischen Eignungsprüfungen. Auch hier gründete sich die Zurückhaltung in erster Linie auf den Mangel an bereits bewährten Prüfungsmethoden⁵⁾. Die Untersuchung Franziska Baumgartens zeigte, wie unzuverlässig die Mehrzahl der in den USA entwickelten Eignungstests für Kaufleute war. Sie verdeutlichte ferner, daß auch die von deutschen Wissenschaftlern seit Kriegsende durchgeführten Versuche noch keine für eine breitere Anwendung in der Praxis geeigneten Methoden gesichert hatten⁶⁾. In einer Entschließung der HK Reutlingen wurde die prinzipielle Skepsis gegenüber jeder Art von Ausleseprüfungen mit den Worten zum Ausdruck gebracht,

1) DWZ, 25. Jg. (1928), Nr. 15, S. 362.

2) Vgl. Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. II, S. 459 f.

3) Vgl. Regelung des kaufmännischen Lehrlingswesens - II. Sondersitzung, DVkB, Bd. 58, Braunschweig 1921, S. 33.

4) Vgl. Anna Siemsen, a.a.O., S. 143 f.

5) Vgl. Jacobowsky, Feststellung von Untersuchungsmethoden für die Auslese von kaufmännischem Personal und die Bereitstellung von Mitteln hierzu, in: Verh. des DIHT, Heft 6/1928, a.a.O., S. 38.

6) Vgl. Franziska Baumgarten, Die Berufseignungsprüfungen - Theorie und Praxis, München-Berlin 1928, S. 503 ff.

"daß mit den Hilfsmitteln einer Prüfung heute ebenso wenig wie jemals positiv festgestellt werden kann, ob bzw. daß ein angehender Lehrling zum Beruf des Kaufmanns befähigt ist, da die Qualität des Kaufmanns zu einem großen Teil auf Eigenschaften beruht, die nicht meßbar und prüfbar sind, und erst ein Produkt der allmählichen Entfaltung der menschlichen Eigenart und des Charakters darstellen"¹⁾.

Es zeigt sich hier übrigens wiederum, daß eine Differenzierung nach künftig auszuübenden kaufmännischen Funktionen nicht ins Auge gefaßt wurde. In der psychologischen Literatur waren derartige Ansätze durchaus vorhanden.

Trotzdem hielt es der Bildungsausschuß des DIHT für richtig, den Handelskammern die Vergabe eines Forschungsauftrages an den Psychologen William Stern zu empfehlen²⁾. Das Vorhaben stieß jedoch auf Finanzierungsschwierigkeiten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Ruhrbezirks bedauerte besonders hinsichtlich des Verkäufer Nachwuchses, daß außerhalb der Kammern bestehende Möglichkeiten der Eignungsprüfung nicht im erwünschten Umfang wahrgenommen wurden³⁾. Eine 1930 veröffentlichte Erhebung des Braunschweiger Verbandes wies nur eine Handelskammer nach, die - und zwar in Verbindung mit dem örtlichen Berufsberatungsamt - "psychotechnische Eignungsprüfungen" selbst veranstaltete⁴⁾.

Einige Kammern hatten weitere Versuche mit psychotechnischen Eignungsuntersuchungen nicht abwarten wollen und stattdessen selbständig Ausleseverfahren entwickelt, die im wesentlichen Kombinationen von Maßstäben der herkömmlichen Lehrlingsauswahl zugrunde legten. Die Industrie- und Handelskammern Oppeln, Mühlhausen i. Th., Gera, Sonneberg, Weimar, Trier und Schopfheim führten derartige Formen der

1) HK Reutlingen, Entschließung vom 5. Juli 1928, in: Mitt. der HK Reutlingen, Jg. 1928, Nr. 28, S. 231.

2) Vgl. Verh. des DIHT, Heft 6/1928, a.a.O., S. 39 f.

3) Vgl. Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel, Essen, Krefeld und Münster, JB 1928, S. 87.

4) Vgl. Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Bad Harzburg, den 29. bis 31. Mai 1930 - Berichte und Leitsätze I, Braunschweig 1930, S. 10.

Auslese in ihren Bezirken ein. Weitere Kammern folgten diesen Vorbildern, vor allem als die Arbeitsmarktlage eine wirkliche Auslese in der Praxis gestattete. Der Begriff der Auslese wurde allerdings so verstanden, daß für kaufmännische Berufe offensichtlich ganz ungeeignete Lehrstellenbewerber von diesem Berufsfeld ausgeschlossen werden sollten. Die HK Reutlingen sprach von einer "Auslese der Schlechtesten"¹⁾.

Schrittmacher war die IHK Oppeln, die Ende 1924 Richtlinien für ein entsprechendes Verfahren beschloß²⁾. Danach wurden von der Kammer örtliche Ausschüsse aus einem Mitglied der Handelskammer als Vorsitzendem, je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie dem zuständigen Leiter der Berufsschule mit der Aufgabe gebildet, "die Annahme von Lehrlingen im Auftrage der Industrie- und Handelskammer zu überwachen"³⁾. Sie hatten Lehrlingslisten zu führen und den Lehrherren das Ergebnis einer von der Berufsschule durchgeführten Prüfung in Deutsch und Rechnen mitzuteilen. Am Ende einer zweimonatigen Probezeit in Lehrbetrieb und Berufsschule entschied "in zweifelhaften Fällen die örtliche Kommission über die Annahme des Lehrlings"⁴⁾. Die Ausleseprüfungen der thüringischen Kammern und der IHK Trier wurden von ähnlich zusammengesetzten Ausschüssen abgenommen, verzichteten aber auf die Ergebnisse der Probezeit⁵⁾, die doch wenigstens die ersten Beobachtungen der "Anstelligkeit" des neuen Lehrlings erbringen konnten. Die Kammer Mühlhausen i. Th. verringerte die Gefahr von Zufallsergebnissen durch Vor-, Haupt- und Wiederholungsprüfungen⁶⁾, während die HK Schopfheim den

1) HK Reutlingen, EntschlieÙung vom 5. Juli 1928, a.a.O.

2) Vgl. IHK für die Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Annahme von kaufmännischen Lehrlingen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln, in: DVkB, Bd. 64, a.a.O., S. 123 f.

3) Ebenda, S. 124.

4) Ebenda.

5) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30, S. 460 (IHK Gera), S. 465 (IHK Sonneberg), S. 470 (IHK Weimar); o. V., 75 Jahre Industrie- und Handelskammer zu Trier, Trier 1931, S. 25.

6) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30, S. 113.

Lehrherren die Ergebnisse einer Prüfung in Rechtschreibung und Rechnen mitteilte und es dann diesen überließ, die Eignung aufgrund der Beobachtungen während der Probezeit zu beurteilen und die Konsequenzen zu ziehen¹⁾.

Obwohl die skizzierten Ausleseverfahren der Kammern für sich in Anspruch nahmen, als "Eignungsprüfungen" zu gelten, basierten sie doch in erster Linie auf der Ermittlung, inwieweit die für kaufmännische Berufe bedeutsamen Lehrstoffe der allgemeinen Grundbildung - insbesondere der Volksschuloberstufe - von den Lehrlingsanwärtern beherrscht wurden²⁾.

Damit waren zwar wesentliche Voraussetzungen für einen Erfolg der kaufmännischen Grundbildung gesichert; eine Gewähr für die psychische, physische und charakterliche Eignung zum Kaufmann als Unternehmer oder als Angestellter in den verschiedenen Arbeitsbereichen konnten diese Ausleseprüfungen jedoch nicht geben. Insofern war der Ausschluß von einem kaufmännischen Lehrverhältnis bei negativem Prüfungsergebnis, wie ihn die Richtlinien der IHK Oppeln vorsahen, problematisch. Juristisch war er ohnehin zumindest sehr fragwürdig. Die genannten Kammern sprachen deshalb nur Empfehlungen an die beteiligten Lehrherren oder die Eltern aus, ein kaufmännisches Lehrverhältnis nicht einzugehen bzw. es rechtzeitig wieder zu lösen. Dem Rat wurde aber in der Praxis nicht immer gefolgt³⁾, so daß die "Auslese der Schlechtesten" nur teilweise gelang.

Erst die systematische Verfeinerung der Ausbildungsordnung (Berufsordnungsmittel, standardisierte Lehrverträge, Lehrlingsrolle und Kaufmannsgehilfenprüfung) gab den Kammern in den dreißiger Jahren wirksamere Mittel an die Hand. Die psychologisch-pädagogische Problematik, deren sich auch die Oppelner Kammer durchaus bewußt war⁴⁾, ist in der Ausbildungsordnung der Industrie- und Handelskammern bis heute nicht bewältigt worden. Dieser Mangel verlor jedoch mit dem

1) Vgl. Bericht über die Sitzung der Kommission betr. Gehilfenprüfungen, Halle a. d. S., den 29. Juni 1927, DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 31.

2) Vgl. z. B. IHK Oppeln, JB 1927, S. 62.

3) Vgl. dieselbe, JB 1930, S. 86.

4) Vgl. von Stoephasius (Hrsg.), a.a.O., S. 184.

Ausbau der wissenschaftlich immer besser fundierten und personell besser ausgestatteten öffentlichen Berufsberatung für die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft an Gewicht. Die Berufsordnungsmittel gaben den Berufsberatern die Möglichkeit, ihren Eignungsmaßstäben auch die von den Arbeitgebern ermittelten Anforderungen der Berufe zugrunde zu legen.

II. Die kaufmännische Ausbildung im Betrieb

Die schon an früherer Stelle getroffene Feststellung, daß sich die Handelskammern Fragen der betrieblichen Ausbildung kaufmännischer Lehrlinge erst zuwandten, als sie bereits bedeutende Pionierarbeit für das kaufmännische Schulwesen geleistet hatten, überrascht zunächst. Denn seit dem Mittelalter war das kaufmännische ähnlich wie das handwerkliche Lehrverhältnis zwar nicht ebenso allgemein, aber doch an vielen Orten nach und nach in das System von Zunft- und Gildeordnungen eingebettet worden. Obwohl Art und Intensität dieser Eingliederung in den deutschen Wirtschaftsgebieten unterschiedlich waren - bei den niederdeutschen Kaufleuten hatte sie beispielsweise früher Bedeutung als in Süddeutschland -, so läßt sich in den Ausbildungsvorschriften etwa der Gilden und der Krämerordnungen, später auch in den Statuten der umfassenderen Handelskorporationen, die Sorge um einen geeigneten kaufmännischen Nachwuchs als eine bis ins 19. Jahrhundert hinein wirkende Standesaufgabe verfolgen. Zwar galten die Regelungen weniger dem Inhalt der Ausbildung und ihrer Qualität als dem äußeren Rahmen der Organisation¹⁾, aber es gab doch zahlreiche Beispiele einer gemeinschaftsgebundenen Kontrolle mit einer gewissen ordnenden Funktion.

1) Karl Bücher kommt nach einer historischen Betrachtung der handwerklichen Lehrlingsausbildung zu dem Ergebnis, es sei den Zünften "nur selten in den Sinn gekommen, in der Frage der Lehrlingsausbildung über formale Bestimmungen hinauszugehen". Karl Bücher, Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang, a.a.O., S. 25. Die Feststellung gilt gleichermaßen für die Ausbildungsordnung der kaufmännischen Lehrlinge.

Der Bruch mit dieser jahrhundertealten Tradition vollzog sich verstärkt mit dem Wandel der Wirtschaftsverfassung nach der französischen Revolution. Der Verfall der Zünfte und Gilden zog auch die Mißachtung der Ausbildungsvorschriften, für die in einer liberalen Wirtschaftsordnung mit Gewerbefreiheit kein Platz zu sein schien, nach sich¹⁾.

Wir hatten im Zusammenhang mit der Entwicklung der kaufmännischen Korporationen im östlichen Preußen schon darzulegen, wie sich diese Vorläufer der Handelskammern in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts der zünftlerischen Tradition noch in einigen Punkten verbunden fühlten, sich aber nach und nach von ihr lösten. Die in den Statuten der badischen Handlungs-Kammern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts getroffenen Regelungen des kaufmännischen Lehrlingswesens²⁾ überdauerten die Umwandlung der auf genossenschaftlicher Basis arbeitenden Kammern in solche mit Zwangszugehörigkeit und Behördencharakter ebenfalls nicht. Bis zum Ausgang des Jahrhunderts finden sich in den Jahresberichten der deutschen Handelskammern nur wenige Hinweise - wie etwa Äußerungen der Kammern Breslau und Osnabrück³⁾ -, die auf eine Auseinandersetzung mit der als privates Rechtsverhältnis verstandenen Ausbildung kaufmännischer Lehrlinge schließen lassen. Wo wir auf Beurteilungen stoßen, dienen sie der Begründung oder Erläuterung anderer Sachverhalte, und zwar vor allem im Zusammenhang mit dem Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens.

Nur aus solchen, gewissermaßen am Rande abgegebenen seltenen Äußerungen ist zu entnehmen, daß zumindest einzelne der Kammern außer den veränderten Rechtsgrundlagen auch eine innere Umwandlung des Lehrverhältnisses empfanden, wenngleich ihre Erklärungsversuche nicht zu befriedigen vermögen. So ist zwar der HK Breslau (1870) zu folgen, daß in früheren Jahren ein Großteil der Lehrlinge in größeren kauf-

1) Vgl. hierzu auch Fritz Urbschat, Grundlagen einer Geschichte der Berufserziehung, 2. Teil, Langensalza-Berlin-Leipzig 1937, S. 37.

2) Vgl. z. B. Statuten der Handlungs-Kammer der Großherzoglich Badischen Hauptstadt Freiburg vom 11. Juni 1835, §§ 2 u. 5, abgedruckt in: Franz Kaiser (Hrsg.), a.a.O., S. 55 ff.

3) Vgl. HK Breslau, JB 1870, S. 10 f.; HK Osnabrück, JB 1883, S. 56 f., JB 1884, S. 57 ff., JB 1885, S. 77 ff., JB 1886, S. 52 ff.

männischen Unternehmen "etwa zwei bis drei Jahre hindurch ausschließlich mit dem Copiren der abgehenden Briefe beschäftigt wurde"¹⁾ und diese Übung allmählich zum Verständnis kaufmännischen Handelns und zu größerer Selbständigkeit führte, während sich mit dem Einführen der "Copirmaschine" die Notwendigkeit einstellte, den Lehrling von Anfang an mit anspruchsvolleren Arbeiten zu betrauen und an die allgemeine Vorbildung höhere Anforderungen zu stellen²⁾. Wenn die Kammer aber in diesem Zusammenhang fordert, "die Gestaltung des communalen und politischen Lebens" und das Beteiligen "an den Geschäften der Volksvertretung"³⁾ müsse zum Wirkungskreis des Kaufmanns gehören, so erklärt sie zwar das verständliche Bestreben des Handelsstandes, dem Beamtentum eine in öffentlichen Angelegenheiten sachkundige Elite von Kaufleuten an die Seite zu stellen, verliert aber das kaufmännische Lehrlingswesen im ganzen aus dem Blickfeld.

Während die praktische Ausbildung der handwerklichen und der industriell-gewerblichen Lehrlinge vor allem im Zusammenhang der Arbeit des Vereins für Socialpolitik in den siebziger Jahren öffentlich diskutiert wurde⁴⁾ und auch verschiedene Handelskammern zur Stellungnahme veranlaßte, ist das kaufmännische Lehrlingswesen, wie eine Untersuchung von Ulrich Pleiß zeigt⁵⁾, im Laufe des 19. Jahrhunderts überwiegend von Pädagogen kaufmännischer Schulen in ihre Erörterungen einbezogen worden⁶⁾. Manche der später von den Kammern herausgestellten Tatbestände wurden in jenen Beiträgen schon vorweggenommen. Um ein möglichst umfassendes Bild der Beobachtungen, Forderungen und Maßnahmen seitens der Handelskammern zu zeichnen, kann im folgenden auf die

1) HK Breslau, JB 1870, S. 10.

2) Vgl. ebenda, S. 11.

3) Ebenda (beide Zitate).

4) Vgl. Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, Schriften des Vereins, Bd. X, Leipzig 1875; derselbe (Hrsg.), Das gewerbliche Fortbildungswesen, Schriften des Vereins, Bd. XV, Leipzig 1879. Auf diesen Fragenkreis kommen wir noch zurück (S. 310 ff.).

5) Vgl. Ulrich Pleiß, Zur Idee der Kaufmannsbildung im 19. Jahrhundert, in: WuE, 16. Jg. (1964), Nr. 2, S. 66 ff.

6) Selbst unter dem Namen der Handelskammer bekanntgewordene Anregungen zur Lehrlingsausbildung gehen auf Stellungnahmen von Lehrern an kaufmännischen Schulen zurück. Vgl. HuGK Dresden, JB 1886, S. 6.

Einbeziehung auch jener inhaltlichen Wiederholungen nicht ganz verzichtet werden.

1. Bedeutung der betrieblichen Lehre

Um die Ausgangslage zu kennzeichnen, muß der Blick zuerst auf die Grundhaltung der Handelskammern gegenüber der kaufmännischen Lehre als Einrichtung der Nachwuchsbildung gelenkt werden.

Da Fritz Urbschat zeigt¹⁾, daß die Liberalisten das Schergewicht der Berufsausbildung auf die theoretische Seite legten, wäre es interessant zu wissen, welche Stellung die Kammern zur Blütezeit des Liberalismus in dieser Hinsicht einnahmen. Für diese Zeit versagen aber die geprüften Quellen ein Urteil. Weil Fragen des schulischen Bildungswesens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht selten behandelt wurden, läßt sich aus dem Schweigen zur betrieblichen Ausbildung allenfalls der vorsichtige Schluß ziehen, daß letztere in den Kammern keine maßgebenden Förderer fand. In einem Referat auf der Fortbildungsschulkonferenz der HK Braunschweig sprach noch 1895 der Hildesheimer Kammerpräsident Schoch die Überzeugung aus, "allein die Schule (könne) die Grundlagen zu der nöthigen Kenntniß legen"²⁾.

Eine Bemerkung der HK Halberstadt aus dem Jahre 1897 läßt die Übergangsphase erkennen. Mit Bezug auf die privatrechtlichen Bestimmungen des neuen Handelsgesetzbuches zum kaufmännischen Lehrverhältnis stellte sie fest³⁾, daß die kaufmännischen Fortbildungsschulen "erst jenem Paragraphen einen praktischen Inhalt" verliehen, sie andererseits aber "niemals die praktische Lehre ganz ersetzen" könnten, "vielmehr nur neben und mit derselben von Wert" seien. Theorie und Praxis wurden also gleichwertig eingeschätzt. Wenig später, gleichzeitig mit dem Aufschwung des kaufmännischen Schulwesens, das damit auch seine Grenzen offenbarte, regten sich aber in zunehmendem Maße Stimmen, die der betrieblichen Ausbildung nicht nur ihre Unentbehrlichkeit beschei-

1) Vgl. Fritz Urbschat, Grundlagen einer Geschichte der Berufserziehung, 2. Teil, a.a.O., S. 37.

2) Schoch, a.a.O., S. 25.

3) HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 21 (drei Zitate).

nigten, sondern auch ihre Vorrangigkeit hervorhoben. Der Wandel in der Anschauung ergibt sich u. a. aus einem Bericht der HK Heilbronn, die 1903 davon sprach, es habe "sich nachgerade die Überzeugung Bahn gebrochen ..., daß nur eine tüchtige praktische Lehre eine sichere Grundlage für eine richtige Ausbildung eines Kaufmanns bilde"¹⁾. Im 20. Jahrhundert ist die Priorität der betrieblichen Berufserziehung der Kaufleute von den Handelskammern zu keiner Zeit ernsthaft in Frage gestellt, sondern vielmehr vor allem nach dem ersten Weltkrieg nachdrücklich verteidigt worden²⁾.

Es ist also festzuhalten, daß die Handelskammern der kaufmännischen Lehrlingsausbildung im Betrieb seit Ende der neunziger Jahre zunehmend zentrale Bedeutung beimaßen. Von der Zeit an konnte auch eine Bildungsarbeit auf diesem Gebiet erwartet werden.

Tatsächlich ging von den Kammern sehr bald eine beachtliche Aktivität aus. Nicht nur einzelne, sondern auch Vereinigungen der Kammern griffen einschlägige Fragenkreise auf: Nachdem der Hessische Handelskammertag Anfang 1901 über das kaufmännische Lehrlingswesen beraten hatte, befaßte sich im Herbst desselben Jahres auch der Württembergische Handelskammertag mit diesem Thema³⁾. Im Jahre 1903 setzte der Verband mitteldeutscher Handelskammern eine besondere Kommission ein⁴⁾, die in enger Zusammenarbeit mit dem Braunschweiger Verband sehr wertvolle Arbeit leistete. Mehrere westdeutsche Kammern waren als Mitglieder des Vereins zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen an dessen Erörterungen und Be-

1) HKn in Württemberg, JB 1903, S. 87.

2) Die Reihe der Quellen, die das belegen, kann hier nicht vollständig wiedergegeben werden. Beispielhaft seien genannt: HK Magdeburg, Verh. u. Mitt., Jg. 1914, Nr. 4, S. 86; HK Hamburg, JB 1924, S. 74; Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel, Essen, Krefeld und Münster, JB 1928, S. 88; IHK Oppeln, JB 1931, S. 81; Verh. des DIHT o. Nr. (vertraulich) 1928 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses am 24. 1. 1928), S. 8; ebenda, Nr. 6/1928, a.a.O., S. 22; ebenda, Nr. 5/1931, a.a.O., S. 40.

3) Vgl. HKn in Württemberg, JB 1901, S. 61.

4) Vgl. HK Halberstadt, JB 1903, Teil I, S. 56.

schlüssen aus dem Jahre 1909 beteiligt¹⁾. Daß dieses Bemühen der Kammern auf einem für sie neuen Arbeitsgebiet innerhalb ihrer Zuständigkeit lag, bestätigen nicht nur ihre ab 1897 modifizierten Rechtsgrundlagen, sondern auch die von seiten der Behörden oder privater Vereine an sie herangetragene Aufforderung, sich entsprechenden Aufgaben zuzuwenden, um in Gutachten ihre Stellungnahme abgeben und fördernd tätig werden zu können²⁾.

2. Wandlungen und Mißstände der Ausbildung im Betrieb

Der Wegfall jeder Kontrolle im Zusammenhang mit der Einführung der Gewerbefreiheit hatte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts auf die kaufmännische Lehrlingsausbildung sehr nachteilig ausgewirkt³⁾. Den Handelskammern konnte diese Entwicklung um so weniger verschlossen bleiben, als sich die Klagen über die soziale Lage der Handlungsgehilfen häuften und nicht zuletzt auf eine unzureichende Berufserziehung zurückgeführt wurden⁴⁾. Die Krisensituation des Kleinhandels um 1900 hatte ihre Ursache ebenfalls außer im Entstehen neuer Distributionssysteme (Konsumvereine, Warenhäuser) in der ungenügenden fachlichen Qualifikation vieler Inhaber kleinerer Geschäfte⁵⁾.

Den Beobachter bildungspolitischer Taktik überrascht, mit welchem Mut und mit welcher Offenheit die Kammern um die Jahrhundertwende die Problematik der kaufmännischen Lehrlingsausbildung im Betrieb erörterten und gegenüber den Regierungen wie der Öffentlichkeit aufzudecken be-

1) Vgl. HK Essen, JB 1909, Teil I, S. 56.

2) Vgl. ebenda; HK Nürnberg, JB 1911, S. 81; HK Leipzig, JB 1911, S. 14 f.

3) Vgl. Gerhard Bothe, Die Kaufmännischen Schulen der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, a.a.O., S. 48 f.

4) Vgl. u. a. Georg Hiller, Die Lage der Handlungsgehilfen, Leipzig 1890, S. 13; Georg Adler, Die Sozialreform und der Kaufmannsstand, München-Leipzig 1891, S. 21 und 37; Friedrich Goldschmidt, a.a.O., S. 22.

5) Vgl. Handelskammer zu Hannover (Hrsg.), Die Lage des Kleinhandels in Deutschland, Bd. I, Berlin 1899, S. 103 und 180, Bd. II, Berlin 1900, S. 73; HK Oldenburg, JB 1906, I. Teil, S. 3.

müht waren. Auffallend viele ihrer Stellungnahmen bis zum Beginn des ersten Weltkrieges sprechen von unbefriedigenden Verhältnissen in der betrieblichen Ausbildung.

Um den Gründen dieses von passivem Unbehagen bis zum harten Vorwurf gegenüber den Lehrherrn reichenden Verhaltens der Handelskammern beizukommen, ist es notwendig, die von ihnen erkannten Wandlungen und damaligen Mißstände sowie deren Ursachen wenigstens grob zu systematisieren. Denn die Feststellung eines Kammerbeamten aus dem Jahre 1904, daß "die heutige kaufmännische Lehre ihrer Aufgabe, dem jungen Kaufmann eine genügende Ausbildung zu geben, nicht gerecht wird"¹⁾, überspitzte nicht nur die wirklichen Verhältnisse, sondern erweckte auch den Anschein, als sei der Sinn der Lehre zu einer Zeit grundsätzlich in Frage zu stellen, als man den Ursachen ihrer Mängel bereits auf der Spur und sie abzustellen bestrebt war. Auf die Wiedergabe ähnlicher, in verschiedenen Nuancen von einzelnen Kammern wie von Kammervertretern geäußelter pauschalierender Urteile kann deshalb verzichtet werden.

Die von den Handelskammern erkannten Veränderungen und die daraus erwachsenen Mängel der kaufmännischen Lehrlingsausbildung lassen sich im wesentlichen auf zwei Tatbestände reduzieren: einerseits auf die Entwicklung der Wirtschaft im ganzen und deren Auswirkungen auf die Größe und Arbeitsweise der einzelnen Betriebe, andererseits auf eine gewandelte Grundeinstellung der "Prinzipale" zum Lehrverhältnis. Da beide wiederum auf teilweise gemeinsamen geistes- und wirtschaftsgeschichtlichen Grundlagen basierten und voneinander abhängig waren, ist eine strenge Unterscheidung allerdings nicht durchzuführen.

Bezüglich des ersten Tatbestandes vermochten die Deutungsversuche der Kammern vor allem zu erklären, daß die kaufmännische Lehrlingsausbildung mit einer gewissen Zwangsläufigkeit und auch ohne Verschulden irgendeiner Seite in eine Krise geraten mußte. Die HK Osnabrück wies auf die für den kaufmännischen Nachwuchs immer geringer werdende Mög-

1) W. Schmidt, Die Ausbildung der Lehrlinge, in: DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 15.

lichkeit hin, ohne zusätzliche Hilfe aus der praktischen Übung im Betrieb auch die erforderlichen theoretischen Erkenntnisse herzuleiten¹⁾. Der Schulaufsichtsbeamte der HK Oppeln, Joh. Jahn, rechtfertigte die Unternehmer mit dem Argument, es sei "bei der Arbeitsteilung, bei der immer weiter um sich greifenden Spezialisierung der einzelnen Kaufmannsbetriebe ... auch dem pflichtbewußtesten Kaufmanne unmöglich geworden, seinen Lehrling allseitig auszubilden"²⁾. Der Hinweis der Detaillistenkammer Hamburg, daß "die Güte der Ausbildung des Lehrlings ... infolge der fortschreitenden Arbeitsteilung, der wachsenden Intensität des Verkehrs und der dadurch bedingten Eile des Geschäftsgangs gegenüber früher erheblich nachgelassen"³⁾ habe, führt die Entwicklung auf ähnliche Ursachen zurück. Damit stimmte auch die HK Nürnberg überein⁴⁾. Sie gründet ihr Urteil aber ähnlich wie Jahn auf das Kriterium einer "umfassende(n) kaufmännische(n) Allgemeinbildung"⁵⁾, das auch den Äußerungen anderer Kammern als Maßstab zugrunde lag und zum Zugeständnis von Mängeln zwang⁶⁾, obwohl zur genaueren Kennzeichnung der Situation eine Differenzierung nach Wirtschaftszweigen erforderlich gewesen wäre. Soweit gingen die Kammern aber nur ausnahmsweise. Hinsichtlich des Ausbildungsziels orientierten sie sich entweder noch am Leitbild eines universalen Kaufmannsberufs oder aber an der durch § 76 Abs. 2 HGB auferlegten Verpflichtung, den Lehrling "in den bei dem Betriebe des Geschäfts vorkommenden kaufmännischen Arbeiten" zu unterweisen.

Während die erwähnten Veränderungen in der Lehrlingsausbildung nicht eigentlich als Mißstände, sondern als eine wirtschaftsstrukturell bedingte Einengung der Möglichkeiten

- 1) Vgl. HK Osnabrück, JB 1885, S. 78 f.
- 2) Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 31.
- 3) Detaillistenkammer Hamburg, Denkschrift über Unterrichtskurse für selbständige Detailkaufleute, teilweise abgedruckt in: HuG, 16. Jg. (1908/09), Nr. 1, S. 3.
- 4) Vgl. HK Nürnberg, JB 1911, S. 83 f.
- 5) Ebenda, S. 84.
- 6) Vgl. hierzu HK Minden, Die Bedeutung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens (Gutachten), a.a.O., S. 186; HKn in Württemberg, JB 1901, S. 61; HK Dresden, JB 1907, I. Teil, S. 9 f.

universaler Berufsausbildung, die sich bis zur Gegenwart fortgesetzt hat¹⁾, zu verstehen sind, erfaßt der zweite Tatbestand Verhältnisse, die in der Person des Lehrherrn und seiner Bindung an den Lehrling begründet lagen.

Auch hier treffen wir zunächst auf Beobachtungen, die das Ergebnis eines wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Prozesses in seinen Auswirkungen auf das Lehrlingswesen kennzeichnen. Mit dem Übergang von der durch die Regeln der Zünfte und Gilden gebundenen zur liberalen Ausbildungsordnung waren auch die Möglichkeiten der betrieblichen Berufsausbildung im Sinne einer die fachliche Seite überragenden ganzheitlichen Erziehung enger geworden. Zwar hatte noch immer ein beachtlicher Teil der Lehrlinge Wohnung und Kost im Hause des Lehrherrn²⁾, aber die Bindung zwischen beiden hatte einen anderen Charakter bekommen. Was Werner Sombart "Objektivierung der wirtschaftlichen Beziehungen"³⁾ nennt und als besonders typisches Charakteristikum für den Übergang zum Hochkapitalismus verstanden wissen will, führte auch beim Lehrlingswesen dazu, daß "das patriarchalische Verhältniß früherer Zeiten ... fast durchweg einem nüchternen Geschäftsverhältniß"⁴⁾ Platz machte und es infolgedessen "in den meisten Geschäften ... an der persönlichen Beziehung zwischen dem Lehrherrn und dem Lehrling" fehlte⁵⁾. Mit der Lockerung des persönlichen Verhältnisses ist bei

-
- 1) Vgl. hierzu Gerhard Jeuschede, Die Eignung kaufmännischer Lehrbetriebe zur Berufsausbildung, Diss. Erlangen-Nürnberg 1966, S. 98 ff. Jeuschede untersucht an dieser Stelle speziell die Eignung von Einzelhandelsbetrieben.
 - 2) Nach einer Erhebung aus dem Jahre 1893 hatten in Frankfurt a. M. noch "65 % der Lehrlinge und 26,8 % der Lehrlingmädchen" im Handelsgewerbe Kost und Wohnung beim Geschäftsherrn. HK Frankfurt a. M., JB 1893, S. 10. Im Regierungsbezirk Oppeln wohnten 1903 61,4 % der kaufmännischen Fortbildungsschüler im Hause ihres Prinzipals. Vgl. HK Oppeln, JB 1903, S. 245.
 - 3) Werner Sombart, Deutsches Wirtschaftsleben 1820 - 1920, in: Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, a.a.O., S. XXII.
 - 4) O. V., Die Beschäftigung der Lehrlinge an den Sonntags-Nachmittagen, in: ZfHuG (Organ für die Deutschen Handelskammern), 5. Jg. (1892), Nr. 6, Spalte 176. Ähnlich deutete bereits früher die HK Osnabrück, JB 1886, S. 52 f., den Wandel des Ausbildungsverhältnisses.
 - 5) HK Minden, Die Bedeutung des Fortbildungsschulwesens, a.a.O., S. 186.

vielen Unternehmern ein vermindertes Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die Berufserziehung einher gegangen¹⁾. Als Auswirkungen haben sich die folgenden Mißstände gezeigt, die nicht nur von Organisationen der Handlungsgehilfen herausgestellt²⁾, sondern auch von Handelskammern bedauert und für vermeidbar gehalten wurden.

Mehrere Kammern erhoben den Vorwurf, ein Teil der Lehrherren beschäftigte Lehrlinge nur, um sie für ihr Geschäft auszunutzen³⁾. Besonders hart war das Urteil des Hildesheimer Kammerpräsidenten Schoch: "In recht vielen Fällen sind ... die Lehrlinge lediglich Ausbeutungsobjekte zu roherer mechanischer Arbeitsleistung."⁴⁾ Ähnlich äußerten sich R. Beigel⁵⁾ und Georg Hiller⁶⁾ als kammerfremde Autoren. Verschiedene Erhebungen um die Jahrhundertwende bestätigten die Beschäftigung der Lehrlinge mit sog. "niederen Arbeiten" in einem Umfang, der mit dem Grundgedanken

-
- 1) In der von Richard Stegemann redigierten, bereits zitierten Zeitschrift für Handel und Gewerbe heißt es: "Der Lehrherr kümmert sich nur in Ausnahmefällen um den Jungen, von dem er doch keinen Dank erwartet, und den er deshalb auch wenig höher als wie ein Geschäftsfactotum achtet." O. V., Die Beschäftigung der Lehrlinge an den Sonntags-Nachmittagen, a.a.O., Sp. 176. Ähnlich, aber mit Einschränkung auf einen Teil der Lehrherren äußerte sich die HK Halberstadt: "Man wird die bedauerliche Thatsache nicht verschweigen können, daß das Verständnis für eine moralische Verpflichtung, welche der Prinzipal seinem Lehrling gegenüber eingegangen ist, die Verpflichtung, ihn nach besten Kräften in das kaufmännische Wissen einzuführen, nicht überall vorhanden ist." HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 20.
 - 2) Vgl. hierzu HK Hannover, JB 1902, Teil I, S. 45; HK Dresden, JB 1909, I. Teil, S. 32.
 - 3) Vgl. HK Osnabrück, JB 1886, S. 53; o. V., Die Beschäftigung der Lehrlinge an den Sonntags-Nachmittagen, a.a.O., Sp. 176; Saarbrücker Gewerbeblatt für Industrie, Handel und Verkehr, 10. Jg. (1892), S. 120; HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 8; HKn in Württemberg, JB 1902, S. 68 (HK Reutlingen) und S. 73 (HK Ravensburg); HK Sorau N.-L., JB 1904, S. 42; Joh. Jahn, Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, a.a.O., S. 42.
 - 4) Schoch, a.a.O., S. 26.
 - 5) Vgl. R. Beigel, a.a.O., S. 31 f.
 - 6) Vgl. Georg Hiller, a.a.O., S. 13.

des Lehrverhältnisses nicht zu vereinbaren war¹⁾. Es bestand zwar weitgehende Übereinstimmung zwischen Pädagogen und Kaufleuten, daß auch diese Arbeiten den Lehrlingen nicht schaden könnten, ja sie seien in gewissem Maße "unerläßlich"²⁾ und "eine gute Schule der Ordnung und der Unterordnung"³⁾. Aber sie beeinträchtigten die Möglichkeiten einer umfassenden kaufmännischen Ausbildung doch nachweisbar stark. So führte beispielsweise eine Erhebung in Magdeburg zu dem Ergebnis, daß von 355 kaufmännischen Lehrlingen nur 21 "handelskundliche Belehrungen" erhalten hatten, 11 "die gesamte einfache Buchführung" erlernen konnten und nur 7 mit dem Verfahren des Jahresabschlusses vertraut gemacht worden waren⁴⁾.

Besonders breiten Raum nahm bei der Erörterung des kaufmännischen Lehrlingswesens das Problem der Lehrlingszüchtereier im Sinne eines ungesunden quantitativen Verhältnisses von Lehrherrn und Gehilfen einerseits und der zu großen Zahl von Lehrlingen andererseits ein. Diese in der ständischen Berufsausbildungsordnung vielfach exakt geregelte Frage war jetzt durch die Gewerbeordnung in einer von verschiedenen Seiten als zu dehnbar empfundenen Weise gelöst worden. Bei den Handelskammern bestand Einmütigkeit in dem Beurteilen der Lehrlingszüchtereier als einer sehr unerwünschten Erscheinung, zumal hier bildungs-, sozial- und standes-

-
- 1) Vgl. o. V., Die praktische Ausbildung der Handlungslehrlinge, in: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 11, S. 341, Nr. 12, S. 371 ff. (Bericht über eine Erhebung von Karl Trauner in Frankfurt a. M.); W. Schmidt, Die Ausbildung der Lehrlinge, a.a.O., S. 15 und Anlage III (Bericht über eine Erhebung der HK Braunschweig); o. V., Praktische Lehre und theoretischer Unterricht, in: ZfgkU, 8. Jg. (1905/06), Nr. 8, S. 197 (enthält Ergebnisse einer Erhebung in Magdeburg); Agnes Herrmann, Wie ist die Frau für den kaufmännischen Beruf am besten vorzubereiten? In: DVkU, Bd. 35, a.a.O., S. 131 f. (mit Berichten über Umfragen bei Lehrlingen in Mannheim und Berlin).
 - 2) Carl Wolfrum, Gutachten, in: Richard Ehrenberg, Handelshochschulen I, a.a.O., S. 108; vgl. hierzu ferner Michels, Gutachten, ebenda, S. 123 (Michels war Vorsitzender der HK Mainz).
 - 3) Richard Ehrenberg, Handelshochschulen II. - Denkschrift über die Handelshochschule, DVkU, Bd. 4, Braunschweig 1897, S. 16.
 - 4) Vgl. o. V., Praktische Lehre und theoretischer Unterricht, a.a.O., S. 197. Da Hinweise auf die Erhebungsmethode fehlen, muß allerdings offenbleiben, inwieweit das Ergebnis für das kaufmännische Lehrlingswesen repräsentativ ist. Die anderen in Fußnote 1 angegebenen Umfragen bestätigen aber die gleiche Tendenz.

politische Gesamtinteressen der Kaufmannschaft in die gleiche Richtung liefen. Die Meinungen über ihre Verbreitung gingen aber so weit auseinander, daß ein objektives Bild anhand der Kammerveröffentlichungen nicht zu gewinnen ist. Zwar konnte Karl Bücher 1883 statistisch belegen, daß die Zahl der Lehrlinge im Vergleich zu der der Gehilfen "eine abnorm große" war¹⁾. Er erklärte "dieses massenhafte Anlernen von Lehrlingen in den kleinen Geschäften" auch mit dem "Streben der Prinzipale die bezahlte Arbeit der gelernen Commis durch die unbezahlte Arbeit des ungelernten Lehrlings zu ersetzen"²⁾. Aber auf der Grundlage der von Bücher ermittelten Gesamt- und Durchschnittszahlen ließ sich doch nicht nachweisen, inwieweit die Einzelbetriebe - und hierauf mußte es unter dem Aspekt der Ausbildungsleistung ankommen - Lehrlingszüchtereien betrieben und infolgedessen ihre Pflichten gegenüber den Lehrlingen nicht erfüllen konnten. Während Erhebungen vor der Jahrhundertwende zumindest an einzelnen Orten keinen Beweis für ein unter pädagogischem Aspekt ungesundes Zahlenverhältnis erbrachten³⁾, nahm der preußische Handelsminister 1906 mehrere Eingaben an den Bundesrat und das Ergebnis eigener Ermittlungen zum Anlaß, die unteren Behörden auf die nach seiner Meinung nicht unbegründeten Klagen hinzuweisen und zur Sorgfalt bei der Kontrolle im Rahmen der bereits erwähnten Bestimmungen der Gewerbeordnung aufzufordern⁴⁾. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband griff die gleiche Frage auf⁵⁾. Daraufhin gaben mehrere Handelskammern Stellungnahmen ab.

Die HK Rostock verwahrte sich⁶⁾ zunächst nachdrücklich gegen den Vorwurf, daß die den Behörden "von den Handels-

1) Vgl. Karl Bücher, Die Arbeiterfrage im Kaufmannsstande, Berlin 1883, S. 17 ff.

2) Ebenda, S. 22 f. (beide Zitate).

3) Vgl. HK Braunschweig, JB 1892, II. Teil, S. 30; HK Frankfurt a. M., JB 1893, S. 9; o. V., Die praktische Ausbildung der Handlungslehrlinge, a.a.O., S. 343. Die auf Umfragen beruhenden Ergebnisse haben aber nur beschränkten Aussagewert, da zu vermuten ist, daß Unternehmen mit ungünstiger Relation aus Furcht vor behördlichen Eingriffen von einer Beantwortung der Fragebogen abgesehen haben.

4) Vgl. HuG, 13. Jg. (1905/06), Nr. 32, S. 693 f.

5) Vgl. HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 31, S. 559 f.

6) Vgl. HuG, 13. Jg. (1905/06), Nr. 31, S. 675.

kammern erstatteten Gutachten meist parteiisch zugunsten des bestehenden Zustandes ausfielen"¹⁾. Während sie aber gegen das Einholen von zusätzlichen Gutachten bei den Kaufmannsgerichten keine Bedenken erhob, veranlaßte die HK Hannover den Präsidenten des Deutschen Handelstags zu einer Eingabe an den preußischen Handelsminister, um für die Handelskammern die Kompetenz auf diesem "für sie unzweifelhaft zuständigen Gebiete"²⁾ sicherzustellen.

Wie sich die Kammern bei der Abgabe einzelner Gutachten verhalten haben, ist nicht bekannt. Aus ihren veröffentlichten Stellungnahmen läßt sich aber eine Parteilichkeit im Hinblick auf die Gesamtheit der Handelskammern nicht nachweisen. Insbesondere die fränkischen Kammern Bayreuth und Würzburg bestätigten nämlich, die Lehrlingszüchterei habe einen Umfang angenommen, der eine über die Bestimmungen der Gewerbeordnung hinausgehende Regelung erfordere³⁾. Weitere Kammern wollten den Tatbestand nicht leugnen, ihn aber nur als Ausnahme anerkennen⁴⁾. Die HK Bochum vertrat den Standpunkt, daß nach dem Ergebnis von Erhebungen der HK Düsseldorf "von einem allgemeinen Mißstand ... nicht die Rede sein" könne⁵⁾.

Auf welcher Grundlage und nach welchem Maßstab die unterschiedlichen Urteile zustande kamen, läßt sich heute nicht mehr feststellen, weil über einzelne, hinsichtlich ihrer fragwürdigen Methode wenig aussagefähige Umfrageergebnisse⁶⁾ hinausgehende statistische Übersichten nicht vorliegen. Es ist wahrscheinlich, daß die Lehrlingszüchterei einen

1) Ebenda, S. 674.

2) HK Hannover, JB 1906, I. Teil, S. 85.

3) Vgl. HK Bayreuth, Eingabe an das bayerische Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern vom 1. Febr. 1910, abgedruckt in: HuG, 17. Jg. (1909/10), Nr. 20, S. 330; Beschluß der HK Würzburg vom 29. Dez. 1909, in: ebenda. Von der gleichen Sachlage ging auch die HK Breslau in anderem Zusammenhang aus. Vgl. HK Breslau, JB 1906, S. 52.

4) Vgl. HuG, 13. Jg. (1905/06), Nr. 31, S. 674 f. (HK Darmstadt, HK Friedberg, HK Mainz, HK Rostock); HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 31, S. 560 (Vorsteheramt der Kaufmannschaft Königsberg); HK Nürnberg, JB 1911, S. 83.

5) HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 31, S. 561.

6) Es ist hier an das Vorgehen gedacht, daß nur die den Handelskammern oder anderen Fragestellern freiwillig mitgeteilten Angaben ausgewertet wurden. Vgl. hierzu die S. 254, Fußnote 3 vorgebrachten Bedenken.

regional unterschiedlichen Umfang angenommen hatte.

Ein Zweifel an der Objektivität der Handelskammern erwächst jedoch aus dem Interessenkonflikt, in dem sie sich befanden: Die Lehrlingszüchterei lief zwar, wie bereits erwähnt, den Gesamtinteressen der Kaufmannschaft zuwider, für den einzelnen Unternehmer aber stellte die Beschäftigung solch billiger Arbeitskräfte doch eine Verlockung dar. Die taktische Linie der einzelnen Kammern in dieser Frage wird deshalb auch davon abhängig gewesen sein, inwieweit jene von Eigeninteressen dominierend geleiteten Kaufleute auf die Stellungnahmen Einfluß nehmen konnten.

Als Ergebnis läßt sich aber festhalten, daß der Tatbestand der Lehrlingszüchterei - in welchem Umfang sei angesichts der erörterten Problematik dahingestellt - von einer größeren Zahl der Kammern bestätigt und als ein die Qualität der Lehrlingsausbildung beeinträchtigender Mißstand beklagt wurde.

Auf dem Hintergrund der Mängel kaufmännischer Ausbildung im Betrieb und deren Ursachen wird verständlich, warum die Auslese unter den Lehrstellenbewerbern an Gründlichkeit verloren hatte. Wo die Lehrherren keine umfassende und anspruchsvolle Ausbildung beabsichtigten, konnten auch Vorbildung und Eignung für einen erfolgversprechenden Verlauf der Lehre keine entscheidenden Auswahlkriterien sein. Wir haben die Stellung der Handelskammern zu diesem Fragenkreis bereits früher erörtert¹⁾ und brauchen hier nur darauf zu verweisen, daß die Schuld am Eindringen ungeeigneter Jugendlicher in kaufmännische Berufe folglich auch bei einem Teil der Lehrherren zu suchen war²⁾.

Die in größerem Umfang zutage getretenen Mißstände sind aber nicht allein auf den Mangel an gutem Willen der Lehrherren und auf Veränderungen der Betriebsstrukturen zurückzuführen. Sie wurzelten ebenso in den durch die uneingeschränkte Gewerbefreiheit hervorgerufenen Gründungen zahlreicher Handelsgeschäfte, deren Unternehmer "aus allen

1) Vgl. S. 234 ff.

2) Vgl. o. V., Bericht über den 14. Verbandstag mitteldeutscher Handelskammern in Hildesheim vom 25. und 26. Juni d. Js., in: Verh. u. Mitt. der HK zu Magdeburg, Jg. 1909, Nr. 4, S. 86.

möglichen Lebensstellungen hervorgegangen" waren, z. T. selbst "niemals eine kaufmännische Lehre durchgemacht" hatten¹⁾ und so häufig schon die fachlichen Voraussetzungen zur Ausbildung nicht besaßen²⁾. Wo aber die fachliche und charakterliche Eignung der Lehrherren gegeben war, fehlte es "oft ... an der nicht gering zu veranschlagenden Kunst des Mitteilens"³⁾, also an der pädagogisch-methodischen Qualifikation der Ausbilder.

Unsere bisherige Untersuchung der betrieblichen Lehrlingsausbildung vorwiegend aus der Sicht der deutschen Industrie- und Handelskammern konzentrierte sich auf eine rund zwei Jahrzehnte umfassende Querschnittsanalyse. Sie kennzeichnete die Situation, vor der die Kammern standen, als sie die Förderung der betrieblichen Lehre in ihren Aufgabenkreis einzubeziehen begannen. Die Wandlungen selbst sind nicht erst um die Jahrhundertwende eingetreten; sie vollzogen sich im Rahmen der Auflösung der ständischen Gesellschaftsordnung.

Die Kammern wiesen auch in der Folgezeit auf Mängel der Lehrlingsausbildung hin. Wesentliche neue Gesichtspunkte sind dabei aber während des in dieser Arbeit untersuchten Zeitraumes nicht mehr hervorgetreten. Es kann deshalb auf eine zeitlich weiterführende Darstellung verzichtet werden. Im folgenden wird sich allerdings zeigen, daß die Klagen vor allem in den zwanziger Jahren in dem Maße an Umfang und Intensität verloren, wie die Kammern sich um den Aufbau einer neuen Ausbildungsordnung bemühten.

1) HKn in Württemberg, JB 1902, S. 68 (HK Reutlingen); vgl. auch Detaillistenkammer zu Hamburg, Denkschrift über Unterrichtskurse für selbständige Detailkaufleute, a.a.O., S. 3; R. Beigel, a.a.O., S. 31. Diese Beobachtungen stimmten mit denen von Karl Bücher überein, der feststellte, "die Errichtung von Detailgeschäften durch nichtgelernte Kaufleute" sei "eine Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine Menge von Schiffbrüchigen aus andern Gewerben in den vermeintlichen Rettungshafen des Kramladens treibt". Karl Bücher, Die Arbeiterfrage im Kaufmannsstande, a.a.O., S. 34.

2) Vgl. hierzu Georg Hiller, a.a.O., S. 79 f.

3) HK Halberstadt, JB 1897, III. Teil, S. 20.

3. Maßnahmen zur Förderung der betrieblichen Ausbildung als Ansätze einer umfassenden Berufsausbildungsordnung

Den Klagen über die aus dem Wandel des Lehrlingswesens erwachsenen Mißstände stand um die Jahrhundertwende noch kein ebenso umfassendes Bemühen der Handelskammern um bessernde Maßnahmen gegenüber. Das ist angesichts der Widerstände, auf die jeder mit der Gefahr wirtschaftlicher Einbußen verbundene Eingriff in die persönlichen Interessensphäre stößt, nicht verwunderlich. Die Kammern standen vor der Aufgabe, Wege zu suchen, die zwar eine im Gesamtinteresse gelegene Besserung der betrieblichen Ausbildung garantieren konnten, gleichzeitig aber die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Lehrherren möglichst wenig beschnitten. Diese Schwierigkeiten erklären, warum die Mehrzahl der Handelskammern und ihrer Verbände beim ersten Anlauf über das Feststellen von Mängeln und unverbindliche Appelle nicht hinaus kamen. Es darf aber nicht verkannt werden, daß schon diese Ansätze grobe Maßstäbe schufen und durch Lehrherren verschuldete Auswüchse etwas einzudämmen geeignet waren. Denn jene Unternehmer - es muß betont werden, daß es sich nur um einen Teil, und zwar vorwiegend um Kleinkaufleute handelte -, die ihre Ausbildungspflichten offensichtlich nicht erfüllten, waren plötzlich von ihren eigenen Interessenvertretungen ins Licht der öffentlichen Kritik gerückt worden.

Einen bedeutsamen Anfang zur systematischen Förderung der betrieblichen Lehrlingsausbildung bildete die Arbeit der vom Verband mitteldeutscher Handelskammern eingesetzten "Kommission betreffend die Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses"¹⁾. Die Kommission erörterte schon bei ihren 1903 geführten Verhandlungen die wesentlichsten der vor 1933 diskutierten und z. T. nach und nach verwirklichten Möglichkeiten einer unternehmensexternen Unterstützung der betrieblichen Ausbildung, die sich später als Bausteine einer Ordnung der betrieblichen Berufsausbildung erwiesen,

1) Der Kommission gehörten die Handelskammern Brandenburg, Braunschweig, Kassel, Halberstadt, Halle a. S., Magdeburg, Nordhausen, Rudolstadt und Sonneberg sowie der Deutsche Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen an.

so daß wir im folgenden bei der Betrachtung der einzelnen Sachgebiete mehrfach von der Arbeit jener Kommission ausgehen können.

a) Aufklärung und Beratung

Das oben erwähnte Spannungsverhältnis von Gesamtinteresse und Einzelinteresse der Unternehmer macht verständlich, warum sich die Handelskammern damals wie heute bemühten, gesetzgeberische Eingriffe zu vermeiden. Die Kommission der mitteldeutschen Kammern kam nach einer gründlichen Analyse der wenigen das kaufmännische Lehrlingswesen regelnden Bestimmungen der Gewerbeordnung und vor allem des Handelsgesetzbuches durch den Syndikus der HK Halberstadt, von Bönigk¹⁾, zu einem einstimmig gefaßten Beschluß, in dem es heißt:

"Die bestehende Gesetzgebung ist im allgemeinen als eine ausreichende Grundlage dafür anzusehen, daß die Verbesserung der praktischen Kaufmannslehre mit Aussicht auf Erfolg ins Auge gefaßt werden kann; insbesondere erscheint die Einführung besonderer staatlicher Organe, welche die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen beaufsichtigen, nicht notwendig."²⁾

Der letzte Hinweis bezog sich auf die "von gewissen Handlungsgehilfenkreisen in agitatorischer Absicht"³⁾ geforderte Einführung von Handelsinspektoren als Parallele zu den in anderen Bereichen bewährten Fabrik- und Gewerbeinspektoren, die vorwiegend sozialpolitische Aufgaben wahrzunehmen hatten. Der Widerstand der Handelskammern gegen staatliche Maßnahmen, die Kontrollen durch außerhalb der Unternehmerschaft stehende Gruppen einschließen sollten, hat sich im Laufe der Jahrzehnte immer mehr verhärtet und später bei den Diskussionen um ein Berufsausbildungsgesetz

1) Vgl. von Bönigk, Die rechtlichen Grundlagen der kaufmännischen Ausbildung und ihre Reform, in: DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 3 ff. Das dort wiedergegebene Referat fand eine ausführliche Begründung bei von Bönigk, Praktische Kaufmannslehre und Gesetzgebung, Oschersleben 1904, Anlage I zu DVkU, Bd. 30, a.a.O.

2) Kaufmännisches Lehrlingswesen, DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 12.

3) von Bönigk, Die rechtlichen Grundlagen der kaufmännischen Ausbildung und ihre Reform, a.a.O., S. 9.

eine bedeutende Rolle gespielt.

Die Kommission ging vielmehr davon aus, daß sowohl die Lehrherren als auch die Lehrlinge bzw. deren Eltern nur "über die gesetzlichen Bestimmungen und die daraus für sie resultierenden Pflichten schlecht unterrichtet" seien¹⁾. Sie beschloß deshalb, die Handelskammern mögen in dieser Richtung Aufklärungsarbeit betreiben, indem sie alle mit dem Lehrlingswesen in Zusammenhang stehenden Vorschriften zusammenstellen und verbreiten²⁾. Eine Unterkommission übertrug die Ausarbeitung einer Aufklärungsschrift für die Prinzipale an den Syndikus Pfahle (HK Halle a. S.) und einer zweiten für die Lehrlinge und Eltern an den Halberstädter Syndikus von Bönigk³⁾. Während die Arbeit von Bönigk unter dem Namen der Handelskammer sehr bald erschien⁴⁾ und bereits an früherer Stelle als eine über den rechtlichen Rahmen weit hinausgehende Beratungsschrift für Anwarter kaufmännischer Berufe gewürdigt wurde⁵⁾, ist die in unserem Zusammenhang bedeutendere Schrift Pfahles nicht auffindbar.

Der Gedanke einer allgemeinen Aufklärung und Beratung der Lehrherren durch die Handelskammern ist auch später wiederholt aufgegriffen worden⁶⁾, fand aber erst nach 1933 und vor allem nach dem zweiten Weltkrieg bei einer Reihe von Industrie- und Handelskammern durch den Einsatz von Lehrwarten und Veranstaltungen zur Ausbilderförderung eine hinsichtlich der Form und der Wirkung befriedigende, wenn auch noch nicht allgemeine Verwirklichung.

b) Musterlehrverträge und Lehrlingsrolle

Dem Bemühen um Aufklärung war das Bestreben sehr verwandt, dem Lehrlingswesen durch einheitliche Lehrverträge ordnend beizukommen, ja überhaupt einmal deren Schriftlichkeit

1) Kaufmännisches Lehrlingswesen, DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 10.

2) Vgl. ebenda, S. 12 f.

3) Vgl. HK Halberstadt, JB 1903, S. 13.

4) HK Halberstadt, Soll ich Kaufmann werden? a.a.O.

5) Vgl. S. 237.

6) Vgl. o. V., Verein zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen, in: ZfgkU, 12. Jg. (1909/10), Nr. 8, S. 240; Bericht über den 14. Verbandstag mitteldeutscher Handelskammern in Hildesheim, a.a.O., S. 86; HK Nürnberg, GB 1925, S. 8.

durchzusetzen, um Vereinbarungen nachprüfbar zu machen. Im Jahre 1893 waren z. B. in Frankfurt a. M. nur von knapp der Hälfte der Lehrbetriebe mit männlichen Lehrlingen und von einem Sechstel der Betriebe mit Lehrmädchen schriftliche Vereinbarungen getroffen worden¹⁾.

Etwa zur gleichen Zeit, als Karl Bücher zum Schutze der Ausbildungsansprüche kaufmännischer Lehrlinge "ein einheitliches Formular für den Lehrkontrakt"²⁾ empfahl, befaßten sich auf Anregung der HuGK Stuttgart 1883 einige württembergische Kammern aus anderem Anlaß mit der Zweckmäßigkeit sog. Muster- oder Normallehrverträge. Daß sich von Anfang an eine Uneinheitlichkeit der Meinungen abzeichnete, deutete darauf hin, wie langwierig der Weg zu einem allgemein und überregional verwendeten Muster, wie es heute der Einheitslehrvertrag des DIHT darstellt, werden würde: Reutlingen und Ravensburg hielten sie für wünschenswert³⁾, Heidenheim gab der "Erlassung einer jedem Interessenten zugänglichen Belehrung ... den Vorzug vor der Aufstellung eines Vertragsformulars, da Formulare von Verträgen, wenn sie materiell zu sehr ins Detail gehen müssen, leicht von eigenem Nachdenken abhalten und zu sehr wesentlichen Lücken in Verträgen Anlaß geben können"⁴⁾. Ob es damals zu Musterlehrverträgen kam, ist nicht bekannt. Interessant ist aber, daß die Diskussion im Zusammenhang mit der Einführung kaufmännischer Lehrlingsprüfungen stattfand, es also von Beginn des modernen kaufmännischen Prüfungswesens an als wünschenswert empfunden wurde, daß die Prüflinge auf gleicher rechtlicher Grundlage ausgebildet waren.

Ein weiterer äußerer Anstoß ging um 1900 von dem neuen Handelsgesetzbuch aus. Die HK Posen beschloß nur wenige Wochen nach Inkrafttreten des das Lehrlingswesen regelnden Abschnittes (1. Jan. 1897), "Normalformulare für den Handelslehrvertrag" vorzubereiten⁵⁾. Der von der Kammer Halberstadt herausgegebene "Normal-Lehrvertrag" fand im selben Jahr bereits über die Grenzen des Kammerbezirks

1) Vgl. HK Frankfurt a. M., JB 1893, S. 9.

2) Karl Bücher, Die Arbeiterfrage im Kaufmannsstande, a.a.O., S. 36.

3) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1883, S. 36 bzw. 37.

4) Ebenda, S. 39.

5) Vgl. HuG, 5. Jg. (1897/98), Nr. 22, S. 297.

hinaus Verbreitung¹⁾. Die HK Frankfurt a. d. O. folgte dem Beispiel 1899²⁾. Bei der Herausgabe dieser Vertragsmuster stand der Gedanke im Vordergrund, den Vertragspartnern die neue rechtliche Situation zu verdeutlichen. Dem Formular der HK Halberstadt war deshalb eine Zusammenstellung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen beige-fügt³⁾.

Als sich die Kommission der mitteldeutschen Handelskammern mit dem Fragenkreis befaßte, konnte sie sich also schon auf eine Reihe von Vorbildern stützen, die z. T. nach Branchen differenzierten. Der Entwurf der Kommission, ausgearbeitet vom Syndikus der HK Brandenburg a. H., verzichtete auf jede Differenzierung, war aber von dem gleichen Gedanken einer "Fixierung der rechtlichen Verhältnisse"⁴⁾ getragen. Er sollte jedoch darüber hinaus auch die erzieherische Seite der Lehrlingsausbildung hervorheben⁵⁾. Die Bedeutung des Kommissionsentwurfs⁶⁾ lag vor allem darin, daß er nicht nur eine Einheitlichkeit für das Gebiet der neun beteiligten Kammern anbahnte, sondern durch seine Veröffentlichung in der Schriftenreihe des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen allen Fachkreisen leicht zugänglich wurde. Inhaltlich führte er über die Bestimmungen des HGB hinaus, indem er die Pflicht des Lehrherrn vorsah, den Lehrling nicht nur in den innerhalb des jeweiligen Geschäfts vorkommenden Arbeiten zu unterweisen, sondern "ihn nach Möglichkeit zu einem tüchtigen Kaufmann seines Geschäftszweiges heranzubilden"⁷⁾. Wir können darin einen Ansatz der heutigen Ordnung kaufmännischer Ausbildungsberufe - insbesondere der Berufsbilder - erkennen, wenngleich die Konturen noch unscharf waren.

1) Vgl. HK Halberstadt, JB 1898, S. 34.

2) Vgl. HuB, 7. Jg. (1899/1900), Nr. 10, S. 117.

3) Vgl. HK Halberstadt, JB 1898, S. 34.

4) Kaufmännisches Lehrlingswesen, DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 14.

5) Vgl. ebenda, S. 14 f.

6) Vgl. Carl Faulhaber, Kaufmännischer Lehrvertrag nebst einer Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen des kaufmännischen Lehrverhältnisses - Entwurf, ausgearbeitet im Auftrage des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern, Anlage II zu DVkU, Bd. 30, a.a.O.

7) Ebenda, § 1.

Einen hohen pädagogischen Wert hatten die Normallehrverträge insofern, als sie bei ihrer Verwendung den am Lehrverhältnis Beteiligten die gegenseitigen Pflichten des Lehrens bzw. Lernens mit rechtlichem Nachdruck vor Augen führten und damit Form wie Inhalt der Ausbildung positiv zu beeinflussen vermochten. Angesichts der Mißstände, die um die Jahrhundertwende noch weithin bestanden, ist die Bedeutung dieser Ansätze einer Bildungsarbeit der Handelskammern auf dem Gebiete der betrieblichen Ausbildung nicht gering zu veranschlagen.

Noch vor dem ersten Weltkrieg gaben auch die Vereinigung Niedersächsischer Handelskammern¹⁾ sowie die Kammern Berlin²⁾ und München³⁾ kaufmännische Normallehrverträge heraus, die ihrerseits auf Vorbildern beruhten und selbst Grundlage für weitere Entwürfe wurden. Am Ende der zwanziger Jahre hatten fast alle Kammern Muster für kaufmännische Lehrverträge eingeführt⁴⁾. Trotzdem stellten sich nach dem ersten Weltkrieg dem Bemühen des DIHT, ein für alle Kammerbezirke und alle kaufmännischen Lehrverhältnisse einheitliches Vertragsmuster herauszugeben⁵⁾, Widerstände entgegen. Der Haupteinwand lautete, daß "Verträge oft verschieden gefaßt werden müßten, je nach Ziel und Methode der Ausbildung, je nach Wirtschaftsstufe, ob Handel oder Industrie, und je nach Branchen innerhalb dieser Wirtschaftsstufen. Schon innerhalb des Einzelhandels kämen verschiedene Fassungen in Betracht, welche die Besonderheiten des zu erlernenden Zweiges zu berücksichtigen hätten."⁶⁾

Diese Kritik an einem für alle kaufmännischen Arbeitsbereiche gültigen Muster war berechtigt. Sie zeigt an, wie sich die Vorstellung von einem einheitlichen Kaufmannsberuf in Richtung auf eine Differenzierung in zahlreiche

1) Vgl. HK Hannover, JB 1907, Teil I, S. 83, JB 1914, Teil I, S. 69.

2) Vgl. HK Berlin, JB 1911, Teil I, S. 55.

3) Vgl. HK München, JB 1912, S. 22.

4) Vgl. Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 53. Hoffmann zitiert dort den Bildungsausschuß des DIHT (15. 2. 29) ohne weiteren Quellenhinweis.

5) Der DIHT folgte damit einer Anregung der IHK Düsseldorf. Vgl. IHK Düsseldorf, JB 1929, S. 46.

6) DWZ, 25. Jg. (1928), Nr. 33, S. 801 (Wiedergabe einer Stellungnahme der IHK Dresden).

kaufmännische Berufe, die nach Art und Niveau unterschiedliche Leistungen fordern, gewandelt hatte. Im Gegensatz zum gewerblichen Bereich, wo der bereits erwähnte DATSCH sich schon früh um eine Berufsordnung bemühte, war die Berufsforschung auf dem Gebiet der kaufmännischen Arbeitsbereiche nicht zentralisiert. Obwohl die Psychologie besonders in den zwanziger Jahren verstärkt "Zubringerdienste" geleistet hatte¹⁾, wurden die ersten Berufsbilder im heutigen Sinne, welche die Rahmenlehrverträge nach der inhaltlichen Seite differenzierend ergänzen und Vertragsbestandteil sind, erst nach 1933 entworfen.

Gegen das Erstellen eines einheitlichen Vertragstextes durch den DIHT 1928/29 wurden aber auch taktische Überlegungen im Hinblick auf die Regelung des Lehrlingswesens in Tarifverträgen und die Diskussion über ein Berufsausbildungsgesetz²⁾ ebenso geltend gemacht wie grundsätzliche Bedenken gegen eine Schematisierung³⁾.

Da nach Adolf Kieslinger⁴⁾ "Sonderinteressen betrieblicher oder außerbetrieblicher Art ... ständig über Einflußnahme auf den Lehrvertragstext die Bildungsaufgabe zu verfälschen" drohten, stellte der DIHT trotzdem ein Rahmenmuster auf, das später noch mehrfach geändert wurde, und übersandte es 1929/30 den Kammern⁵⁾. Weil die Empfehlungen des DIHT für die einzelnen Industrie- und Handelskammern aber nicht bindend sein konnten, war damit eine überregionale Einheitlichkeit noch lange nicht erreicht, zumal auch Musterlehrverträge sowohl von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerorganisationen im Gebrauch waren. Von der durch den nationalsozialistischen Staat 1943 durchgesetzten Allge-

1) Vgl. hierzu die Übersicht über die einschlägige psychologische Literatur bei Bruno Brell, Das psychologische Berufsbild der Handlungsgehilfen, Berlin-Wilmersdorf 1933, S. 11 f.

2) Vgl. DWZ, 25. Jg. (1928), Nr. 33, S. 801 (Stellungnahmen der Kammer Stuttgart und des Industrie- und Handelskammervverbandes Niedersachsen-Kassel).

3) Vgl. Verh. des DIHT, Heft 6/1934 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses des DIHT am 9. 10. 1934), S. 36.

4) Adolf Kieslinger, Bildungsfragen in der hundertjährigen Geschichte des Deutschen Industrie- und Handelstages, in: WUBE, 13. Jg. (1961), Nr. 5, S. 87.

5) Vgl. Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 54.

meinverbindlichkeit eines Vertragsmusters abgesehen, gelang es erst Ende der fünfziger Jahre, für den Bereich der Bundesrepublik die allgemeine Verwendung eines Einheitslehrvertrages zu sichern¹⁾, und zwar als Ergebnis ausschließlicher Selbstverwaltungsarbeit der Industrie- und Handelskammern bzw. deren Spitzenorgan, des DIHT.

Das Erfordernis schriftlicher Lehrverträge mit "standardisierte(n) Inhalte(n)"²⁾ war den Kammern wie schon in Württemberg 1883 auch nach dem ersten Weltkrieg besonders deutlich geworden, als sie Kaufmannsgehilfenprüfungen einzuführen begannen und einerseits gleichartige Ausbildungsvoraussetzungen erfüllt sehen mußten, andererseits aber auch durch die Verwendung dieser Musterlehrverträge mit entsprechender Klausel sicherstellen wollten, daß sich möglichst viele der Lehrlinge am Ende der Lehrzeit der im Prinzip freiwilligen Prüfung unterzogen³⁾. In dieser Hinsicht hat der Einheitslehrvertrag bis heute eine entscheidende Bedeutung gewonnen. Auf den Wert der Kaufmannsgehilfenprüfungen für die Hebung der betrieblichen Ausbildung wird später noch eingegangen.

Mit der zunehmenden Verwendung der einheitlichen Vertragstexte verbesserte sich aber auch die Möglichkeit, die nun in ihrem Inhalt nivellierten Lehrverhältnisse zentral zu erfassen und zu beobachten. Obwohl sich noch erheblicher Widerstand gegen einen "Registrierzwang" zeigte, weil "eine Registrierung für die kaufmännischen Lehrverträge ohne weitergehende Kontrollmöglichkeiten der Lehrverhältnisse keine praktische Bedeutung habe, vielmehr dadurch nur neue Kosten entstehen würden"⁴⁾, begannen doch Mitte der zwanziger Jahre die ersten Industrie- und Handels-

1) Vgl. ebenda, S. 54 f.

2) Rainer Wicklmayr, a.a.O., S. 39.

3) Die IHK Oppeln beschloß, in die Lehrvertragsformulare aufzunehmen, daß "bei Einführung einer Gehilfenprüfung der Lehrling verpflichtet ist, sich dieser am Schluß der Lehrzeit zu unterziehen". IHK für die Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Annahme von kaufmännischen Lehrlingen, a.a.O., S. 124.

4) IHK Nürnberg, JB 1926, S. 16. Die IHK Hannover hielt zwar "die Überwachung aller Jugendlichen in den Betrieben" für durchführbar, aber das Projekt für zu teuer. Vgl. IHK Hannover, TB 1930, S. 36.

kammern "Lehrlingslisten" zu führen¹⁾. Daraus entwickelten sich die Lehrlingsrollen, die seit etwa 1935 bei den Industrie- und Handelskammern allgemein eingerichtet sind²⁾ und heute im Zusammenhang mit den Einheitslehrverträgen und den Kaufmannsgehilfenprüfungen den zentralen Bezugspunkt im System einer Ordnung der betrieblichen Ausbildung, deren Sachwalter die Industrie- und Handelskammern sind, bilden.

Rückblickend läßt sich festhalten, daß die von den Industrie- und Handelskammern erstellten und verbreiteten Musterlehrverträge von der Jahrhundertwende an zunehmend an Bedeutung gewannen und bis zur Einführung der Kaufmannsgehilfenprüfungen das wirksamste Instrument der Kammerarbeit auf dem Gebiet der betrieblichen Ausbildung darstellten. Sie waren auch ein geeignetes Mittel, um den Interessenausgleich zwischen ökonomischen und pädagogischen Prinzipien angemessen zu fördern. Vor 1933 konnten die Musterlehrverträge aber nur ansatzweise Bestandteil einer umfassenden Berufsausbildungsordnung im Rahmen der Selbstverwaltungsarbeit sein.

c) Ausbildungspläne

§ 76 Abs. 2 HGB hatte 1898 den Lehrherrn verpflichtet, "dafür zu sorgen, daß der Lehrling in den bei dem Betriebe des Geschäfts vorkommenden kaufmännischen Arbeiten unterwiesen wird". Damit war ein auf den einzelnen Betrieb bezogener inhaltlicher Rahmen der praktischen Ausbildung abgesteckt.

1) Derartige Lehrlingslisten richtete die IHK Oppeln gemäß Beschluß vom 24. Nov. 1924 bei den von der Kammer berufenen Ausschüssen für die Annahme von Lehrlingen ein. Vgl. IHK für Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Annahme von kaufmännischen Lehrlingen, a.a.O., S. 124. Auch im Kammerbezirk Schopfheim wurden die Lehrlinge zu dieser Zeit "unter Mithilfe der Handelsschulen von der Kommission für das Lehrlingswesen bei der Handelskammer erfaßt". Bericht über die Sitzung der Kommission betr. Gehilfenprüfungen, Halle a. d. S., den 29. Juni 1927, DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 31. Der Jahresbericht der IHK Oppeln für 1930 verwendet bereits den Begriff "Lehrlingsrolle". Vgl. IHK Oppeln, JB 1930, S. 91.

2) Vgl. Rüdiger Altmann, a.a.O., S. 219.

Das Gesetz bestimmte aber weiter, daß die Unterweisung auch "in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge und Ausdehnung zu geschehen"¹⁾ habe. Damit war der Gesetzgeber, wie bei der Kommissionssitzung der mitteldeutschen Handelskammern zugestanden wurde, der Wirklichkeit der praktischen Kaufmannslehre "sogar vorausgeeilt"²⁾. Selbst die vielfach genau geregelte ständische Berufsausbildung hatte keine derartigen inhaltlichen und methodischen Bestimmungen gekannt.

Der zwingende Charakter der gesetzlichen Regelung stellte deshalb die kaufmännischen Lehrherren vor eine schwierige Aufgabe. Sie machte ihnen aber auch ihre bisherigen Versäumnisse bewußt und hat so zum Aufdecken von Mißständen einen wichtigen Anstoß gegeben. Zunächst kamen jedoch Kritik und Anregungen aus dem Kreise der Wirtschaftsschulpädagogen³⁾:

"Welcher Kaufmann entwirft sich aber für seinen Lehrling einen in allen seinen Theilen wohldurchdachten Plan, nach dem er den Lehrling zu beschäftigen gedenkt, um ihn an das Ziel zu führen? Wie es scheint, sind es noch immer das dunkle Gefühl, das Herkommen, die Überlieferung, die da den Weg weisen, oft ist es auch nur der Zufall, der entscheidet, eine bewußte Einwirkung ist es aber meist nicht."

Der Verfasser zog aus dieser Überlegung die Konsequenz, Preisaufgaben anzuregen, die u. a. folgende Fragenkreise behandeln sollten:⁴⁾

"Wie ist die praktische Lehre zu reformiren? Wie sind die einzelnen Übungen und Arbeiten in Perioden abzustufen? Wie würde die Verteilung dieser Perioden bei einer 3jährigen Lehrzeit sein? Welcher Hilfsmittel kann sich die praktische Lehre bedienen. Es wäre hierbei ein Plan aufzustellen, welche Arbeiten nacheinander von den Lehrlingen in gewissen Zeiträumen zu verrichten sind. Es wäre zu erwägen, warum man diesen Weg einschlägt. Es wäre also ein ganzes System der praktischen Arbeiten in einzelnen Betrieben festzulegen ..."

-
- 1) HGB vom 10. Mai 1897, § 76 Abs. 2 (beide Zitate).
 - 2) von Bönigk, Die rechtlichen Grundlagen der kaufmännischen Ausbildung und ihre Reform, a.a.O., S. 5.
 - 3) Zg., Die kaufmännische praktische Lehre, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 34. Jg. (1902), Nr. 10, S. 153. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß der Oberlehrer Bruno Zieger, der die "Gewerbeschau" gemeinsam mit Heinrich Gebauer herausgab, der Verfasser war.
 - 4) Ebenda.

Wahrscheinlich ging von diesem Beitrag, der durch auszugsweisen Abdruck in der Zeitschrift des Braunschweiger Verbandes¹⁾ den maßgebenden Fachleuten bekannt wurde, der Anstoß aus, daß sich die Kommission für die Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses im Verband mitteldeutscher Handelskammern 1903 mit der Frage auseinandersetzte, ob Ausbildungspläne zur Förderung des kaufmännischen Lehrlingswesens wünschenswert seien.

Der Berichterstatter der HK Braunschweig, W. Schmidt, bejahte die Notwendigkeit mit ähnlichen Gründen wie der Verfasser des oben zitierten Aufsatzes und legte der Kommission auch Entwürfe für die Lehre in der Kolonial- und Manufakturwarenbranche vor²⁾. Sie gingen von dem Modellfall aus, daß in einem Geschäft drei Lehrlinge ausgebildet werden, die dann von Jahr zu Jahr in schwierigere Arbeitsbereiche einzuführen seien. Für den Fall nur eines Lehrlings vertrat Schmidt die Auffassung, in einem solchen Geschäft müsse eben auf eine Systematik verzichtet werden³⁾.

Schon bei diesem ersten Versuch, Ausbildungspläne zu entwerfen, zeigten sich also die besonderen Schwierigkeiten, die Kleinbetriebe im Hinblick auf einen systematischen Ausbildungsablauf aufwerfen. Noch der 1962 in erster Auflage vom Deutschen Verband für das kaufmännische Bildungswesen herausgegebene "Ausbilderleitfaden" orientiert sich vorwiegend an den Möglichkeiten der Mittel- und Großbetriebe⁴⁾. Eine Übertragung etwa auf die Verhältnisse des kleinen Einzelhandelsgeschäfts ist zwar möglich, fordert dem Lehrherrn aber ein nicht geringes Maß betriebspädagogischer Einsichten ab.

Bei der Diskussion der von W. Schmidt vorgelegten Entwürfe wurden grundsätzliche Bedenken erhoben. Weil die Verhält-

1) Vgl. o. V., Die praktische kaufmännische Lehre, in: ZfgkV, 5. Jg. (1902/03), Nr. 10, S. 251 f.

2) Vgl. W. Schmidt, Die Ausbildung der Lehrlinge, a.a.O., S. 16. Die vorgesehene Drucklegung als Anlage 3 a zu DVkV, Bd. 30, erfolgte jedoch nicht.

3) Vgl. ebenda.

4) Vgl. Albrecht/Dehmel/Löbner/Oebike, Kaufmännische Berufserziehung im Betrieb - Ein Leitfaden für die Ausbilder, DVKB, Bd. 97, 1. Aufl., Wolfenbüttel 1962. Die späteren Auflagen sind unveränderte Nachdrucke.

nisse in jedem Geschäft anders lägen, glaubte man von einem Schema für den Gang der Ausbildung ganz absehen und den Ausbildungsgang dem Verantwortungsgefühl des einzelnen Lehrherrn überlassen zu müssen¹⁾. Die Vorschläge wurden deshalb fallengelassen²⁾.

Damit war aber der Sache nicht gedient. Die Mitglieder und Beamten der Handelskammern, die der Kommission angehörten, waren der schwierigen selbstgewählten Aufgabe offensichtlich nicht gewachsen. Auf Hilfe von seiten der wissenschaftlichen Pädagogik, die sich nicht mit betriebspädagogischen Fragen befaßte, konnte nicht gehofft werden. So bestand der Mangel an Handreichungen für die Ausbilder fort. Wenige Jahre später wurde auf dem 14. Verbandstag mitteldeutscher Handelskammern erneut das "Aufstellen geeigneter Lehrgänge für die Hand des Lehrherrn"³⁾ gefordert. Die eingebrachte Resolution wurde aber - vermutlich aufgrund der schlechten Erfahrungen aus dem Jahre 1903 - abgelehnt⁴⁾.

Wie schwierig die sachliche Ordnung und zeitliche Abstimmung von Ausbildungsinhalten und -methoden in den Griff zu bekommen war, zeigte auch das Ergebnis einer 1909 unter Mitwirkung mehrerer Handelskammern⁵⁾ vom Verein zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen ausgeschrieben Preisaufgabe, von deren Bearbeitung Vorschläge für Ausbildungspläne erhofft worden waren, "die jungen und unerfahrenen Kaufleuten in den einzelnen Geschäftszweigen als Anleitungen für die Ausbildung ihrer Lehrlinge dienen" sollten⁶⁾.

Obwohl 42 Arbeiten eingereicht wurden, war der Verein insgesamt doch etwas enttäuscht und erhob in der Einleitung

1) Vgl. Kaufmännisches Lehrlingswesen, DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 21.

2) Vgl. ebenda, S. 23.

3) Bericht über den 14. Verbandstag mitteldeutscher Handelskammern in Hildesheim, a.a.O., S. 86.

4) Vgl. ebenda.

5) Dem Verein gehörten 1906 u. a. 20 Handelskammern und "wirtschaftliche Vereinigungen" an. Vgl. H. W., Vereinigungen im Dienste des kaufmännischen Bildungswesens, in: Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 3. Jg. (1906), Nr. 35, S. 1 ff.

6) O. V., Verein zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen, a.a.O., S. 241; ebenfalls abgedruckt in: HK Essen, JB 1909, S. 56.

zur Veröffentlichung der preisgekrönten Beiträge¹⁾ Bedenken materialer und formaler Art. Immerhin war aber doch der Versuch gewagt worden, den Ausbildungsablauf inhaltlich und zeitlich zu umreißen und beide Gesichtspunkte miteinander abzustimmen. Das gilt besonders für den Beitrag K. Zimmermanns²⁾, der die Lehrzeit in einem "offenen Ladengeschäft" in sechs "Stufen der Ausbildung" von je halbjähriger Dauer gliederte und dadurch zu einer mehr verfeinerten Einteilung kam als die Arbeiten Heinrich Reths³⁾ und Ferdinand Schrauds⁴⁾, die ebenfalls einen betrieblichen Rundlauf zu normieren versuchten.

Nach Otto Knörk hat neben zwei Leipziger Privatunternehmen auch die HK Hirschberg "Musterlehrpläne für die praktische Ausbildung" ausgearbeitet⁵⁾. Wir konnten sie allerdings nicht ausfindig machen⁶⁾.

Nach dem ersten Weltkrieg sind die Industrie- und Handelskammern zunächst aus taktischen Gründen recht zurückhaltend gewesen, um den im verschärften Existenzkampf stehenden

-
- 1) Vgl. Verein zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen (Hrsg.), Die praktische Ausbildung von Lehrlingen im Handelsgewerbe - Preisgekrönte Arbeiten, Essen 1911. Die Preisaufgabe hatte folgenden Wortlaut:
"1. Es ist eingehend beschreibend darzustellen, wie ein Lehrling in einem offenen Ladengeschäft in einem dreijährigen Lehrgange am besten theoretisch und praktisch so ausgebildet wird, daß er am Ende der Lehrzeit mit dem ganzen Geschäftsbetrieb, in dem die Lehre stattfindet, und im allgemeinen auch mit den Verhältnissen des Geschäftszweiges, dem das ausbildende Geschäft angehört, vertraut ist.
2. Dieselbe Aufgabe ist zu lösen für irgend ein Großhandelsgeschäft mit Ausnahme des Bankgeschäftes."
Ebenda, S. III f.
- 2) Vgl. K. Zimmermann, Der Lehrling im offenen Ladengeschäft, ebenda, S. 80 - 94, insbes. S. 81 - 88.
- 3) Vgl. Heinrich Reth, Die Ausbildung des Lehrlings in einer Eisenwarengroßhandlung, ebenda, S. 50 - 59, insbes. S. 52 ff.
- 4) Vgl. Ferdinand Schraud, Die Lehrlingsausbildung in einer Fabrik, ebenda, S. 60 - 65, insbes. S. 62 f. und 65.
- 5) Vgl. Otto Knörk, a.a.O., S. 22.
- 6) In den Jahresberichten der HK Hirschberg bis 1908 findet sich kein Hinweis. Berichte für die folgenden Jahre bis zum ersten Weltkrieg sind nicht zugänglich gewesen.

Unternehmern den Spielraum des Arbeitskräfteeinsatzes nicht durch eine weitere Normierung der Lehrlingsausbildung einzuengen. Ein Teil der Großbetriebe war aber von sich aus um eine Planmäßigkeit der praktischen Ausbildung zunehmend bemüht¹⁾. Erst im Jahre 1931 kamen Ausbildungspläne wieder in einem größeren Rahmen der Kammerarbeit wenigstens kurz zur Sprache. Einige Mitglieder des DIHT-Bildungsausschusses forderten, es müsse "dem Kaufmann durch Schaffung von Ausbildungsgängen für kaufmännische Lehrlinge ein Plan an die Hand gegeben werden"²⁾. Die Verwirklichung dieses Verlangens erfolgte aber erst im Laufe von Jahrzehnten in Form der Berufsordnungsmittel, insbesondere der Berufsausbildungspläne, die sich aber nicht an Geschäftstypen, sondern an Berufsbildern orientieren. An ihrer Ausarbeitung waren die Industrie- und Handelskammern zwar hauptsächlich indirekt, aber doch maßgeblich beteiligt³⁾. Erst 1962 trat den Berufsordnungsmitteln der bereits erwähnte Ausbilderleitfaden von Albrecht/Dehmel/Löbner/Oebike an die Seite.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, mit welchem Mühen das Erarbeiten der Berufsordnungsmittel und die Veröffentlichung eines Ausbilderleitfadens verbunden waren, wird deutlich, daß die Handelskammern, als sie am Anfang des Jahrhunderts Ausbildungspläne zu entwerfen versuchten, sich selbst überfordert hatten. Es darf aber nicht verkannt werden, daß jenes Bemühen von der Sorge getragen war, auf dem Wege der Selbsthilfe zur Verbesserung der betrieblichen Lehrlingsausbildung beizutragen. Damit war ein Anfang gemacht, der zu den heute zur Verfügung stehenden Hilfen hinführte.

-
- 1) Vgl. hierzu Bruno Viebahn, Mittel und Wege einer zweckmäßigen Unterweisung der kaufmännischen Lehrlinge in der Praxis mit besonderer Berücksichtigung der Großindustrie, in: Zeitschrift für Handelsschulpädagogik, 1. Jg. (1929/30), Nr. 3, S. 94 ff., Nr. 4, S. 146. Dort sind von Industriebetrieben entwickelte Ausbildungspläne abgedruckt.
 - 2) Verh. des DIHT, Heft 5/1931 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses am 4. 3. 1931), S. 39.
 - 3) Die Hauptarbeit leistete der Deutsche Ausschuß für Technisches Schulwesen (DATSCH), später das Reichsinstitut für Berufsausbildung und nach dem zweiten Weltkrieg die Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung (ABB). Vgl. hierzu Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung (Hrsg.), 15 Jahre Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung, Bielefeld 1962.

d) Lehrlingshöchstzahlen

Die bisher erörterten Maßnahmen der Industrie- und Handelskammern zur Förderung der Lehre im Betrieb waren durch das gemeinsame Merkmal gekennzeichnet, daß sie an die Bereitschaft der Unternehmer appellierten, die angebotenen Hilfen freiwillig aufzugreifen. Sie waren dem Wesen einer in der Grundtendenz liberalen Wirtschaftsverfassung und Ausbildungsordnung angemessen und zeigten in der Praxis erwünschte Auswirkungen. Ihre Grenzen lagen aber da, wo es am guten Willen der Lehrherrn fehlte. Das galt insbesondere hinsichtlich des Problems der Lehrlingszüchtereier.

Bei vordergründiger Betrachtung schien es, als sei dieses auch auf dem Gebiete des Handwerks vielbeklagte Phänomen durch einen Eingriff des Gesetzgebers leicht zu beseitigen gewesen: Wenn die betrieblich-kaufmännische Ausbildung aufgrund einer zu großen Zahl der Lehrlinge im Vergleich zur Zahl der Ausbilder litt, so mußte die Überlegung naheliegen, ein vertretbares quantitatives Verhältnis zu ermitteln und in Form einer "Lehrlingsskala" auf rechtsverbindlichem Wege zur Norm zu erheben.

An auf eine derartige Regelung abzielenden Forderungen hat es nicht gefehlt. Sie gingen vor allem von Angestelltenverbänden (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, 10. Deutscher Handlungsgehilfentag)¹⁾ und Kaufmannsgerichten (Stuttgart, Bielefeld)²⁾ aus. Georg Adler und der dem Leipziger Handlungsgehilfenverband vorstehende Georg Hiller hatten aber auch schon zwei Jahrzehnte früher im Alleingang entsprechende Vorschläge gemacht³⁾. Selbst eine kleine Minderheit von Handelskammern befürwortete eine solche Maßnahme⁴⁾. Doch die Mehrheit der Kammern lehnte diese Forde-

1) Vgl. o. V., Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, in: Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 5. Jg. (1908), Nr. 37, S. 8; Otto Sartorius, Deutsche Kaufmannslehre, a.a.O., S. 39.

2) Vgl. HK Bielefeld, JB 1907, II. Teil, S. 61; HK Stuttgart, JB 1910, S. 252.

3) Vgl. Georg Adler, a.a.O., S. 39; Georg Hiller, a.a.O., S. 86 f.

4) Vgl. HuG, 13. Jg. (1905/06), Nr. 31, S. 674 (HK Darmstadt); ebenda, 17. Jg. (1909/10), Nr. 20, S. 330 (HK Bayreuth); HK Dresden, JB 1911, I. Teil, S. 17 (nimmt Bezug auf einen Antrag der HK Plauen).

rungen ab. Ihrer Argumentation ist zu verdanken, daß die Problematik einer schematisch-quantitativen Normierung zum Zweck der Sicherung qualitativer Ansprüche im Bereich des Lehrlingswesens einer breiten Öffentlichkeit bewußt wurde. Ein Teil der Überlegungen war freilich bereits von anderer Seite, so von dem Pädagogen R. Beigel¹⁾, vorweggenommen worden.

Es gelang den Kammern vor allem zu verdeutlichen, daß eine allgemeinverbindliche schematische Skala weder die von Betrieb zu Betrieb unterschiedlichen personellen Voraussetzungen - Art und Intensität des pädagogischen Bemühens - zu berücksichtigen vermag, noch der von Wirtschaftszweig, Branche und Betriebsstruktur abhängigen sachlich-strukturellen Eignung hinsichtlich der "Ausbildungskapazität" gerecht werden kann²⁾.

Sinnvoller erschien einigen von ihnen ein Einschreiten von Fall zu Fall³⁾. Dazu reichten aber die 1897 in Kraft getretenen Bestimmungen der Gewerbeordnung aus. Es erhebt sich allerdings die Frage, inwieweit die Kammern, die sich zur Begutachtung strittiger Fälle erbieten, im Sinne pädagogischer Notwendigkeiten objektiv zu entscheiden bereit und in der Lage waren. Denn es wurde nicht geleugnet, daß auch "berechtignte Interessen der Geschäftsinhaber"⁴⁾ zu wahren seien. Dieser immer wiederkehrende Interessenkonflikt stellte die Kammern allgemein vor die dauernde schwierige Aufgabe des vermittelnden Ausgleichs, der ihnen aufgrund ihres Standortes in der Wirtschaftsverwaltung erwachsen war.

Vor dem ersten Weltkrieg kam es indes nicht zu einer gesetzlich verankerten Festlegung von sog. Lehrlingshöchstzahlen im Handelsgewerbe. Um die Grundhaltung der weitaus meisten Kammern zu kennzeichnen, kann man die Stellungnahme der HuGK Augsburg zu diesem Fragenkreis durchaus verallge-

1) Vgl. R. Beigel, a.a.O., S. 34.

2) Vgl. von Bönigk, Praktische Kaufmannslehre und Gesetzgebung, a.a.O., S. 6; HuG, 13. Jg. (1905/06), Nr. 31, S. 674 (HK Friedberg); ebenda, S. 675 (HK Rostock); ebenda, 14. Jg. (1906/07), Nr. 31, S. 560 (Vorsteheramt der Kaufmannschaft Königsberg); ebenda, 17. Jg. (1909/10), Nr. 20, S. 330 (HK Würzburg).

3) Vgl. HuG, 17. Jg. (1909/10), Nr. 20, S. 330.

4) HK Bielefeld, JB 1907, II. Teil, S. 61; in ähnlichem Sinne auch HK Nürnberg, JB 1911, S. 84.

meinern. Sie äußerte, es sei "doch entschieden daran festzuhalten, daß ein zwangsweises Eingreifen des Staates in das Geschäftsleben nur aus den triftigsten Gründen stattfinden dürfe, wenn schwere Mißstände auf anderem Wege nicht behoben werden könnten"¹⁾. Aber die Handelskammern faßten das heiße Eisen im Rahmen ihres Selbstverwaltungsauftrags nicht an.

Nach dem Kriege gestattete das veränderte politische Kräfteverhältnis in Hamburg das Einführen von Lehrlingsskalen für den Groß- und für den Einzelhandel auf dem Verordnungswege (1925)²⁾. Obwohl die Hamburger Handelskammer zugestand, daß die Handhabung der Verordnung reibungslos erfolgte³⁾ und entsprechende Vereinbarungen auch in Tarifverträge aufgenommen worden waren, zeigte sich doch beträchtlicher Widerstand, als das Reichsarbeitsministerium aufgrund einer Entschliebung des Reichstags 1926 eine reichseinheitliche Festlegung von Zahlenrelationen vorbereitete. Die pädagogische Argumentation der Kammern gegen solche Begrenzungen stützte sich im wesentlichen auf die schon vor 1914 ins Feld geführten Gesichtspunkte. Interessant ist aber, daß jetzt selbst jene Handelskammern (Darmstadt, Bayreuth, Plauen), die vor dem Krieg Höchstzahlen befürwortet hatten, nun den pädagogischen Bedenken zustimmten, die der DIHT in einem Rundschreiben vom 20. Juli 1926 geltend machte⁴⁾.

Anlaß der Diskussion in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre war aber weniger die Sorge um eine geordnete betriebliche Lehrlingsausbildung als vielmehr das Bemühen der Reichsregierung, die Arbeitslosigkeit unter den älteren Angestellten auf dem Wege der Begrenzung des Zugangs jugendlicher zu den Angestelltenberufen einzudämmen⁵⁾. Seitens der Industrie- und Handelskammern wurde dagegen eingewandt, daß soziale Erwägungen nicht die Ausbildung des erforder-

1) HuG, 10. Jg. (1902/03), Nr. 35, S. 634.

2) Die beiden Lehrlingsskalen sind wiedergegeben in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 19, S. 454.

3) Vgl. HK Hamburg, JB 1926, S. 64.

4) Vgl. DWZ, 23. Jg. (1926), Nr. 38, S. 898.

5) Einen zusammenfassenden Überblick über die Ansichten der Handelskammern zu dieser Problematik gibt eine Stellungnahme des DIHT aus dem Jahre 1927, abgedruckt in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 19, S. 453 f.

lichen Nachwuchses gefährden dürften¹⁾. Lediglich zwei Kammern (Duisburg und Nordhausen) befürworteten eine Beschränkung der Lehrlingszahl aus sozialpolitischen Gründen²⁾.

Einen pädagogisch motivierten Ansatz zur Milderung der Lehrlingszüchtereier stellte die von der IHK Oppeln 1924 beschlossene Lehrlingsskala³⁾ dar. Sie setzte aber so weite Grenzen (in einem Betrieb mit drei Gehilfen durften vier Lehrlinge ausgebildet werden), daß sie nur die allerschlimmsten Auswüchse verhindern konnte.

Folgendes ist zusammenfassend festzuhalten: Obwohl die Lehrlingszüchtereier als ein die Ausbildung bedrohender Mißstand - wenn auch regional unterschiedlich - verbreitet war, ist die Mehrzahl der Industrie- und Handelskammern im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts nicht bereit gewesen, sie den Forderungen der Angestelltenverbände und später auch der Reichsbehörden entsprechend durch eine schematische Begrenzung der Lehrlingszahlen einzudämmen. Es muß berücksichtigt werden, daß die Kammern mit pädagogisch gewichtigen Argumenten einer rein quantitativen Begrenzung widersprechen konnten, weil in der Tat Richtzahlen ohne Berücksichtigung der betrieblichen Besonderheiten personeller wie struktureller Art wenig Rückschlüsse auf die Qualität der Ausbildung zulassen. Indem sich die Kammern einer gesetzlichen Schematisierung erfolgreich widersetzen, hielten sie den Weg frei zur heutigen von Fall zu Fall prüfenden Handhabung, die sich sowohl unter wirtschaftspolitischem wie unter pädagogischem Aspekt als elastischer erwiesen hat⁴⁾. Die Lehrlingsskala der IHK Oppeln (1924) war deshalb bedeutsam, weil sie eine der ersten Selbstverwaltungsmaßnahmen der deutschen Industrie- und Handelskammern darstellte, die dem kaufmännischen Lehrlingswesen verbindliche Grenzen des Mißbrauchs aufzuerlegen versuchten.

1) Vgl. IHK Berlin, JB 1926, S. 56 f.

2) Vgl. DWZ, 23. Jg. (1926), Nr. 38, S. 898.

3) Vgl. IHK für die Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Annahme von kaufmännischen Lehrlingen, a.a.O., S.124.

4) Die Kammern verfügen heute über interne Lehrlingsskalen, die ihnen als grober Maßstab dienen und die Berücksichtigung des betrieblichen Gesamtbildes in Grenzfällen nicht ausschließen. Auskunft der IHK Nürnberg am 13. 4. 1967.

e) Auswahl der Lehrbetriebe

Das einschneidendste Mittel der Industrie- und Handelskammern zur Beseitigung oder Verhinderung von Mißständen im Lehrlingswesen stellt heute die kammerstatutarisch fundierte Möglichkeit dar, ungeeignete Betriebe aufgrund sachlicher und personeller Kriterien von der Lehrlingsausbildung dadurch praktisch auszuschließen, daß von ihnen abgeschlossenen Lehrverträgen die Eintragung in die Lehrlingsrolle verweigert wird¹⁾. Da diese in das Gesamtsystem der gegenwärtigen Ordnung betrieblicher Berufsausbildung eingegliederte und nur in ihrem Zusammenhang wirksame negative Auslese vor 1933 noch nicht erfolgte, weil sich damals zwar die einzelnen Bausteine der Ordnung herauskristallisierten, nicht aber bereits das System als Ganzes erarbeitet war, ist hier nur zu untersuchen, inwieweit die Handelskammern bereits vor 1933 überhaupt eine Auswahl der Lehrbetriebe für möglich und zweckmäßig hielten.

Die ersten Überlegungen in dieser Richtung reichen bis in die achtziger Jahre zurück, als sich einzelne Kammern mit der betrieblichen Ausbildung zu beschäftigen begannen. Die Kammer Dresden gab 1886 die Anregung der dortigen Handelslehranstalt an die Regierungsbehörden weiter, das Recht der Lehrlingshaltung durch Gesetz auf solche Kaufleute zu beschränken, "welche selbst eine gute kaufmännische Ausbildung genossen haben"²⁾. Abgesehen von der Schwierigkeit, das Kriterium der "guten kaufmännischen Ausbildung" anwendbar zu definieren, stand die Dresdner Forderung im Gegensatz zum Prinzip der Gewerbefreiheit im damals verstandenen Sinne. Die württembergische Kammer Heidenheim hatte deshalb, von dieser Auffassung ausgehend, wenige Jahre früher eine gesetzliche Feststellung von Eignungskriterien abgelehnt. Den Grundgedanken einer Auswahl der Lehrbetriebe hatte sie aber schon mit der Anregung bejaht, durch Beiträge im "Gewerbeblatt" klären zu lassen, "welcher Art das Geschäft beschaffen

1) Vgl. hierzu Lehrlingsrollenordnung (Musterwortlaut des DIHT aus 1958), Ziff. 3 Abs. 5, abgedruckt in: Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 190.

2) HuGK Dresden, JB 1886, S. 6.

sein müsse, um einem Lehrling die Gelegenheit zur wirklichen Erlernung des Handelsgeschäfts zu bieten"¹⁾. Die Entscheidung im Einzelfall sollte demnach den Eltern überlassen bleiben. Bemerkenswert an beiden Vorschlägen ist, daß sie auf eine positive Auswahl abzielten.

Eine umfassendere Analyse fand der Fragenkreis erst in dem Bericht²⁾, den von Bönigk jener Kommission mitteldeutscher Handelskammern vorlegte, von der schon S.247 ff. wiederholt die Rede war. Der Bericht skizzierte sachliche und personelle Eignungskriterien und prüfte, inwieweit die gesetzlichen Bestimmungen ausreichten, um ungeeignete Betriebe von der Lehrlingsausbildung auszuschließen. Die Untersuchung kam hinsichtlich der sachlichen Kriterien zu dem Ergebnis, daß es zwar Betriebe gebe, die aufgrund ihrer Größe oder ihrer Struktur nicht die Voraussetzungen für eine umfassendere Ausbildung böten, der Gesetzgeber aber vor einer unlösbaren Aufgabe stehe, wenn er die Kriterien eindeutig und bindend umreißen solle. Stattdessen machte von Bönigk den in die Zukunft weisenden Vorschlag der Beurteilung am konkreten Fall: "Am einfachsten wäre es, der Vorstand der obligator. Fortbildungsschule oder eine andere geeignete Stelle öffentlich-rechtlichen Charakters erhielte die Befugnis, zu entscheiden, welche Geschäfte zur Lehrlingshaltung ungeeignet sind."³⁾ Er griff damit einen Gedanken auf, den schon Karl Bücher 1883⁴⁾ und in modifizierter Form Georg Adler⁵⁾ geäußert hatten, ohne jedoch in der personellen Zusammensetzung jener entscheidungskompetenten Instanz, an der nach beiden Autoren die Handelskammern beteiligt sein sollten, übereinzustimmen. Mit dem Ausbau des Systems einer Ordnung

1) HuGKn in Württemberg, JB 1883, S. 39.

2) Vgl. von Bönigk, Praktische Kaufmannslehre und Gesetzgebung, a.a.O., insbes. S. 4 ff.

3) Ebenda, S. 6 (Fußnote).

4) Vgl. Karl Bücher, Die Arbeiterfrage im Kaufmannsstande, a.a.O., S. 36. Bücher wollte örtliche Kommissionen aus Vertretern der Handelskammern und Delegierten der kaufmännischen Vereine die Überwachung des kaufmännischen Lehrlingswesens einschließlich der Zuweisung (!) von Lehrlingen übertragen.

5) Vgl. Georg Adler, a.a.O., S. 40 u. 47. Adlers Vorschlag unterschied sich von dem Büchers vor allem dadurch, daß an die Stelle von Delegierten der kaufmännischen Vereine Deputierte der Gehilfenschaft treten sollten, um ein Übergewicht der Unternehmer zu vermeiden.

der betrieblichen Ausbildung haben sich die Industrie- und Handelskammern seit Mitte der dreißiger Jahre die Möglichkeit geschaffen, in dieser Weise zu verfahren. Eine Erhebung von Gerhard Jeuschede erbrachte für die Jahre 1965/66, daß die wegen "Nichteignung des Lehrbetriebes" abgelehnten Ausbildungsverhältnisse den weitaus größten Anteil aller von den Kammern verworfenen Verträge ausmachen¹⁾.

Bezüglich der Eignung der Lehrherrn stellte von Bönigk zwar eine "sichtliche Unebenheit" in den vom Gesetz bestimmten Mindestanforderungen (Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte) fest, hielt aber das Festlegen weiterer Bedingungen (z. B. Mindestalter, kaufmännische Ausbildung und Erfahrung) weder für erforderlich noch für zweckmäßig, weil damit keine Gewähr für die Eignung eines Kaufmanns als Lehrherr gegeben werden könne²⁾. Interessant ist aber, daß an die Qualifikation der als Ausbilder tätigen Angestellten ein strengerer Maßstab angelegt wurde und das Erfordernis der Ausbilderförderung, die heute einen bedeutenden Platz in der Kammerarbeit einzunehmen beginnt, anklang³⁾.

Die Untersuchung von Bönigks hat die "Marschroute" der Handelskammern in dieser Frage für die Zeit bis zum 1. Weltkrieg und z. T. noch in die zwanziger Jahre hinein festgelegt. Als Zentrumspolitiker (Trimborn u. a.) 1907 im preußischen Haus der Abgeordneten ein Gesetz anregten, um das Recht der Lehrlingshaltung auf solche Kaufleute zu beschränken, "welche selbst eine geordnete Lehrlingsausbildung durchgemacht haben" (positives Kriterium), oder den Detaillistenkammern die Möglichkeit zu geben, Anträge auf Ausschluß unzuverlässiger Lehrherrn (negatives Kriterium) zu stellen⁴⁾, verurteilte beispielsweise die HK Münster ein solches Vorhaben mit dem Hinweis auf seinen zünftlerischen Charakter⁵⁾. Obwohl das Zentrum seinen Antrag später wiederholte⁶⁾ und

1) Vgl. Gerhard Jeuschede, a.a.O., S. 49.

2) Vgl. von Bönigk, Praktische Kaufmannslehre und Gesetzgebung, a.a.O., S. 4 f.

3) Vgl. ebenda, S. 6 f.

4) Vgl. HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 22, S. 350. Detaillistenkammern als gesetzliche Vertretungen des Einzelhandels befanden sich in den Hansestädten im Aufbau. Die Handelskammern nahmen dort ausschließlich die Interessen des Großhandels wahr.

5) Vgl. ebenda, Nr. 29, S. 510.

6) Vgl. o. V., Die Lehrlingsausbildung im Handelsgewerbe, in: ZfgkU, 12. Jg. (1909/10), Nr. 2, S. 46.

der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband Forderungen in der gleichen Richtung erhob¹⁾, ist keine über die wenigen und ganz unzureichenden Bestimmungen hinausgehende Möglichkeit der positiven oder negativen Auswahl von Lehrbetrieben geschaffen worden. So wird verständlich, daß auch jene Handelskammern, die dem Gedanken der negativen Auslese an sich freundlich gegenüberstanden, keinen nennenswerten erfolgsversprechenden Versuch unternehmen konnten, auf diesem Gebiet ordnend einzugreifen.

War schon der Widerstand der Handelskammern gegen jede die Lehrlingshaltung beschränkende Regelung in den letzten Vorkriegsjahren vereinzelt aufgeweicht²⁾, so schien sich nach dem ersten Weltkrieg bei verändertem politischem Kräfteverhältnis eine durchgreifende Neuordnung anzubahnen, welche die Handelskammern zum Aufgeben ihres prinzipiell ablehnenden Standpunktes zwang.

Ausgangspunkt waren Beschlüsse des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (1919), die über die oben erörterten und auch noch nach Kriegsende von einzelnen Kammern weitergeführten Vorschläge³⁾ für eine negative Auslese hinausgingen und "Centralkommissionen" das Recht zuzubilligen wollten, "Voraussetzungen festzulegen, unter denen die Genehmigung zum Halten von Lehrlingen erteilt werden kann"⁴⁾. Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes in der Fassung von 1927 folgte dem Gedanken einer positiven Auslese der Lehrbetriebe, indem er ein Anerkennungsverfahren vorsah, das sowohl die personellen Voraussetzungen der Ausbilder (Lehrherr oder Vertreter) als auch die Struktur des Lehrbetriebes prüfen sollte⁵⁾.

Seitens der Handelskammern wurde - von berechtigten Hinweisen auf die Kosten eines umfangreichen Verwaltungsapparates

1) Vgl. HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 31, S. 560.

2) Vgl. hierzu HK Dresden, JB 1911, I. Teil, S. 17 (Bericht über einen Antrag der HK Plauen).

3) Vgl. z. B. Erklärung der HK Chemnitz vom 2. 3. 1921, in: HuG, 28. Jg. (1920/21), Nr. 23, S. 232.

4) Die Beschlüsse des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, a.a.O., S. 323.

5) Vgl. Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, §§ 13 f., abgedruckt in: Rudolf Wiedwald, Das kaufmännische Lehrlingswesen und seine Reform, Berlin 1927, S. 147.

abgesehen - eingewandt, das Ausführen einer solchen Bestimmung würde mit der "ganz unverhältnismäßigen, gewissenhaft gar nicht zu leistenden Arbeit einer Prüfung sämtlicher Betriebe auf ihre Eignung hin verbunden sein"¹⁾. Den Spitzenverbänden der Wirtschaft (Kammern, Arbeitgeberverbände) gelang es auch, die Änderung des Gesetzentwurfs insoweit durchzusetzen, als an die Stelle des generell vorgesehenen Verfahrens der Anerkennung von Lehrbetrieben die Möglichkeit gesetzt wurde, ungeeigneten Lehrbetrieben das Ausbildungsrecht abzuerkennen²⁾.

Obwohl das Berufsausbildungsgesetz bis heute nicht verwirklicht worden ist, hat der Streit doch zur Folge gehabt, daß die Kammern sich zunehmend mit dem Gedanken befreundeten, selbst dazu beizutragen, unqualifizierte Betriebe von der Lehrlingsausbildung auszuschließen. Ob das Motiv in einem wirtschaftspädagogisch begründeten Überzeugungswandel oder im Versuch der Abwehr weitergehender Eingriffe durch Teiltzugeständnisse gesucht werden muß, ist nicht zu erkennen. Beides wird mitgespielt haben. Aber selbst als das Gesetz nicht mehr unmittelbar drohte, wurde im Bildungsausschuß des DIHT von dessen namhaftesten Mitgliedern gefordert, es müsse "den Industrie- und Handelskammern die Möglichkeit gegeben werden, Arbeitgeber, die ihre Pflichten in bezug auf die Ausbildung der Lehrlinge erheblich vernachlässigen, die Haltung von Lehrlingen zu untersagen"³⁾.

Über die Kriterien der Nichteignung war damit freilich wenig gesagt. Die Schwierigkeiten einer verbindlichen Festlegung hatten sich erneut gezeigt, als von den Handelskammern Hirschberg und Reutlingen angeregt worden war, eine der Meisterprüfung im Handwerk entsprechende "fakultative Kaufmannsprüfung" einzuführen und die Befugnis zur Lehrlingshaltung den nichtgeprüften kaufleuten zu untersagen⁴⁾.

1) Heubner, Die Berufsbildung des Kaufmanns als Gesetzgebungs- und Verwaltungsfrage, a.a.O., S. 1117.

2) Vgl. Verh. des DIHT, Heft 3/1929, a.a.O., S. 18.

3) Verh. des DIHT, Heft 5/1931, a.a.O., S. 39.

4) Vgl. DWZ, 22. Jg. (1925), Nr. 9, S. 226 sowie Mitt. der HK Reutlingen, Jg. 1925, Nr. 12, S. 8. Hessen sprach durch Verordnung vom 2. Juni 1926 den Minderkaufleuten das Recht ab, kaufmännische Lehrlinge auszubilden. Der DIHT sah hierin eine unzweckmäßige Regelung, die auch keine erfreulichen Erfahrungen habe zeigen können. Vgl. DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 19, S. 454.

Einzelne Kammern hatten sofort widersprochen¹⁾. Eine Auseinandersetzung unter den Industrie- und Handelskammern über die Eignungskriterien fand daraufhin nicht mehr statt. Während sich die Kammern zunehmend rechtliche Möglichkeiten für eine Auswahl im Rahmen der Selbstverwaltungsarbeit wünschten, trachteten sie doch danach, in ihrem Beurteilungsspielraum möglichst wenig beengt zu sein.

Wir fassen zusammen: Der Gedanke einer Auswahl der Lehrbetriebe reicht bis in die Anfänge der Kammerarbeit auf dem Gebiet der betrieblichen Ausbildung zurück. Die Notwendigkeit der Auswahl als ein Mittel zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung ist seitens der Kammern nur vereinzelt bestritten²⁾, generell aber anerkannt worden. Die Ansichten über die Wege zur Verwirklichung gingen jedoch auseinander. Soweit das Einverständnis mit einer negativen oder positiven Auswahl vorhanden war, fehlte es an ausreichenden rechtlichen Grundlagen. Die Bestrebungen, solche in Gestalt eindeutiger und bindender Eignungskriterien zu schaffen, stießen jedoch bei den Kammern überwiegend auf Widerspruch, weil die kodifizierbare Bestimmung der personellen und strukturellen Ausbildungsvoraussetzungen für eine unlösliche Schwierigkeit gehalten wurde. Bis Anfang der dreißiger Jahre war aber die Bereitschaft der Industrie- und Handelskammern, den Ausleseprozeß als Selbstverwaltungsaufgabe in die eigenen Hände zu nehmen, soweit gewachsen, daß damit auch ohne gesetzliche Hilfe ein weiterer Baustein für das einleitend skizzierte Gesamtsystem einer rechtlichen Ordnung der betrieblichen Lehrlingsausbildung in seiner heutigen Form zur Verfügung stand.

4. Gesamtwürdigung des Bemühens um die betriebliche Ausbildung kaufmännischer Lehrlinge

Wenn wir am Schluß dieses Abschnitts über den Beitrag der Industrie- und Handelskammern zur Reform der betrieblichen kaufmännischen Lehre den Blick noch einmal kurz auf die Gesamtleistung richten, so ist zu berücksichtigen, daß das

1) Vgl. DWZ, 22. Jg. (1925), Nr. 15, S. 365.

2) So noch HK Bremen, JB 1926, S. 16 f.

Jahr 1933 mit seinen politisch umwälzenden Ereignissen keinen markanten Punkt auf dem Wege zur Ordnung der kaufmännischen Lehre darstellt. Das Netz der Ordnungsmaßnahmen verdichtete sich in der Mitte der dreißiger Jahre zum heutigen System und nahm den Charakter eines in sich geschlossenen Rechts der betrieblichen Berufsausbildung an. Bis zu einem gewissen Grade läßt sich sogar sagen, daß das vom Nationalsozialismus aufgezwungene "Führerprinzip", das ein Zustandekommen von Mehrheiten innerhalb der Kammern nicht mehr wie bis dahin für alle Stellungnahmen und Maßnahmen erforderte, die Ausformung des Systems unterstützte, indem es sie beschleunigte und die Übernahme durch die Gesamtheit der Kammern erleichterte. Die Annahme, der Nationalsozialismus habe jene Ordnung geprägt, wäre jedoch falsch. Die Entwicklung konnte sich bis zum zweiten Weltkrieg nur so schnell vollziehen, weil bereits jahrzehntelange Vorarbeit geleistet und das Für und Wider einzelner Maßnahmen in erfreulicher Offenheit erörtert worden war. Mit Recht weist Karl Abraham darauf hin, daß vom System der handwerklichen Lehrlingsausbildung als einem früher entstandenen Modell allerdings bedeutende Anregungen auch auf die Ordnung des kaufmännischen Lehrlingswesens ausgegangen sind¹⁾.

Es ist darzustellen versucht worden, inwieweit sich die einzelnen Bausteine der Gesamtordnung - auf die Kaufmannsgehilfenprüfung wird im folgenden ausführlich eingegangen - bereits vor 1933 herauskristallisiert hatten. Hierin liegt die auf die Gegenwart bezogene Hauptbedeutung der damaligen Kammerarbeit auf dem Gebiet der betrieblichen Lehre. Denn es ist fraglich, ob sich ein der Selbstverwaltung der Kammern überantwortetes und aus ihr gewachsenes Ordnungssystem dem totalen Anspruch des nationalsozialistischen Staates ohne diese Voraussetzungen hätte entziehen können.

Wenn wir das Ganze im Auge behalten, so können wir auch Rüdiger Altmann zustimmen, der es den Kammern als Verdienst zurechnet, die Berufsausbildung insbesondere in den zwanziger Jahren "vor einer bloß sozialpolitischen Organisation

1) Vgl. Karl Abraham, Wirtschaftspädagogik, 2. Aufl., a.a.O., S. 151.

und bürokratischen Lenkung" bewahrt zu haben¹⁾. Wir verkennen nicht, daß zwischen Berufsausbildung und Sozialpolitik enge Verbindungen und Wechselwirkungen bestehen, ja Berufsausbildung stets eine starke sozialpolitische Komponente beinhaltet. Da sich aber die Grundordnung des beruflichen Bildungswesens von sozialpolitischen Forderungen des Tages (z. B. Arbeitslosenproblem) freihalten konnte, hat sie sich ein größeres Maß an "Zeitlosigkeit" sichern können.

Die detaillierte Erörterung einzelner Fragenkreise war erforderlich, um zu zeigen, daß das, was die Handelskammern zum Aufbau des heutigen Berufsausbildungssystems beigetragen haben, sich gegen viele Widerstände innerhalb der Kammerorganisation nur sehr langsam, langsamer als die Umstände forderten, durchzusetzen vermochte. Ob die auf diesen Grundlagen bis in die Gegenwart hinein gewachsene Ordnung hinsichtlich des Gewichtes und des Zusammenhanges ihrer Strukturelemente sowie der Kompetenzen zur Förderung und Kontrolle sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Forderungen der heutigen pluralistischen Gesellschaft optimal entspricht, ist eine Frage, die in dieser historischen Untersuchung nicht entschieden zu werden braucht.

III. Die Kaufmannsgehilfenprüfung als Abschluß der Lehrlingsausbildung

Eine neue Form der Zusammenarbeit von Industrie- und Handelskammern und kaufmännischen Berufsschulen ergab sich mit der Einführung der Kaufmannsgehilfenprüfungen, wenngleich dies nicht der Hauptzweck ihrer Einrichtung war. Der Gedanke, den kaufmännischen Nachwuchs in der Übergangsphase von zu Ende gehender Lehrzeit und beginnender Gehilfenschaft oder Selbständigkeit einer Leistungskontrolle zu unterwerfen, ist allerdings schon alt.

Paul Jacob Marpergers 1715 veröffentlichter Vorschlag, die Lehrzeit mit einer Prüfung vor einem "Commerciën-Kollegio" abzuschließen, ging im Vergleich mit den Regelungen der

1) Rüdiger Altmann, a.a.O., S. 222.

Zünfte oder der norddeutschen Handelsvereinigungen über formale Gesichtspunkte und symbolische Handlungen hinaus und wies in seiner pädagogischen Argumentation bereits die bedeutendsten Grundlagen des heutigen kaufmännischen Prüfungswesens auf. Marperger erkannte schon¹⁾, daß eine öffentliche Leistungskontrolle, die über den Erfolg der Lehre Aufschluß zu geben vermag, auf Lehrherren wie Lehrlinge zurückwirkt, indem sie beide zu intensiverem Bemühen drängt bzw. anspornt.

1. Kaufmannsprüfungen im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts

In der Literatur und in Gesetzblättern finden sich hinreichende Anhaltspunkte, daß Prüfungen für Kaufleute mit allerdings ganz verschiedenen Zielen im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts durchaus keine Seltenheit waren²⁾. Es ist zu bedauern, daß das gesamte kaufmännische Prüfungswesen jener Zeit in seinen verschiedenen Erscheinungsformen noch nicht erforscht ist. Das kann auch nicht Aufgabe dieser Arbeit sein. Da aber die Durchführung der Leistungskontrollen solchen Zusammenschlüssen von Kaufleuten übertragen war, die als Vorläufer der Handelskammern gelten dürfen, hat unsere Untersuchung hier unter diesem Gesichtspunkt anzusetzen.

Im Großherzogtum Baden war der Nachweis kaufmännischer Kenntnisse vor den damaligen "Handelskammern" zu erbringen. Bei jenen Vertretungen des Handelsstandes handelte es sich um die "Vorstände von Handlungsinnungen und sonstigen zunftartigen Korporationen"³⁾, die also damals noch nicht den Charakter der preußischen Handelskammern trugen⁴⁾.

Die Statuten der Kammer Freiburg i. Br. aus dem Jahre 1835 schrieben vor, jeder, "der künftig eine Groß- oder Kleinhandlung oder eine schon bestehende antreten, mithin Mit-

1) Vgl. hierzu Mathilde Berg, Die Kaufmannsgehilfenprüfung in Deutschland, Diss. Köln 1950, S. 29 f.; Otto Sartorius, Deutsche Kaufmannslehre, a.a.O., S. 30.

2) Anderer Ansicht Mathilde Berg, a.a.O., S. 32 a.

3) Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1905, S. 342.

4) Die Anpassung an Auftrag und Organisation des in den anderen deutschen Staaten entstandenen Kammerwesens erfolgte erst nach 1878.

glied des Handelsstandes werden" wolle, habe "ohne Ausnahme seine Tüchtigkeit durch eine von der Handlungskammer oder von ihr hierzu ernannten Commission vorzunehmende Prüfung darzutun, deren Ergebnis über die Aufnahme entscheidet"¹⁾. Aus den dann folgenden Bestimmungen über das Einspruchsrecht der nicht erfolgreichen Kandidaten ergibt sich, daß die badischen "Handelskammern" auf diesem Gebiet zusammenarbeiteten, denn bei Meinungsverschiedenheiten waren Gutachten zweier weiterer Kammern einzuholen.

Verschiedene wirtschaftsgeschichtliche Untersuchungen belegen, daß es sich bei dem zünftlerischen Prüfungszwang nicht um eine Freiburger Besonderheit handelte. Mit Sicherheit waren zumindest auch die Kammern in Konstanz²⁾, Lahr³⁾ und Mannheim⁴⁾ mit solchen Aufgaben betraut.

Die Prüfungen in Baden waren nicht zwangsläufig mit dem Abschluß der Lehrzeit verbunden - ein Merkmal, das auch die von dem Franzosen Savary am Ausgang des 17. Jahrhunderts geforderte Kaufmannsprüfung kennzeichnete⁵⁾. Savarys Forderung unterscheidet sich insofern aus wirtschaftspädagogischer Sicht wesentlich von den Intentionen Marpergers. Die badischen Prüfungen jener Zeit stellen deshalb auch weniger Anfänge der modernen Kaufmannsgehilfenprüfungen dar als vielmehr eine zünftlerische Kontrollmaßnahme zur Regelung des Zugangs zum selbständigen Handel, eine der Zeit entsprechende Form des "Befähigungsnachweises".

Anders verhält es sich mit Einrichtungen in Sachsen und Bayern. Nach dem Lehrlings- und Dienerregulativ der Dresdner Handelsinnung von 1851 wurde dort ein Lehrbrief nur dem

1) Statuten der Handlungs-Kammer der Großherzoglich Badischen Hauptstadt Freiburg vom 11. Juni 1835, § 5, abgedruckt bei Franz Kaiser, a.a.O., S. 55 f. über die praktische Durchführung und über den Prüfungsstoff berichtet Franz Kaiser, a.a.O., S. 65 f.

2) Vgl. Industrie- und Handelskammer Konstanz, Bericht über die Feier des 125jährigen Bestehens und Jahresbericht 1953, Konstanz 1954, S. 10.

3) Vgl. Karl Tröndle, Zur Geschichte der amtlichen Handelsvertretung in Lahr, Lahr 1930, S. 124.

4) Vgl. Arthur Blaustein (Hrsg.), a.a.O., S. 104.

5) Vgl. hierzu Walther Löbner, Kaufmannsgehilfenprüfung, in: Hans Seischab und Karl Schwantag (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, Bd. II, Stuttgart 1958, Sp. 3136.

ausgehändigt, der nach fünfjähriger Lehrzeit eine "Dienerprüfung" bestanden hatte. Wer sich später selbständig machen wollte, mußte sich erneut prüfen lassen¹⁾. In Bayern war 1853 gesetzlich angeordnet worden, daß alle kaufmännischen Lehrlinge vor den Vorstehern der örtlichen Handelsgremien eine Lehrabschlußprüfung abzulegen hatten²⁾. In beiden Fällen handelte es sich um Erfolgskontrollen der Lehre, die mit den heutigen Kaufmannsgehilfenprüfungen in diesem entscheidenden Merkmal vergleichbar sind.

Ob die von der Handelsinnung Hannover um 1850 abgenommenen Vor- und Hauptprüfungen der Lehrlinge mehr der einen oder der anderen Kategorie zuzurechnen sind, läßt sich auf der Grundlage der kurzen Berichte Karl von der Aas³⁾ und Walther Löbners⁴⁾ nicht eindeutig bestimmen.

Zur Zeit aller bisher erwähnten Prüfungen herrschte in den betreffenden Staaten noch keine Gewerbefreiheit. Mit ihrer Einführung scheint das Prüfungswesen für Kaufleute ein vorläufiges Ende gefunden zu haben. Die ersten - allerdings nicht beständigen - Prüfungen kaufmännischer Lehrlinge unter den Bedingungen relativ weitgehender Gewerbefreiheit dürften jedoch schon in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts von den Ältesten der Kaufmannschaft Berlin abgenommen worden sein⁵⁾. Es ist ferner festzuhalten, daß der Nachweis kaufmännischer Kenntnisse damals vor den zeitgemäßen Vereinigungen der selbständigen Kaufmannschaft zu erbringen war.

-
- 1) Vgl. Paul Rachel, Die Dresdner Handelsinnung 1654 - 1904, o. O. 1904, S. 166 f.
 - 2) Vgl. Instruction zum Vollzug der gesetzlichen Grundbestimmungen ... vom 17. Dez. 1853, § 54, a.a.O. Vgl. auch S. 45 dieser Arbeit.
 - 3) Vgl. Karl von der Aa, Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern an der Ausbildung des kaufmännischen und technischen Nachwuchses, a.a.O., S. 297.
 - 4) Vgl. Walther Löbner, Das Prüfungs- und Berechtigungswesen im kaufmännischen Bereich, in: Karl Abraham u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpädagogik 1964, Heidelberg 1964, S. 130.
 - 5) Leider ist darüber nur so wenig berichtet, daß sich gesicherte Aussagen nicht machen lassen. Vgl. hierzu S. 23.

2. Kaufmännische Lehrlingsprüfungen zwischen 1880 und dem ersten Weltkrieg

In den sechziger und noch in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts konnte der Prüfungsgedanke unter der Vorherrschaft liberaler Tendenzen, insbesondere im Hinblick auf die von der Gewerbefreiheit garantierte Abkehr von jeglicher zünftlerischen Auslese auch da keine Wurzeln fassen, wo er sich unter ganz anders gearteten pädagogischen oder gewerbefördernden Aspekten wohl rechtfertigen ließ. Erst als die an anderer Stelle beschriebenen Mißstände in der Lehrlingausbildung immer offensichtlicher wurden und gleichzeitig die Anforderungen an den kaufmännischen Nachwuchs immer stärker wuchsen, regten sich wieder befürwortende Stimmen. Es ging jetzt jedoch nur um die Zweckmäßigkeit von Lehrlingsprüfungen, nicht direkt auch um eine Qualifikationskontrolle für selbständige Kaufleute.

Sicher ist es kein Zufall, daß zu den ersten Befürwortern auch die Kaufleute solcher Städte zählten, in denen bereits früher die zunftartigen Korporationen oder Innungen Prüfungserfahrungen gesammelt hatten: Der Kaufmännische Verein München (1882)¹⁾ und die Handelskammer Mannheim (1883)²⁾ sprachen sich für fakultative Lehrlingsprüfungen aus. Die Dresdner Kaufmannschaft ging einen Schritt weiter und erließ unter dem 10. Juni 1886 sogar "Bestimmungen über kaufmännische Lehrlingsprüfungen"³⁾. Zur Durchführung kam es damals aber nicht, denn es meldeten sich keine Kandidaten⁴⁾.

Erfolgreicher waren die Bemühungen der Handelskammer Stuttgart, die 1883 eine allgemeine Einführung von Lehrlingsprüfungen für Kaufleute anregte und auch ihre württembergischen Schwesterkammern für den Gedanken zu gewinnen wußte. Zweck der Einrichtung sollte "nicht die Konstatierung der Kenntnisse in der einzelnen Branche, sondern die Hebung des Durchschnittsniveaus gerade der allgemeinen Bildung

1) Vgl. HuGK für Oberbayern, JB 1882, S. 240.

2) Vgl. Arthur Blaustein (Hrsg.), a.a.O., S. 104.

3) Vgl. HuGK Dresden, JB 1886, S. 3 f.

4) Vgl. ebenda, S. 5.

der Lehrlinge¹⁾ sein. Demgemäß sei das Schwergewicht der Prüfung nicht "wie bei den Handwerkslehrlingen auf das in der Praxis, sondern das in der Fortbildungsschule Gelehrte zu legen"²⁾. Fremdsprachen, Buchführung, kaufmännisches Rechnen und Deutsch sollten die wichtigsten Prüfungsfächer sein. Branchenkenntnisse könnten allenfalls auf freiwilliger Grundlage geprüft werden, weil die Verschiedenheit der Geschäfte und Kollisionen mit der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen die von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel anzustellenden "Berufsexaminatoren" vor große Schwierigkeiten stellen würden. Der weitere Hinweis auf "häufige Übergänge aus einer in die andere Branche, von Detail- in Engroseschäfte"³⁾ im Laufe des Berufslebens und die Forderung des Nachweises nur allgemeiner kaufmännischer Kenntnisse zeigt, daß die Kammer schon damals auch die Erfordernisse beruflicher Mobilität in die Bildungsmaßnahmen einbezogen wissen wollte.

Die Beteiligung der Handelskammern an der Aufsicht über die Prüfungen schien der Stuttgarter Kammer schon deshalb geboten, weil sie auf diesem Wege die Verbreitung des Prüfungswesens im ganzen Deutschen Reich für möglich hielt⁴⁾. Mit dieser sich später als richtig erwiesenen Überlegung eilte sie freilich ihrer Zeit fast um ein halbes Jahrhundert voraus. Die Ansichten der anderen württembergischen Kammern waren in dieser Frage geteilt. Während Calw und Heidenheim sowie später auch Rottweil insbesondere die Zusammenarbeit von Zentralstelle bzw. Staat und Kammern wünschten, wollten Reutlingen und Ravensburg das Prüfungsverfahren in der Hauptsache den örtlichen Handels- bzw. Gewerbevereinen übertragen⁵⁾. Die Kammer Heilbronn dagegen hielt sie nur in Verbindung mit den Fortbildungsschulen für sinnvoll⁶⁾.

Eine verbindliche Ordnung für die kaufmännischen Lehrlingsprüfungen ließ jedoch bis 1885 auf sich warten. Sie regelte

1) HuGKn in Württemberg, JB 1883, S. 34.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

4) Vgl. ebenda, S. 35.

5) Vgl. ebenda, S. 36 ff. sowie JB 1884, S. 35 f. (HuGK Rottweil).

6) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1884, S. 32.

die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen analog der Prüfungsordnung für gewerbliche Lehrlinge aus dem Jahre 1881 in der Weise, daß darin die Vorstände des örtlichen Schulrats, des Gewerbe- und Handelsvereins sowie der Fortbildungsschule vertreten waren, die wiederum weitere Mitglieder bestellen durften. Die Handels- und Gewerbekammern wurden übergangen¹⁾. Die Unsicherheit und die Uneinlichkeit der Kammerstandpunkte in der Frage der Zuständigkeit rührte offensichtlich daher, daß man sich nicht darüber einig, vereinzelt wohl auch nicht im klaren war, ob die Prüfungen die Erfolge der Fortbildungsschule oder der betrieblichen Lehre oder aber beider Bildungseinrichtungen kontrollieren sollten. So wie das Prüfungswesen in einigen Orten in die Hand der Schulen, in anderen unter den Haupteinfluß der Handelsvereine kam²⁾, scheint auch der Zweck verschieden gedeutet worden zu sein.

Noch bevor die Ordnung von 1885 ausgearbeitet war, hatten die Prüfungen kaufmännischer Lehrlinge in Württemberg begonnen. Schon für 1884 wird eine Zahl geprüfter Kaufleute genannt³⁾. In der Folgezeit nahm die Entwicklung einen unterschiedlich beurteilten Verlauf. Nach einem Jahrzehnt der Erprobung auf freiwilliger Basis glaubte ein Teil der Kammern, im langsamen Anstieg der Kandidatenzahlen einen erfreulichen Aufschwung des Prüfungswesens sehen zu dürfen, andere beklagten, die Beteiligung stehe noch in keinem Verhältnis zum Wert der Einrichtung⁴⁾. In der Tat war die Teilnehmerzahl klein: Sie betrug im Schuljahr 1883/84 28, wuchs bis zum Jahr 1889/90 auf 54 und erreichte 1896/97 einen Höchststand von 59. Danach sank sie allmählich ab (1901/02 = 40)⁵⁾.

Der Aufbau der Lehrlingsprüfungen in Württemberg verdankt zwar den Handelskammern viele Anregungen, war aber ohne deren verwaltungsmäßige Mitwirkung vollzogen worden. Da die Entwicklung nur bedingt befriedigte, griffen die Kammern im Zusammenhang mit der Neuordnung des württembergi-

1) Vgl. Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. I, S. 235.

2) Vgl. ebenda, Bd. II, S. 101.

3) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1884, S. 60.

4) Vgl. HuGKn in Württemberg, JB 1894, II. Teil, S. 66 ff.

5) Vgl. o. V., Kaufmännische Lehrlingsprüfungen, Leipzig 1903, Anlage IV a zu DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 4.

schen Fortbildungsschulwesens nach der Jahrhundertwende erneut in die Diskussion ein. Wiederum forderten sie, an dem Verfahren irgendwie beteiligt zu werden. Aber auch diesmal waren die Vorstellungen über Art und Umfang des Verfahrens wie der Mitwirkung nicht einheitlich¹⁾. Jedoch hatten die Fürsprecher eines Zwangs zum Ablegen der Lehrlingsprüfung an Boden gewonnen²⁾.

Eine Neuordnung kaufmännischer Lehrlingsprüfungen in Württemberg erfolgte in den Jahren 1909/10. Danach stand die "Leitung des Prüfungsgeschäfts" den Schulaufsichtsbehörden und den Vorständen der berufsbegleitenden Schulen zu, obwohl die Kandidaten auch die in der praktischen Lehre erworbenen Kenntnisse nachweisen sollten. Die Handelskammern erhielten das Recht, in die Prüfungskommissionen einen Vertreter mit allerdings nur beratender Stimme zu entsenden³⁾. Als aber die HK Stuttgart 1913 gebeten wurde, einen Vertreter nach Eßlingen zu delegieren, antwortete sie u. a., eine allgemeine Mitwirkung der Kammer müsse ein durchaus unerwünschtes Verdrängen der Handelsvereine, die den Kaufmannsstand im Stuttgarter Bezirk in den Kommissionen vertraten, nach sich ziehen und lehnte den Antrag ab⁴⁾.

Inwieweit die anderen Handelskammern ihr bescheidenes Mitwirkungsrecht wahrgenommen haben, ist nicht bekannt. Es läßt sich aber zusammenfassend feststellen, daß die Lehrlingsprüfungen in Württemberg seit 1909 noch stärker mit den berufsbildenden Schulen verbunden waren als zuvor und die Handelskammern auf dem Gebiet der Durchführung keine nennenswerte Rolle spielten. Andererseits haben sie die Einrichtung aber ideell nachhaltig gefördert. Der Umfang des indirekten Einflusses durch nachweisbare personelle Verflechtungen mit den Handelsvereinen und den Schulvorständen darf nicht unterschätzt werden.

Das enge Anlehnen an die Schulen hat für die Kaufmanns-

1) Vgl. hierzu HKn in Württemberg, JB 1902, S. 67 (Reutlingen), JB 1904, S. 72 f. (Heidenheim) u. S. 74 (Ravensburg); HK Stuttgart, JB 1909, S. 267.

2) Vgl. HKn in Württemberg, JB 1902, S. 67 ff. (Reutlingen), S. 71 (Ulm), S. 73 (Ravensburg).

3) Vgl. HK Stuttgart, JB 1913, S. 239.

4) Vgl. ebenda, S. 240, ferner: Walther Mosthaf, a.a.O., Bd. II, S. 103 f.

gehilfenprüfung in Württemberg eine vom übrigen Deutschland abweichende Entwicklung zur Folge gehabt. Die kaufmännischen Berufsschulen blieben dort an der Lehrabschlußprüfung insofern maßgeblich beteiligt, als sie den schriftlichen Teil in eigener Verantwortlichkeit durchführen und die Industrie- und Handelskammern das Ergebnis zusammen mit dem ihrer mündlichen Prüfung in den Kaufmannsgehilfenbrief übernehmen. Diese Zweigleisigkeit der Gehilfenprüfung wurde in ihren Grundzügen 1929 geprägt und bis heute beibehalten¹⁾.

Die Handelskammern außerhalb Württembergs griffen die Frage nach Zweckmäßigkeit und Form kaufmännischer Lehrlingsprüfungen auf breiterer Basis erstmals 1903 intensiv auf. Der bereits in anderem Zusammenhang mehrfach erwähnten, vom Verband mitteldeutscher Handelskammern eingesetzten Kommission war vom VIII. Kammerversbandstag der ausdrückliche Auftrag erteilt worden, die Problematik freiwilliger Lehrlingsprüfungen im Einvernehmen mit dem Deutschen Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen zu erörtern²⁾.

Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dem Verband die Einführung freiwilliger Prüfungen zu empfehlen. Die in Referat³⁾ und Diskussion ins Feld geführten Überlegungen zeigten, daß ihre Einrichtung als vorrangig pädagogische Maßnahme mit besonderer Blickrichtung auf die in einer kritischen Phase befindliche praktische Lehre zur Debatte stand. Die Kommissionsempfehlung basierte auf der Überzeugung, eine Prüfung am Ende der Lehrzeit werde "einerseits die Lehrlinge zu größerem Eifer und Studium anspornen, andererseits auf die Lehrherren insofern einwirken ..., als diese dann mit größerer Sorgfalt die Ausbildung ihrer Lehrlinge überwachen würden"⁴⁾. Ferner erhoffte man einen Verzicht ungeeigneter Betriebe, weiterhin Lehrlinge auszubilden⁵⁾. Diese Aspekte waren nicht neu. Die württembergischen Kam-

1) Zur Auseinandersetzung der württembergischen Kammern mit dem Landesgewerbeamt vgl. Württembergischer Industrie- und Handelstag, Stellungnahme zur Neuregelung des kaufmännischen Prüfungswesens in Württemberg, in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 8, S. 113 ff.

2) Vgl. HK Halberstadt, JB 1903, S. 12 f.

3) Vgl. W. Teetzmann, Abhaltung freiwilliger Lehrlingsprüfungen, in: DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 17 ff.

4) Kaufmännisches Lehrlingswesen, DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 21.

5) Vgl. ebenda, S. 22.

mern hatten sie nach und nach vorgebracht. In einer Stellungnahme der HK Reutlingen 1902 wurden sie zusammengefaßt hervorgehoben¹⁾. Der entscheidende Unterschied zwischen den Auffassungen der Kommission und der württembergischen Kammern lag darin, daß bei den Prüfungen im Bereich der mitteldeutschen Kammern den "Branchekenntnissen" besonderes Gewicht beigemessen werden sollte, während in Württemberg davon bewußt abgesehen und stattdessen in stärkerem Maße die Stoffe des Fortbildungsschulunterrichts in die Prüfung einbezogen worden waren. Die Kommission hielt deshalb eine enge organisatorische Verbindung mit der Fortbildungsschule weder für angebracht noch für notwendig und wollte den Handelskammern die Führungsrolle übertragen²⁾.

Gerade gegen die Prüfung branchenspezifischer Kenntnisse erhob sich aber anläßlich des 5. Kongresses des Braunschweiger Verbandes heftiger Widerspruch³⁾. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, und die von den Handelskammern Braunschweig, Brandenburg, Halle und Halberstadt bereits beschlossenen Prüfungsversuche wurden ausgesetzt⁴⁾.

Trotzdem erfolgte im Frühjahr 1908 in Barmen⁵⁾ unter der

1) Vgl. Hkn in Württemberg, JB 1902, S. 67 f.

2) Vgl. Kaufmännisches Lehrlingswesen, DVkU, Bd. 30, a.a.O., S. 22.

3) Vgl. Kanter, Fachkurse und Abschlußprüfungen für kaufmännische Lehrlinge (mit Diskussion), in: DVkU, Bd. 35, a.a.O., S. 157. Der Entwurf einer Prüfungsordnung sah jedoch die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Mitgliedern der Schulvorstände und Lehrern vor und bezeichnete es als Zweck der Einrichtung, Handlungslehrlingen Gelegenheit zu geben, "sich über die während ihrer theoretischen und praktischen Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten vor einer Kommission von Sachverständigen prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung in einem Zeugnisse sich bescheinigen zu lassen". Ordnungsvorschriften, die freiwilligen kaufmännischen Lehrlingsprüfungen betreffend, abgedruckt bei Kanter, Fachkurse und Abschlußprüfungen für kaufmännische Lehrlinge, a.a.O., S. 153 f.

4) Vgl. Franz Frucht, Die Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge unter besonderer Berücksichtigung kaufmännischer Lehrlingsprüfungen, Leipzig-Berlin 1920, S. 62. Otto Sartorius irrt in der Annahme, die genannten Kammern hätten sich als erste in Deutschland bereitgefunden, Kaufmannsgehilfenprüfungen durchzuführen. Vgl. Otto Sartorius, Entwicklung und Auswirkungen der Kaufmannsgehilfenprüfungen, in: Veröffentl. der Deutschen Landesgruppe der Internationalen Gesellschaft für kaufmännisches Bildungswesen e. V., Bd. 1, o. O. (1941), S. 69. Er übersieht die Ansätze in Württemberg.

5) Vgl. HK Barmen, JB 1907, S. 69 f.

Aufsicht der Handelskammer ein Versuch mit "freiwillige(n) Berufsprüfungen für Handelslehrlinge", zumal auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband Lehrlingsprüfungen gefordert hatte, die nach Möglichkeit auf die praktischen Kenntnisse auszudehnen seien¹⁾. Ablauf und Erfolg des Versuchs schienen zunächst die in ihn gesetzten Hoffnungen voll zu erfüllen²⁾. Kurz vor dem Prüfungstermin für 1909 beschloß die Kammer in Übereinstimmung mit dem Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule jedoch, "fortan eine besondere Prüfung über die Branchenkenntnisse nicht mehr vornehmen zu lassen"³⁾. Als Grund wurde später die Befürchtung genannt, die Lehrlinge könnten allzu leicht nach internen Verhältnissen ihrer Lehrbetriebe ausgefragt werden und dabei Geschäftsgeheimnisse preisgeben⁴⁾. Alle Kandidaten waren daraufhin von der Prüfung zurückgetreten, weil sie gerade auf die Branchenprüfung besonderen Wert gelegt hatten. Anfang 1910 beschloß die Handelskammer schließlich, Berufsprüfungen für Handelslehrlinge nicht mehr durchzuführen und stattdessen drei Vertreter zu den Abschlußprüfungen der Fortbildungsschule zu entsenden⁵⁾. Der Versuch, auch die Ergebnisse der betrieblichen Ausbildung in eine Lehrabschlußprüfung einzubeziehen, war damit erneut gescheitert.

Der Gedanke blieb aber lebendig: Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde vom Zentrum ein vermittelnder, vorläufig aber wirkungsloser Antrag eingebracht, ob es zweckmäßig erscheine, bei den Handelskammern Prüfungsausschüsse einzurichten, die den Lehrlingen den Nachweis ihrer allgemein-kaufmännischen und der branchengebundenen Kenntnisse gestatten⁶⁾. Der Verein zur Förderung des kaufmännischen

1) Vgl. Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Leitsätze zur Denkschrift über Lehrlingswesen im Handelsgewerbe, abgedruckt in: HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 31, S. 560. Vgl. auch o. V., Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, in: Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 5. Jg. (1908), Nr. 37, S. 8.

2) Vgl. hierzu Kuemmel, Die praktischen Lehrlingsprüfungen und die mit denselben gemachten Erfahrungen, in: DVkU, Bd. 40, a.a.O., S. 68 ff.

3) Amtliche Mitt. der HK zu Barmen, 20. Jg. (1909), Nr. 3, S. 69.

4) Vgl. ebenda, Nr. 10, S. 262.

5) Vgl. ebenda, 21. Jg. (1910), Nr. 1, S. 15 f.

6) Vgl. o. V., Die Lehrlingsausbildung im Handelsgewerbe, a.a.O., S. 46.

Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen forder- te die Kammern auf, die Zweckmäßigkeit Theorie und Praxis umfassender Prüfungen zu erörtern und die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen¹⁾. Aber die schlechten Erfahrungen von Barmen sowie die Unschlüssigkeit über die Möglichkeiten der Durchführung praxisbezogener Prüfungen lähmten die Ak- tivität auch jener Kammern, die die Zweckmäßigkeit der Ein- richtung als pädagogische Maßnahme im Interesse der Lehr- lingsausbildung nicht bezweifelten. Da die vom Verein der Kolonialwarenhändler in Hamburg 1872 eingeführten jährli- chen "Kontrollprüfungen" sowie die seit 1892 bewährten Lehr- abschlußprüfungen des Drogistenverbandes²⁾ damals noch nicht dem Einfluß der Kammern unterlagen, die ebenfalls seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts üblichen, meist öffentlichen Erfolgsnachweise der kaufmännischen Fortbildungsschüler³⁾ aber die praktische Lehre außer acht ließen, ist festzustel- len, daß die Handelskammern im ganzen Reich vor dem ersten Weltkrieg an dem beide Seiten der Lehrlingsausbildung be- rücksichtigenden kaufmännischen Prüfungswesen unbeteiligt blieben.

3. Verwirklichung und Ausbau der Kaufmannsgehilfen- prüfungen nach dem ersten Weltkrieg

In den ersten Jahren der Weimarer Republik war zwar die Diskussion um die Weiterentwicklung des Lehrlingswesens insbesondere unter bildungspolitischem Aspekt rege. Es fehlte aber angesichts der noch unsicheren wirtschafts- und sozialpolitischen "rollenverteilung" im veränderten Deutsch- land und der durch den verlorenen Krieg erzwungenen wirt- schaftlichen Neuorientierung den Handelskammern weithin an Kraft und Bereitschaft, finanziell und verwaltungsmäßig auf- wendigere Einrichtungen zu gründen als beispielsweise die Prüfungsämter für Stenografen und Maschinenschreiber. Ob- gleich sich im Rahmen der Verhandlungen des Braunschweiger

1) Vgl. HK Essen, JB 1909, Teil I, S. 56.

2) Vgl. Otto Sartorius, Entwicklung und Auswirkungen der Kaufmannsgehilfenprüfungen, a.a.O., S. 71.

3) Im Königreich Sachsen waren den durch Staatszuschüsse unterstützten und vom Besuch der allgemeinen Fortbildungs- schulen befreienden kaufmännischen und gewerblichen Schu- len öffentliche mündliche Prüfungen aus pädagogischen Gründen sogar vom Staat vorgeschrieben worden. Vgl. HK Leipzig, JB 1901, S. 70.

Verbandes zeigte, daß nicht nur einzelne Kammern, sondern eine große Mehrheit der im Verband vertretenen Fachkreise freiwillige kaufmännische Lehrlingsprüfungen für pädagogisch geboten hielten¹⁾, folgte deshalb dieser Einsicht noch nicht die Tat.

Freilich standen den erwähnten Schwierigkeiten weiterhin grundsätzliche Bedenken hemmend zur Seite. Es wurde von verschiedenen Handelskammern, aber auch vom Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) eingewandt, Gehilfenprüfungen seien ein Rückschritt zu Bedingungen der Zunftverfassung und nach den Worten der HK Hamburg "mit der Weite eines weltumspannenden Kaufmannstums" unvereinbar²⁾. Nicht zuletzt aus diesem Grunde kamen die meisten und beharrlichsten Gegenstimmen aus dem Kreise des Großhandels und der Industrie, während sich der Einzelhandel dem Prüfungsgedanken zugänglicher zeigte³⁾. Im Jahrgang 1927 der Deutschen Wirtschaftszeitung werden neben einer ganzen Reihe unentschiedener immer noch zwölf Industrie- und Handelskammern mit völlig ablehnender Haltung namentlich genannt, die z. T. ferner geltend machten, die Eigenart des kaufmännischen Berufs erlaube nicht, die Qualifikation zum Kaufmann durch Prüfungen festzustellen⁴⁾.

Bei näherer Analyse der Gegenargumente zeigt sich, daß die noch 1928 von Heubner als ein "Eldorado gegensätzlicher Meinungen und Strebungen" bezeichnete Uneinigkeit⁵⁾ in erster

1) Vgl. hierzu Regelung des kaufmännischen Lehrlingswesens - I. Sondersitzung, DVkB, Bd. 57, a.a.O., S. 47; Regelung des kaufmännischen Lehrlingswesens - II. Sondersitzung, DVkB, Bd. 58, a.a.O., S. 18.

2) HK Hamburg, JB 1926, S. 68; vgl. hierzu ferner DWZ, 22. Jg. (1925), Nr. 33, S. 804 (IHK Mühlhausen i. Thür.); IHK Nürnberg, JB 1926, S. 14; HK Bremen, JB 1926, S. 17; Entschliebung des GDA vom 22. März 1927, abgedruckt in: DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 53.

3) Vgl. o. V., Leitsätze betreffend Prüfungen für kaufmännische Lehrlinge und Gehilfen in Handel, Industrie und Handwerk, in: DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 11; Kaempfert, Die Industrie- und Handelskammern und die kaufmännische Berufsausbildung, in: Verh. des DIHT, Heft 5/1931, a.a.O., S. 36.

4) Vgl. DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 8, S. 190, Nr. 11, S. 262.

5) Heubner, Die Berufsbildung des Kaufmanns als Gesetzgebungs- und Verwaltungsaufgabe, a.a.O., S. 1118.

Linie auf das weiterhin unterschiedliche Verständnis des Prüfungszwecks zurückzuführen ist. Die ablehnenden Kammern gingen überwiegend davon aus, die Lehrabschlußprüfungen sollten über die voraussichtlichen beruflichen Leistungen der Kandidaten Aufschluß geben und so eine Auslese ungeeigneter Berufsanwärter unter dem Gesichtspunkt der sehr problematischen Zukunftserwartungen bewirken. Der Blick der Befürworter richtete sich dagegen vor allem auf die Frage, ob die Lehrlinge das der Ausbildung gesetzte Ziel erreicht hätten. Der Auslesegedanke findet sich freilich neben anderen Absichten auch bei ihnen, jedoch im Sinne einer negativen Auslese der unzureichend ausgebildeten Anwärter auf die Gehilfenschaft, wobei über die auch durch andere Merkmale gekennzeichnete Gesamteignung zum tüchtigen Kaufmann nicht entschieden werden sollte. Deshalb stimmten beide Seiten durchaus darin überein, daß eine "Eignungsprüfung" im oben umrissenen Sinne am Ende der kaufmännischen Lehre unzumutbar oder überhaupt undurchführbar sei¹⁾. Die Befürworter hielten aber für überprüfbar, ob der Nachwuchs über ein Mindestmaß der zu fordernden kaufmännischen Kenntnisse verfüge²⁾. Der Syndikus der zu den Pionieren auf diesem Gebiet zu zählenden Kammer Schopfheim erklärte die "restlose Zustimmung" zur Gehilfenprüfung im Schopfheimer Bezirk damit, man habe dort Übereinstimmung erzielt, daß die Prüfungen nichts anderes sein sollten als ein Mittel zur Förderung der kaufmännischen Berufserziehung³⁾. Die Einsicht der Kammern in die Zweckmäßigkeit der Gehilfenprüfungen war allgemein von der Anerkennung dieser Ausgangsposition abhängig.

Auf einer solchen Grundlage blieb jedoch noch ungeklärt, wer für die Leistungskontrolle zuständig sein konnte und in welchem Verhältnis Theorie und Praxis geprüft werden sollten.

1) Anderer Ansicht waren allerdings die Kammern Stolp und Nordhausen. Vgl. Gerhard Bothe, Das praktische Ergebnis der vom Verbandsverband veranstalteten Rundfrage vom 4. Juni 1927, in: DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 9.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. Maier, Diskussionsbeitrag, in: DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 31.

Den Handelskammern war durch die Novelle von 1897 zum Handelskammergesetz ohne Frage das Recht eingeräumt, im Rahmen ihrer Bildungsarbeit auch Prüfungseinrichtungen zu schaffen. Der Gesetzgeber hatte ihnen aber nicht etwa ein Prüfungsmonopol zugestanden. Als Mitte der zwanziger Jahre Prüfungen an verschiedenen Orten neu eingeführt wurden, traten deshalb neben den Kammern auch verschiedene Verbände als deren Träger hervor. Nach einer Erhebung von Gerhard Bothe verteilten sich die zum Stichtag 4. 6. 1927 ermittelten kaufmännischen Gehilfenprüfungen auf folgende Träger¹⁾:

- 9 Industrie- und Handelskammern
- Fachvereine des Einzelhandels in Hamburg
- 1 Arbeitgeberverband
- 1 kaufmännische Berufsschule
- 2 Ortsvereine des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes (Nürnberg und München)

Selbst innerhalb des Kreises der Industrie- und Handelskammern waren die Ansichten geteilt, in wessen Hand Verantwortung und Organisation der Einrichtung zu konzentrieren seien. Die Kammer Liegnitz berichtete dem DIHT²⁾, die von einer kaufmännischen Berufsschule ihres Bezirks vorgenommenen, Theorie wie Praxis umfassenden Abschlußprüfungen hätten sich "sehr gut bewährt". Es bestehe keine Veranlassung, besondere Ausschüsse bei der Kammer, die ihren Einfluß durch die Mitarbeit einzelner ihrer Mitglieder sowie durch Bestätigung der Zeugnisse mit dem Kammerstempel gesichert habe, einzurichten. Die IHK Dresden erwog aus Sparsamkeitsgründen, Handlungsgehilfenprüfungen im Rahmen des kaufmännischen Schulwesens zu fördern³⁾. Ebenso hielten Heidenheim und Ludwigshafen Abschlußprüfungen an den Berufsschulen für ausreichend⁴⁾, ein Standpunkt, den sich inzwischen auch der GDA zueigen gemacht hatte⁵⁾. Der Hinweis auf diese Bestrebungen mag verdeutlichen, daß die Über-

1) Vgl. Gerhard Bothe, Das praktische Ergebnis der vom Verbandsveranstalteten Rundfrage, a.a.O., S. 7 ff. Die Prüfungen in Württemberg sind bei dieser Erhebung offensichtlich nicht berücksichtigt worden.

2) Vgl. DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 8, S. 189.

3) Vgl. ebenda.

4) Vgl. ebenda, S. 190.

5) Vgl. Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, Rostock, den 26. bis 28. Mai 1927, DVkB, Bd. 67, a.a.O., S. 59 (Diskussionsbeitrag Georg Borchardt).

nahme der Trägerschaft durch die Industrie- und Handelskammern in der Periode des Suchens und Erprobens nichts Selbstverständliches war, und zwar auch nicht im Hinblick auf die Kontrolle des betrieblichen Ausbildungsergebnisses.

Wenn sich die Kammern seit 1927 verstärkt dieser Aufgabe annahmen, so spielten nicht zuletzt taktische Überlegungen eine Rolle. Der Gedanke kaufmännischer Gehilfenprüfungen hatte inzwischen allenthalben soweit Wurzeln geschlagen, daß die Kammern fürchten mußten, die Entwicklung gehe über sie hinweg, wenn sie weiterhin in abwartender Passivität abseits stehen würden. In Äußerungen führender Kammervertreter¹⁾ und einer Stellungnahme der Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelstags²⁾ kam diese Sorge angesichts des Entwurfs eines Berufsausbildungsgesetzes deutlich zum Ausdruck.

Die erste Kammer unter den Prüfungsträgern war die IHK Oppeln. Sie begann im Frühjahr 1926 mit den Versuchen und nahm schon damals mit Recht für sich in Anspruch, "wieder einmal ... Ausgangspunkt einer Bewegung, die sich wegweisend für ganz Deutschland" auswirkte, gewesen zu sein³⁾. So wies die Kammer Cottbus ausdrücklich darauf hin, daß die von ihr im Frühjahr 1927 veranstalteten Prüfungen hinsichtlich Organisation und Durchführung dem oberschlesischen Vorbild folgten⁴⁾. Auch die schon seit September 1926 von der IHK Flensburg durchgeführten Handlungsgehilfenprüfungen bauten auf dem Konzept und den Erfahrungen oppelns auf⁵⁾. Zu den ersten Kammern, die bereits 1927 eine Vorrangstellung

1) Vgl. Bericht über die Sitzung der Kommission betr. Gehilfenprüfungen, DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 10 (Diskussionsbeitrag Schmidt) sowie S. 14 (Diskussionsbeitrag Kuntze); ferner Bertrams, Stand der Verhandlungen über das Berufsausbildungsgesetz, in: Verh. des DIHT, Heft 3/1929, a.a.O., S. 20.

2) Vgl. Beschluß der Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelstages, abgedruckt in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 45, S. 1073.

3) IHK Oppeln, JB 1927, S. 61.

4) Vgl. Bericht über die Sitzung der Kommission betr. Gehilfenprüfungen, a.a.O., Anhang, S. 61 f.

5) Vgl. IHK Flensburg, Protokoll der Vollversammlung vom 21. Januar 1926, Abschrift dem Verf. auszugsweise von der IHK Flensburg am 7. Okt. 1965 übermittelt.

der Industrie- und Handelskammern als Prüfungsträger gesichert hatten, gehörten ferner Halberstadt, Schopfheim und Sagan¹⁾, nach D. Hoffmann²⁾ ferner Limburg und Elbing sowie nach Mathilde Berg³⁾ Hirschberg und Stolp. Der Deutsche Verband für das kaufmännische Bildungswesen festigte diese Stellung, indem er die Kammern "in ihrer Eigenschaft als öffentlich rechtliche Berufsvertretungen" für die Übernahme der Trägerschaft am besten geeignet hielt⁴⁾.

Die zweite Frage von grundsätzlicher Bedeutung konzentrierte sich auf das Verhältnis von Theorie und Praxis als Prüfungsgegenstände. Sie war insofern prekär, als in ihrem Rahmen auch die Zusammenarbeit der Kammern mit den Berufsschulen geklärt werden mußte. Seitens der Industrie- und Handelskammern bestand - von wenigen Ausnahmen abgesehen - kein Zweifel, daß das Schwergewicht der Prüfungen auf den Ergebnissen der praktischen Ausbildung liegen sollte. Der Braunschweiger Verband folgte dieser Ansicht und postulierte in seinen "Richtlinien" von 1927: "Gegenstand der Prüfung sollen die in der Lehre erworbenen praktischen Kenntnisse und Fertigkeiten sein." Die in diesem Zusammenhang zweitrangige Bedeutung der schulischen Ausbildung verdeutlichend fügte er lediglich an: "Es können auch die in der Berufsschule erworbenen Kenntnisse geprüft werden."⁵⁾

Bei der praktischen Durchführung scheinen sich jedoch von Anfang an Konzessionen als notwendig erwiesen zu haben. Die IHK Oppeln⁶⁾ teilte die Prüfung bereits in ihren Richt-

1) Vgl. Bericht über die Sitzung der Kommission betr. Gehilfenprüfungen, a.a.O.

2) Vgl. E. Hoffmann, 30 Jahre Lehrabschlußprüfungen der Industrie- und Handelskammern, in: WuBE, 12. Jg. (1960), Nr. 12, S. 235. Die von Hoffmann angegebenen Prüfungen der Kammer Würzburg seit 1920 lassen sich nicht bestätigen.

3) Vgl. Mathilde Berg, a.a.O., S. 54.

4) Vgl. Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Richtlinien für Leistungs-(Gehilfen-)Prüfungen, abgedruckt in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 46, S. 1098.

5) Ebenda (beide Zitate).

6) Vgl. Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Abhaltung von Handlungsgehilfenprüfungen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln vom 22. Okt. 1925, abgedruckt in: DVKB, Bd. 64, a.a.O., S. 125.

linien von 1925 in einen praktischen und einen theoretischen Teil auf und legte als Stoffgebiet des zweiten Teiles ebenso wie die Kammer Flensburg¹⁾ den gesamten Lehrplan der kaufmännischen Berufsschule fest. Einzelne Kammersyndicati traten sogar dafür ein, die theoretische Prüfung ganz der Schule zu überlassen²⁾. Nach einigen Jahren der Erprobung bei relativer Unabhängigkeit der Organisation von den Berufsschulen urteilte der Direktor einer Berufsschule, daß die Ausschüsse mit wenigen Ausnahmen "mehr oder weniger das Schulwissen prüf(t)en, und im Zusammenhang damit durch Praktiker auch Fragen aus der Praxis stellen" ließen³⁾. Mindestens 80 % der schriftlichen Aufgaben, so behauptete ein anderer Pädagoge aufgrund seiner Erfahrungen in Koblenz, seien in der Lösung vom Berufsschulbesuch abhängig gewesen⁴⁾. Selbst wenn wir davon ausgehen, der praxisbezogene Stoff habe im Durchschnitt doch einen größeren Anteil beansprucht, als die beiden Pädagogen auf der Grundlage ihres Erfahrungsbereiches feststellten, darf gesagt werden, daß die kaufmännischen Gehilfenprüfungen zumindest vor 1933, sicherlich aber auch noch danach⁵⁾, sich in erheblichem Maße auf die Arbeit der Berufsschule stützten.

Zwar vertrat der Oppelner Pädagoge und Kammerbeamte Joh. Jahn den Standpunkt, die Gehilfenprüfung habe nichts mit Abschlußprüfungen der kaufmännischen Berufsschule zu tun. Man könne die Kammern deshalb auch nicht verpflichten, Lehrer zu den Prüfungen hinzuzuziehen⁶⁾. Doch erwies es sich

-
- 1) Vgl. o. V., Prüfungen für Handlungsgehilfen, in: Flensburger Nachrichten vom 24. 3. 1926, Abschrift von der IHK Flensburg am 1. 10. 1965 übermittelt.
 - 2) Vgl. Bericht über die Sitzung der Kommission betr. Gehilfenprüfungen, a.a.O., S. 14 (Diskussionsbeitrag Kuntze, Berlin) sowie S. 18 (Diskussionsbeitrag Elsner von Gronow, Sagan).
 - 3) Zimmermann, Kaufmännische Gehilfenprüfung und Berufsausbildungsgesetz, in: DHW, 9. Jg. (1929), Nr. 24, S. 280.
 - 4) Vgl. Johann Kempkens, Eine Handlungsgehilfenprüfung - Geschautes und Gedachtes, in: DHW, 10. Jg. (1930), Nr. 4, S. 53.
 - 5) So wurden im Kammerbezirk Halberstadt Mitte der dreißiger Jahre die schriftlichen Kaufmannsgehilfenprüfungen als Abschlußprüfungen der kaufmännischen Berufsschule durchgeführt. Vgl. IHK Halberstadt, TB 1936, S. 43.
 - 6) Vgl. Joh. Jahn, Einrichtung freiwilliger kaufmännischer Lehrlings- und Gehilfenprüfungen, in: DVkB, Bd. 64, a.a.O., S. 119.

angesichts des erheblichen Anteils des berufsschulbezogenen Prüfungsstoffes von Anfang an als praktisch notwendig, Lehrkräfte der berufsbildenden Schulen an dem Prüfungsverfahren zu beteiligen, zumal die Kaufleute in den Ausschüssen noch weniger prüfungsmethodisches Geschick zeigten als die Pädagogen, für die eine Kontrolle des Ausbildungsergebnisses ebenfalls Neuland bedeutete. Für die Zusammenarbeit mit den Lehrern sprach ferner die Möglichkeit, auf diese Weise Vertreter der Kammern und "praktische Kaufleute" mit Berufsschulpädagogen auf einer neuen Ebene ins Gespräch zu bringen und damit zugleich auf den Lehrstoff der Schule Einfluß zu nehmen. So überrascht nicht, daß die beiden für die Gehilfenprüfungen der deutschen Industrie- und Handelskammern auf Jahre hinaus wegweisenden Ordnungen der Kammer Oppeln¹⁾ und des Braunschweiger Verbandes²⁾ die Lehrerschaft als gleichberechtigte Mitglieder neben Arbeitgeber- und übrigens auch ausdrücklich genannten Arbeitnehmervertretern in die Prüfungsausschüsse berufen wissen wollten. In Hildesheim wurde das Prüfungsamt von Industrie- und Handelskammer und Städtischer Handelslehranstalt gemeinsam errichtet³⁾. Den Lehrern fiel - wie sich aus einem Bericht Johann Kempkens' schließen läßt - zumindest dort, wo die Kammern noch kein besonderes Referat für Berufsausbildung eingerichtet hatten, anfänglich die Hauptlast der praktischen Prüfungsarbeit zu⁴⁾.

Aus heutiger Sicht ist die Kenntnis dieser Zusammenhänge von Bedeutung, weil sie angesichts der von Lehrerverbänden und Gewerkschaften geforderten "Partnerschaft zwischen Betrieb und Schule"⁵⁾ zeigen, daß die Kaufmannsgehilfenprü-

1) Vgl. IHK für die Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Abhaltung von Kaufmannsgehilfenprüfungen ..., Ziff. 1, a.a.O., S. 125.

2) Vgl. Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Prüfungsordnung für Kaufmannsgehilfenprüfungen (1928), § 2, abgedruckt in: Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 167.

3) Vgl. Ernst Wendtland (Hrsg.), Jahrbuch 1928/30, S. 150.

4) Vgl. Johann Kempkens, a.a.O., S. 51 ff.

5) Herbert Theurich, Prüfungen und Berechtigungen im beruflichen und allgemeinen Schulwesen, in der Berufspraxis sowie Staatsprüfungen für Lehrer, Hannover 1966, S. 18.

fungen in ihrer modernen Form zwar unter Führung der Industrie- und Handelskammern auf- und ausgebaut wurden, ohne die Mitarbeit der Lehrer aber, wie Otto Sartorius zugesteht, "zunächst sicherlich auf sehr schwachen Füßen gestanden haben würden"¹⁾. Man muß sie deshalb als ein Gemeinschaftswerk von Wirtschaft und Schule ansehen.

Es ist ferner deutlich geworden, daß die Gehilfenprüfung von Beginn an auch inhaltlich sowohl nach der betrieblichen wie nach der schulischen Ausbildung hin orientiert war. Die Kammern haben nach und nach versucht, zur Verwirklichung der ursprünglichen Idee einer Kontrolle des betrieblichen Ausbildungserfolgs zurückzufinden. Die Musterprüfungsordnung des DIHT von 1958 versucht deshalb, die Lehrabschlußprüfungen ausschließlich als "den organischen Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung"²⁾ zu charakterisieren. Die Aufgaben insbesondere des schriftlichen Teils der Kaufmannsgehilfenprüfungen beweisen jedoch, daß der DIHT mit diesem wohl auch aus kammerrechtlichen Gründen so einseitigen Anspruch einer weitgehenden Selbsttäuschung unterliegt³⁾. Soweit der Erfolg von Bildungs- und also auch von Ausbildungsprozessen überhaupt kontrollierbar ist, kann sein aus betrieblichen Bemühungen und funktionalen Einflüssen erwachsener Anteil wegen der Komplexität des Ganzen schwerlich isoliert werden.

-
- 1) Otto Sartorius, Entwicklung und Auswirkungen der Kaufmannsgehilfenprüfungen, a.a.O., S. 78.
 - 2) Prüfungsordnung der Industrie- und Handelskammern für Lehrabschlußprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen (Lehr- und Anlernberufen) von 1958, auszugsweise abgedruckt in: Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 171.
 - 3) Die von den einzelnen Kammern beschlossenen, für ihren Bezirk gültigen Prüfungsordnungen folgen dem Wortlaut der Musterordnung nicht immer. Die Ausschließlichkeit der betrieblichen Ausbildungsinhalte als Prüfungsgegenstand ist nicht überall übernommen worden. Vgl. z. B. Prüfungsordnung für die Lehrabschlußprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen der IHK zu Dortmund vom 25. April 1960, S. 1, Sonderdruck der Mitt. der IHK zu Dortmund, August 1960.
Es ist ferner bemerkenswert, daß Adolf Kieslinger, langjähriger Geschäftsführer des Ressorts Berufsausbildung beim DIHT, die Lehrabschlußprüfung als "organischen Abschluß der ersten beruflichen Bildungsstufe (Lehre und Berufsschule)" kennzeichnet. Adolf Kieslinger, Bildungsfragen in der hundertjährigen Geschichte des Deutschen Industrie- und Handelstages, a.a.O., S. 88.

Wenn wir zusammenfassend den Blick auf die Erfolge richten, die Versuche mit Lehrabschlußprüfungen vor 1933 erbrachten, so geben die ersten Erfahrungsberichte aus der Sicht der Kammern und des Braunschweiger Verbandes einige Anhaltspunkte. Demnach sollen sich folgende Auswirkungen sofort gezeigt haben¹⁾:

- größere Anstrengungen der Lehrlinge bei ihrer Ausbildung in Betrieb und Schule im Hinblick auf die bevorstehende Prüfung,
- intensiveres Bemühen der Lehrherren um die betriebliche Unterweisung der Lehrlinge, insbesondere auch um planmäßigeres Gestalten des Unterweisungsablaufs,
- engere Verbindungen zwischen Kaufleuten und Lehrern mit der Folge eines wachsenden gegenseitigen Verständnisses und eines stärkeren Bezugs des Unterrichts zur Praxis,
- sorgfältigere Auslese der Lehrstellenbewerber seitens der Betriebe.

Wenngleich die in jenen Jahren durchgeführten Gehilfenprüfungen von den Kammern noch als tastende Versuche verstanden wurden, darf aufgrund dieser Auswirkungen gesagt werden, daß der pädagogische Erfolg der Einrichtung den seit Jahrzehnten von ihren Befürwortern gehegten Erwartungen voll entsprach, ohne daß die befürchteten Nebenwirkungen (zünftlerische Regelung, Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen usw.) eingetreten sind. Trotzdem weitete sich die Zahl der Industrie- und Handelskammern als Träger kaufmännischer Gehilfenprüfungen nur allmählich aus. Für das Jahr 1932 nennen Werner Schötz²⁾ und Ernst Hoffmann³⁾ die Zahl von 43 Kammern, die damals regelmäßig prüften. Noch

-
- 1) Vgl. hierzu Joh. Jahn, Einrichtung freiwilliger kaufmännischer Lehrlings- und Gehilfenprüfungen, a.a.O., S. 120 ff.; Maier (Schopfheim), Diskussionsbeitrag, in: DVkB, Bd. 68, a.a.O., S. 31 f.; Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Leitsätze betreffend Eignungs- und Leistungsprüfungen für kaufmännische Lehrlinge und Gehilfen, abgedruckt in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 46, S. 1098 (Leitsatz 5); IHK Oppeln, JB 1927, S. 61 f., JB 1929, S. 77, JB 1930, S. 86 f.; Jacubowsky, Obligatorische oder freiwillige Gehilfenprüfungen? In: DWZ, 30. Jg. (1933), Nr. 43, S. 1017.
 - 2) Vgl. Werner Schötz, Zur allgemeinen Einführung der Kaufmanns-Gehilfenprüfung, in: Die Deutsche Berufserziehung, 13. Jg. (1933), Nr. 23, S. 355.
 - 3) Vgl. Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 48.

immer verhielt sich der Großteil der amtlichen Industrie- und Handelsvertretungen mißtrauisch abwartend, obwohl die prinzipiellen Einwendungen durch die gesammelten Erfahrungen hinfällig geworden waren. Die von der Prüfung ausgehende indirekte Kontrolle des Ausbildungsbemühens der Betriebe hat die Abneigung der Unternehmer lange beeinflußt. Schon an früherer Stelle war zu zeigen, wie auch andere Maßnahmen zur Ordnung der betrieblichen Lehrlingsausbildung durch ähnliche Befürchtungen vor Eingriffen in das Verhältnis von Lehrherrn und Lehrling verzögert wurden.

Erst Mitte der dreißiger Jahre setzte sich die Kaufmannsgehilfenprüfung endgültig durch und wurde zur heute noch bedeutsamsten pädagogisch motivierten Maßnahme der deutschen Industrie- und Handelskammern. Entgegen den Mehrheitsvorstellungen vor 1933 entwickelte sie sich zwischen 1934 und 1937 faktisch dadurch zu einer Pflichtprüfung, daß die Kammern seitdem nur noch solche Lehrverträge in ihrer Lehrlingsrolle registrieren, in denen sich beide Parteien zur Lehrabschlußprüfung verpflichten¹⁾. Gerade von dieser Verknüpfung der einzelnen Bausteine zu einer in sich geschlossenen Ordnung der kaufmännischen Berufsausbildung hängt die Wirksamkeit des bis heute ausgebauten Systems ab. Den Ansatz hierzu leistete bereits Mitte der zwanziger Jahre wiederum die IHK Oppeln, indem das von ihr herausgegebene Lehrvertragsmuster die Lehrlinge verpflichtete, am Ende ihrer Ausbildung die Gehilfenprüfung abzulegen²⁾. Warum der Ausbau dieses Ordnungssystems nach 1933 unter den Bedingungen eines totalitären Staates relativ schnell erzwungen werden konnte, wurde schon an anderer Stelle kurz erörtert³⁾.

- 1) Zur Entwicklung des obligatorischen Charakters der Lehrabschlußprüfungen vgl. A. B. Krause, Berufsausbildung und Berufserziehung in der gewerblichen Wirtschaft, Sp. 59 ff., Sonderdruck aus: Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe, Jg. 1937; Walther Löbner, Was leistet unser kaufmännischer Nachwuchs? Leipzig 1937, S. 7.
- 2) Vgl. IHK für die Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Annahme von kaufmännischen Lehrlingen, Ziff. 6 Abs. 2 Buchst. a, a.a.O., S. 124; ferner Joh. Jahn, Einrichtung freiwilliger kaufmännischer Lehrlings- und Gehilfenprüfungen, a.a.O., S. 123.
- 3) Vgl. S. 282.

F. Der Beitrag der Industrie- und Handelskammern zur Ausbildung der gewerblichen Lehrlinge in der Industrie

I. Gründe für die Zurückhaltung der Handelskammern auf dem Gebiet der industriell-gewerblichen Lehrlingsausbildung

Obwohl die Handelskammern von Anfang an die Interessen von Handel und Industrie gleichermaßen wahrnahmen - je nach Wirtschaftsstruktur der einzelnen Bezirke war das Gewicht der Gruppen in den Kammergremien freilich unterschiedlich -, war ihr Bemühen um den Nachwuchs der gewerblichen Richtung in der Industrie bis weit ins 20. Jahrhundert hinein erheblich weniger intensiv als die Sorge um die Ausbildung der Kaufmannsjugend. Zwar setzten sich mehrere Kammern schon verhältnismäßig früh dafür ein, gewerbliche Fachschulen zur beruflichen Vorbildung des industriell-technischen Führungsnachwuchses auf- bzw. auszubauen¹⁾. Jedoch erstreckten sich die Überlegungen nicht auf die "breite Masse" der Facharbeiter in Industriebetrieben.

Von einer eigenständigen Lehrlingsausbildung ist im 19. Jahrhundert nur ganz vereinzelt die Rede gewesen. Das gilt hinsichtlich einer industriell-gewerblich orientierten Fortbildungsschule noch stärker als für die Ausbildung im Betrieb.

Die Stellungnahmen von Handelskammern in Jahresberichten und Gutachten liefern mindestens bis zur Jahrhundertwende im Gegensatz zum kaufmännischen Bereich nicht hinreichend Material, welches zur Darstellung von Kamerauffassungen über die Gestalt einer auf die Berufsanforderungen industrieller Arbeiter abgestimmten Fortbildungsschule ausreichen würde²⁾.

1) Vgl. hierzu S. 135 ff., insbes. S. 142 ff.

2) Ein vergleichsweise häufigeres Eingehen auf die Ausbildung gewerblicher Lehrlinge insbesondere in Fortbildungsschulen findet sich in den Berichten der württembergischen Handels- und Gewerbekammern, die zugleich Interessenvertretungen des Handwerks waren. Insoweit sich in den Stellungnahmen die Auffassungen des Handwerks widerspiegeln, sind sie für unsere Untersuchung nicht relevant. Zudem wurde von jenen Kammern im 19. Jahrhundert zwischen handwerklichen und industriellen Lehrlingen in der Regel nicht unterschieden, so daß sich keine deutlichen Konturen nachzeichnen lassen.

Aber auch im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts haben die Kammern nur wenig dazu beigetragen, die berufsbezogene Fortbildungsschule im Hinblick auf den Facharbeiternachwuchs auszugestalten. Als um 1910 in Preußen der Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes zur Diskussion stand, konzentrierten sich die Kammern auf die Abwehr ihrer Ansicht nach nicht zur beruflichen Ausbildung notwendiger Fächer (wie Religion, Staatsbürgerliche Erziehung, Turnen), auf den Widerspruch gegen die Verlegung der Unterrichtszeit in die Tagesstunden sowie gegen das Einbeziehen der "ungerlernten Arbeiter" und der in der Industrie gewerblich tätigen Mädchen in den Kreis der fortbildungsschulpflichtigen Jugendlichen¹⁾. Im Grunde unterschied sich die mehr ökonomisch als pädagogisch motivierte Einstellung insbesondere zu den beiden ersten Fragenkreisen nicht von der, die in bezug auf die kaufmännische Fortbildungsschule vorherrschte. Das gilt auch für die Zeit der Weimarer Republik. Deshalb kann unsere eingehende Untersuchung in jenem Zusammenhang zum Kennzeichnen der Kammerstandpunkte zu Grundfragen der Fortbildungsschule beider Fachrichtungen mit der Einschränkung als beispielhaft gelten, daß die relativ schmale Quellenbasis keine ebenso gesicherten und detaillierten Aussagen zuläßt, wie es hinsichtlich des kaufmännischen Schulwesens möglich war. Andererseits fehlen Anhaltspunkte, die eine abweichende Grundeinstellung belegen könnten.

Die weit geringere Verbundenheit der Handelskammern mit dem gewerblichen Fortbildungsschulwesen kommt auch in dem nur ganz unbedeutenden Umfang finanzieller Zuschüsse seitens der amtlichen Interessenvertretungen der Industrie und des Handels zum Ausdruck. Kennzeichnend ist die Ansicht der Handelskammern im Regierungsbezirk Liegnitz, "angesichts der verhältnismäßig geringen verfügbaren Mittel, diese auf die Förderung der kaufmännischen Fortbildungsschulen zu konzentrieren und die Unterstützung gewerblicher Fortbildungsschulen in erster Linie dem Staat und den Gemeinden

1) Vgl. insbesondere HuG, 18. Jg. (1910/11), Nr. 32, S. 624 - 638. Hier sind - z. T. gekürzt - Stellungnahmen von 19 Handelskammern zum Entwurf eines preußischen Fortbildungsschulgesetzes wiedergegeben. Die Notwendigkeit eines Fortbildungsschulunterrichts für die männlichen gewerblichen Lehrlinge wurde indes allgemein anerkannt.

zu überlassen¹⁾. Eine Übersicht über die Finanzierung der gewerblichen Fortbildungsschulen in der Rheinprovinz und in Westfalen um 1907/08 zeigt, daß keiner einzigen dieser Schulen Geld aus dem Etat einer Handelskammer zufloß; ein der gewerblichen Fortbildungsschule in Siegen gewährter Zuschuß war ausdrücklich für die ihr angeschlossene Handelsabteilung bestimmt²⁾.

Daß die Handelskammern Fragen der industriellen Lehrlingsausbildung lange in so starkem Maße vernachlässigten, läßt sich auf drei Hauptgründe zurückführen.

Einmal ist die Industrie in weitem Umfange aus dem Handwerk gewachsen³⁾ und im Bedarf an Arbeitskräften lange von diesem abhängig gewesen. Soweit die Industrie umfassender ausgebildetes Personal für den Fabrikationssektor, für Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten benötigte, übernahm sie es anfänglich fast ausschließlich, später aber in geringer werdender Zahl vom Handwerk. Im Jahre 1907 teilte der preußische Minister für Handel und Gewerbe dem Abgeordnetenhaus das sonst nicht veröffentlichte Ergebnis einer entsprechenden Erhebung bei 1475 Betrieben mit 311 364 Arbeitern mit⁴⁾. Die "gelernten Arbeiter" - dieser Begriff erwies sich bei der statistischen Auswertung allerdings als nicht eindeutig und schränkt die Genauigkeit der Zahlen etwas ein - verteilten sich der Ausbildung nach folgendermaßen:

1) HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 9, S. 118.

2) Vgl. Handelskammer zu Düsseldorf (Bearb.), Beiträge der Industrie zu den Kosten der Handwerker Ausbildung und der Handwerkerwohlfahrtspflege - Denkschrift der Handelskammern zu Arnsberg, Bielefeld, Bonn, Koblenz, Köln, Dortmund, Düsseldorf, Iserlohn, Lennep, M.Gladbach, Mülheim (Rhein), Münster, Siegen, Trier, Wetzlar. Düsseldorf 1908, Anlage 7: Das gewerbliche Schulwesen in Rheinland und Westfalen, S. 133 - 149.

3) Vgl. Wilhelm Wernet, Kurzgefaßte Geschichte des Handwerks in Deutschland, 3. Aufl., Dortmund 1959, S. 146.

4) Vgl. HK zu Düsseldorf (Bearb.), Beiträge der Industrie zu den Kosten der Handwerker Ausbildung und der Handwerkerwohlfahrtspflege, Denkschrift, a.a.O., S. 44 (auszugsweiser Abdruck einer Rede des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe, Delbrück, vor dem Abgeordnetenhaus).

Tabelle 8

Handwerk und Industrie als Ausbildungsstätten der "gelernten Fabrikarbeiter" nach einer Erhebung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe bei 1475 Fabrikbetrieben (1907)

"gelernte Arbeiter"		bei Hand- werksmei- ster aus- gebildet	in einer Fa- brik ausge- bildet	% - Anteil der in einer Fa- brik Ausge- bildeten
aus der Zeit ¹⁾	insgesamt			
vor 1871	5 790	5 415	375	6,48
1871-1881	14 616	8 150	6 466	44,24
1881-1891	26 902	13 387	13 415	49,87
1891-1901	35 568	14 895	20 673	58,12
1901-1907	27 999	4 715	23 284	83,16

Quelle: Siehe S. 307, Fußn. 4.

Die Industrie bildete also vor 1871 einen nur ganz unbedeutenden Anteil ihrer Fachkräfte selbst aus. Da das Handwerk mehr Lehrlinge hielt, als es später an Gesellen beschäftigen konnte, war die Frage eines eigenständigen Ausbildungswesens der Industrie bis dahin von der quantitativen Seite her nicht dringlich. Unter qualitativem Aspekt fehlte es noch an genauen Vorstellungen von allgemeiner Tragweite, denn die vor der Reichsgründung nur punktuell emporgeblühte Industrie bot hierfür noch keine den deutschen Verhältnissen angemessene tragfähige Grundlage. Der schnelle industrielle Aufschwung in der Folgezeit hat zwar das Spektrum innerbetrieblicher Einzellösungen verbreitert, aber noch lange nicht zu Einsichten geführt, die allgemeine Anerkennung fanden oder gar die Basis für einheitliche Maßnahmen zu einer Ordnung der industriellen Berufsausbildung hätten sein können. Die Handelskammern als die Interessenvertretungen auch der gesamten Industrie verfügten deshalb noch nicht über das Rüstzeug, welches für ein fundiertes bildungspolitisches Vorgehen auf diesem Gebiet erforderlich gewesen wäre.

1) Die Ausführungen des Ministers, auf denen die Tabelle aufgebaut ist, lassen nicht erkennen, ob die auch nicht exakt abgegrenzten Zeitspannen sich auf die Einstellung in den Betrieb oder auf die Ausbildungszeit der erfaßten Arbeiter bezieht. Zum Kennzeichnen des Entwicklungstrends erscheint die Übersicht trotzdem aussagekräftig.

Der zweite Grund wurzelt in der unter dem Einfluß der liberalen Geisteshaltung herausgebildeten Arbeitsverfassung des kapitalistischen Industriebetriebs. Sie war nach Ernst Michel gekennzeichnet durch "das 'freie' Arbeitsverhältnis auf der rechtlichen Grundlage des freien Arbeitsvertrages", das "den Betrieb grundsätzlich von allen Bindungen, die nicht im Vertrag enthalten waren"¹⁾, befreite. Diese im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts allmählich fragwürdig gewordene, aber doch noch nachwirkende Auffassung trat in der Industrie noch ausgeprägter als im Handel hervor. Sie entzog das Lehrlingswesen insbesondere in pädagogischer Hinsicht sehr weitgehend der Kontrolle und dem Einfluß außerbetrieblicher Kräfte²⁾ und damit auch der Handelskammern. Die rasch wachsende und im Zuge des Verästeln und Spezialisierens zahlreiche Erwachsenenberufe schaffende Industrie glaubte in dieser Phase ihrer Entwicklung ein großes Maß an personeller Dispositionsfreiheit zu erfordern, um den wirtschaftlichen Anschluß an die benachbarten Industrieländer zu finden. Zu einer gemeinsamen Suche nach angemessenen Wegen der Nachwuchsbildung fühlte sie sich noch nicht veranlaßt; eine Zurückhaltung, die sich zwangsläufig in verstärktem Maße auf die mit einem öffentlich-rechtlichen Auftrag ausgestatteten Handelskammern übertrug und erst nach der Jahrhundertwende in Ansätzen, seit den zwanziger Jahren im wesentlichen überwunden wurde.

Die gegenüber den Mißständen im kaufmännischen Lehrlingswesen recht kritischen Kammern stellten einzelne in der Industrie hervorgetretene Mängel nicht in vergleichbarem Maße heraus. Das mag daran liegen, daß sich die Handelskammern über die Verhältnisse in der Industrielehre nicht so gut informiert fühlen konnten wie über die betriebliche

1) Ernst Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, ihrer Krisenformen und Gestaltungsversuche, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1953, S. 115 (beide Zitate).

2) Die seit 1853 in Preußen und seit 1872 in Sachsen bestehende staatliche Fabrikinspektion wurde zwar 1878 allgemein obligatorisch, erstreckte sich direkt aber mehr auf den Schutz der jugendlichen Arbeiter als auf die pädagogische Seite der Lehrlingsausbildung. Vgl. hierzu Stephan Bauer, Arbeiterschutzgesetzgebung, in: Ludwig Elster u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 1. Bd., Jena 1923, S. 469.

Ausbildung im kaufmännischen Bereich. Denn die Kammermitglieder waren - ob Großhändler, Einzelhändler oder Fabrikanten bzw. Fabrikdirektoren - zwar fast ausnahmslos kaufmännisch, aber doch nur in verhältnismäßig kleiner Zahl auch gewerblich-technisch gebildete Männer. Auch die Kammer-syndici vor 1933 waren mit kaufmännisch-wirtschaftlichen Fragen besser vertraut als mit dem technischen Produktionsprozeß. In der personellen Struktur der Handelskammern ist deshalb der dritte Grund zu suchen, warum sie sich allgemein relativ wenig mit Fragen der gewerblichen Bildung befaßten.

II. Ansätze einer Orientierung über die Grundlagen einer Ausbildung im Industriebetrieb in den Jahren 1875 - 1877

Einzelne Großbetriebe hatten die Notwendigkeit, selbst um einen Facharbeiternachwuchs in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht besorgt zu sein, schon recht zeitig erkannt. Bereits 1821 entstand die erste industrielle Lehrwerkstatt Deutschlands in der Nähe Würzburgs. Als sich aber infolge der "abnormen Verhältnisse der Jahre 1871 - 1873, in denen die stärkste Nachfrage nach Arbeitskräften herrschte"¹⁾, die Lage auf dem Arbeitsmarkt ungewöhnlich zuspitzte und bei den Arbeitern zu häufigem Stellenwechsel wie zu Leistungsabfall geführt hatte, richtete sich das Augenmerk weiter Kreise insbesondere auf das Lehrlingswesen in Handwerk und Industrie. Der Verein für Socialpolitik veröffentlichte 1875 16 Gutachten zur Reform des Lehrlingswesens, in denen ein Besinnen auf die veränderten Grundlagen der Nachwuchsbildung im Vordergrund stand²⁾. Die Reichsregierung

1) HK Hannover, JB 1877, S. 32.

2) Vgl. Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, a.a.O. Die Fragen, mit denen sich die Gutachter auseinanderzusetzen hatten, lauteten:

"I. Welche Veränderungen haben sich seit Auflösung der alten Gewerbeverfassung in der Lage der Lehrlinge in Deutschland in der Groß- und Kleinindustrie vollzogen?

II. Welche Verbesserungen können mit Erfolg durch die freie Thätigkeit von einzelnen Arbeitgebern, sowie von Arbeiter- und Arbeitgebervereinen angebahnt werden?

III. Wie kann die Gesetzgebung fördernd und anregend oder zwingend einwirken?"

nahm eine umfassende Enquête in Angriff¹⁾, und der preußische Minister für Handel und Gewerbe führte 1877 eine Erhebung zu der Frage durch, "ob und in wie weit neben einer Reform des Lehrlingswesens der Handwerker auch eine gesetzliche Regelung des Fabriklehrlingswesens mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden könne"²⁾.

Die Handelskammern wurden insbesondere in die letztgenannte Umfrage einbezogen. Es ist kennzeichnend für die Unsicherheit und Unschlüssigkeit der Kammern auf dem Gebiet der Ausbildung von Fabriklehrlingen, daß sich ihre sehr vorsichtig formulierten Stellungnahmen nicht wie bei Gutachten bezüglich des kaufmännischen Bildungswesens auf eigene Beobachtung und Urteilsbereitschaft stützten, sondern auf die von Industriebetrieben erbetenen Auskünfte und Empfehlungen. Deshalb lohnt es sich nicht, solche Berichte näher zu untersuchen, die im wesentlichen nur an die Regierungen weitergegebene Zusammenfassungen von Erhebungsergebnissen darstellen. Oft ist nicht zu klären, inwieweit sich in ihnen eigentlich die Ansichten der Handelskammern widerspiegeln.

Der Wert der Berichte aus Anlaß der Enquêtes oder der Erörterungen des Vereins für Socialpolitik für die Bildungsarbeit der Handelskammern lag vor allem darin, daß von solchen äußeren Anstößen ein gewisser Zwang ausging, sich mit den Grundlagen und besonderen Bedingungen einer Ausbildung im Fabrikbetrieb überhaupt zu befassen und sich ihrer bewußt zu werden. Unter diesem Gesichtspunkt vermag die kurze Betrachtung einiger Leitgedanken von weitergehenden Stellungnahmen zu verdeutlichen, in welche Richtung die Einsichten einzelner Kammern Mitte der siebziger Jahre zielten.

Voran stand die Erkenntnis, der Begriff des "gelernten Arbeiters" und damit die Ausbildung Jugendlicher in den Fabriken sei wesentlich vielschichtiger zu verstehen als im Handwerk. Zwar hielt die HK Düsseldorf "ein geordnetes Lehrverhältnis ... im Interesse des Fortschrittes der einzelnen Industrien zu höherer Vollendung sowohl als zum Wohle der

1) Vgl. Lore Conzelmann, a.a.O., S. 71.

2) HK Düsseldorf, JB 1877, S. 11.

Arbeiter selbst"¹⁾ für wünschenswert, und die HK Sorau erhoffte, ein Gesetz über das Lehrlingswesen werde es ermöglichen, "daß die heranwachsende Jugend in den Fabriken zu einer vielseitigen Thätigkeit herangebildet werden kann, da derjenige, welcher alltäglich ein ganz bestimmtes Arbeitsstück liefert, zwar eine gewisse Fertigkeit darin erlangt, aber wenn das Arbeitsstück bei der jetzt mit Wundeseile fortschreitenden Veränderung der Arbeit nicht mehr gebraucht wird, ein Stümper für andere Arbeiten geworden ist"²⁾. Aber die Altesten der Kaufmannschaft Magdeburg machten darauf aufmerksam, die Industrie benötige neben solchen analog zu den Handwerkern ausgebildeten Kräften eine große Zahl von Arbeitern und bilde sie in wenigen Monaten oder gar Wochen aus, "die allmählig sich gewisse Handfertigkeiten derart aneignen, daß sie vollständig in die Kategorie der gelernten Arbeiter gehören"³⁾. Als Kriterien der Abgrenzung beider Gruppen sahen sie die Zahlung eines Lohnes und die Gelegenheit entweder zu einer nur einseitigen oder aber einer umfassenderen Ausbildung an⁴⁾. Die HK Hannover gliederte die gelernten Arbeiter, die sie von den Kräften ohne jede Ausbildung deutlich abgrenzte, ebenfalls in zwei Gruppen mit ähnlichen Merkmalen, hielt es aber für kaum möglich, angesichts der sich verändernden Betriebsbedingungen in Richtung auf immer weiter fortschreitende Arbeitsteilung eine Antwort auf die Frage zu geben, in welchem Umfange die Industrie zukünftig ausgebildete Kräfte der verschiedenen Kategorien benötigen werde⁵⁾.

Die Differenzierung der in der industriellen Fertigung und Instandhaltung Beschäftigten unter dem Aspekt des Ausbildungsumfangs, die sich an den Anforderungen der Betriebe orientierte, verdeutlicht die Einsicht, daß die Maßstäbe der handwerklichen Lehrlingsbildung nicht auf die Gesamtheit des ausbildungsbedürftigen Nachwuchses der Fabriken übertragen werden konnte. Vielmehr stellte eine beachtlich

1) Ebenda, S. 12.

2) HK Sorau N.-L., JB 1877, S. 4.

3) AedK Magdeburg, JB 1877, S. 14.

4) Vgl. ebenda.

5) Vgl. HK Hannover, JB 1877, S. 30 ff.

breite Schicht zwischen den ungelernten und den nach Art des Handwerks ausgebildeten Arbeitern berufspädagogisches Neuland dar, das aber nicht von den Handelskammern bearbeitet wurde, sondern den Betrieben überlassen blieb. In der Ungewißheit über die dauernden beruflichen Bewährungschancen jener einseitig ausgebildeten Schicht ist der Grund zu sehen, warum einige Kammern an der Zweckmäßigkeit einer umfassenden Lehre im Rahmen oder nach dem Vorbild des Handwerks für möglichst viele Fabrikarbeiter ausdrücklich festhalten wollten¹⁾.

Andererseits war auch den Handelskammern nicht entgangen, daß das Lehrlingswesen nach Auflösung der Zunftverfassung, insbesondere nach Inkrafttreten der Gewerbeordnung von 1869, insgesamt seinen inzwischen schon weit fortgeschrittenen Verfall erkennen ließ. Es wird von "grelle(n) Mißstände(n)" gesprochen. Vor allem wachse "die Zuchtlosigkeit der Lehrlinge ... in's Unerträgliche"²⁾. Aber auch auf der Seite der Lehrherren wurde - wenngleich als Ausnahme - die Schuld gesucht. Die HK Leipzig stellte fest: "Nicht um seine Befähigung zum Heranbilden tüchtiger Arbeiter zu verwerthen, sucht man Lehrlinge, sondern um wohlfeile Arbeitskräfte zu haben, wohl auch einen Diensthoten zu ersparen."³⁾

Der rechtliche Hintergrund dieser Entwicklung war der Wegfall von Strafbestimmungen und der Abhängigkeit des Lehrherrn von der Zunft. Obwohl die Veränderungen das Handwerk betrafen, haben sie sich auf dem Wege über einen Wandel der Grundeinstellung der an der Lehrlingsausbildung beteiligten Parteien auch auf solche Ausbildungsverhältnisse ausgewirkt, die schon zuvor nicht den Zunftordnungen unterlagen.

Im Rahmen der Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik 1875 stützte sich der Berichterstatter Brinckmann⁴⁾ bei der Analyse der veränderten Grundlagen des Lehrlingswesens

1) So insbesondere HK Leipzig, JB 1874/75, S. 24; vgl. ferner die bereits zitierten Standpunkte der HKn Düsseldorf (JB 1877, S. 12) und Sorau N.-L. (JB 1877, S. 4).

2) HuGK für Oberbayern, JB 1872/73, S. 31 (beide Zitate).

3) HK Leipzig, JB 1874/75, S. 25.

4) Vgl. Lore Conzelmann, a.a.O., S. 73, Fußnote 2.

besonders auf das Gutachten des Mainzer Handelskammersekretärs Julius Schulze. Da Schulze in seiner Eigenschaft als Kammersekretär Stellung genommen hatte, darf vermutet werden, daß das Gutachten in seinen wesentlichen Punkten auch die Auffassung der HK Mainz widerspiegelt. Schulze führte aus, als "letzten Grund" der veränderten Bedingungen erkenne er "die gänzliche Loslösung des modernen Lehrlingswesens vom inneren Zusammenhange mit dem betr. Gewerbe in seiner Gesamtheit"¹⁾, und zwar als zwangsläufige Folge der Wandlungen in der gesamten Wirtschaftsstruktur, weniger als Ergebnis gesetzlicher Eingriffe. Die HK Leipzig stimmte damit insoweit überein, als auch sie die Übelstände auf "weit tiefer liegende Ursachen ..., welche mit der geschichtlichen Entwicklung unserer Industrie vor Einführung der Gewerbefreiheit zusammenhängen"²⁾, zurückführte. Während aber Schulze zur Kontrolle des Lehrlingswesens eine mit öffentlicher Autorität ausgestattete, "aus Gewerbetreibenden und Gewerbsgehilfen gemischte Körperschaft" empfahl, die die Ausbildung des Nachwuchses wieder zu einer "gesellschaftliche(n) Einrichtung" in zeitgemäßer Form erhebe³⁾, vertrat die Kammer Leipzig den Standpunkt, das Heilmittel liege "nicht sowohl in der Wiederaufrichtung veralteter Schranken, als in der Hebung der allgemeinen, namentlich der wirtschaftlichen Bildung, sowie des fachmäßigen, technischen Könnens"⁴⁾. Wie dies hinsichtlich der Betriebslehre zu verwirklichen sei, vermochte sie allerdings nicht zu umreißen.

Das Gutachten des Mainzer Handelskammersekretärs ist aber auch deshalb aufschlußreich, weil es deutlicher als die anderen vom Verein für Socialpolitik eingeholten Stellungnahmen auf die spezifischen Grundlagen des "großindustriellen" Lehrlingswesens eingeht. Schulze stellte fest, dem Großbetrieb komme es nicht darauf an, den Nachwuchs zu einem selbständigen Geschäftsbetrieb zu befähigen, sondern er wolle in der Hauptsache entweder einen Meister des

1) Julius Schulze, Gutachten, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, a.a.O., S. 113.

2) HK Leipzig, JB 1876, S. 10.

3) Vgl. Julius Schulze, a.a.O., S. 123 f.

4) HK Leipzig, JB 1874/75, S. 14; fast wörtlich ebenso dieselbe, JB 1876, S. 10.

"Etablissements" mit den Funktionen eines Aufsehers und dem erforderlichen Überblick über seinen größeren Arbeitsbereich heranbilden oder aber "einen tüchtigen Arbeiter für eine bestimmte, nach den Bedürfnissen des Etablissements abgegrenzte Hantierung gewinnen, was doch immer mehr oder weniger auf bloße Abrichtung hinauslaufen wird"¹⁾.

Hier zeigt sich also schon die 1877 von anderen Kammern - wie oben dargelegt - erkannte Schichtung gelernter Arbeiter unter dem Gesichtspunkt des Ausbildungsumfangs. Schulze sah die qualifiziertere Schicht jedoch bereits aus der Abhängigkeit vom handwerklichen Ausbildungsmodell gelöst und war von der Möglichkeit einer spezifisch industriebezogenen Grundbildung der Lehrlinge überzeugt.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß der im Rahmen weitreichender Auseinandersetzungen während der siebziger Jahre erfolgte Vorgang des Besinnens auf die veränderten Grundlagen des Lehrlingswesens zumindest bei einem Teil der Handelskammern die Einsicht in die Erfordernisse und spezifischen Schwierigkeiten der Ausbildung in industriellen Betrieben gefördert und damit zu allerdings noch nicht sehr bedeutenden Ansätzen für eine überbetriebliche Orientierung der offiziellen Interessenvertretungen der Industrie geführt hat. Auf diesen Grundlagen hätten bei entsprechender Vertiefung Empfehlungen der Handelskammern aufbauen können. Das geschah nicht. Die Gründe dafür wurden bereits weiter oben untersucht. Rund ein Vierteljahrhundert lang enthielten sich die zur Vertretung der Gesamtinteressen der Industrie gesetzlich berufenen Körperschaften nennenswerter weiterer Untersuchungen und Stellungnahmen.

III. Forderungen des Handwerks als Anstoß zu weiteren Untersuchungen (1900 - 1914)

Die Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 hatte für das Lehrlingswesen des Handwerks wieder feste Grundlagen für ordnende Instanzen mit gesetzlich umrissenen Kontrollaufgaben geschaffen. Den neu zu gründenden Handwerkskammern

1) Julius Schulze, a.a.O., S. 116.

und den Innungen wurden die "nähere Regelung des Lehrlingswesens" und eine Reihe weiterer spezieller Aufgaben im Rahmen der handwerklichen Nachwuchsbildung übertragen¹⁾. Das Recht zur Lehrlingsausbildung in Handwerksbetrieben wurde durch § 129 auf solche Personen beschränkt, die "entweder die von der Handwerkskammer vorgeschriebene Lehrzeit, oder solange die Handwerkskammer eine Vorschrift über die Dauer der Lehrzeit nicht erlassen hat, mindestens eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben, oder fünf Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbständig ausgeübt haben oder als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung thätig gewesen sind"²⁾. Nach § 133 konnte den Meistertitel im Rahmen einer Meisterprüfung nur erwerben, wer das Recht zur Anleitung von Lehrlingen gemäß § 129 besaß und mindestens drei Jahre als Geselle gearbeitet hatte³⁾.

Die den Handwerkern durch diese Regelung eingeräumten Qualifikationsmöglichkeiten bzw. auferlegten -pflichten riefen in den Kreisen der Industrie hier und da den Wunsch nach, für die innerhalb der Fabriken ausgebildeten gewerblichen Lehrlinge den Zugang zu der Gesellen- wie zu der Meisterprüfung ebenfalls zu öffnen. Nachdem der preussische Handelsminister das Gesetz dahingehend kommentiert hatte, daß die in Großbetrieben und in Handwerksbetrieben ausgebildeten Handwerker hinsichtlich des Erwerbs der Befugnis zur Lehrlingsausbildung völlig gleichgestellt sein sollten und die Prüfungsausschüsse beide Gruppen prüfen könnten⁴⁾, bestand zwar kein Zweifel mehr, daß auch die in Industriebetrieben ausgebildeten handwerklichen Lehrlinge beide Berechtigungen anstreben konnten. Aber die Handwerkskammern nahmen ihre und der Innungen vorläufige Monopolstellung als Prüfungssträger zum Anlaß, in Form verschiedener Bedingungen und Wünsche auf das Lehrlingswesen der Industrie Einfluß zu suchen.

1) Vgl. Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 26. Juli 1897, §§ 103 e (Handwerkskammern) und 81 a Ziff. 3 (Innungen), in: Reichs-Gesetzblatt 1897, S. 687 bzw. 663.

2) Ebenda, § 129 Abs. 1.

3) Vgl. ebenda, § 133 Abs. 1.

4) Vgl. HuG, 9. Jg. (1901/02), Nr. 36, S. 593 f.

Bereits kurze Zeit nach Errichtung der ersten Handwerkskammern kam es namentlich in Württemberg, später auch in anderen Teilen des Reichs zu Auseinandersetzungen über die Befugnisgrenzen der Handwerksvertretungen im Zusammenhang mit der Abnahme von Gesellenprüfungen der in der Industrie ausgebildeten Anwärter. Einige Handwerkskammern beharrten darauf, die in den Fabriken handwerksmäßig ausgebildeten Lehrlinge seien zu Beginn der Lehrzeit in die Lehrlingsrolle des Handwerks einzuschreiben¹⁾. Die württembergischen Handelskammern, soweit derartige Forderungen in ihren Bezirken erhoben worden waren, reagierten schroff ablehnend. Es sei offensichtlich Zweck des Ansinnens, so wurde erwidert, den Handwerkskammern "eine Kontrolle der Lehrverträge und der Erfüllung der Pflichten, die der Lehrherr gegenüber dem Lehrling hat, zu ermöglichen"²⁾. Die HK Stuttgart berichtete später, in Einzelfällen seien Fabriklehrlinge von den Prüfungen zurückgewiesen worden, weil sie nicht zur Lehrlingsrolle angemeldet waren³⁾.

Die allgemeine Anmeldepflicht ließ sich aber bei der gegebenen Rechtslage und dem Widerstreben der Industrie nicht durchsetzen. Daraufhin wurde versucht (Initiative der Handwerkskammer Reutlingen), die Vertragsbedingungen von Lehrlingen in Industrie- und in Handwerksbetrieben allgemein in der Dauer der Lehrzeit (mindestens drei Jahre) und im Verzicht auf einen Lehrlingslohn im Sinne der Handwerkskammern zu vereinheitlichen. Auch diese offensichtlich aus Konkurrenzangst geborenen Wünsche fanden nicht die Unterstützung der württembergischen Handelskammern. Zum Teil auf der Grundlage von Erhebungsergebnissen vertraten sie die Ansicht, daß bei der Verschiedenheit der Verhältnisse "die Festlegung einer Gleichmäßigkeit nicht angängig erscheinen"⁴⁾ und es außerdem unmöglich sei, die Fabrikanten zu einer Einigung zu bringen⁵⁾.

Erfolg der Verhandlungen war also lediglich, daß die Handelskammern für unangemessen gehaltene Forderungen der

1) Vgl. ebenda, Nr. 9, S. 99.

2) HKn in Württemberg, JB 1901, S. 59.

3) Vgl. HK Stuttgart, JB 1912, S. 386.

4) HKn in Württemberg, JB 1902, S. 74 (HK Reutlingen).

5) Vgl. ebenda, S. 75 (HK Rottweil).

Handwerkskammern abwehren und somit der Industrielehre weiterhin größere Beweglichkeit sichern konnten.

In dieser Richtung ist auch das "Sturmlaufen" der HK Dresden gegen Bestrebungen zu werten, das Recht der Lehrlingsausbildung von der Meisterprüfung abhängig zu machen¹⁾. Als der "kleine Befähigungsnachweis" einige Jahre später eingeführt wurde, blieben die Handelskammern aber auffallend zurückhaltend.

Die Vollversammlung des Deutschen Handelstages faßte schließlich am 20. März 1908 eine Resolution, die der schon 1902 vom Vorsitzenden der HK Leipzig, Zweiniger, eingeschlagenen taktischen Linie²⁾ genau folgte, indem sie die den Handelskammern noch kaum bewußte eigene Zuständigkeit für die Ordnung der gewerblichen Ausbildung in der Industrie hervorhob. In der Resolution heißt es: "Das durch § 38 des Handelskammergesetzes den Handelskammern zugesprochene Recht zur Bildungsarbeit ist auch für viele Zweige der Industrie als eine nützliche und zweckmäßige Bestimmung anzusehen; jeder Versuch, diese Zuständigkeit der Handelskammern einzuschränken oder die ihnen unterstehenden Betriebe in dieser Richtung den Handwerksorganen dienstbar zu machen, ist entschieden zurückzuweisen."³⁾

Ein weiterer, konstruktiver Beitrag ist noch nicht festzustellen, obwohl maßgebende Kammervertreter die den Jugendlichen aus der damaligen Fabrikarbeit erwachsenen Gefährdungen erkannten. Der Stuttgarter Handelskammersyndikus F. C. Huber sah sie in folgendem⁴⁾: 1. Einseitigkeit der arbeitsteiligen Beschäftigung, 2. Einseitigkeit der Auffassung von der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, 3. kein Gesellenwandern und 4. Hereinziehen der jungen Leute "in das Parteigetriebe". Außer dem Hinweis auf die Zweckmäßigkeit industrieller Lehrwerkstätten konzentrierte sich Hubers Vorschlag zur Abhilfe darauf, es der Schule aufzuerlegen, in den Jugendlichen die Fähigkeit zu ent-

1) Vgl. HK Dresden, JB 1902, I. Teil, S. 38 f.

2) Vgl. HuG, 10. Jg. (1902/03), Nr. 31, S. 547.

3) Resolution der Vollversammlung des Deutschen Handelstages vom 20. März 1908, abgedruckt in: HK Essen, JB 1908, Teil I, S. 25.

4) Vgl. o. V. (F. C. Huber), Zur Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, a.a.O., S. 182.

wickeln, "die großen Gegensätze zwischen realen Pflichten und idealen Kräften schon früh zu begreifen, zu erkennen und zu schätzen"¹⁾.

Bevor wir untersuchen, welchen Fortgang die Auseinandersetzungen über die Prüfungen der Industrielehrlinge nahmen, ist auf die Wirkungen einer weiteren Forderung des Handwerks einzugehen, die den Handelskammern in gleicher Weise eine Orientierung über das Lehrlingswesen in den Fabriken abforderte und die Argumente der späteren Diskussion verständlicher macht. Daß die "Großindustrie" einen Teil ihres Bedarfs an umfassend ausgebildeten Arbeitskräften auch noch Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem Kreis der Handwerksgesellen gewann, wurde bereits dargestellt. Die auffallend militant vorgehenden Handwerkskammern leiteten aus diesem Zubringerdienst ihrer Mitglieder das Recht ab, von der Industrie Beiträge zu den ihnen und den Innungen entstehenden Kosten der Bildungsarbeit zu fordern²⁾. Der Deutsche Innungs- und Handwerkertag beschloß 1907 in Eisenach, er müsse sein tiefstes Bedauern darüber aussprechen, daß sich die Mehrzahl der deutschen Fabrikanten der Pflicht zur optimalen theoretischen wie praktischen Lehrlingsausbildung völlig entziehe. Er erklärte weiter:

"Nachdem alle Vorstellungen und jeder Appell des Handwerks an das Billigkeits- und Gerechtigkeitsgefühl der Industrie ergebnislos geblieben, das Handwerk aber nicht willens ist, auf seine Kosten der Großindustrie auch ferner die Arbeiter auszubilden, beschließt der Innungs- und Handwerkertag, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß auch die Großindustrie zu den Wohlfahrtseinrichtungen der Innungen und Handwerkskammern, soweit dieselben das Gesellen- und Lehrlingswesen betreffen, mit Beiträgen herangezogen ... werden."³⁾

Wenn die rheinisch-westfälischen Handelskammern⁴⁾ mit der

1) Ebenda.

2) Vgl. HK zu Düsseldorf (Bearb.), Beiträge der Industrie zu den Kosten der Handwerker Ausbildung und der Handwerkerwohlfahrtspflege, Denkschrift, a.a.O., S. 10 ff. Dort sind mehrere einschlägige Resolutionen von Handwerkervertretungen abgedruckt.

3) Ebenda, S. 11.

4) Die Handelskammern, in deren Namen die Denkschrift veröffentlicht wurde, sind S. 307, Fußnote 2 genannt. Die Erhebung erstreckte sich außerdem auf die Kammerbezirke Bochum, Duisburg und Mülheim (Ruhr).

Kammer Düsseldorf an der Spitze daraufhin die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses in der Industrie ihrer Bezirke durch eine umfangreiche empirische Erhebung untersuchten und in einer im Namen von 15 Handelskammern herausgegebenen Denkschrift darstellten, so kam der Anstoß also wiederum von außen, nicht aber aus der Einsicht der Handelskammern, daß das Lehrlingswesen an sich diese Orientierung erfordere.

Die Erhebung aus dem Jahre 1908 brachte auf der Grundlage eigener Angaben der Industrie das Ergebnis, daß von 898 Betrieben, die auf die Umfrage antworteten, zwar 588 mit 245 699 Arbeitern insgesamt 10 678 Lehrlinge beschäftigten, von diesen 588 Betrieben aber nur 258 auf handwerksmäßig ausgebildete Kräfte angewiesen waren, und zwar hinsichtlich der einzelnen Industriezweige in sehr unterschiedlichem Maße bei einem Gesamtdurchschnitt von 2,58 % der Industriearbeiter¹⁾. Das war ein für die Gewichtung der Industrielehre bedeutsames Resultat. Die Handelskammern machten mit Recht darauf aufmerksam, der Anteil der tatsächlich von der Industrie beschäftigten Handwerksge-sellen entspreche keineswegs dem Bedarf. Vielmehr müsse ein erheblicher Prozentsatz "in gänzlicher Unberücksichtigung ihres erlernten Gewerbes als einfache Fabrikarbeiter" (z. B. ehemalige Bäcker, Schuster usw.) tätig sein, weil die Lehrlingsausbildung jener Handwerkszweige den Nachwuchsbedarf übersteige²⁾. Die Schlußfolgerung wies deshalb darauf hin, die Industrie sei zwar "noch in beschränktem Maße, aber nicht notwendig" von im Handwerk ausgebildeten Kräften abhängig³⁾, sie leiste aber dafür den Dienst, daß sie Kräfte aufnehme, "die das Handwerk zwar ausgebildet hat, aber entweder überhaupt nicht oder doch nicht in derselben Weise ernähren kann wie die Industrie"⁴⁾. Ein Anspruch auf finanzielle Beiträge der Industrie an das Hand-

1) Vgl. HK zu Düsseldorf (Bearb.), Beiträge der Industrie ..., Denkschrift, a.a.O., S. 45 f. und 50. Das Angewiesensein auf handwerksmäßig ausgebildete Kräfte besage jedoch nicht, daß die Ausbildung in Handwerksbetrieben erfolgt sein müsse. Vgl. ebenda, S. 45.

2) Vgl. ebenda, S. 46.

3) Vgl. ebenda.

4) Ebenda, S. 64.

werk bestehe deshalb nicht. Diesen Standpunkt nahm 1909 auch der Deutsche Handelstag ein¹⁾).

Wie sahen aber die 15 rheinisch-westfälischen Handelskammern die Ausbildung der Lehrlinge in der Industrie?

Hatten die Untersuchungen einiger Kammern 30 Jahre zuvor die Lehrlingsausbildung mit mehrjähriger Dauer auch innerhalb der Großbetriebe noch beinahe ausschließlich am Maßstab der Handwerkslehre gemessen und die Entwicklung eines spezifisch industriebezogenen "vollwertigen" Ausbildungsganges nur als Vision erkennen lassen, so zeigte sich jetzt, daß in der Zwischenzeit die Einsicht in besonders geartete Ausbildungserfordernisse der Industrie insbesondere auf der Ebene der mit den Handwerksgehlen vergleichbaren Qualifikationsstufe gewachsen war. Der Unterschied zwischen Fabriklehrling in seinem damaligen Erscheinungsbild und Handwerkerlehrling vergleichbaren Niveaus war deutlicher geworden²⁾. Die Ausbildung der Lehrlinge in der Fabrik, so sagte die Denkschrift, erstrebe "die größte Fachfertigkeit auf einem bestimmten Gebiete oft im engen Zusammenhang mit gewissen Maschinengruppen. Sie wendet den Grundsatz der Arbeitsteilung ... schon folgerichtig bei der Lehrlingsausbildung an."³⁾ Die rheinisch-westfälischen Kammern gingen bei dieser Charakterisierung davon aus, der Industriearbeiter solle "ja doch sein ganzes Können und Verstehen auf eine bestimmte, ihm fest zugewiesene, fest begrenzte Verrichtung richten ... Er soll seinen Teil an dem Arbeitstücke mit herstellen lernen, nicht wie der Handwerker fertig aus seinen Händen gehen sehen."⁴⁾ So sehr eine solche Kennzeichnung den wirtschaftlichen Zwecküberlegungen des Betriebes entsprechen konnte, so wenig wurde sie allerdings den sich anbahnenden arbeitspädagogischen Erkenntnissen mit dem Postulat vom "Vollendungswert der Arbeit" (Kerschensteiner) gerecht. Bernhard Jauch bezeichnete

1) Vgl. HK Köln, JB u. Mitt. 1909, Heft 1, S. 12.

2) Vgl. hierzu auch die vom Verband Ostdeutscher Industrieller erarbeiteten "Gesichtspunkte für die Ausbildung von Lehrlingen in Fabrikbetrieben", abgedruckt in: HuG, 10. Jg. (1902/03), Nr. 33, S. 591 f.

3) HK zu Düsseldorf (Bearb.), Beiträge der Industrie ..., Denkschrift, a.a.O., S. 56.

4) Ebenda, S. 53 f.

sie aber auch als "vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu einseitig und zu eng"¹⁾.

Obwohl die Denkschrift im wesentlichen darauf angelegt war, die Verdienste der Industrie um die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses im Vergleich mit dem Handwerk in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen und sie nicht der HK Berlin zustimmte, die Fabrikanten scheuten Mühe und Kosten im Ausbildungsbereich, "weil sie ungewiß sind, ob sie deren Früchte genießen werden"²⁾, sprachen die Kammern doch offen aus, es sei "dringend erwünscht, daß sich die Industrie der Lehrlingsausbildung in noch größerem Umfange annimmt und die Art dieser Ausbildung vertieft"³⁾. Diese vorsichtige und schonende Beurteilung ist nicht zuletzt auch auf taktische Gründe im Hinblick auf die Forderungen des Handwerks zurückzuführen. Je deutlicher die Unterschiede der Lehrlingsausbildung einerseits im Handwerksbetrieb und andererseits in der Industrie wurden, desto weniger konnte die Möglichkeit befriedigen, die von der Industrie ausgebildeten Lehrlinge den Gesellenprüfungen der Handwerksvertretungen zuzuführen.

Einige Handelskammern berichteten aufgrund von Umfragen in ihren Bezirken, man halte angesichts der Ausbildungsunterschiede eine Prüfung durch die Handwerkskammern für zwecklos oder zumindest nicht für wünschenswert⁴⁾. Die Berichte anderer Kammern lassen dagegen ein Interesse der Industrie an Lehrabschlußprüfungen erkennen⁵⁾. Von beiden Seiten wurde aber die Forderung erhoben, daß - falls solche Prüfungen durchgeführt würden - auf die spezifische Ausbildung der

1) Bernhard Jauch, Das gewerbliche Lehrlingswesen in Deutschland seit dem Inkrafttreten des Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897 mit besonderer Berücksichtigung Badens, Diss. Freiburg i. Br. 1911, S. 4.

2) HK Berlin, JB 1907, I. Teil, S. 24.

3) HK zu Düsseldorf (Bearb.), Beiträge der Industrie ..., Denkschrift, a.a.O., S. 65. Vgl. hierzu auch HK Wetzlar, JB 1908, S. 26, wo aufgrund der Ergebnisse der Denkschrift besonders die Notwendigkeit einer systematischen Ausbildung betont wird.

4) Vgl. HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 32, S. 590 (HK Bromberg); HK Halberstadt, JB 1912/13, S. 5; HK Hannover, JB 1912, I. Teil, S. 59; HK Magdeburg, Verh. u. Mitt., Jg. 1912, Nr. 8/9, S. 159 f.

5) So z. B. HK Nürnberg, JB 1912, S. 88; HK Stuttgart, JB 1912, S. 389.

Industrielehrlinge Rücksicht genommen werden müsse. Befürworter wie Gegner der Handwerksgesellenprüfung stimmten darin überein, es werde den nur aus Vertretern von Handwerksbetrieben zusammengesetzten Prüfungsausschüssen kaum möglich sein, die Leistungen der Fabriklehrlinge richtig zu würdigen. Die HK Stuttgart berichtete aufgrund der in Württemberg gemachten Erfahrungen über "zum Teil schwere Klagen gegen die Art der Prüfung"¹⁾. Die Beurteilung erfolge auf der Grundlage veralteter Arbeitsmethoden und werde häufig durch eine "unverkennbare Parteilichkeit" beeinflusst²⁾.

Eine Kompromißlösung zeichnete sich dadurch ab, daß die Handelskammern Prüfungsausschüsse zu akzeptieren geneigt waren, in denen Vertreter der Industrie volles Stimmrecht besitzen würden. Beispielsweise gab die bayerische Staatsregierung an die Handels- und die Handwerkskammern des Landes die Anregung des bayerischen Industriellenverbandes weiter, solche "gemischte Kommissionen" auf dem Wege einer für ganz Bayern gültigen Vereinbarung zwischen den Handels- und den Handwerksvertretungen mit der Prüfung von Fabriklehrlingen zu betrauen³⁾. Zu einer einheitlichen Regelung kam es am Vorabend des ersten Weltkrieges jedoch nicht, obwohl die bayerischen Handelskammern zum großen Teil dem Vorschlag zustimmten. Das Handwerk war offensichtlich nicht bereit, in die volle Parität der Ausschüsse einzuwilligen. Nachdem sich aber Handwerks- und Handelskammern in den Regierungsbezirken Pfalz, Oberpfalz und Schwaben auf Prüfungen durch Ausschüsse des Handwerks geeinigt hatten, schloß auch die HK München mit der Handwerkskammer von Oberbayern eine Vereinbarung. Danach hatte die Handelskammer das Recht, zwei der vier Beisitzer der von der Handwerkskammer geführten Prüfungsausschüsse zu bestellen⁴⁾. Die HK Nürnberg war dagegen nicht in einem solchen Maße zu Zugeständnissen bereit. Sie betrachtete, wie schon 1902 vom Verband Ost-

1) HK Stuttgart, JB 1912, S. 385.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. HK München, JB 1913, S. 124.

4) Vgl. ebenda, S. 125.

deutscher Industrieller gefordert worden war¹⁾, die Bildung von Prüfungsausschüssen ausschließlich aus Vertretern der Industrie als Optimallösung und gemischte Kommissionen bei voller Parität als letzte Kompromißmöglichkeit²⁾. Eine Übereinkunft kam auf dieser Basis vor dem Kriege in Mittelfranken nicht zustande.

Zu Lösungen in großem Rahmen und auf Dauer war die Zeit noch nicht reif. Offenbar ließen sich aus der Vielzahl von Bestrebungen und Widerständen und angesichts der selbst in einer starken Entwicklung begriffenen Industrie noch keine klaren Linien ableiten. Der Deutsche Handelstag hielt die einheitliche Regelung eines Prüfungswesens für Lehrlinge der Industrie aufgrund einer Umfrage bei den Handelskammern für noch nicht spruchreif³⁾. Die bayerischen Lösungsansätze standen aber nach dem Kriege bei Vereinbarungen in anderen Gebieten des Deutschen Reichs Pate.

Wenn wir die Arbeit der Handelskammern auf dem Gebiet der Lehrlingsausbildung in der Industrie zwischen 1900 und 1914 zusammenfassend würdigen wollen, so ist festzuhalten, daß sich nur wenige Kammern mit einschlägigen Fragen befaßten und die vom Deutschen Handelstag betonte Zuständigkeit der Handelskammern bei diesen wenig Resonanz fand. Der Entwurf eines einheitlichen Lehrvertragsmusters für Fabriklehrlinge durch die Kammern Brandenburg, Braunschweig, Halberstadt, Halle, Magdeburg und Weimar⁴⁾ gehört zu den ganz wenigen Beispielen eigener Initiative. Der Streit mit dem Handwerk um die Zuständigkeitsfrage und die Kostenbeteiligung hat eine Reihe von Kammern zwar zur Orientierung gezwungen und dabei zur Einsicht geführt, das industrielle Lehrlingswesen bedürfe stärkerer Förderung. Weitere Hilfe boten die Handelskammern jedoch noch nicht. 1907 mußte die HK Berlin feststellen, "die Heranbildung handwerks- oder sonst fachmäßig

1) Vgl. Verband Ostdeutscher Industrieller, Gesichtspunkte für die Ausbildung von Lehrlingen in Fabrikbetrieben, a.a.O., S. 592.

2) Vgl. HK Nürnberg, JB 1911, S. 84 f., JB 1913, S. 108 f.

3) Vgl. Stellungnahme der Kommission für Sozialpolitik des Deutschen Handelstages aus dem Jahre 1911, zitiert bei Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 43.

4) Vgl. HK Magdeburg, Verh. u. Mitt., Jg. 1909, Nr. 4, S.84.

geschulter Arbeiter für die Fabriken" sei "immer noch ein ungelöstes Problem der industriellen Entwicklung"¹⁾.

Es ist kennzeichnend, daß der 1908 ins Leben gerufene Deutsche Ausschuß für Technisches Schulwesen (DATSCH), der sich um die Ausarbeitung von Lehrhilfen und Ordnungsmitteln der Betriebslehre in der Industrie sehr verdient gemacht hat, nicht wie der Deutsche Verband für das kaufmännische Unterrichtswesen auf die Initiative oder auch eine bemerkenswerte Unterstützung der Handelskammern zurückgeht, sondern von privaten Vereinigungen der Ingenieure und der Industrie aufgebaut wurde²⁾. Der DATSCH selbst wies den Handelskammern beispielsweise in seinen Leitsätzen zur Nachwuchsbildung in der mechanischen Industrie auch keinerlei Aufgaben in diesem Zusammenhang zu, sondern betrachtete die Ordnung der industriebetrieblchen Lehre als eine Sache der privaten "industriellen Vereinigungen"³⁾. Von diesen und innerhalb der Betriebe konnte die Pionier- und Versuchsarbeit den jeweiligen Bedingungen der einzelnen Industriezweige gemäß auch besser geleistet werden als von den die Interessen der Gesamtindustrie vertretenden Handelskammern. Das erklärt, warum der Deutsche Handelstag 1911 die Beschäftigung mit der Frage des Prüfungswesens industrieller Lehrlinge "der Industrie" selbst zuwies⁴⁾.

IV. Der Beitrag zum Aufbau der Facharbeiterprüfungen

Obwohl sich die Industrie bereits seit Jahrzehnten bewußt war, daß die Lehrlingsausbildung in ihren Betrieben andere Züge als die in den Handwerksbetrieben trug, ist bei den Forderungen nach Gesellenprüfungen für die Industrielehrlinge vor dem ersten Weltkrieg doch ganz überwiegend das

1) HK Berlin, JB 1907, I. Teil, S. 24.

2) Vgl. hierzu Erwin Krause, Grundlagen der betrieblichen Berufsausbildung und Berufserziehung des Facharbeiter-Nachwuchses der Industrie, Stuttgart 1955, S. 37 f.

3) Vgl. Deutscher Ausschuß für Technisches Schulwesen, Die Erziehung und Ausbildung des Nachwuchses der Facharbeiterschaft für die mechanische Industrie (Leitsätze), in: derselbe (Hrsg.), Abhandlungen und Berichte über Technisches Schulwesen, Bd. III, Leipzig-Berlin 1912, S. 301 ff., insbes. S. 306.

4) Vgl. Stellungnahme der Kommission für Sozialpolitik des Deutschen Handelstages aus dem Jahre 1911, a.a.O.

Augenmerk auf solche Berufe gerichtet worden, die handwerkliche Tradition besaßen und bei den Prüfungen der Handwerkskammern und Innungen berücksichtigt wurden. Je mehr sich aber die Industrie in ihren Fertigungsmethoden vom Handwerk entfernte, um so deutlicher wurden die Konturen industriell-gewerblicher Lehrberufe, die in der handwerklichen Berufsordnung keinen Platz finden konnten.

Nachdem im Rahmen der allgemeinen Bestrebungen zur Reform und gesetzlichen Regelung des Lehrlingswesens, die sich unmittelbar nach Ende des Weltkrieges kräftig verstärkten, gefordert wurde, daß jedes Lehrverhältnis mit einer Lehrabschlußprüfung beendet werden sollte¹⁾, erfuhr auch der Gedanke industriell-gewerblicher Lehrlingsprüfungen eine Ausweitung. Sobald sich die Industrie nach der Inflationszeit Fragen der Ausbildung unter überbetrieblichem Aspekt zuwandte, standen drei Gruppen gewerblicher Lehrlinge auf vergleichbarer Qualifikationsebene zur Diskussion: einmal die in der Industrie in einem typischen Handwerksberuf ausgebildeten Jugendlichen, zweitens die Anwärter solcher Berufe, die sowohl für die handwerkliche wie für die industrielle Fertigung Bedeutung hatten, und schließlich drittens die außerhalb der handwerklichen Berufsordnung im gewerblichen Sektor der Industrie ausgebildeten Lehrlinge. Die das Entstehen der Industriefacharbeiterprüfungen berücksichtigenden neueren Darstellungen gehen über diese Ausgangsproblematik hinweg. Man muß sich ihrer aber bewußt sein, um die damaligen Auseinandersetzungen mit dem Handwerk, die verschiedenen, oft von der Wirtschaftsstruktur des Bezirks bestimmten Lösungen der zwanziger Jahre und die Schwierigkeit, das gesamte Prüfungswesen der Industrielehrlinge in den Händen der Industrie- und Handelskammern zu konzentrieren, recht zu begreifen.

Obwohl die Handelskammern Eingriffe des Gesetzgebers in

1) Vgl. hierzu u. a. Die Beschlüsse des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, a.a.O., S. 324; Kuntze, Die Neuregelung des Lehrlingswesens und ihr Einfluß auf die kaufmännische Fortbildungsschule, in: DVKB, Bd. 56, a.a.O., S. 34. Auch der 1922 bekanntgewordene Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes sah Lehrabschlußprüfungen in den gewerblichen Berufen vor. Vgl. DWZ, 19. Jg. (1922), Nr. 17, S. 329.

das Berufsausbildungswesen allgemein ablehnten, hielten sie die aus dem Jahre 1897 stammende Regelung der Gesellen- und Meisterprüfungen für reformbedürftig. Die Gewerbeordnung, so führte die IHK Frankfurt a. M.-Hanau aus, trage "der wirtschaftlich-technischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und der starken Betätigung der Industrie bezüglich der Heranbildung eines eigenen Facharbeiterstammes nicht mehr Rechnung"¹⁾. Die Forderungen liefen darauf hinaus, den Industrie- und Handelskammern dieselben Rechte zur Regelung des industriellen Prüfungswesens gesetzlich einzuräumen, die den Handwerkskammern und Innungen bereits zustanden. Denn nur die von den Handwerksvertretungen ausgestellten Gesellenbriefe berechtigten die erfolgreichen Prüflinge, später die Meisterprüfung abzulegen und als selbständige Handwerksmeister Lehrlinge auszubilden. Vor allem solche Handelskammern strebten nach den Privilegien der Handwerkskammern und Innungen, in deren Bezirken die Grenzen zwischen Industrie und Handwerk flüssig und Übergänge der Beschäftigten von einem Gewerbebezug in den anderen häufig waren. Als Hintergrund muß freilich in Betracht gezogen werden, daß die Handwerkslehre und ihr Abschluß noch immer kraft ihres berufsständischen, traditionsreichen Selbstverständnisses über eine größere Anziehungskraft auf den Nachwuchs verfügte als die bis dahin wenig profilierte Betriebslehre der hinsichtlich der Arbeiterverhältnisse historisch belasteten Industrie.

Da es zu der gewünschten Änderung der Gewerbeordnung nicht kam, waren die 1923 vom preußischen Handelsministerium auf dem Verordnungswege bei den zuständigen Handwerkskammern errichteten Gesellenprüfungsausschüsse für Lehrlinge aus Fabrikbetrieben aus der Sicht der Handelskammern schon ein Fortschritt, da in ihnen Vertreter der Industrie mitwirkten, die allerdings nicht von den Handelskammern, sondern von Industrieverbänden vorgeschlagen wurden²⁾.

Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern bei Prü-

1) IHK Frankfurt a. M.-Hanau, JB 1926, S. 10. Ähnlich HK Hamburg, JB 1926, S. 68; IHK Oppeln, JB 1927, S. 63; HK Reutlingen, GB 1926, S. 3, Beilage der Mitt. der HK Reutlingen, Jg. 1927, Nr. 5.

2) Vgl. DWZ, 20. Jg. (1923), Nr. 14, S. 221 f.

fungen dieser Art setzte erst ein, nachdem 1928 aufgrund einer Vereinbarung des Handwerks- und Gewerbekammertages und des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks einerseits und des DIHT, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sowie der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände andererseits den Kammern empfohlen worden war, sich über gemeinsame Prüfungen im Rahmen des regional und fachlich Notwendigen zu einigen¹⁾. Innerhalb eines Jahres kamen die Industrie- und Handelskammern Breslau, Dessau, Darmstadt, Frankfurt a. M., der Württembergische Industrie- und Handelstag sowie der Industrie- und Handelskammerverband Niedersachsen-Kassel zu Vereinbarungen mit dem Handwerk²⁾. Dabei ging es ausschließlich um die Regelung von Gesellenprüfungen in den für Handwerk und Industrie gemeinsamen Berufen, während die "reinen" Handwerksberufe weiterhin in der ausschließlichen Zuständigkeit des Handwerks blieben. An Abgrenzungsstreitigkeiten hat es deshalb auch nicht gefehlt.

Die Mehrzahl der genannten Kammern einigte sich auf gemeinsame paritätische Prüfungsausschüsse unter Führung des Handwerks. Typisch für diese Lösung war die 1929 für ganz Württemberg getroffene Abmachung mit dem Württembergischen Handwerkskammertag³⁾. Für den Württembergischen Industrie- und Handelstag war dabei maßgebend, daß "innerhalb des württembergischen Wirtschaftsgebietes Industrie und Handwerk organisch eng zusammenhängen und die Grenzlinie zwischen industriellem und handwerksmäßigem Betrieb in einzelnen Berufszweigen schwer zu ziehen ist"⁴⁾.

Eine zweite Gruppe von Kammern erzielte ein Verhandlungsergebnis, das zwar immer noch auf dem Grundsatz des Zusammen-

1) Vgl. Köbner, Zur Neuordnung des industriellen Prüfungswesens, in: DWZ, 26. Jg. (1929), Nr. 33, S. 781.

2) Vgl. DWZ, 26. Jg. (1929), Nr. 18, S. 434.

3) Vgl. Vereinbarung zwischen dem Württ. Handwerkskammertag und dem Württ. Industrie- und Handelstag über die Durchführung des Prüfungswesens gewerblicher Lehrlinge in der Industrie vom 19. März 1929, abgedruckt in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 6, S. 87.

4) O. V., Prüfungen gewerblicher Lehrlinge in der Industrie, in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 6, S. 87.

wirkens von Handels- und Handwerkskammern aufbaute, den ersteren aber eine wesentlich stärkere Stellung einräumte. Schrittmacher dieser Lösung war die IHK Frankfurt am Main. Nach Köbner folgten die hessen-nassauischen Kammern Wiesbaden, Dillenburg und Limburg diesem Vorbild durch einen Vertrag mit der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden. Die Vereinbarungen führten dazu, daß neben den Prüfungseinrichtungen des Handwerks selbständige Prüfungsausschüsse der Industrie- und Handelskammern errichtet wurden, die ausschließlich aus Vertretern der Industrie zusammengesetzt waren. Die Vorsitzenden und die Arbeitgeberbeisitzer der Ausschüsse wurden "zwar im Einvernehmen mit der Industrie- und Handelskammer, aber formal durch die Handwerkskammer" bestellt¹⁾. Die Regelung verschaffte den geprüften Industrielehrlingen die gleichen Rechte wie denen des Handwerks.

Daß es zu solchen Vereinbarungen zwischen Handwerks- und Industrievertretungen und damit zu weitgehenden Zugeständnissen des Handwerks kommen konnte, ist nicht zuletzt den Reaktionen auf den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes zuzuschreiben. Da jener Entwurf auf eine Prüfung aller gewerblichen wie auch kaufmännischen Lehrlinge hinstrebte, mußte das Handwerk die Einbuße jeglichen Einflusses auf die Lehrlingsausbildung in der Industrie befürchten, wenn es sich nicht zu Kompromissen bereitfand. Er hat sich ferner dahingehend ausgewirkt, daß sich die sog. Spitzenverbände²⁾ der gewerblichen Wirtschaft im Ringen um einen gemeinsamen Gegenentwurf allgemein um einen Ausgleich abweichender Interessen bemühten. Das kam auch den Verhandlungen über eine Annäherung im Prüfungswesen zugute.

Die Zusammenarbeit von Industrie und Handwerk war, wie bereits erwähnt, besonders in Gebieten bedeutungsvoll, wo beide Wirtschaftszweige in einem engen Zusammenhang hin-

1) Köbner, Zur Neuordnung des industriellen Prüfungswesens, a.a.O., S. 782.

2) Als solche verstanden sich der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, der DIHT, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Reichsverband des Deutschen Handwerks und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Vgl. deren gemeinsame Stellungnahme zu dem Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, Berlin 1930.

sichtlich des Arbeitskräfteaustausches standen und die industriellen Lehrberufe mit denen des Handwerks in weitem Umfange kollidierten. In Gebieten mit vorherrschender Industriegewirtschaft war eine gleich starke Rücksichtnahme auf die Qualifikationskonkurrenz des Handwerks nicht erforderlich. Dort erlaubte die stärkere Position der Industrie ein unabhängigeres Vorgehen, und dort prägte sich im industriellen Großbetrieb der Typ einer spezifischen Industriellehre auch zuerst am deutlichsten aus.

Auf solch andersartigen Grundlagen entstand von der Mitte der zwanziger Jahre an, also sogar noch etwas früher, als die oben beschriebenen Vereinbarungen zwischen Handelskammern und Handwerkskammern datieren, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein Prüfungswesen für Lehrlinge der Industrie, an denen die Handwerkskammern überhaupt nicht beteiligt waren und das demgemäß auch nicht die Berechtigungen zum Ablegen der handwerklichen Meisterprüfung und zur Ausbildung handwerklicher Lehrlinge verlieh.

Bereits vor dem Kriege berichtete eine ganze Reihe deutscher Handelskammern über verschieden entwickelte Prüfungen, die von einzelnen Industriebetrieben für ihre Lehrlinge durchgeführt wurden¹⁾. Der pädagogische und berufspraktische Wert dieser Einrichtungen lag in der Möglichkeit einer Kontrolle des Ausbildungsergebnisses nach innerbetrieblichen Maßstäben und im Leistungsansporn der Lehrlinge. Jetzt weitete sich das vom Handwerk unabhängige Prüfungswesen industrieller Lehrlinge zunächst in der Weise aus, daß vor allem Arbeitgeberverbände seine Träger wurden. Daneben bestanden sog. Werksprüfungen in allerdings nicht sehr bedeutendem Umfange fort. Konnten bei diesen Prüfungen schon nicht die gleichen Rechte verliehen werden, wie sie mit den Handwerksprüfungen verbunden waren, so ging die Tendenz doch dahin, ihnen zumindest den Charakter einer durch öffentlich-rechtliche Körperschaften überwachten und sanktionierten Einrichtung zu geben. Als jene geeigneten Körperschaften boten sich die Industrie- und Handelskammern an, die das Recht zu

1) Vgl. HK Halberstadt, JB 1912/13, S. 5; HK Hannover, JB 1912, Teil I, S. 61; HK Magdeburg, Verh. u. Mitt., Jg. 1912, Nr. 8/9, S. 161; HK Stuttgart, JB 1912, S. 387; HuG, 14. Jg. (1906/07), Nr. 32, S. 590 (HK Bromberg).

solcher Arbeit wie auch beim Aufbau von Kaufmannsgehilfenprüfungen aus § 38 des preußischen Handelskammergesetzes bzw. entsprechenden Bestimmungen der Kammergesetze der anderen Länder herleiten könnten. Schon 1926 entsandten mindestens folgende Kammern Beauftragte zu Prüfungen von Arbeitgeberverbänden oder einzelner Werke: Essen, Münster, Düsseldorf, Solingen, Dessau, Neuß, Bochum, Arnsberg, Duisburg, Remscheid, Köln¹⁾.

Etwa gleichzeitig begannen auch die ersten Industrie- und Handelskammern, selbst Prüfungsämter bzw. -ausschüsse für industrielle Lehrlinge einzurichten. Als die Pioniere sind nach Schmidt (1926)²⁾ die Kammern Emden, München, Aachen, Elbing, Allenstein, Flensburg, Oppeln und schließlich die IHK Breslau, die nach einer anderen Quelle³⁾ allerdings wenige Jahre später auch mit der Handwerkskammer zusammenarbeitete, zu nennen.

Zu dieser Zeit hofften die Handelskammern freilich noch, das scheinbar unabwendbare Inkrafttreten eines Berufsausbildungsgesetzes werde ihnen wenigstens den Vorteil der Gleichstellung mit den Handwerkskammern bringen⁴⁾ und das Schaffen von Fakten möglicherweise unliebsamen Regelungen jenes Gesetzes zuvorkommen können⁵⁾.

Für das Einführen industrieller Facharbeiterprüfungen und das Eingreifen der Industrie- und Handelskammern in den zwanziger Jahren ist das nachwuchspolitische Motiv im Sinne einer Aufwertung der Industrielehre in ihrem Verhältnis zur Handwerkslehre zum Zwecke der Nachwuchssicherung sehr viel bestimmender gewesen als pädagogische Überlegungen, die den Aufschwung der Kaufmannsgehilfenprüfungen entscheidend gefördert haben. Für diesen Motivunterschied war nicht nur die Konkurrenz zwischen Industrie und Handwerk um den

1) Vgl. Schmidt (Breslau), Bericht über den Stand des Prüfungswesens für industrielle Lehrlinge, in: Verh. des DIHT, Heft 16/1926 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses vom 9. 12. 1926), S. 12.

2) Vgl. ebenda.

3) Vgl. DWZ, 26. Jg. (1929), Nr. 18, S. 434.

4) Vgl. Köbner, (Bericht über das Berufsausbildungsgesetz), in: Verh. des DIHT, Heft 5/1927 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses vom 19. 3. 1927), S. 10 f.

5) Vgl. Brief der IHK Flensburg vom 7. Oktober 1965, Blatt 2, an den Verfasser.

Nachwuchs ausschlaggebend, sondern auch ein in jenen wenigen Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs spürbar gewordener Mangel an qualifizierten Facharbeitern¹⁾.

Obwohl sich die Hoffnungen auf Zuerkennung der Rechte des handwerklichen Prüfungswesens vor 1933 nicht erfüllten, entwickelte sich der Aufbau der Facharbeiterprüfungen sowohl durch die Industrie- und Handelskammern wie durch andere Träger allmählich weiter. Das Ergebnis einer Umfrage des DIHT im Jahre 1931 spiegelt die ganze Mannigfaltigkeit der Trägerschaften wider. Danach waren in 20 Kammerbezirken die Industrie- und Handelskammern, an sieben "Stellen" die Handwerkskammern - z. T. bei einem Vorschlagsrecht von Arbeitgeber- bzw. Fachverbänden oder Handelskammern für die Beisitzer der Prüfungsausschüsse - alleinige Träger des Prüfungswesens. In 16 Bezirken hatten regionale Unternehmer-Fachverbände oder Arbeitgeberverbände die Prüfungen allein organisiert, jedoch wirkten dabei in acht Fällen Kommissare der Industrie- und Handelskammern als Ausschußvorsitzende, in den meisten anderen Fällen als Beisitzer mit. Neben diesen und anderen weitgehend selbständigen Trägern existierten noch folgende Kombinationen: Industrie- und Handelskammern in Verbindung mit Fachverbänden oder Arbeitgeberbänden (zwei Fälle; in einem Fall unter zusätzlicher Mitwirkung der Gewerkschaften), Handwerks- bzw. Gewerbekammern gemeinsam mit Arbeitgeber- oder Fachverbänden (fünf Fälle) bzw. mit Industrie- und Handelskammern (zwei Fälle) und schließlich in Bochum und Dortmund für den Bergbau die Zusammenarbeit von Handwerks- und Arbeitskammern²⁾.

Dieses Bild bestätigt "die Zusammenwürfelung aller nur erdenklichen Organisationsmöglichkeiten"³⁾. Die Industrie-

1) Vgl. hierzu IHK Frankfurt a. M.-Hanau, JB 1927, S. 13; IHK Düsseldorf, JB 1928, S. 40; Glaser, Facharbeiter-nachwuchs, in: Verh. des DIHT, Heft 16/1927 (Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Landesausschusses der preußischen Industrie- und Handelskammern und des Hauptausschusses des DIHT am 8. 12. 1927), S. 119 ff.

2) Vgl. Bertrams, Die Industrie- und Handelskammern und die gewerbliche Berufsausbildung, in: Verh. des DIHT, Heft 5/1931, a.a.O., S. 10 f.

3) Ebenda, S. 12.

und Handelskammern hatten sich jedoch inzwischen eine Führungsposition geschaffen, die sie im folgenden Jahrzehnt so ausbauen konnten, daß sie praktisch zu alleinigen Trägern der Facharbeiterprüfungen wurden. Die langwierigen Einigungsversuche mit dem Handwerk, in manchen Bezirken mit geringer Industriedichte aber auch das schwache Interesse an derartigen Einrichtungen, verhinderten einen schnelleren Aufbau. 1931 erklärten noch 17 Kammern, in ihren Bezirken bestehe "überhaupt kein Bedürfnis für die Einrichtung von Lehrlingsprüfungen"¹⁾.

Die im Zusammenhang mit den Kaufmannsgehilfenprüfungen geltend gemachten Einwände grundsätzlicher Art wurden gegen gewerbliche Prüfungen nicht erhoben. Schon 1927 betonte Josef Wilden - freilich etwas zu optimistisch, wie die Situation von 1931 belegt -, der Abschluß der industriell-gewerblichen Ausbildung durch eine Lehrabschlußprüfung sei "seit stark einem Jahr fast schon Allgemeingut der Industrie" und habe jedenfalls "in der gesamten rheinisch-westfälischen Industrie nur noch Freunde und entschiedene Anhänger"²⁾. Auch die IHK Oppeln bestätigte zu dieser Zeit, jene Prüfungen hätten außerhalb ihres Bezirks "in weiteren Kreisen Anklang gefunden als die ... Handlungsgehilfen- und -lehrlingsprüfungen"³⁾.

Waren 1931 rund 20 Industrie- und Handelskammern Träger von Industriefacharbeiterprüfungen, so wurde diese Zahl nach Ernst Hoffmann bis 1935 auf 31, bis 1936 auf 66 und bis 1937 auf 89 ausgebaut⁴⁾.

Der pädagogische Wert der Prüfungen wurde trotz des erwähnten Vorherrschens anderer Motive von den Kammern indes nicht verkannt. Er entsprach in den wesentlichen Punkten den Erwartungen, die mit dem Einführen von Kaufmannsgehilfenprüfungen verbunden waren und sehr bald bestätigt wurden: Leistungsansporn der Lehrlinge und Anregung der Lehrbetriebe

1) Ebenda, S. 15.

2) Josef Wilden, Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 10, S. 220 (beide Zitate).

3) IHK Oppeln, JB 1927, S. 63.

4) Vgl. Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 47. Hoffmann verweist allerdings auf weitere Quellen, die zu anderen Zahlen kommen. Vgl. ebenda, S. 230, Fußnote 21.

zu gründlicherer Ausbildung, in grundsätzlicher Hinsicht damit aber auch Vertiefen der Berufsfreude bei den Jugendlichen und Stärken des Verantwortungsbewußtseins bei den für die Ausbildung Verantwortlichen¹⁾. Der XVI. Deutsche Berufsschultag des Deutschen Vereins für Berufsschulwesen begrüßte Gesellen- oder Facharbeiterprüfungen für die Industrielehrlinge insbesondere, weil er in ihnen "die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Schule und Praxis und damit auch die Gewähr für ein Höchstmaß von Erfolg in der Berufsschularbeit" sah²⁾. Im Vergleich mit dem Handwerk waren die Industrie- und Handelskammern für eine Zusammenarbeit mit den Berufsschullehrern aufgeschlossener³⁾.

V. Ansätze einer Ausbildungsordnung und sonstige Bestrebungen zur Förderung des industriell-gewerblichen Lehrlingswesens

In der Anfangszeit war die Teilnahme an den Facharbeiterprüfungen rechtlich und tatsächlich freiwillig, sofern nicht seitens der Betriebe ein Druck auf die Lehrlinge ausgeübt wurde. Aber schon bald zeigte sich, daß das Bestreben, industrielle Berufe inhaltlich zu definieren und als Ausbildungsberufe abzugrenzen - die ersten Berufsbilder wurden nach Ernst Hoffmann 1926 geschaffen⁴⁾ - eine vereinheitlichende Wirkung nur haben konnte, wenn darauf abgestimmte Prüfungsanforderungen die Gesamtheit der industriell-gewerblichen Lehrlinge und vor allem der Lehrbetriebe zwingen würden, ihre Ausbildung mit einheitlichen,

1) Vgl. hierzu insbesondere Josef Wilden, Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, in: Verh. des DIHT, Heft 16/1926, a.a.O., S. 6; Arbeitsgemeinschaft der IHKn des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort, Essen, Krefeld und Münster, JB 1927, S. 107; IHK Hannover, TB 1933, S. 30.

2) Entschließung des XVI. Deutschen Berufsschultages, Fachabteilung für gewerbliches Berufsschulwesen, abgedruckt in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 4, S. 94.

3) Vgl. hierzu Verh. des DIHT o. Nr./1927 (vertrauliches Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses vom 26. 8. 1927), Seiten 7, 13, 15, 18 f.

4) Vgl. Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, a.a.O., S. 36.

dem jeweiligen Beruf entsprechenden Mindestanforderungen in Einklang zu bringen. Die Gültigkeit einer Berufsordnung der Industrie erschien deshalb in hohem Maße von einer möglichst weitgehenden faktischen Verpflichtung der Lehrlinge, sich den Prüfungen zu unterziehen, abhängig¹⁾.

Da es eine gesetzliche Grundlage für obligatorische Prüfungen nicht gab, wurde der Weg über eine entsprechende Vereinbarung im Lehrvertrag beschritten. Die zu den Pionieren der Industriefacharbeiterprüfungen zählende IHK Flensburg empfahl deshalb schon Anfang 1926, einen verpflichtenden Passus in die Lehrverträge aufzunehmen²⁾. Eine vom Bildungsausschuß des DIHT eingesetzte Kommission riet 1929 zu einem solchen Vorgehen³⁾. Der DIHT selbst erarbeitete 1929 einen Musterlehrvertrag für gewerbliche Ausbildungsverhältnisse⁴⁾, der später mehrfach überarbeitet wurde. Bis dahin hatten sich Fachverbände der Industrie um Musterlehrverträge bemüht.

Ein geschlossenes System der Berufsausbildungsordnung im industriell-gewerblichen Bereich, das hinsichtlich seiner wesentlichen Strukturelemente genauso aufgebaut ist wie das der kaufmännischen Berufsausbildung, entstand erst nach Überwindung der Wirtschaftskrise Mitte der dreißiger Jahre. Um die Aufgaben der bis dahin nebeneinander arbeitenden Verbände und der Kammern abzugrenzen, wurde 1935 zwischen der Reichsgruppe Industrie und der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in der Reichswirtschaftskammer eine Vereinbarung geschlossen, die das Prüfungswesen, den Entwurf von Rahmenlehrverträgen und das Führen der Lehrlingsrollen, also die wichtigsten Bausteine des Ordnungssystems, in den Händen der Kammern zentrali-

1) Vgl. hierzu IHK Frankfurt a. M.-Hanau, JB 1927, S. 13, JB 1929, S. 22.

2) Vgl. o. V., Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, in: Flensburger Nachrichten vom 26. 1. 1926, Abschrift von der IHK Flensburg am 1. 10. 1965 dem Verf. übermittelt.

3) Vgl. DWZ, 26. Jg. (1929), Nr. 18, S. 434.

4) Vgl. Zweckverband der IHKn zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster, TB 1930, S. 55.

sierte¹⁾ und damit die Voraussetzungen für ein im wesentlichen auf Kammersatzungen beruhendes einheitliches Ausbildungsrecht schuf. Die Arbeit des DATSCH, des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (DINTA), der Arbeitgeber- und der Fachverbände der Industrie hat den Kammern vor 1933 nur wenig zusätzliche Initiative zur Förderung des industriell-gewerblichen Ausbildungswesens - von den Facharbeiterprüfungen abgesehen - abgefordert.

Als eine Einrichtung mit vorrangig pädagogischer Bedeutung ist jedoch das Bestreben zu erwähnen, durch Ausstellungen von Arbeiten industrieller Lehrlinge über eine für die Industrie werbende Öffentlichkeitsarbeit hinaus den Leistungsstand der Lehrlingsausbildung zu heben. Die besonders von der IHK Düsseldorf propagierten, zuvor aber schon anderenorts²⁾ eingeführten Ausstellungen verfolgten den Zweck, "den Lehrlingen Gelegenheit zu geben, ihr Können zu beweisen, ... Lehrlinge und Lehrmeister zu neuem Schaffen anzuspornen, ihren Berufsstolz zu fördern und den Eltern bei der Berufswahl zu helfen"³⁾. Die von einzelnen Kammern gewährten Prämien für besonders gute Leistungen bezweckten einen zusätzlichen Anreiz⁴⁾.

Interessant ist ferner, daß eine von dem Berichterstatter Glaser angeregte Statistik, die vom DIHT unter Mithilfe aller Industrie- und Handelskammern zu erstellen sei und "über den Stand der Lehrlingshaltung in den einzelnen Berufszweigen" Auskunft geben sollte⁵⁾, im Bildungsausschuß des DIHT 1927 noch allgemein auf Ablehnung stieß⁶⁾. Eine solche Übersicht hätte damals allerdings noch regelmäßige Primärerhebungen der Kammern bei den einzelnen Lehrbetrie-

1) Vgl. hierzu u. a. O. Küch, Die Industrie- und Handelskammern im industriellen Ausbildungswesen, in: Technische Erziehung, 12. Jg. (1937), Nr. 3/4, S. 33 f. und S. 36; Paul Krüger, 25 Jahre Facharbeiter-Prüfungen bei der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Sonderdruck aus: Braunschweigisches Industrie- und Handelsblatt, Jg. 1962, Nr. 173, S. 1.

2) Vgl. Schmidt (Breslau), Bericht über den Stand des Prüfungswesens für industrielle Lehrlinge, a.a.O., S. 13.

3) IHK Düsseldorf, JB 1927, S. 65. So auch Josef Wilden, Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, a.a.O.

4) Vgl. IHK Hannover, TB 1929, S. 22.

5) Glaser, a.a.O., S. 124.

6) Vgl. Verh. des DIHT, Heft 16/1927, a.a.O., S. 131 und 134.

ben erfordert, die später mit der Einführung der Lehrlingsrollen entbehrlich wurden. Heute zählt eine solche vom DIHT jährlich veröffentlichte Statistik zu den wichtigsten Grundlagen für die Fortentwicklung der Berufsordnung und der Berufsausbildungspolitik der Industrie- und Handelskammern.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Bemühen der Industrie- und Handelskammern um die Förderung des industriell-gewerblichen Lehrlingswesens auch nach 1918 in weitem Umfange auf Anstöße von außen zurückzuführen ist. Insbesondere haben verschiedene Entwürfe eines Berufsausbildungsgesetzes zum schnellen Aufbau einer Führungsposition gedrängt und die private Industrie veranlaßt, einen Teil der von ihr bis dahin selbst wahrgenommenen Bildungsarbeit den Kammern als öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörpern zu überlassen.

In der Gegenwart wird beklagt, daß die im Mittelpunkt der heutigen Berufsordnung stehenden Berufsbilder "in ihrer grundsätzlichen Anlage immer noch der Vorstellungswelt des Handwerks entstammen"¹⁾ und insofern nach Wolfgang Liening "die problematische Situation unseres derzeitigen Berufsausbildungswesens" kennzeichnen²⁾. Die Ursache liegt nicht zuletzt darin, daß der in zeitlichem Zusammenhang mit der ersten grundlegenden Konzeption der industriellen Berufsbilder erfolgte Aufbau der industriellen Facharbeiterprüfungen zwar einerseits im Streben nach institutioneller Eigenständigkeit, andererseits aber auch in starkem Maße im Verlangen nach den dem Handwerk gesetzlich gewährten und sein Ansehen fördernden Berechtigungen wurzelt.

1) Georg Heller, Reform der Facharbeiter-Ausbildung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland, Nr. 282 vom 4. 12. 1965, S. 5.

2) Wolfgang Liening, a.a.O., S. 30.

Zusammenfassung

Wenn wir die von den Industrie- und Handelskammern bis 1933 geleistete Bildungsarbeit hinsichtlich ihrer Intensität und Richtung zu periodisieren versuchen, so führen die Einzelergebnisse der Untersuchung zu folgender Einteilung:

1. Pionierarbeit einzelner Kammern bis zur Gründung des Braunschweiger Verbandes (1895)

Der Abschnitt ist dadurch gekennzeichnet, daß im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts zunächst nur wenige, danach aber immer mehr Handelskammern das Bildungswesen in seiner Bedeutung für den raschen Aufbau einer Industriewirtschaft und für ihre Eingliederung in den internationalen Markt zu erkennen beginnen und seine Förderung auch als Aufgabe der Interessenvertretungen von Industrie und Handel begreifen. Da weder die staatliche Bildungspolitik noch der 1861 gegründete Deutsche Handelstag auf diesem Gebiet wegweisende Hilfe boten, beschritt die Initiative der einzelnen Kammern jeweils den Weg, der nach der Wirtschaftsstruktur der Kammerbezirke am nächsten lag und organisatorisch wie finanziell realisierbar schien.

Die Arbeit konzentrierte sich dabei vorrangig auf die verschiedenen Schulformen für den kaufmännischen und Einrichtungen zur beruflichen Vorbildung für den gewerblichen Nachwuchs. Insbesondere waren mehrere Handelskammern neben den kaufmännischen Vereinen am ersten Aufbau eines berufsfachlich orientierten kaufmännischen Fortbildungsschulwesens beteiligt. So sehr der Mangel an maßgebenden Leitlinien und an Übereinstimmung der Auffassungen das Herausbilden einer homogenen Struktur der Schulorganisation behinderte, so bedeutsam war in dieser ersten Phase des Entstehens kaufmännischer Fortbildungsschulen und neuer Formen des Handelsschulwesens, daß dadurch ein breites Spektrum an Bildungsinhalten und organisatorischen Regelungen erprobt werden konnte. In vielen Fällen bewirkte die Aufklärungs- und Werbearbeit der Kammern die für das Gedeihen einer neben der betrieblichen Ausbildung zu besuchenden Schulform unerläßliche Einsicht der Lehrherren in die Notwendigkeit und

Effizienz eines dualen Systems der Berufserziehung.

Gleichzeitig beteiligten sich die Handelskammern zunehmend an der Diskussion über die Gestalt anderer für die Wirtschaft direkt oder indirekt bedeutsamer Schulen. Auch hier kann von einer Pionierarbeit gesprochen werden, weil es zu dieser Zeit galt, die Anforderungen der in einem starken Wandel begriffenen Wirtschaft an die Bildung des Nachwuchses der verschiedenen Wirtschaftsberufe ohne Hilfe von Forschungseinrichtungen oder auf andere Weise gesicherter Kriterien zu definieren und für das Konzept der staatlichen Bildungspolitik wirksam zur Geltung zu bringen.

2. Zunehmende Vereinheitlichung und Zusammenarbeit (1895 - 1914)

Die Arbeit der Handelskammern auf dem Gebiet der Jugendbildung stand während der beiden Jahrzehnte von 1895 bis zum Beginn des ersten Weltkrieges eindeutig im Zeichen der Mithilfe beim Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens.

Mit der Gründung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen 1895 entstand eine "Ordnungszelle", die den Austausch von Erfahrungen und Lösungsvorschlägen zum weiteren Ausbau und zur ersten Konsolidierung des kaufmännischen Bildungswesens nicht nur zwischen den Handelskammern im ganzen Reich, sondern auch mit Pädagogen sowie mit Vertretern der Regierungen und Angestelltenverbände ermöglichte. Die Kommunikation zwischen den Kammern war ferner dadurch verbessert worden, daß die Zeitschrift "Handel und Gewerbe" von 1893/94 an in stark wachsendem Umfang über deren Standpunkte und Leistungen auf dem Gebiet des Bildungswesens berichtete. Schließlich bildeten sich Kammerverbände größerer Wirtschaftsgebiete, die berufspädagogische Fragen in ihre Beratungen einbezogen.

Als die Handelskammern die ab 1897 gesetzlich eingeräumten Rechte zur Selbstverwaltung von der Berufsausbildung dienenden Einrichtungen auf breiter Front wahrzunehmen begannen und für rund zwei Jahrzehnte die entschiedensten Förderer des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens wurden,

kam ihnen die "Transparenz" der Arbeitsformen und Ansichten außerhalb und vor allem innerhalb des Kammerwesens sehr zugute. Zwar bestanden weiterhin in Einzelfragen z. T. stark voneinander abweichende Auffassungen. Trotzdem vollzog sich die Anpassung einer Mehrzahl der Kammern an die in einigen Bezirken erarbeiteten und dort bewährten Arbeitsmodelle, die auch der staatlichen Bildungspolitik bedeutsame Anregungen gaben.

Erst seit etwa der Jahrhundertwende nahmen die Handelskammern die Tradition der Zünfte und Gilden wieder auf und bemühten sich mit den der neuen Wirtschaftsverfassung adäquaten Mitteln um erste Ansätze einer Ordnung der betrieblichen Ausbildung. Die beginnende Zusammenarbeit der Kammern in Verbänden und Handelskammertagen hat der Arbeit auf diesem Gebiet von Anfang an eine breitere Grundlage gegeben. Sie führte jedoch noch nicht zu den gleichen Erfolgen, wie sie das bei Kriegsbeginn schon weitgehend gefestigte kaufmännische Fortbildungsschulwesen aufzuweisen hatte.

Obwohl sich die Ausbildung industriell-gewerblicher Lehrlinge immer deutlicher in ihrer spezifischen Problematik offenbarte, blieb sie im Gesamtbild der Kammerleistungen weiterhin in einer Randstellung.

3. Stillstand im ersten Weltkrieg

Während des ersten Weltkrieges waren den Handelskammern vielfältige Aufgaben der Kriegswirtschaft zugefallen. Ihre Bildungsarbeit beschränkte sich auf die Fortführung der bis 1914 übernommenen Funktionen. Die Kriegs- und die ersten Nachkriegsjahre sind deshalb in Anbetracht der zahlreichen noch ausstehenden, vor allem die betriebliche Ausbildung betreffenden Möglichkeiten zu weiteren Initiativen als eine von politischen Umständen erzwungene Periode der Stagnation zu kennzeichnen.

4. Verlagerung der Arbeitsschwerpunkte während der Weimarer Republik

Die Zeit der Weimarer Republik brachte für die Bildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern den bisher deut-

lichsten Einschnitt. Die bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges maßgeblich am Aufbau des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens beteiligten Kammern mußten sich aus ihrer maßgeblichen Position in diesem Bereich in dem Maße verdrängen lassen, wie ihre finanziellen Möglichkeiten mit dem Ausbau des kaufmännischen Berufsschulwesens nicht mehr Schritt halten konnten. Vielfach nahmen sie jetzt sogar eine oppositionelle Stellung ein, die sich jedoch nicht gegen die Berufsschule an sich, sondern gegen die Ausweitung ihrer Bildungsaufgabe und ihren Anteil an der Arbeitszeit der Jugendlichen richtete.

Andererseits mehrte sich der Einfluß der Kammern auf die betriebliche Lehrlingsausbildung, die der neue Schwerpunkt der Bildungsarbeit wurde. Es gelang ihnen, die bereits vor dem Kriege versuchten Ansätze zur Förderung des Lehrlingswesens fortzuführen und die Bausteine für ein in sich geschlossenes System zur Ordnung der betrieblichen Berufsausbildung vorzubereiten, das in den dreißiger Jahren seine in den Grundzügen noch heute gültige Gestalt gewann und nach langwierigen Verhandlungen mit dem Handwerk auch auf die gewerblichen Lehrlinge der Industrie übertragen wurde. Die Kaufmannsgehilfen- bzw. die Facharbeiterprüfungen bildeten seit Mitte der zwanziger Jahre die bedeutendste Verbindungsstelle zwischen den Kammern und dem Berufsschulwesen. Die Selbstverwaltungsarbeit der Industrie- und Handelskammern, aus der dieses System hervorging, schuf in einem knappen Jahrzehnt nach dem ersten Weltkrieg ferner ein Netz von Prüfungsämtern für Stenografen und Maschinenschreiber, die Qualifikationszeugnisse für spezielle Wirtschaftsberufe anstrebten.

Die Stellung der Kammern zum der allgemeinen Grundbildung dienenden Schulwesen gewann insofern deutlicheres Profil, als sich Kritik und Forderungen sehr weitgehend an den Vorstellungen orientierten, die der Bildungsausschuß des DIHT seit 1926 präzisiert hatte. Das zunehmend gemeinsame und auf diese Weise größeren Einfluß suchende Vorgehen nivellierte jedoch andererseits innerhalb des Kammerwesens bestehende unterschiedliche Ansichten. Die straffere Abstimmung der Stellungnahmen, die aber im berufsbildenden Bereich

nur ansatzweise gelang, ist auch als Reaktion auf den Wandel der Gesellschaftsordnung zu verstehen. Den anderen zu größerer Macht gekommenen sozialen und politischen Gruppen insbesondere der Arbeitnehmer suchten die Kammern als Repräsentanten der Arbeitgeberseite der Wirtschaft möglichst einheitliche Auffassungen gegenüberzustellen.

Für die Würdigung der Kammerarbeit auf dem Gebiet des Bildungswesens aus pädagogischer Sicht ist bedeutsam, welche Beweggründe dieses Bemühen von Interessenvertretungen und Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft leiteten. Die Untersuchung führt aufgrund der hier nicht zu wiederholenden Einzelergebnisse zu dem Schluß, daß die Bildungsarbeit nicht den erwerbswirtschaftlichen Interessen als ausschließlich herrschendem Leitmotiv entsprang, wie es bei der spannungsgeladenen Diskussion zur Zeit der Weimarer Republik in den Äußerungen einzelner Wissenschaftler auch im Hinblick auf die weiter zurückliegende Vergangenheit anklang. Zwar läßt sich die Vorrangstellung ökonomischer Beweggründe bestätigen. Es ist aber einem nicht geringen Teil der in den Kammergremien tätigen Unternehmer schon im 19. Jahrhundert durchaus bewußt gewesen, daß auch die Erwerbswirtschaft in starkem Maße von außerökonomischen Voraussetzungen abhängt, die sich ihrerseits auf die Leistungen des Bildungswesens im umfassendsten Sinne gründen. Politische und insbesondere sozialpolitische Überlegungen haben deshalb die amtlichen Vertretungen von Industrie und Handel ebenso zur Bildungsarbeit veranlaßt wie die Einsicht in das Erfordernis einer allgemein-menschlichen Erziehung des Nachwuchses der Wirtschaftsberufe. Der letzte Gesichtspunkt einer über den beruflichen Bereich hinausgreifenden Entfaltung der Gesamtpersönlichkeit findet seinen Platz in der Rangordnung der Motive während des gesamten untersuchten Zeitraumes jedoch an letzter Stelle.

Den Industrie- und Handelskammern ist daraus in Anbetracht ihrer damals wie heute primär wirtschaftspolitischen Aufgaben kein Vorwurf zu machen. Der Tatbestand erklärt aber, warum der Staat vor allem in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts seinen Einfluß auf das berufsbildende Schul-

wesen verstärkte und gemäß den Entwürfen für ein Berufsausbildungsgesetz auch die Ordnung der betrieblichen Berufserziehung nicht allein den Kammern übertragen, sondern auch Pädagogen und Arbeitnehmervertreter an der Verantwortung im Rahmen paritätischer Ausschüsse beteiligen wollte.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

Handelskammer zu Frankfurt a. M., Sitzungsprotokolle 1842 bis 1870, insbes. Protokollband 1857 - 1862 (Sitzungen am 11. 6. 1858 und am 27. 1. 1862).

Industrie- und Handelskammer Flensburg, Protokoll der Vollversammlung vom 21. 1. 1926 (Abschrift auszugsweise von der IHK Flensburg am 7. 10. 1965 übermittelt).

II. Protokolle des Deutschen Industrie- und Handelstags (Ausschüsse)

1. Gemeinsame Sitzung des Landesausschusses der preußischen Industrie- und Handelskammern und des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstags - Berlin, 8. Dezember 1927.

Verh. des DIHT, Heft 16/1927.

2. Bildungsausschuß:

Sitzung des Bildungsausschusses - Berlin, 9. Dezember 1926, Verh. des DIHT, Heft 16/1926.

Sitzung des Bildungsausschusses - Berlin, 19. März 1927, Verh. des DIHT, Heft 5/1927.

Sitzung des Bildungsausschusses - München, 26. August 1927, Verh. des DIHT, o. Nr./1927 (vertraulich).

Sitzung des Bildungsausschusses - Berlin, 24. Januar 1928, Verh. des DIHT, o. Nr./1928 (vertraulich).

Sitzung des Bildungsausschusses - Berlin, 4. Mai 1928, Verh. des DIHT, Heft 6/1928.

Sitzung des Ausschusses für kaufmännisches und gewerbliches Bildungswesen - Berlin, 15. Februar 1929, Verh. des DIHT, Heft 3/1929.

Sitzung des Ausschusses für kaufmännisches und gewerbliches Bildungswesen - Berlin, 14. Mai 1930, Verh. des DIHT, Heft 10/1930.

Sitzung des Ausschusses für kaufmännisches und gewerbliches Bildungswesen am 17. Dezember 1930, Verh. des DIHT, Heft 18/1930.

Sitzung des Ausschusses für kaufmännisches und gewerbliches Bildungswesen am 4. März 1931, Verh. des DIHT, Heft 5/1931.

Sitzung des Ausschusses für kaufmännisches und gewerbliches Bildungswesen - Berlin, 9. Oktober 1934, Verh. des DIHT, Heft 6/1934.

III. Jahresberichte und andere Periodika der Industrie- und Handelskammern bzw. deren Vorläufer
(Es werden alle auf ihren pädagogischen Gehalt hin überprüften Berichte und Periodika aufgeführt.)

Handelskammer für Aachen und Burtscheid, Jahresberichte 1863 - 1896.

Handelskammer zu Aachen, Jahresberichte 1897 - 1914, 1918/19.
Industrie- und Handelskammer zu Aachen, Jahresberichte 1929, 1931, 1932.

Handelskammer für die Kreise Arnsberg, Meschede und Brilon, Jahresberichte 1888 - 1906.

Handelskammer für das südöstliche Westfalen (Sitz: Arnsberg), Jahresbericht 1913.

Kreis-Gewerbe- und Handelskammer für Schwaben und Neuburg (Sitz: Augsburg), Jahresberichte 1863, 1864.

Handelskammer zu Barmen, Jahresbericht 1907.

Ämtliche Mitteilungen der Handelskammer zu Barmen, 20. Jg. (1909), 21. Jg. (1910).

Älteste der Kaufmannschaft Berlin, Jahresberichte 1873, 1884, 1893 - 1902.

Handelskammer zu Berlin, Jahresberichte 1902 - 1904, 1906 - 1913, 1919 - 1921, 1923.

Industrie- und Handelskammer Berlin, Jahresberichte 1924-1933.

Handelskammer zu Bielefeld, Jahresberichte 1867 - 1879, 1881 - 1911, 1913, I. Teil.

Großherzogliche Handelskammer zu Bingen, Jahresbericht 1913.

Handelskammer zu Bochum, Jahresberichte 1867 - 1904, 1912.
Industrie- und Handelskammer zu Bochum, Jahresbericht 1925.

Handelskammer zu Braunsberg (Ostpr.), Jahresberichte 1868, 1869, 1871, 1872, 1876 - 1893, 1895, 1896, 1898 - 1909, 1911 - 1913.

Handelskammer für die Stadt Braunschweig, Jahresberichte 1874 - 1876, 1884 - 1889.

Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig, Jahresberichte 1890 - 1892, 1894, 1895.

Handelskammer zu Bremen, Jahresberichte 1865 - 1933.

Handelskammer zu Bromberg (Ostpr.), Jahresberichte 1878 - 1900.

Handelskammer zu Dortmund, Jahresbericht 1907.

Handels- und Gewerbekammer Dresden, Jahresberichte 1863, 1864, 1866 - 1871, 1872/76, 1877/80, 1881/82, 1883 - 1900.

Handelskammer Dresden, Jahresberichte 1901 - 1912.

Mitteilungen der Handelskammer zu Dresden, 3. Jg. (1914), Sonderheft: Das Wirtschaftsjahr 1913.

Industrie- und Handelskammer Dresden, Jahresberichte des Präsidenten 1930 - 1932, Jahresbericht 1933.

Handelskammer zu Emden, Jahresberichte 1867 - 1869.

Handelskammer zu Erfurt, Jahresberichte 1864 - 1868, 1869/70, 1871, 1873 - 1913.

Handelskammer für den Kreis Essen, Jahresberichte 1903 - 1910.

Handelskammer zu Düsseldorf, Jahresberichte 1866 - 1882, 1884 - 1897, 1898/99, 1900, 1903.

Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Jahresberichte 1927 - 1931, 1933.

Handelskammer der freien Stadt Frankfurt, Jahresberichte 1863, 1864.

Handelskammer zu Frankfurt a. M., Jahresberichte (Wirtschaftsberichte) 1865 - 1910, 1914/19.

Handelskammer Frankfurt a.M.-Hanau, Jahresberichte (Wirtschaftsberichte) 1921 - 1923.

Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M.-Hanau, Jahresberichte (Wirtschaftsberichte) 1924 - 1927.

Handelskammer für Frankfurt a. d. O. und die Neumark, Jahresberichte 1904, 1905, 1909, 1910.

Handelskammer zu Halberstadt, Jahresberichte 1874 - 1905, 1908, 1910/11 - 1913/14 (1897, III. Teil, 1900, III. Teil, 1903, Anhang, 1905, Anhang: Die kaufmännischen Fortbildungsschulen der Handelskammer; 1908, Anhang und 1910/11, Anhang: Jahresbericht über das Handelsfachschulwesen der Handelskammer).

Industrie- und Handelskammer Halberstadt, Wirtschaftsbericht 1914 - 1923, Tätigkeitsbericht 1936.

Handelskammer zu Hamburg, Jahresberichte 1867 - 1870 (in: Statistischer Auszug und Verschiedene Nachweise in Bezug auf Hamburgs Handelszustände im Jahre ...), 1880 - 1891 (in: Hamburg's Handel im Jahre ...), 1893 - 1913, 1918 bis 1931.

Handelskammer zu Hannover, Jahresberichte 1867 - 1882, 1884 - 1892, 1894 - 1912, 1914 - 1917.

Industrie- und Handelskammer zu Hannover, Tätigkeitsberichte (Geschäftsberichte) 1924 - 1938.

Handelskammer für die Kreise Hirschberg und Schönau, Jahresberichte 1901 - 1908.

Industrie- und Handelskammer zu Koblenz, Jahresbericht 1927.

Handelskammer zu Köln, Jahresberichte 1848, 1849, 1851 bis 1854, 1858 - 1860, 1862 - 1865, 1868 - 1872, 1876, 1877, 1879 - 1882, 1888 - 1894, 1896 - 1901, Jahresberichte und Mitteilungen 1909, Heft 1 und 4, 1910, Heft 1, 1912, Heft 4, 1913, Heft 1, 1914, Heft 1, Jahresbericht 1918.

Industrie- und Handelskammer zu Köln, Geschäftsberichte 1928 - 1930, Jahresberichte 1931, 1932.

Handelskammer zu Krefeld, Jahresberichte 1885 - 1888.

Handels- und Gewerbekammer Leipzig, Jahresbericht 1865/66.

Handelskammer Leipzig, Jahresberichte 1867/68 - 1892, 1894 - 1903, 1911 - 1913, 1918, 1919, 1921, 1924.

Älteste der Kaufmannschaft Magdeburg, Jahresberichte 1852 - 1854, 1856 - 1896.

Handelskammer zu Magdeburg, Jahresberichte 1898 - 1900. Verhandlungen und Mitteilungen der Handelskammer zu Magdeburg, Jahrgänge 1900 - 1917.

Oberbayerische Kreis-Gewerbe- und Handelskammer (Sitz: München), Jahresberichte 1862 - 1865.
Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern, Jahresberichte 1869 - 1908.

Handelskammer München, Jahresberichte 1909 - 1913.

Kreis-Gewerbe- und Handelskammer von Mittelfranken, Jahresberichte 1864 - 1866/67.

Handels- und Gewerbekammer von (für) Mittelfranken, Jahresberichte 1869, 1871, 1873, 1874/76, 1879 - 1908.

Handelskammer Nürnberg, Jahresberichte 1909 - 1913, 1919, 1920, Geschäftsberichte 1924, 1925.

Industrie- und Handelskammer Nürnberg, Jahresberichte 1926, 1927, Tätigkeitsberichte (Geschäftsberichte) 1926, 1928 bis 1933.

Großherzogliche Handelskammer zu Offenbach a. M., Jahresberichte 1883, 1884.

Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, Jahresberichte 1905 - 1910.

Verhandlungen und Mitteilungen der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, Jahrgänge 1907 - 1910.

Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln, Jahresberichte 1883 - 1886, 1891 - 1893, 1899, 1903, 1905.

Mitteilungen der Handelskammer für den Regierungsbezirk Oppeln, 9. Jg. (1903/04).

Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln, Jahresberichte 1923, 1927 - 1933.

Handelskammer zu Osnabrück, Jahresberichte 1868 - 1919, 1924, Jubiläumsbericht 1921.

Mitteilungen der Handelskammer Reutlingen, Jahrgänge 1925 - 1929, 1931.

Handelskammer zu Saarbrücken, Jahresbericht 1900.

Saarbrücker Gewerbeblatt für Industrie, Handel und Verkehr, 7. Jg. (1889), 8. Jg. (1890), 10. Jg. (1892).

Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung, 13. Jg. (1908), 14. Jg. (1909).

Handelskammer zu Sorau N.-L., Jahresberichte 1873 - 1900.

Handelskammer für die östliche Niederlausitz in Sorau N.-L., Jahresberichte 1901 - 1904, 1907, 1913, Tätigkeitsberichte 1914/18, 1919.

Handels- und Gewerbekammer Stuttgart, Jahresbericht 1876.

Handelskammer in Stuttgart, Jahresberichte 1905/06 - 1913.

Handelskammer für den Kreis Wetzlar, Jahresberichte 1901 - 1903, 1905, 1908.

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Ruhrbezirks zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Ruhrort (ab 1928 Duisburg-Wesel), Essen, Krefeld und Münster, Jahresberichte (Wirtschaftsberichte) 1926 - 1929.

Zweckverband der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster, Tätigkeitsberichte 1930 - 1932.

Handelskammern Breslau, Görlitz, Hirschberg, Landeshut, Liegnitz, Sagan und Schweidnitz, Jahresberichte (Wirtschaftsberichte) 1921 - 1923.
Industrie- und Handelskammern Breslau, Görlitz, Hirschberg, Landeshut, Liegnitz, Sagan und Schweidnitz, Jahresberichte (Wirtschaftsberichte) 1924 - 1933.

Jahresberichte der Handels- und Gewerbekammern in Württemberg, veröffentlicht von der Königlichen Centralstelle für Gewerbe und Handel, 1858 - 1860, 1863 - 1899.

Jahresberichte der Handelskammern in Württemberg, systematisch zusammengestellt, veröffentlicht und mit einem Anhang versehen von der Königlichen Centralstelle für Gewerbe und Handel, 1901 - 1904.

IV. Veröffentlichungen des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichts- bzw. Bildungswesen

(Arbeiten einzelner Verfasser werden auch im Verzeichnis der Bücher und Beiträge in Sammelwerken aufgeführt.)

- (Band 1:) Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I. - Berichte und Verhandlungen aus der am 4. und 5. Oktober 1895 zu Braunschweig stattgehabten Versammlung, Braunschweig (1896).
- (Band 2:) Stegemann, Richard, Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen II. - Der gegenwärtige Stand des Kaufmännischen Fortbildungsschulwesens, Braunschweig 1896.
- Band 3: Ehrenberg, Richard, Handelshochschulen I. - Gutachten von Kaufleuten, Industriellen und anderen Sachverständigen, Braunschweig 1897.
- Band 4: Ehrenberg, Richard, Handelshochschulen II. - Denkschrift über die Handelshochschule, Braunschweig 1897.
- Band 6: Stenographischer Bericht über den Zweiten Kongreß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Leipzig, 11. und 12. Juni 1897, Braunschweig 1897.
- Band 9: Silberman, Kaufmännische Unterrichtsanstalten für weibliche Angestellte, Braunschweig 1898.
- Band 12: III. Kongreß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Hannover, 5. bis 7. Oktober 1899 - Stenographischer Bericht, Braunschweig (1900).
- Band 15: Bericht über die Ausschuß-Beratungen des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Weimar, 21. bis 23. Mai 1900, Braunschweig 1900.
- Band 16: Errichtung von Handelsschulen - Berichte, erstattet in der Ausschuß-Sitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Weimar, den 22. und 23. Mai 1900, Braunschweig 1900.

- Band 19: Kaufmännisches Unterrichtswesen für weibliche Angestellte - Berichte, erstattet in der Ausschusssitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Weimar, den 14. Mai 1901, Leipzig 1901.
- Band 20: Vorstand der Zwickauer Kaufmannschaft (Bearb.), Übersicht über die Wirksamkeit der deutschen Handelskammern auf dem Gebiete des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens, Leipzig (1902).
- Band 30: Kaufmännisches Lehrlingswesen - Verhandlungen, Gutachten und Vorschläge, Leipzig 1904.
- Anlage I: von Bönigk, Praktische Kaufmannslehre und Gesetzgebung - Bericht, im Auftrage der Handelskammer zu Halberstadt erstattet von ihrem Syndikus, Oschersleben 1904.
- Anlage II: Faulhaber, Carl, Kaufmännischer Lehrvertrag nebst einer Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen des kaufmännischen Lehrverhältnisses - Entwurf, ausgearbeitet im Auftrage des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern, o. O. o. J.
- Anlage IV a: Kaufmännische Lehrlingsprüfungen - Zusammenstellung der in Deutschland sowie in der Schweiz bestehenden Einrichtungen, Leipzig 1903.
- Band 32: Behrend, Gründung, Einrichtung und Verwaltung von obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschulen, Leipzig 1905.
- Band 33: Die Vorbereitung der Frau für den kaufmännischen Beruf - Berichte, erstattet in der Konferenz des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen in Braunschweig, am 14. Januar 1905, Leipzig (1905).
- Band 34: Herrmann, Agnes, Der Stand des kaufmännischen Unterrichtswesens für weibliche Angestellte, Leipzig 1905.
- Band 35: V. Kongreß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Wiesbaden, 5. bis 9. September 1905, Leipzig 1905.
- Band 38: Ausschusssitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Eisenach, 5. bis 8. Mai 1907, Leipzig 1907.
- Band 40: VI. Kongreß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Danzig, 30. September bis 4. Oktober 1908, Leipzig 1909.
- Band 41: Ausschusssitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Eisenach, 17., 18. und 19. Mai 1909, Leipzig 1909.
- Band 47: Tronnier, L., Verzeichnis der in Deutschland bestehenden kaufmännischen Unterrichtsanstalten, Leipzig 1912.
- Band 48: Ausschusssitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen - Eisenach, 13. und 14. Mai 1912, Leipzig 1912.

- Band 51: VIII. Kongreß des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Leipzig, 2. bis 4. Juli 1914, Leipzig 1914.
- Band 53: Ausschußsitzung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Eisenach, 2. und 3. Juni 1916, Leipzig 1916.
- Band 56: Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Eisenach, 25. bis 26. Juni 1920, Braunschweig 1920.
- Band 57: Regelung des kaufmännischen Lehrlingswesens - I. Sondersitzung - Leipzig, 14. und 15. Januar 1921, Braunschweig 1921.
- Band 58: Regelung des kaufmännischen Lehrlingswesens - II. Sondersitzung - Goslar, 1. und 2. April 1921, Braunschweig 1921.
- Band 59: Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Goslar, den 2. Juni 1922, Braunschweig 1922.
- Band 60: Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Goslar, den 30./31. Mai 1924, Braunschweig 1924.
- Band 61: Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Eisenach, den 22./23. Mai 1925, Braunschweig 1925.
- Band 64: Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Aachen, den 13. bis 15. Mai 1926, Braunschweig 1926.
- Band 67: Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Rostock, den 26. bis 28. Mai 1927, Braunschweig 1927.
- Band 68: Bericht über die Sitzung der Kommission betr. Gehilfenprüfungen - Halle a. d. S., den 29. Juni 1927, Braunschweig 1927.
- Band 69: Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Heidelberg, den 16. bis 19. Mai 1928, Braunschweig 1928.
- Band 72: Bericht über die Sitzungen des Ausschusses für die Ausbildung von Verkaufskräften im Einzelhandel - Goslar, den 23. Juni 1928, Bochum, den 9. November 1928, Braunschweig 1929.
- Band 88: 60 Jahre Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen e. V. 1895 - 1955, o. O. (1956).
- Band 97: Albrecht/Dehmel/Löbner/Oebike, Kaufmännische Berufserziehung im Betrieb - Ein Leitfaden für die Ausbilder, Braunschweig-Wolfenbüttel 1962.
- Band 106: Kaufmännische Berufsbildung in der pluralistischen Gesellschaft - Referate, Diskussionsbeiträge und Fachausschußberichte der öffentlichen Vortragsveranstaltung im Rahmen der Mitgliederversammlung 1967, Braunschweig 1967.

- Hauptversammlung des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen - Bad Harzburg, den 29. bis 31. Mai 1930 - Berichte und Leitsätze I, Braunschweig 1930.

V. Sonstige gedruckte Quellen

Allgemeine Bestimmungen, betreffend das Volksschul-, Präparanden- und Seminarwesen, vom 15. Oktober 1872, in: C. Müller, Grundriß der Geschichte des preußischen Volksschulwesens, 3. und 4. Aufl., Osterwieck-Leipzig 1913, S. 228 - 246.

Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung (Hrsg.), Bürokaufmann - Berufsbild, Berufsbildungsplan, Prüfungsanforderungen, Bielefeld (1962).

Begründung zum Gesetzentwurf betreffend die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen (Preußen), auszugsweise in: HuG, 18. Jg. (1910/11), Anlage 5, S. 3 f.

Bekanntmachung des Bundesrats über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht vom 2. Aug. 1917, in: Oskar Liebich (Hrsg.), Die Verwaltung der Berufsschulen, 6. Aufl., Langensalza-Berlin-Leipzig 1931, S. 249 bis 251.

Die Beschlüsse des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 29. Jg. (1919), Nr. 26, S. 313 - 329.

Bestimmungen über Einrichtung und Lehrpläne kaufmännischer Fortbildungsschulen und kaufmännischer Fachklassen an gewerblichen Fortbildungsschulen vom 1. Juli 1911, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 547 bis 557.

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag, Deutscher Industrie- und Handelstag, Reichsverband der Deutschen Industrie, Reichsverband des Deutschen Handwerks, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Stellungnahme zu dem Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, Berlin 1930.

Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), Richtlinien für die Durchführung von Prüfungen in Kurzschrift und Maschinenschreiben, Bielefeld 1955.

Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Leitsätze betreffend Eignungs- und Leistungsprüfungen für kaufmännische Lehrlinge und Gehilfen, in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 46, S. 1097 f.

Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Prüfungsordnung für Kaufmannsgehilfenprüfungen (1928), in: Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, Bielefeld (1962), S. 167 - 169.

Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Richtlinien für die Ausbildung von Verkaufskräften im Einzelhandel, in: DVkB, Bd. 72, Braunschweig 1929, S. 33 - 36.

Deutscher Verband für das kaufmännische Bildungswesen, Richtlinien für Leistungs-(Gehilfen-)Prüfungen, in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 46, S. 1098.

Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, in: Rudolf Wiedwald, Das kaufmännische Lehrlingswesen und seine Reform, Berlin 1927, S. 142 - 166.

Gesetz, die Abänderung mehrerer Bestimmungen des Gewerbe-gesetzes vom 15. Okt. 1861 betreffend, vom 23. Juni 1868, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1868, S. 335 - 341.

Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 26. Juli 1897, in: Reichs-Gesetzblatt 1897, S. 663 - 706.

Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen (Preußen), in: HuG, 18. Jg. (1910/11), Anlage 5, S. 1 f.

Gesetz, die Handels- und Gewerbekammern betreffend, vom 4. Aug. 1900, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1900, S. 865 - 873.

Gesetz über die Handelskammern vom 24. Febr. 1870, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1870, S. 134 - 140.

Gesetz über die Handelskammern vom 24. Febr. 1870/19. Aug. 1897, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1897, S. 355 - 366.

Gesetz, betreffend die Handelskammern, vom 30. Juli 1899, in: Regierungsblatt für Württemberg 1899, S. 579 ff., abgedruckt in: Walther Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern Stuttgart Heilbronn Reutlingen Ulm 1855 - 1955, Bd. II, Stuttgart 1962, S. 561 - 571.

Gesetz in betreff der Manufakturen, Fabriken und Werkstätten vom 12. April 1803 (22. Germanial XI) - Frankreich - (Auszüge als Abschrift von der IHK für den Regierungsbezirk Aachen am 25. 7. 1966 übermittelt).

Gewerbe-gesetz vom 15. Okt. 1861, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen 1861, S. 187 - 217.

Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897.

Handelskammer zu Frankfurt a. d. O., Entwurf eines Normalstatuts für kaufmännische Fortbildungsschulen, in: HuG, 8. Jg. (1900/01), Nr. 20, S. 293 f.

Handelskammer zu Hamburg, Gutachten für die Deputation für Handel und Schifffahrt betr. Reorganisation des Fortbildungsschulwesens vom 8. Dez. 1906, Anlage I zu HK Hamburg, JB 1906, S. 57 - 62.

Handelskammer zu Koblenz, Schreiben an sämtliche Handelskammern der Rheinprovinz, in: DVkU, Bd. 3, Braunschweig 1897, S. 245 - 248.

Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Abhaltung von Handlungsgehilfenprüfungen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln vom 22. Okt. 1925, in: DVkB, Bd. 64, Braunschweig 1926, S. 124 f.

Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien, Richtlinien für die Annahme von kaufmännischen Lehrlingen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln vom 22. Okt. 1925, in: DVKB, Bd. 64, Braunschweig 1926, S. 123 f.

Instruction zum Vollzug der gesetzlichen Grundbestimmungen für das Gewerbswesen in den sieben älteren Kreisen des Königreiches vom 17. Dez. 1853, in: Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1853, Sp. 1867 - 2026.

Kgl. Verordnung, die Einführung der Handelskammern betr., vom 19. Sept. 1842, in: Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1842, Sp. 974 - 981.

Kgl. Verordnung, die Errichtung von Gewerbe- und Handelskammern betreffend, vom 27. Jan. 1850, in: Regierungs-Blatt für das Königreich Bayern 1850, Sp. 121 - 138.

Kgl. Verordnung, betreffend die Errichtung von Handels- und Gewerbekammern, vom 19. Sept. 1854, in: Regierungsblatt für Württemberg 1854, S. 79 ff., abgedruckt in: Walther Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern Stuttgart Heilbronn Reutlingen Ulm 1855 - 1955, Bd. I, Stuttgart 1955, S. 313 - 315.

Kgl. Verordnung, die Handels- und Gewerbekammern und die Bezirksgremien für Handel und Gewerbe betreffend, vom 25. Okt. 1889, in: Bayerisches Gesetz- und Verordnungs-Blatt 1889, S. 559 - 568.

Kgl. Verordnung, die Handelskammern und Handelsgremien betreffend, vom 25. Febr. 1908 (Bayern), in: Ernst Wendtland (Hrsg.), Handbuch der Deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen, Leipzig 1916, S. 19 - 30.

Kgl. bayerische Industrie-Schule zu Kaiserslautern, Jahresbericht für das Schuljahr 1877-78.

Lehrlingsrollenordnung (Musterwortlaut des DIHT aus 1958), in: Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, Bielefeld (1962), S. 189 - 191.

Ordnung der Diplomprüfung für das Handelslehramt nach der Prüfungsordnung für Kaufleute und Handelslehrer an den Handels-Hochschulen in Berlin und Königsberg vom 28. Jan. 1925, in: Ulrich Pleiß, Die Entwicklung der Diplom-Handelslehrerbildung in Deutschland aus der Sicht des Hochschulortes Berlin, Berlin 1963, S. 126 - 132.

Ordnung für die Handelslehrerprüfung an der Handels-Hochschule Berlin vom 12. Nov. 1912, abgedruckt in: Ulrich Pleiß, Die Entwicklung der Diplom-Handelslehrerbildung in Deutschland aus der Sicht des Hochschulortes Berlin, Berlin 1963, S. 121 - 126.

Protokoll der Verhandlungen über das kaufmännische Unterrichtswesen in Preußen am 31. Januar und 1. Februar 1898, in: Oskar Simon, Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1902, Anlage II, S. LII - LXXV.

Prüfungsordnung der Industrie- und Handelskammern für Lehrabschlußprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen (Lehr- und Anlernberufen) von 1958, auszugsweise abgedruckt in: Ernst Hoffmann, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, Bielefeld (1962), S. 171 - 175.

Prüfungsordnung für die Lehrabschlußprüfung in anerkannten Ausbildungsberufen der IHK zu Dortmund vom 25. April 1960, Sonderdruck der Mitt. der IHK zu Dortmund, August 1960.

Revidiertes Statut der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin vom 26. Febr. 1870, in: o. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Berlin (1920), S. 631 - 642.

Städtische Handelsschule Nürnberg, Jahresberichte für das Schuljahr 1897/98, Nürnberg 1898, das Schuljahr 1899/1900, Nürnberg 1900.

Städtisches Realgymnasium mit höherer Handelsschule zu Aachen, Jahresberichte über das Schuljahr von Ostern 1896 bis Ostern 1897, Aachen 1897, das Schuljahr von Ostern 1897 bis Ostern 1898, Aachen 1898, das Schuljahr von Ostern 1898 bis Ostern 1899, Aachen 1899.

Statut für die Kaufmannschaft zu Berlin vom 2. März 1820, o. O. o. J.

Statut für die Kaufmannschaft zu Königsberg in Preußen vom 25. April 1823, in: o. V., Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Korporation der Kaufmannschaft von Königsberg, Königsberg 1873, Beilagen, S. 1 - 9.

Statut für die Korporation der Kaufmannschaft zu Königsberg in Pr. vom 5. Juni 1871, in: o. V., Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Korporation der Kaufmannschaft von Königsberg, Königsberg 1873, Beilagen, S. 10 - 17.

Statut der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin vom 15. Nov. 1821, in: Martin Wehrmann, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin, Stettin 1921, Anlagen, S. 30 - 57.

Statut der Handelskammer von Elberfeld und Barmen vom 22. Juni 1830 (dem Verf. von der IHK Wuppertal als Abschrift übermittelt).

Statut für die Handelskammer der Stadt Erfurt in der Provinz Sachsen vom 18. Okt. 1844, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1844, S. 663 - 666.

Statut für die Handelskammer der Stadt Halle und der Saalörter im Regierungsbezirk Merseburg vom 18. Okt. 1844, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1844, S. 671 - 674.

Statut für die Handelskammer des Kreises Hagen im Regierungsbezirk Arnsberg vom 18. Okt. 1844, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1844, S. 667 - 670.

Statuten der Handlungs-Kammer der Großherzoglich Badischen Hauptstadt Freiburg vom 11. Juni 1835, in: Franz Kaiser (Hrsg.), Die Handelskammer für den Kreis Freiburg im Breisgau und ihre Vorläufer, Freiburg im Breisgau 1930, S. 55 ff.

Vereinbarung zwischen dem Württ. Handwerkskammertag und dem Württ. Industrie- und Handelstag über die Durchführung des Prüfungswesens gewerblicher Lehrlinge in der Industrie vom 19. März 1929, in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 6, S. 87.

Verordnung über die Errichtung von Handelskammern vom 11. Febr. 1848, in: Preußische Gesetz-Sammlung 1848, S. 63 - 68.

Verordnung des Staatsministeriums über die Handelskammern vom 27. März 1924, in: Regierungsblatt für Württemberg, 29. März 1924, S. 165 ff., abgedruckt in: Walther Mosthaf, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern Stuttgart Heilbronn Reutlingen Ulm 1855 - 1955, Bd. II, Stuttgart 1962, S. 571 - 575.

- VI. Zeitschriften, aus denen Nachrichten, Berichte, abgedruckte Stellungnahmen usw. ohne Verfasser- und Titelangabe zitiert wurden (soweit nicht unter III. aufgeführt)

(Die ausführliche Kennzeichnung der einzelnen Beiträge ist wegen der großen Zahl nicht möglich.)

Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 3. Jg. (1906), 5. Jg. (1908), 17. Jg. (1920).

Deutsche Wirtschafts-Zeitung, Organ des Deutschen Industrie- und Handelstags, 19. Jg. (1922) - 30. Jg. (1933).

Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 34. Jg. (1902).

Handel und Gewerbe, Zeitschrift für Deutschlands gesamte Gewerbsthätigkeit, Organ für die Handels- und Gewerbekammern, sowie die wirtschaftlichen Vereine und Verbände, 2. Jg. (1894/95) - 4. Jg. (1896/97).

Handel und Gewerbe, Zeitschrift für die zur Vertretung von Handel und Gewerbe gesetzlich berufenen Körperschaften, 5. Jg. (1897/98) - 29. Jg. (1921/22).

Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, Amtliches Organ der Württembergischen Handelskammern, 9. Jg. (1929).

Zeitschrift für Handel und Gewerbe, Organ für die Deutschen Handelskammern, 5. Jg. (1892).

Zeitschrift für das gesam(m)te kaufmännische Unterrichtswesen, (ab 9. Jg. 1906/07) Organ des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichts- bzw. Bildungswesen, des Verbandes Deutscher Handelsschulmänner und anderer Förderervereine, 1. Jg. (1898/99) - 16. Jg. (1913/14).

VII. Bücher, Dissertationen, Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken

- von der Aa, Karl, Die Mitwirkung der Industrie- und Handelskammern an der Ausbildung des kaufmännischen und technischen Nachwuchses, in: Rhein-Mainische Wirtschafts-Zeitung, Jg. 1934, Nr. 10 (Festausgabe 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M.), S. 296 - 298.
- von der Aa, Karl, Vereinheitlichung des kaufmännischen Bildungswesens in Deutschland, Sonderdruck, o. O. o. J.
- von der Aa, Karl, Vorbildung und Ausbildung der Handelschullehrer in Deutschland, in: Internationale Zeitschrift für Kaufmännisches Bildungswesen, Nr. 12/1932, S. 897 - 908.
- von der Aa, Karl, Wirtschaftliche Bildung, Sonderdruck aus: DHW, Jg. 1924, Nr. 22 (o. S.).
- Abraham, Karl, Wirtschaftspädagogik - Grundfragen der wirtschaftlichen Erziehung, 1. Aufl., Heidelberg 1960, 2. Aufl., Heidelberg 1966.
- Adler, Georg, Die Sozialreform und der Kaufmannsstand, München-Leipzig 1891.
- Albrecht/Dehmel/Löbner/Oebike, Kaufmännische Berufserziehung im Betrieb - Ein Leitfaden für die Ausbilder, DVkB, Bd. 97, 1. Aufl., Braunschweig-Wolfenbüttel 1962, 2. - 4. Aufl. Wolfenbüttel 1963 - 1966 (unveränderte Nachdrucke).
- Altmann, Rüdiger, Betriebslehre - Bildung - Selbstverwaltung, in: Die Verantwortung des Unternehmers in der Selbstverwaltung. Herausgegeben aus Anlaß der 100-Jahr-Feier des Deutschen Industrie- und Handelstages, Frankfurt a. M. (1961), S. 193 - 230.
- Ambrassat, Gewinnung und Ausbildung von Lehrern an kaufmännischen Fortbildungsschulen, in: ZfgkU, 7. Jg. (1904/05), Nr. 1, S. 1 - 5, Nr. 2, S. 34 - 38.
- Apt, Max, 25 Jahre im Dienste der Berliner Kaufmannschaft, Berlin-Zehlendorf 1927.
- Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung (Hrsg.), 15 Jahre Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung, Bielefeld 1962.
- O. V., Die praktische Ausbildung der Handlungslehrlinge, in: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 11, S. 340 - 344, Nr. 12, S. 371 - 373.
- Barschak, Erna, Fragen der kaufmännischen Berufsausbildung, in: DWZ, 21. Jg. (1924), Nr. 24, S. 406 f.
- Barthel, Otto (Bearb.), Die Schulen in Nürnberg 1905 - 1960 mit Einführung in die Gesamtgeschichte, Nürnberg (1964).
- Bauer, Stephan, Arbeiterschutzgesetzgebung, in: Ludwig Elster u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., 1. Bd., Jena 1923, S. 401 - 701.
- Baumgarten, Franziska, Die Berufseignungsprüfungen - Theorie und Praxis, München-Berlin 1928.

- Bechtel, Heinrich, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands - Wirtschaftsstile und Lebensformen von der Vorzeit bis zur Gegenwart, München 1967.
- Beckert, Erich, Der Bildungswert von Kurzschrift und Maschinenschreiben, in: DHW, 9. Jg. (1929), Nr. 1, S. 1 - 5.
- Behrend, Gründung, Einrichtung und Verwaltung von obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschulen, DVkU, Bd. 32, Leipzig 1905.
- Beigel, R., Die Mängel unseres gegenwärtigen kaufmännischen Bildungswesens, 2. Aufl., Leipzig (1897).
- Benser, Albert, Die theoretische und praktische Ausbildung für den kaufmännischen Beruf, Dresden 1880.
- Benser, Albert, Welche Einrichtungen empfehlen sich zur Heranbildung geeigneter Lehrkräfte für das kaufmännische Unterrichtswesen? (Leitsätze), in: DVkU, Bd. 6, Braunschweig 1897, S. 71 f.
- Berg, Arthur, Gestaltwandel der Volksschule bis zur Gegenwart, Teil 1, Berlin-Bonn-München 1955.
- Berg, Mathilde, Die Kaufmannsgehilfenprüfung in Deutschland, Diss. Köln 1950.
- Bergler, Georg, Versuch einer Bestimmung des Begriffes Großhandel, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 29. Jg. (1959), Nr. 11, S. 653 - 664.
- O. V., Bericht über den Stand der unter Verwaltung oder Aufsicht der Handelskammern stehenden kaufmännischen Fortbildungsschulen des Großherzogtums Hessen, in: ZfgkU, 6. Jg. (1903/04), Nr. 11, S. 269 - 272.
- Bertrams, Die Industrie- und Handelskammern und die gewerbliche Berufsausbildung, in: Verh. des DIHT, Heft 5/1931, S. 8 - 32.
- Bertrams, Stand der Verhandlungen über das Berufsausbildungsgesetz, in: Verh. des DIHT, Heft 3/1929, S. 14 bis 24.
- O. V., Die Beschäftigung der Lehrlinge an den Sonntags-Nachmittagen, in: ZfHuG, 5. Jg. (1892), Nr. 6, Sp. 175 - 178.
- Beutin, Ludwig, Geschichte der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft, Hagen (1956).
- Bezold, Egon, Geschichte der Unterrichtsanstalt des Vereins Merkur Nürnberg E. V. 1861 - 1962, Nürnberg 1965.
- Blaustein, Arthur (Hrsg.), Die Handelskammer Mannheim und ihre Vorläufer 1728 - 1928, Mannheim-Berlin-Leipzig (1928).
- Blum, Theodor, Das deutsche Handelsschulwesen, Leipzig 1911.
- Böhmert, Victor, Handelshochschulen - Denkschrift zur Errichtung handelswissenschaftlicher Abteilungen an den technischen Hochschulen und Universitäten, Dresden 1897.

- von Bönigk, Die rechtlichen Grundlagen der kaufmännischen Ausbildung und ihre Reform, in: DVkU, Bd. 30, Leipzig 1904, S. 3 - 13.
- von Bönigk, Praktische Kaufmannslehre und Gesetzgebung, Oschersleben 1904, Anlage I zu DVkU, Bd. 30, Leipzig 1904.
- von Bönigk, Vorschläge für Abänderung der reichsgesetzlichen Grundlagen des kaufmännischen Unterrichts, in: DVkU, Bd. 35, Leipzig 1905, S. 65 - 73.
- Borchardt, Georg, Die freie Bildungsarbeit der kaufmännischen Verbände, in: Alfred Kühne (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 2. Aufl., Leipzig (1929), S. 673 - 690.
- Born, Karl Erich, Einführung des Herausgebers, in: derselbe (Hrsg.), Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln-Berlin 1966, S. 13 - 22.
- Bothe, Gerhard, Das praktische Ergebnis der vom Verbande veranstalteten Rundfrage vom 4. Juni 1927, in: DVkB, Bd. 68, Braunschweig 1927, S. 6 - 10.
- Bothe, Gerhard, Die Kaufmännischen Schulen der Industrie- und Handelskammer Braunschweig - Ihre Vorgänger und ihre geschichtliche Entwicklung, in: Braunschweigisches Industrie- und Handelsblatt, Jg. 1950, Nr. 29, S. 48 - 53.
- Bothe, Gerhard, Tradition und Fortschritt in der Berufserziehung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, in: IHK Braunschweig (Hrsg.), Nachwuchsförderung - Tradition und Fortschritt in der Berufserziehung der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Braunschweig 1957, S. 3 - 6.
- Brandt, Kurse für Verkäuferinnen, in: DVkU, Bd. 41, Leipzig 1909, S. 62 - 76.
- Brandt, Harm-Hinrich, Von der Fürstlich-Hessischen Commerzien-Cammer zur Industrie- und Handelskammer Kassel 1710 - 1960, Kassel 1960.
- Brandt, Harm-Hinrich, Die Industrie- und Handelskammer Kassel und ihre Vorläufer 1763 - 1963, o. O. 1963.
- Brell, Bruno, Das psychologische Berufsbild der Handlungsgehilfin, Berlin-Wilmersdorf 1933.
- Breuer, H., Die Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Königlichen Realgymnasiums zu Wiesbaden am 30. und 31. Mai und 1. Juni 1895, Beilage zum JB 1895/96, Wiesbaden 1896.
- Bücher, Karl, Die Arbeiterfrage im Kaufmannsstande, Berlin 1883.
- Bücher, Karl, Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang, Eisenach 1877.
- Büttner, Felix, Die Formen des bayerischen kaufmännischen Schulwesens, in: Friedrich Arnold, Das kaufmännische Bildungswesen in Bayern, Kallmünz 1958, S. 57 - 63.

- Conzelmann, Lore, Das pädagogische Gedankengut in den Schriften des Vereins für Socialpolitik, Diss. Frankfurt a. M. 1962.
- Deeg, Herta, Wirtschaftspädagogik um das Jahr 1900, in: DBFSch, 59. Bd. (1963), Heft 4, S. 241 - 255.
- Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung, Empfehlungen und Gutachten, Folge 4, Stuttgart 1960.
- Deutscher Ausschuß für Technisches Schulwesen, Die Erziehung und Ausbildung des Nachwuchses der Facharbeiterschaft für die mechanische Industrie (Leitsätze), in: derselbe (Hrsg.), Abhandlungen und Berichte über Technisches Schulwesen, Bd. III, Leipzig-Berlin 1912, S. 301 - 306.
- Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), Berufsausbildung 1965 - Die Berufsausbildungsarbeit der Industrie- und Handelskammern, Bonn 1966.
- Deutscher Industrie- und Handelstag, Schule und Wirtschaft (Denkschrift), in: DWZ, 29. Jg. (1932), Nr. 44, S. 1045 - 1050.
- Deutscher Industrie- und Handelstag (Hauptausschuß): Die Überspannung der Schulvorbildungsanforderungen bei wirtschaftlichen Berufen (Stellungnahme), in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 8, Anlage.
- O. V., Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, in: Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 5. Jg. (1908), Nr. 37, S. 8.
- Dirr, P., Der Handelsvorstand Nürnberg 1560 - 1910, Nürnberg 1910.
- Dörschel, Alfons, Die Berufsschule in unserer Zeit, Ratingen 1967.
- Dörschel, Alfons, Einführung in die Wirtschaftspädagogik, 1. Aufl., Berlin-Frankfurt a. M. 1960, 2. Aufl., Berlin-Frankfurt a. M. 1965.
- Dolch, Josef, Grundbegriffe der pädagogischen Fachsprache, 5. Aufl., München 1965.
- von den Driesch, Johannes und Esterhues, Josef, Geschichte der Erziehung und Bildung, Bd. II, 4. Aufl., Paderborn (1954).
- Ebeling (Dessau), Das kaufmännische Unterrichtswesen in Dessau, in: DVkU, Bd. 35, Leipzig 1905, S. 213 - 215.
- Ebeling, Ph., Die Nothwendigkeit einer Vorstufe an kaufmännischen Fortbildungsschulen, in: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 10, S. 315 - 319.
- Eggersdorfer, Franz Xaver, Jugendbildung - Allgemeine Theorie des Schulunterrichts, 6. Aufl., München 1956.
- Ehrenberg, Richard, Handelshochschulen I. - Gutachten von Kaufleuten, Industriellen und anderen Sachverständigen, DVkU, Bd. 3, Braunschweig 1897.

- Ehrenberg, Richard, Handelshochschulen II. - Denkschrift über die Handelshochschule, DVkU, Bd. 4, Braunschweig 1897.
- Erbach, Karl, Berufsbild und Lehrplan in der kaufmännischen Berufserziehung, Darmstadt 1959.
- Erwig, Wolfgang, Industrie- und Handelskammern - Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, Hamburger Beiträge aus der Wirtschaftspraxis, Aug. August 1962.
- van Eyll, Klara, Die Geschichte einer Handelskammer, dargestellt am Beispiel der Handelskammer Essen 1840 bis 1910, Köln 1964.
- Faulhaber, Carl, Kaufmännischer Lehrvertrag nebst einer Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen des kaufmännischen Lehrverhältnisses - Entwurf, ausgearbeitet im Auftrage des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern, Anlage II zu DVkU, Bd. 30, Leipzig 1904.
- Fechner, Wilhelm, Festschrift der Handelskammer für die westliche Niederlausitz in Cottbus aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens 1852 - 1902, Cottbus 1902.
- Feld, Friedrich, Sinn und Aufgabe der Berufserziehung, Erfurt 1929.
- Feld, Friedrich, Ziegler, Adolf und Oberbach, Johannes, Die Wirtschaftsoberschule, Leipzig 1925.
- Fischer, Aloys, Psychologie der Arbeit (1925), in: Karl Kreitmair (Hrsg.), Aloys Fischer - Leben und Werk, Bd. 2, München 1950, S. 171 - 243.
- Fischer, Wolfram, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat - Die Handelskammern in der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung des 19. Jahrhunderts, Berlin 1964.
- Fischlein, Wolfgang, Bildungsökonomische Überlegungen in der Vergangenheit - Eine Auswahl von Zitaten, in: WuE, 18. Jg. (1966), Heft 3, S. 130 f.
- Flitner, Wilhelm, Berechtigungswesen, in: Die Erziehung, 4. Jg. (1929), S. 653 - 656.
- Flitner, Wilhelm, Allgemeine Pädagogik, 5. Aufl., Stuttgart o. J.
- O. V., Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, in: ZfgkU, 2. Jg. (1899/1900), Nr. 10, S. 235 - 237.
- O. V., Aktuelle Fragen des kaufmännischen Bildungswesens - Grundsätzliches über die Einrichtung kaufmännischer Prüfungen, in: Mitt. der HK Reutlingen, Nr. 36/1927 (Sondernummer).
- Frucht, Franz, Die Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge unter besonderer Berücksichtigung kaufmännischer Lehrlingsprüfungen, Leipzig-Berlin 1920.
- Ganguin, Gutachten, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, Schriften des Vereins, Bd. X, Leipzig 1875, S. 73 - 94.

- Gerth, I. Bericht über die Kaufmännische Fortbildungsschule der Stadt Bielefeld, Bielefeld 1895.
- Gertz, Bericht über die Kommissionssitzung zur Aufstellung einer einheitlichen Prüfungsordnung für Maschinenschreiber und zur nochmaligen Beratung der Kurzschriftprüfungsordnung, in: DVkB, Bd. 64, Braunschweig 1926, S. 15 - 29 (mit Anlagen).
- Giese, Gerhardt, Quellen zur deutschen Schulgeschichte seit 1800, Göttingen-Berlin-Frankfurt a. M. 1961.
- Glaser, Facharbeiternachwuchs, in: Verh. des DIHT, Heft 16/1927, S. 119 - 131.
- Goerdeler, Karl, Gedanken eines zum Tode Verurteilten - September 1944 im Gefängnis, teilweise abgedruckt in: Hans Royce u. a. (Bearb.), 20. Juli 1944, 3. Aufl., Bonn 1960, S. 28 - 31.
- Goldschmidt, Friedrich, Die sociale Lage und die Bildung der Handlungsgehilfen, Berlin 1894.
- Grüner, Gustav, Die Geschichte der deutschen Ingenieurschule, in: Walter Niens u. a. (Hrsg.), Handbuch für das Ingenieurschulwesen, Heidelberg 1965, S. 13 - 42.
- Günnicker, Franz, Kaufmännische Schulen und die Industrie- und Handelskammer zu Bochum, in: Franz Mariaux, Gedankwort zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, Bochum 1956, S. 439 - 455.
- Günzel, Otto, Die Industrie- und Handelskammer Leipzig als Schulträger, in: 75 Jahre IHK Leipzig, Sonderheft der Mitteldeutschen Handelsrundschau, 23. Jg. (1937), Nr. 23, S. 359 - 362.
- O. V., Handelsgymnasien, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 28. Jg. (1896), Nr. 21, S. 251 f.
- Handelskammer zu Düsseldorf (Bearb.), Beiträge der Industrie zu den Kosten der Handwerker Ausbildung und der Handwerkerwohlfahrtspflege - Denkschrift der Handelskammer zu Arnsberg, Bielefeld, Bonn, Koblenz, Köln, Dortmund, Düsseldorf, Iserlohn, Lennep, M. Gladbach, Mülheim (Rhein), Münster, Siegen, Trier, Wetzlar. Düsseldorf 1908.
- Handelskammer zu Frankfurt a. M. (Hrsg.), Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt a. M. (1707 - 1908), Frankfurt a. M. 1908.
- Handelskammer zu Halberstadt, Soll ich Kaufmann werden? Anhang zum JB 1903 der HK Halberstadt, S. 1 - 14.
- Handelskammer Hamburg (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Handelskammer Hamburg, Hamburg 1965.
- Handelskammer zu Hannover (Hrsg.), Die Lage des Kleinhandels in Deutschland - Ergebnisse der auf Veranlassung von Handelskammern, Handels- und Gewerkekammern und von wirtschaftlichen Vereinen angestellten Erhebungen, Bd. I, Berlin 1899, Bd. II, Berlin 1900.
- Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I. - Berichte und Verhandlungen aus der am 4. und 5. Oktober 1895 zu Braunschweig stattgehabten Versammlung, Braunschweig (1896).

- O. V., Die Handelskammern des Königreichs Sachsen, in: Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 9. Jg. (1912), Nr. 21, S. 224 f.
- Handelskammer zu Minden, Die Bedeutung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens (Gutachten), in: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 6, S. 185 - 187.
- Haus, Rudolf, Abriß der Geschichte der Industrie- und Handelskammer Detmold und ihrer Vorläufer, o. O. 1954.
- Haussherr, Hans, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts, 3. Aufl., Köln-Graz 1960.
- Heckel, Hans, Deutsches Privatschulrecht, Berlin-Köln 1955.
- Heinz, Gerhard, Die geschichtliche Entwicklung und die gegenwärtige Gestaltung der Selbstverwaltung in den wirtschaftlichen Berufskammern, Diss. Tübingen 1958.
- Hell, H., Die kaufmännische Fortbildungsschule, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 358 - 379.
- Heller, Georg, Reform der Facharbeiter-Ausbildung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland, Nr. 282 vom 4. 12. 1965, S. 5.
- Hellersberg, Maria, Haben sich die kaufmännischen Fachkurse (Verkäuferinnen-, Bankfach-, Versicherungsfachkurse usw.) bewährt und nach welcher Richtung ist deren Ausbau wünschenswert? In: DVkB, Bd. 60, Braunschweig 1924, S. 43 - 50.
- Henz, Hubert, Lehrbuch der systematischen Pädagogik, Freiburg-Basel-Wien 1964.
- Herfús, Fritz, Die deutschen Handelskammern als Glied der Verwaltung - Ihre Geschichte, ihr Wesen und ihre Zukunft, Mannheim-Berlin-Leipzig 1922.
- Herrmann, Agnes, Wie ist die Frau für den kaufmännischen Beruf am besten vorzubereiten? In: DVkU, Bd. 35, Leipzig 1905, S. 131 - 138.
- Herrmann, Agnes, Der Stand des kaufmännischen Unterrichtswesens für weibliche Angestellte, DVkU, Bd. 34, Leipzig 1905.
- Herz, Alois, 50 Jahre kaufmännisches Bildungswesen in Duisburg 1900 - 1950, Duisburg 1950.
- Hessischer Handelskammertag, Leitsätze betreffend die Gestaltung des kaufmännischen Fortbildungsunterrichtes im Großherzogthum Hessen - Nach den Beschlüssen des Hessischen Handelskammertags vom 25. März 1900, in: ZfgkU, 3. Jg. (1900/01), Nr. 7, S. 186 - 188.
- Heubner, Die Berufsbildung des Kaufmanns als Gesetzgebungs- und Verwaltungsfrage, in: DWZ, 25. Jg. (1928), Nr. 47, S. 1116 - 1119.
- Heubner, Die finanzielle Lage der kaufmännischen Bildungsanstalten und die Möglichkeiten, ihnen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen (Ergänzung zu Sachsen), in: DVkB, Bd. 59, Braunschweig 1922, S. 14 bis 16.

- Heubner, Wer soll künftig Träger der kaufmännischen Bildungsanstalten sein, und zu welchem Verwaltungsbereich sollen die Anstalten gehören? In: DVkB, Bd. 56, Braunschweig 1920, S. 15 - 20.
- Hiller, Georg, Die Lage der Handlungsgehilfen, Leipzig 1890.
- Hoffmann, E., 30 Jahre Lehrabschlußprüfungen der Industrie- und Handelskammern, in: WuBE, 12. Jg. (1960), Nr. 12, S. 235 - 237.
- Hoffmann, Ernst, Berufsausbildung 1963 - Aus der Arbeit der Industrie- und Handelskammern, Bonn 1964.
- Hoffmann, Ernst, Zur Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland, Bielefeld (1962).
- Hoffmann, Rudolf, Geschichte des Realschulwesens in Deutschland, in: Karl Adolf Schmidt (Hrsg.), Geschichte der Erziehung vom Anfang bis auf unsere Zeit, Bd. 5, 2. Abtlg. Stuttgart-Berlin 1901, S. 1 - 106.
- Hofmeister, Heinz, Das Recht des kaufmännischen Schulwesens, in: Walther Löbner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, Darmstadt 1963, S. 81 bis 94.
- O. V. (Huber, F. C.), Zur Neuordnung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, in: HK Stuttgart, JB 1905/06, S. 158 - 192.
- Huber, F. C., Die Württembergischen Handelskammern 1856 bis 1906 - Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Württembergischen Handelskammern, Bd. I, Stuttgart 1906.
- Hüfner, Adam und Gellrich, Ingeborg, Auf dem Hintergrund von hundert Jahren - Zum hundertjährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Darmstadt, Darmstadt 1962.
- Ide, Heinrich, Die Ausgestaltung des kaufmännischen Bildungswesens in Mecklenburg, in: DVkB, Bd. 67, Braunschweig 1927, S. 36 - 46.
- Ide, Heinrich u. a., 25 Jahre kaufmännische Schulen der Mecklenburgischen Industrie- und Handelskammer zu Rostock, in: Mitt. der Mecklenburgischen IHK zu Rostock, 18. Jg. (1936), Nr. 10, S. 83 - 107.
- Industrie- und Handelskammer zu Bochum (Hrsg.), Aus der Geschichte der Industrie- und Handelskammer zu Bochum, (Bochum) 1932.
- Industrie- und Handelskammer Gladbach-Rheydt-Neuß (Hrsg.), Werden und Wachsen eines Wirtschaftsgebietes am linken Niederrhein - Festschrift zur Feier ihres 100jährigen Bestehens, M.Gladbach 1937.
- Industrie- und Handelskammer Konstanz, Bericht über die Feier des 125jährigen Bestehens und Jahresbericht 1953, Konstanz 1954.
- O. V., Die Industrie- und Handelskammer zu Krefeld 1804 bis 1929, o. O. o. J.
- Industrie- und Handelskammer Wuppertal (Hrsg.), Industrie- und Handelskammer Wuppertal 1831 - 1956, Wuppertal 1956.

- Ipsen, Hans Peter, Berufsausbildungsrecht für Handel, Gewerbe und Industrie, Tübingen 1967.
- Jacobowsky, Feststellung von Untersuchungsmethoden für die Auslese von kaufmännischem Personal und die Bereitstellung von Mitteln hierzu, in: Verh. des DIHT, Heft 6/1928, S. 38 f.
- Jacobowsky, Obligatorische oder freiwillige Gehilfenprüfungen? In: DWZ, 30. Jg. (1933), Nr. 43, S. 1017 f.
- Jahn, Joh., Einrichtung freiwilliger kaufmännischer Lehrlings- und Gehilfenprüfungen, in: DVkB, Bd. 64, Braunschweig 1926, S. 116 - 123.
- Jahn, Joh., Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen im Regierungsbezirk Oppeln, in: Mitt. der HK für den Regierungsbezirk Oppeln, 20. Jg. (1903/04), Nr. 1 + 2, S. 30 - 58 (Anhang).
- O. V., 50 Jahre im Dienste der Jugend und Wirtschaft 1902 - 1952 (Festschrift zweier Mannheimer Handelslehranstalten), o. O. o. J.
- O. V., 75 Jahre Industrie- und Handelskammer zu Trier, Trier 1931.
- Jauch, Bernhard, Das gewerbliche Lehrlingswesen in Deutschland seit dem Inkrafttreten des Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897 mit besonderer Berücksichtigung Badens, Diss. Freiburg i. Br. 1911.
- Jeuschede, Gerhard, Die Eignung kaufmännischer Lehrbetriebe zur Berufsausbildung, Diss. Erlangen-Nürnberg 1966.
- O. V., Zum fünfzigjährigen Jubiläum der Korporation der Kaufmannschaft zu Königsberg, Königsberg i. Pr. 1873.
- Kaempfert, Die Industrie- und Handelskammern und die kaufmännische Berufsausbildung, in: Verh. des DIHT, Heft 5/1931, S. 30 - 38.
- Kahn, Julius, Die 25jährige Tätigkeit der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern, München 1894.
- Kaiser, Franz (Hrsg.), Die Handelskammer für den Kreis Freiburg im Breisgau und ihre Vorgänger, Freiburg i. Br. 1930.
- Kanter, Fachkurse und Abschlußprüfungen für kaufmännische Lehrlinge, in: DVkU, Bd. 35, Leipzig 1905, S. 151 bis 157.
- Kasten, A., Die Entwicklung des öffentlichen kaufmännischen Schulwesens in Hamburg, in: Zeitschrift für Handlungsschulpädagogik, 1. Jg. (1929/30), Nr. 2, S. 50 - 67.
- Ein Kaufmann, ohne Titel, in: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 10, S. 337 f.
- Kayser, Ernst, Historischer Rückblick über die Entwicklung der Industrie- und Handelskammer für Rheinhausen, in: Rheinenssenschaftsraum in seinem Werden nach 150 Jahren, (Mainz 1964), S. 3 - 61.
- Kelbert, Heinz, Die Berufsausbildung der deutschen Kaufleute im Mittelalter, Berlin 1956.

- Kempkens, Johann, Eine Handlungsgehilfenprüfung - Geschautes und Gedachtes, in: DHW, 10. Jg. (1930), Nr. 4, S. 51 - 53.
- Kerschensteiner, Georg, Berufs- oder Allgemeinbildung? (1904), in: derselbe, Grundfragen der Schulorganisation, 7. Aufl., München-Düsseldorf 1954, S. 40 - 63.
- Kerschensteiner, Georg, Spranger, Eduard u. a., Das neunte Schuljahr - Gutachten über eine Erweiterung der Schulpflicht, Jena 1929.
- Keucher, Johannes, Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtiger Stand des Kammer-Systems, Diss. Halle-Wittenberg 1931.
- Kiehn, Ludwig, Wirtschaft und Schule, in: Karl Abraham u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpädagogik 1964, Heidelberg 1964, S. 151 - 182.
- Kieslinger, Berufsausbildung und Arbeitseinsatz, in: Technische Erziehung, 13. Jg. (1938), Nr. 12, S. 288 - 292.
- Kieslinger, Adolf, Berufsausbildung am Scheideweg? In: WuBE, 2. Jg. (1950), Nr. 1, S. 4 - 6.
- Kieslinger, Adolf, Bildungsfragen in der hundertjährigen Geschichte des Deutschen Industrie- und Handelstages, in: WuBE, 13. Jg. (1961), Nr. 5, S. 83 - 90.
- Kieslinger, Adolf, Die Industrie- und Handelskammern, in: Walther Löbner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, Darmstadt 1963, S. 521 - 523.
- Kirchner, Ernst, Chronik der Kaufmännischen Schulen Koblenz 1866 - 1966, unveröffentl. Manuskript.
- Klatt, Walter, Zur gegenwärtigen Situation der Wirtschaftsoberschulen und Wirtschaftsgymnasien, in: DBFSch, 58. Bd. (1962), Heft 6, S. 463 - 469.
- Kleibel, Anton, Fünfzig Jahre Wiener Handels-Akademie, Wien 1908.
- Klug, Die Wirtschaftsoberschule in Aufbau aus Lehrplänen nach dem sächsischen und badischen System, in: Verh. des DIHT, Heft 10/1930, S. 8.
- Knabe, K., Realschule, in: W. Rein (Hrsg.), Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik, 2. Aufl., 7. Bd., Langensalza 1908, S. 239 - 243.
- Knörk, Otto, Das kaufmännische Bildungswesen in Deutschland, in: derselbe (Hrsg.), Der kaufmännische Unterricht, Berlin 1913, S. 1 - 76.
- O. V. (Knörk, Otto), Praktische Lehre und theoretischer Unterricht, in: ZfgkU, 8. Jg. (1905/06), Nr. 8, S. 196 f.
- Kockel, F. W., Lehrplan für die Fortbildungsschulen des Königreichs Sachsen vom 18. Oktober 1881, Dresden 1881.
- Köbner, (Bericht über das Berufsausbildungsgesetz), in: Verh. des DIHT, Heft 5/1927, S. 5 - 16.

- Köbner, Zur Neuordnung des industriellen Prüfungswesens, in: DWZ, 26. Jg. (1929), Nr. 33, S. 780 - 782.
- Köhler, A., Übersicht über den gegenwärtigen Stand des kaufmännischen Unterrichtswesens in Deutschland, in: ZfgkU, 7. Jg. (1904/05), Nr. 9, S. 209 - 214.
- von König, Friedrich, Gutachten, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, Schriften des Vereins, Bd. X, Leipzig 1875, S. 1 - 8.
- O. V., Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin - Festschrift zum hundertjährigen Jubiläum am 2. März 1920, Berlin (1920).
- Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Die Handelskammern - Ihre Organisation und Tätigkeit, Berlin 1906.
- von Kraatz-Koschlaw, Die kaufmännischen Schulen der Handelskammer, in: Handelskammer für den Freistaat Braunschweig (Hrsg.), Aus der Geschichte der Handelskammer für den Freistaat Braunschweig, o. O. 1929, S. 87 f.
- Krause, A. B., Berufsausbildung und Berufserziehung in der gewerblichen Wirtschaft, Sonderdruck aus: Arbeits-einsatz und Arbeitslosenhilfe, Jg. 1937.
- Krause, Erwin, Grundlagen der betrieblichen Berufsausbildung und Berufserziehung des Facharbeiter-Nachwuchses der Industrie, Stuttgart 1955.
- O. V., Zur Kritik der Braunschweiger Versammlung, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 28. Jg. (1896), Nr. 8, S. 92 f.
- Krueger, Edwin, Pädagogisches Gutachten, in: Die Vorbildung für den Beruf der volkswirtschaftlichen Fachbeamten, Schriften des Volkswirtschaftlichen Verbandes, Bd. II, Berlin 1907, S. 255 - 264.
- Krüger, Paul, 25 Jahre Facharbeiter-Prüfungen bei der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Sonderdruck aus: Braunschweigisches Industrie- und Handelsblatt, Jg. 1962, Nr. 173.
- Küch, O., Die Industrie- und Handelskammern im industriellen Ausbildungswesen, in: Technische Erziehung, 12. Jg. (1937), Nr. 3/4, S. 33 - 38.
- Kühne, Alfred, Kaufmännische Berufsschulen (kaufmännische Fortbildungsschulen, Handelslehrlingsschulen, Pflicht-handelsschulen), in: derselbe (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 2. Aufl., Leipzig (1929), S. 145 - 151.
- Kühne, Alfred, Das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, in: DVkB, Bd. 51, Leipzig 1914, S. 21 bis 35.
- Kühne, Alfred, Zeittafel zur Geschichte der Berufserziehung in Deutschland, in: derselbe (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 2. Aufl., Leipzig (1929), S. 726 - 732.

- Kuettel, Die praktischen Lehrlingsprüfungen und die mit denselben gemachten Erfahrungen, in: DVkU, Bd. 40, Leipzig 1909, S. 68 - 77.
- Kuettel, A., Die praktische Vorbildung der Handelslehrer, in: DVkU, Bd. 48, Leipzig 1912, S. 85 - 100.
- Kulemann, W., Die Berufsvereine, Erste Abteilung: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder, Bd. I, Jena 1908.
- Kuntze, Die Neuregelung des Lehrlingswesens und ihr Einfluß auf die kaufmännische Fortbildungsschule, in: DVkB, Bd. 56, Braunschweig 1920, S. 31 - 34.
- Kuske, Bruno, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen zu Arnsberg, Arnsberg 1951.
- Kuske, Bruno, 150 Jahre Kölner Handelskammer, Köln 1947.
- Landé, Walter, Die Schule in der Reichsverfassung, Berlin 1929.
- O. V., Die praktische kaufmännische Lehre, in: ZfgkU, 5. Jg. (1902/03), Nr. 10, S. 251 f.
- O. V., Zur württembergischen Lehrerbildungsreform, in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), S. 344 f.
- O. V., Die Lehrlingsausbildung im Handelsgewerbe, in: ZfgkU, 12. Jg. (1909/10), Nr. 2, S. 46.
- O. V., Leitsätze betreffend Prüfungen für kaufmännische Lehrlinge und Gehilfen in Handel, Industrie und Handwerk, in: DVkB, Bd. 68, Braunschweig 1927, S. 11 f.
- Lemmer, Der heutige Stand des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts in Deutschland, in: HK für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungsschulwesen I., Braunschweig (1896), S. 11 - 18.
- Leonhard, Hans (Hrsg.), Denkschrift zum hundertjährigen Jubiläum der Industrie- und Handelskammer zu Magdeburg, Magdeburg 1925.
- Liebig, Oskar (Hrsg.), Die Verwaltung der Berufsschulen, 6. Aufl., Langensalza-Berlin-Leipzig 1931.
- Liening, Wolfgang, Das Berufsausbildungswesen der Industrie- und Handelskammern, Diss. Hamburg 1961.
- Linke, Werner, Gegenstand und Standort der wirtschaftspädagogischen Forschung, in: DBFSch, 53. Bd. (1957), Heft 10, S. 741 - 753.
- Litt, Theodor, Das Bildungsideal der deutschen Klassik und die moderne Arbeitswelt, 5. Aufl., Bonn 1958.
- Löbner, Walther, Abriß der Geschichte des kaufmännischen Schulwesens in Deutschland, in: Walther Löbner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, Darmstadt 1963, S. 11 - 25.
- Löbner, Walther, Das Betriebspraktikum innerhalb der wirtschaftspädagogischen Studienrichtung, in: WuE, 17. Jg. (1965), Nr. 10, S. 437 - 439.

- Löbner, Walther, Die Bildungsarbeit des Vereins Merkur (1861 - 1945), in: Festschrift des Vereins Merkur Nürnberg E. V. zum 100jährigen Bestehen 1861 - 1961, Nürnberg 1961, S. 12 - 16.
- Löbner, Walther, Bildungsziel und Bildungsaufgabe der zweijährigen Handelsschule - ein geschichtlicher Aufriß, in: WuE, 8. Jg. (1956), Heft 12, S. 738 - 747.
- Löbner, Walther, Die Diplom-Handelslehrer-Ausbildung an der Handelshochschule Leipzig (1898 - 1945), in: Karl Abraham u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpädagogik 1966, Heidelberg 1966, S. 193 - 206.
- Löbner, Walther, Fachschulkaufmann, 3. Aufl., Bielefeld 1966.
- Löbner, Walther, Die Geschichte der Volksschule als Parallelbewegung zum Aufstieg der Industrie, dargestellt am Beispiel der Stadt Nürnberg, in: Der österreichische Betriebswirt, 13. Jg. (1963), 2. Heft, S. 71 - 81.
- Löbner, Walther, Johann Michael Leuchs als "Wirtschaftspädagoge", in: DBFSch, 55. Bd. (1959), Heft 12, S. 927 - 936.
- Löbner, Walther, Kaufmannsgehilfenprüfung, in: Hans Seischab und Karl Schwantag (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Bd. II, Stuttgart 1958, Sp. 3136 - 3139.
- Löbner, Walther, Was leistet unser kaufmännischer Nachwuchs? Leipzig 1937.
- Löbner, Walther, Das Prüfungs- und Berechtigungswesen im kaufmännischen Bereich, in: Karl Abraham u. a. (Hrsg.), Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpädagogik 1964, Heidelberg 1964, S. 123 - 149.
- Löbner, Walther, Wirtschaft und Erziehung, Langensalza-Berlin-Leipzig 1935.
- Löbner, Walther, Der "Wirtschaftspädagoge" Theodor Franke, in: DBFSch, 60. Bd. (1964), Heft 1, S. 44 - 53.
- Löbner, Walther, Wirtschaftspädagogik, in: Hans-Hermann Groothoff und Martin Stallmann (Hrsg.), Pädagogisches Lexikon, Stuttgart 1961, Sp. 1043 f.
- Löns, Rolf, Berufsausbildung damals und heute - 100 Jahre Ausbildungsarbeit der Kammer Osnabrück, in: Mitt. der IHK zu Osnabrück, Jg. 1966, Nr. 6, S. 184 - 187.
- Lohmann, Vermehrung der Pflichtstunden in den Berufsschulen, in: Verh. des DIHT, o. Nr. (vertraulich) 1928 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses am 24. 1. 1928), S. 39 - 46.
- Lorey, Wilhelm, Handelsrealschule und (sächsische) höhere Handelsschule, in: Alfred Kühne (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 1. Aufl., Leipzig (1923), S. 360 - 375.

- Lorey, Wilhelm, Öffentliche Höhere Handelslehranstalt mit Wirtschaftsoberschule und Lehrlingsabteilung zu Leipzig 1831 - 1931 - Festschrift, Leipzig 1931.
- Lüders, K., Denkschriften über die Entwicklung der gewerblichen Fachschulen und der Fortbildungsschulen in Preußen während der Jahre 1879 bis 1890, Berlin 1891.
- Lusensky, F., Gesetz über die Handelskammern vom 24. Februar 1870/19. August 1897, 2. Aufl., Berlin 1909.
- Maaßen, Nikolaus, Geschichte der Mittel- und Realschulpädagogik, Bd. 2, Berlin-Hannover-Darmstadt 1961.
- März, Fritz, Einführung in die Pädagogik, München 1965.
- Mertes, Paul Hermann, 100 Jahre Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, o. O. 1963.
- von Mevissen, Gustav, Denkschrift über die Gründung einer Handelshochschule in Köln, zum 11. Juni 1879, in: Joseph Hansen (Hrsg.), Gustav von Mevissen - Ein rheinisches Lebensbild 1815 - 1899, Bd. 2, Berlin 1906, S. 627 - 634.
- Meyer, Jürgen Bona, Die Fortbildungsschule in unserer Zeit, Berlin 1873.
- Michel, Ernst, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, ihrer Krisenformen und Gestaltungsversuche, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1953.
- Der Minister für Handel und Gewerbe, Denkschrift über den Stand der Gewerbeförderung im Königreiche Preußen vom 9. März 1903, Berlin 1903.
- Monsheimer, Otto, Drei Generationen Berufsschularbeit - Gewerbliche Berufsschulen, Weinheim/Bergstr. (1955).
- Most, Otto, Die Selbstverwaltung der Wirtschaft in den Industrie- und Handelskammern, 3. Aufl., Jena 1927.
- Mosthaf, Walther, Die württembergischen Industrie- und Handelskammern Stuttgart Heilbronn Reutlingen Ulm 1855 - 1955 - Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammern Stuttgart Heilbronn Reutlingen Ulm, Bd. I: Die Handels- und Gewerbekammern 1855 - 1899, Stuttgart 1955; Bd. II: Die Handelskammern 1900 - 1933, Stuttgart 1962.
- Müller, C., Grundriß der Geschichte des preußischen Volksschulwesens, 3. und 4. Aufl., Osterwieck-Leipzig 1913.
- Müller, Friedrich, Ferdinand von Steinbeis - Sein Leben und Wirken 1807 - 1893, Tübingen 1907.
- Nicklisch, Heinrich, Die Ausbildung der Handelslehrer, in: Alfred Kühne (Hrsg.), Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, 1. Aufl., Leipzig (1923), S. 253 - 260.
- Nicklisch, Heinrich, Unsere zukünftigen Handelslehrer, in: ZfgkU, 6. Jg. (1903/04), Nr. 5, S. 132 - 134.
- Oberbach, Johannes, Die Handelslehrer und die kaufmännische Praxis, in: ZfgkU, 11. Jg. (1908/09), Nr. 8, S. 280 bis 282.

- Oberbach, Johannes, Kaufmännische Schulen für das weibliche Geschlecht, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 418 - 452.
- Ode, W. (Hrsg.), Jahrbuch für das kaufmännische Schulwesen, 2. Aufl., Schuljahr 1932/33, Berlin 1933.
- Oldenburg, Friedrich, Wirtschaft und Schule, in: Die Erziehung, 1. Jg. (1926), S. 449 - 456.
- Olesch, Georg, Die kaufmännische Berufsschule, in: Walther Löbner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Schulwesen, Darmstadt 1963, S. 153 - 163.
- Paulsen, Friedrich, Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart, 3. Aufl., hrsg. von Rudolf Lehmann, 2. Bd., Berlin-Leipzig 1921.
- Peege, Joachim, Kaufmännische Berufsbildung in der pluralistischen Gesellschaft, in: DVKB, Band 106, Braunschweig 1967, S. 9 - 41.
- Peege, Joachim, Die Fachschulreife als Problem kaufmännischer Berufserziehung, Neustadt/Aisch 1967.
- Peege, Joachim, Die bayerischen Industrieschulen (1868 bis 1907) als Vorläufer der Höheren Wirtschaftsfachschulen, in: Der Betriebswirt, 3. Jg. (1966), Nr. 1, S. 204 - 214.
- Penndorf, Balduin, Geschichte des kaufmännischen Unterrichtswesens, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 115 - 170.
- Peters, Hermann, Rechtsnatur, Organisation und Aufgaben der deutschen Industrie- und Handelskammern, Diss. Hamburg, Oldenburg i. O. 1941.
- Pfeifer, Bruno, Königreich Preußen, in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 171 bis 198.
- Pfeiffer, Gerhard, 400 Jahre Handelsvorstand Nürnberg 1560 - 1960, in: Mitteilungsblatt der IHK Nürnberg, Sondernummer April 1960, S. 13 - 40.
- Pföfl, Hans, Begrüßungsansprache, in: Industrie- und Handelskammer München (Hrsg.), 25 Jahre im Dienste der Berufsausbildung, Sonder-Beilage der Kammermitteilungen, München 1953, S. 5 f.
- Pl, Die 18te Jahresversammlung des Vereins der Direktoren der sächs. Handelsschulen, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 28. Jg. (1896), Nr. 13, S. 151 f.
- Pleiß, Ulrich, Die Entwicklung der Diplom-Handelslehrerbildung in Deutschland aus der Sicht des Hochschulortes Berlin, Berlin 1963.
- Pleiß, Ulrich, Zur Idee der Kaufmannsbildung im 19. Jahrhundert, in: WuE, 16. Jg. (1964), Heft 2, S. 60 - 73.
- Pöschl, Viktor, Verkaufsschule und Verkaufslehrer - Kritik und Vorschläge, Berlin 1929.

- Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Die Neuordnung des preußischen höheren Schulwesens (Denkschrift), Berlin 1924, abgedruckt in: Gerhardt Giese, Quellen zur deutschen Schulgeschichte seit 1800, Göttingen-Berlin-Frankfurt a. M. 1961, S. 264 - 277.
- O. V., Prüfungen für Handlungsgehilfen, in: Flensburger Nachrichten vom 24. 3. 1926 (Abschrift von der IHK Flensburg am 1. 10. 1965 übermittelt).
- O. V., Prüfungen gewerblicher Lehrlinge in der Industrie, in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 6, S. 86 f.
- Rachel, Paul, Die Dresdner Handelsinnung 1654 - 1904 - Festschrift der Dresdner Kaufmannschaft zum 250jährigen Jubiläum der Dresdner Handelsinnung, o. O. 1904.
- Raddatz, Rolf, "Braunschweiger Verband" und Handelslehrer, in: WuE, 14. Jg. (1962), Heft 6, S. 258 - 268, Heft 7, S. 308 - 312.
- Rasch, Albert, Musterlehrplan für Einzelhandelsfachschulen, in: DVkB, Bd. 72, Braunschweig 1929, S. 37 - 59.
- Rasch, Albert, Die Verkäuferinnenfachschule (Vorschule) - ein schultechnischer Versuch, in: DVkB, Bd. 69, Braunschweig 1928, S. 176 - 180.
- Reetz, 50 Jahre Kaufmännische Berufsschule Lemgo, in: Mitt. des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen e. V. im Verband Deutscher Diplom-Handelslehrer, 3. Jg. (1958), Nr. 3, S. 29.
- O. V., Regelung des Privathandelsschulwesens im Bezirk der Handelskammer Graudenz, in: ZfgkU, 12. Jg. (1909/10), Nr. 10, S. 300 f.
- Rein, Berufsausbildung und Leistungsertüchtigung im Oppelner Regierungs- und Handelskammerbezirk 1939/40, Oppeln, o. J.
- Richter, P., Mittelschule, in: W. Rein (Hrsg.), Encyklopädisches Handbuch der Pädagogik, 2. Aufl., 5. Bd., Langensalza 1906, S. 892 - 908.
- Riedel, Johannes, Arbeiten und Lernen, Braunschweig 1962.
- Rocholl, Otto-Heinz, Die Entwicklung des kaufmännischen Berufsbildungswesens in Frankfurt/Main, Frankfurt a. M. 1942.
- Rocke, Paul, 50 Jahre Handelskammer zu Hannover, Hannover 1917.
- Röhrich, Wilhelm, Wer soll Träger der Handelsschulen sein, Staat, Gemeinde oder Kaufmannschaft? In: ZfgkU, 1. Jg. (1898/99), Nr. 9, S. 283 - 286.
- von Rössing, Die Gestaltung der praktischen Ausbildungszeit für künftige Handelslehrer und Studierende, in: DVkB, Bd. 61, Braunschweig 1925, S. 39 - 46.
- O. V., Rückblick auf die 25jährige Tätigkeit der Handelskammer zu Sorau N.-L. von 1871 bis 1896, Sorau N.-L. 1896.

- Sartorius, Otto, Entwicklung und Auswirkungen der Kaufmannsgehilfenprüfungen, in: Veröffentl. der Deutschen Landesgruppe der Internationalen Gesellschaft für kaufmännisches Bildungswesen e. V., Bd. 1, o. O. (1941), S. 67 - 80.
- Sartorius, Otto, Die Entwicklung der Berufsausbildung in Industrie und Handel seit der Jahrhundertwende, in: Die Deutsche Berufsschule, 44. Bd. (1948), Heft 11, S. 575 - 589.
- Sartorius, Otto, Deutsche Kaufmannslehre - Von der Einstellung bis zur Gehilfenprüfung, Berlin 1939.
- Sartorius, Otto, Die Verschulungsgefahr, in: Verh. des DIHT, Heft 3/1929, S. 43 - 66 (mit Diskussion).
- Sartorius, Otto, Wirtschaft und Schule, in: Verh. des DIHT, Heft 18/1930, S. 7 - 60.
- Sartorius, Otto, Schulpolitische Zeit- und Streitfragen und ihre Auswirkung auf die Mittelschule, o. O. (1931).
- Sartorius von Waltershausen, A., Deutsche Wirtschaftsge-schichte 1815 - 1914, 2. Aufl., Jena 1923.
- Sächsischer Philologenverein, Sächsischer Industrie- und Handelstag, Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft, Wirtschaft und Schule (gemeinsame Grundsätze), in: DHW, 12. Jg. (1932), Nr. 20, S. 317.
- Schacht, Mitarbeit der Kammern auf dem Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens, in: Verh. des DIHT, Nr. 3/1929, S. 5 - 14.
- Schäfer, Dieter, Der Deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum der Weimarer Republik, Hamburg 1966.
- Schäfer, Dieter, Geschichtsschreibung als Ausdruck des Selbstverständnisses der Industrie- und Handelskam-mern, in: Tradition, 9. Jg. (1964), Heft 2, S. 49 bis 57.
- Schäfer, Dieter, Handelskammerngeschichte als Handelskammerarbeit, in: Tradition - Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie, 8. Jg. (1963), Heft 4, S. 145 - 152.
- Schäfer, Dieter, 125 Jahre Industrie- und Handelskammer in Unterfranken, in: Theodor Vogel u. a., 125 Jahre Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, o. O. 1968, S. 81 - 189.
- Schecker, Margarete, Die Entwicklung der Mädchenberufsschule, Weinheim 1963.
- Schlieper, Friedrich, Grundbegriffe der Wirtschaftspädagogik, in: derselbe (Hrsg.), Berufserziehung im Handwerk, 1. Folge, o. O. 1954, S. 17 - 40.
- Schlieper, Friedrich, Wirtschaftspädagogik, in: Hans Seischab und Karl Schwantag (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Bd. IV, Stuttgart 1962, Sp. 6435 - 6442.

- Schmid, Eugen, Geschichte des württembergischen evangelischen Volksschulwesens von 1806 bis 1910, Stuttgart 1933.
- Schmid, Ingeborg, Geschichte des Vereins Merkur Nürnberg E. V., insbesondere seine bildungs- und sozialpolitische Tätigkeit (1861 - 1961), Nürnberg 1964.
- Schmidt (Breslau), Bericht über den Stand des Prüfungswesens für industrielle Lehrlinge, in: Verh. des DIHT, Heft 16/1926, S. 11 - 14.
- Schmidt, P., Reform des Studienganges für Handelslehrer mit Handelshochschulbildung, in: DVkU, Bd. 40, Leipzig 1909, S. 137 - 149.
- Schmidt, W., Die Ausbildung der Lehrlinge, in: DVkU, Bd. 30, Leipzig 1904, S. 15 - 17.
- Schmitt, Harry, Das kaufmännische Fortbildungs-Schulwesen Deutschlands - Seine gegenwärtige Gestaltung und Ausdehnung, Berlin 1892.
- Schmoller, Gustav, Das untere und mittlere gewerbliche Schulwesen in Preußen, in: derselbe (Hrsg.), Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Neue Folge, 5. Jg., Leipzig 1881, S. 1260 - 1281.
- Schneider, Ernst, Berufsausbildung als Kammeraufgabe, in: WuBE, 16. Jg. (1964), Nr. 12, S. 221 f.
- Schneider, L. und Blauert, G., Geschichte der deutschen Kurzschrift, Wolfenbüttel 1936.
- Schoch/Kittel, Welche Anforderungen sind an Staat, Gemeinde und kaufmännische Korporationen zur Entwicklung des kaufmännischen Fachschulwesens zu stellen? In: Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I. - Berichte und Verhandlungen aus der am 4. und 5. Oktober 1895 in Braunschweig stattgehabten Versammlung, Braunschweig o. J. (1896), S. 24 - 38.
- Schötz, Werner, Zur allgemeinen Einführung der Kaufmanns-Gehilfenprüfung, in: Die Deutsche Berufserziehung, 13. Jg. (1933), Nr. 23, S. 355 f.
- O. V., Schüler und Lehrer an den mittleren Schulen und höheren Lehranstalten im Deutschen Reich im Schuljahr 1931/32, in: DHW, 12. Jg. (1932), Nr. 16, S. 251.
- Schürholz, Franz, Grundlagen einer Wirtschaftspädagogik - Zum Kampf um Wirtschaftsführung und Sozialordnung, Erfurt 1928.
- Schulze, Julius, Gutachten, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, Schriften des Vereins, Bd. X, Leipzig 1875, S. 113 - 126.
- Schwann, Mathieu, Geschichte der Kölner Handelskammer, Bd. I, Köln 1906.
- Schwarzlose, Adolf, Die Kaufmännische Berufsschule, in: Fritz Blättner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das Berufsschulwesen, Heidelberg 1960, S. 165 - 184.

- Schwarzlose, Adolf, Rückschau und Ausblick in der Schulpolitik, in: DHW, 13. Jg. (1933), Nr. 1, S. 1 - 3.
- Schwerin von Krosigk, Lutz Graf, Alles auf Wagnis - Der Kaufmann gestern, heute und morgen, Tübingen 1963.
- von Seefeld, Referat über die Bestimmungen (über Einrichtung und Lehrpläne kaufmännischer Fortbildungsschulen von 1911), in: Adolf Ziegler (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 542 - 544.
- Sehling, Hans, Die Entwicklung des Münchner kaufmännischen Schulwesens, München 1966.
- Senholdt, Veranstaltung regelmäßiger Ferienkurse für Handelslehrer und -lehrerinnen, in: DVkU, Bd. 38, Leipzig 1907, S. 76 - 85.
- Siemens, Anna, Beruf und Erziehung, Berlin 1926.
- Silbermann, Welche Anforderungen sind an eine sachgemäße berufliche Vorbereitung der Frau für den kaufmännischen Beruf zu stellen und wie weit entsprechen die tatsächlichen Verhältnisse diesen Anforderungen hinsichtlich a) der praktischen Lehrzeit, b) der fachlich theoretischen Unterweisung? In: DVkU, Bd. 33, Leipzig (1905), S. 11 - 13.
- Silbermann, Empfiehlt sich die Einführung des Schulzwanges auch für weibliche Handlungsgehilfen und -Lehrlinge unter achtzehn Jahren? In: DVkU, Bd. 12, Braunschweig (1900), S. 34 - 40.
- Silbermann, Welche Schwierigkeiten stehen der Entwicklung des kaufmännischen Unterrichtswesens für weibliche Angestellte im Wege, event. wie sind dieselben zu beseitigen? In: DVkU, Bd. 19, Leipzig 1901, S. 7 - 11.
- Silbermann, Kaufmännische Unterrichtsanstalten für weibliche Angestellte, DVkU, Bd. 9, Braunschweig 1898.
- Simon, Oskar, Die Fachbildung des Preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1902.
- Simon, Oskar, Das gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulwesen in Deutschland, Berlin 1903.
- Sombart, Werner, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, 8. Aufl., Stuttgart 1954.
- Sombart, Werner, Deutsches Wirtschaftsleben 1820 - 1920, in: Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Berlin (1920), S. XI - XXVI.
- Spranger, Eduard, Zur Geschichte der deutschen Volksschule, Heidelberg 1949.
- Spranger, Eduard, Grundlegende Bildung, Berufsbildung, Allgemeinbildung, in: derselbe, Kultur und Erziehung, 3. Aufl., Leipzig 1925, S. 159 - 177.
- Spranger, Eduard, Die Verschulung Deutschlands, in: Die Erziehung, 3. Jg. (1928), S. 273 - 284.

- Stegemann, Richard, Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen II. - Der gegenwärtige Stand des kaufmännischen Fortbildungs-Schulwesens, Braunschweig (1896).
- von Steinbeis, Ferdinand, Die Elemente der Gewerbeförderung, nachgewiesen, an den Grundlagen der belgischen Industrie, Stuttgart 1853.
- Stieda, Wilhelm, Neuere Schriften über Handelsschulen und Handelshochschulen, in: J. Conrad (Hrsg.), Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 74. Bd., Jena 1900, S. 697 - 717.
- Stiller, Walther, Der Verein für Handlungs-Commis von 1858 - Kaufmännischer Verein in Hamburg, Jena 1910.
- Stocker, A., Das allgemeine und fachliche Fortbildungsschulwesen in Baden in seiner geschichtlichen Entwicklung, Lahr in Baden 1916.
- von Stoephasius, W. (Hrsg.), Die Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien 1882 - 1932, Oppeln 1932.
- Stoldt, Hans-Herbert, Die pädagogische Krise der Gegenwart, Stuttgart 1959.
- Stratmann, Karlwilhelm, Diskussion und Ansätze der öffentlichen Berufsberatung im 18. Jahrhundert, in: DBFSch, 62. Bd. (1966), Nr. 12, S. 902 - 917.
- Südhof, Hermann, Das Berufs- und Fachschulwesen in Deutschland, Frankfurt a. M. 1936.
- Südhof, Hermann, Über die Entwicklung des kaufmännischen Bildungswesens in Preußen in den letzten Jahren, in: Zeitschrift für Handelsschulpädagogik, 1. Jg. (1929/30), Heft 5/6, S. 195 - 198.
- Tarnowski, Heinz, Die deutschen Industrie- und Handelskammern und die großen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Strömungen ihrer Zeit, Diss. Mainz 1951.
- Teetzmann, W., Abhaltung freiwilliger Lehrlingsprüfungen, in: DVkU, Bd. 30, Leipzig 1904, S. 17 - 21.
- Theiss, Konrad (Hrsg.), 100 Jahre Industrie- und Handelskammer Heidenheim 1867 - 1967, Aalen 1967.
- Theurich, Herbert, Prüfungen und Berechtigungen im beruflichen und allgemeinen Schulwesen, in der Berufspraxis sowie Staatsprüfungen für Lehrer, Hannover 1966.
- Thom, Reinhard, Bergische Unternehmer in der Selbstverwaltung, Remscheid 1965.
- Thyssen, Simon, Die Berufsschule in Idee und Gestaltung, Essen 1954.
- Thyssen, Simon, Die geschichtliche Entwicklung der gewerblichen Berufsschule, in: Fritz Blättner u. a. (Hrsg.), Handbuch für das Berufsschulwesen, Heidelberg 1960, S. 122 - 137.
- Treue, Wilhelm, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Stuttgart 1962.

- Tronnier, L., Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen im Jahre 1925/26, in: DVkB, Bd. 64, Braunschweig 1926, S. 44 - 58.
- Tronnier, Verzeichnis der in Deutschland bestehenden kaufmännischen Unterrichtsanstalten, DVkU, Bd. 47, Leipzig 1912.
- Tründle, Karl, Zur Geschichte der amtlichen Handelsvertretung in Lahr, Lahr 1930.
- Urbschat, Fritz, Grundlagen einer Geschichte der Berufserziehung, 1. Teil: Die Berufserziehung bis zur französischen Revolution, Langensalza-Berlin-Leipzig 1936, 2. Teil: Die Berufserziehung von der französischen Revolution bis zur Gegenwart, Langensalza-Berlin-Leipzig 1937.
- Urbschat, Fritz, Das Werden und Wirken des Braunschweiger Verbandes im Dienste der Berufserziehung des Kaufmanns, in: DVkB, Bd. 88, Braunschweig 1956, S. 11 bis 24.
- Urbschat, Fritz, Die Stellung der Wirtschaftspädagogik in der Erziehungswissenschaft, in: WuE, 6. Jg. (1954), Heft 12, S. 765 - 771.
- Urbschat, Fritz, Wirtschaftspädagogik, in: Erwin von Beckerath u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S. 203 - 210.
- Verein zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen (Hrsg.), Die praktische Ausbildung von Lehrlingen im Handelsgewerbe - Preisgekrönte Arbeiten, Essen 1911.
- O. V., Verein zur Förderung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens in Rheinland und Westfalen, in: ZfgkU, 12. Jg. (1909/10), Nr. 8, S. 240 f.
- Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Das gewerbliche Fortbildungswesen, Schriften des Vereins, Bd. XV, Leipzig 1879.
- Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Reform des Lehrlingswesens, Schriften des Vereins, Bd. X, Leipzig 1875.
- Viebahn, Bruno, Mittel und Wege einer zweckmäßigen Unterweisung der kaufmännischen Lehrlinge in der Praxis mit besonderer Berücksichtigung der Großindustrie, in: Zeitschrift für Handelsschulpädagogik, 1. Jg. (1929/30), Nr. 3, S. 89 - 100, Nr. 4, S. 145 - 155.
- Voigt, Emma, Die Stellung der Wirtschaft zur kaufmännischen Berufsschule, Diss. Köln 1926.
- O. V., Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, in: Flensburger Nachrichten vom 26. 1. 1926, Abschrift von der IHK Flensburg am 1. 10. 1965 übermittelt.
- W. H., Vereinigungen im Dienste des kaufmännischen Bildungswesens, in: Deutsche Handelsschul-Lehrer-Zeitung, 3. Jg. (1906), Nr. 35, S. 1 - 3.

- Wachler/Hüseler, Die Ausbildung von Verkaufskräften im Einzelhandel, in: Verh. des DIHT, o. Nr./1928 (Protokoll der Sitzung des Bildungsausschusses vom 24. Jan. 1928), S. 7 - 18.
- Weber, Eduard, Über die Stellung der Handelsvorschule zur kaufmännischen Pflichtfortbildungsschule, in: ZfgkU, 12. Jg. (1909/10), Nr. 4, S. 97 - 104, Nr. 5, S. 133 bis 140.
- Weber, Max, Wirtschaftsgeschichte - Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3. Aufl., besorgt von Johs. F. Winckelmann, Berlin 1958.
- Wehrmann, Martin, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin, Stettin 1921.
- Weinstock, Heinrich, Das Berechtigungselend, in: Die Erziehung, 4. Jg. (1929), S. 265 - 283.
- Weisbart, Bericht über die Besprechung der Handelskammern betr. Schulaufsicht über die von ihnen verwalteten Schulen, in: DVkB, Bd. 64, Braunschweig 1926, S. 35 bis 42.
- Weiß, Konrad, Die Lehrpläne der städtischen Schulen, in: Stadtmagistrat Nürnberg (Hrsg.), Die Schulen in Nürnberg mit besonderer Berücksichtigung des städtischen Schulwesens, Nürnberg 1906.
- Wendtland, Ernst (Hrsg.), Handbuch der Deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen - Zusammenstellung der Handelskammer-Gesetze sämtlicher deutscher Bundesstaaten, Leipzig 1916.
- Wendtland, Ernst (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen, Jg. 1905, Leipzig 1905.
- Wendtland, Ernst (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen, Ausg. 1910, Leipzig 1910.
- Wendtland, Ernst (Hrsg.), Jahrbuch der deutschen Industrielandes- und Handelskammern und sonstigen amtlichen Handelsvertretungen, Ausg. 1928/30, Leipzig 1930.
- Wernet, Wilhelm, Kurzgefaßte Geschichte des Handwerks in Deutschland, 3. Aufl., Dortmund 1959.
- Wernicke, Das System der in Deutschland bestehenden Handelsschulen, die unterscheidenden Merkmale der einzelnen Gattungen und Verständigung über die denselben im Bereiche der Verbandsberatungen zu gebenden begrifflichen Bezeichnungen, in: DVkU, Bd. 16, Braunschweig 1900.
- Wicklmayr, Rainer, Das Lehrlingswesen bei den Industrie- und Handelskammern der Bundesrepublik, Diss. Freiburg i. Br. 1956.
- Wiedemann, Die direkte und indirekte Belastung der Wirtschaft durch Fortbildungsschulen, in: DVkB, Bd. 64, Braunschweig 1926, S. 101 - 113.

- Wiedwald, Rudolf, Das kaufmännische Lehrlingswesen und seine Reform, Berlin 1927.
- Wilden, Josef, Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, in: DWZ, 24. Jg. (1927), Nr. 10, S. 220.
- Wilden, Josef, Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, in: Verh. des DIHT, Heft 16/1926, S. 5 - 9.
- Wilden, Josef, 100 Jahre Düsseldorf Wertschaftsleben, Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Düsseldorf 1931.
- Wolftrum, Carl, In welcher Weise können geeignete Lehrkräfte für den Unterricht an kaufmännischen Fortbildungsschulen herangebildet werden? In: Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig (Hrsg.), Kaufmännisches Fortbildungs-Schulwesen I., Braunschweig (1896), S. 53 bis 58.
- Württembergischer Handelskammertag, Denkschrift betr. Ausbau und Umgestaltung der Fortbildungsschulen vom 22. März 1902, zusammengefaßt wiedergegeben in: HuG, 9. Jg. (1901/02), Nr. 25, S. 355 - 357.
- Württembergischer Industrie- und Handelstag, Neuregelung des kaufmännischen Prüfungswesens in Württemberg (Stellungnahme), in: Württembergische Wirtschafts-Zeitschrift, 9. Jg. (1929), Nr. 8, S. 113 - 115.
- Wuttke, Hans, Die rechtliche Stellung der deutschen Industrie- und Handelskammern in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Diss. Köln 1949.
- Zeyss, Richard, Die Entstehung der Handelskammern und die Industrie am Niederrhein während der französischen Herrschaft, Leipzig 1907.
- Zg., Die kaufmännische praktische Lehre, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 34. Jg. (1902), Nr. 10, S. 153.
- Zieger, Bruno, Zur Geschichte der Handelsschulen, in: Gewerbeschau, Sächsische Gewerbezeitung, 28. Jg. (1896), Nr. 2 ff., S. 18 f., 30 f., 42 f., 54 - 56, 69, 78 f., 92, 113 - 115, 116 f., 139 f.
- Zieger, Bruno, Handelsschulen, in: W. Rein (Hrsg.), Enzyklopädisches Handbuch der Pädagogik, 2. Aufl., 4. Bd., Langensalza 1906, S. 1 - 45.
- Ziegler, Adolf (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1: Die kaufmännischen Schulen als Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, Leipzig 1916.
- Ziegler, Adolf: Die Handelsvorschule, in: derselbe (Hrsg.), Handbuch für das kaufmännische Unterrichtswesen in Deutschland, Bd. 1, Leipzig 1916, S. 380 - 398.
- Ziehen, Julius, Wie können die scheinbar widersprechenden Forderungen einer ausreichenden allgemeinen und fachlichen Ausbildung des jungen Kaufmanns auf dem Gebiete des kaufmännischen Unterrichtswesens ausgeglichen werden? In: Veröffentl. DVkU, Bd. 12, Braunschweig (1899), S. 111 - 124.

Zimmermann, Kaufmännische Gehilfenprüfung und Berufsausbildungsgesetz, in: DHW, 9. Jg. (1929), Nr. 24, S. 280 f.

Zimmermann, F., Überblick über die Schulzwangverhältnisse in den kaufmännischen Fortbildungsschulen Deutschlands, in: ZfgkU, 2. Jg. (1899/1900), Nr. 5, S. 120 f.

Zolger, Ivan, Das kommerzielle Bildungswesen im Deutschen Reiche, Wien 1905.

Lebenslauf

Am 6. April 1934 wurde ich als Sohn des Lehrers Adam Fischlein und seiner Ehefrau Margarete, geb. Raabe, in Niederaula (Kreis Hersfeld) geboren.

Nach sechsjährigem Volksschulbesuch war ich ab Frühjahr 1946 Schüler des Realgymnasiums für Jungen in Bad Hersfeld. Hier legte ich am 8. März 1955 die Reifeprüfung ab.

Von April bis September 1955 volontierte ich bei der Kreis- und Stadtsparkasse Bad Hersfeld.

Mit dem Wintersemester 1955/56 begann ich das Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Pädagogik an der Universität Frankfurt a. M., das ich mit Beginn des Sommersemesters 1958 an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Nürnberg fortsetzte. Im Frühjahr 1960 bestand ich in Nürnberg die Diplomprüfung für Handelslehrer.

Zur praktisch-pädagogischen Ausbildung für das höhere Handelslehramt wies mich der Herr Regierungspräsident in Darmstadt nacheinander der Kaufmännischen Berufsschule Darmstadt, der Kreisberufsschule Alsfeld, der Kaufmännischen Berufsschule Bad Nauheim sowie der Wirtschaftsober- schule und Handelslehranstalt Gießen zu. Im Juni 1962 legte ich die Zweite Staatsprüfung ab. Bis zum Herbst 1963 blieb ich - zunächst als Assessor im Lehramt, ab März 1963 als Studienassessor - an der Wirtschaftsober- schule und Handelslehranstalt Gießen tätig.

Seit 1. Oktober 1963 bin ich Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Wirtschafts- und Sozialpädagogik der Universität Erlangen-Nürnberg (Vorstand: Prof. Dr. Walther Löbner).

Wolfgang Fischlein

